

Michael Mießner, Matthias Naumann,
Ulrike Grabski-Kieron, Annett Steinführer,
Werner Nell, Marc Weiland (Hg.)

LÄNDLICHE UTOPIEN

Herausforderungen und Alternativen
regionaler Entwicklungen

[transcript] KRITISCHE
LANDFORSCHUNG

Michael Mießner, Matthias Naumann, Ulrike Grabski-Kieron, Annett Steinführer,
Werner Nell, Marc Weiland (Hg.)
Ländliche Utopien

**Kritische Landforschung.
Umkämpfte Ressourcen, Transformationen
des Ländlichen und politische Alternativen | Band 3**

Editorial

Die Schriftenreihe **Kritische Landforschung** versammelt Beiträge aus Geographie, Soziologie, Planungs- und Politikwissenschaften, die sich mit ländlichen Räumen im Globalen Süden und Norden, deren Transformationen, Repräsentationen und Konflikten auseinandersetzen sowie alternative politische Perspektiven entwickeln. Der Fokus der Reihe liegt auf kritischen Ansätzen, die gesellschaftliche Verhältnisse aus macht- und kapitalismuskritischen, intersektionalen, (queer-)feministischen, dekolonialen, ökologischen oder transnationalen Perspektiven in Frage stellen. Insbesondere in dominanten Diskursen bislang marginalisierte Perspektiven auf das Ländliche bekommen hier ein Forum. In der Reihe werden Monographien und Sammelbände ebenso veröffentlicht wie spezifische Studien und andere Publikationsformate. Die Beiträge richten sich sowohl an Wissenschaftler*innen als auch an Aktivist*innen.

Herausgegeben wird die Reihe von Michael Mießner, Matthias Naumann, Martina Neuburger und Alexander Vorbrugg.

Michael Mießner ist Juniorprofessor für Wirtschaftsgeographie an der Universität Trier. Er forscht zu ländlicher und regionaler Entwicklung, Gentrifizierung sowie den Geographien von Freizeit und Tourismus.

Matthias Naumann arbeitet am Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und unterrichtet an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Stadtgeographie und die Geographie ländlicher Räume, der Wandel von Infrastruktur sowie politische Geographie.

Ulrike Grabski-Kieron ist Professorin a.D. für Orts-, Regional- und Landesentwicklung/Raumplanung der Universität Münster. Ihre Forschungs- und Lehrgebiete lagen in der räumlichen Planung und in der anwendungsorientierten Raumforschung über ländliche Räume. Seit 2018 engagiert sie sich in entsprechenden wissenschaftsnahen Tätigkeitsfeldern.

Annett Steinführer arbeitet als Sozialwissenschaftlerin am Johann Heinrich von Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen in Braunschweig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Folgen der Alterung für Kleinstädte und Dörfer, Wohnstandortentscheidungen für und gegen ländliche Räume sowie Daseinsvorsorge.

Werner Nell, Literatur- und Sozialwissenschaftler, ist seit 2008 Adjunct Associate Professor an der Queen's University in Kingston, Ontario (Kanada) und war bis 2019 Professor für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft (Komparatistik) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Literatur und Gesellschaft, vergleichende Regionalforschung, Cultural Memory und Migration.

Marc Weiland ist Literatur- und Medienwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Georg-August-Universität Göttingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der philosophischen und literarischen Anthropologie, der medialen Ländlichkeiten und kulturellen Raumdiskurse sowie der Literaturen des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart.

Michael Mießner, Matthias Naumann, Ulrike Grabski-Kieron, Annett Steinführer,
Werner Nell, Marc Weiland (Hg.)

Ländliche Utopien

Herausforderungen und Alternativen regionaler Entwicklungen

[transcript]

Die Drucklegung dieses Bandes als Open-Access-Publikation wurde aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Universität Trier und vom Johann Heinrich Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, gefördert.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-ND). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, gestattet aber keine Bearbeitung.

<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen oder Derivate einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2024 im transcript Verlag, Bielefeld

© Michael Mießner, Matthias Naumann, Ulrike Grabski-Kieron, Annett Steinführer, Werner Nell, Marc Weiland (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Korrektur: Leonie Willems

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839472330>

Print-ISBN: 978-3-8376-7233-6

PDF-ISBN: 978-3-8394-7233-0

Buchreihen-ISSN: 2747-3805

Buchreihen-eISSN: 2747-3821

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Utopien ländlicher Entwicklung

Anregungen aus der Forschung und Herausforderungen für die Praxis

Michael Mießner, Matthias Naumann, Ulrike Grabski-Kieron, Annett Steinführer, Werner Nell & Marc Weiland 9

I Konzeptionelle Zugänge zu ländlichen Utopien

Ländliche Utopien und die utopische Tradition

Werner Nell 25

Ländlichkeit in historischen Utopien

Arbeitsorganisation und Gesellschaftsmodelle

in Thomas Morus' *Utopia* und Charles Fouriers *Phalanstères*
Margareth Lanzinger 39

Aspekte ländlicher Utopien im Anschluss an Theodor W. Adorno

Bernd Belina 55

Hat die »Kritische Theorie« eine Landutopie?

Werner Nell 67

Transformative Perspektiven auf das utopische Potenzial ländlicher Räume und die Debatte um *Left-behind Places*

Felicitas M. Kübler & Jack L. Harris 83

Rurbane Utopien

Von William Morris bis Kim Stanley Robinson

Marc Weiland 97

II Planung und Politik ländlicher Utopien

Ländliche Utopien als infrastrukturelle Utopien

Progressive Alternativen zu infrastruktureller Peripherisierung
und infrastrukturellem Populismus

Matthias Naumann & David Rudolph 115

Mit oder gegen den (Öko-)Strom?

Zukunftsszenarien ländlicher Räume in Zeiten der sozial-ökologischen Transformation

Nina Kerker & Berthold Vogel 127

Utopie einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft

Konturen und Herausforderungen einer alternativen Zukunft

Theresia Oedl-Wieser 141

Zivilgesellschaft zwischen Lückenbüßer und Utopie

Progressive Perspektiven auf Partizipation in der Raumplanung

Simon Dudek 151

Zukünfte ländlichen Engagements – entgrenzt, kooperativ, jung, demokratisch

Claudia Neu & Ljubica Nikolic 163

DorfUtopien

Themen, Konzepte und Umsetzungsstrategien für zukunftsfähige Dörfer

Ulrich Harteisen 177

Utopien und räumliche Planung – ein Widerspruch?

Eine Antwortsuche in der Regionalentwicklung Südwestfalens

Ulrike Grabski-Kieron & Stephanie Arens 189

Kommunalfinanzen zwischen Utopie und Reformismus

Perspektiven finanzieller (Selbst-)Ermächtigung der Kommunen

Andreas Kallert 205

Ländliche Räume ohne Armut

Realistische Utopie oder uneinlösbares Heilsversprechen?

Georg Wiesinger 217

III Gelebte ländliche Utopien: Regionale und lokale Beispiele ländlicher Utopien

Counterplanning auf dem Land

Postkapitalistische Alltagsökonomien in peripherisierten Räumen

Mike Laufenberg 233

Emanzipatorische Ländlichkeiten

Alternative Agrarorganisationen jenseits traditioneller Geschlechterverhältnisse

Carla Wember 245

Das »Recht auf Dorf« im Dorfladen?

Zu den Grenzen des utopischen Gehalts von Dorfläden

Robin Marlow & Michael Mießner 259

Solidarisch wirtschaften, gemeinschaftlich leben

Die Kommune Niederkaufungen als reale Utopie

Franziska Falterer 271

Zwischen Blaupause und Prozess

Ländliche Utopien am Beispiel der intentionalen Gemeinschaft Hitzacker/Dorf

Rebekka Diestelkamp 283

Urban Hubs - Utopien der Widersprüche im Ländlichen

Jana Lüdemann, Tobias Schmitt & Martina Neuburger 299

Schauspiele auf dem Land

Das utopische Potenzial des »Malser Wegs« in Südtirol

Thomas Streifeneder 313

Affirmative Perspektiven auf das Bleiben in ländlichen Räumen

Eine utopische Haltung?

Melanie Rühmling & Robert Brumme 323

Die Kibbuz-Bewegung in Israel

Beispiel gelebter Utopien im ländlichen Raum

Andreas Exner 335

Recht auf Dorf

Ein Manifestchen

Lisa Birk, Michael Feller & Martin Struller 347

Autor*innenverzeichnis 361

Utopien ländlicher Entwicklung

Anregungen aus der Forschung und Herausforderungen für die Praxis

Michael Mießner, Matthias Naumann, Ulrike Grabski-Kieron, Annett Steinführer, Werner Nell & Marc Weiland

1. Einleitung: Utopien auf dem Land?

Vorgefundenes im Kleinen, aber auch Gesellschaft im Ganzen anders zu denken ist ein konstitutiver Bestandteil nicht nur der Ideen- und Literatur-, sondern auch der Realgeschichte. In dieser Lesart – und zugleich in der Tradition von Engels (1982 [1880]) und Bloch (1969, bes.: 180f.) – lassen sich Utopien als Vorstellungen eines vermeintlich vollkommenen, mindestens aber gegenüber der jeweils zeitgenössischen Gegenwart deutlich besseren und gerechteren sozialen Zustands verstehen. Dieser entsteht jedoch nicht im luftleeren Raum als bloßes Phantasiegebilde, sondern verweist auf real existierende Möglichkeiten und erscheint dementsprechend auch in einem meist überschaubaren Feld realisierbar. Damit ist mindestens zweierlei verbunden: einerseits eine Kritik an aktuellen, als mangelhaft empfundenen Zuständen, andererseits ein umfassender und positiv angelegter Gegenentwurf, der Perspektiven für eine zukunftsorientierte Entwicklung eröffnet. Zahlreiche »ländliche« Beispiele können für ein solches Verständnis angeführt werden – das schottische New Lanark, der Barkenhoff bei Worpswede, die mährische Landstadt Zlín, die israelischen Kibbuzim oder die britischen Gartenstädte Letchworth und Welwyn sowie viele andere mehr. Sie alle versuchten utopische Vorstellungen eines »verbesserten« (sozialen, ökologischen, ökonomischen etc.) Lebens in die konkrete Realität zu übersetzen.

Dennoch findet sich eine systematische Auseinandersetzung mit raumbezogenem utopischen Denken und Handeln in Vergangenheit und Gegenwart bislang vor allem in Bezug auf Städte sowie Stadtquartiere (z.B. Pinder 2005, Albers 1996). Häufig schwingt eine Faszination oder gar ein Faible für die materielle, baulich-planerische Seite der Entwürfe und tatsächlichen Realisierungen mit (Vercelloni 1994), wobei auch die sozialen Implikationen dieser besseren Städte kritisch beleuchtet (de Bruyn 1996) und neue »good cities« entworfen wurden (Amin 2006).

Was aber ist mit dem Land? Jenseits von Arkadien und der insbesondere im angelsächsischen Sprachraum über Gebühr strapazierten ›ländlichen Idylle‹, die beide – nicht nur, aber auch – hochgradig rückwärtsgerichtete Vorstellungen von Ländlichkeit abbilden (Shucksmith 2018), gibt es für Utopien der ländlichen Entwicklung keine eigene Forschungstradition. Zwar wurden die eingangs genannten Beispiele vielfach zitiert, studiert und teils adaptiert, doch die mit dem jeweiligen utopischen Projekt einhergehenden Transformationen des Ländlichen riefen bislang kaum Interesse der Raumforschung hervor, und erst jüngst wurde die bisher unbeachtete und ungeschriebene Kulturgeschichte ›ruraler Zukünfte‹ (Langner/Weiland 2022) thematisiert.

Dieser Band möchte das ändern. Er selbst ist zwar kein utopisches, aber doch ein überaus ungewöhnliches Projekt: Im Zuge des in den vergangenen Jahren sprunghaft gewachsenen Interesses an Ländlichkeit sowie an Lebens- und Naturverhältnissen in ländlichen Räumen haben sich auf dem deutschsprachigen Buchmarkt mittlerweile drei Buchreihen etabliert, die diese Räume und ihre materiellen, sozialen und symbolischen Aspekte in den Blick nehmen: die »Ruralen Topografien«, die 2024 bereits seit zehn Jahren existieren und bei transcript erscheinen, die Reihe »Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung«, die 2016 beim LIT-Verlag etabliert wurde und deutsch- wie englischsprachige Bände veröffentlicht, sowie die 2021 begründete und ebenfalls bei transcript verlegte »Kritische Landforschung«, deren dritter Band der vorliegende Sammelband ist.

Sechs der Reihenherausgeber*innen traten 2020 in einen Dialog, der von Neugier aufeinander und zunehmend der Suche nach einem gemeinsamen Projekt gekennzeichnet war. In diesem »Landaustausch« erwiesen sich geschriebene, gedachte, gewollte wie gescheiterte Utopien im Ruralen als anregende und zugleich kontroverse Brücke zwischen den drei Buchreihen – haben sich diese doch selbst grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen, vielfältigen Repräsentationen von Ländlichkeit und deren Wandel sowie der Frage danach, was alternative Vorstellungen von ländlicher Gegenwart für künftige Entwicklungen und Planungen ländlicher Räume bedeuten, verschrieben. Zugleich ließ sich über Utopien zwischen den drei Buchreihen trefflich streiten, stoßen doch bereits im Kreis der Herausgeber*innen verschiedene Herangehensweisen an das Thema, unterschiedliche, aber an interdisziplinärer Zusammenarbeit interessierte wissenschaftstheoretische Positionierungen aufeinander, die es bei allen Differenzen ermöglichen, einen produktiven Dialog miteinander zu führen.

Auf Dauer wollten wir dies nicht allein tun, vielmehr luden wir Kolleg*innen, *critical friends* und Wegbegleiter*innen im April 2023 zu einem Workshop am Johann Heinrich von Thünen-Institut in Braunschweig ein, um mit uns zu diskutieren und zu streiten. Im Vorfeld des Workshops hatten wir keinerlei »Vorgaben« gemacht, was denn genau unter einer »Landutopie« zu verstehen sei. Bereits in den Vorträgen und Diskussionen vor Ort wurde deutlich, dass die Bandbreite der präsentierten Zugänge, Ideen und Beispiele auf einem Kontinuum vom großen alternativen Gesellschaftsentwurf bzw. -verständnis bis hin zu kleinen, lokal beschränkten Projekten und Praktiken – mit allen räumlichen, sozialen und sachlichen Abstufungen dazwischen – zu verorten ist. Die Beiträge fokussierten dabei allesamt in je unterschiedlicher Gewichtung zentrale Aspekte, die für die Imagination und Konstruktion sowie Gestaltung und Realisierung utopischer Impulse in ländlichen Räumen relevant sind: sei es nun in ihren kritischen Bezugnahmen,

ihren symbolisch-medialen Entwürfen oder ihren gemeinsam organisierten Entwicklungsprojekten. Damit nahmen sie zugleich auch Themen und Zugänge auf, die in den drei Buchreihen verfolgt werden.

Von diesem Workshop ausgehend lässt sich also fragen: Wie ist der Zusammenhang von Utopie und Land – von Utopien im Ländlichen und/oder Utopien des Ländlichen – konzeptionell aus den Perspektiven der drei Buchreihen fassbar? Hinweise darauf wollen wir in den folgenden Abschnitten geben und die jeweiligen Zugänge zu Utopien aus den einzelnen Buchreihen kurz umreißen.

2. Utopien in der Kritischen Landforschung

Kritische Landforschung ist ein noch junger Strang in der deutschsprachigen Forschungslandschaft. So ist die Buchreihe »Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen« die jüngste der drei Reihen, die sich mit Fragen ländlicher Entwicklung beschäftigen. Sie publiziert Beiträge aus Geographie, Soziologie, Planungs- und Politikwissenschaften, die sich mit ländlichen Räumen im Globalen Norden und Süden, deren Transformationen, Repräsentationen und Konflikten auseinandersetzen sowie alternative politische und gesellschaftliche Perspektiven entwickeln. Der Fokus der Reihe ist von Ansätzen der Kritischen Geographie inspiriert, die gesellschaftliche Verhältnisse aus kapitalismus- und machtkritischen, intersektionalen, (queer-)feministischen, dekolonialen, ökologischen und/oder transnationalen Perspektiven in Frage stellen.

Während sich die bisherigen Bände der Reihe konzeptionellen Ansätzen einer kritischen Landforschung (Maschke/Mießner/Naumann 2021) sowie der Analyse aktueller Widersprüche und Konflikte ländlicher Entwicklung (Belina et al. 2022) widmeten, fordert eine Kritische Geographie immer auch den Entwurf progressiver Alternativen ein, denn es kommt ihr natürlich nicht nur darauf an, »die Welt [...] zu *interpretier[en]*«, sondern »sie zu *verändern*« (Marx 1969 [1845]: 7, Hervorhebung im Original). Vor diesem Hintergrund, aber auch aufbauend auf die Arbeiten von Wallerstein (2002) und Wright (2017), stellt sich die Frage nach den Alternativen und Utopien für die Entwicklung ländlicher Räume.

Anschlüsse für eine auf gesellschaftliche Veränderungen abzielende Diskussion um Utopien bieten in der Kritischen Geographie insbesondere die Arbeiten von David Harvey und Henri Lefebvre. David Harvey (2000) setzt sich in seinem Buch »Spaces of Hope« explizit mit Utopien auseinander, insbesondere mit solchen, die eine »räumliche Form« (ebd.: 133ff., eigene Übersetzung) annehmen. Allerdings kritisiert Harvey diese auch sogleich, weil sie leicht in die Falle der Hypostasierung des Raums treten. Zum Beispiel interagieren räumlich begrenzte Utopien entweder nur selten mit der sie umgebenden Gesellschaft – und haben also keine gesamtgesellschaftlichen Veränderungen zum Ziel. Andere vermeintlich utopische Orte, wie touristische Destinationen, sind zwar gesellschaftlich eingebunden, dafür aber Teil der Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse. Im Gegensatz dazu tritt Harvey für einen »spatiotemporal utopianism« (ebd.: 189) ein. Dieser Begriff verweist darauf, dass gelebte Utopien nur temporär bestehen und permanent im Wandel begriffen sind. Das bedeutet aber auch, dass Utopien zwar an bestimm-

ten Orten gelebt werden, diese »räumlichen Fixierungen« jedoch immer auch Ausschlüsse produzieren.

Diese recht allgemeinen Auseinandersetzungen Harveys mit Utopien können mit Lefebvres Konzept des »Recht auf Stadt« konkreter unterfüttert werden. Das »Urbane« steht für Lefebvre jedoch nicht für einen Siedlungstyp (Belina 2022: 58), sondern für ein soziales »Beziehungsgefüge« (Lefebvre 2003 [1970]: 155), in dem Menschen das Ausleben einer »U-Topie« (ebd.: 58) ermöglicht wird. Lefebvres Utopie des »Rechts auf Stadt« zielt auf die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse. Mit dem »Recht auf Stadt« fordert er entsprechend den »Vorrang des Gebrauchswerts« (Lefebvre 2016 [1968]: 169) gegenüber dem kapitalistischen Tauschwert. Für Lefebvre entstehen in solchen Praxen des Rechts auf Stadt Orte der Differenz und Vielfalt. Edward Soja (1996) setzt hier an und kombiniert Lefebvres Denken über das »Recht auf Stadt« mit »radikal-postmodernen Perspektiven« (ebd.: 3, eigene Übersetzung). Er argumentiert, dass durch die widerständigen Praktiken ein »thirdspace« gelebt werde, der in besonderer Weise offen für Praktiken abseits von heteronormativen, rassistischen, kolonialen, kapitalistischen etc. Vorstellungen ist und in diesem Sinne als gelebte Utopie verstanden werden kann.

Das »Recht auf Stadt« ist also gerade nicht auf urbane Räume beschränkt, sondern beinhaltet gleichermaßen auch die Forderung nach einem befreiten Leben auf dem Land. In der Kritischen Landforschung wird dies mit dem Begriff »Recht auf Dorf« (Barraclough 2013, El Nour et al. 2015) betont und diskutiert, wie utopische Praxen auf dem Land fußfassen und gelebt werden können. Hier schließen auch die Arbeiten von Keith Halfacree (2007) und Mark Shucksmith (2018) an. So entwickelt Halfacree aufbauend auf die Raumtheorie von Lefebvre eine »radical rurality«, die bisherige Logiken, Repräsentationen und Praxen der Entwicklung ländlicher Räume in Frage stellt. Shucksmith verwendet den Begriff einer »Good Countryside« für den Entwurf und die Realisierung ländlicher Utopien.

Für eine Kritische Landforschung sind Utopien ländlicher Entwicklung in zweierlei Hinsicht zentral. Zum einen, da Utopien bewusst über bestehende Verhältnisse und Rahmenbedingungen hinausgehen. Sie setzen sich über vermeintlich feststehende Sachzwänge hinweg und denken ländliche Räume teilweise fundamental neu. Zum anderen ist die Umsetzung von Utopien in ländlichen Räumen zwangsläufig mit gesellschaftlichen Interessenskonflikten und entsprechenden Kräfteverhältnissen konfrontiert. Die Auseinandersetzung damit wie auch die Entwicklung erster Projekte ländlicher Utopien sind Ansätze für konkrete Veränderungen in ländlichen Räumen. Ländliche Utopien bieten damit einer Kritischen Landforschung konzeptionelle wie auch ganz praktische, umsetzungsorientierte Impulse.

3. Orte und Funktionen des Utopischen in Ruralen Topografien

Bilder und Erzählungen vom Landleben, wie sie in der Literatur-, Kultur- und Medien-geschichte seit der Antike entworfen und in Szene gesetzt sind, lassen sich als narrative Modelle verstehen, in und mit denen je zeitgenössische Frage- und Problemstellungen durchgespielt, reflektiert und analysiert werden. Sie fungieren als imaginäre Reaktions-, Gestaltungs- und Experimentierfelder, die auf zentrale Transformationsprozesse

der Koordinaten Raum, Zeit, Mensch, Natur und Technik antworten. Als solche haben sie Anteil an der gesellschaftlichen Produktion und Rezeption, Aneignung und Ablehnung, Veränderung und Fixierung bestimmter Räume und Raumvorstellungen. Gerade auch angesichts sich ausbreitender Großstädte und Metropolen sind sie von utopischen Vorstellungen durchzogen, die auf und in ländliche Lebenswelten projiziert werden und damit zugleich Impulse für die Gestaltung der je eigenen Gegenwart und Zukunft bieten.

Dichtungen, also literarisch geschaffene Welt- und Gesellschaftsentwürfe, sind für Sigmund Freud ebenso wie individuelle Erzählungen und künstlerisch gestaltete Bilder zunächst einmal aufgeschriebene Tagträume (Freud 1978 [1908]: 129). In sie gehen Erfahrungen und Vorstellungen, Ängste und Hoffnungen, Erinnerungen und Projektionen ein, tatsächlich also der Stoff und die Formen, die sich sowohl in Tag- als auch in Nachträumen finden lassen. Wer diese Träumereien zu Welt- und/oder Gesellschaftsbildern verdichtet, ihnen eine Ordnung gibt und entsprechend die Funktionen solcher Einrichtungen beschreibt, schafft eine Utopie. Zugleich, und das unterscheidet den Umgang mit Tag- vom Umgang mit Nachträumen, stehen diese in ihrer Ausgestaltung und Adressierung ihren jeweiligen Urheber*innen frei(er) zur Verfügung. Intentional gerichtet und vielfach in der Aufnahme, Weiterführung und Umformung spezifischer Formen und Traditionen geschaffen und gestaltet, ermöglichen fiktionale Geschichten und Bilder zugleich die Vermittlung subjektiver Erfahrungen, ausgestalteter Vorstellungen und erwünschter Grenzüberschreitung (Seel 2000), stehen aber auch für Gedanken- und Formexperimente jedweder Art zur Verfügung. »Unbefriedigte Wünsche« so Freud, »sind die Triebkräfte der Phantasien, und jede einzelne Phantasie ist eine Wunscherfüllung, eine Korrektur der unbefriedigenden Wirklichkeit« (Freud 1978 [1908]: 130). Freuds Beobachtungen lassen sich dazu heranziehen, das Erträumen besserer Zustände und damit das utopische Entwerfen einer schöneren, besseren und gerechteren etc. Welt und Gesellschaft sowohl aus der Sicht der Individuen als auch aus den Ansprüchen und Zielvorstellungen sozialer Gruppen herzuleiten und zu bebildern.

Gerade die mit den Ländlichkeitsimaginationen sowohl historisch als auch gegenwärtig immer wieder verbundenen Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ (Nell/Weiland 2021) verweisen – insbesondere im Kontext der zunehmenden Urbanisierung (vgl. u. a. Wirth 1974 [1938], Lefebvre 2003 [1970], Dirksmeier 2009) und/oder Rurbanisierung (Langner/Frölich-Kulik 2018) der Lebenswelten in einer sich beschleunigenden Moderne – auf deren utopische und sozialkritische Impulse. Sie finden sich sowohl in den ›Klassikern‹ des Erzählens vom Leben auf dem Land (quasi: von Vergil über Rousseau und Thoreau bis hin zu den populären Landmagazinen der Gegenwart) als auch, etwas genrespezifischer, in den literaturgeschichtlichen Entwicklungen der Dorfgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute (quasi: von Berthold Auerbach bis Juli Zeh). Literarisch-mediale Bilder und Narrative des Dörflichen und Ländlichen, das zeigen u. a. ihre diversen Konjunkturen (Nell/Weiland 2014a), vermitteln dabei nicht nur zwischen Wahrnehmungen und Vorstellungen, sondern geben zugleich praxisorientierte Impulse zur Umgestaltung der eigenen Lebenswelt (Baumann 2018) und zur Ausbildung Sozialer Orte (Kersten/Neu/Vogel 2022) – Impulse, die womöglich auch Zuzug (Rössel 2014) und/oder Bleiben (Rühmling 2023) motivieren können. In ihren je unterschiedlichen Formen – als realistisch, allegorisch und/oder metafictional ausgerichtete literarisch-mediale Gebilde – ver- und bearbeiten sie wahrgenommene Realitäten, beziehen sich

auf größere Zusammenhänge und reflektieren zugleich auch ihre eigene symbolische Gemachtheit (Nell/Weiland 2014b). Sie bilden gegenwartsorientierte poetische Wissensformen aus (Seel 2023) und können damit auch als Seismographen gesellschaftlicher Selbstwahrnehmung gelesen werden. Dabei lässt sich sowohl in gegenwartsbezogenen Erzählformen wie der Dorfgeschichte, die neben der medial weiter verbreiteten Bezugnahme auf (utopisch erscheinende) Topoi des Idyllischen zugleich und immer wieder nach der ›Zukunftsfähigkeit‹ von ländlichen Regionen fragt, als auch in zukunftsbezogenen Erzählformen wie der Science Fiction und der Climate Fiction, die Status und Erscheinungsformen von Stadt-Land-Verhältnissen in der imaginierten Zukunft thematisieren, ein weitgehender Wandel beobachten. Zukunft und Zukünftiges – sei es nun utopisch oder dystopisch vorgestellt – wird hierbei zunehmend in ruralen und urbanen Räumen verortet und imaginiert (Weiland 2022).

Grundlegend, und dies verbindet literarisches Träumen mit Utopien im engeren Sinn, speisen sich beide aus Erfahrungen des Mangels und einem in den Möglichkeiten des Träumens angelegten Streben nach Verbesserung sozialer Verhältnisse bzw. der Befriedigung individueller Wünsche und Bedürfnisse. (Literarisch-künstlerische) Utopist*innen, so ließe sich mit Wolf Lepenies (1998) etwas zugespitzt sagen, leiden unter den Gegebenheiten und klagen über die Mangelhaftigkeit der Welt; und aus dieser Klage heraus entsteht ein utopischer Gegenentwurf, mit dem sie sich ihr Leiden zu vertreiben und die Gegebenheiten zu bessern suchen. Die Funktion utopischer Entwürfe, nicht nur Kompensation, sondern auch Korrektiv zu sein und gleichermaßen Kritik und Alternative sozialer oder historischer Mangelverhältnisse bieten zu können (und damit die jeweils bestehenden Beschränkungen der eigenen Welt zumindest imaginär zu überwinden), kann als ein Grundimpuls literarisch-künstlerischer Produktion verstanden werden. Der Literaturwissenschaftler Northrop Frye hat sie als Ausgangspunkt des literarischen Schaffens – und ebenso des Interesses der Lesenden an solchen Produktionen – bestimmt:

»The fundamental job of the imagination in ordinary life, then, is to produce, out of the society we have to live in, a vision of the society we want to live in.« (Frye 1964: 140)

Literatur, und noch allgemeiner gefasst: der symbolisch-künstlerische Weltbezug, ist in diesem Sinne per se utopisch veranlagt. Gert Ueding fasst es folgendermaßen:

»Literatur ist Utopie, nicht weil sie unreal wäre, sondern weil sie ein Bild der Wirklichkeit mit sich führt, das allen Übereinkünften der bisherigen Geschichte und Gegenwart widerspricht.« (Ueding 1978: 9)

Mit ihr überschreiten Menschen ihre je eigenen Gegebenheiten und Bestimmungen. Dies ließe sich als ›weit‹ gefasster anthropologisch-universeller Utopie-Begriff verstehen, wie er etwa von Ernst Cassirer angesprochen wird:

»Die große Bestimmung der Utopie ist es, Raum zu schaffen für das Mögliche, im Gegensatz zu einer bloß passiven Ergebung in die gegenwärtigen Zustände. Es ist das symbolische Denken, das die natürliche Trägheit des Menschen überwindet und ihn

mit einer neuen Fähigkeit ausstattet, der Fähigkeit, sein Universum immerfort umzugestalten.« (Cassirer 2007 [1944]: 100)

Diese Gegen- und Anderswelten nicht nur zu konzipieren, sondern sie zugleich auch mit solch einem Glanz und einer Spannung aufzuladen, dass der utopische Entwurf sowohl attraktiv erscheint und Leser*innen anspricht als auch zugleich Ansprüchen auf Übersichtlichkeit, Ordnung und Funktionalität entgegenkommt, macht dann die Besonderheit der (literarischen) Textsorte »Utopie« aus, wie sie sich in der Tradition der Sozialutopien seit der Neuzeit herausgebildet hat (vgl. Bloch 1969, Saage 1991, Voßkamp 2016). Solche »Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften« zeichnen sich, so Richard Saage (1991: 2), durch »eine präzise Kritik bestehender Institutionen und sozio-politischer Verhältnisse« aus, denen sie »eine durchdachte und rational nachvollziehbare Alternative gegenüberstell[en]« (ebd.: 2f.) – eine Alternative, die v.a. auch als »wirklichkeitsangemessen« (ebd.: 3) konzipiert ist. Dies ließe sich als »eng gefasster literaturwissenschaftlich-deskriptiver Utopie-Begriff verstehen. In ihm ist der Kontrast zwischen zeitgenössischer Wirklichkeit und alternativer Möglichkeit grundlegend angelegt (vgl. Voßkamp 2016: 77), wobei die jeweiligen Kritikpunkte wie auch Gegenentwürfe zugleich als Indikatoren (vgl. Saage 1991: 6) aktueller individueller und sozialer Probleme, Ansprüche und Wünsche gelesen werden können. Utopische Entwürfe speisen sich dabei nicht nur aus vorhandenen Erfahrungen und überlieferten Erzählstoffen, sondern zielen zugleich auf ihre Realisierung ab und suchen die Leserschaft dafür mittels verschiedener »rhetorische[r] Überredungsstrategien« (Voßkamp 2013: 17) zu mobilisieren. Dadurch entsteht ein weiteres Spannungsverhältnis zwischen Ideal und Wirklichkeit. Waren ältere Utopien dabei deutlich in mythische (»Goldenes Zeitalter«), religiöse (»Paradies«) oder historische (»Urzeit«) Idealvorstellungen eingebunden, so zeigen die mit der Neuzeit einsetzenden und bis in die Gegenwart ausstrahlenden utopischen Entwürfe eine deutlich stärkere Verbundenheit mit linear gedachten historischen Entwicklungen, einem innerweltlich bezogenen Fortschrittsglauben und/oder mit einem zunehmend das Individuum und seine Orientierungs- und Selbstverständigungsmöglichkeiten hervorhebenden Vorstellungs- und Erfahrungsbereich.

Die beiden zivilisationsgeschichtlich ausdifferenzierten Bezugspunkte Stadt und Land spielen hierbei eine wichtige Rolle. Hatten die klassischen Sozialutopien, auch dem räumlichen Standort ihrer Autoren (Platon, Morus, Campanella u.a.) geschuldet, stärker die Stadt fokussiert – und wurden ländliche Räume hierbei vornehmlich als zwischen Idylle und Barbarei oszillierende Gegenwelten der Stadt (vgl. Curtius 1984: 191–209), als ihr Hinterland oder als ihre Versorgungsquelle konzipiert –, so drehen sich insbesondere im 20. Jahrhundert die Vorzeichen dieses Verhältnisses; denn gerade in den nun entstehenden großen Dystopien (Samjatin, Huxley, Orwell) finden sich immer wieder rurale Fluchträume, die einen Ausweg aus einem übergreifenden Zentralismus bieten sollen. Dabei zeigt sich bei den utopischen und dystopischen Land-Imaginationen, dass sie ebenso wie ihre realistischen Pendanten als Verhandlungsorte und Projektionsflächen für die jeweils anstehenden Aufgaben, Fragen oder Problemstellungen fungieren (vgl. Donovan 2010, Marszałek/Nell/Weiland 2017, Ehrler/Weiland 2018, Twellmann 2019) und unter den Bedingungen der Moderne als eine mögliche Antwort – oder zumindest Reaktion auf sie – entworfen und vorgestellt sind. Dies gilt

auch für die noch ungeschriebene Literatur- bzw. Kulturgeschichte ruraler und/oder rurbaner Utopien, die sich in Literaturen, Medien und Planungen – sowie nicht zuletzt in sozialen (Lebens-)Reformbewegungen – beobachten lassen und das Ineinandergreifen von individuellen und sozialen Erfahrungen, künstlerischen Imaginationen und Sinnorientierungen sowie imaginativ-konkreten Raumplanungen und -gestaltungen vor Augen führen.

4. Von Gegenwartsdiagnosen lokaler und regionaler Entwicklung zu besseren Zukünften?

Wer immer über ländliche Räume in Deutschland in den 2000er- und frühen 2010er-Jahren sprach und beinahe egal, in welchem Medium dies erfolgte: Zukunft war stets allgegenwärtig, und sie schien mehr als gewiss. Noch Mitte der 2010er-Jahre galt in erster Linie der »demographische Wandel« als dominierender Megatrend, hinter dem viele soziale, politische, naturlandschaftliche und ökonomische Veränderungsprozesse mindestens zurücktraten, wenn Entwicklungslinien und -potenziale ländlicher Räume in Deutschland beschrieben wurden. Dörfer galten als »verlassen«, gar »sterbend«, Regionen waren »überaltert« und »zurückgelassen« (für ein entsprechendes Glossar vgl. Steinführer 2015: 5). Der Schrumpfungsdiskurs überlagerte Fragen sozialer Ungleichheit ebenso wie ökologische Probleme und ließ aktive Gestaltungsbemühungen vor Ort oft als Kampf gegen Windmühlen erscheinen. Zu Recht war in diesem Zusammenhang von einer »Demographisierung des Gesellschaftlichen« die Rede (Beetz 2007) – also von einer Reduzierung komplexer, mehrdimensionaler, uneindeutiger und eben gerade nicht linearer gesellschaftlicher Veränderungen auf einen einzigen Trend. Nicht zuletzt mutete der Diskurs häufig ausgesprochen biologistisch an.

Rückblickend setzte sich nur langsam die Erkenntnis durch, dass ländliche Räume durch ganz spezifische Entwicklungspfade gekennzeichnet waren und eigene Problemlösungen verlangten. Doch ließen die akademischen und politischen Auseinandersetzungen für utopisches Denken zunächst wenig Raum. Ein Weg zum Denken in Alternativen war allerdings bereits Mitte der 1990er-Jahre und dann mit Nachdruck im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends dadurch geebnet, dass sich die Planungskultur in den westlichen Demokratien hin zu einem Governanceverständnis veränderte (Benz et al. 2007). Gleichzeitig fand das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in Prozessen der sogenannten Lokalen Agenda 21 ihr Echo und lud dazu ein, sich in lokalen und regionalen Entwicklungsprozessen mit Zukunftsfragen aktiv auseinanderzusetzen (Zimmermann 1997).

Doch zeigte sich vielerorts auch, wie schwer es war, die Gestaltung der Zukunft in kooperativen Arbeitsprozessen von öffentlichen und privaten Akteur*innen tatsächlich konsequent voranzubringen. Es dauerte noch einige Jahre, bis strategische Planung zu einem immanenten Bestandteil von Governanceprozessen in der Entwicklung ländlicher Räume wurde. Diese ermöglichte, das tradierte Denken hin zu einer größeren Zukunftsoffenheit zu überwinden: Für die beteiligten Akteur*innen bedeutete dies, gemeinsame Visionen und Szenarien über Raumzukünfte, sei es von Dorf oder Region, zu entwerfen – utopisches Denken fand somit vielerorts in moderierter und

strukturierter Form Eingang in lokale und regionale Entwicklungsprozesse (Neumann 2005). Fortan gewann es zunehmende Bedeutung und wurde in den Folgejahren mehr und mehr ein Ansatzpunkt, um Ziele und Perspektiven für die räumliche Entwicklung daran auszurichten. »Zukunftsfähigkeit« war und ist dabei ein viel strapazierter Begriff: Er bezieht sich auf ganze Regionen, auf ländliche Gemeinden und Klein- und Mittelstädte, die zunehmend hinsichtlich der Aufrechterhaltung ihrer Infrastrukturen, der Ausgeglichenheit ihrer kommunalen Haushalte, ihrer Flächenentwicklung oder Erhaltung von Baukultur gefordert sind. Die praktische Übersetzung von »zukunftsfähig« in »zukunftsfest« ist in der ländlichen Entwicklung kein Selbstläufer, vielmehr nehmen zahlreiche und unterschiedliche Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen und aus diversen Sektorlogiken heraus Einfluss. Planerische Interventionen mit ihrem zwangsläufigen Zukunftsbezug (Grabski-Kieron 2024), alltagsweltliche und politische Zugriffe auf Dörfer als »Projekte« (Laschewski et al. 2019), aber auch unvorhergesehene Entwicklungen wie z.B. die COVID-19-Pandemie (Greinke et al. 2022) verändern ländliche Räume mit intendierten wie unintendierten Folgen und ermöglichen zugleich – entsprechende Planungswerkzeuge und Denkfreyräume vorausgesetzt –, neu über Zukünfte nachzudenken. Kontingenz und Nicht-Wissen sind jedoch in Gegenwartsdiagnosen stets mitzudenken, wenn zugleich Aussagen über ein wünschenswertes Morgen getroffen werden sollen.

Die Buchreihe »Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung« greift seit 2016 dieses Themenspektrum auf. Die Reihe ist dem Transfer neuer Erkenntnisse theoretischer wie auch angewandter Forschung über ländliche Räume in Deutschland und Europa verpflichtet. Sie verortet sich zuvorderst in der Geographie ländlicher Räume, ist aber für interdisziplinäre Brückenschläge offen, insbesondere in die Planungs-, Politik- und Nachhaltigkeitswissenschaften sowie in die Soziologie. In diesem Sinne bietet sie auch Nachwuchswissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen eine Plattform zur Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse und bestätigt damit die Interdisziplinarität des Themenfeldes. Die in einzelnen Bänden behandelten Forschungsprojekte und Fallstudien, z.B. zur Gesundheitsvorsorge oder Kulturarbeit in ländlichen Räumen (Stinn 2017, Rammelmeier 2023), geben Zeugnis von der Vielfalt und Lebendigkeit des Forschungsfeldes. Darüber hinaus beleuchten Sammelbände ausgewählte Themen, so z.B. zu den Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie auf ländliche Räume (Greinke et al. 2022), aus unterschiedlichen Blickwinkeln und bereichern so die laufenden Diskurse darüber. Sammelbände in englischer Sprache zielen daraufhin, die deutschsprachige Forschung über ländliche Räume in den europäischen Forschungskontext einzubetten und den fachlichen Austausch über die europäischen Grenzen hinweg zu unterstützen (Grabski-Kieron et al. 2016, Steinführer et al. 2020).

Bezugnahmen auf die Zukunft, sei es als kurz- und mittelfristige Handlungsorientierungen von Forschungsprojekten oder als langfristige visionär-strategische Entwicklungskonzeptionen, spiegeln sich in vielen Bänden der Reihe wider. Chancen und Potenziale, aber auch Schwierigkeiten und Probleme einer tragfähigen und konsensfähigen Zukunftsgestaltung für Dörfer oder Regionen werden deutlich. Bereits mit ihrem ersten Band (Grabski-Kieron et al. 2016) war die Reihe bestrebt, gängigen Linearitätserzählungen und einfachen Vergangenheitsfortschreibungen entgegenzuwirken. Der Blick auf ländliche Peripherien in unterschiedlichen europäischen Ländern und die in ihnen zu

beobachtenden wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Veränderungen ließen sowohl Peripherisierungs- als auch Entperipherisierungsprozesse erkennen. Damit widersprach der Band der wohlfeilen These eines »immer schlechter«-Werdens und der vermeintlichen Zwangsläufigkeit regionaler Niedergangstrends über lange Zeiträume und stellte stattdessen die Handlungsmacht, den Gestaltungswillen und die Kreativität der Akteur*innen vor Ort und damit die Zukunftsoffenheit ländlicher Entwicklung in den Mittelpunkt, ohne die Grenzen von Einflussmöglichkeiten zu negieren. Einmal mehr zeigte der Band auf, dass ein perspektivischer Wandel ländlicher Räume im Sinne gewollter Veränderungen nicht auf die Frage individueller Ressourcen und Kapazitäten zu beschränken ist. Vielmehr kommt politischen, planerischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen ebenso wie den je konkreten Akteurskonstellationen für eine aktive Gestaltung von lokalen oder regionalen Zukünften entscheidende Bedeutung zu. Ähnliches zeigen auch die zahlreichen Fallstudien, die bislang in der Reihe publiziert wurden.

In diesen Kontexten von Forschung, Governance-Praxis und Diskursen ist die Reihe als Transfermedium positioniert. Eine Synthese der dominierenden Einzelfallstudien bleibt ebenso herausfordernd wie die Einbettung in und der Vergleich mit Entwicklungen in anderen europäischen Ländern (Steinführer et al. 2020) – beides ist aber umso notwendiger angesichts der allgegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationsanforderungen. Diese benötigen ein Verständnis historischer Entwicklungspfade, nüchterne Bestandsaufnahmen der Gegenwart ebenso wie Bezugnahmen auf Zukunft ohne alarmistische Untergangsszenarien.

5. Zu diesem Band

Dieser Sammelband vereint 25 Beiträge, die sich ländlichen Utopien im Sinne alternativer Gesellschaftsvorstellungen, transformativer Projekte und gemeinschaftlicher Praktiken auf unterschiedlichen räumlichen Skalen in Gegenwart und Vergangenheit widmen. Die im ersten Block vereinten Aufsätze wenden sich Ländlichkeit und utopischem Denken in einem breiten Spektrum aus historischen und konzeptionellen Zugängen zu. Sie vermessen schlaglichtartig die Geschichte ländlicher Utopien von der Antike bis in die Gegenwart hinein und analysieren dabei sowohl die mit ihnen verbundenen kritischen Perspektiven auf zeitgenössische Gegebenheiten und Entwicklungen als auch die in den utopischen Entwürfen enthaltenen (imaginierten) Auswege und (praxisorientierten) Antworten. Die Beiträge des zweiten Teils nehmen Ungleichheitsstrukturen der Gegenwart ebenso wie Transformationsansprüche an ländliche Räume zum Ausgangspunkt. Infrastrukturabbau, kommunale Finanzkrise, geschlechterbezogene Ungleichheiten und Armut sind nur einige der behandelten Themen. Im dritten Block werden verschiedene Beispiele, Praktiken und Projekte in ihren konkreten lokalen wie überregionalen Einbettungen präsentiert und diskutiert. Ihre Protagonist*innen und Mitstreiter*innen haben sich auf einen utopischen, emanzipatorischen und/oder transformativen Weg gemacht – sei es als intentionale Gemeinschaft, als soziale Bewegung gegen vorherrschende Agrarpraktiken, als Dorfladen oder mit alternativen Wirtschaftsweisen.

Am Ende dieses Sammelbandes steht weiterhin kein gemeinsames Verständnis ländlicher Utopien sowie der Wege zu deren Realisierung. Die Besonderheit ländlicher Utopien besteht gerade in der Vielfalt, in den Gegensätzen und Widersprüchen, in den heterogenen Zugängen und politischen Perspektiven; ähnliches lässt sich auch von der interdisziplinären Zusammensetzung der Autor*innen, die wiederum vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebens- und Arbeitserfahrungen als Nachwuchswissenschaftler*innen, Studierende, Postdocs oder (emeritierte) Professor*innen schreiben, sagen. So besteht eine Erkenntnis des Bandes vielleicht gerade darin, dass ländliche Utopie(n) – und zwar analog zur genuinen Pluralität und Heterogenität ländlicher Räume – nur in ihrer zu konstatierenden Vielfalt produktiv für gesellschaftliche Entwicklungen gemacht werden können. Umso wichtiger ist es für eine Landforschung – welcher Ausrichtung auch immer –, diese heterogenen und teilweise widerstreitenden Ansätze ländlicher Utopien miteinander in den Austausch zu bringen.

Den weiterhin weit verbreiteten Bildern von »sterbenden« Dörfern, Verödung und Infrastrukturabbau stellen die Beiträge vielfältige Ideen und Impulse ländlicher Zukünfte entgegen. In der Gesamtschau fällt im Vergleich zu den bekannten städtischen Utopien eines auf: Architektonische Aspekte spielen in Vorstellungen vom »guten« Land nahezu keine Rolle. Überwiegend werden räumliche und materielle Rahmenbedingungen, Zugangsrechte und Praktiken verhandelt – es geht also in vielen der hier vorgestellten Projekten und ihren utopischen Elementen um ein »doing the (good/better) countryside«. Dies ruft schon jetzt nach einer kritischen Inspektion und Reflexion der Projekte und Praktiken sowie ihrer Wirkungen in der Zukunft bzw., um im Duktus des Bandes zu bleiben: in all den verschiedenen ländlichen Zukünften.

Danksagung

Für die finanzielle Unterstützung der Publikation sind wir der Universität Trier und dem Johann Heinrich von Thünen-Institut, das auch die Durchführung des Landutopien-Workshops 2023 finanziell unterstützt hatte, zu Dank verpflichtet. Leonie Willems danken wir herzlich für die Formatierungsarbeiten und das Korrektorat. Schließlich bedanken wir uns bei allen Autor*innen des Bandes für ihre Beiträge und ihren Langmut in den Diskussionen mit den – sich nicht immer einig gewesenen – Herausgeber*innen um Zugänge, Inhalte und Formulierungen.

Literatur

- Albers, Gerd (1996): »Städtebau und Utopie im 20. Jahrhundert«, in: Die alte Stadt 23 (1), S. 56–67.
- Amin, Ash (2006): »The Good City«, in: Urban Studies 43 (5/6), S. 1009–1023.
- Barracrough, Laura (2013): »Is There Also a Right to the Countryside?«, in: Antipode 45 (5), S. 1047–1049.
- Baumann, Christoph (2018): *Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Lust*. Bielefeld: transcript.

- Beetz, Stephan (2007): »Die Demographisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Veränderungen am Beispiel des ländlichen Raums«, in: Eva Barlösius/Daniela Schiek (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221–246.
- Belina, Bernd (2022): »Land im Westlichen Marxismus«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 49–66.
- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2022) (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (2007) (Hg.): Handbuch Governance – Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bloch, Ernst (1969): Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien. Mit Quellentexten. Hamburg: Rowohlt.
- Cassirer, Ernst (2007) [1944]: Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur. Hamburg: Meiner.
- Curtius, Ernst Robert (¹⁰1984) [1948]: Europäische Literatur und Lateinisches Mittelalter. Bern/München: Francke.
- Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld: transcript.
- Donovan, Josephine (2010): European Local-Color Literature. National Tales, Dorfgeschichten, Romans Champêtres. New York: Continuum International Publishing.
- Ehrler, Martin/Weiland, Marc (2018) (Hg.): Topografische Leerstellen. Ästhetisierungen verschwindender und verschwundener Dörfer und Landschaften. Bielefeld: transcript.
- El Nour, Saker/Gharios, Cynthia/Mundy, Martha/Zurayk, Rami (2015): »The right to the village? Concept and history in a village of South Lebanon«, in: Justice spatiale – Spatial justice 7 (7), S. 1–24.
- Engels, Friedrich (1982) [1880]: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: Marx-Engels-Werke Bd. 19. Berlin: Dietz, S. 189–228.
- Freud, Sigmund (1978) [1908]: »Der Dichter und das Phantasieren«, in: Sigmund Freud Werkausgabe Bd. 2: Anwendungen der Psychoanalyse, hg. von Anna Freud und Ilse Grubrich-Simitis. Frankfurt a.M.: S. Fischer, S. 128–135.
- Frye, Northrop (1964): The Educated Imagination. Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press.
- Grabski-Kieron, Ulrike (2024): »Ländliche Räume im Spiegel von Politik und Governance«, in: Ulrike Grabski-Kieron/Stefan Kordel/Christian Krajewski/Ingo Mose/Annett Steinführer (Hg.): Geographie ländlicher Räume. Paderborn: Brill | Schöningh, S. 326–392.
- Grabski-Kieron, Ulrike/Mose, Ingo/Reichert-Schick, Anja/Steinführer, Annett (2016) (Hg.): European rural peripheries revalued. Governance, actors, impacts. Berlin: LIT (Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, 1).

- Greinke, Lena/Grabski-Kieron, Ulrike/Mose, Ingo/Reichert-Schick, Anja/Steinführer, Annett (2022) (Hg.): *Krise als Chance? Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf ländliche Räume*. Berlin: LIT (Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, 9).
- Halfacree, Keith (2007): »Trial by space for a ›radical rural‹: Introducing alternative localities, representations and lives«, in: *Journal of Rural Studies* 23 (2), S. 125–141.
- Harvey, David (2000): *Spaces of Hope*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Langner, Sigrun/Frölich-Kulik, Maria (2018) (Hg.): *Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt*. Bielefeld: transcript.
- Langner, Sigrun/Weiland, Marc (2022) (Hg.): *Die Zukunft auf dem Land. Imagination, Projektion, Planung, Gestaltung*. Bielefeld: transcript.
- Laschewski, Lutz/Steinführer, Annett/Mölders, Tanja/Siebert, Rosemarie (2019): »Das Dorf als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung. Zur Einführung«, in: Annett Steinführer/Lutz Laschewski/Tanja Mölders/Rosemarie Siebert (Hg.): *Das Dorf. Soziale Prozesse und räumliche Arrangements*. Berlin: LIT (Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, 5), S. 3–56.
- Lepenius, Wolf (1998): *Melancholie und Gesellschaft. Mit einer neuen Einleitung: Das Ende der Utopie und die Wiederkehr der Melancholie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lefebvre, Henri (2003) [1970]: *Die Revolution der Städte*. Dresden: DRESDENPostplatz.
- Lefebvre, Henri (2016) [1968]: *Das Recht auf Stadt*. Hamburg: Edition Nautilus (Nautilus Flugschrift).
- Marszałek, Magdalena/Nell, Werner/Weiland, Marc (2017) (Hg.): *Über Land. Aktuelle literatur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Dorf und Ländlichkeit*. Bielefeld: transcript.
- Marx, Karl (1969) [1845]: »Thesen über Feuerbach«, in *Marx-Engels-Werke* Bd. 3. Berlin: Dietz, S. 5–7.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): *Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Nell, Werner/Weiland, Marc (2014a) (Hg.): *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt*. Bielefeld: transcript.
- Nell, Werner/Weiland, Marc (2014b) »Imaginationsraum Dorf«, in: Nell, Werner/Weiland, Marc (Hg.): *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt*. Bielefeld: transcript, S. 13–50.
- Nell, Werner/Weiland, Marc (2021) (Hg.): *Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript.
- Neumann, Ingo (2005) (Hg.): *Szenarioplanung in Städten und Regionen. Theoretische Einführung und Praxisbeispiele*. Dresden: Thelem/w.e.b.
- Pinder, David (2005): *Visions of the city. Utopianism, power and politics in twentieth century urbanism*. New York u.a.: Routledge.
- Rammelmeier, Maria (2023): *Engagement für lebendige Regionen. Wie kann Regionalmanagement kulturelles Engagement in ländlichen Räumen stärken?* Münster: LIT (Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, 10).

- Rühmling, Melanie (2023): Bleiben in ländlichen Räumen. Wohnbiographien und Bleibenslebensweisen von Frauen aus Mecklenburg-Vorpommern. Bielefeld: transcript.
- Saage, Richard (1991): Politische Utopien der Neuzeit. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Seel, Martin (2000): Ästhetik des Erscheinens. München/Wien: Hanser.
- Seel, Henri J. (2023): Der Gang aufs Land. Eine Poetologie des Wissens über rurale Räume in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur. Bielefeld: transcript.
- Shucksmith, Mark (2018): »Re-imagining the rural: From rural idyll to Good Countryside«, in: *Journal of Rural Studies* 59, S. 163–172.
- Soja, Edward W. (1996): Thirdspace. Journeys to Los Angeles and other real-and-imagined Places. Malden et al.: Blackwell.
- Steinführer, Annett (2015): »Landflucht« und »sterbende Städte«. Diskurse über räumliche Schrumpfung in Vergangenheit und Gegenwart«, in: *Geographische Rundschau* H. 9, S. 4–10.
- Steinführer, Annett/Heindl, Anna-Barbara/Grabski-Kieron, Ulrike/Reichert-Schick, Anja (2020) (Hg.): *New rural geographies in Europe. Actors, processes, policies*. Berlin: LIT (Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, 6).
- Stinn, Thomas (2017): Die Gesundheitsregion als zukunftsfähiges Konzept für ländliche Räume. Raumrelevante Handlungsstrategien im Kontext regionaler Gesundheitsversorgung. Münster: LIT (Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, 3).
- Twellmann, Marcus (2019): Dorfgeschichten. Wie die Welt zur Literatur kommt. Göttingen: Wallstein.
- Ueding, Gert (1978) (Hg.): *Literatur ist Utopie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Vercelloni, Virgilio (1994): Europäische Stadtutopien. Ein historischer Atlas. München: Diederichs.
- Voßkamp, Wilhelm (1985) (Hg.): *Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie*. 3 Bde., Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Voßkamp, Wilhelm (2013): »Möglichkeitsdenken. Utopie und Dystopie in der Gegenwart. Einleitung«, in: Wilhelm Voßkamp/Günter Blamberger/Martin Roussel (Hg.): *Möglichkeitsdenken. Utopie und Dystopie in der Gegenwart*. München: Fink, S. 13–30.
- Voßkamp, Wilhelm (2016): *Emblematik der Zukunft. Poetik und Geschichte literarischer Utopien von Thomas Morus bis Robert Musil*. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Wallerstein, Immanuel (2002): *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*. Wien: Promedia.
- Weiland, Marc (2022): »Die Zukunft auf dem Land? Intermediale Bilder, Narrative, Diskurse«, in: Sigrun Langner/Marc Weiland (Hg.): *Die Zukunft auf dem Land. Imagination, Projektion, Planung, Gestaltung*. Bielefeld: transcript, S. 11–61.
- Wirth, Louis (1974) [1938]: »Urbanität als Lebensform«, in: Ulfert Herlyn (Hg.): *Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghattobildung und Stadtplanung*. München: Nymphenburger Verlagshandlung, S. 42–66.
- Wright, Erik Olin (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Zimmermann, Monika (1997): »Lokale Agenda 21. Ein kommunaler Aktionsplan für die zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune im 21. Jahrhundert«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27, S. 25–38.

I Konzeptionelle Zugänge zu ländlichen Utopien

Ländliche Utopien und die utopische Tradition

Werner Nell

1. Einleitung

Unter der Überschrift »Die Rückkehr des Lagerfeuers« widmete sich das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« Ende Januar 2021 der Erfolgsgeschichte von Fernsehkrimis, die an abgelegenen Stränden, auf Inseln oder an den ländlich geprägten Küsten von Nord- und Ostsee spielen (Buß 2021). Wer zu den mehr als zehn Millionen Menschen gehörte, die den Tatort »Tödliche Flut« im Januar 2021 gesehen haben, sah sich zwei Settings gegenüber: Zum einen wurden schöne, teils wilde, teils idyllische Landschaften in peripheren Lagen, weitgehend überschaubare, zugleich mitunter (un)heimelige Lebensverhältnisse und jeweils charakteristisch dazugehörige Figuren präsentiert. Zum anderen ging es um die Gefährdung dieser Verhältnisse durch nur ansatzweise sichtbar werdende globale Agrarkonzerne oder urban beheimatete Boden- und Bauspekulant*innen, die das utopisch grundierte Bild einer in ländlichen Räumen immerhin noch lebenswerten und von »handfesten« Menschen bewohnten gestaltbaren Lebenswelt bedrohten. Erschüttert und gerahmt wurde es von realen, die regionalen Zusammenhänge in Richtung globaler Verflechtungen übersteigenden, im Verlauf des Films aber zumindest immer noch konkret in ihre Schranken weisbaren gegenläufigen (bösen) Mächten. Deren Ziel ließ in einer dystopisch ausgemalten Gegenwelt die Zerstörung menschlichen Zusammenlebens und seiner Lebensgrundlagen durch überwältigende, lediglich an Profiten orientierte Großprojekte erkennen bzw. befürchten.

Offensichtlich bieten ländliche Räume derzeit immer noch genügend Ressourcen, Farben, Plätze und Stoffe für eine Inszenierung solcher dystopischer und utopischer Perspektiven auf den Zustand und die weitere Entwicklung menschlichen Zusammenlebens und seiner Gestaltungsmöglichkeiten. Einerseits dürften Folklore, Genrekonventionen, Lokalkolorit, nicht zuletzt attraktive und ggf. exotisch wirkende Natur- und Landschaftsbilder, auch damit verbundene Tourismuswerbung, für die Wahl ländlicher Kulissen ein Motiv in solchen v.a. auf Spannung und Unterhaltung hin angelegten Filmen ausmachen. Andererseits stellen ländliche Räume und Lebensverhältnisse auch in einer sich als »städtisch« und modern verstehenden Gesellschaft für viele immer noch einen real vorhandenen und von ihnen bewohnten Ort und Rahmen dar. Auch wenn es wie bspw. bei den »Bauernprotesten« Anfang 2024 zunächst »nur« um Inter-

essenvertretung und Lobby-Arbeit, auch Propaganda, einer kleinen Gruppe zu gehen scheint, werden in diesen auch weitergehende Fragen und Debatten angesprochen, die die Gesellschaft im Ganzen und auch globale Kontexte betreffen. Sie reichen von der Ökologie und Ökonomie kleinerer Wirtschaftskreise (vgl. Streeck 2021: 479ff.) bis hin zu Fragen politischer Partizipation und zu den Gefahren autoritären Gesellschaftsumbaus. Inszenierungen utopischer und dystopischer Entwicklungen in ländlichen Räumen bieten zudem Impulse zur Reflexion an und zeigen Rollenmuster und Handlungsfelder für Parteinahme oder Identifikation, so dass sie nicht nur als Medienprodukte, sondern auch als Diskursbeiträge aktuelle Aufmerksamkeit gewinnen können.

Dabei verweist die mediale Konjunktur von Stadt-Land-Differentialen, also korrespondierend einander gegenüber gestellten und diskursiv instrumentalisierbaren Bildern von Stadt und Land (Nell 2024), zunächst auf einen Bedarf nach dichotomischer Übersicht in ansonsten eher undurchsichtigen, ja verwirrenden Verhältnissen, wie sie sich in aktuellen Entwicklungs- und Zukunftsdebatten abzeichnen. Demgegenüber bieten die im überliefert-vertrauten Setting der einander gegenüber gestellten Stadt-Land-Bilder eingelagerten utopisch-dystopischen Anspielungen oder Verweise auch eine Rahmung bzw. einen Anstoß, um Fluchtpunkte und Irritationsanlässe gesellschaftlicher Entwicklungen anzusprechen. Indem utopisch-dystopische Entwicklungslinien und Bezüge in den Lebensverhältnissen und in der »Überschaubarkeit« ländlicher Räume und in Entgegensetzung zur »Stadt« inszeniert werden, können so Impulse für Vorstellungen und Debatten gesetzt bzw. angeboten werden, die auf Erfahrungen, Ängste und Hoffnungen eines Publikums rekurrieren, das sich seinerseits zum einen in diesen Bildern von Stadt und Land wiederfinden kann und sich andererseits an die damit angesprochenen utopisch bzw. dystopisch entworfenen Projektionen ihrer erlebten oder erinnerten Lebenswelt anzuschließen vermag. Auch wenn ländliche Räume als Produktionsstätten, Lebensmodell und Handlungsorte gesellschaftlicher Interaktion vielfach inzwischen als randständig oder zumindest urban durchmischt angesehen werden (vgl. Miggelbrink 2020), so belegen die darauf bezogenen Entwürfe, Bilder und Geschichten des »Ländlichen« gerade in der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Entwürfe von Stadt (negativ und mächtig) und Land (positiv, aber gefährdet) die Strahlkraft und Attraktivität der damit verbundenen Vorstellungen und Imaginationen. »Ländlichkeit« tritt so auch unter den Bedingungen fortgeschritten moderner Gesellschaften noch immer als Projektionsfläche, mitunter sogar als modellhaft ausgerichtete Lebensform und zugleich als Gestaltungsraum und ggf. Reflexionspotenzial (vgl. Nell/Weiland 2014) in Erscheinung und vermag Aufmerksamkeit zu beanspruchen. In dieser Hinsicht verweisen Utopien ländlichen Lebens ebenso wie deren dystopische Entwürfe auf zweierlei: zum einen auf die Bildkraft und damit die Traditionslinien von Vorstellungen und Erfahrungen eines Lebens in ruralen Zusammenhängen und zum anderen auf die – gerade auch ansonsten in Utopien und Dystopien verhandelten – Vorstellungen und Ansprüche von Menschen auf ein »gelingendes Leben« bzw. zeugen sie in dystopischer Sicht von den Ängsten und Gefahren, die mit seiner Zerstörung einhergehen bzw. von dieser ausgehen.

2. Konjunkturen des »Ländlichen« zwischen Utopie und Dystopie

Wie in der Abenteuerliteratur oder auch in anderen fiktionalen, auf ein Massen(medi- en)publikum zielenden Formaten können die utopische Rahmung und die dystopische Bedrohung alltagsreal gezeichneter Lebensverhältnisse auch gegenwärtig als zwei Modi der Beobachtung, Gestaltung und Interpretation von Lebensverhältnissen, Charakteren und Gesellschaftsmodellen bestimmt werden. Dabei kann die Inszenierung des Ländlichen umso mehr an Bildkraft gewinnen, als ländliche Räume nicht nur von Modernisierung bestimmt werden, sondern ebenso selbst als Orte fortschreitender, ggf. auch alternativ orientierter Moderne(n) in Erscheinung treten (vgl. Langner/Weiland 2022). Nicht zuletzt kennzeichnen solche Verschiebungen, Auslagerungen oder auch Überzeichnungen ländlicher Lebensverhältnisse einige Bestseller der letzten Jahre, die wie Annika Scheffels »Bevor alles verschwindet« (2013), Saša Stanišićs »Vor dem Fest« (2014) oder Juli Zehs »Unterleuten« (2016) und »Über Menschen« (2021) neben utopischen Bezügen auch auf Stilmuster von Märchen, Kolportage und Bericht zurückgreifen. Dass dabei aktuell in unterschiedlichen Feldern, von der Klima- über die Friedens- und Konfliktforschung bis zu Fragen der Bildung, der Medien- und Kulturentwicklung, und ebenso auch in öffentlichen Debatten, eher dystopische Entwürfe im Vordergrund stehen (vgl. Sperling 2023; Stauffer/Dziudzia/Tatzel 2022), mag zum einen einer Gegenwart geschuldet sein, die als Epoche multipler Krisen wahrgenommen wird. Zum anderen hat das Vertrauen in die Gestaltungskraft menschlichen Zusammenlebens durch Vernunft und Fortschritt – auch in historischer Perspektive und trotz zeitweiliger geschichtsphilosophischer Aufladung – abgenommen. Die Reihe der hier zu nennenden und entsprechend viel beachteten Autoren reicht von Ulrich Beck (1986) über Jeffrey Alexander (2013) und Zygmunt Bauman (2017) bis zu Hartmut Rosa und Andreas Reckwitz (2021).

Um einen historischen Anschluss gegenwärtiger Diskussionen zu finden, erscheinen die durch den Epochenbruch des Ersten Weltkriegs erschütterten 1920er-Jahre von heute aus noch immer als Hochphase eines durch Geschichtsphilosophie (Hegel, Marx), aber auch durch eschatologische Impulse (Bloch, Benjamin, Tillich) angeregten utopischen Denkens, dessen sozialwissenschaftliche Erkundung, auch Einhegung durch Karl Mannheim (1985 [1929]) dann aber auch die Brücke zu einer zweiten Konjunktur herabgestimmter utopischer Gesellschaftsentwürfe bildete. Statt weitergehend geschichtsphilosophische Entwürfe des 19. Jahrhunderts als Leitlinien gesellschaftlicher Entwicklung und utopischer Orientierung zu nutzen, ging es nach 1945 – und zwar durchaus Ost und West übergreifend – modernisierungstheoretisch geleitet (Wagner 1995: 167ff.) um Vorstellungen umfassender sozialer Planungen, in denen die technologische und sozialpolitische Vorstell- und Machbarkeit den Anteil eschatologischer Überwindung des Bestehenden in Richtung einer »vollkommenen« Gesellschaft übertraf. Während zunächst die Konzepte umfassender, also »totaler Planung« bzw. »Utopie der Planung« (Picht 1968) im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg und in Reaktion auf die Menschheitsverbrechen der 1930er- und 1940er-Jahre, die entweder als Rückfall in eine vormoderne Barbarei oder als Perversion bzw. Totalisierung der Planungsutopien des 19. Jahrhunderts gesehen werden konnten (Arendt 1986 [1951]: 609ff.), in Misskredit geraten waren, findet sich ein Wiederaufleben utopischer Erwartungen in jenen »Utopien der Planung« der 1950er-

Jahre wieder (zur Kritik vgl. Tenbruck 1972), die sich dort auf große Projekte wie globale Stadtplanung, Nutzung der Atomkraft, Anhebung der »Entwicklungsländer« und technologisch getragenen gesellschaftlichen Fortschritt bezogen. Gerade ländliche Räume wurden dabei modernisierungstheoretischen Entwicklungsprogrammen unterworfen, die an Planungen und utopische Entwürfe der Jahrhundertwende, etwa in der Gartenstadtbewegung, die Rationalisierung und Maschinisierung der Agrarindustrie oder auch die Großstadtplanung sowie allgemeine Urbanisierungstendenzen anzuknüpfen versuchten. Während der »Geist der Utopie« als vorgeblich »historische Macht« noch einmal um 1968 kurz aufflackern konnte, erscheinen gegenwärtige Bezüge auf die Utopie dagegen deutlicher reduziert auf den Entwurf von Alternativen zu begrenzteren Aufgaben und Handlungsfeldern.

Dabei geht es um Themen wie bspw. die Gestaltung von Nachbarschaften und genossenschaftlichem Wohnen (Aydt 2023), um bürgergesellschaftliches Engagement und die Stärkung von Randgruppen (Cooper 2014) oder die Umgestaltung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (Bregman 2019), um Entwürfe, die sich in weitergehende Diskurse gesellschaftlicher Entwicklungen einbinden lassen (vgl. Meireis/Wustmans 2023) bzw. an kritische Entwürfe aus der Vergangenheit anzuknüpfen suchen (vgl. Dörre 2021). Freilich lassen sich unter dem Stichwort »Utopie« auch aktuell zahlreiche Publikationen finden, die neben historischer Forschung und theoretischem Zugriff auf ein breiteres Publikum zielen. Eine Abfrage der Deutschen Nationalbibliothek im Herbst 2023 liefert zum Stichwort Utopie/Dystopie ca. 6.000 Einträge, allein für die Jahre 2022 und 2023 durchschnittlich jeweils 100 Neuerscheinungen pro Jahr, auch wenn viele von ihnen – passend zum Thema – erst einmal unter »angekündigt« firmieren. Zugleich wird das semantische Feld derzeit offensichtlich vor allem von einer Unterhaltungs- und Ratgeberliteratur bestimmt, die den Hinweis auf Utopien entweder zur Rahmung lebenspraktischer Tipps nutzt oder aber auch mit einem Fragezeichen versieht, um so auf das Problem ihrer Realisierbarkeit aufmerksam zu machen.

Utopien haben damit aktuell auch auf dem Buchmarkt und in populären Debatten durchaus Konjunktur. Sie interessieren historisch und auch theoretisch, freilich fehlt es an »großen« Modellen, wie sie bspw. von Ernst Bloch gesammelt und kommentiert wurden (Bloch 1969). Für einen auf den Fortschrittsglauben der Aufklärung bauenden und im Anschluss an Hegel und Marx geschichtsphilosophisch fundierten Optimismus, der auf eine »Realisierung« utopischen Wünschens zielt, fehlen derzeit Grundlagen und Voraussetzungen, während sich utopisch grundierte Entwürfe menschlicher Sozialität dagegen ebenso finden lassen wie Ansatzpunkte und Modellprojekte: wirtschafts- und sozialtheoretisch etwa in den Studien Elinor Ostroms (2015 [1990]), aktivistisch in den Manifesten des Convivialismus (Adloff/Leggewie 2014) sowie praktisch bspw. in den Entwicklungsmodellen von Amartya Sen und Muhammad Yunus. Zum einen lassen sich diese an ältere Formen der im utopischen Denken enthaltenen Sozialkritik und -reform anschließenden Vorstellungen nutzen, um aktuelle gesellschaftliche Erfahrungen, Problemstellungen, Handlungsansätze und Erwartungen anzusprechen und zu reflektieren. Zum anderen lässt sich der Stempel des »Utopischen« auch heranziehen, um die in diesen Texten und Modellen angesprochenen Erfahrungen und Vorstellungen, Ansprüche und Erwartungen, auch die zugehörigen Möglichkeiten und Potenziale einer Veränderung von Verhältnissen, als »unrealisierbar« (vgl. Bloch 1969: 240) wegzuschieben oder zugun-

ten von Unterhaltung und Vergnügen umzuformen. Allerdings finden sich auch noch neuere Untersuchungen zu den »klassischen Texten« der utopischen Tradition (Schölderle 2022), die diese in zeitgenössischen Debatten präsent halten. Aktuelle literaturwissenschaftliche Arbeiten gehen utopischen Verweisen in unterschiedlichen Texten, zu verschiedenen Zeiten (Hermand 2021) und auch in anderen Medien nach (Wolting 2022), während sozialwissenschaftliche Studien den Stellenwert utopischen Denkens im Blick auf politische Theorien und die Gestaltung gesellschaftlicher Zusammenhänge der Gegenwart erörtern (Eickelpasch/Nassehi 1996; Seyferth 2023). Eine dezidierte Aufnahme und Weiterführung der älteren utopischen Tradition findet sich in neuerer kapitalismuskritischer Sicht bei Wright (2017) oder in bürgergesellschaftlich-emanzipatorischer Hinsicht bei Cooper (2014). Beide Zugänge gehen von konkreten gesellschaftlichen Handlungsfeldern aus, die sie im Blick auf die damit verbundenen überschießenden Potenziale zu entwickeln und als Ansatzpunkte einer besseren, gerechteren Gesellschaft, bei Wright auch dezidiert in Form einer grundlegenden Gesellschaftskritik, bestimmen wollen.

3. Utopische Tradition

Zunächst einmal sind Utopien ausgemalte, mitunter recht genau durchkalkulierte Tagträume. In ihrem Gehalt bewegen sie sich zwischen Wunschlisten und Rezeptanweisungen, mehr oder weniger edel ausgestatteten Baukästen und durchaus realistischen Umbau- und Reformvorschlägen. Zeitentlastete und damit dem geschichtlichen Verlauf enthobene Idyllen auf der einen, konkrete Planungsansätze wie etwa Gartenstädte auf der anderen Seite bilden die Grenzen jenes Bereichs des Utopischen, in dem unrealisierbare Wunschvorstellungen und praktisch umsetzbare Entwürfe (Cooper 2014) aufeinander treffen und sich ggf. durchdringen. In Utopien lassen sich Zeitbezüge, Erwartungen und Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Vor- und Herstellbarkeit entworfenen Lebensmodelle wiederfinden. Insoweit spiegeln solche utopischen Entwürfe auch ihre jeweiligen Zeitumstände, Klassenlagen und nicht zuletzt gruppenbezogene oder individuelle Wünsche, Obsessionen und ideologische Orientierungen. Waren ältere Utopien eher statische (Gegen-)Entwürfe einer einmal entworfenen Welt, die entweder unbewegt bleiben oder ganz den geschichtlichen Prozessen enthoben sein sollten, so sind die moderneren Utopien seit dem 19. Jahrhundert selbst der Geschichte ausgesetzt. Sie werden in vielfacher Hinsicht als Ergebnisse historischer Prozesse gestaltet, des Fortschritts der Wissenschaften, des »Klassenkampfes« oder technologischer und zivilisatorischer Entwicklungen. Auch haben sich Reichweiten und Ausmaße utopischer Entwürfe verschoben: Wurde der Paradiesgarten zunächst nur von zwei Menschen bewohnt, so führt Platons Idealstaat in ständisch gegliederter Form eine antike Stadt vor Augen. Zwischen Architektur, Festungsbau und Landschaftsgestaltung entwerfen die mit der Neuzeit einsetzenden Utopien ebenfalls in der Regel Städte, rekurren aber in ihrer Ausgestaltung und sozialen Organisation auch auf Modelle und Ressourcen ländlicher Räume und vormoderner Kommunalität, wenn es um die Versorgung ihrer Bewohner*innen, um die Gestaltung von Lebenszusammenhängen und Freiräumen und nicht zuletzt um Orte der Begegnung geht.

Utopische Entwürfe ländlicher Räume treten dabei zunächst in städtischen, weitgehend von der Oberschicht geprägten Perspektiven auf. Die antike Landlebensliteratur (Hesiod, Plinius d.Ä., Vergil, Cicero, Apuleius) berichtet von Lebensentwürfen gebildeter, wohlhabender Menschen, die sich auf ihre ländlichen Güter zurückziehen können. Allerdings kommen zumindest bei Hesiod auch die Bauern, bei Apuleius dann auch schon die ländlichen Unterschichten in den Blick. Auch Aristoteles verweist auf Bauern und ländliche Produktions- und Herrschaftsformen, jedoch in einer ebenso »naturwüchsig« gegründeten wie entfalteten Ungleichheitsperspektive und begründet damit auch die Legitimation von Unterschieden. Auf der anderen Seite der utopischen Tagträume finden sich die Nachträume, seit dem 19. Jahrhundert unter dem von John Stuart Mill geprägten Begriff der Dystopie gefasst. Schließlich zeigen sich auf einer anderen Seite des Erlebens, der Diversität und auch der Verdrängung bzw. Subversion der Ordnungen des Realen geschuldet, »Heterotopien«. Diese versteht Foucault als imaginär besetzte und zugleich lebensweltlich erfahrene Orte, die sich nicht jenseits dieser Welt finden bzw. modellieren lassen, sondern die in »anderen Sphären« innerhalb dieser Welt angesiedelt sind (Foucault 2013). Als real erlebte Räume des Imaginären erlauben sie eine Pluralisierung und zugleich eine Entautomatisierung der geläufigen Routinen und Praktiken, die ihrerseits Innovation und ggf. kritische Reflexion gegenüber dem Bestehenden auf den Weg bringen können.

In ihrer historischen Abfolge ebenso wie in zeitgenössischen Ausführungen (Saage 1995; Schölderle 2017) können Utopien in dieser Perspektive zunächst als Entwürfe, Bilder bzw. Modelle bestimmt werden, die eine bestimmte Örtlichkeit so ausmalen, ausgestalten und so detailliert vor Augen stellen, dass bestehende gesellschaftliche Verhältnisse überschreitende Wünsche im Hinblick auf die Gestaltung künftigen gesellschaftlichen Zusammenlebens anschaulich in Erscheinung treten können. Für Ernst Bloch stehen dabei weniger die Systematik einer Ordnung oder die Durchführung eines Plans im Vordergrund; auch wenn er Utopien geschichtsphilosophisch einen »Fahrplan« zuzuschreiben sucht (Bloch 1969: 15ff.). Ihm geht es v. a. um die Bebilderung eines Wünschens und Begehrens nach Glück, beides Bestrebungen, die dem Menschen innewohnen, sich in Tag- und Nachträumen äußern und so den Impuls, auch das Material und nicht zuletzt den Glanz des Utopischen ausmachen und dieses in Verwandtschaft zu Märchen, Zauberlandschaften und religiösen Verheißungen bringen (ebd.: 238f.). Es handelt sich um eine die Zivilisationsgeschichte der Menschheit begleitende, wenn nicht gar ausmachende Geschichte von Träumen, die auf Realisierung setzen und in romantischer Vorstellung bereits im Wünschen die Möglichkeit ihres Wirklichwerdens zu beglaubigen vermögen. Zugleich zeugen diese erträumten bzw. gewünschten Bilder aber, und dies ist Blochs materialistische Fundierung, auch von einem durch Macht und Herrschaft verschärften bzw. zu verantwortenden Mangel der jeweils vorhandenen Verhältnisse. Aus ihnen sprechen Erfahrungen der Ausbeutung, der Entfremdung, der Gewalt und anderen Elends, die zugleich als Impulsgeber oder Ansatzpunkte zur Überwindung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse wirken und mehr oder weniger konkrete, praktisch umsetzbare Vorschläge zu ihrer Veränderung machen. Während Bloch dazu Traditionsbestände eschatologischen Denkens mit marxistischer Geschichtsphilosophie und hedonistischer Anthropologie zusammenführt, lassen sich historisch und aktuell auch Formen des Utopischen finden, die ihre Entwürfe in einem stärkeren Maße auf die Gestal-

tung lebensweltlicher Bezüge ausrichten und hier im Rückbezug auf die Hilfestellungen der Einbildungskraft, sozialer Phantasie (Negt 2016 [1968]) und Kreativität an konkreten, auch kleineren Verbesserungen des Zusammenlebens arbeiten.

Je nach Modell und Textgattung, Intention der Verfasser*in oder angesprochenen zeitbezogenen sowie politisch-ideologischen Ansprüchen geht es in der Ausgestaltung eines nicht vorhandenen, also in die Fiktion verlegten Ortes (U-Topia) um das Ins-Bild und In-Szene-Setzen der »Wunschvorstellung eines gerechteren und rationeller organisierten Gemeinwesens«, um die »Wunschproduktion [...] einer ›besseren Welt‹« (Münster 2010: 2852f.). Insoweit als in diesem Vorgang die Fähigkeiten des Menschen zur Überwindung vorhandener Begrenzungen zum Ausdruck kommen, lassen sich utopische Entwürfe und Orientierungen als Realisierungen dessen bestimmen, was Helmuth Plessner als »Gesetz des utopischen Standorts« entwickelt hat (vgl. 1975 [1928]: 341–346) und das sich sowohl in Richtung einer Stärkung und Reflexion des Subjekts als auch in Richtung einer gerechteren Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ausziehen lässt, ohne das eine gegen das andere ausspielen zu müssen (Young 2002).

4. Sozialutopien und literarische Entwicklung

Je stärker sich in der europäischen Neuzeit Fortschrittsvorstellungen, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Menschen sowie die Plan- und Machbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse als Leitvorstellungen historischen Bewusstseins durchsetzten (vgl. Salomon 1957), desto mehr verlagerten sich auch die Ansprüche auf die Gestaltung eines guten Lebens und einer gerechten Gesellschaft in die Sphäre innerweltlicher Entscheidungen und Verantwortlichkeit. Utopien lösten sich in diesem Prozess zunehmender Verweltlichung zunächst von Paradiesvorstellungen ab und wurden unter den bis ins 18. Jahrhundert hinein vorherrschenden Vorgaben einer Orientierung an staatlicher Macht und autoritativ gesetzter Planung v.a. als Ordnungsutopien konzipiert (Morus, Campanella). Die Durchsetzung liberaler Marktgesellschaften zum einen, eine mit der Aufklärung verbundene Entwicklung zu einer zunehmenden Autonomisierung und Individualisierung der Gesellschaften zum anderen, rückten dagegen zumindest in europäischen Perspektiven das Streben und Bewusstsein nach Freiheit und Selbstbestimmung stärker in den Vordergrund. Rousseau und der Rückbezug auf die »schöne Literatur« seit dem 18. Jahrhundert brachten individuelle Bestrebungen und soziale Gestaltungsansprüche stärker zur Beachtung, so dass sich Utopien spätestens seit dem 18. Jahrhundert in ihrer Verschränkung von Ordnung und Freiheit (Bloch 1969) erkennen und unterscheiden lassen, wenn es um die Veränderung sozialer Verhältnisse und die Emanzipation der Menschen als Individuen und Gesellschaftsmitglieder geht.

Die für die Textsorte der Utopie bestimmende Gattungskonvention: Reise in ein bis dahin unbekanntes Land, Beschreibung der dort vorhandenen Gesellschaft, die im Guten wie im Schlechten jeweils der Herkunftswelt einen Spiegel vorhält und insoweit sowohl das Bestehende als auch dessen Veränderungsmöglichkeiten vor Augen stellt, wurde in den Zusammenhängen bürgerlicher Selbstbestimmung und industriegesellschaftlicher Produktivität aus einer vordem statischen Gegenüberstellung gelöst. Gerade in Reaktion auf einen mit der Moderne verbundenen »Fahrplan« der Weltver-

besserungen (Bloch 1969: 240) zum einen, eine mit der Moderne einhergehende Individualisierung zum anderen, wurden zugleich auch die Gattungskonventionen zugunsten dynamischer, v.a. auch individueller Perspektiven, Erwartungen und Erfahrungen gelockert. Damit einher ging eine zunehmende Nutzung und Differenzierung literarischer Mittel wie auch eine verstärkte Fiktionalisierung von Handlung und Weltbeschreibung (vgl. Berghahn/Seeber 1986: 17ff.). Zugleich boten Dynamisierung und die Entfaltung individueller, diversifizierter Perspektiven auf Befunde, Ansatzpunkte, Arbeits- und Lösungsvorschläge für Fragen der gesellschaftlichen Organisation individueller Selbstbestimmung auch die Möglichkeit, konkrete Situationen, deren Ausgestaltung und Verbesserung im Medium des Fiktiven anzusprechen. Statt Gesellschaften im Ganzen aufzubauen bzw. neu zu organisieren, geht es unter diesen Perspektiven um die Gestaltung von Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens, die Stärkung von Ressourcen und die Verbesserung von Kooperation und Kreativität auf Seiten von Individuen und sozialen Gruppen. Die bei Ernst Bloch zu findende Kategorie »konkreter Utopie« (1969: 180f.) bietet dazu den Ausgangspunkt, um statt des Reisens in die Ferne oder in die Zukunft vorhandene Verhältnisse kritisch in den Blick zu nehmen, an ihrer Umgestaltung zu arbeiten sowie deren Überwindung anzugehen. Allerdings hat sich bereits seit dem 19. Jahrhundert begleitend zu den mit der Moderne verbundenen Fortschrittshoffnungen und Gestaltungsansprüchen auch die Negativfolie einer durch totale Planung und damit verbundene Machtansprüche beherrschten Gesellschaft in Form der zunächst ebenfalls literarisch entworfenen Dystopien (Samjatin, Huxley, Orwell) eingestellt und seitdem vor allem im 20. Jahrhundert den Diskurs bestimmt (Saage 1995: 22f.; Gustafsson 1985). Vor diesem durchaus gespaltenen Hintergrund sind es die bereits genannten und eine ganze Reihe weitgehend unbekannter Texte (Schölderle 2021), an die unter aktuellen Lebensbedingungen angeknüpft werden kann, wenn es darum geht, Möglichkeiten und Formen eines Zusammenlebens in Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Verantwortung und Pluralismus weiterzuentwickeln, sie in den (literarischen) Formen und Medien des Utopischen neu zu denken und kritisch zu reflektieren.

5. Land-Utopien

»Das Land«, ländliche Räume und regionale Ausrichtungen treten in aktuellen literarischen und medialen Darstellungen, zumal im Unterhaltungsfernsehen (Hißnauer/Stockinger 2021), vielfach als Orte des Aufeinandertreffens divergierender sozialer Entwicklungen in Erscheinung. Utopien ländlicher Entwicklungen können deshalb wie Spiegel oder Brenngläser aktuelle und längerfristige Projektionen gesellschaftlicher Spannungen und Herausforderungen ins Bild setzen oder auch Erwartungen, Träumen und Wünschen einen Platz bieten, nicht nur im Imaginären, sondern zugleich als Handlungsfeld gesellschaftlicher Ansprüche und Gestaltungsaufgaben. Zum einen trägt diese Aktualität des Ländlichen dem Umstand Rechnung, dass sich die gegenwärtigen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften nahezu überall aus agrarisch geprägten Wirtschafts- und Lebenszusammenhängen entwickelt haben, diese aber – wie residual auch immer – auch weiterhin, sei es als Erfahrungsraum, Bilderreservoir oder mehr oder weniger utopisch codierte Leitvorstellung und Orientierungsgröße, noch immer eine

Rolle spielen (Nell 2018). Zum anderen sind ländliche Räume weiterhin Produktionsraum von Nahrungsmitteln und Energie, Lebenswelt für größere Teile der Bevölkerung, sind Erholungs- und Ressourcenräume. Beobachtungen, Entwürfe und Aushandlungen bewegen sich deshalb im Blick auf ländliche Räume zwischen den Entwürfen eines guten Lebens und den Warnungen, aber auch Ansatzpunkten seiner Zerstörung. Ländliche Räume fungieren dabei als potentielle Austragungsorte und Projektionsräume utopisch gefasster Verhandlungen und Ansprüche auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Es geht deshalb auch in den utopisch bzw. dystopisch orientierten Entwürfen ländlichen Zusammenlebens um Strukturen und Erfahrungen, Institutionen und Räume, Orte und Landschaften, Bevölkerungsgruppen, um deren Repräsentation und Partizipation (bspw. Kersten/Neu/Vogel 2022). Ebenso geht es um Geschichten, Anlässe und Ausformungen sozialen Erinnerens und gesellschaftlicher Selbstverständigung sowie um deren Umsetzung in Bilder, Texte und in andere Formen künstlich-künstlerischer Gestaltung (Nell/Weiland 2021). In diesen Bereich fallen diesseits der »schönen« Literatur und der Unterhaltungsindustrie Planungsentwürfe, Entwicklungsprogramme und Modellprojekte, die zugleich an ältere, teils aus Utopien gewonnene Zusammenhänge anknüpfen können (Maschke/Mießner/Naumann 2021: 107ff.), auch wenn diese Orientierungen auf der Bild- und Imaginationsebene vielfach zunächst als ideologische Sphären in Erscheinung treten, zugleich aber in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auch Weiterentwicklung anstoßen können. Dies gilt zumal auch für den Umgang mit Technik sowie für die räumliche und soziale Gestaltung von Arbeitsprozessen und Zusammenleben. Im Blick auf die Tradition sozialutopischen Denkens lässt sich aktuell dabei eher an die auf Lebenspraxis und Arbeitswelt ausgerichteten Projekte früher Sozialtheoretiker und sozialistischer Autoren aus dem 19. Jahrhundert wie Henri de Saint-Simon, Robert Owen oder Charles Fourier anknüpfen als an die staatstheoretisch ausgerichteten umfassenderen Staats- und Gesellschaftsentwürfe der Jahrhunderte zuvor. Im Anschluss an deren durchaus Landarbeit, Haushaltsführung, Handwerk und Industrie im einzelnen ansprechenden Modelle beziehen sich aber auch aktuell entwickelte Projekte in den Bereichen Ökonomie, Arbeitsorganisation, Technik und Ökologie auf diese Traditionen, wenn es darum geht, in einer utopischen Perspektive Vorschläge für ein »gutes Leben« auf dem Land zu machen.

Denn viele zumeist am medialen Spannungsbedarf und an damit verbundenen Unterhaltungsinteressen orientierte Repräsentationen ländlicher Räume zeigen nicht nur medial erzeugte Imaginationen und Sensationen, sondern schließen an reale Erfahrungen und Entwicklungen an, die in ihrer medialen Aufbereitung häufig selektiv repräsentiert werden und eigenen Konjunkturen unterliegen. Dies betrifft Besitz- und Vermögensverhältnisse, Armut und Alter, Gewaltbelastungen und Ressentiments gegenüber »Fremden« (Zinn-Thomas 2019), nicht zuletzt die vielfältigen Beschäftigungsverhältnisse unterschiedlichster Art und deren Entwicklung, Familienstrukturen und Geschlechterarrangements oder auch den Abbau von Daseinsvorsorgeeinrichtungen sowie ökologische Katastrophen, die sich erst einmal einer utopischen Überformung widersetzen und für einen dystopischen Entwurf mitunter zu disparat erscheinen. Gegenläufig dazu finden sich Ansatzpunkte und Versatzstücke ländlicher Utopien in verschiedenen alternativen Entwicklungsprojekten wie selbstorganisierten Dorfläden, Energiegenossenschaften, solidarischen Landwirtschaftsinitiativen, gemeinschaftlichen Wohnprojekten

u.v.m. (vgl. Belina et al. 2022 sowie verschiedene Beiträge in diesem Band). Viele solcher Initiativen und Projekte sind von utopischen Bildern und Narrativen angeregt und geleitet.

6. Aktuelle Ansatzpunkte

Die Bezugnahme, Verbreitung und Wiederkehr utopischer Gehalte, so wie sie in literarisch-künstlerischen Imaginationen des Ländlichen in Erscheinung treten, lassen sich aktuell sowohl in Alltagsvorstellungen und -praktiken als auch in literarischen und filmischen Produktionen, in der Regionalwerbung, in Planungsvorhaben und -praxis und nicht zuletzt in politischen Diskursen wiederfinden. Allerdings: Während es inzwischen eine recht umfangreiche wissenschaftliche Literatur gibt, die ländliche Entwicklungen analysiert und idealisierte bzw. dystopische Beschreibungen ländlicher Räume offenlegt und kritisch hinterfragt, fehlt es bisher an Arbeiten, die sich im Rückbezug auf die utopische Tradition mit der Bedeutung, den Wirkungsmöglichkeiten und Grenzen solcher utopischen Bezüge in ländlichen Räumen und für deren aktuelle Entwicklung widmen. Eine bemerkenswerte Ausnahme dazu bilden utopisch-dystopische Entwürfe aus »völkischen« Sichtweisen und deren propagandistische Nutzung (vgl. Röpke/Speit 2019: 45–87). So wird weiterhin zu fragen sein, inwiefern Entwürfe gelingender ländlicher Lebensverhältnisse sich als Zugang eignen, um im Sinne konkreter Utopien Handlungsfelder für ein im Alltag gelingendes gesellschaftliches Zusammenleben zu entwickeln, welche Akteur*innen, Orte und Einrichtungen hierfür nötig sind und welche konkreten Forderungen aus ländlichen Utopien für Regionalentwicklung und -politik abgeleitet werden können? Nicht zuletzt bleibt die Frage, wo die Grenzen des zu Fordernden sind, und welchen utopischen Gehalt bestehende bzw. zukunftsweisende Politiken haben können?

Die britische Soziologin Ruth Levitas hat vor diesem Hintergrund in ihren Studien zum utopischen Denken von einer »education of desire« gesprochen:

»Utopia creates a space in which the reader is addressed not just cognitively, but experientially, and enjoined to consider and feel what it would be like not just to live differently, but to want differently – so that the taken-for-granted nature of the present is disrupted« (2005: 7).

Utopien als Wunschräume eines ebenso »natürlichen« wie kollektiv, individuell und historisch besetzten Begehrens – dies findet sich in vielen Ansatzpunkten politischen und sozialen Handelns in ländlichen Räumen wieder. Es geht dabei um Praktiken und Techniken, Arbeitsorganisation und Produktion, um soziale Kooperation und/oder kulturelle Diversifizierung, Partizipation und Repräsentation, nicht zuletzt um das Empowerment marginaler Gruppen und die Herstellung eines sozialen Zusammenhalts von »Freien« und »Gleichen« (vgl. Cooper 2014) auch im Blick auf Gestaltung eines Lebens in ländlichen Räumen, seien dies nun Fragen der Anerkennung von Migrant*innen, der Energieversorgung, kommunaler Finanzen oder der Verkehrs- und Siedlungsplanung, landwirtschaftlicher Produktion, politischer Partizipation oder bürgergesellschaftlichen En-

gagements (Fernando et al. 2018). Auf allen diesen Baustellen muss es hell genug sein, um einander sehen und zusammen arbeiten zu können; ein großer Teil des Lichtes kommt sicherlich aus der Produktion und den Energien fortgeschrittener Industriemoderne. Als Orientierungsgröße und Messleuchte werden aber auch weiterhin Lichtquellen aus utopischen Traditionen wünschenswert, wenn nicht sogar notwendig sein, also aus Träumen, Wünschen und Imaginationen, die immer auch darauf angelegt sind, die Grenzen des Bestehenden in Richtung einer grundlegenden Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle zu überschreiten, zumindest sich weiterhin deren Überwindung vorzustellen und sich daran auch auszurichten.

Literatur

- Adloff, Frank/Leggewie, Claus (Hg.) (2014): *Les Convivialistes. Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens.* Bielefeld: transcript.
- Alexander, Jeffrey C. (2013): *The Dark Side of Modernity.* Cambridge: Polity Press.
- Arendt, Hannah (1986) [1951]: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.* München/Zürich: Piper.
- Aydt, Ralf (2023): *Modell Nachbarschaften. Vom Einfamilienhaus zur sozial-ökologischen Siedlung – eine Utopie?* München: oekom.
- Bauman, Zygmunt (2017): *Retrotopia.* Berlin: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.) (2022): *Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven.* Bielefeld: transcript.
- Berghahn, Klaus L./Seeber, Hans Ulrich (Hg.) (1986): *Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart.* Königstein/Ts.: Athenäum.
- Bloch, Ernst (1969): *Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien. Mit Quellentexten.* Hamburg: Rowohlt.
- Bregman, Rudger (2019): *Utopien für Realisten.* Hamburg: Rowohlt.
- Buß, Christian (2021): *Die Rückkehr des Lagerfeuers.* <https://www.spiegel.de/kultur/tv/tatort-einschaltquoten-die-rueckkehr-des-lagerfeuers-a-d5acd28-5ec8-40cc-8eb-a-8e761bbe64ec> vom 23.03.2023.
- Cooper, Davina (2014): *Everyday Utopias. The Conceptual Life of Promising Spaces.* Durham London: Duke University Press.
- Dörre, Klaus (2021): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution.* Berlin: Matthes & Seitz.
- Eickelpasch, Rolf/Nassehi, Armin (Hg.) (1996): *Utopie und Moderne.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fernando, Julian W./Burden, Nicolas/Ferguson, Adam/O'Brien, Léan V./Judje, Madeline/Kashima, Yoshihisa (2018): »Functions of Utopia: How Utopian Thinking Motivates Societal Engagement«, in: *Personality and Social Psychology Bulletin* 44(5), S. 779–792.

- Foucault, Michel (2013): *Die Heterotopien/Les hétérotopies. Der utopische Körper/Le corps utopique. Zwei Radiovorträge*. Berlin: Suhrkamp.
- Gustafsson, Lars (1985): »Negation als Spiegel. Utopie aus epistemologischer Sicht«, in: Wilhelm Voßkamp (Hg.): *Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie*. Bd. 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 280–292.
- Hermend, Jost (2021) *Oasen der Utopie. Schriften deutscher Vordenker und Vordenkerinnen*. Köln u.a.: Böhlau.
- Hißnauer, Christian/Stockinger, Claudia (2021): »Gutes Leben in der Uckermark – inter-medial. Gegenwärtige Narrative des Provinzerzählens und ein allgemeines Modell medialer Raumproduktion« in: Marc Weiland/Werner Nell (Hg.): *Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript, S. 141–165.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Langner, Sigrun/Weiland, Marc (Hg.) (2022): *Die Zukunft auf dem Land. Imagination, Projektion, Planung, Gestaltung*. Bielefeld: transcript.
- Levitas, Ruth (2005): »The Imaginary Reconstitution of Society or why sociologists and others should take utopia more seriously«. Inaugural Lecture University of Bristol, <https://www.bristol.ac.uk/media-library/sites/spais/migrated/documents/inagural.pdf> vom 21.05.2021.
- Mannheim, Karl (1985) [1929]: *Ideologie und Utopie*. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): *Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Meireis, Thorsten/Wustmans, Clemens (2023): *Bedingungsloses Grundeinkommen – Utopie, Ideologie, ethisch begründbares Ziel?* Berlin: De Gruyter.
- Miggelbrink, Judith (2020): »Ländliche Räume – strukturschwach, peripher, abgehängt?«, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hg.): *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 64–79.
- Münster, Arno (2010): »Utopie«, in: Hans Jörg Sandkühler (Hg.): *Enzyklopädie Philosophie*. Bd. 3. Hamburg: Meiner, S. 2852–2860.
- Negt, Oskar (2016) [1968]: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen*. Göttingen: Steidl.
- Nell, Werner/Weiland, Marc (Hg.) (2014): *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt*. Bielefeld: transcript.
- Nell, Werner (2018): »die Hoffnung, dass ›nichts dazwischen kommt‹«. *Persistenz und Konjunkturen bäuerlicher Erfahrungen in der (Post-)Moderne*, in: Sigrun Langner/Maria Frölich-Kulik (Hg.): *Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt*. Bielefeld: transcript, S. 39–63.
- Nell, Werner/Weiland, Marc (Hg.) (2021): *Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript.
- Nell, Werner (2024): »Zwischen Wunschmaschine und Nebelgenerator. Stadt-Land-Differenzen als Operatoren in aktuellen gesellschaftlichen und literarischen Diskursen«, in: Katharina Mohring/Nathalie Moser/Ulrike Schneider (Hg.): *StadtLand*,

- LandStadt. Die Stadt-Land-Differenz in Literatur und Gesellschaft der Gegenwart. Bielefeld: transcript, S. 7–23.
- Ostrom, Elinor (2015) [1990]: *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: University of Cambridge Press.
- Picht, Georg (1968): *Prognose, Utopie, Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt*. Stuttgart: Klett.
- Plessner, Helmuth (1975) [1928]: *Die Stufen des Organischen und der Mensch*. Berlin/New York: De Gruyter.
- Reckwitz, Andreas/Rosa, Hartmut (2021): *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?* Berlin: Suhrkamp.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019): *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin: Chr. Links.
- Saage, Richard (1990): *Das Ende der politischen Utopie?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Saage, Richard (1995): *Vermessungen des Nirgendwo. Begriff, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Salomon, Albert (1957): *Fortschritt als Schicksal und Verhängnis. Betrachtungen zum Ursprung der Soziologie*. Stuttgart: Enke.
- Schölderle, Thomas (2017): *Geschichte der Utopie*. Stuttgart: Böhlau UTB.
- Schölderle, Thomas (2021): *Entlegene Pfade. Vergessene Denker utopischen Denkens*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schölderle, Thomas (2022): *Auf der Suche nach dem Nirgendwo. Genese, Geschichte und Grenzen der Utopie*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Seyferth, Peter (Hg.) (2023): *Dystopie und Staat*. Baden-Baden: Nomos.
- Sperling, Alexander (2023): *Dystopien der Gegenwart. Negative Zukunftsvisionen in ›postutopischer Zeit‹*. Göttingen: V & R Verlag.
- Stauffer, Isabella/Dziudzia, Corinna/Tatzel, Sebastian (Hg.) (2022): *Utopien und Dystopien. Historische Wurzeln und Gegenwart von Paradies und Katastrophe*. Bielefeld: Aisthesis.
- Streeck, Wolfgang (2021): *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Tenbruck, Friedrich H. (1972): *Zur Kritik der planenden Vernunft*. Freiburg/München: Alber.
- Wagner, Peter (1995): *Soziologie der Moderne*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Wolting, Monika (Hg.) (2022): *Utopische und dystopische Weltentwürfe*. Göttingen: V & R Verlag.
- Wright, Erik Olin (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Young, Iris Marion (2002): »Fünf Formen der Unterdrückung«, in: Christoph Horn/Nico Scarano (Hg.): *Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 428–445.
- Zinn-Thomas, Sabine (2019): »Fremdheit im Dorf«, in: Werner Nell/Marc Weiland (Hg.): *Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Berlin: Metzler, S. 167–174.

Ländlichkeit in historischen Utopien

Arbeitsorganisation und Gesellschaftsmodelle in Thomas Morus' *Utopia* und Charles Fouriers *Phalanstères*

Margareth Lanzinger

Ziel des Beitrages ist, nach Bezügen zu Ländlichkeit in historischen Utopien zu fragen und dabei Elemente und Aspekte zu identifizieren und einzuordnen, die relevant, wenn nicht konstitutiv für klassisch gewordene Gegenentwürfe zu jeweils historisch gegebenen Welterfahrungen waren. Das Interesse richtet sich auf das Zusammenspiel von Aspekten der Ländlichkeit mit dem Konzept der jeweils imaginierten Gesellschaft. Die Idee dahinter ist, dass eine solche historische Perspektive einen Beitrag zur kritischen Landforschung leisten kann (Maschke/Mießner/Naumann 2020).

Die zwei ausgewählten utopischen Entwürfe sind in verschiedenen historischen Epochen und entsprechend unterschiedlichen sozio-politischen, sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Kontexten entstanden und verortet: Thomas Morus' (1478–1535) »Utopia« ist auf einer Insel situiert und das am Grundriss von Schloss Versailles orientierte *Phalanstère* (Phalansterium) von Charles Fourier (1772–1837) am Land.

Utopie wird vielfach mit Nicht-Ort übersetzt. In Zedlers Universallexikon aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gibt es kein eigenes Stichwort dafür, wohl aber »Schlaraffenland«, dem »lat. Utopia« zugeordnet ist und das mit »Nirgendwo« ins Deutsche übersetzt wird. Drei Szenarien schreibt Zedler der Utopie zu: Darin gehe es um »eine ganz vollkommene Regierung« oder um eine Gegenwelt, »wo man ohne Arbeit alles erlangen kann«, oder um eine »lasterhafte Welt« (1742: Sp. 1827–1828). Hans Rudolf Velten (2005) definiert Utopien als »fiktionale Entwürfe vorbildlicher, vernünftiger Gesellschaftsordnungen ohne Anspruch auf Verwirklichung [...], die gleichzeitig kritische und teils satirische Gegenbilder bzw. Spiegelungen einer als defizitär wahrgenommenen zeitgenössischen Wirklichkeit enthalten«. Ein zentrales Charakteristikum neuzeitlicher Utopien sei, dass antik und humanistisch unterfütterte wohlgeordnete Staatlichkeit darin den unterschiedlichen Mängeln der jeweiligen Gesellschaft und Gegenwart entgegengesetzt werde. Für die Zeit zwischen 1500 und 1800 unterscheidet Velten vier verschiedene Arten von Utopien: erstens positive Insel-Utopien des Humanismus wie jene von Thomas Morus und seinen Nachfolger*innen, zweitens soziale Utopien im Kontext der Reformation, drittens Fiktionen von eher spielerischem als kritischem Charakter und

viertens Verlagerungen ins Außerirdische im Gefolge des heliozentrischen Weltbildes von Galilei und Kopernikus. In der weiteren Chronologie wären in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Utopien der Frühsozialisten zu nennen – Charles Fourier war einer von ihnen. Für deren Utopien gilt das von Velten (2005) genannte Kriterium »ohne Anspruch auf Verwirklichung« nicht, denn Verwirklichung war durchaus Ziel dieser Entwürfe, wenngleich die versuchten Umsetzungen in Frankreich nicht von Dauer waren. Robert Owen (1771–1858) veräußerte als einer der erfolgreichsten Unternehmer*innen Englands seine Fabrik und kaufte in den USA eine Stadt, um dort seine, ursprünglich utopisch konzipierte, genossenschaftlich organisierte Kolonie *New Harmony* zu gründen. Weitere Gründungen frühsozialistischer Produktionsgemeinschaften sollten in den USA auf seine Initiative folgen (Pitzer 1997; Schölderle 2015). Den »Beginn der Ökologisierung des Utopiediskurses« setzt Björn Wendt (2021: 162) in den 1970er und 1980er Jahren an. Ernest Callenbachs »Ökoptopia« (1975; 1978) wäre hier u.a. zu nennen.

In den beiden folgenden Abschnitten werden die utopischen Entwürfe von Thomas Morus und Charles Fourier jeweils in ihren wesentlichen Grundzügen umrissen und anschließend mit einem auf Bedeutung und Erscheinungsformen des Ländlichen gelenkten Fokus durchmustert. Der Beitrag schließt mit einem vergleichenden Fazit.

1. Thomas Morus' »Utopia«

Als »Prototyp der literarischen Utopie« gilt Thomas Morus' 1516 auf Latein erschienenes Werk »De optimo statu rei publicae deque nova insula utopia – Von der besten Verfassung des Staates und von der neuen Insel, kurz Utopia« (Velten 2005). Dieses Werk hat den Gattungsbegriff der Utopie letztlich geprägt (Voßkamp 1985). Morus' »Utopia« besteht aus zwei Büchern: Im ersten Buch geht es um die Situation im damaligen England, das infolge von Kriegen und der Unterhaltung eines stehenden Heers hohe Steuerlasten auf die Bevölkerung umwälzte und damit Armut und Elend erzeugte. Zugleich beuteten die Adligen die Arbeitskraft der Pächter*innen (*coloni*) aus, indem sie die Renten erhöhten. Um Land zu gewinnen, vertrieben sie diese zudem von den Höfen (Morus 2004: 29f.).¹ Im ersten, in dialogischer Form verfassten Buch steht also die Kritik an den Verhältnissen in England Anfang des 16. Jahrhunderts im Zentrum.

Die utopische Insel entwirft Thomas Morus im zweiten Buch. Diese gilt als Gegenwelt, die er aus einer humanistischen Grundhaltung heraus zeichnet. Klippen und Untiefen machen die Zufahrt für Schiffe gefährlich und »heimtückisch«, nur die Einheimischen kennen die Fahrrinnen (ebd.: 83f.). Die Utopier*innen selbst hätten sich von einem »wildem und ungesitteten Volkshaufen« zu einem »Grad von Kultur und Menschlichkeit« gewandelt, der »fast unübertroffen« sei (ebd.: 84). Auf der Insel sind 54 Städte, die sich in Sprache, Institutionen, Gesetzen etc. gleichen (ebd.: 85). Die Anzahl der Städte entspricht der Zahl der englischen Grafschaften und ebenso stimmen die in Meilen ausgedrückten Ausmaße der Insel Utopia mit jenen der britischen Insel überein (Schölderle 2016: 60). In einem Tagesmarsch kann man von jeder Stadt zu einer anderen gelangen.

1 Die Begriffe im Lateinischen, die rechtlich meist eindeutiger sind, beziehen sich auf ein 1966 erschienenes Faksimile des Originals von 1516. Dieses hat keine Seitenangaben (More 1516/1966).

Dies versucht die klassische zeitgenössische Darstellung, die die ›realen‹ Dimensionen nicht abbilden kann, zu vermitteln (siehe Abbildung 1). Die wichtigste Stadt der Insel, Amaurotum, liegt »im Nabel«, also im Zentrum des Landes. Übersetzt heißt sie Schatten- oder Nebelstadt, was eine Anspielung auf London sein soll (Schölderle 2016: 60). Amaurotum ist von allen anderen Städten aus gleich gut erreichbar; dort befindet sich der Sitz des Senats, der obersten Regierungs- und Verwaltungsbehörde (Morus 2004: 89). Die Städte haben einen quadratischen Grundriss und sind in vier gleich große Viertel unterteilt.

Abbildung 1: Titelholzschnitt aus *Utopia* von Thomas Morus, Erstaussgabe 1516 in Leuven.



Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:41.9_Thomas_Morus_Utopia.png vom 19.02.2024.

Die Anlage dieses zweiten Buches, soviel sei vorweggenommen, ist »ein Experiment über die Vernunft«. Die geometrische Anlage der Städte folge »einem strikt rationalen Ordnungsdenken« ebenso wie in den »sozialpolitischen Strukturen« (Schölderle 2016:

61f.). Alles ist durchorganisiert und mathematisch gegliedert: »Je dreißig Familien wählen sich jährlich einen Beamten« (Morus 2004: 94).

In welchen Zusammenhängen und wie wird Ländlichkeit in der »Utopia« thematisiert? Es gibt eine längere Passage zum Land ziemlich am Anfang und einige dazwischen gestreute Bezüge. Diese sollen in ihren wichtigsten Grundzügen wiedergegeben und anschließend kurz kommentiert werden. Ausgewogenheit ist das Grundprinzip: »Das Ackerland ist den Städten so zweckmäßig zugeteilt, daß eine jede auf keiner Seite weniger als zwölf Meilen Land hat; wo die Städte weiter voneinander entfernt liegen, ist es bedeutend mehr.« Keine der Städte strebe nach mehr Land, denn die Bewohner sähen sich vor allem als »Besteller [*agricolas*]« und weniger als die Herren des Landes« (ebd.: 86). Dem entsprechend sind die Höfe »zweckmäßig über das Land verteilt«. Bewohnt und betrieben werden sie »von Städtern [...], die abwechselnd dorthin ziehen«. Als Mindestgröße »für einen ländliche[n] Familienverband« sieht Morus 40 Männer und Frauen vor, zu dem noch je »zwei Ackersklaven« hinzukommen.² Jedem Familienverband steht »ein Familienvater und eine Familienmutter [*pater materque familias*]« vor; »über je 30 Familien gebietet« ein Phylarch als Vorsteher (ebd.).

Das Wohnen am Land und die als hart eingestufte Arbeit in der Landwirtschaft ist nur für eine bestimmte, aber auf Wunsch verlängerbare, Zeit gedacht. Die Weitergabe der notwendigen Kenntnisse wird durch ein Rotationssystem gewährleistet, wobei die Erfahrungswerte von einem bzw. zwei Jahren recht kurz bemessen erscheinen:

»Aus jedem Familienverband ziehen Jahr für Jahr zwanzig Personen in die Stadt zurück. Ebenso viele neue werden bestimmt, an ihre Stelle zu treten, um von denen unterwiesen zu werden, die bereits ein Jahr auf dem Land verbracht und daher in landwirtschaftlichen Fragen mehr Erfahrung haben. Im nächsten Jahr werden diese dann wieder andere unterweisen, damit die Versorgung mit Nahrungsmitteln übers Jahr nicht etwa gefährdet wird, weil dort alle neu und in der Landwirtschaft unerfahren sind. Wenn es auch üblich ist, die Bauern auszuwechseln [*innovandorum agricolarum*],³ damit keiner dieses recht strenge Leben zu lange gegen seinen Willen führen muß, so erlangen doch viele, denen die Beschäftigung mit Landwirtschaft von Natur aus Freude bereitet, auf ihre Bitte hin, die Erlaubnis für mehrere Jahre zu bleiben.« (ebd.: 86f.)

Des Weiteren werden die Tätigkeiten der »Bauern« aufgezählt und beschrieben: Sie »bestellen das Land, züchten Vieh, stellen Holz bereit und bringen es [...] in die Stadt«. In der Hühnerzucht sind sie sehr erfolgreich, indem sie die Eier nicht von den Hennen ausbrüten lassen, sondern sie »halten diese bei gleichbleibender Temperatur warm«. Pferde hingegen werden nur wenige gezüchtet, damit sich »die Jugend in der Reitkunst« üben kann. Beim Pflügen und Ziehen kommen die als ausdauernder geltenden und leichter zu haltenden Ochsen zum Einsatz, deren Fleisch zudem verwertbar ist (ebd.: 87f.). Thomas

2 Dazu steht in Anmerkung 75: »Lat. *servus ascripticios*, ursprünglich Sklav*innen, die an ein Grundstück gebunden waren und bei Verkauf an die neuen Besitzer*innen übergingen.«

3 Roger Clarke übersetzt *agricola* mit *farmworker* – an dieser Stelle mit »rotation of farmworkers« (More 2014: 53). Welchen Status die in der Landwirtschaft Tätigen haben, wird aufgrund der diversen verwendeten Begriffe nicht ganz klar.

Schölderle (2016: 62) sieht in diesem Umgang mit den Hühnern eine scherzhafte Überzeichnung einer »strikten Funktionalität« und im Argument für den Einsatz von Ochsen einen »übersteigerten Effizienzgedanken«. Aus dem Getreide wird ausschließlich Brot gemacht. An Getränken stellen die Utopier*innen Wein sowie Äpfel- und Birnenmost her, kein Bier oder Ale. Ansonsten trinken sie Wasser – reines oder mit Honig oder Süßholz gekochtes (ebd.: 88).

Die notwendigen Geräte und Hausrat beziehen sie unentgeltlich und behördlich zugeteilt aus der Stadt. In der Erntezeit werden zusätzliche Stadtbewohner*innen in der erforderlichen Zahl aufs Land geschickt, um die Ernte möglichst schnell bei Schönwetter einbringen zu können (ebd.: 88f.). Die Bedeutung der Landwirtschaft wird am Beginn des Kapitels »Über die Handwerker« hervorgehoben: »Eine Arbeit verrichten alle – Männer wie Frauen – gleichermaßen: den Ackerbau.« Dem kann sich niemand entziehen; »alle werden von Jugend auf darin unterwiesen, teils in der Schule mittels tradierter Lehren, teils dadurch, daß sie gleichsam zum Spiel auf die an die Stadt angrenzenden Felder gebracht werden.« Dabei würden sie gelegentlich auch bereits »selbst Hand an[legen]« (ebd.: 97). Zudem wird jede Person in einer für ihn oder sie geeigneten »Tätigkeit unterwiesen«: vor allem in der Verarbeitung von Wolle oder Flachs bzw. im Maurer-, Schlosser- oder Zimmermannshandwerk. Die Kleidung stellt jede Familie selbst her. Sie unterscheidet sich nur nach Geschlecht und für Ledige und Verheiratete, ansonsten sieht sie für alle gleich aus (ebd.: 97f.).

Die Arbeit wird von einem Sphogranten überwacht, denn niemand darf »müßig« herumsitzen. Allerdings beträgt die Arbeitszeit nicht mehr als sechs Stunden pro Tag: »drei vor Mittag und drei nach zwei Nachmittagsstunden Ruhezeit«. Für den Schlaf sind acht Stunden vorgesehen und die »freien Stunden [...] für das Studium der Wissenschaften«. Nach dem Abendessen ist eine Stunde dem Spielen gewidmet: je nach Jahreszeit in den Gärten oder in den öffentlichen Hallen, in denen die Utopier*innen ihre Mahlzeiten einnehmen (ebd.: 99f.).

Zur Verteilung alles Notwendigen dienen die städtischen Märkte, die sich in der Mitte eines jeden der vier Stadtviertel befinden. In jeweils dafür bestimmten Gebäuden tragen alle Familien ihre Erzeugnisse zusammen, die auf Speicher verteilt werden, aus denen sie die Familienoberhäupter dann unentgeltlich nach Bedarf beziehen können (ebd.: 110). Auf diesen Märkten gibt es auch »Gemüse, Baumfrüchte und Brot« sowie Fische und andere essbare Tiere, die außerhalb der Stadt geschlachtet und gereinigt werden. Das Schlachten von Tieren soll von den Utopier*innen ferngehalten werden, damit sie sich nicht daran gewöhnen und dadurch das Mitleid verlieren. Ebenso soll nichts Unreines in die Stadt gelangen, damit die Luft nicht verpestet wird und Krankheiten verursacht (ebd.: 111).

Die städtischen Familien nehmen in den bereits erwähnten Hallen, von denen es in jedem Straßenzug eine für jeweils 30 Familie gibt, ihr Essen ein, das verheiratete Frauen, unterstützt von Sklav*innen, die die Schmutzarbeit erledigen, zubereiten. Die dafür nötigen Nahrungsmittel organisiert der Küchenmeister einer jeden Halle auf dem Markt (ebd.: 111ff.). »Auf dem Land essen hingegen alle zu Hause, da sie recht weit voneinander entfernt wohnen. Keiner Familie fehlt etwas zum Lebensunterhalt, kommt doch von ihnen alles, wovon sich die Städter ernähren« (ebd.: 117). Um Knappheit im Fall von Missernten vorzubeugen, streben die Utopier*innen einen für zwei Jahre reichenden Vorrat

an. Von dem Verbleibenden schenken sie ein Siebtel den Armen und verkaufen alles Weitere an Nachbarn außerhalb von Utopia, um im Gegenzug Eisen zu importieren sowie Gold und Silber nach Utopia zu bringen. »Da sie dies schon seit langem zur Gewohnheit gemacht haben, herrscht daran allerorts großer Überfluß und zwar mehr als man glauben mag« (ebd.: 120f.). Ebenso positiv wie diese Bilanz klingt das Fazit,

»daß es nirgends ein vortrefflicheres Volk und einen glücklicheren Staat gibt. [...] Da weder ihr Boden überall fruchtbar, noch ihr Klima sehr bekömmlich ist, schützen sie sich durch Maßnahmen in der Lebensführung gegen die Witterung und verbessern den Boden durch ihren Fleiß so sehr, daß nirgends auf der Welt der Ertrag an Feldfrüchten und Vieh reicher ist, die Menschen länger leben und weniger Krankheiten haben. Bei ihnen kann man erleben, wie nicht nur das mit Sorgfalt betrieben wird, was die Bauern überall tun – daß sie nämlich einem von Natur aus eher kargen Boden auf künstliche Art und Weise und mit viel Mühe nachhelfen –, sondern daß das ganze Volk Hand anlegt, um einen Wald samt den Wurzeln auszureißen und an einem anderen Ort einzupflanzen.«

Der Arbeitseinsatz wird hier betont. Insbesondere für Holz sei es in Hinblick auf den Transport wichtig, dass es nahe am Meer, an Flüssen oder den Städten verfügbar sei, während sich Feldfrüchte auch »auf dem Landweg mit geringerer Anstrengung über lange Strecken herbeischaffen« ließen (ebd.: 153f.).

Thomas Morus' »Utopia« wird sowohl als Kritik und Gegenentwurf zu den Verhältnissen in England seiner Zeit gedeutet als auch als Satire auf eben diese Verhältnisse. In erster Linie gilt sie als politische Utopie, die auch in Bezug zu Platons »Politeia« gesetzt wird. Otfried Höffe (2016: 5) charakterisiert sie folgendermaßen: »Morus' Schrift geht es unter anderem um das Verhältnis von politischer Moral und realer Politik in einem staatsförmigen Gemeinwesen.« Die Frage nach Land und Ländlichkeit scheint in der Auseinandersetzung damit kein zentrales Thema gewesen zu sein. Thomas Morus, vermutlich 1478 in London geboren und dort zeitlebens juristisch und politisch tätig, war ein Städter. Er war 37 Jahre alt, als er das zweite Buch der »Utopia« schrieb. Leben und Arbeiten, Verwalten und Organisieren oder Wissenschaft-Treiben spielte sich auf Utopia überwiegend in den Städten ab. Dennoch sind die Passagen zum Land grundlegend für die Ausrichtung und das Konzept von »Utopia«.

Eine gewisse Schwierigkeit bereiten die Begriffe, mit denen die Landbewohner*innen adressiert werden. Was genau ist der *agricola* aus Morus' Sicht? In der deutschen Übersetzung steht der Bauer zum Teil in Anführungszeichen, in einer englischen wird *agricola* mit *farmworker* übersetzt. »Den Bauern gab und gibt es nicht (Münkel/Uekötter 2012). Hatte Morus ein römisches oder ein zeitgenössisches Vorbild vor Augen? Infolge der spezifischen Arbeitsorganisation gibt es eigentlich gar keine Bauern im engeren Sinn auf Utopia: Alle waren ja Handwerker-Bauern oder Bauern-Handwerker und vor allem Städter. Morus kreiert keinen eigenen Begriff für diese Hybridform. Als »Besteller« werden sie an einer Stelle bezeichnet, tätig sind sie auf nur für zwei Jahre auf großen Gemeingütern. Der Begriff *colonus* aus dem ersten Buch wird mit Pächter übersetzt, in der englischen Version von Clarke allerdings als *smallholder*, was einem Kleinbesitzer gleichkommt (More 2014: 21). Den Status zu klären, wäre ein Fall für die historische Semantik.

Auf Morus' Insel Utopia liegt das Augenmerk v.a. auf einem ausgewogenen Verhältnis von Stadt und Land – sowohl in der räumlichen Anlage als auch bezogen auf die Menschen, die dort wohnen und arbeiten. Land ist in erster Linie landwirtschaftlich genutztes Umland, das in einem durchorganisierten Austausch mit der jeweiligen Stadt steht: über die jährlich hin- und nach zwei Jahren jeweils wieder zurück in die Stadt ziehenden Arbeitskräfte, über die Produkte, die sie für die städtischen Märkte erzeugen und abliefern und die Dinge, die sich die Landbewohner*innen in der Stadt bei Bedarf aus den öffentlichen Speichern unentgeltlich holen, nicht zuletzt über die zusätzlichen Erntearbeiter*innen, die aufs Land kommen. Stadt und Land sind gleichermaßen über den Raum verteilt und angeordnet. Indem alle temporär auch das Land bewohnen und bearbeiten, entstehen erst gar keine sozialen und ökonomischen Disparitäten zwischen Stadt und Land. Darin liegen deutlich utopische Elemente und zwar hinsichtlich der Organisierbarkeit ebenso wie im Blick auf Funktionalität und Effektivität – aus damaliger wie aus heutiger Sicht.

Dasselbe gilt für das Konzept von Arbeit: Abgesehen von den übergeordneten Verwaltungs- und Aufsichtsorganen arbeiten alle einmal in ihrem Leben im ländlichen Raum, das heißt in der landwirtschaftlichen Erzeugung und lernen zugleich ein Handwerk, das sie in der Stadt ausüben. Zudem sollen sich alle – etwa in den morgendlichen öffentlichen Vorlesungen in der Stadt – wissenschaftlich weiterbilden. Hausarbeit ist in der Stadt durch die zentrale Essenszubereitung, für die die verheirateten Frauen zuständig sind, ein Stück weit sozialisiert. Darüber, wie dies auf den Höfen der aus mindestens 40 Männern und Frauen bestehenden Familienverbände organisiert ist, erfahren wir nichts Näheres.

Darüber hinaus gibt es auch noch Sklav*innen, darunter spezifische ›Land-Sklaven‹. Otfried Höffe (2016: 5) konstatiert dazu zwar in seiner Einführung: »Morus' Utopia greift also dem sozialistischen, etwa Marxschen Gedanken einer klassenlosen Gesellschaft vor; nach Karl Kautsky ist Morus der ›Vater des utopischen Sozialismus‹.« Tatsächlich ist aber die Insel-Gesellschaft am Land wie in der Stadt durchaus hierarchisch strukturiert und organisiert. Soziale Gleichheit oder gar eine klassenlose Gesellschaft sind hier eigentlich nicht zu sehen, auch wenn die Hierarchien vor dem Hintergrund einer ständischen Gesellschaft des 16. Jahrhunderts auf Utopia deutlich schwächer ausgeprägt sind. Die Existenz von Sklav*innen markiert für sich genommen paradigmatisch auch soziale Ungleichheit. An einer Stelle ist ausgeführt, wer die Sklav*innen sind, es handelt sich dabei nämlich um vier verschiedene Gruppen: Verbrecher*innen aus Utopia, gekaufte zum Tode verurteilte Verbrecher*innen benachbarter Staaten, fremde Tagelöhner*innen und Kriegsgefangene. Ob die an das Land gebundenen Sklav*innen eine eigene Gruppe sind, erfährt man nicht. Die Sklav*innen sind grundsätzlich für die Arbeiten zuständig, die als »unwürdig« und/oder schmutzig gelten, vor allem für das Metzgergewerbe (Morus 2004: 159ff.; Pieper 2016: 87f.).

Führende Sozialisten griffen später die »Utopia« von Thomas Morus auf und kommentierten sie, neben Karl Kautsky etwa auch August Bebel. In einer zeitgenössischen Perspektive verortet, wurde verschiedentlich aber auch ein Konnex zum klösterlichen Leben und Arbeiten hergestellt, der über die Benediktinerregel des *ora et labora* hinausgeht. Zu nennen sei daneben auch »der weitestgehende Verzicht auf Privateigentum [...]. Die Insulaner*innen tauschen ihre Häuser alle zehn Jahre nach dem Losverfahren.« Eben-

so ließe sich zwischen der einheitlichen Kleidung und der Mönchstracht eine Parallele ziehen (Tremmel 2016: 52).

Auf der Insel herrscht zudem eine Balance zwischen Arbeitszeit, Zeit für Regeneration und Zeit für Weiterbildung. Auch hierin kann man die Verbindung von Natur und Vernunft verorten, die Thomas Morus in seiner Utopie entwirft und zugleich mit einem glücklichen, tugendreichen und lustvollen Leben verkoppelt, wenn er zum Beispiel schreibt: »Als Lust bezeichnen die Utopier nun jede Regung und jeden Zustand des Körpers oder der Seele, in dem man unter der Führung der Natur gerne verweilt.« (Morus 2004: 139) Auf Utopia gibt es – angesichts selbst hergestellter Einheitskleidung und Rundumversorgung – keinerlei Konsumanreize, keine Luxusartikel und so auch keine *industrious revolution*, die zu Mehrarbeit über das existenziell erforderliche Maß hinaus motiviert hätte bzw. motivieren könnte (de Vries 2008). Denn für alles Notwendige ist nicht nur ausreichend, sondern im Überfluss und doch zugleich in Maßen gesorgt. Eine gewisse Zufriedenheit mit dem Vorhandenen oder die Genügsamkeit mit dem für alle Gleichen stellen schließlich ein weiteres utopisches Element des hier vorgestellten Weltentwurfs dar.

2. Charles Fouriers »Phalanstères«

Das Phalansterium entwirft Charles Fourier nicht in einem in sich geschlossenen Text oder Buch, sondern er schreibt in verschiedenen Schriften über einen Zeitraum von nahezu zwanzig Jahren, zwischen 1808 und 1837, immer wieder und auch unterschiedlich darüber. Das Phalansterium verlagert er nicht auf eine utopische Insel, vielmehr sollte es in der ›realen‹ Welt errichtet werden, und zwar auf dem Land. Tatsächlich gab es mehrere Projekte der Umsetzung in Frankreich und in den USA.⁴ *Phalanstères* lassen sich als »Großwohneinheiten« beschreiben (Doll 2013: 18), in denen Wohnen und Arbeiten sowie das soziale Leben insgesamt stattfinden und gemeinschaftlich-genossenschaftlich organisiert sind.⁵ Die Landwirtschaft steht im Vordergrund, ist aber – wie bei Morus – mit handwerklicher Produktion in Werkstätten verbunden. So beschreibt Fourier in »Le nouveau monde indutriel« aus dem Jahr 1829 in einer dem Text vorangestellten Liste von Neologismen ein *Phalanstère* als »Gebäude, das von einer landwirtschaftlichen Phalanx bewohnt wird«. Auch Fourier gibt eine exakte oder ideale Größenordnung vor: Eine Gemeinschaft oder Phalanx sollte idealerweise 1.620 Mitglieder umfassen, mindestens aber 800 oder 1.000. Fourier nennt *Phalanstères* in seiner 1822 erschienenen Schrift »Traité de l'association domestique agricole« eine »Miniaturstadt« und beschreibt sie »als ein

4 Siehe z.B.: http://la.colonie.free.fr/spip/article.php3?id_article=12 (19.02.2023) sowie Guarneri 1997.

5 Die genossenschaftliche Idee trug im 19. Jahrhundert mancherorts nahezu revolutionäre Züge. So war Franz Michael Felder (1839–1869) im Bregenzerwald Anfeindungen von allen Seiten ausgesetzt, als er in den 1860er Jahren eine Molkereigenossenschaft zum Zweck der Selbstvermarktung gründete, um die Abhängigkeit der Bauern von den Käsegroßhändlern zu durchbrechen, und zudem zusammen mit seinem Schwager die »Vorarlberg'sche Partei der Gleichberechtigung«. Siehe https://www.schoppernaut.at/Franz_Michael_Felder_1839_-_1869_1 vom 20.09.2023. Fourier war radikaler in seinem umfassenden gesellschafts- und geschlechterpolitischen Entwurf.

Ensemble dessen Grandeur [...] die armselige Kleinbürgerlichkeit der freistehenden Einfamilienhäuser ersetzen könnte, die damals bereits die Außenbezirke der Stadt füllten« (Frampton 1995: 21).

Abbildung 2: *L'avenir: perspective d'un phalanstère ou palais sociétaire dédié à l'humanité d'après le plan de Ch. Fourier – Blick auf ein Phalanstère oder auf einen der Menschheit gewidmeten sozialistischen Palast nach dem Plan von Fourier*



Quelle: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k850954v> vom 19.02.2024.

In seiner räumlichen Anlage orientiert sich das Phalansterium am Schloss Versailles mit dem zentralen Flügel, in dem öffentliche Bereiche untergebracht sind, wie der Speisesaal oder die Bibliothek, und zwei Seitenflügeln mit den Werkstätten und der *caravan-seray*, Räume, die der Geselligkeit dienen (siehe Abbildung 2). Fourier ging von der Wirkmächtigkeit von Architektur aus, davon, dass »ein politischer Architekt einzig durch die Reform der architektonischen Konventionen (*coutumes*) die Zivilisation radikal verändern« könne (Fourier 1848 [1829]: 17, zit.n. Doll 2013: 16). Architektur soll vor allem ermöglichen, dass jene, die darin arbeiten, gerne ihre Arbeit verrichten:

»Wie aber soll man sie dem Armen schmackhaft machen, wenn man es nicht einmal versteht, dem Reichen Liebe zu ihr einzuflößen? Etwa durch elegante Werkstätten, eine sinnvolle Aufteilung der Tätigkeiten, durch höfliche und rechtschaffene Mitarbeiter. Alle diese Bedingungen, die in der Zivilisation nicht zu erfüllen sind, kann es nur in den leidenschaftlichen Serien geben.«

Die Serie (*série*) ist ein Begriff für eine »Organisationsform, die in der Natur überall anzutreffen ist«, die Fourier analog auf die Organisation von Arbeit in der Phalanx überträgt, das heißt »eine sorgfältig zusammengestellte Einheit von Gruppen unterschiedlichen Al-

ters, Besitzes, Intelligenz,« die eine bestimmte Leidenschaft verbindet (Fourier 1977: 163; [1822]: 520f.; Moldenhauer 1977: 51).⁶

Seine grundsätzliche Kritik, der er mit dem Entwurf einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsordnung und dem Auf- und Ausbau der *Phalanstères* begegnen möchte, richtet sich gegen Ökonomie und Gesellschaft seiner Zeit: gleichermaßen gegen die industriell organisierte, »zerstückelte« Produktions- und Arbeitsweise wie gegen den auf dem Wettbewerb basierenden Handel und gegen die gesellschaftliche Organisation des industriellen Zeitalters einschließlich solcher Institutionen wie Ehe und Haushalt. In der »zerstückelten« Arbeit ortet Fourier eines der Hauptprobleme der »Zivilisation«, und zwar in zweifacher Hinsicht: Wenn man sich auf *eine* Tätigkeit, *einen* Beruf, konzentriert, fehlt einem die Möglichkeit, die Produktion insgesamt zu überblicken und daraus resultiere als zweite Zerstückelung »das Streben nach individueller Bereicherung und Abkapselung«, die ihren Ort u.a. im »zerstückelten Haushalt« finde (Moldenhauer 1977: 52). Dies stellt er unter dem Begriff der negativ konnotierten Zivilisation der positiv besetzten Natur entgegen.

Der Weg »zurück zur Natur« führt über die Arbeit auf dem Land, das Tätigsein in einer Landwirtschaft, die für Fourier die gesellschaftliche Grundlage darstellt. Sein Bestreben ist daher, diese gegenüber der Industrie zentral zu positionieren. Zugleich denkt Fourier – ähnlich wie Morus – im »Nouveau monde industriel« die verschiedenen Bereiche eng zusammen und aufeinander bezogen: Haushalt, Produktion, Handel, Unterricht, Studium, die Anwendung von Wissenschaft, Kunst – im Sinne eines umfassenden Gesellschaftsmodells. Die Lösung dafür sieht er in der »landwirtschaftlichen Vereinigung« – ein Synonym für die *Phalanstères* und für eine »Arbeitsweise«, die von der »Liebe zur Landwirtschaft« gekennzeichnet ist. Der Kern der landwirtschaftlichen Vereinigung liegt in der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Gütern sowie der damit verbundenen gemeinschaftlichen Arbeitsorganisation. Dieses Zusammenspiel erklärt Fourier zum »Angelpunkt der menschlichen Gesellschaft«: So bräuchten zum Beispiel »dreihundert vereinigte dörfliche Familien« nur einen Kornspeicher oder »im Sommer drei bis vier Feuerstellen [...] statt dreihundert« oder: »ein einziges Milchmädchen« könnte die Milch »mit einer Milchtonne auf einem gefederten Wagen« in die Stadt bringen statt hundert Milchmädchen in hundert Kannen. Und das sei erst ein »Zwanzigstel der Wohltaten [...], die aus der landwirtschaftlichen Vereinigung hervorgehen würden«. Durch die gemeinschaftliche, heißt zugleich sehr effiziente Arbeitsorganisation, ließen sich folglich Ressourcen, vor allem Arbeitskräfte und Arbeitszeit, sparen. Eine Verdreifachung – und »manchmal« sogar eine Verzehnfachung – der Erträge sei dadurch erzielbar (Fourier 1966: 51f.; 1977: 165f.). Im Kernstück formuliert er »[s]ieben Bedingungen genossenschaftlicher Arbeit«, die auf dem Zusammenschluss »große[r] Massen« und auf der »industrielle[n] Anziehung« basieren. Dies soll den Effekt haben, »Arbeit liebenswert zu machen«. Denn darin ortet Fourier ein Grundproblem:

»Bis heute sind Politik und Moral daran gescheitert [...]: wir sehen, daß alle Lohnarbeiter, alle Erwerbstätigen, ja die gesamte Klasse des Volks ständig dem Nichtstun zuneigen

6 Bei dem Buch handelt es sich um die Übersetzung zentraler Passagen aus Fouriers Werken von Eva Moldenhauer.

gen. In den Städten kann man beobachten, daß sie dem arbeitsfreien Sonntag einen arbeitsfreien Montag anhängen; daß sie ohne Eifer, langsam und widerwillig arbeiten.« (Fourier 1977: 172)

Die »industrielle Anziehung« drückt sich in der »genossenschaftlichen Ordnung« aus, die, »einmal in Gang gesetzt, die Arbeiten in der Landwirtschaft und der Manufaktur ungemein reizvoll machen wird«, so dass »das Volk so viele Annehmlichkeiten und Anregungen bei seiner Arbeit finden [wird], daß es nicht bereit wäre, sie um eines Festessens, eines Balls oder eines Schauspiels willen zu unterbrechen«. Die sieben Bedingungen sind:

- »1. Jeder Arbeiter muß Assoziierter sein und mit Dividenden statt mit Lohn bezahlt werden.
2. Jeder, ob Mann, Frau oder Kind, muß entsprechend seiner drei Fähigkeiten bezahlt werden: Kapital, Arbeit und Talent.
3. Die Arbeitsperioden müssen ungefähr achtmal am Tage wechseln, denn die Begeisterung für eine Sache kann in der Landwirtschaft oder Manufaktur nicht länger als ein- einhalb bis zwei Stunden anhalten.
4. Die Arbeit muß in Gesellschaft von Freunden ausgeübt werden, die sich spontan zusammenfinden und produktiv miteinander wetteifern.
5. Die Werkstätten und Anbauflächen müssen den Arbeiter durch Eleganz und Sauberkeit bestechen.
6. Die Arbeitsteilung muß so weit fortgeschritten sein, daß jedes Geschlecht und jede Altersstufe sich den Aufgaben widmen kann, die ihm zusagen.
7. Bei dieser Verteilung der Arbeit muß jeder ob Mann, Frau oder Kind, volles Recht auf Arbeit genießen, das heißt, das Recht, jederzeit an einer von ihm gewünschten Arbeit teilzunehmen, sofern er seine Aufrichtigkeit und seine Befähigung unter Beweis gestellt hat.« (Ebd.: 172f., [1822]: 13ff.)

In Konsequenz gewährleistet diese neue Ordnung sowohl Wohlbefinden als auch ein garantiertes Mindesteinkommen, das die Menschen »aller Sorgen für sich und für die Ihren enthebt« (ebd.: 173). Alle landwirtschaftlichen Produzent*innen werden damit zu Aktionär*innen. Die »Triebfeder«, der Schlüssel, um ökonomisch und sozial etc. ganz unterschiedlich positionierte Leute mit verschiedenen Interessen zur Zusammenarbeit zu bringen, als Voraussetzung dieser neuen Ordnung, liegt für Fourier im »Geist des genossenschaftlichen oder zusammengesetzten Eigentums« (ebd.: 174).

Die genossenschaftliche Organisation gilt auch für die Lagerung sowie den Verkauf und Kauf von Erzeugnissen – über Kommission oder Vorschuss – in den *Phalanstères*. Der Vorschuss kann dann wieder in die Produktion investiert werden. »Exotische« Lebensmittel sollen die Bewohner*innen zu ihrer Gaumenfreude zu einem möglichst niedrigen Preis erhalten (Cervio 2010: 77). Luxus ist bei Fourier, im Unterschied zu Thomas Morus, der ihn grundsätzlich ablehnt, positiv konnotiert: Er wirkt stimulierend.

Die Wohn-, Lebens- und Arbeitsgemeinschaft des Phalansteriums ist untrennbar mit freier Liebe verbunden, also auch Produktions- und Geschlechterverhältnisse sind eng aufeinander bezogen. Denn Freiheit, und zwar die »körperliche und soziale Freiheit« (körperliche Freiheit bedeutet, nicht zur Arbeit gezwungen zu werden, und die soziale

Freiheit die »freie Entfaltung der Leidenschaften«), hat neben Gesundheit und Reichtum den höchsten Stellenwert in Fouriers neuer Ordnung (1977: 175f.).

Seiner Programmatik zufolge entwickelt sich aus entsprechend gestalteten Lebensumständen der »Unitismus« (*unitéisme*). So bezeichnet er jene Leidenschaft, die darauf ausgerichtet ist, das eigene Glück mit dem Glück der anderen in Einklang zu bringen, die »Gegenleidenschaft zum Egoismus« (Moldenhauer 1977: 51).

»Der Unitismus ist die Neigung des Menschen, das eigene Glück mit dem seiner Umgebung und dem der ganzen heute so hassenswerten Menschheit in Einklang zu bringen. Er ist eine grenzenlose Menschenliebe, ein allgemeines Wohlwollen, das sich erst bilden kann, wenn alle Menschen reich, frei und gerecht sein werden« (Fourier 1966: 132).

So ist die Liebe für Fourier »die mächtigste Triebkraft der leidenschaftlichen Annäherung; denn: »Die anderen Leidenschaften haben nicht annähernd den Einfluß, den die Liebe bei der Annäherung der Stände ausübt« (Fourier 1977: 59). Die Liebe ist demnach gewissermaßen der soziale Kitt und zugleich der Motor des Ganzen,⁷ der die Menschen zur Arbeit antreibt und erscheint so eben nicht als ein Störfaktor, wie er im abendländisch-christlichen Arbeitskonzept erscheinen muss. Auch gibt es hier keine hierarchisch durchstrukturierte Verwaltung und Behörde, die die Abläufe und Verkehrsformen koordiniert und überwacht, wie dies in Thomas Morus' »Utopia« doch sehr präsent ist.

Auch hier findet sich keine klassenlose Gesellschaft, sondern eine, in der es klare soziale, geschlechtsspezifische und generationale Unterschiede gibt, die für Fourier zur Natur des Menschen dazugehören (Cervio 2010: 75). Dem entsprechend sind die Wohnverhältnisse und die Zusammensetzung der Wohn-, Arbeits- und Lebensgruppen strukturiert:

»Im Baukonzept wird zunächst jedem Bewohner, jeder Bewohnerin ein privater Schlaf- und Wohnbereich zugestanden, deren Anlage und Anordnung ebenfalls Fouriers Maxime, in allem für Zusammensetzungen zu sorgen, folgt. Dementsprechend sind zwar je nach Einkommen Unterschiede in Komfort und Größe vorgesehen; zugleich ist aber eine gleichmäßige Durchmischung der verschiedenen Wohnungstypen geplant, um zu verhindern, dass die Menschen aus einem bestimmten Flügel als niedrigstehende oder minderwertige Klasse in Verruf gerieten: »Man soll die Klassen unterscheiden«, schreibt Fourier, »aber nicht isolieren«. Die Minimalausstattung für die »arme Klasse« bestünde aus mindestens zwei hintereinander gelegenen Zimmern, eines davon wäre der Innenseite des Gebäudes, das andere nach außen dem offenen Land zugewandt, so dass es direktes Tageslicht hätte.« (Doll 2016: 21, zit.n. Fourier 1848 [1829]: 127; 1841: 466–469)

7 Positiv konnotiertes Landleben, das einen freieren Gestaltungsraum für Liebe entwirft, ist bereits im Genre der höfischen Schäferdichtung, insbesondere in der Renaissance und noch bis ins 17. Jahrhundert, zu finden. Für den Kreis der adressierten Lesenden war dies eine dystopische Gegenwelt. Bei Fourier sind freie Liebe und Sexualität hingegen Grundpfeiler des Gesellschaftsentwurfs. Das Scheitern der Phalanstères in der Umsetzung hing nicht zuletzt auch damit zusammen.

Für die Kinder ist im *Phalanstère* eine eigene Etage vorgesehen. Kinderbetreuung wird hier sozialisiert und unterstützt damit die freie Liebe als gelebte Praxis.

3. Fazit

Beide Utopien sind beides: Gegenentwurf und Überzeichnung. Bei Morus verselbständigt sich das Planvolle und Effiziente zwischendurch so weit, dass es ins Absurde abgleitet (Schölderle 2016: 62), der Schreibstil von Fourier ist emphatisch und die dahinterstehende Gesellschaftskritik umfassend. Gemeinsam ist Morus' »Utopia« und Fouriers *Phalanstères* eine essenzielle Grundlage: Für die Grundbedürfnisse aller ist gesorgt. Bei Morus herrscht Überfluss, bei Fourier Reichtum. Doch sind es keine Schlaraffenländer, in denen Milch und Honig fließt und einem die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Beide gründen auf wohl organisierter, ja strikt gestalteter Arbeit. Müßiggang soll es in beiden Utopien nicht geben. Ziel ist da wie dort jedoch, dass Arbeit gerne verrichtet wird und Freude bereitet. Beide entwerfen Gesellschaften, die an der jeweiligen Vorstellung von Gerechtigkeit orientiert sind. Auch wenn es nicht Gesellschaften von Gleichen sind, so sind sie doch viel gleicher als die Gesellschaften, in denen die Autoren selbst lebten. Bei Fourier ist Klasse ein Faktor, der bleibt, unüberwindlich ist, bei Morus sind vor allem Verwaltungshierarchien, aber auch eheliche bzw. geschlechtsbezogene Hierarchien konstitutiv.

An Zeitenwenden stehen, wie es scheint, immer wieder Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen und zugleich auch Geschlechterordnungen und Geschlechterverhältnisse zur Disposition – so auch bei Morus und Fourier. Der emanzipatorische Part der Frauen ist sehr viel deutlicher und radikaler bei Fourier ausgearbeitet, in Ansätzen jedoch auch bei Morus vorhanden, wenngleich letztlich inkonsequent (Boršić/Karasman 2016; Fourier 2017). Lustbetont sind beide Utopien: Fourier sehr viel eindeutiger in Richtung körperlich-sinnlicher Liebeserfahrung, aber auch bei Morus finden sich Bezüge dazu, was in Interpretationen bisweilen in den Hintergrund tritt. So schreibt Robert Velten (2005) etwa über Morus' »Utopia«: »Es inszeniert einen allein auf Vernunft und republikanischen Prinzipien gründenden Staat, dessen soziales Leben von hohen ethisch-moralischen Normen erfüllt ist.« Neben Gerechtigkeit und Gleichheit streben die Utopier*innen aber doch auch nach »Lust im Sinne eines angenehmen Lebens« und nach Glück, was als in der Natur der Menschen angelegt erachtet und damit zur Tugend wird. Annemarie Pieper skizziert drei Arten von Lust auf Utopia: die körperliche, die körperlich-seelische und die geistig-seelische, wobei die höchste Form die seelische sei (2016: 79ff.). Lust und Leidenschaft treten gemeinsam mit einer Orientierung an Vernunft, Produktivität und Effizienz auf, die die gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisation prägen. Lust und Vernunft stehen dabei nicht in einer Spannung, sondern sind integrative Teile der jeweiligen neuen Ordnung, die da wie dort durch Architektur und Raumplanung, durch die Wohnformen, die Art der Ökonomie, der Arbeitsteilung und der Sozialisierung von Hausarbeit hergestellt und getragen wird. Die Organisation von Arbeit – und damit zugleich von Wirtschaft – ist ein zentraler Aspekt in beiden Utopien. In den philosophischen Auseinandersetzungen vor allem mit Thomas Morus dürfte allerdings der Staat die Rezeption dominieren,

prominent etwa bei Norbert Elias, der Utopien als ein soziogenetisches »Phantasiebild einer Gesellschaft« bezeichnet (1985: 101).

Morus' »Utopia« ist deutlich stärker auf die Städte fokussiert, dennoch steht relativ am Anfang nach den Ausführungen zu den Schwierigkeiten der Anfahrt für Schiffe und Feinde ein ländlicher und landwirtschaftlicher Part. Das Utopische liegt bereits im ausgewogenen Stadt-Landverhältnis: Wir befinden uns Anfang des 16. Jahrhunderts; für weitere Jahrhunderte sollte der Großteil der Bevölkerung auf dem Land leben – um 1800 waren es in Europa noch zwischen 85 und 90 Prozent (Sarti 2015: 175). Vor diesem Hintergrund klingen 54 Städte auf einer Insel nach sehr »urbanen« Verhältnissen, auch wenn sie Ausmaße der britischen Insel hatte.

Beiden Utopien gemeinsam ist der enorm hohe Stellenwert des Gemeinsamen, Genossenschaftlichen als Organisationsform und Grundlage einer rational und effizient organisierten Gesellschaft und Wirtschaft, die engstens miteinander verkoppelt sind: angefangen bei gemeinsamen Speisesälen und Gemeinschaftsküchen bis zu den organisierten Formen des Zusammenlebens und -arbeitens. Auf diese Weise ist die notwendige Infrastruktur gesichert und zugleich für Verteilungsgerechtigkeit gesorgt und für alles Notwendige, das zum Leben braucht. Das entlastet den einzelnen und die einzelne.

Die Landwirtschaft stellt in beiden Utopien einen Schlüsselsektor dar, jedoch nicht im Sinn von »Vollerwerbsbauern« und »Vollerwerbsbäuerinnen«, sondern entweder alternierend zum Handwerk für eine bestimmte und begrenzte Zeit im Leben bei Morus oder in Verbindung mit einem Handwerk im Sinne von Pluriaktivität bei Fourier. Dies streut nicht nur Kompetenzen, sondern wirkt – zu Zeiten Fouriers zunehmend relevanten – entfremdeten Arbeitsverhältnissen entgegen. Die ländliche Architektur bleibt bei Morus eher diffus und offen; sie ist fraglos anders als in der Stadt, während die *Phalanstères* am Land situiert sind. Gesamt gesehen sind beide Utopien gesamtgesellschaftliche Entwürfe, die das Stadt-Land-Verhältnis ebenso gestalten wie Arbeit, Wohnen und Grundversorgung, Haushalt und Geschlechterbeziehungen und nicht zuletzt, vor allem auf der Insel Utopia, auch das Staatswesen. Das utopische Element liegt letztlich wohl darin.

Literatur

- Boršić, Luka/Skuhala Karasman, Ivana (2016): »Krieg, Religion und Frauen auf der Insel Utopia. Analyse des zweiten Teiles des zweiten Buches der Utopia von Thomas Morus«, in: Otfried Höffe (Hg.): Politische Utopien der Neuzeit. Berlin: De Gruyter, S. 93–107.
- Callenbach, Ernest (1975): *Ecotopia. The Notebooks and Reports of William Weston*. Berkeley: Banyan Books [dt. (1978): *Ökotoxia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999*. Berlin: Rotbuch].
- Cervio, Ana Lucía (2010): »Cuerpos extraños – Cuerpos apasionados. Una aproximación a la configuración socioespacial en el contexto de la Venecia Shakesperiana y del Falansterio de Charles Fourier«, in: *Revista Austral de Ciencias Sociales* 18, S. 59–81.
- De Vries, Jan (2008): *The Industrious Revolution: Consumer Behavior and the Household Economy. 1650 to the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Doll, Martin (2013): »Medientechnik des Gemeinsinns. Charles Fouriers Architekturutopie des Phalanstère«, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 7/2, S. 15–28.
- Elias, Norbert (1985): »Thomas Morus' Staatskritik«, in: Voßkamp, Utopieforschung, Band. 2, S. 101–150.
- Fourier, Charles (1822): La théorie de l'unité universelle. Traité de l'association domestique agricole, Band 1 (= OEuvres complètes Band 4). Paris: éditions anthropos.
- Fourier, Charles (1841²): Théorie de l'unité universelle, Band 3 (= OEuvres complètes Band 4). Paris: éditions anthropos.
- Fourier, Charles (1848³) [1829]: Le nouveau monde industriel et sociétaire (= OEuvres complètes Band 6). Paris. éditions anthropos.
- Fourier, Charles (1966): Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen, hg. von Theodor W. Adorno. Frankfurt a.M./Wien: Europäische Verlagsanstalt.
- Fourier, Charles (1977): Aus der neuen Liebeswelt: Über die Freiheit der Liebe und: Über die Freiheit der Arbeit. Berlin: Wagenbach.
- Fourier, Charles (2017): Die Freiheit der Liebe. Ein Essay. Hamburg: Edition Nautilus.
- Frampton, Kenneth (1995⁵): Die Architektur der Moderne. Eine kritische Baugeschichte. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Guarneri, Carl J. (1997): »Brook Farm and the Fourierist Phalanxes. Immediatism, Gradualism and American Utopian Socialism«, in: Pitzer, America's Communal Utopias, S. 159–180.
- Höffe, Otfried (2016): »Einführung«, in: Otfried Höffe (Hg.), Politische Utopien der Neuzeit. Berlin: De Gruyter, S. 1–18.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2020): Kritische Landforschung: Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Moldenhauer, Eva (1977): Glossar, in: Charles Fourier (Hg.): Aus der neuen Liebeswelt. Berlin: Wagenbach, S. 46–52.
- More, Thomas (1966): Utopia [1516]. Facsimile. Leeds: Scholar Press.
- More, Thomas (2014): Utopia, or The Island of Nowhere, übersetzt von Roger Clarke. London: Alma Books.
- Morus, Thomas (1516): Utopia – Libellus vere aureus, nec minus salutaris quam festivus. De optimo rei publicae statu deque nova insula Utopia. [Ein wahrhaft goldenes Büchlein, nicht minder heilsam als unterhaltsam, Von der besten Verfassung des Staates und von der neuen Insel]. Antwerpen: Thierry Maartens.
- Morus, Thomas (2004): Utopia. Aus dem Lateinischen übersetzt und mit einem Nachwort von Jaques Laager. Zürich: Manesse.
- Münkel, Daniela/Uekötter, Frank (2012) (Hg.): Das Bild des Bauern. Selbst- und Fremdwahrnehmungen vom Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert. Göttingen: Franz Steiner.
- Pieper, Annemarie (2016): »Die Moral der Utopier«, in: Otfried Höffe (Hg.): Politische Utopien der Neuzeit. Berlin: De Gruyter, S. 77–92.
- Pitzer, Donald E. (1997): »The New Moral World of Robert Owen and New Harmony«, in: Donald E. Pitzer. (Hg.): America's Communal Utopias, Chapel Hill: The University of North Carolina Press, S. 88–134.

- Sarti, Raffaella (2015): »Ländliche Hauslandschaften in Europa in einer Langzeitperspektive«, in: Joachim Eibach/Inken Schmidt-Voges (Hg.): Das Haus in der Geschichte Europas Ein Handbuch. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 175–194.
- Schölderle, Thomas (2015²): Geschichte der Utopie. Eine Einführung. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Schölderle, Thomas (2016): »Zwischen Reform und Satire«, in: Otfried Höffe (Hg.): Politische Utopien der Neuzeit. De Gruyter S. 57–75.
- Tremmel, Jörg (2016): »Thomas Morus: Der Philosoph als Fürstendiener oder Staatsmann?«, in: Otfried Höffe (Hg.): Politische Utopien der Neuzeit. De Gruyter S. 43–56.
- Velten, Hans Rudolf (2005): »Utopie«, in: Enzyklopädie der Neuzeit Online DE: http://dx.doi.org.uaccess.univie.ac.at/10.1163/2352-0248_edn_COM_371284 vom 22.02.2023.
- Voßkamp, Wilhelm (1985): »Thomas Morus' Utopia: Zur Konstituierung eines gattungsgeschichtlichen Prototyps«, in: Wilhelm Voßkamp, Utopieforschung, Band. 2, S. 183–196.
- Wendt, Björn (2021): »Utopien, Dystopien und Soziologien der Nachhaltigkeit. Grundrisse eines Forschungsprogramms und Mehrebenenmodells«, in: SONA – Netzwerk Soziologie der Nachhaltigkeit (Hg.): Soziologie der Nachhaltigkeit. Bielefeld: transcript, S. 155–183.
- Zedler, Johann, Heinrich (1742): »Schlaraffenland«, in: Zedlers grosses vollständiges Universal-Lexicon, Band 34, Leipzig: Zedler, Sp. 1827–1828, <https://www.zedler-lexikon.de/> (22.02.2023).

Aspekte ländlicher Utopien im Anschluss an Theodor W. Adorno

Bernd Belina

Nicht ganz zu Unrecht gilt Theodor W. Adorno nicht gerade als Freund sowohl des Landes als auch der Utopie, der beiden Themen also, deren Zusammenhang in diesem Band fokussiert wird. Gleichwohl avanciert dem Städter Adorno – geboren und aufgewachsen in Frankfurt a.M., im Exil in Oxford, New York und Los Angeles, 1949 zurückgekehrt nach Frankfurt – ausgerechnet das ländliche Amorbach im Odenwald zu seiner Utopie. In diesem Beitrag skizziere ich, was in Bezug auf ländliche Utopien bei Adorno an Hinweisen zu finden ist. Denn entgegen gängiger Einschätzungen gilt Adorno, so die dabei zu belegende These, bei näherer Betrachtung doch zu Unrecht nicht als Freund sowohl des Landes als auch der Utopie. Weder das eine noch die andere lehnt er ab. Bei beiden Themen verwehrt er sich aber gegen Naivität und Vereinfachung und fordert Reflexion ein. Im Folgenden diskutiere ich zunächst das Ländliche ländlicher Utopien im Anschluss an Adorno, danach das Utopische ländlicher Utopien.

1. Zum Ländlichen ländlicher Utopien

Um zu skizzieren, was das Ländliche ländlicher Utopien im Anschluss an Adorno ausmacht, werden im Folgenden einige Äußerungen Adornos zum Land diskutiert. Es wird gezeigt, dass die von ihm als ländlich kritisierten Verhältnisse und Denkweisen nicht nur in ländlichen Räumen zu finden sind, dass es aber Gründe gibt, sie auf dem Land stärker als anderswo zu vermuten.

Der Eindruck, dass der Städter Adorno etwas gegen das Land hat, nährt sich aus verschiedenen Formulierungen, die er an unterschiedlichen Stellen seines umfangreichen Werkes nutzt. So bezieht er sich in den *Minima Moralia* – wenn auch nicht wörtlich – auf Marx' pejorative Formulierung vom »Idiotismus des Landlebens« (Marx/Engels 1972: 466), dem die kapitalistische Verstädterung »einen bedeutenden Teil der Bevölkerung [...] entrissen« (ebd.) habe. Allerdings gibt er dieser Formulierung eine spezifische Bedeutung, indem er mit ihr die negativen Emotionen und Praktiken bezeichnet, die sich infolge kapitalistischer Konkurrenz Bahn brechen.

»Sobald aber die einfachen Leute um ihren Anteil am Sozialprodukt sich raufen müssen, übertreffen sie an Neid und Gehässigkeit alles, was unter Literaten oder Kapellmeistern beobachtet werden kann. Die Glorifizierung der prächtigen underdogs läuft auf die des prächtigen Systems heraus, das sie dazu macht. Berechtigte Schuldgefühle derer, die von der physischen Arbeit ausgenommen sind, sollten nicht zur Ausrede werden für die ›Idiotie des Landlebens«. Die Intellektuellen, die als einzige über die Intellektuellen schreiben und ihnen ihren schlechten Namen in dem der Echtheit machen, verstärken die Lüge. Ein großer Teil des herrschenden Anti-Intellektualismus und Irrationalismus, bis hinauf zu Huxley, wird in Gang gesetzt, indem die Schreibenden den Konkurrenzmechanismus anklagen, ohne ihn zu durchschauen, und ihm so verfallen.« (Adorno 2016: 29f.)

Die nicht exakte Bezugnahme auf das »Manifest der Kommunistischen Partei« mag als unwichtige Ungenauigkeit und bloße Nachlässigkeit abgetan werden, möglicherweise zu Recht. Bei einem seine Texte so sorgfältig komponierenden Autor wie Adorno scheint es aber berechtigt, sie als Verweis auf die Nicht-Identität von Sache und Begriff zu lesen, als absichtliche Verschiebung weg von einer Formulierung, die sich auf das tatsächliche Leben auf dem Land bezieht, hin zu einer, die eine als anti-intellektuell und irrational gekennzeichnete Geisteshaltung beschreibt, die sich überall findet, bei Literaten und Kapellmeistern, bei Aldous Huxley und anderen Intellektuellen, also bei weitem nicht nur auf dem Land, sondern gerade auch in den Städten, in denen die Intellektuellen ihrem Anti-Intellektualismus frönen. Diesen Unterschied zwischen dem tatsächlichen Landleben und der Idiotie anti-intellektueller und irrationaler – man könnte mit Bezug auf die Gegenwart auch sagen: rechtspopulistischer und -extremer – Positionen, die im Dienste der berühmten *einfachen Antworten* jegliche Reflexion, jedes Hinterfragen und jede Ambivalenz ablehnen, gilt es mit Adorno (2018: 17) aufrechtzuerhalten: »Dialektik ist das konsequente Bewußtsein von Nichtidentität.« Dies gilt auch für alle Äußerungen Adornos zum Land, in denen er die dortigen Siedlungsformen mit solchen des Sozialen und des Denkens zusammenbringt: zentral ist dann der immer nur indirekte und nicht notwendige Zusammenhang zwischen Siedlungsform sowie sozialen und Denkformen.

Während also mit der zitierten »Idiotie des Landlebens« das Land gerade nicht *in toto* gemeint ist, bestehen zugleich zu rekonstruierende indirekte Zusammenhänge zwischen Landleben und einem Denken, das Reflexion verweigert, wie Adorno im Gespräch zur »Erziehung nach Auschwitz« drastisch andeutet:

»Kogon sagt [im Buch *Der SS-Staat*; Kogon 1946], die Quälgeister des Konzentrationslagers, in dem er selbst Jahre verbracht hat, seien zum größten Teil jüngere Bauernsöhne gewesen. Die immer noch fortdauernde kulturelle Differenz von Stadt und Land ist eine, wenn auch gewiß nicht die einzige und wichtigste, der Bedingungen des Grauens. Jeder Hochmut gegenüber der Landbevölkerung ist mir fern. Ich weiß, daß kein Mensch etwas dafür kann, ob er ein Städter ist oder im Dorf groß wird. Ich registriere dabei nur, daß wahrscheinlich die Entbarbarisierung auf dem platten Land noch weniger als sonstwo gelungen ist.« (Adorno 1970: 98)

Im Sinne der Nicht-Identität kann ein solcher Zusammenhang zwischen Landleben und Barbarei – hier dem Nationalsozialismus, heute etwa der Prävalenz von Ungleichheits-

ideologien mit ihrem Hang zur Gewalt (vgl. Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020) – nie ein direkter sein. Vielmehr ist er vermittelt über reale, erinnerte und projizierte soziale Formen auf dem Land, auf deren Basis sich die im Zitat genannte »kulturelle Differenz« zwischen Stadt und Land erhebt. Eine dieser sozialen Formen ist das im Zitat angedeutete bäuerliche Anerbenrecht, bei dem der Erbhof komplett an den ältesten Sohn übergeht und die jüngeren Söhne ebenso leer ausgehen wie die Töchter. Bei Adorno und in der Literatur zur ländlichen Lebensweise werden zahlreiche weitere Aspekte diskutiert, die das Landleben auch heute noch indirekt mit der Prävalenz von Ungleichheitsideologien verbinden, etwa die Übersichtlichkeit der Verhältnisse, die Zentralität der Arbeit, die Bedeutung des Grundbesitzes sowie als Folge all dessen scheinbar unmittelbare, mithin unentfremdete Verhältnisse. Gemeinsam ist diesen realen sozialen Formen, dass sie ein Denken in unhinterfragten klaren Kategorien und Gegensätzen begünstigten und die Reflexion der Verhältnisse erschweren (vgl. Belina 2021, 2022a, 2022b). Weil aber Landleben und »Idiotie des Landlebens« nicht identisch sind, findet sich solches Denken nicht nur auf dem Land, sondern auch in Städten, Vororten, dem Internet und überall sonst in der gesellschaftlichen Totalität.

Für das Ländliche ländlicher Utopien folgt aus diesen knappen Ausführungen zum Land bei Adorno zweierlei. Zum einen sind Utopien, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen sollen, ländlich nur in Bezug auf die grundsätzlich überall vorfindbaren Denkweisen, die Adorno als »Idiotie des Landlebens« bezeichnet. Zum anderen müssen Utopien, die spezifisch das Land i.e.S. adressieren, von den realen, erinnerten und projizierten sozialen Formen ebendort ausgehen, um deren problematische Aspekte zu überwinden.

2. Zum Utopischen ländlicher Utopien

Um zu skizzieren, wie das Utopische an ländlichen Utopien im Anschluss an Adorno zu verstehen ist, wird im Folgenden Adornos Verständnis von Utopien skizziert, in dessen Zentrum die bestimmte Negation steht (s. Abschnitt 2.1). Im Anschluss wird zunächst auf die auf dem Land besonders relevante utopische Forderung nach Differenz (bzw. des Mangels daran) eingegangen (s. Abschnitt 2.2), dann auf jene der Zwecklosigkeit (s. Abschnitt 2.3.).

2.1 Utopien und bestimmte Negation

Adorno gilt gemeinhin als Verfechter eines »Bilderverbot[s]« (Adorno 2018: 207) der Theoriebildung, das es »nicht gestattet[], die Utopie positiv auszumalen« (ebd.). Grund für dieses Verbot ist, dass in einer kapitalistischen, patriarchalen, rassistischen, homo- und transphoben Gesellschaft mit ihren sozialen und Denkformen die Formulierung jeder Utopie mit Notwendigkeit auf Inhalte eben jener zu überwindenden Gesellschaft zurückgreifen und die in sie eingeschriebenen Ungleichheiten reproduzieren muss: »Wenn oppositionelle Intellektuelle [...] den Inhalt der Gesellschaft anders wollen, so lähmt sie die Gestalt des eigenen Bewußtseins, die vorweg nach dem Bedarf dieser Gesellschaft modelliert ist.« (Adorno 2016: 224)

Allerdings betont Adorno etwa im Gespräch mit Ernst Bloch 1964 (Bloch/Adorno 1985), dass es ihm nur um ein »Verbot des ›Auspinseln‹ der Utopie oder das Verbot, bestimmte Utopien im einzelnen zu entwerfen« (ebd.: 361) geht. Ein vollständiges »Bilderverbot« ist das nicht. An einem solchen sei problematisch, dass es dazu »tendiert [...] das utopische Bewußtsein selber zu diffamieren und das zu verschlucken, worauf es eigentlich ankäme, nämlich diesen Willen, daß es anders ist« (ebd.: 363, Hervorhebung im Original). Dieser utopische Wille bezieht sich auf nichts weniger als auf alles: »Was Utopie ist, als was Utopie vorgestellt werden kann, das ist die Veränderung des Ganzen.« (Ebd.: 353). Das sei etwas, das »im Innersten alle Menschen, ob sie es sich zugestehen oder nicht, wissen: Es wäre möglich, es könnte anders sein.« (Ebd.). Doch weil das Ganze, die Totalität, selbst nicht-identisch gedacht werden muss, mithin die Widersprüchlichkeit der Sache, »die Brüche und das Scheitern jener Totalität in den Begriff mit hinein genommen werden [müssen]« (Demirović 2016: 471), ist das Ganze sozusagen *en bloc* anders zu denken unmöglich. Um es trotzdem zu überwinden, ohne sich »auszupinseln«, wie es besser wäre, tut bestimmte Negation Not (vgl. Sommer 2014):

»Ja, die Utopie steckt jedenfalls wesentlich in der bestimmten Negation, in der bestimmten Negation dessen, was bloß ist, und das dadurch, daß es sich als ein Falsches konkretisiert, immer zugleich hinweist auf das, was sein soll. [...] Und so wenig wir die Utopie ›auspinseln‹ dürfen, so wenig wir wissen, wie das Richtige wäre, so genau wissen wir allerdings, was das Falsche ist.« (Bloch/Adorno 1985: 362f.)

Gerade der Umstand, dass wir es wissen und wissen können, dass wir Kritik zu üben in der Lage sind, ist Quell der Hoffnung. Mittels bestimmter Negation, indem er also auf Basis der Kritik des Bestehenden identifiziert, dass und warum dessen Gegenteil anzustreben sei, kommt Adorno immer wieder zu normativen Mindeststandards einer besseren Welt. Im Folgenden werden zwei solcher Mindeststandards identifiziert, aus denen utopische Forderungen abzuleiten sind, und in Bezug sowohl auf die kapitalistische Gesellschaft insgesamt als auch auf ländliche Räume diskutiert: Differenz und Zwecklosigkeit. Beide gehen in materialistischer Manier vom »Vorrang des Objekts« (Adorno 2018: 190) in der Dialektik von Sache und Begriff und damit in der bestehenden Gesellschaft vom Kapitalismus aus.

2.2 Utopische Forderung I: Differenz

Grundlegend und konkret fordert Adorno etwa, »daß keiner hungere, keine Folter, kein Auschwitz sei« (2003a: 21 [1962]). An diese ebenso konkreten wie materialistischen (i. S. v. die Körper der Menschen betreffenden) Forderungen schließt an, dass es möglich sein müsse, »nicht nur ohne Hunger und wahrscheinlich ohne Angst [zu] leben, sondern auch als Freie« (Bloch/Adorno 1985: 353). Freiheit als Ziel von Emanzipation, als Wert und anzustrebender Zustand setzt »die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen« (Adorno 2016: 116) voraus. Anzustreben und abzu zielen ist auf »den besseren Zustand [...], in dem man ohne Angst verschieden sein kann« (ebd.).

Ein solches Einstehen für das, was mit Henri Lefebvre (1974: 456) auch als »Recht auf Differenz« bezeichnet werden kann, geht bei Adorno mit der Forderung eines »Recht[s] auf Nicht-Identität« (Sünker 2020: 10) einher. Aus der Nicht-Identität von Sache und Begriff abgeleitet geht es dabei wesentlich darum, sich den Kategorisierungen von Menschen zu widersetzen, die im Kapitalismus und seiner »verwalteten Welt« (Adorno 1970: 95; vgl. Schiller 2014) dominieren. In bestimmter Negation ist jenes »Ticket-Denken« zu überwinden, das Horkheimer und Adorno (2016: 217) in der »Dialektik der Aufklärung« für den Antisemitismus verantwortlich machen:

»Nicht erst das antisemitische Ticket ist antisemitisch, sondern die Ticketmentalität überhaupt. Jene Wut auf die Differenz, die ihr teleologisch innewohnt, steht als Resentiment der beherrschten Subjekte der Naturbeherrschung auf dem Sprung gegen die natürliche Minderheit, auch wo sie fürs erste die soziale bedrohen.«

Mit »Ticket« ist hier eine Weltanschauung gemeint, die unterschiedliche Urteile und Vorurteile auf Basis der »Stereotypie des Denkens« (ebd.: 210) so vereint, dass ihre Inhalte »zu einem Ganzen zusammengesmolzen und unhinterfragt von den Subjekten übernommen werde[n]« (Bach 2021). Anstatt auf Basis eigener Erfahrungen, Wahrnehmungen und Abwägungen zu urteilen, werden auf diese Weise »blinde Anschauung und leere Begriffe starr und unvermittelt zusammengebracht« (Horkheimer/Adorno 2016: 211) und gemeinsam zur Grundlage der eigenen Position. Indem man sich einem Ticket anschließt, kreuzt man sozusagen eine ganze »Liste« von Positionen *en bloc* an.¹ Als Folge des so organisierten kategorisierenden Denkens muss »in der Gesellschaft erzittern, was den Unterschied repräsentiert. Die Spielmarke wird aufgeklebt: jeder zu Freund oder Feind.« (Ebd.: 212).

Für das Utopische an ländlichen Utopien folgt aus der Forderung nach Differenz, dass Unterschiede zwischen Menschen anerkannt werden, dass aus solchen Unterschieden folgende Konflikte nicht ignoriert, sondern ausgetragen werden, dass schließlich Politik zugelassen wird, und dass all das nicht in einem Freund-Feind-Denken, sondern in Anerkennung von Ambivalenzen, Ambiguitäten und Differenzierungen erfolgt. Eine solche Forderung gilt für ländliche Utopien in beiden o.g. Sinnen, aber insbesondere für solche in ländlichen Räumen, für die immer wieder eine Tendenz herausgearbeitet wird, Unterschiede, Konflikte und Politik gerade nicht zuzulassen und Abweichungen schnell als Feindschaft zu verstehen. Häufig wird dies auf die Übersichtlichkeit des Zusammenlebens in ländlichen Räumen zurückgeführt, wo »jede*r jede*n kennt« bzw. leicht kennen oder zumindest wiedersehen könnte und wo deshalb um »des lieben Friedens willen« alle Unterschiede und Konflikte totgeschwiegen werden (vgl. Belina 2022a; Vogel 2019). Stand in früheren Jahrzehnten die – noch immer aktuelle – »strenge soziale Kontrolle im Dorf, unter der jeder Unangepasste elend leidet,« (Mossmann 1975: 135) im Vordergrund, wird in jüngerer Zeit – häufig infolge fremdenfeindlicher Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten (vgl. Eckardt 2018) – die »Konstruktion des Eigenen in Abgrenzung beziehungsweise Unterwerfung des Anderen« (Glorius 2023: 352) in Bezug

1 »Im Amerikanischen ist ein Ticket eine Wahlliste, in der man die ganze Liste, nicht einzelne Kandidaten mit möglicherweise im Vergleich zur Liste nuancierten Positionen wählt.« (Ziege 2017: 92)

auf Migration und Flucht in ländlichen Räumen diskutiert. Verschiedene konkrete politisch-planerische Folgerungen werden erhoben, die Differenz auf dem Land stärken sollen, etwa die Förderung sozialer Orte (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022) sowie, in Bezug auf die Akzeptanz von Migration und Flucht, dass »Politik und Verwaltung motivierend und mit klarer Haltung voranschre[ite]n« (Vogel 2019: 108). Zur Orientierung solcher Politik taugt Adorno tatsächlich nur im Sinne konkreter Negation, also im Hinblick auf das zu Überwindende. Mehr Anknüpfungspunkte und auch Hoffnung auf eine ländliche Utopie basierend auf einem »Recht auf Differenz« (Lefebvre 1974: 456) liefern die Schriften Henri Lefebvres (vgl. Belina 2022c). Gleichwohl scheint es mir sinnvoll und produktiv, aus Adornos Kritik des Bestehenden Differenz als utopische Forderung abzuleiten, die es dann im Sinne etwa der genannten Politiken zu operationalisieren gilt.

2.3 Utopie II: Zwecklosigkeit

Eine grundlegende Negation der kapitalistischen Totalität wäre für Adorno (2016: 256) »[t]otale Zwecklosigkeit«, denn diese »dementiert die Totalität des Zweckmäßigen in der Welt der Herrschaft, und nur kraft solcher Verneinung, welche das Bestehende an seinem eigenen Vernunftprinzip aus dessen Konsequenz vollbringt, wird bis zum heutigen Tage die existierende Gesellschaft einer möglichen sich bewußt« (ebd.). Utopisch wäre demnach:

»Rien faire comme une bête, auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen, ›sein, sonst nichts, ohne weitere Bestimmung und Erfüllung‹ könnte an Stelle von Prozeß, Tun, Erfüllen treten und so wahrhaft das Versprechen der dialektischen Logik einlösen, in ihren Ursprung münden. Keiner unter den abstrakten Begriffen kommt der erfüllten Utopie näher als der vom ewigen Frieden.« (Ebd.: 179)

Solch utopischer Friede wäre einer, der von Zwecken der Kapitalakkumulation jenen ihrer Folgen in Gesellschaft und Denken befreit ist. In der »Dialektik der Aufklärung« kritisieren Horkheimer und Adorno (2016: 199) die Privilegierung der Mittel über die Zwecke als Folge des Identitätsdenkens und diskutieren, wie Herrschaft zum Selbstzweck wird:

»Grenzenlos behelmt [das Subjekt] die Außenwelt mit dem, was in ihm ist; aber womit es sie behelmt, ist das vollkommen Nichtige, das aufgebauschte bloße Mittel, Beziehungen, Machenschaften, die finstere Praxis ohne den Ausblick des Gedankens. Herrschaft selber, die, auch als absolute, dem Sinn nach immer nur Mittel ist, wird in der hemmungslosen Projektion zugleich zum eigenen und zum fremden Zweck, ja zum Zweck überhaupt.«

Hieraus folgt für die Utopie die Befreiung von solcher Mittel-Zweck-Verkehrung und von sich verselbständigenden Zwecken überhaupt. Eben dies findet Adorno im eingangs genannten Städtchen Amorbach: Hier erinnert er sich der Zwecklosigkeit des kindlichen Urlaubs und, wie er in anderem Zusammenhang formuliert, »der Utopie des Jünglings, dem Traum einer von Zwecken nicht entstellten Welt« (Adorno 2003b: 16). In seiner Ador-

no-Biographie verdeutlicht Detlev Claussen (2005: 67) den Kontrast zur Alltagserfahrung des jungen Adorno, des Kindes Teddie Wiesengrund:

»Das, was die Adornolegenden schlicht als behütete Kindheit stilisieren, wird von ihm selbst als vom bürgerlichen Arbeitszwang durchherrscht begriffen. Aber das Verrückten, das durch den Feiertag oder die Ferien geschieht, weckt die Vorstellung von einem Zurechtrücken, von der Wirklichkeit der Utopie, die mehr und anderes ist als bloße Wunschvorstellung.«

Denn Urlaub kann sich tatsächlich zwecklos anfühlen, gerade für das Kind, das ihn noch nicht zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft (oder gar ihrer Optimierung) nutzen muss. Die dominanten Zwecke des Daseins dem einzelnen Menschen zur zweiten Natur zu machen, ist ein gewaltvoller Vorgang: »Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt.« (Horkheimer/Adorno 2016: 40). Zuvor und teils noch zugleich aber gilt: »Jedes einigermaßen behütete Kind nämlich, dem nicht bereits in den allerersten Jahren die Reaktionsfähigkeit ausgetrieben ward, verfügt über unendliche Möglichkeiten von Erfahrung.« (Adorno 2003c: 672). Solche Erfahrungen machte der kleine Teddie insbesondere in Amorbach, an sie denkt Adorno, wenn er solche Städtchen zur Utopie der Versöhnung des Partikularen der Differenz mit dem Allgemeinen macht, einer Utopie, die doch nie eine reale ist:

»Ist man wirklich dort, so weicht das Versprochene zurück wie der Regenbogen. Dennoch ist man nicht enttäuscht; eher fühlt man, nun wäre man zu nah, und darum sähe man es nicht. [...] Aber damit dies Allgemeine [...] sich bildet, muß man hingerissen sein an dem einen Ort, ohne aufs Allgemeine zu schielen. Dem Kind ist selbstverständlich, daß, was es an seinem Lieblingsstädtchen entzückt, nur dort, ganz allein und nirgends sonst zu finden sei; es irrt, aber sein Irrtum stiftet das Modell der Erfahrung, eines Begriffs, welcher endlich der der Sache selbst wäre, nicht das Armselige von den Sachen Abgezogene.« (Adorno 2018: 366)

Dass bei solchen Überlegungen die eigene Klassenlage entscheidend ist, weiß Adorno natürlich, der beschriebene Weg zu Erfahrungen des Partikularen ist »Kindern der gleichen gesellschaftlichen Schicht« (ebd.) vorbehalten. Möglicherweise ist für solche Erfahrungen aber gar kein »Lieblingsstädtchen« (ebd.) und keine bürgerliche Sommerfrische vonnöten und die Erfahrung, die Kinder beim unbetreuten Spielen in dafür nicht institutionell vorgesehenen Räumen an ihrem Wohnort machen, das Spielen also nicht in Betreuungseinrichtungen oder auf Spielplätzen, sondern in Straßen und Gassen, Feldern und Wäldern, auf Brachflächen und sonst wo abseits der Überwachung durch Erwachsene, eben jenes Spielen also, das vor allem in Städten immer weniger stattfindet (vgl. Reutlinger 2021), mag dieselbe Erfahrung ermöglichen. Ländliche Utopien könnten daran vermutlich besser anschließen als solche in Städten, wo die reale Möglichkeit kindlicher Erfahrung außerhalb zunehmend neoliberalisierter Stadtlandschaften (etwa der Smart City, vgl. Ghafoor-Zadeh/Schreiber 2021) immer weiter beschnitten wird. Auch jenseits solch kindlicher Erfahrungen wären politisch die Möglichkeiten für und die Fähigkeit zu Erfahrungen mit der Welt zu erweitern, um die Ausprägung jener »autoritätsgebunde-

nen Charaktere« (Adorno 1963: 132) zu verhindern, die sich »mit realer Macht schlechthin, vor jedem besonderen Inhalt [identifizieren]« (ebd.: 133). Denn solche Charaktere »definieren [...] Züge wie ein Denken nach den Dimensionen Macht-Ohnmacht, Starrheit und Reaktionsunfähigkeit, Konventionalismus, Konformismus, mangelnde Selbstbesinnung, schließlich überhaupt mangelnde Fähigkeit zur Erfahrung« (ebd.).

Doch sollte man die Suche nach Erinnerungen an Amorbach bzw. kindliche Raumaneignungen sowie an – das Thema tendenziell individualisierende – Erfahrungen auch nicht zu weit treiben. Zwar gilt:

»Es wäre genauso armselig und engherzig, wenn man nun die Freude an Wertheim oder Amorbach damit verwehren wollte, daß Amorbach gegenüber Chicago und Manhattan ein Anachronismus ist, wie es auf der anderen Seite verlogen wäre, wenn man der Welt, in der wir leben, Amorbach und Wertheim als Ideal vorhalten wollte.« (Adorno 1990: 157)

Doch müsse man, wenn Kindheitserinnerungen oder sonstige reale, erinnerte oder imaginierte Erfahrungen und Gefühle von Geborgenheit zur Basis von Wünschen und Utopien werden, vielmehr »versuchen, das Bedürfnis zu bestimmen oder die Wahrheit zu bestimmen, die darin stecken« (ebd.) – auch wenn »der Rekurs auf [ländliche Verhältnisse, die durch den geschichtlichen Prozess objektiv überholt sind] als auf das Wahre und als das Substantielle selbst das Moment der Unwahrheit hat« (ebd.: 156). Dazu bedarf es vor allem anderen die Fähigkeit zur Reflexion zu erlernen, wozu vor allem Bildung nützt, die, so Adorno, allein zur o.g. »Entbarbarisierung auf dem platten Land« (Adorno 1970: 98) führen kann. Denn »[d]ie ländliche Bevölkerung ist sicherlich in noch höherem Maße als die städtische von jenen geistigen Erfahrungen ausgeschlossen, die Bildung voraussetzen« (Adorno 2019: 612f.).

Doch helfen alle Erfahrungen sowie alle Bildung und Reflexionsfähigkeit nichts, wenn die realen Möglichkeiten der Einflussnahme gerade auf dem Land angesichts von Austerität und Entdemokratisierung (etwa infolge der Zentralisierungsprozesse im Rahmen der Gemeindegebietsreformen der 1970er Jahre im Westen und der 1990er Jahre im Osten) immer weiter schwinden. Politik für auskömmliche öffentliche Finanzen und Demokratie auch und gerade auf dem Land tut not (vgl. Kallert et al. 2020). Darüber hinaus bestünden Politiken, die in konkreter Negation dominanter Zwecke auf Zwecklosigkeit abzielen, zum einen darin, eine eben solche – bei Adorno gefasst im Bild des Auf-dem-Wasser-Liegens – zu ermöglichen, mithin im Sicherstellen ökonomischer, sozialer und ökologischer Existenzbedingungen überall; und zum andere die zahllosen Zumutungen, die mit dem Kapitalismus als Gesellschaftsordnung (Fraser 2023) einhergehen, zurückzudrängen.

3. Mit Adorno aufs Land – aber sicher nicht allein

Ländliche Utopien im Anschluss an Theodor W. Adorno gehen von den sozialen und Denkformen aus, die auf dem Land stärker als anderswo ausgeprägt sind, um ihre problematischen Aspekte, die etwa eine Prävalenz von Ungleichheitsideologien mit ihrem

Hang zur Gewalt befördern, im Sinne bestimmter Negation anzugehen. Dabei ist weder das Land allein Ort dieses überall notwendigen Unterfangens, noch ist die Utopie eine »ausgepinselfte«, die nur noch umzusetzen wäre.

Adorno hat sich immer nur im Kontext anderer Themen mit dem Land befasst, am engsten wohl bei der Beratung der »Darmstädter Gemeindestudien«. Finanziert durch die US-amerikanische Militärregierung und durchgeführt von US-amerikanischen und deutschen Wissenschaftler*innen, wurden u.a. der Einfluss der Stadt auf vier umliegende Dörfer untersucht. Die Ergebnisse wurden in Form von Monographien mit »scharfsichtigen Einführungen« (Stauffer 1954: 141) Adornos publiziert (vgl. Adorno 2019). In diesen betont er etwa, dass Stadt und Land nicht isoliert zu betrachten sind, sondern immer als Ausdrucksformen des gesellschaftlichen Gesamtsystems. Dieser und viele weitere Aspekte des Landlebens wurden von anderen Autor*innen in der marxistischen Tradition weit kenntnisreicher und detaillierter ausgearbeitet (vgl. Goldberg 2022), die gegenseitige Abhängigkeit und Bestimmung von Stadt und Land ebenso wie die Entstehung gängiger romantisierender und den Verlust der Tradition beklagender Land-Ideologien etwa in »The Country and the City« von Raymond Williams (2016), oder die politischen Potentiale des Landes von Henri Lefebvre (vgl. Belina 2022c). Sich allein mit Adorno aufs Land und auf die Suche nach ländlichen Utopien zu begeben, ist sicher keine gute Idee. Aber seine Überlegungen zum Land ebenso wie zur Utopie dabei ernst zu nehmen, kann vor unterkomplexen, insbesondere vor essentialisierenden Betrachtungen und Forderungen ebenso schützen wie sie Inspiration bei der Identifikation von wesentlichen Aspekten solcher Utopien liefern kann.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1963): »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, in: Adorno, Theodor W. (Hg.): Eingriffe. Neun kritische Modelle. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 125–146.
- Adorno, Theodor W. (1970): »Erziehung nach Auschwitz (1966)«, in: Adorno, Theodor W. (Hg.): Erziehung zur Mündigkeit, Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959 – 1969. Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 92–109.
- Adorno, Theodor W. (2019) [1952]: »Einführungen in die Darmstädter Gemeindestudie«, in: Gesammelte Schriften 20.2. Berlin: Suhrkamp, S. 605–639.
- Adorno, Theodor W. (2018) [1966]: »Negative Dialektik«, in: Gesammelte Schriften Band 6. Berlin: Suhrkamp, S. 7–412.
- Adorno, Theodor W. (1990) [1973]: Philosophische Terminologie. Band 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2003a): »Graeculus (II)«, in: Rolf Tiedemann (Hg.): Frankfurter Adorno Blätter VIII. Göttingen: edition text + kritik, S. 9–41.
- Adorno, Theodor W. (2003b): »Brief an Thomas Mann vom 3. Juni 1945«, in: Christoph Göttsche/Thomas Sprecher (Hg.): Theodor W. Adorno/Thomas Mann: Briefwechsel 1943–1955 (= Theodor W. Adorno. Briefe und Briefwechsel. Band 3). Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 16–18.

- Adorno, Theodor W. (2003c): »Zu Proust«, in: Rolf Tiedemann (Hg.): Gesammelte Schriften Band 11: Noten zur Literatur. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 669–675.
- Bach, Johanna (2021): Max Horkheimer & Theodor Adorno: Elemente des Antisemitismus (2011 [1947]), <https://www.rosalux.de/news/id/45582/max-horkheimer-theodor-adorno-elemente-des-antisemitismus> vom 10.01.2024.
- Belina, Bernd (2021): »Provinzialität« bei Adorno«, in: Geographische Zeitschrift 109(2-3), S. 105–125.
- Belina, Bernd (2022a): »Provinz und Provinzialismus in kritischen Debatten der BRD der 1970er Jahre. Zum Ressentiment gegen ›urbane Eliten‹«, in: Berliner Debatte Initial 33(3), S. 39–50.
- Belina, Bernd (2022b): »Zur Provinzialität der AfD«, in: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, S. 43–60.
- Belina, Bernd (2022c): »Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 49–65.
- Bloch, Ernst/Adorno, Theodor W. (1985): »Etwas fehlt... Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht. Ernst Bloch im Gespräch mit Theodor W. Adorno«, in: Ernst Bloch (Hg.): Tendenz, Latenz, Utopie. Werkausgabe, Ergänzungsband. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 350–367.
- Claussen, Detlev (2005) [2003]: Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Demirović, Alex (2016): »Die Selbstreflexion des Marxismus. Fünfzig Jahre *Negative Dialektik*«, in: PROKLA 46(3), S. 459–476.
- Eckardt, Frank (2018): Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld: transcript.
- Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Berlin: Suhrkamp.
- Ghafoor-Zadeh, Dana/Schreiber, Verena (2021): »Smarte Kindheiten. Wenn junge Menschen in das Blickfeld städtischer Regierungsweisen rücken«, in: sub\urban 9(3/4), S. 57–82.
- Glorius, Birgit (2022): »Neue Heimat ländlicher Raum? Zum Umgang mit Einwanderung und ›Fremdheit‹ in ländlichen Gemeinden in Deutschland«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 339–355.
- Goldberg, Jörg (2022): »Ländliche Räume und Bauernfrage im klassischen Marxismus«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 29–48.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2016): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt a.M.: Fischer.

- Kallert, Andreas/Belina, Bernd/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2020): Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung ländlicher Räume in Hessen. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Kogon, Eugen (1946): Der SS-Staat. München: Karl Alber.
- Lefebvre, Henri (1974): La Production de l'Espace. Paris: éditions anthropos.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972) [1848]: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke Band 4. Berlin: Dietz, S. 459–493.
- Mossmann, Walter (1975): »Die Bevölkerung ist hellwach!« Erfahrungen aus dem Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung gegen ein Atomkraftwerk in Wyhl und ein Bleichemiewerk in Marckolsheim«, in: Kursbuch 39, S. 129–153.
- Reutlinger, Christian (2021): »Unsichtbare Kindergeographien. Dominierende Denkfikturen von Kinderorten in der Stadt«, in: sub|urban 9(3/4), S. 13–32.
- Schiller, Hans-Ernst (2014): »Erfassen, berechnen, beherrschen: Die verwaltete Welt«, in: Ulrich Ruschig/Hans-Ernst Schiller (Hg.): Staat und Politik bei Horkheimer und Adorno. Baden-Baden: Nomos, S. 129–149.
- Sommer, Marc Nicolas (2014): »Utopie und Negativität. Adornos negative Dialektik als Paradigma utopischen Denkens«, in: Philosophisches Jahrbuch 121(2), S. 271–288.
- Stauffer, Ernst (1954): »Gemeindeforschung in Deutschland (Die Darmstädter Gemeindestudien als Beispiel)«, in: Soziale Welt 5(2), S. 133–144.
- Sünker, Heinz (2020): »Theodor W. Adorno: Die Veränderbarkeit der Welt«, in: Heinz Sünker (Hg.): Theodor W. Adorno. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 10–31.
- Vogel, Christopher (2019): »Zivilgesellschaft im Dorf stärken. Gedanken zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum und zu Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus«, in: Bundesverband Mobile Beratung (Hg.): Was blüht dem Dorf? Demokratieentwicklung auf dem Land. Dresden: Eigenverlag, S. 106–111.
- Williams, Raymond (2016) [1973]: The Country and the City. London: Verso.
- Ziege, Eva-Maria (2017): »Elemente des Antisemitismus«, in: Gunnar Hindrichs (Hg.): Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 81–95.

Hat die »Kritische Theorie« eine Landutopie?

Werner Nell

»Sie dürfen diese Sachen mit der ›Frankfurter Schule‹, mit uns allen, nicht so monolithisch sehen. Da gibt es ja immer wieder Strömungen, wo der eine ein bißchen mehr utopisch denkt und der andere ein bißchen weniger ...« (Löwenthal 1984 [1979]: 305)

1. Landutopien in »Kritischer Theorie«¹

Insoweit als es der »Kritischen Theorie«, wie Horkheimer 1968 schreibt, darum geht, gegenüber bestehenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen den Abstand und damit einen möglichen, über diesen Zustand hinausgehenden Realisierungsgrad für das mit der bürgerlichen Gesellschaft aufkommende »Postulat von Freiheit und Gerechtigkeit« (Horkheimer 1977: XI) zu ermesen, ist ihr selbst eine utopische Dimension eigen. Die historisch konkrete Situation wird so zum Gegenstand (auch zu einem Antrieb) »kritischer« Analyse der jeweiligen Verhältnisse, unter und in denen Menschen und soziale Gruppen leben. Deren Erkenntnisinteresse ist darauf gerichtet, Begrenzungen in Richtung einer freieren und gerechten Gesellschaft zu überschreiten, Hemmnisse aufzuheben und Akteur*innen zu identifizieren und zu stärken. Allerdings äußert sich diese Kritik nicht in weiteren Bildentwürfen oder Planungsvorhaben, sie stößt sich im Gegenzug eher von diesen ab.

»Was da gemeint ist«, so Adorno zu Bloch, »das ist eigentlich, um der Utopie willen zu verbieten, von der Utopie ein Bild zu machen, im tiefen Zusammenhang mit dem Gebot: ›Du sollst dir kein Bild machen!‹, das wahrscheinlich ebenso die Abwehr der zu billigen, der falschen, *der* Utopie ist, die sich es abkaufen läßt, was eigentlich gedacht war.« (Bloch 1975 [1964]: 69, Hervorhebung W.N.)

1 Angesichts der großen und auch abschließend nicht festzulegenden Gruppe von Forscher*innen, die seit seiner Gründung 1923 im Umfeld des Frankfurter Instituts für Sozialforschung oder in Verbindung mit ihm gearbeitet haben (vgl. Wiggershaus 1988: 54–123), bezieht sich der folgende Aufriss zu »Land-Utopien« nur auf einige Ansatzpunkte der zum engeren Kern des Instituts gehörenden Vertreter »der« Kritischen Theorie: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Leo Löwenthal.

Entwerfen die herkömmlichen utopischen Projekte Bilder, Pläne und Regeln zur Gestaltung einer künftigen Gesellschaft oder schildern sie sogar das Zusammenleben der Menschen in Utopia selbst, so hält »Kritische Theorie« dadurch an ihren Maßstäben fest, dass sie keine Extrapolationen auf der Basis des Bestehenden macht, sondern die Gestaltung der Zukunft, gerade auch im Blick auf mögliche technologische Entwicklungen und den »Fortschritt der Produktivkräfte«, auch auf den wünschbaren Bildungsfortschritt der Menschen, offenhält.

»Dafür jedoch, wie die Zukunft konsumiert wird, um die es dem kritischen Denken zu tun ist, gibt es keine solchen Beispiele. Trotzdem hat die Idee einer künftigen Gesellschaft als der Gemeinschaft freier Menschen, wie sie bei den vorhandenen technischen Mitteln möglich ist, einen Gehalt, dem bei allen Veränderungen die Treue zu wahren ist.« (Horkheimer 1977a [1937]: 550)

»Kritisch« ist dieser Zugang, insofern als er den Abstand erkundet, der zwischen dem jeweils Vorhandenen und den darauf bezogenen Ansprüchen auf seine Überwindung zu erkennen ist.

»Die kritische Theorie [...], die das Glück aller Individuen zum Ziel hat, verträgt sich [...] nicht mit dem Fortbestand des Elends. Die Selbstanschauung der Vernunft, die für die alte Philosophie die höchste Stufe des Glücks bildete, ist im neueren Denken in den materialistischen Begriff der freien, sich selbst bestimmenden Gesellschaft umgeschlagen; vom Idealismus bleibt dabei übrig, daß die Möglichkeiten des Menschen noch andere sind, als im heutigen Bestehen aufzugehen, andere als die Akkumulation von Macht und Profit.« (Horkheimer 1977b [1937]: 580)

Wenn damit die »utopische« Ausrichtung kritischer Gesellschaftsanalyse als Leitlinie in den Blick kommt, so bedeutet dies, dass die konkrete Bestandsaufnahme der zu untersuchenden Verhältnisse den Ausgangspunkt bildet, um dann die Distanz zwischen dem Bestehenden und den Möglichkeiten seiner Entwicklung zu einem besseren Zustand zu ermesen und zum Gegenstand kritischer Erörterung und gesellschaftlicher Praxis zu machen. Dies gilt für Stadt und Land gleichermaßen, wobei Wechselbeziehungen ebenso wie unterschiedliche Entwicklungsstadien und Pfadabhängigkeiten in Rechnung zu stellen sind.

2. Sozialutopien und ländliche Erfahrungen bei Horkheimer

Ausgearbeitete Utopien können sich in dieser Hinsicht immer nur auf den Bestand des Gegenwärtigen oder Vergangenen beziehen und hieraus ihren Gesellschaftsentwurf zusammensetzen, um mit den vorhandenen Bausteinen des Gegebenen eine »bessere« Ausgestaltung des Gegebenen in räumlicher Ferne oder zeitlichem Abstand zu projizieren oder auszumalen. Aus Sicht »Kritischer Theorie« lassen sich immer nur die Antriebskräfte eines solchen Vorstellungsvermögens und die im jeweiligen Entwurf Gestalt gewordenen, mit den jeweiligen Situationen und Interessen verbundenen Wünsche, Ansprüche und Intentionen erkennen, die sich nach Maßgaben der Vernunft

begründen lassen. Wenn es um die Überwindung der historisch gewordenen Zwänge und Unfreiheiten, Entfremdung, Ausbeutung und Instrumentalisierung gehen soll, können deren Entwürfe lediglich als Impulse zur Überschreitung des Bestehenden gesehen werden. Nur so vermögen sie dann auch zum Gegenstand und Movens kritischer Reflexion zu werden.

»Eine ›Utopie‹ kann ein ›Möglichkeitsmodell‹ darstellen, sie kann ›prognostische Orientierung‹ anbieten, aber sie muß es nicht um Utopie zu sein. Ihr utopisches Wesen liegt nicht in ihrer literarischen Manifestation und deren Besonderheiten, sondern in ihrer Intention.« (Neusüss 1986: 84f.)

Der Rolle der Sozialutopien in der frühen Neuzeit wendet sich Horkheimer bereits in seiner 1930 erschienenen Studie »Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie« zu und bringt deren Charakter auf die historisch adäquate Formel, sie seien »das Schlaraffenland einer zeitbedingten Phantasie« (Horkheimer 1930: 40). Tatsächlich treten Morus' »Utopia« (1516) und Sebastian Brants Märchen im »Narrenschiff« (1494) nahezu zeitgleich, also am Beginn der europäischen Neuzeit, in Erscheinung. Beide Texte können als frühe Reaktionen auf die sich in den folgenden Jahrhunderten dann verstärkt abzeichnenden Konstitutionsbedingungen »freier« Marktgesellschaften, auf die mit diesen »Freisetzungen« verbundenen Mobilitäts- und Elendserfahrungen gerade ländlicher Unterschichten und auf die darauf sowohl legitimatorisch als zugleich sozialdisziplinierend reagierenden »bürgerlichen« Rechts- und Eigentumsordnungen gesehen werden. Beides, das Märchen (vgl. Bloch 1975 [1964]: 62f.) und die in der »Utopia« entworfene Welt verweisen dabei, Horkheimer zufolge, auf die umfassenden Umbrüche der Zeit, in der sich die mittelalterliche Ständeordnung in Richtung freier Marktgesellschaften und bürgerlichen Individualismus entwickelten. Gleichzeitig reagieren sie auf die damit verbundenen Notlagen, deren leidvolle Folgen sich in den Wunschwelten des Märchens ebenso wiedererkennen lassen wie in den Planungsvorhaben der Utopien:

»Die Utopie möchte das Leid der gegenwärtigen Gesellschaft streichen, das Gute an ihr behalten, aber sie vergißt, daß die guten und die schlechten Momente nur verschiedene Seiten des gleichen Zustands sind, weil sie auf den gleichen Bedingungen beruhen.« (Horkheimer 1930: 40f.)

Auch wenn Horkheimer gegen Ende dieses Abschnitts zustimmend Nietzsches Kritik eines Geschichtsverständnisses und einer die »Macht« des historischen Geschehens anbetenden Geschichtsphilosophie aufnimmt, so hält er doch selbst, einem historisch-materialistischem Geschichtsverständnis folgend, daran fest, dass der Prozess der Neuzeit, der Entwicklungsgang zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, eine »Notwendigkeit« gehabt habe, die den utopischen Entwürfen offensichtlich unerkennbar gewesen sei bzw. sich sogar gegen den Fortschritt der Geschichte im Ganzen gerichtet hätte: »Gemeineigentum, gleiche Lebensverhältnisse, wie sie die Utopisten forderten, wäre der Tod der Zivilisation gewesen.« (ebd.: 41).

Ländliche Lebensverhältnisse, die durchaus eine mit »Gemeineigentum« verbundene Spur zu aktuellen Formen der Gesellschaftsgestaltung aufweisen, wie sie in den Stu-

dien Elinor Ostroms (2015) vorgestellt werden und in historischer Präsenz von Silvia Federici (2017) erkundet wurden, bieten – anders als es Horkheimer vor Augen steht – durchaus Ansatzpunkte dazu, das in den Utopien entworfene Modell nicht als Eskapismus, sondern vielmehr als Weiterführung von bereits in vormodernen Gesellschaften Europas vorhandenen Formen der Gemeinwirtschaft und damit verbundener kommunaler Selbstverwaltung zu sehen. In Horkheimers Sicht dagegen kommen ländlich-bäuerliche Gesellschaften noch immer nur als Residuen bzw. Erfahrungsräume vor, aus denen sich dann das Leiden und die Suche nach Trost, bestenfalls das Rebellionspotential einer neuen, zumal der Ausbeutung, Entrechtung und Missachtung unterworfenen Bevölkerungsgruppe erkennen lässt.

Es sind drei Stellen, an denen in Horkheimers Rückblick auf die ländlichen Gesellschaften Europas im Prozess der »Great Transformation« (Polanyi 1978 [1944]) deren Erfahrungen zur Sprache kommen und als Ressourcen bzw. Anstöße in die Gestaltung utopischer Gegenentwürfe einfließen. Zugleich werden hier aber auch Ansatzpunkte erkennbar, die den in der »Kritischen Theorie« verfolgten Ansatz der Erkundung und Gewichtung von Potentialen zur Herstellung menschenwürdiger und »vernünftiger« Verhältnisse ansprechen können. Zunächst tritt dabei das Leiden der im frühneuzeitlichen England von ihren Feldern vertriebenen Bauern in den Blick:

»Die Geschichte Englands im 15. und 16. Jahrhundert weiß von den kleinen Bauern zu erzählen, die durch ihre Gutsherrn von Haus und Hof vertrieben waren [...]. Das Schicksal der plündernd umherziehenden Banden hungriger Bauern war furchtbar. Zehntausende wurden von den Regierungen umgebracht, viele unter den unglaublichen Arbeitsbedingungen in die Manufakturen hineingezwungen, die damals sich entwickelten.« (Horkheimer 1930: 37f.)

Statt Willkür und Chaos setzen, so Horkheimers Beobachtung, die von Morus und später von Campanella (1602) entwickelten Utopien vor diesem Hintergrund auf Planung und Organisation. Eine zweite Spur, die in Richtung Utopie führt, aber darüber hinaus auch als Impulsgeber der von »Kritischer Theorie« zu entwickelnden gegenläufigen Lesart der Geschichte aufgenommen werden kann, sind die Bedeutung und das Ausmaß religiöser Überzeugungen, in denen sich sowohl die Verzweiflung als auch die Hoffnungen der Elenden niederschlagen:

»Morus und Campanella blieben mit breiten Volksschichten aus ehrlicher Überzeugung [...] ihrem Glauben treu. Die in ihm gegründete Idee einer geeinten Menschheit [...] mußte sie angesichts der blutigen Zerrissenheit Europas [...] begeistern.« (ebd.: 39)

Schließlich hebt Horkheimer auch noch die historische Rolle und Figur des Thomas Müntzer hervor, dem nicht nur die Geduld fehlte, auf einen langsamen Progress der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. den erwarteten Eintritt himmlischer Verhältnisse zu warten: »Die Geduld des Idealismus ging Thomas Müntzer ab.« (ebd.: 45).

Während Müntzer zum einen die Dringlichkeit und Not der Verhältnisse unter Beweis stellte und im Scheitern seines Versuchs, »unvermittelt die Utopie [zu] verwirklichen und die absolute Gerechtigkeit auf Erden einsetzen zu wollen« (ebd.: 44f.) keines-

wegs »überlegen abzuurteilen« ist, ist zum anderen doch zu bedenken, so Horkheimer, dass »Einsicht und Wissen von Forschern und praktischen Politikern um die komplizierten und langwierigen Bedingungen selbst für die geringsten wirksamen Verbesserungen gesellschaftlicher Not [...] nimmermehr die Resignation des beschaulichen Weisen begründen« (ebd.: 45) können. So wie sich die herkömmlichen Sozialutopien als Gegenentwurf und damit zugleich als Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse in den vormodernen ländlichen Gesellschaften bestimmen lassen, so sehr lassen sich die in sie eingegangenen Erfahrungen und die von ihnen angesprochenen Hoffnungen zugleich als Impulsgeber eines »kritischen« Denkens sehen, das darauf zielt, nicht aus utopischen Bildern und Entwürfen, aber aus einer aus der Richtung der Utopien entworfenen Kritik der bestehenden Verhältnisse Leitlinien und Ansatzpunkte für eine »langwierige« Besserung der Umstände zu finden, wenn nicht gar für eine »Erlösung« der Menschen aus den Abhängigkeiten der bisherigen Natur- und Kulturgeschichte eintreten zu können.

Zur Frage, ob und in welchem Maße ländliche Räume aus Sicht »Kritischer Theorie« als Ausgangspunkte kritischer Bestandsaufnahme sowie aus deren Reflexion gewonnener, utopisch getönter Entwürfe bzw. Forderungen nach einer anderen Welt, »besserer« Verhältnisse, gesehen werden können, lassen sich mit Horkheimer, Adorno und Löwenthal drei Bezugslinien skizzieren. Für Horkheimers historische Rekonstruktion der Utopie als eines Spiegels und Reflexionsfelds zum Stellenwert, zu den Grenzen und zu den Möglichkeiten der Überschreitung »bürgerlicher Gesellschaften« bieten »das Land« und die dort ansässigen Bauerngesellschaften vor allem ein historisches Erfahrungsfeld, aus dessen Elends-, Leidens- und Unterdrückungserfahrungen sich das Streben nach einem Umsturz der Verhältnisse zugunsten eines »besseren« Lebens unter gerechteren gesellschaftlichen Bedingungen fordern, begründen und legitimieren lässt, wobei deren Druck historisch entsprechende Kräfte zu aktivieren vermag.

3. Utopien des Ländlichen im Reflexionsfeld der Kunst bei Adorno

Für Adorno, so hat es zuletzt Bernd Belina in mehreren Beiträgen (2021; 2022) herausgearbeitet, stellen sich das Land und ländliche geprägte Lebens- und Arbeitsverhältnisse zunächst gegenüber den mit den Fortschritten der Moderne verbundenen Möglichkeiten einer Überwindung von Not, Abhängigkeit und Mangel, zumal Bildungsmangel (Belina 2021: 111f.), nicht nur, aber doch vor allem in einem Rückstand dar. Darüber hinaus erscheinen sie – so auch in Adornos Wiener Vorlesung von 1967 (Adorno 2019) – als Folge der Erfahrungen von Unfreiheit, Vernachlässigung und Elend gegenüber den Entwicklungen großstädtisch-industriegesellschaftlicher Moderne auch als Widerlager, Ausgangsräume reaktionären, dann faschistischen Denkens (vgl. Belina 2021: 121) mit dem »regressiven« Ziel einer Zerstörung der mit der Moderne einhergehenden Versprechen und Möglichkeiten freierer Individualität, sozialer Gerechtigkeit und pluraler Gesellschaftlichkeit. Im Gegenzug dazu stellen Land und ländliche Lebenszusammenhänge, auch in Adornos Reflexionen auf eigene Erfahrungen (vgl. Belina 2022: 54), im Blick auf den utopischen Entwurf eines selbstbestimmten, auch der Natur gegenüber nicht entfremdeten Lebens, aber auch einen Projektions- und Erfahrungsraum dar, an den – auch im Rückbezug auf die in Literatur und Malerei vorhandenen Illuminationen des

Landlebens in der europäischen Zivilisationsgeschichte – seit der Antike (Bukolik) anzuknüpfen wäre. »Schön«, so heißt es zur Erfahrung »schöner« Natur in Adornos nachgelassener Schrift »Ästhetische Theorie«, »gilt allen der Gesang der Vögel; kein Fühlender, in dem etwas von europäischer Tradition überlebt, der nicht vom Laut einer Amsel nach dem Regen gerührt würde.« (Adorno 1970: 105) Zugleich setzt diese Erfahrung aber, will sie nicht der Rührseligkeit oder dem Kitsch verfallen, ein Subjekt voraus, das sich seiner historischen Bedingtheit bewusst ist und sich so in seinem Naturverhältnis lediglich reflexiv auf die Vorstellung eines mit der Naturerfahrung verbundenen »herrschaftslosen Zustands« bezieht, »der wahrscheinlich nie gewesen ist« (Adorno 1970: 104).

Allenfalls in künstlerischer Gestaltung, verbunden mit historisch-kritischer Reflexion auf die in ihnen eingelagerten Erfahrungen des Leidens, der Ausbeutung und Entfremdung, können Bezüge auf ländliche Räume und deren Lebensverhältnisse eine ins Utopische verweisende Ausstrahlung gewinnen. Kunst tritt so gleichsam als Statthalter, auch als Reflexionsinstanz, zugleich aber auch als Infragestellung des in den Begehren der Menschen auf Glück und Freiheit gegründeten utopischen Träumens und Entwerfens auf:

»Was als Utopie sich fühlt, bleibt ein Negatives gegen das Bestehende, und diesem hörig. Zentral unter den gegenwärtigen Antinomien ist, daß Kunst Utopie sein muß und will und zwar desto entschiedener, je mehr der reale Funktionszusammenhang Utopie verbaut; daß sie aber, um nicht Utopie an Schein und Trost zu verraten, nicht Utopie sein darf.« (Adorno 1970: 55)

Dies gilt insbesondere angesichts des Fortschritts, den Technologie, Verwaltung und Kulturindustrie, nicht zuletzt totalitäre Massenlenkung im 20. Jahrhundert im Blick auf die Steuerung, den Verbrauch und die Zerstörung menschlicher Phantasie und Schaffenskraft genommen haben, so dass sowohl utopische Orientierung als auch Kunst sich allenfalls in negativen Schemen der von ihnen intendierten Weltentwürfe zeigen können, wenn sie nicht den angesprochenen Prozessen der Entmenschlichung weiter Vorschub leisten wollen.

»[...] nur durch [...] absolute Negativität spricht Kunst das Unaussprechliche aus, die Utopie. [...] Durch unversöhnliche Absage an den Schein von Versöhnung hält sie diese fest inmitten des Unversöhnten, richtiges Bewußtsein einer Epoche, darin die reale Möglichkeit von Utopie – daß die Erde, nach dem Stand der Produktivkräfte, jetzt, hier, unmittelbar das Paradies sein könnte – auf einer äußersten Spitze mit der Möglichkeit der totalen Katastrophe sich vereint.« (Adorno 1970: 55f.)

Dieser Befund gilt nicht universell, sondern ist auch der Hegel-Marx'schen Grundierung der »Kritischen Theorie« geschuldet und hat die Gegenwart des 20. Jahrhunderts vor Augen. Anders stellt sich die Situation im Rückblick auf die Zeit um 1800 dar, in der – zumal in den Texten der Literatur, aber auch in der politischen Philosophie – die mit den bürgerlichen Gesellschaften verbundenen Emanzipationsversprechen durchaus noch auf eine Umsetzung und eine gewisse Realisierung der damit verbundenen utopischen Erwartungen Hoffnung machen konnten.

In literarischen Texten wie dem 1793 erschienenen Roman Jean Pauls »Die Unsichtbare Loge« bieten »ländliche Räume« eine naturhaft-historische Rahmung für ein gemäßigt bürgerliches Verständnis von Freiheit, Liebe, Subjektivität, Anerkennung und Geselligkeitskultur.

»Wir wandelten dann unter dem kühlenden rauschenden Baum des Himmels, dessen Blüten Sonnen und dessen Früchte Welten sind, hin und her. Das Vergnügen führte uns bald auseinander, bald zueinander, und jeder war gleich sehr fähig, ohne und durch Gesellschaft zu genießen.« (Jean Paul 1975 [1793]: 408)

In poetisch überhöhter und zugleich fiktional verdichteter, auch z.T. durchaus phantastisch ausgestalteter Landschaft zeigen sie politisierbare Subjekte, die ihre Anerkennung (Honneth 1992) über die Erfahrungen (und Wahrnehmungen) von Liebe, Recht und Solidarität erwarten/verlangen und erleben (wollen) oder denen dies auch nicht gelingt. Auch deshalb zeigen sich in der Literatur Verschiebungen in die Imagination bzw. deren poetische Gestaltung (z.B. als utopischer Ort) durch Imagination zum einen und durch Ausblendung gesellschaftlicher Wirklichkeit zum anderen. Das Landleben, so in Jean Pauls Erzählung vom Schulmeisterlein Wutz (1793), deren Untertitel »Eine Art Idylle«, schon den Ausschluss realer Verhältnisse als notwendige Voraussetzung ihres poetischen Gelingens nennt, besteht dagegen vorwiegend aus Erfahrungen ländlicher Armut und Abhängigkeit. Berichtet wird vom Unterworfensein in sozial offensichtlich unveränderlichen Machtverhältnissen und von der Ohnmacht des Einzelnen, die sich lediglich resignativ »Siehst du..., es ist doch vorbei.« (Jean Paul 1975 [1793]: 431) äußern kann. Balanciert wird diese Not zum einen durch den kindlich-kindisch gestalteten Charakter des Protagonisten und durch die poetisch-reflexiv gestaltete Form der Erzählung zum anderen, die den armen Schulmeister in einer lebendigen, auf Transzendenz hin angelegten Natur aufgehen lässt, die aufgrund der immanenten Reflexivität und der Drastik der geschilderten Umstände allerdings auch nicht in Kitsch überzugehen droht. Ähnlich rahmt Goethe in seiner »Novelle« (1828) die dort gezeigte Versöhnung von Mensch und Tier, Kultur und Natur, auch von Stadt und Land mit einem aus Bibelziten und anderen Texten collagierten Lied (Goethe 1975 [1828]: 28f.), das als Kunstmittel den Eintritt eines utopischen Moments in die gesellschaftliche Realität um 1800 plausibilisieren kann (und soll).

Für Adorno bildet Goethes Dichtung eine Sphäre kunstvoller Gestaltung und intellektueller Reflexion aus, die sowohl der Realisierung der Utopie als auch ihrer Unabgoltenheit gerecht wird. Im Blick auf die als Ungleichzeitigkeiten erscheinenden Beziehungen zwischen Stadt und Land, die »Rückständigkeit« des Ländlichen gegenüber städtisch-bürgerlicher Bildung und Selbstbestimmung gilt es hier an Adornos Beobachtung zum Verhältnis von Barbarei und Zivilisation in Goethes »Iphigenie« anzuknüpfen:

»Goethe steht, im gesellschaftlichen Ganzen, unter einer Fatalität, der das dichterische Wort sich nicht entwinden kann, will es nicht die Last des Sachgehalts bequem abschütteln, deren der Wahrheitsgehalt bedarf. Die Opfer des zivilisatorischen Prozesses, die, welche er herabdrückt und welche die Zeche der Zivilisation zu bezahlen haben, sind um deren Früchte geprellt worden, gefangen im vorzivilisatorischen Stande.

Zivilisation, die historisch über Barbarei hinausführt, hat diese bis zum gegenwärtigen Tag vermöge der Repression, die ihr Prinzip, das naturbeherrschende, ausübt, auch befördert. Das nötigte die Sprecher von Humanität, solange der dialektische Zusammenhang noch nicht zu durchschauen war, dazu, ihr Zivilisatorisches mit Ungerechtigkeit zu kohibieren. Sie, der barbarische Rest ist Widerstand gegen die Barbarei, ist das Surrogat für die Versöhnung mit der Natur, welche der blanken Antimythologie misslang.« (Adorno 1974 [1967]: 506f.)

Das Auseinanderfallen von Stadt und Land, der damit verbundene Gegensatz von »Barbarei« und »Kultur«, menschlicher Arbeit und Ausbeutung der Natur, Bildung und Fortschritt auf der einen, Rückstand und Reflexionsmangel (vgl. Belina 2021: 112f.) auf der anderen Seite, können so gerade unter den Perspektiven einer »Kritischen Theorie«, die eine Ausrichtung auf das Utopische als »Veränderung des Ganzen« (Adorno in Bloch 1975 [1964]: 61) nicht aus den Augen verliert, als Fortgang und Varianten einer historisch und aktuell bestehenden Ungleichheit gesehen und mit dem aus der utopischen Perspektive gewonnenen Anspruch auf deren Aufhebung auch im Blick auf die Emanzipation der Landbewohner*innen verbunden werden.

4. Kritik ländlicher Ideologien bei Löwenthal

Leo Löwenthals kritische Untersuchung zum Romanwerk des norwegischen Literaturnobelpreisträgers Knut Hamsun (1859–1952), arbeitet aus der Sicht »Kritischer Theorie« zunächst die realen Bedingungen ländlicher Lebensverhältnisse und dann die damit verbundenen Möglichkeiten einer ideologischen Besetzung des Landthemas im Sinne naturalisierender, dann faschistisch ausbeutbarer Vorstellungen heraus.

»In der Erhöhung einer naturhaften Lebensweise zur angemessenen Form der menschlichen Existenz dringt ein gesellschaftskritisches Moment durch. Die negativen Momente der bürgerlichen Gesellschaft, von denen Hamsun ausgeht: die Trennung von Stadt und Land, der kapitalistische Betrieb, das quere Verhältnis der Menschen zur Natur, umreißen in der Tat eine Welt, aus der zu entfliehen eine allgemeine Sehnsucht ist.« (Löwenthal 1981 [1937]: 268)

Während Adorno dem Schein des Utopischen und seinen Abschattungen in den Werken der Hochkultur nachgeht und Horkheimer seinen Spuren in den Utopien und philosophischen Entwürfen der Frühen Neuzeit folgt, richtet sich Löwenthals Interesse v.a. auf die viel beachtete Literatur des bürgerlichen 19. Jahrhunderts und deren Adaption, auch Fortsetzung und Trivialisierung in der Massenkultur des 20. Jahrhunderts (Löwenthal 1980 [1964]). Auch ihm geht es dabei um die Herleitung einer Perspektive, deren utopischen Gehalt er – wie im Übrigen auch Adorno und Horkheimer – zum einen aus einer messianischen Vorstellung herleitet, deren kritische Funktion im Blick auf Welt und Gesellschaft sich zum anderen aber gerade aus dem religiös überlieferten Bilderverbot begründet:

»Der Gedanke der Unerkennbarkeit Gottes ist zugleich aber der Gedanke von der Unerlöstheit der Welt. Nur der Satte ist durch ein Scheinwissen befriedigt, aber er erstickt an ihm.« (Löwenthal 2000 [1925]: 83)

Unter diesen Voraussetzungen interessiert sich Löwenthal in seiner Untersuchung der Romane Hamsuns, die nahezu alle in naturnahen, agrarisch geprägten Umwelten angesiedelt sind bzw. ihre Protagonisten dorthin führen, für die Umwandlung, ja den Missbrauch der historisch vorhandenen, sozial geformten Erfahrungen der Menschen, zumal in agrarisch-ländlichen Räumen, und deren Hoffnungen auf eine »bessere Welt«. Diese die jeweils historisch, ökonomisch und sozial bestehenden Grenzen überschreitenden (utopischen) Vorstellungen leiten sich zunächst aus der Leidensgeschichte menschlicher Gesellschaften her, so wie sie mit den mit landwirtschaftlicher Naturaneignung, aber auch mit städtisch kapitalistischer Wirtschaft verbundenen Erfahrungen der Ausbeutung und Unterdrückung (Löwenthal 1981 [1937]: 246f.), der Ohnmacht (ebd.: 246, 264), Vereinsamung und Desillusion (ebd.: 250), auch der »Brutalität« (ebd.: 249) einhergehen. Zugleich schlagen sich diese Vorstellungen und Erfahrungen im Zuge bürgerlicher Vergesellschaftung in einer dort aufkommenden Sehnsucht nach unmittelbaren Naturerlebnissen nieder, einer Romantik ländlicher Lebensverhältnisse und deren sentimentaler Überhöhung. Darüber hinaus zeigen aber auch diese Strebungen und Orientierungen in eine utopische Richtung:

»Wo die utopischen Elemente in jener Periode lebendig geworden sind, wo sie die bestehende Ordnung als unnatürlich, die zu schaffende als natürlich bezeichnen, meinen sie gerade eben nicht die scheinbare Zeitlosigkeit, in welcher die unbearbeitete Natur den Menschen aus der Geschichte zurücknimmt und ihn von ihr erlöst, sondern eine höhere geschichtliche Ordnung selbst.« (ebd.: 248)

In diesen ebenso realen, wie im Rahmen der bestehenden Verhältnisse unrealisierbaren Strebungen wachsen zum einen die Räume einer Phantasie, die sich ebenso wie bei Horkheimer und Adorno und vergleichbar auch zu Bloch als Impulsgeber und Anzeichen wirklicher Utopie verstehen lässt:

»Sie beflügeln eine Phantasie, die darauf gerichtet ist, daß die Erde wirklich die Heimat der Menschen werde.« (ebd.: 268)

Zugleich schafft aber deren mangelnde Umsetzbarkeit zum anderen dann auch den Raum und das Material für die ideologische Umbesetzung dieser Referenzen in eine Programmatik der autoritären Ordnung (ebd.: 274), eines »derben« Menschenbildes (ebd.: 272) und entsprechend dann faschistischer Orientierungen, in denen rassistische Reinheitsvorstellungen in politische »Säuberungsaktionen« (ebd.: 277) umgesetzt werden können. Deren ideologische Überformung in literarisch-künstlerischer Gestalt und die damit einhergehende Möglichkeit der Verwandlung des Wünschens in Regression, Resignation (ebd.: 294) oder Aggression zeigen sich im Falle Hamsuns zunächst in seiner Aversion gegen die Stadt bzw. Großstadt (ebd.: 254; 283), dann aber auch gegen Frauen (ebd.: 278) und nicht zuletzt gegen die Arbeiterbewegung (ebd.: 284f.). Letztlich

richtet sich diese »naturhaft« gegründete Aggression gegen alles, was einem angeblich naturwüchsigen Volkstum und Volksempfinden zuwiderläuft, und findet ihren Ausdruck in der heroisch-sentimentalen, zugleich sowohl männlich orientierten als auch masochistisch unterfütterten Idealisierung (ebd.: 280), ja »Verklärung« (ebd.: 249) der Bauern und eines entsprechenden Blut und Boden gegründeten Volkstums:

»Der Bauer ist gleichsam der Repräsentant einer Eigentumsordnung, die man akzeptieren kann. Der sentimental-brutale Naturbegriff und seine Affinität zur bäuerlichen Tätigkeit bereiten die politischen Ideologien vor, in denen sich die Begriffe von Führer, Eigentum und bodenständigem Volkstum miteinander verbinden.« (ebd.: 249)

Am konkreten Beispiel des seinerzeit vielbeachteten, zumal in den 1920er-Jahren sowohl in der Arbeiterbewegung als auch bei den Nazis geschätzten Autors (ebd.: 292f.) kann Löwenthal zeigen, dass und wie »Ländlichkeit« in dessen literarischen Entwürfen im Sinne eines bäuerlich naturnahen Lebens geschildert, kulturkritisch überhöht und sentimental bis ins Kitschige hinein überformt und damit auch ideologisch anschlussfähig gemacht wird:

»Wie bei der simplifizierten Naturgesetzlichkeit, so realisiert sich auch bei der simplifizierten Auffassung von der Landwirtschaft der ideologische Wunsch, angesichts der faktischen Undurchschaubarkeit des Lebens, dessen Opfer man ist, es dennoch zu durchschauen.« (ebd.: 270)

Hier kippt dann die erzählerisch entfaltete Schilderung in ideologische Besetzung. Ins Utopische zielende Sehnsucht und Erfahrung werden zu Gegenständen und Medien ideologischer Agitation:

»Der Wunsch, daß die Erde menschliche Heimat werden möge, schlägt in eine servile Gesinnung zurück, nach der er bereits als verwirklicht erscheint und es nur der inneren Disziplin bedarf, um dessen gewahr zu werden. Das Vorbild solcher Disziplin ist der Bauer. Das politische Schlagwort von der Wurzelhaftigkeit, welche das Leben in der Heimat darstellt, [...] ist kein zufälliges Produkt der autoritären Staaten, sondern bereits frühzeitig in den anti-liberalistischen Bewußtseinsformen, wie sie Hamsun repräsentiert, angelegt.« (ebd.: 270)

Löwenthals Untersuchungen zur literarischen Gestaltung ländlicher Lebenszusammenhänge heben so zunächst das in den dort vorhandenen gesellschaftlichen Zuständen erkennbare utopisch ausgerichtete Potential hervor, um dann den ideologischen Missbrauch der in agrarisch-ländlichen Räumen machbaren Erfahrungen kritisch zu bestimmen und insbesondere die damit verbundene Indienstnahme der Individuen in den Blick zu nehmen.

»Wenn aus unmittelbarer Naturerfahrung und Bauerntum, aus Heroen- und Innerlichkeitskult, aus Seelen- und Mutterdienst solchermaßen das Gegenbild sich formt, das die neue Ideologie dem Bestehenden entgegenhält – nur scheinhaft und in Wirklichkeit ihm dienstbar, [...] – so bleibt die Frage offen, wo und wie denn nun eigentlich das

Individuum die ihm gemäße, die von ihm erstrebte Beglückung und Lust findet. Es ist der Sinn und die gesellschaftliche Funktion dieser Ideologie, daß innerhalb ihrer jene Frage gar nicht ernsthaft aufgeworfen werden darf.« (ebd.: 279f.)

Im Gegenzug zu diesen damit herausgearbeiteten Setzungen einer Individuen ebenso wie Sozialität verachtenden Ideologie (ebd.: 289) zielt Löwenthals kritische Lektüre darauf, zum einen die mit diesen ideologischen Überformungen überdeckten sozialen Verwerfungen, zum anderen die in diese eingegangenen Vorstellungen, auch utopisch getragenen Projektionen eines besseren Lebens anzusprechen, was im hier vorliegenden Zusammenhang als Beispiel und Bewährung einer Analyse des utopischen Potentials ländlicher Räume aus der Sicht und mit den Ansatzpunkten »Kritischer Theorie« gesehen werden kann.

5. Aktuelle Anschlusspunkte

Karl Mannheim, kein Liebling der kritischen Theoretiker, sieht die Gemeinsamkeit zwischen Ideologie und Utopie darin, dass sie stets in »Inkongruenz« (Mannheim ⁷1985 [1929]: 169) zu einer jeweiligen »Realität« stehen. Sie unterscheiden sich dahingehend, dass die Ideologie sich im Diesseitigen der Welt und so auch in den sie bestimmenden Rahmungen bewegt und dort auf eine Mobilisierung derjenigen Kräfte zielt, die auf eine »systemimmanente« Veränderung der Wirklichkeit hinwirken könn(t)en.

Dagegen soll »nur jene »wirklichkeitstranszendente« Orientierung [...] als eine utopische angesehen werden, die, in das Handeln übergehend, die jeweils bestehende Seinsordnung zugleich teilweise oder ganz sprengt.« (Ebd.)

Tatsächlich zielt die »Kritische Theorie« bei ihren Gründungsvätern – zwischen Marx/Hegel und Benjamin mit einer Prise Bloch und ohne Kracausers Skepsis – in die Richtung dessen, was Mannheim hier mit Utopie anspricht: Kritik als Impuls zur Sprengung der bestehenden Gesellschafts- und Produktionsverfassung. Dagegen bietet Mannheims »wissensoziologisches« Ideologie-Konzept, obwohl es zurecht die aktivistische, mobilisierende Ladung moderner Ideologien im Blick hat, keinen Ansatz um Ideologien als Ausgestaltung eines »totalen Verblendungszusammenhangs« von anderen (begrenzten und reflektierten) Entwürfen der Wirklichkeit zu unterscheiden.

Für die Erörterung von Anschlussmöglichkeiten aktueller Land-Entwürfe an die Ansätze und Vorstellungen »Kritischer Theorie« könnte dagegen ein in den kunstsoziologischen und ästhetischen Untersuchungen Adornos ebenso wie in Horkheimers Studien zu vormodernen, dann frühbürgerlichen Philosophen (von Montaigne bis zu Vico), v.a. aber auch in Löwenthals literatursoziologischen Untersuchungen (z.B. zum Menschenbild bei Shakespeare, Cervantes oder eben Hamsun; vgl. Löwenthal 1981 [1957]) wiederzufindender herabgestimmter Pragmatismus den Ansatzpunkt innerweltlicher Aktivierung mit den in Mannheims »Utopie«-Begriff angesprochenen, das Bestehende »transzendierenden« Perspektiven verbinden.

»Daher«, so Hartmut Rosa, der sich bewusst in die Traditionslinie »Kritischer Theorie« stellt, »erscheinen soziale Verhältnisse, die nichtmodern sind, bei mir niemals als defizitär oder rückständig, sondern eher als Alternativen, die relevant für die Suche nach Rettung sein könnten.« (Reckwitz/Rosa 2021: 272)

Als Utopie zur Gestaltung ländlicher Räume entwirft (und fordert) die »Kritische Theorie« die Emanzipation und Gleichstellung der Menschen in einer freien Gesellschaft und eine – in Entsprechung zu den jeweiligen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten – Verbesserung der Lebensverhältnisse, nicht zuletzt politische Partizipation und die Möglichkeiten zu individuell bestimmtem Glück. Sie bewegt sich dabei in einem bürgerlich-libertären Grundriss, der eher technologische (immanente) als eschatologische (transzendente) Orientierungen anspricht, die letzteren aber auch nicht ausschließt, sondern, siehe Rosas Resonanzkonzept (Rosa 2019) oder Charles Taylors »postdurkheimische« Religiosität (Taylor 2002: 86), diesen aktuellen Entwicklungen im Sinne einer Orientierung auf das in Utopien Erstrebte hin Platz lässt. Im Anschluss an Davina Coopers »Everyday Utopias« lassen sich im Licht Kritischer Theorie »promising spaces« (Cooper 2014) ebenso finden, gestalten und evaluieren wie sich das »Soziale Orte-Konzept« (Kersten/Neu/Vogel 2022) in seinen grundlegenden Vorstellungen daran orientieren kann. Es geht um eine zu den jeweiligen historischen und sozialen Bedingungen mögliche ebenso wünschbare wie »gemäßigte« Selbstbestimmung, wobei es der Zugang »Kritischer Theorie« ist, im Sinne der oben angesprochenen utopischen Orientierung den Fragen nach der jeweiligen Legitimation der Grenzen und nach den Möglichkeiten ihrer Veränderung bzw. Überschreitung Raum und Anspruch zu sichern. Es geht, wenn er nicht kulturkritisch überzogen oder ideologisch ausverkauft werden soll, bei diesem aus vernünftigen Gründen ebenso wie aus utopischem Wünschen gespeisten Gesellschaftsentwurf um die Integrationsleistungen der »civic society« (Putnam 2000), die eine Stadt-Land-Gesellschaft im Ganzen anspricht, was »reiche Individualität« ebenso umfasst wie »bürgerliche« Mäßigung, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Bildungsgerechtigkeit und nicht zuletzt die Förderung kommunaler Selbstorganisation der Menschen/Bürger*innen in Stadt und Land. Freilich fokussiert dies aus der Sicht »Kritischer Theorie« eher Kultur und Kommunikation, Soziologie und Philosophie, als bspw. Ökonomie und Ökologie, Technologie und Verwaltung, die in dieser Blickrichtung zum einen zwar als Basis, zum anderen aber auch als Widerlager wahrgenommen werden.

Während der Ansatz »Kritischer Theorie« als Sozialkritik, bspw. hinsichtlich ländlicher Räume und ihrer Bewohner*innen, nützlich, auch analytisch brauchbar erscheint, und darauf ausgeht, bestehende Verhältnisse zu transzendieren, bedient sie als Systemkritik allerdings auch selbst das Arsenal der Kulturkritik: »total verwaltete Welt« (Adorno/Horkheimer/Kogon (1989) [1950]), »Unterhaltungsindustrie« (Horkheimer/Adorno 1947: 144), »Zeitalter des Relativismus« (Horkheimer 1974 [1947]: 31) sind hier die Stichwörter und sie lassen zumindest auf dieser Ebene wenig Platz (Anlass und Hoffnung) für eine Besserung der Welt im Ganzen, der Lebensverhältnisse und ihrer Akteur*innen in Stadt und Land im Kleinen und Konkreten. Gegenläufig dazu ist auf Adornos Engagement und das seiner Mitstreiter und die ihnen nachfolgenden Generationen hinzuweisen, die sich nicht nur für die »Entbarbarisierung« des Ländlichen

eingesetzt haben (Adorno 1969 [1966]: 91), sondern damit auch zu dessen Einbeziehung als Aushandlungsort und Handlungsfeld einer gesellschaftlichen Entwicklung zum Besseren im Ganzen beizutragen suchten. Deren Telos lässt sich aber nicht zuletzt aus dem Schein eines Utopischen beleuchten und bestimmen, in dem sich soziologische Erkenntnis, historische Erfahrung mit einem aus philosophisch-messianischen Vorstellungen gewonnenen Menschenbild mischen. Vor diesem Hintergrund versteht sich die »Kritische Theorie« nicht nur als Beschreibungs- und Funktionsmodell, sondern orientiert sich mit einer utopischen Ausrichtung daran, die jeweils historischen Möglichkeiten zur Entwicklung und Gestaltung einer an Freiheit, Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit, politischer Teilhabe und individuellem »Glück« ausgerichteten pluralistischen Gesellschaft wahrzunehmen und deren jeweilige Grenzen zu überschreiten. Eine in diesem Sinn »emanzipierte Gesellschaft« wird von Adorno als der »bessere Zustand« angesprochen, »in dem man ohne Angst verschieden sein kann« (Adorno 1951: 130f.). Sicherlich gilt dies in erster Linie für die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung der Individuen, die angesprochen Maxime dürfte aber auch Maßstab sein, wenn es um die Gestaltung des Lebens und Zusammenlebens von Menschen in und unter den Verschiedenheiten von Stadt und Land geht.

Literatur

- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max/Kogon, Eugen (1989) [1950]: »Die verwaltete Welt oder: Die Krise des Individuums. Aufzeichnung eines Gesprächs im Hessischen Rundfunk am 4. September 1950«, in: Max Horkheimer (Hg.): *Gesammelte Schriften*. Band 13: *Nachgelassene Schriften 1949–1972*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 121–142.
- Adorno, Theodor W. (1969) [1966]: *Erziehung nach Auschwitz*, in: Theodor W. Adorno (Hg.): *Stichworte. Kritische Modelle 2*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 85–101.
- Adorno, Theodor W. (1974) [1967]: »Zum Klassizismus von Goethes Iphigenie«, in: Adorno, Theodor W.: *Gesammelte Schriften 11: Noten zur Literatur*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 495–514.
- Adorno, Theodor W. (2019) [1967]: *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*. Mit einem Nachwort von Volker Weiß. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1970): *Ästhetische Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Belina, Bernd (2021): »Provinzialität« bei Adorno«, in: *Geographische Zeitschrift* 109/2-3, S. 105–125.
- Belina, Bernd (2022): »Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): *Ungleiche Ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 49–65.
- Bloch, Ernst (1975) [1964]: »Etwas fehlt ... Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht. Ein Gespräch mit Theodor W. Adorno. Gesprächsleiter Horst Krüger«, in: Rainer Traub/Harald Wieser (Hg.): *Gespräche mit Ernst Bloch*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 58–77.
- Cooper, Davina (2014): *Everyday Utopias. The Conceptual Life of Promising Spaces*. Durham/London: Duke University Press.

- Federici, Silvia (⁴2017): *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien: Mandelbaum.
- Goethe, Johann Wolfgang (1962) [1828]: *Novelle. Das Märchen*. Stuttgart: Reclam.
- Honneth, Axel (1992): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max (1930): *Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Horkheimer, Max (1977a) [1937]: »Traditionelle und kritische Theorie«, in: Max Horkheimer (Hg.): *Kritische Theorie. Eine Dokumentation. Studienausgabe*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 521–575.
- Horkheimer, Max (1977b) [1937]: »Nachtrag«, in: Max Horkheimer (Hg.): *Kritische Theorie. Eine Dokumentation. Studienausgabe*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 576–584.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1947): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Amsterdam: Querido.
- Horkheimer, Max (1974) [1947]: *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen nach Kriegsende*. Frankfurt a.M.: Athenäum Fischer.
- Horkheimer, Max (1977) [1968]: *Kritische Theorie. Eine Dokumentation. Studienausgabe*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Jean Paul (1975) [1793]: *Die unsichtbare Loge. Eine Lebensbeschreibung*, in: Norbert Miller (Hg.): *Jean Paul Werke in zwölf Bänden mit Nachworten von Walter Höllerer*. München: Hanser Bd. 1.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Löwenthal, Leo (2000) [1925]: »Maimonides«, in: Peter-Erwin Jansen (Hg.): *Das Utopische soll Funken schlagen... Zum hundertsten Geburtstag von Leo Löwenthal*. Frankfurt a.M.: Klostermann, S. 75–94.
- Löwenthal, Leo (1981) [1937]: »Knut Hamsun«, in: Leo Löwenthal (Hg.): *Schriften 2: Das bürgerliche Bewusstsein in der Literatur*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 245–297.
- Löwenthal, Leo (1981) [1957]: *Das Bürgerliche Bewusstsein in der Literatur. (=Schriften 2)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Löwenthal, Leo (1980) [1964]: *Literatur und Massenkultur. (= Schriften 1)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Löwenthal, Leo (1984) [1979]: *Gespräch mit Matthias Greffrath. »Wir haben nie im Leben diesen Ruhm erwartet«*, in: Leo Löwenthal (Hg.): *Schriften 4: Judaica, Vorträge, Briefe*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 299–326.
- Mannheim, Karl (⁷1985) [1929]: *Ideologie und Utopie*. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Neusüss, Arnhelm (1986) (Hg.): »Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen«. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Ostrom, Elinor (2015): *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Polanyi, Karl (1978) [1944]: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.

- Reckwitz, Andreas/Rosa, Hartmut (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2019): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Taylor, Charles (2002): »Religion heute«, in: Charles Taylor (Hg.): Die Formen des Religiösen in der Gegenwart. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 57–96.
- Wiggershaus, Rolf (1988): Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung. München: dtv.

Transformative Perspektiven auf das utopische Potenzial ländlicher Räume und die Debatte um *Left-behind Places*

Felicitas M. Kübler & Jack L. Harris

1. Regressive Wende?

Der Aufstieg des Populismus in Europa und Nordamerika, der sich in der Wahl Donald Trumps, dem Brexit und der zunehmenden Popularität anderer rechter Anti-EU-Parteien in ganz Europa zeigt, hat räumliche Ungleichheiten und eine »Geographie der Unzufriedenheit« in den Fokus gerückt (vgl. McCann 2020). Nach einer jahrzehntelangen verfehlten Raumordnungspolitik, die durch eine Politik der Austerität nach dem globalen Finanzcrash und COVID-19 noch verschärft wurde, haben räumliche Ungleichheiten in Regionen wie dem Vereinigten Königreich gravierende Ausmaße angenommen (vgl. Harris et al. 2020; Sunley et al. 2023). Angetrieben von Sparmaßnahmen, Deindustrialisierung und dem Gefühl der Verlassenheit ist es rechtsextremen Parteien gelungen, aus der wachsenden Unzufriedenheit Kapital zu schlagen, indem sie vereinfachende, rassistische und regressive Antworten auf die zunehmende soziale Polarisierung, Enteignung und den sinkenden Lebensstandard vorschlugen. So haben viele Menschen ihre Empörung an der Wahlurne zum Ausdruck gebracht, dabei für Parteien gestimmt, die statt einer sozialen Lösung für oben genannte Probleme eine rassistisch oder völkisch verbrämte Vertiefung der ursächlichen neoliberalen Agenda vertreten (Eberhardt/Friedrich 2019). Manche haben dies als »Rache der Orte, die keine Rolle spielen« bezeichnet (vgl. Rodríguez-Pose 2018, eigene Übersetzung). Infolgedessen und einhergehend mit einer verstärkten Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten ist die sozioökonomische Wiederbelebung sogenannter *Left-behind Places* (LBPs) in den letzten Jahren zu einer grundlegenden akademischen und politischen Debatte geworden (vgl. Pike et al. 2023). Fundamentale Annahme dieser Debatte ist, dass LBPs ein Symptom einer gescheiterten wachstumsorientierten Politik sind, die diese Orte nicht nur geschaffen hat, sondern auch immer wieder daran scheitert, ihre Probleme zu lösen (vgl. Martin et al. 2021). Längst fordern manche Autor*innen (z.B. MacKinnon et al. 2022) Ansätze außerhalb eines neoliberal-marktorientierten Paradigmas (vgl. MacKinnon et al. 2022). Wir schließen uns diesen Forderungen an und argumentieren, dass der

LBP-Diskurs von einer stärkeren Auseinandersetzung mit Ansätzen, die auf progressive gesellschaftliche Transformation zielen, profitieren würde. Wir schlagen drei solcher »radikalen« Theorien hervor, die den Diskurs über LBPs in utopische Möglichkeitsräume verschieben könnten. Wir verstehen diese Theorien als radikal in dem Sinne, dass sie auf eine grundsätzliche gesellschaftliche Transformation abzielen, welche jeden Aspekt des menschlichen Zusammenlebens, Arbeitens, Wirtschaftens etc. umfasst.

Die Idee der Utopie im Sinne eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels steht im Zentrum radikaler theoretischer Ansätze und prägt häufig die Politik progressiver sozialer Bewegungen. So konzentrieren sich aktuelle utopische Diskurse angesichts der globalen Klimakrise darauf, der Zerstörung von Umwelt und Klima Einhalt zu gebieten und nachhaltige Lebensweisen zu entwickeln (z. B. Stanley-Robinson 2020). In den meisten westlichen Utopien tauchen drei Hauptaspekte auf: die verkörperte, somatische Ebene eines glücklichen Lebens (vgl. Adorno 2013 [1966]: 202), die Erweiterung von Autonomie, die eine individuelle Selbstverwirklichung ermöglicht, und schließlich eine Gesellschaft der Differenz (vgl. Adorno 2019 [1951]: 116). Utopische Ideale konzentrieren sich also darauf, in Relation zum Bestehenden und als unzureichend gedachten, die gesellschaftlichen Bedingungen zu imaginieren, die es Individuen ermöglichen, ein glückliches und erfülltes Leben zu führen. Daher könnten radikale Perspektiven, die gesellschaftliches Leben neu ordnen und denken, auf eine utopische Transformation abzielen, die Debatte über LBPs in dreierlei Hinsicht voranbringen. Erstens sprechen sie die sozialen, politischen und materiellen Umstände einer solchen Transformation an, indem sie die kapitalistische Logik hinter Desinvestition und Niedergang kritisieren und die Notwendigkeit einer radikalen Transformation betonen – über die aktuellen Diskussionen einer postwachstumsorientierten Politik hinaus. Zweitens ziehen sie die Affekte und Emotionen des Zurückgelassenwerdens in Betracht und versuchen, Wut, Rache und Trauma durch Glück und Freiheit zu ersetzen. Drittens betonen sie die Notwendigkeit eines klima- und umweltbewussten Ansatzes zur Umgestaltung der gesamten Lebensweise in LBPs.

Nach einem Überblick über die LBP-Literatur (s. Abschnitt 2) untersucht dieser Beitrag, inwieweit drei radikal-progressive Theorietraditionen eine andere Sichtweise auf LBPs ermöglichen (s. Abschnitt 3). Wir schlagen anarchistische Geographien, dekoloniale Ansätze der Territorialisierung und feministische Politische Ökologien als theoretische Rahmen für eine progressive Neukonzeption von *Left-behind Places* vor. Indem sie kapitalistische Denkformen und Logiken in Frage stellen, eröffnen diese Ansätze Perspektiven für utopische Möglichkeiten. All diesen Ansätzen liegt ein progressives, transformatives Selbstverständnis zugrunde, das die Analyse der Gesellschaft als Ganzes mit der politischen Forderung nach ihrer Veränderung verbindet. Gleichzeitig gibt es zahlreiche Überschneidungen zwischen diesen drei Theorietraditionen, die in Abschnitt 4 zu einer machtkritischen Synthese zusammengetragen werden. Indem wir diese theoretischen Ansätze auf die LBP-Debatte beziehen, schlagen wir eine Brücke zwischen transformativen Theorien und politischen Mainstream-Debatten. Auf diese Weise wollen wir die Debatte über die Anpassung von Postwachstumsansätzen in LBPs vertiefen und Raum für kritische Auseinandersetzungen schaffen.

2. *Left-behind Places*: Debattenüberblick

Der Begriff »*left-behind*« ist der jüngste in einer langen Reihe von Begriffen in der anglophonen Debatte wie »spatial ›disparities‹, ›divides‹, ›gaps‹ and ›imbalances‹« (MacKinnon et al. 2022: 41), die darauf abzielen, räumliche Ungleichheiten zu verstehen. Der Begriff der LBP ist stark von Äußerungen politischer Unzufriedenheit geprägt und geht somit über eine wirtschaftsgeographische Perspektive hinaus. Die Berücksichtigung demografischer, sozialer, politischer und kultureller Aspekte ist im »no place left behind«-Diskurs in den Vereinigten Staaten (Barnes/Walker/Williamson 2020; Sunley et al. 2023) und der »Levelling up«-Agenda im Vereinigten Königreich (vgl. Tomaney/Pike 2021), welche jeweils auf einen wirtschaftspolitischen Ausgleich abzielen, zu einem politischen Fixpunkt geworden. Zu den wichtigsten Merkmalen von LBPs gehören: relative wirtschaftliche Schwäche und Niedergang, die sich in unterdurchschnittlichen Löhnen, Beschäftigung und Produktivität ausdrücken; niedrigeres Bildungsniveau und geringere Qualifikationen; höhere Armut und Benachteiligung (im Vergleich zum nationalen Durchschnitt); Abwanderung, starke Alterung und demografische Schrumpfung; schlechterer Gesundheitszustand; eingeschränkte Konnektivität und geringe Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur; reduzierte Dienstleistungsangebote; Rückgang politischen Engagements, Gefühl der Vernachlässigung und Unzufriedenheit, ein Mangel an Gemeinschaftseinrichtungen sowie das Fehlen einer Orientierung an bürgerlich-demokratischen Werten (vgl. Davenport/Zaranko 2020; Dijkstra/Poelman/Rodríguez-Pose 2020; Oberst et al. 2019; Tomaney/Natarajan/Sutcliffe-Braithwaite 2021; Tomaney/Pike/Natarajan 2021).

Trotz der zunehmenden Popularität des Begriffs *Left-behind Places* besteht Unsicherheit über dessen genaue Operationalisierung (vgl. MacKinnon et al. 2022). Wer oder was wird zurückgelassen? Bezieht sich der Begriff auf Menschen, Orte oder Branchen? Über welche Zeiträume hinweg werden Orte zurückgelassen? Viele der gegenwärtig zurückgelassenen Orte im Vereinigten Königreich haben ihren Ursprung im Niedergang bestimmter Industrien, z.B. dem Bergbau, die diese Orte und das Leben der dort ansässigen Menschen dominierten. So zeigt Pain (2019) die dauerhaft in die gebaute Umwelt eingelassene Gewalt und Traumata anhand von Horden, einer ehemaligen Bergbaustadt im Norden Englands, seit der Schließung der einst größten Zechen des Vereinigten Königreichs im Jahr 1987. In ähnlicher Weise bezieht Mattinson (2020) das Gefühl der politischen Verlassenheit, das zum Brexit-Votum und zum Fall der »Red Wall« – Wahlkreise in den Midlands und Nordengland, in welchen bis 2019 primär Labour gewählt worden war – in Orten wie Stoke-on-Trent führte, auf den langen Niedergang der dortigen Keramikindustrie zurück. »Zurückgelassenheit« hat somit nicht nur wirtschaftliche und ökonomische Dimensionen, sondern ist, wie zuvor schon angedeutet, eng mit Emotionen und Affekten verwoben, welche aus der Erfahrung der Machtlosigkeit stammen (vgl. Pain 2019: 395) zugleich aber auch durch stigmatisierende Zuschreibungen im Kontext von »Zurückgelassenwerden« verursacht sein können (vgl. Nayak 2019: 935). Andere Autor*innen weisen auf sich verschärfende regionale Disparitäten hin. Der jüngste Diskurs hebt »Superstar-Städte« als Motoren des aktuellen Wachstums hervor, was zu einer Konzentration von Ressourcen in Städten und zur Abwanderung von Fachkräften aus ländlichen Regionen und kleineren Städten geführt hat (vgl. Kemeny/Storper 2020).

Politisch gesehen haben rechtsextreme und -populistische Parteien in ganz Europa einigen Erfolg damit, die Erfahrung des »Zurückgelassenwerdens« zu kapitalisieren – unter anderem in ländlichen Regionen (vgl. Rodríguez-Pose/Dávila/Lee 2023). Es wurden verschiedene Ansätze vorgebracht, die den multikausalen Zusammenhang von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklungen als Gründe anführen. Mullis und Miggelbrink (2022: 13) argumentieren:

»Wahrgenommene Ausgrenzung, soziale, räumliche und institutionelle Peripherie sowie Erfahrungen von Teilhabeverlusten und Abstiegsängsten werden in gewisser Weise als verbindende Momente identifiziert, die lokalspezifische rechtsextreme Einstellungen und regressive Politiken fördern«,

was für LBPs besonders relevant ist. Diese Gemengelange spiegelt sich in vielfältigen Debatten, wie »Zurückgelassenheit« gelindert werden kann. Während beispielsweise im Vereinigten Königreich regional widersprüchliche Politiken des »levelling-up« verfolgt werden (vgl. McCann/Ortega-Argilés 2021), hat sich die akademische Debatte bereits für die Anwendung von Postwachstumsansätzen, die eine neo-endogene Entwicklungsperspektive vertreten (vgl. Bosworth et al. 2016), stark gemacht. Diese Perspektive bricht mit dem vorherrschenden Paradigma des Wirtschaftswachstums und zielt darauf ab, ökologisch und sozial nachhaltige lokale Wirtschaftskreisläufe aufzubauen (vgl. Jackson 2009), während gleichzeitig die Notwendigkeit einer ergänzenden industriellen Entwicklung für allgemeinen Wohlstand anerkannt wird (vgl. Harris/Thompson 2023). Viel Aufmerksamkeit hat der Ansatz der *Foundational Economy* (The Foundational Economy Collective 2019) erhalten, welcher zwischen wettbewerbsfähiger Wirtschaft und einer Wirtschaft des alltäglichen Bedarfs wie Wohnen, Gesundheit sowie der Kernwirtschaft um Familie und Gemeinschaft differenziert. Eine *Foundational Economy* erfordert, dass diese grundlegenden und zentralen Aktivitäten »zum Nutzen aller Bürger verwaltet werden, wobei ›materieller Wohlstand, Sicherheit und soziokulturelle Teilhabe‹ Priorität haben« (Engelen et al. 2017: 419, eigene Übersetzung). Dies erfordert eine Konzentration auf sozialen Wandel anstelle von technologischer Innovation, auf Einkommen und Lebensunterhalt anstelle von Produktivität (vgl. Froud et al. 2020) und auf Wohlbefinden, Zugehörigkeit sowie Gemeinschaftsentwicklung, um eine kontinuierliche soziale Reproduktion sicherzustellen (vgl. MacKinnon et al. 2022). Somit besteht in der Debatte um LBPs bereits eine gewisse Offenheit für transformative Ansätze. Dies wollen wir aufgreifen und mittels Ansätzen aus der Kritischen Geographie vertiefen.

3. Kritische Geographien und mögliche Anwendungen für *Left-behind Places*

Im Folgenden entwickeln wir aus drei gesellschaftskritischen Ansätzen eine machtkritische Perspektive auf LBPs. Wir skizzieren, wie anarchistische Geographien, dekoloniale Territorialisierungsansätze und feministische Politische Ökologien Anstöße für transformative Projekte und Selbstverortungen liefern könnten.

3.1 Anarchistische Geographien: Transformation durch Präfiguration

Simon Springer (vgl. 2016: 2) zufolge sind anarchistische Bezüge tief in der disziplinären Geschichte der Geographie verwurzelt und bilden eine radikale Tradition. Verkörpert durch Peter Kropotkin (1978 [1885]) und Élisée Reclus (2013 [1905]), hat die Humanographie eine lange machtkritische Geschichte, die ihrer Verstrickung mit Kolonialismus, Imperialismus und Nationalsozialismus entgegenwirkt (ausführlich bei Reuber 2012: 70–82):

»Indem wir anarchistische Geographien als kaleidoskopische Räume begreifen, die nicht-hierarchische Verbindungen zwischen autonomen Einheiten ermöglichen, in denen Solidaritäten freiwillig in Opposition zu souveräner Gewalt, vorbestimmten Normen und zugewiesenen Zugehörigkeitskategorien gebildet werden, konfigurieren wir eine radikale politische Imagination, die in der Lage ist, das Unmögliche zu fordern« (Springer 2016: 3, eigene Übersetzung).

Aus einer räumlichen Perspektive werden also Veränderungen und weitreichende politische Forderungen möglich. So beinhaltet eine auf anarchistischen Diskussionen basierende Perspektive eine explizite Kritik an (staatlicher) Herrschaft und einen Fokus auf bestehende Projekte, in denen ein progressiv verändertes soziales Verhältnis bereits umgesetzt wird. Wir schlagen daher anarchistische Geographien als Rahmen vor, um über eine Veränderung der politischen Verhältnisse und die Umsetzung eines lokalen, kollektiven Ansatzes zur Erfüllung der alltäglichen Bedürfnisse in LBPs zu sprechen. Im Gegensatz zum »no place left behind«-Diskurs in den Vereinigten Staaten und zur »Levelling up«-Agenda in Großbritannien würden sich anarchistische Ansätze somit nicht auf staatlich vermittelte Lösungen konzentrieren, sondern auf selbstständige, autonome Strategien, die auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe beruhen und vor Ort von diversen Akteur*innen getragen werden.

Anarchistische Gesellschaftsentwürfe sind vielfältig, aber sie sind durch zwei zentrale Prämissen vereint: der Kritik an Herrschaft, die darauf abzielt, Autorität zu vermeiden, und des Herbeiführens von sozialem Wandel durch präfigurative Politik (vgl. Ince 2012: 1651). Anarchistische Perspektiven befassen sich also zunächst mit der Frage, wie »Machtstrukturen und -verhältnisse soziale Ungleichheit produzieren und aufrechterhalten« (ebd., eigene Übersetzung). Und obwohl für viele Anarchist*innen die Ökonomie eine der zentralen Ursachen sozialer Ungleichheit ist, setzt die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens nicht in gleichem Maße wie marxistisch geprägte Analysen die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse voraus. Vielmehr soll sozialer Wandel durch präfigurative Politik ermöglicht werden:

»Das Ziel präfigurativer Politik ist nicht, Veränderungen in der Zukunft herbeizuführen, sondern Alternativen im Hier und Jetzt zu schaffen« (Pellizzoni 2021: 364, eigene Übersetzung).

Präfigurative Politik adressiert also weniger den Staat durch Demonstrationen oder Protest, sondern zielt darauf ab, das kritisierte Objekt durch solidarische Ansätze und ge-

gegenseitige Hilfe zu verändern (ebd.). Im Einklang mit den breiteren Diskussionen über LBPs bieten anarchistische Ansätze also eine Perspektive, die danach strebt, wirtschaftliche und andere Formen der Ungleichheit zu verringern, indem sie sich explizit gegen die marktorientierten Logiken der aktuellen politischen Verhältnisse wenden und individuelle Autonomie in den Vordergrund stellen. Anstelle einer entpersonalisierten Politik der regionalen Angleichung stellen anarchistische Geographien das Individuum in den Mittelpunkt und zeigen, wie Gleichheit und Freiheit auf einer sehr persönlichen Ebene erweitert werden könnten.

Anarchistische Ansätze und Diskussionen bieten eine Möglichkeit der grundsätzlichen Kritik an staatlichen Politiken, die ein kausaler Bestandteil des »Zurückgelassenwerdens« sind, und ermöglichen in Anlehnung an die *Foundational Economies* eine Fokussierung auf regionale Netzwerke, in denen eine herrschaftsfreie Gesellschaftsordnung nach den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe, Solidarität und Autonomie gelebt wird.

Denn »um wirklich frei zu sein – um zu erschaffen, zu kooperieren, zu produzieren, zu träumen und die eigene Autonomie durch den Respekt und die Anerkennung der Autonomie anderer zu verwirklichen – bedarf es der Freiheit, in der Welt zu sein und ein Netzwerk der Fürsorge und Unterstützung zu haben« (Notes from Nowhere 2003: 108, eigene Übersetzung).

Für LBPs sind anarchistische Geographien also Ansätze, um über Räume der Freiheit und Autonomie zu diskutieren. Das können z. B. lokale selbstorganisierte Projekte wie Genossenschaften, Community-Bildungsprojekte, autonome Zentren und unabhängige Kunst- und Medienprojekte sein. Während diese Projekte zunächst nur kleinräumige Veränderungen zur Folge haben, können sie zu Keimen werden, mittels derer ein politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Umdenken stattfinden kann, welches idealerweise ein politisches Upscaling zur Folge haben würde. Somit setzen anarchistische Perspektiven auf lokale selbstverwaltete Bottom-up-Politiken, die sich explizit kritisch gegenüber staatlichen Eingriffen verhalten und stattdessen auf bedürfnisorientierte, kollektive und lokale Lösungen für das aktuelle Versagen des kapitalistischen Staates bei der Sicherung der Grundbedürfnisse setzen. Nicht zuletzt die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass solche Organisationsformen möglich sind – Formen der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, die lokale Produktions- und Verteilungsnetze einschließen, die bedürfnis- und nutzenorientiert sind und so den globalen politischen und ökonomischen Verhältnissen Formen der direkten Demokratie und lokalen Autonomie entgegensetzen (vgl. Nelson 2020: 308). Das utopische Potenzial, das anarchistisches Denken in LBPs entwickeln könnte, ist also die Vertiefung solcher Projekte, die Stärkung der Orientierung an Solidarität und gegenseitige Hilfe durch lokale Projekte und Politikgestaltung anstelle kapitalistischer Konkurrenz und damit die Entwicklung von Keimen für veränderte soziale und politische Strukturen. Gleichzeitig hat eine solche Perspektive auch Grenzen, denn Regionen existieren nicht autonom, sondern als relationale Gebilde, die in kapitalistische Gesamtzusammenhänge eingebettet bleiben.

3.2 Territorialisierungsansätze aus einer dekolonialen Perspektive: Praxis und Affekte sozialen Wandels

Diskussionen über Territorialisierungen in einem dekolonialen Kontext haben auf den ersten Blick viel mit den oben erläuterten anarchistischen Geographien gemeinsam, da beide einen *place*-basierten Bottom-up-Ansatz verfolgen. Während es bei den anarchistischen Geographien jedoch in erster Linie darum geht, eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu erreichen, ermöglicht die dekoloniale Perspektive einen stärker subjektorientierten Ansatz, der die Aufmerksamkeit besonders auf Affekte und Emotionen lenkt. Dies ist insofern relevant, da LBPs eng mit Emotionen verwoben sind, wie etwa Rache (vgl. Rodríguez-Pose 2018) oder Trauma (vgl. Pain 2019). Zur Vertiefung unserer Auseinandersetzung mit lokalistischen Bottom-up-Politiken entwickeln wir im Folgenden aus dem Konzept des *Territorio* eine Praxiskategorie, die unseren Blick auf die »verkörperten sozialen Praktiken« (Haesbaert 2023: 100) lenkt, durch welche die utopische Transformation von LBPs vorstellbar wird. Darüber hinaus eröffnet dieser Ansatz eine utopische Wendung, indem er sich gegen die stigmatisierenden Zuschreibungen des Etiketts »zurückgelassen« wehrt und die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit lokaler Ansätze lenkt, um einem defizitär orientierten Narrativ zu widerstehen und durch räumliche Praxen positive Identifikationsangebote zu entwickeln.

Während die Diskussion um *Territorio* in der romanischsprachigen bzw. vor allem der lateinamerikanischen Debatte der letzten Jahre mit sozialen Kämpfen um Autonomie und Anerkennung verbunden ist, bietet sie auch Ansatzpunkte für ländliche Utopien im Globalen Norden. Das utopische Potenzial wird als eingebettet in soziale Praktiken der Raumeignung konzeptualisiert und basiert auf der Anerkennung der Begrenztheit anglophoner geographischer Perspektiven, »die nach wie vor überwiegend in modernen, kolonialen Erfahrungen verwurzelt sind« (Halvorsen 2019: 803, eigene Übersetzung). Das bedeutet im Umkehrschluss, dass kapitalistische Ideen der Inwertsetzung von Raum, z. B. durch Parzellierung und Bepreisung von Grundstücken und die damit verbundene Abstraktion und Hierarchisierung, durch die dekoloniale Perspektive konterkariert werden sollen (Haesbaert 2023: 100). Somit geht es bei diesen Ansätzen der Territorialisierung darum, den geographischen Raum als etwas zu verstehen, wodurch ein »Perspektivenwechsel auf den Anderen und die Welt ermöglicht wird« (ebd., eigene Übersetzung). Die Veränderung der Wahrnehmung, d. h. des Bewusstseins, und die damit verbundene Ablehnung kapitalistisch determinierter Denkformen ist somit Teil und Möglichkeit einer utopischen Transformation (vgl. Holloway 2002).

Ähnlich wie die zuvor skizzierten anarchistischen Geographien haben auch dekoloniale Territorialisierungsansätze einen inhärenten macht- und herrschaftskritischen Impetus:

»Die autonomen Territorien nicht-staatlicher Akteure stellen einen Kontrapunkt zur souveränen Macht des Staates dar, müssen aber durch ihre relationalen Strategien im Kontext der anhaltenden Hegemonie moderner, kolonialer Auffassungen von Territorium verstanden werden« (Halvorsen 2019: 798, eigene Übersetzung).

Statt einer aufholenden Politik, oder »levelling-up«, und einer damit verbundenen Anerkennung der Logiken des kapitalistischen Staates, können LBP's somit ihr eigenes Narrativ definieren – so führt die Kritik an der stigmatisierenden Zuschreibung zu einer gegenhegemonialen Politik. Beispielsweise verweist Haesbaert (2023) auf diverse indigene und subalterne Projekte, in denen durch erlebte, verkörperte und affektive Geographien ein positiver Selbstbezug hergestellt wird und vor allem durch künstlerische Formen und Symboliken stigmatisierende hegemoniale Bedeutungszuschreibungen aufgedeckt werden. In Bezug auf LBP's stellt dieser Ansatz daher die Frage, wie Gefühle von Empowerment und eine positive Selbstwahrnehmung gefördert werden können und wie Raumeignungen »von unten« der Auslöser für solche positiven Gefühle sein können.

Der analytische Wert dieser Perspektive liegt in der subjektorientierten Sichtweise und der Berücksichtigung von Emotionen und Affekten. Es geht um die sozialen Praktiken, mittels derer in der Vermittlung von Körper und Ort Identitäten markiert, Kräfte gebündelt und Machtdifferenzen durchgesetzt werden – und um die daraus resultierenden Möglichkeiten der Ermächtigung. Territorialisierungen verbinden also das Materielle mit dem Affektiven und Semiotischen (vgl. Hutta 2019) und stellen zugleich die daraus resultierenden Ermächtigungs- und Handlungsmöglichkeiten in den Vordergrund. So sind Trauer und Trauma (vgl. Pain 2019) Ausdruck fehlender Handlungsmöglichkeiten und verschleiern diese zugleich. Utopische Projekte als Bezug lokaler Handlungsfähigkeit und Ermächtigung sind dagegen mit positiven Affekten verbunden. Daher betonen dekoloniale Perspektiven auf Territorialisierung die Bedeutung individuell erlebter positiver Gefühle durch Agency und Empowerment und fungieren als theoretische Würdigung räumlicher Aneignungen »von unten« und sozialer Praktiken, die subjektiv das Leben der Menschen vor Ort verbessern. Dabei kann es sich um Projekte handeln, welche den *Foundational Economies* zugerechnet werden können, die sich lokal organisiert und produzierend den Raum in Bottom-up-Ansätzen aneignen und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sicherstellen. Zugleich können dies aber auch künstlerische Formen der Raumeignung sein, durch die solidarische kollektive Identitäten und positive Bezüge zur Gemeinschaft entwickelt werden. Relevant ist jeweils die Orientierung an den Bedürfnissen vor Ort, statt an staatlich verordneten Maßnahmen und Schwellenwerten wirtschaftlichen Erfolgs.

3.3 Feministische Politische Ökologien: Giftmüll und mehr-als-menschliche Perspektiven

Feministische Politische Ökologien lenken die Aufmerksamkeit auf eine weitere Facette von LBP's: die toxischen Hinterlassenschaften industrieller Ausbeutung von Mensch und Natur. So sind nach der Deindustrialisierung vergiftete Böden und sich nur langsam erholende Ökosysteme zurückgelassen worden (vgl. Alaimo 2010: 17ff.), was für ländliche LBP's eine besondere Relevanz hat. Gesellschaftliche Naturverhältnisse werden hier auch als Ausdruck gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstanden (vgl. Gottschlich/Hackfort/Katz 2022: 91) und vor allem in Wechselwirkung mit Geschlechterverhältnissen in einer intersektionalen Perspektive untersucht. Durch diesen Ansatz können Kategorien der Ungleichheit und Betroffenheit von Folgen des »Zurückgelassen-werdens« stärker in den Vordergrund treten. Gleichzeitig wird eine duale Konfrontation

von Natur und Kultur durch ein relationales Denken ersetzt, welches z.B. Stacy Alaimo (2009: 26f) als feministischen Gegenentwurf zu einem »maskulinen Konsumerismus« sieht, der ursächlich für die heutige Klima- und Umweltkrise sei.

Die relationale Perspektive auf Mensch-Umwelt-Beziehungen und die damit verbundene Dezentrierung des menschlichen Subjekts wurde in den letzten Jahren vor allem von Arbeiten vertreten, die sich am Neuen Materialismus orientieren. Dabei haben solche feministischen Arbeiten auch eine verkörperte Perspektive stark gemacht. Der menschliche Körper wird als Teil eines Beziehungsgeflechts gesehen: »Mensch ist immer schon Teil einer aktiven, oft unvorhersehbaren, materiellen Welt« (Alaimo 2010: 17, eigene Übersetzung), was es analytisch unumgänglich macht, den Menschen als immersiv zu denken:

»Die Reflexion über die Relationalität verortet den Menschen wieder im unaufhörlichen Fluss des Lebens, in den alles unweigerlich eingetaucht ist; sie ermöglicht es uns, uns wieder als Teil des Lebensstroms zu sehen« (Escobar 2016: 29, eigene Übersetzung).

»Natur« wird dadurch analytisch von kapitalistischen Verwertungszwängen gelöst – stattdessen hat sie

»unschätzbaren Wert, die Bedeutung und die Kraft von Ökosystemen und natürlichen Lebewesen [besteht] nicht als bloße ›Ressourcen‹ für die menschliche Nutzung, sondern als wirklich wertvoll an und für sich« (Alaimo 2009: 31, eigene Übersetzung).

Gleichzeitig wird durch diese relationale Perspektive der Fokus auf lokale Herausforderungen und Probleme als global eingebettet betrachtet:

»Umweltfragen und -wunder sind immer sowohl ›hier‹ als auch ›dort‹, gleichzeitig lokal und global, persönlich und politisch, praktisch und philosophisch« (Alaimo 2010: 15, eigene Übersetzung).

Basierend auf dieser Beobachtung und in Anlehnung an Ursula Heise (2008) schlägt Alaimo (vgl. ebd. 16) eine planetarische imaginierte Gemeinschaft von Menschen und Nicht-Menschen als utopischen Gegenentwurf zur kapitalistischen Moderne vor.

Eine Orientierung an feministischen Politischen Ökologien erlaubt es also, Fragen der Umweltgerechtigkeit im Kontext von LBP zu thematisieren und dabei Formen der Ungleichheit vor allem in Bezug auf Geschlecht, aber auch auf *race* und *class* zu adressieren. Zudem erweitert eine solche Perspektive Möglichkeiten radikaler politischer und sozialer Veränderung durch eine Rekonzeptualisierung von Natur. Dies macht utopische Projekte möglich, die auf veränderte Beziehungen – zwischen Menschen, aber auch zwischen Menschen und ihrer Umwelt – abzielen, wie z.B. gemeinschaftliche Formen der Care-Arbeit, Schutz von Naturräumen, Integration von Natur in städtische Räume wie z.B. durch Pflanzprojekte. Gleichzeitig wird dadurch die Debatte über LBP-Politiken erweitert, indem explizit Umwelt- und Naturschutz gefordert wird, der sonst oft unterrepräsentiert bleibt. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten der Politisierung lokaler

Resilienz, die vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels unbedingt notwendig ist.

4. Synthese: ein machtkritisches Kaleidoskop für *Left-behind Places*

Dieser Beitrag hat mögliche Ansätze für eine radikale Erweiterung der Debatten um LBPs vorgeschlagen. Wir haben dafür anarchistische Geographien, dekoloniale Territorialisierungsansätze und feministische Politische Ökologien herangezogen und skizziert. Ausgehend von diesem Überblick schlagen wir eine Erweiterung der aktuellen Debatten um LBPs vor. In Anschluss an Postwachstumsansätze, die ein fundamentales wirtschaftliches und politisches Umdenken fordern, betont unser Beitrag die Möglichkeiten antikapitalistischer Impulse. Diese machtkritische Orientierung bietet zum einen das Potenzial, in lokalen Projekten, die im ersten Moment vor allem aus der Not geboren wurden, utopische Elemente und Möglichkeiten regionaler Ermächtigung zu sehen, die zu Keimen grundlegend veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse werden können. Wir plädieren daher für drei Schwerpunkte in der Diskussion um das utopische Potenzial, das sich in LBPs entwickeln könnte:

- Erstens eine stärkere Konzentration auf soziale Praktiken, die auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe beruhen und durch welche ländliche Räume im Widerspruch zu kapitalistischen Verwertungslogiken angeeignet werden,
- zweitens eine stärkere Berücksichtigung der emotionalen und affektiven Ebene, die einerseits die traumatische und verletzende Dimension der Erfahrung des »Zurückgelassenwerdens« anerkennt und andererseits die positive Wirkung von lokalem Empowerment und Möglichkeitsräumen betont,
- drittens, insbesondere für LPBs in ländlichen Regionen, eine stärkere Fokussierung auf die Umwelt und die daraus resultierenden Möglichkeiten für neue überregionale utopische Imaginationen und konkrete politische Allianzen, die eine progressive Transformation sowohl für das menschliche als auch das nicht-menschliche Leben fordern.

Weit davon entfernt, konkrete Antworten zu entwickeln, dient unsere Betrachtung verschiedener machtkritischer Ansätze also vor allem als Kaleidoskop, durch das bereits etablierte Praktiken, aber auch neue Imaginationen und utopische Nischen im Kontext von LBPs sichtbar werden können.

Die Realität, die wir in den meisten LBPs antreffen – in ihrer politischen, sozialen, kulturellen und materiellen Dimension –, erfordert einen grundlegenden und radikalen Wandel. In den meisten ländlichen LBPs sind wir Zeug*innen der Abwanderung von vor allem jungen, gut ausgebildeten Menschen. Das sind typischerweise die Menschen, die einen progressiven Wandel vorantreiben könnten. Darüber hinaus ist der hartnäckige Konservatismus insbesondere in ländlichen LBPs eine weitere Herausforderung, für die Umsetzung veränderter sozialer Beziehungen. Außerdem können wir die Einbettung der LBPs in die staatliche Politik nicht leugnen, die darauf abzielt, den kapitalistischen Status quo um fast jeden Preis aufrechtzuerhalten. Es stellt sich also die Frage,

wie nachhaltig alternative Politiken sein können und wie viel Energie in transformative, radikale Projekte gesteckt werden müsste – wenn diese denn die multiplen Hürden überwunden haben, um überhaupt in die Welt zu kommen. So bedarf es einer Debatte darüber, wie radikales Denken das Leben der Menschen in LBPs verändern könnte. Diese Debatte müsste über die akademische und institutionelle Auseinandersetzung hinausgehen, sodass Menschen vor Ort ihre Bedarfe und Wünsche artikulieren können – vielleicht könnte eine solche Debatte jedoch auch Anknüpfungspunkte für globale utopische Veränderungen bieten.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2013) [1966]: *Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2019) [1951]: *Minima Moralia: Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Berlin: Suhrkamp.
- Alaimo, Stacy (2009): »Insurgent Vulnerability and the Carbon Footprint of Gender«, in: *Kvinder, Køn & Forskning* 3(3-4), S. 22–35.
- Alaimo, Stacy (2010): *Bodily Natures. Science, Environment, and the Material Self*. Bloomington: Indiana University Press.
- Barnes, Melody C./Walker, Corey D./Williamson, Thad M. (Hg.) (2020): *Community Wealth Building and the Reconstruction of American Democracy: Can We Make American Democracy Work?* Cheltenham: Edward Elgar.
- Bosworth, Gary/Annibal, Ivan/Carroll, Terry/Price, Liz/Sellick, Jessica/Shepherd, John (2016): »Empowering Local Action through Neo-Endogenous Development; The Case of LEADER in England«, in: *Sociologia Ruralis* 56(3), S. 427–449.
- Davenport, Alex/Zaranko, Ben (2020): *Levelling up: where and how*. London: Institute for Fiscal Studies.
- Dijkstra, Lewis/Poelman, Hugo/Rodríguez-Pose, Andrés (2020): »The geography of EU discontent« in: *Regional Studies* 54(6), S. 737–753.
- Eberhardt, Simon/Friedrich S. (2019): »Der Kampf zweier Linien. Wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte im rechten Projekt«, in: Andrea Becker/Simon Eberhardt/Helmut Kellershohn (Hg.): *Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«: Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten*. Münster: Unrast, S. 113–127.
- Engelen, Ewald/Froud, Julie/Johal, Sukhdev/Salento, Angel/Williams, Karel (2017): »The grounded city: from competitiveness to the foundational economy«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 10(3), S. 407–423.
- Escobar, Arturo (2016): »Thinking-feeling with the Earth: Territorial Struggles and the Ontological Dimension of the Epistemologies of the South«, in: *Revista de Antropología Iberoamericana* 11(1), S. 11–32.
- Foundational Economy Collective (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Froud, Julie/Haslam, Colin/Johal, Sukhdev/Williams, Karel (2020): »(How) does productivity matter in the foundational economy?«, in: *Local Economy*, 35(4), S. 316–336.

- Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Katz, Christine (2022): »Feministische Politische Ökologie«, in: Daniela Gottschlich/Sarah Hackfort/Tobias Schmitt/Uta von Winterfeld (Hg.): *Handbuch politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript, S. 91–105.
- Haesbaert, Rogéro (2023): »Territorium und Multiterritorialität in dekolonialer Perspektive. Ein geographischer Zugang aus Abya Yala/Afro-/Lateinamerika«, in: *Geographische Zeitschrift* 111(2-3), S. 99–120.
- Halvorsen, Sam (2019): »Decolonising territory: Dialogues with Latin American knowledges and grassroots strategies«, in: *Progress in Human Geography* 43(5), S. 790–814.
- Harris, Jack L./Thompson, Benjamin S. (2023): »Supporting places left to the sea. A place-based research agenda for regional coastal transformations in the blue economy«, in: *Progress in Environmental Geography* 2(4), S. 266–288.
- Harris, Jack L./Sunley, P./Evenhuis, E./Martin, R./Pike, A./Harris, R. (2020): »The Covid-19 crisis and manufacturing: How should national and local industrial strategies respond?«, in: *Local Economy* 35(4), S. 403–415.
- Heise, Ursula K. (2008): *Sense of Place and Sense of Planet: The Environmental Imagination of the Global*. New York: Oxford University Press.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hutta, Jan S. (2019): »Affective territories: cartography of Aconchego as cartography of power«, in: *GeoAtos: Revista Geografia em Atos* 5(12), S. 8–36.
- Ince, Anthony (2012): »In the Shell of the Old. Anarchist Geographies of Territorialisation«, in: *Antipode* 44(5), S. 1645–1666.
- Jackson, Tim (2009): *Prosperity without Growth: Economics for a Finite Planet*. London/New York: Routledge.
- Kemeny, Tom/Storper, Michael (2020): *Superstar Cities and Left-behind Places: Disruptive Innovation, Labor Demand, and Interregional Inequality*. Working Paper (41). International Inequalities Institute, London School of Economics and Political Science. London.
- Kropotkin, Petr (1978) [1885]: »What Geography Ought to Be« in: *Antipode* 10–11 (3-1), S. 6–6.
- MacKinnon, Danny/Kempton, Louise/O'Brien, Peter/Ormerod, Emma/Pike, Aandy/Tomaney, John. (2022): »Reframing urban and regional ›development‹ for ›left behind‹ places«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 15(1), S. 39–56.
- Martin, Ron/Gardiner, Ben/Pike, Andy/Sunley, Peter/Tyler, Peter (2021): *Levelling Up Left Behind Places: The Scale and Nature of the Economic and Policy Challenge*. London/New York: Routledge.
- Mattinson, Deborah (2020): *Beyond the Red Wall: Why Labour Lost, How the Conservatives Won and What Will Happen Next?* London: Biteback.
- McCann, Philip (2020): »Perceptions of regional inequality and the geography of discontent: Insights from the UK«, in: *Regional Studies* 54(2), S. 256–267.
- McCann, Philip./Ortega-Argilés, Raquel (2021): »The UK ›geography of discontent‹: narratives, Brexit and inter-regional ›levelling up‹«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 14(3), S. 545–564.

- Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (2022): »Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen – eine Einleitung« in: Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, S. 7–17.
- Nayak, Anoop (2019): »Re-scripting Place: Managing Social Class Stigma in a Former Steel-Making Region«, in: *Antipode* 51(3), S. 927–948.
- Nelson, Anitra (2020): »COVID-19: Capitalist and postcapitalist perspectives«, in: *Human Geography* 13(3), S. 305–309.
- Notes from Nowhere (2003): »Autonomy: Creating spaces for freedom«, in: Notes from Nowhere (Hg.): *We are Everywhere: The Irresistible Rise of Global Anticapitalism*. London: Verso, S. 107–119.
- Oberst, Christian A./Kempermann, Hanno/Schröder, Christoph (2019): »Räumliche Entwicklung in Deutschland«, in Michael Hüther/Jens Südekum/Michael Voigtländer (Hg.): *Die Zukunft der Regionen in Deutschland: Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit*. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft, S. 87–114.
- Pain, Rachel (2019): »Chronic urban trauma: The slow violence of housing dispossession«, in: *Urban Studies* 56(2), S. 385–400.
- Pellizzoni, Luigi (2021): »Prefiguration, subtraction and emancipation«, in: *Social Movement Studies* 20(3), S. 364–379.
- Pike, Andy/Béal, Vincent/Cauchy-Duval, Nicolas/Franklin, Rachel/Kinossian, Nadir/Lang, Thilo/Leibert, Tim/MacKinnon, Danny/Rousseau, Max/Royer, Jeroen/Servillo, Loris/Tomaney, John/Velthuis, Sanne (2023): »Left behind places: a geographical etymology«, in: *Regional Studies*, S. 1–13.
- Reclus, Elisée (2013) [1905]: »The History of Cities«, in: John Clark/Camille Martin (Hg.): *Anarchy, Geography, Modernity: Selected Writings of Elisée Reclus*. Oakland: PM Press, S. 150–167.
- Reuber, Paul (2012): *Politische Geographie*. Paderborn: Schöningh.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018): »The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1), S. 189–209.
- Rodríguez-Pose, Andrés/Terrero-Dávila, Javier/Lee, Neil (2023): »Left-behind versus unequal places: interpersonal inequality, economic decline and the rise of populism in the USA and Europe«, in: *Journal of Economic Geography* 23(5), S. 951–977.
- Springer, Simon (2016): *The Anarchist Roots of Geography. Toward Spatial Emancipation*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Stanley-Robinson, Kim (2020): *The Ministry for the Future*. London: Orbit.
- Sunley, Peter/Evenhuis, Emil/Harris, Jack/Harris, Richard/Martin, Ron/Pike, Andy (2023): »Renewing industrial regions? Advanced manufacturing and industrial policy in Britain«, in: *Regional Studies* 57(6), 1126–1140.
- Sunley, Peter/Harris, Jack L./Pike, Andy/Harris, Richard/Martin, Ron/Evenhuis, Emil (2022): »Industrial policies, strategy and the UK's Levelling Up agenda«, in: *Local Economy* 37(5), 403–418.
- Tomaney, John/Pike, Andy (2021): »Levelling up: a progress report«, in: *Political Insight* 12(2), S. 22–25.

Tomaney, John/Natarajan, Lucy/Sutcliffe-Braithwaite, Florence (2021): *Sacriston: Towards a deeper understanding of place*. London: UCL Bartlett School of Planning.

Tomaney, John/Pike, Andy/Natarajan, Lucy (2021): *Land-use planning, inequality and the problem of ›left-behind places‹: A ›provocation‹ for the UK2070 Commission*. Working Paper: Sheffield: Sheffield University.

Rurbane Utopien

Von William Morris bis Kim Stanley Robinson

Marc Weiland

1. Idealbilder zwischen Stadt und Land

Ist ›das‹ Land eine Utopie? Gerade in sich zunehmend urbanisierenden – und sich selbst als ›urbanisiert‹ verstehenden – Gesellschaften scheint dem literarischen und lebensweltlichen Erzählen von ländlichen Räumen eine besondere Attraktivität zuzukommen; das zeigen u.a. die medialen Landkonjunkturen der letzten Jahre. In ihnen finden sich immer wieder auch Gegenbilder zu aktuell wahrgenommenen Lebenswirklichkeiten, die Imaginationen eines ›guten Lebens‹ entwerfen und im Ländlichen verorten. Zugespitzt formuliert: In modernen urbanen Gesellschaften erscheint ›das‹ Land immer wieder als (utopisches) Anderes: einfach, überschaubar, beständig, authentisch etc. Es fungiert dabei als imaginiertes Resonanzraum des Menschen in seinen Verhältnissen zu den Dingen, Lebewesen und Transzendentalien. Hier ist er vermeintlich noch fest eingegliedert in die Gemeinschaft und in direktem Kontakt zur Natur – und deshalb auch zu sich selbst. Dadurch werden Ansprüche an eine als ungenügend empfundene Wirklichkeit in fiktive Szenerien und Geschichten übersetzt, mit denen mindestens implizit eine Kritik an aktuellen Zuständen verbunden ist. Damit folgen diese idyllisch-romantisierenden Landbilder dem Grundimpuls jeglicher Utopie: Sie explizieren und bebildern eine »Negation des Negativen« (Tillich 1951: 37).

Häufig werden (literarische) Landbilder daher in Opposition – ja: als Kontradiktion – zum Städtischen wahrgenommen. Dabei wird ausgeblendet, dass sie durchaus Urbanitäten und Ruralitäten miteinander verbinden; etwa indem sie in der narrativen Entwicklung ihrer Handlung Figuren zwischen Stadt und Land bewegen und in übergreifende Geschehenszusammenhänge verwickeln oder in der deskriptiven Beschreibung ihrer Handlungsräume und Gesellschaftsordnungen auf ›urbane‹ und ›rurale‹ Elemente (Topografien, Architekturen, Infrastrukturen, Lebensstile, Arbeitsweisen etc.) zurückgreifen und diese miteinander kombinieren. Es entstehen Entwürfe ›rurbaner‹¹ Räume. Sie

1 Als ›rurban‹ werden hier Verbindungen und Verschränkungen von ›Urbanem‹ und ›Ruralem‹ in ihren jeweiligen materiellen und immateriellen, symbolischen und performativen Dimensionen verstanden. Die dadurch geschaffenen Raumbilder, -strukturen und -praktiken entziehen sich den

sind auch im Kontext eines gegenwärtigen Wandels in den medialen Bezugnahmen zu verorten. Ländlichkeiten treten zunehmend als Räume der Zukunft – und nicht mehr nur vornehmlich der Vergangenheit – in Erscheinung (vgl. Langner/Weiland 2022). In ihren positiven Zukunftsbildern greifen sie auf Strukturen einer literarischen Erzählform zurück, die sich ideengeschichtlich bis in die Antike hinein verfolgen lässt: die Utopie.

Um solche utopischen Zukunftsromane und ihre Modellierungen rurbaner Räume soll es anhand von vier Beispielen gehen, die vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart reichen und zugleich die problematische Stellung des Menschen in der Moderne verhandeln: William Morris' »News from Nowhere« (1890, dt. Kunde von Nirgendwo), Ernest Callenbachs »Ecotopia« (1975, dt. Ökotoxia), Michel Houellebecqs »La Carte et le Territoire« (2010, dt. Karte und Gebiet) und schließlich Kim Stanley Robinsons »The Ministry for the Future« (2020, dt. Das Ministerium für die Zukunft).

Dabei ist auch bei diesen rurbanen Utopien ein spezifisches Genremerkmal zu beachten, das sich im utopischen Denken und Schreiben finden lässt. Denn die Utopie ist geprägt von einer binären Logik, die (Gegenwarts-)Kritik und (Zukunfts-)Entwurf miteinander verbindet. Der als problematisch empfundenen Gegenwart stellt sie ein als ideal und daher erstrebenswert konzipiertes Gegenbild gegenüber, das sie zumeist in einer gewissen Entfernung – sei es auf einer abgelegenen Insel, sei es in einer fernerer Zukunft – verortet. Wilhelm Voßkamp (2016: 77) definiert:

»Utopien lassen sich [...] als fiktionale, anschaulich gemachte Entwürfe von Gegenbildern charakterisieren, die sich implizit oder explizit kritisch auf eine historische Wirklichkeit beziehen, in der sie entstanden sind. Utopien entstehen nicht im Nirgendwo; sie sind geschichtlich bedingt, häufig anlassgebunden und unmittelbar als andere literarische Texte auf geschichtliche Kontexte bezogen. Das Verhältnis von Wirklichem (der jeweiligen zeitgenössischen Realität) und Möglichem (als Entwurf eines Gegenbildes oder Vorwegnahme von Zukunft) ist deshalb gattungskonstitutiv. Von daher ergeben sich spezifische Antworten von Utopien auf Geschichte und wiederum von Geschichte auf Utopien.«

Welche Antworten, so ist also zu fragen, hat das utopische Erzählen zwischen Stadt und Land auf welche jeweils wahrgenommenen Problemlagen gefunden (bzw. finden wollen)?

2. Rurbane Utopien in der Moderne

William Morris' »Kunde von Nirgendwo« (1890) und Ernest Callenbachs »Ökotoxia« (1975) können als klassische Utopien verstanden werden, die eine Gesellschaft mit ihrem potenziellen Anderssein konfrontieren (vgl. Koschorke 2012: 230). Dabei zeichnen sie sich durch eine strukturelle Zweiteilung aus, mit der sie sich gleichermaßen auf Gegenwart und Zukunft beziehen; und zwar einerseits durch eine Kritik dessen, was ist, und

gewohnten Deutungsmustern von Stadt einerseits und Land andererseits; es entsteht eine Ästhetik des Hybriden (vgl. Pretterhofer/Spath/Vöckler 2010).

andererseits durch eine Darstellung dessen, was sein soll (vgl. Horkheimer 1968: 186). Sie sind als »Doppelfiktionen« (Voßkamp 2016: 77) aufzufassen, die »eine realistische ›Vorderseite‹ und eine utopische ›Rückseite‹« (ebd.) aufweisen. Diese Zweiteilung zeigt sich auch in Michel Houellebecqs »Karte und Gebiet« (2010) und Kim Stanley Robinsons »Das Ministerium für die Zukunft« (2020), die sich als »modernisierte« Formen utopischen Erzählens verstehen lassen. Sie integrieren Topoi des Utopischen in andere literarische Formen – bei Houellebecq: den Künstler- und Gesellschaftsroman, bei Robinson: die Science-Fiction und die Climate Fiction – und übersetzen und transformieren damit deren Inhalte und Denkformen in andere Kontexte.

Alle vier Texte erzählen ihre Idealvorstellungen in Form von Zeitutopien. Während die Raumutopie gegenwärtige Problemlagen dadurch kritisiert und zugleich als kontingent und veränderbar ausweist, dass sie sie mit ihrem ebenfalls in der Gegenwart verorteten utopischen Entwurf konfrontiert, vermittelt die Zeitutopie zugleich auch eine Art Anleitung, unter welchen Bedingungen die gegenwärtigen Zustände veränderbar sind und wie der utopische Entwurf erreichbar wird (vgl. Herold 2020: 58f.). Damit eröffnet diese literarische Erzählform Möglichkeiten, die die ältere Raumutopie noch nicht kannte: nämlich einerseits künftige Veränderungen der eigenen Gesellschaft darzustellen sowie andererseits einen »historischen Rückblick auf die eigene Gegenwart aus der Perspektive einer imaginierten Zukunft« (Hölscher 2016: 142) vorzunehmen. Sie ist damit gleichermaßen programmatisch und prognostisch ausgerichtet. Die ideale zukünftige Gesellschaft wird als potenzieller und erstrebenswerter Endpunkt einer zumeist schrittweisen Reform oder auch abrupten Revolution der gegenwärtigen Gesellschaft, die entsprechend als überwindbar gekennzeichnet ist, vorgestellt. Der »Übergang von der Raum- zur Zeitutopie« (Voßkamp 2016: 147) ist daher »zugleich Ausdruck der Moderne und Antwort auf die Moderne« (ebd.).

2.1 Utopie vs. Industrie: William Morris' »Kunde von Nirgendwo« (1890)

Die Zukunftsprogrammatische von Morris weist allerdings wieder zurück in eine idealisierte mittelalterliche Vergangenheit. Die Leserschaft folgt hier dem Protagonisten William Guest, der – situiert im London des späten 19. Jahrhunderts – sich nach einer lebhaft geführten abendlichen Diskussion über den »Zukunftsstaat« (Morris 2017a: 61) zu Bett legt, etwas über zweihundert Jahre schläft und am folgenden Morgen in einer komplett veränderten – das heißt: vollständig deindustrialisierten – Umwelt (ebd.: 65ff.) erwacht. Es zeigt sich nicht nur, dass die nähere Umgebung mittlerweile zu einer ganz und gar lieblichen Idylle mit klarem Wasser und springenden Lachsen in der Themse sowie überaus freundlichen und hilfsbereiten Menschen geworden ist, sondern dass sich in der Zwischenzeit eine neuartige (egalitäre) Gesellschaftsform entwickelt hat, die nunmehr »wenigstens seit hundertfünfzig Jahren« (ebd.: 139) im gleichen (Ideal-)Zustand existiert.

Begleitet von Mittlerpersonen, die ihm immer wieder, wie es für die Utopie – die ja bereits im Titel explizit anklingt – klassisch ist, schrittweise die zentralen Neuerungen erläutern (Staatssystem und Geschichte, Bildung und Erziehung, Arbeit, Kultur und Freizeit, Kunst und Architektur etc.), unternimmt der Gast nun Reisen »durch eine allegorisch-moralische Landschaft« (Wilmer 2017: 45). Sie ist geprägt von einer »umfassenden Ästhetisierung aller Lebensaspekte« (Zemanek 2019: 263), die gleichermaßen die na-

türlichen Gegebenheiten wie auch die künstlich hergestellten Dinge umfasst. Dies zeigt sich an den Beschreibungen von u.a. Kleidung, Architektur und Gebrauchsgegenständen, die von einer Schönheit der Einfachheit künden und ihr Vorbild im 14. Jahrhundert, an das sich der Gast immer wieder explizit erinnert und in das er sich zurückversetzt fühlt (z.B. Morris 2017a: 66, 74, 83), finden. Sie sind allesamt Ausdruck einer »praktische[n] Ästhetik« (ebd.: 79), die im Kunsthandwerk realisiert wird und einen Gegensatz zur industriellen Produktion herstellt. Ihr kommt eine zentrale Stellung innerhalb der Utopie zu, da mit ihr die Gegensätze u.a. von Arbeit und Freizeit, Kunst und Alltag sowie Produzent und Produkt aufgehoben werden und sie somit von Morris als Ausweg aus der wahrgenommenen Entfremdung präsentiert werden kann.² Die Gestalt der utopischen Ideallandschaft ist konkreter Niederschlag dieser praktischen Ästhetik; und damit zugleich auch Signum eines direkten Verhältnisses des Menschen zu seiner Umgebung, mit der er sich wiederum selbst formt. Entsprechend ermöglicht und etabliert die Utopie auch ein alternatives Menschenbild (vgl. ebd.: 66).

Dem Protagonisten wird von zwei Prozessen berichtet, die einander überkreuzen und urbane Hybridbildungen nach sich ziehen. Zum einen fand eine umfassende »Landinvasion« (ebd.: 133, vgl. auch 220) statt, in deren Folge »die ländliche Welt durch den Geist und die Regsamkeit der Städter belebt worden« (ebd.: 134) ist und sich ein »glückliche[s] und gemütliche[s], aber doch voranstrebende[s] Leben« entwickelt hat (ebd.). Zum anderen ist eine ebenso umfassende Verländlichung Londons zu beobachten, in dessen »Labyrinth von Gärten und Häusern die Spuren der früheren Straßen nicht zu erkennen« (ebd.: 102) sind. Gegenwart und Zukunft werden hierbei immer wieder implizit und explizit kontrastiert. So etwa in der Beschreibung des Trafalgar Squares, der mittlerweile zur »anmutige[n] Gartenlandschaft« (ebd.) geworden ist. Die Beschreibung liest sich folgendermaßen:

»Jetzt gelangten wir auf einen geräumigen freien, sich nach Süden zu abflachenden Platz, dessen Sonnenseite man zur Anlegung eines zumeist mit Aprikosenbäumen bepflanzten Obstgartens benutzt hatte. In der Mitte desselben stand ein kleiner hübscher Holzbau [...]. Südlich vom Obstgarten zog sich eine lange Straße hin, beschattet von hochgewachsenen alten Birnenbäumen.« (Ebd.)

Dieser Schilderung stellt der Erzähler direkt im Anschluss eine Erinnerung an den vorherigen Zustand gegenüber:

»Eine seltsame Empfindung beschlich mich [...] und einen Augenblick glitt das Bild anderer Tage an mir vorüber. Ein weiter, von hohen hässlichen Häusern umgebener Platz mit einer hässlichen Kirche in der Ecke und einem noch hässlicheren Kuppelbau gegenüber, die Straße gedrängt voll von einer aufs Höchste aufgeregten Menge, über welche die auf gleichfalls überfüllten Omnibussen sitzenden Passagiere hinwegsehen.« (Ebd.)

2 In einem Rückblick aus der utopischen Zukunft heißt es: »Die Menschen hatten sich daran gewöhnt, alles durch Maschinen machen zu lassen, sie waren dadurch selbst Maschinen und unfähig geworden, die einfachste selbständige Arbeit zu verrichten.« (Ebd.: 220)

Die zentralen Probleme der Gegenwart kondensieren sich Morris zufolge v.a. in der Frage einer gerechten Verteilung – und zwar insbesondere auch der Menschen über das Land. Die nunmehr utopische Bevölkerung ist in seinem Roman im Wesentlichen noch immer »dieselbe wie zu Ende des 19. Jahrhunderts« (ebd.: 136) – nur eben »besser verteilt« (ebd.). Dadurch scheinen die ruralen Räume nunmehr »genügend dicht bevölkert zu sein« (ebd.: 129). Beachtenswert am Text von Morris ist dabei aus einer ideengeschichtlichen Perspektive, dass dieser ganz explizit – und zwar lang bevor das Schlagwort des Stadt-Land-Kontinuums Verwendung fand und von der Nivellierung der Stadt-Land-Differenz gesprochen wurde – davon erzählt, »dass der Unterschied und Gegensatz zwischen Stadt und Land bald mehr und mehr verschwand« (ebd.: 134; vgl. auch 219). Das ist hier nicht nur morphologisch und siedlungsstrukturell gemeint, sondern ebenso hinsichtlich der individuellen Lebensstile; demzufolge bei Morris »die Landbewohner nicht notwendig Landbauern sein müssen« (ebd.: 136). Vielmehr ist angesichts der entwickelten Hybridbildungen für die Utopier vollkommen unklar, was sie sich überhaupt unter »Landleuten« vorzustellen hätten (vgl. ebd.: 85).

In der Gegenüberstellung einer ›Kritik dessen, was ist‹ und einer ›Darstellung dessen, was sein soll‹ zeigt sich explizit, dass »News from Nowhere« als Reaktion auf die sich abzeichnende »Not der Städte« (Hölscher 2016: 191) zu sehen ist, die durch deren exponentielles Wachstum verursacht wurde und zu infrastrukturellen, sozialen und ökologischen Problemen führte. Rurale oder rurbane Zukunftsimaginationen waren zu jener Zeit eher in der Minderheit; handelte es sich doch um eine »Ära stürmischer technologischer Zukunftsvisionen« (Radkau 1998: 198), in der vor allem die Großstädte als Ausgangspunkte zukünftiger Entwicklungen herangezogen wurden.

Morris ist versucht, hier ein alternatives Gegenbild zu zeichnen, das aus seiner Perspektive auch als eine Lösung der mit der Industrialisierung einhergehenden Problemlagen dienen kann und auf Entschleunigung und Dezentralisierung sowie eine Überwindung der Trennung zwischen Mensch und Natur mittels einer Wiederkehr (kunst)handwerklicher Tätigkeiten abzielt. Dafür imaginiert er eine Re-Ruralisierung der Stadt; ein Weg, den kurz darauf auch Ebenezer Howard mit seinem Gartenstadtmodell vorschlagen wird.

Der Text von Morris ist jedoch nicht nur eine kritische Reaktion auf die Zeitumstände, sondern auch eine direkte Antwort auf Edward Bellamys zwei Jahre zuvor veröffentlichte industriell-bürokratische Großstadt-Utopie »Looking Backward, 2000–1888« (1888).³ Es handelt sich hierbei, obwohl der Text heutzutage weitgehend vergessen ist, um eine der erfolgreichsten Utopien überhaupt. Sie fand sowohl unzählige Leser/innen als auch eine Vielzahl an literarischen Nachahmern; und bereits kurz nach ihrem Erscheinen gründeten sich mehrere »Bellamy-Clubs«, die an der Verwirklichung der utopischen Ideen arbeiteten. In einer Rezension des Buches, die am 21. Juni 1889 in der sozialistischen Zeitschrift »The Commonweal« erschien, übt Morris grundlegende Kritik

3 Das zeigt bereits der Name des Protagonisten William Guest an, der sich auch satirisch-karikierend auf Bellamys Helden Julian West bezieht. Im Zentrum von dessen Utopie steht die Lösung der »Arbeiterfrage«; sie wird bei Bellamy durch staatliche Monopolbildung sowie Überwindung von Individualismus mittels »einer militärisch strukturierten Arbeitsgesellschaft« (Voßkamp 2016: 229) erreicht.

an der Utopie Bellamys. In ihr fungierten die Dörfer lediglich »als bloße Diener der großen Zivilisationszentren« (Morris 2017b: 334). Demgegenüber verfolgt er mit »News from Nowhere« – neben einer grundsätzlichen Lebensweise der Einfachheit (Morris 2017: 158) und Natürlichkeit, in der Kunst und Arbeit ineinander übergehen (vgl. ebd.: 190)⁴ – eine kleinteilige und dezentrale Organisation. Dem Zentralismus Bellamys stellt er ein Idealbild lokaler Selbstversorgung und Selbstverwaltung gegenüber (vgl. Herold 2020: 162f.). »Im Gegenteil wird es nötig sein,« – so schreibt er – »dass jede Verwaltungseinheit klein genug ist, damit sich jeder Bürger für alle Details interessiert und verantwortlich fühlt. Der Einzelne kann die Organisation seines Lebens nicht einfach auf den Schultern einer Abstraktion, Staat genannt, abladen, sondern er muss sich in bewusster Assoziation mit anderen damit befassen.« (Morris 2017b: 336).

2.2 Utopie und Ökologie: Ernest Callenbachs »Ökoptopia« (1975)

Eine solche dezentrale Organisation schildert auch Ernest Callenbach in seinem 1975 veröffentlichten Werk »Ökoptopia« aus der Perspektive des Journalisten William Weston. Dieser besucht im Jahr 1999 erstmals das von den übrigen USA komplett abgeschlossene Land Ökoptopia, das 1980 auf dem Gebiet Kaliforniens, Oregons und Washingtons gegründet und sich seitdem in absoluter Abschottung entwickelt hat. Er beschreibt es in Zeitungsartikeln und Tagebuchaufzeichnungen.

Das Werk – eine Mischform aus Raum- und Zeitutopie – kann als Ökofiktion verstanden werden. Es imaginiert einen »radikalen Neubeginn in Form eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft« (Saage 2000: 1180). Im Zentrum des utopischen Entwurfs steht das Konzept des »stabilen Gleichgewichts« (vgl. Callenbach 1982: 25–33), das alle Lebensbereiche Ökoptopias – und zwar »vom persönlichsten bis zum allgemeinsten« (ebd.: 31) – umfasst. Fokussiert werden daher im Text unter anderem ein nachhaltiges Wirtschaften, das in Kreisläufen organisiert ist, partielle Selbstversorgung, regenerative Energiequellen sowie alternative Gemeinschaftsformen und Arbeitsweisen.⁵

Dabei hat das Konzept des »stabilen Gleichgewichts« auch Auswirkungen auf die Zeitordnung und -wahrnehmung innerhalb der Utopie. Stellt Ernst Bloch im »Prinzip Hoffnung« mit Blick auf die Utopie von Morris fest, dass sich in dieser vor dem Hintergrund der weiter beschleunigenden Moderne ein spezifisch subjektiver Wunsch – nämlich: »es aus der Zukunft wieder auf sich zukommen zu sehen« (Bloch 1973: 717) – realisiert findet, so kann dies wohl ebenso für das Werk Callenbachs gelten. Hier wie dort geht es, mit Reinhart Kosellecks Begriffspaar gesprochen, um die Wiederezusammenführung von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont. Ist in der Neuzeit und insbesondere in der Moderne ein Auseinanderdriften dieser beiden zu beobachten (Koselleck 2020: 359)

4 Dabei bezieht sich Morris' Ablehnung von Bellamys Utopie gleichermaßen auf die Grundsätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens als auch auf die konkrete Raumgestaltung der neuen Gesellschaftsordnung, die, so Ernst Bloch (1973: 716), »auch ästhetisch viel zu wünschen übrig« lasse. Der Kapitalismus werde von Morris daher »nicht so sehr wegen seiner Unmenschlichkeit als wegen seiner Hässlichkeit bekämpft« (ebd.).

5 In denen etwa eine 20-Stunden-Woche herrscht, es ein garantiertes Mindesteinkommen gibt und, wie auch schon bei William Morris, die Trennung von Arbeit/Freizeit aufgehoben ist.

und lässt sich dementsprechend nicht mehr aus gemachten Erfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart auf potenzielle Ereignisse in der Zukunft schließen, wodurch die Zukunft generell zur Unbekannten wird, so geht es in beiden Texten durch die Wiederherstellung und Wiedereinsetzung von zirkulären Strukturen auch um die Schaffung von zeitlicher Beständigkeit, die hier in der Anpassung von Mensch und Gesellschaft an ihre natürliche Umwelt realisiert wird. Erfahrung kann damit wieder in Erwartung überführt werden.

Ausdruck und Niederschlag findet dieses Grundprinzip ebenfalls in den räumlichen Strukturen der Utopie. Wie auch im Text von Morris zeigen sich hier Ideen und Bilder einer Verländlichung der Großstadt, die einen Gegenentwurf zu den Negativerfahrungen modernen Großstadtlebens imaginieren und dafür klassische Topoi des Idyllischen heranziehen. So beschreibt der Journalist Weston etwa die Szenerie eines nunmehr ruralisierten San Francisco:

»Über allem lag eine eigenartige Ruhe. Ich hatte erwartet, wenigstens ein bißchen von der erregten Geschäftigkeit unserer Städte vorzufinden – hupende Autos, heranbrausende Taxis, Menschenmassen, die sich in der Hast des Stadtlebens drängen. Als sich meine Überraschung über die Stille gelegt hatte, mußte ich feststellen, daß sich die Market Street [...] in eine Promenade mit Tausenden von Bäumen verwandelt hat. [...] Die ›Straße‹ selbst, auf der elektrische Taxis, Kleinbusse und Lieferwagen entlangsummen, ist zu einer zweispurigen Winzigkeit zusammengeschrumpft! Den verbleibenden riesigen Raum nehmen Radfahrwege, Brunnen, Skulpturen, Kioske und kuriose, mit Bänken umstellte Gärtchen ein. [...] Trotz der Stille sind die Straßen voller Menschen [...].« (Callenbach 1982: 18f.)

Ist die Utopie von William Morris noch grundsätzlich anti-modernistisch ausgerichtet, so arbeitet Callenbach an einer Verschränkung von Modernität und Ökologie. Dabei verbindet er das aufklärerische Projekt der moralischen Besserung des Menschen mit dem modernen Projekt des technischen Fortschritts und der Innovation. Sozialer Wandel ist hier auch technologiegetrieben; und er ist als Mittel zur Integration des Menschen in natürliche Umgebungen und Abläufe konzipiert. Technik führt in der ökotopischen Vision eben nicht entweder zu einer Unterwerfung von Natur unter den Willen des Menschen oder aber zur Entfremdung des Menschen von sich und seiner Umwelt. »Aus unerfindlichen Gründen«, so hält es der Protagonist in seinem Tagebuch fest, »fühlen sich die Ökotopianer von ›ihrer‹ Technik nicht getrennt.« (Ebd.: 65)

Callenbach greift in seinem Erzählen auf ein weiteres Genre der Zukunftsimagination zurück: die Science-Fiction. Stärker noch als die Utopie interessiert sie sich für die Übergangsbereiche »von Kunst und Wissen(schaft)« (Siebenpfeiffer 2016: 307). Geht es in politischen Utopien vor allem um die Darstellungen eines idealen Gesellschaftsmodells, so thematisiert der Text mittels seiner Science-Fiction-Elemente auch die Fragen nach den sozialen Auswirkungen technischer Neuerungen sowie ihrer Regulierung. Wenngleich sich auch hier umfangreiche deskriptive Schilderungen über klassische Themenbereiche des Idealstaates (etwa zur Organisation von Politik, Wirtschaft, Arbeit/Freizeit, Familie, Alltag, Bildung etc.) finden, so bringen die Science-Fiction-Elemente doch gleichermaßen ›imaginär-realhistorische‹ Aspekte in den Text ein und bilden damit ein we-

sentliches Element des »Entwurf[s] einer zugleich verfremdeten und vertrauten Welt« (ebd.: 309). Das zeigt sich etwa an den technischen Innovationen, von denen der Roman erzählt. Er bindet hier u.a. Magnetzüge (Callenbach 1982: 14), Bildtelefone (ebd.: 22) und auch Neue Medien (ebd.: 54) in die Schilderungen des utopischen Alltags ein. Ebenso finden sich breitentaugliche Fortschritte in der erneuerbaren Energieversorgung, die als dezentrale Alternative zur Atomkraft sowie zur Öl- und Gasverbrennung fungiert.

»Ökotozia« kann damit auch, mit einem Begriff Umberto Ecos, als »Antizipations-Roman« (Eco 2002, zit.n. Siebenpfeiffer 2016: 310) verstanden werden. Auf Basis faktualer Gegebenheiten und Wissensbestände imaginiert Callenbach potenzielle Weiterentwicklungen und erzeugt so das Bild einer zukünftigen Welt und Gesellschaft, die als mögliche Realisierungsformen der eigenen Gegenwart erscheinen können. Dadurch wird die Zukunft selbst »zum inhärenten Teil des aktuellen Wissens« (Hartmann/Vogel 2010: 7). Dies geschieht in Callenbachs Roman nicht nur durch die Imagination realistischer technischer Weiterentwicklungen, sondern ebenso durch den Verweis auf historische wie zeitgenössische Ideen der Gestaltung sozialen Zusammenlebens. Auch hier findet sich etwa das Gartenstadtmodell Howards in der fiktiven Anlage der neuen utopischen Städte wieder (vgl. Callenbach 1982: 39), das mit weiteren Ideen wie der autofreien Innenstadt oder Holzhausarchitekturen kombiniert wird. Der Text erscheint dadurch nicht ausschließlich als U-Topie, als radikales und träumerisch entworfenes Gegenbild zur zeitgenössischen Gegenwart, sondern weist konkrete Elemente auf, die als realistische Hochrechnungen des aktuellen Stands der Technik und Entwicklung oder aber als Verbreitung bereits existierender Initiativen verstanden werden können und sich dabei zugleich mit populären Landbildern mischen: »Ökologische Idylle und avancierte Technik verbinden sich zu einer konkreten Utopie des besseren Lebens« (Voßkamp 2016: 91).

2.3 Utopie und Ökonomie: Michel Houellebecq »Karte und Gebiet« (2010)

Von der Modernisierung und Ökonomisierung ökologischer Idyllen erzählt Michel Houellebecq »Karte und Gebiet«, der seinen Fokus auch auf das Verhältnis von Imagination und Praxis legt und sich in satirischer Weise auf die Gegenwart bezieht.

Der Text setzt ein als Künstlergeschichte und Großstadtroman; im Grunde handelt es sich aber, wie für Houellebecq typisch, um einen Roman der Nicht-Orte, der Autobahnraststätten und Supermärkte. Im Zentrum steht der Künstler Jed Martin, der sich v.a. als Konsument definiert, der in der modernen Warenwelt nahezu gänzlich aufgeht und auch aufgehen will. Seinen Durchbruch erzielt er mit bearbeiteten Fotografien von Michelin-Straßenkarten; wobei es nicht ohne Ironie bleibt, dass es hier gerade das massenhafte Industrieprodukt ist, dem im Gegensatz zur ruralen Landschaft ein deutlich höherer ästhetischer Wert zugesprochen wird. Dabei ist auch der Titel einer der Ausstellungen Martins schon stichwortgebend für die weitere Entwicklung. Er lautet: »Die Karte ist interessanter als das Gebiet« (Houellebecq 2011: 78). Entsprechend sind es im gesamten Roman die Bilder des Ländlichen, die deutlich interessanter erscheinen als das Land selbst. Sie sind es, die utopische Gehalte bergen und schließlich zur Entstehung rurbaner Landschaften führen.

Der Roman geht hier der medialen Vermitteltheit gesellschaftlicher Raumvorstellungen nach. Auch er verbindet dabei Gegenwartsanalyse mit Zukunftsimagination. In der Gegenwart sucht er diejenigen Orte auf, die als Zentrum der neuen Lust am Landleben zu sehen sind: die von einer kaufkräftigen Mittelschicht bevölkerten urbanen Zentren sowie die in diesen Zentren hergestellten und rezipierten Bilder ländlicher Idyllen.⁶ Diese übernehmen zunächst v.a. kompensatorische Funktionen (vgl. Nell 2018: 43); geht es mit ihnen doch etwa darum, »den terrorisierten, gestressten Fernsehzuschauer in idyllische Gegenden mit gut erhaltenen Landschaften zu führen, in denen der Mensch noch in Harmonie mit der Natur lebe und sich dem Rhythmus der Jahreszeiten anzupassen verstehe.« (Houellebecq 2011: 225) Seien es nun Kochrezepte und Volksfeste oder Handwerk und Tourismus, die als Siglen für »Umweltbewusstsein, Authentizität und echte Werte« (ebd.) stehen; was auch immer als »regional« erscheint, liegt – und zwar »zum ersten Mal seit Jean-Jacques Rousseau« (ebd.: 85) – im Trend. Dieser Trend verbindet sich nun zum einen mit einer umfassenden Deindustrialisierung ruraler Regionen und zum anderen mit ihrer globalen Erreichbarkeit, die von der Tourismusindustrie medial angeregt und von Billigfliegern real gewährleistet wird.

Daraufbaut die utopische Zukunftsimagination auf, die am Ende des Romans entwickelt wird. Sie erscheint als Hochrechnung und Zuspitzung des aktuellen Landlust-Phänomens. Nachdem Jed Martin zu Reichtum gekommen ist, lässt er sich im Herkunftsdorf seiner verstorbenen Großeltern nieder. Er kauft mehrere Grundstücke, mauert sich quasi ein und verlässt über Jahre hinweg nur noch sporadisch sein Haus. Nach nunmehr zehn Jahren, wir befinden uns im Jahr 2036 oder 2037, geht er erstmals wieder ins Dorf. Wir haben es mit einer ähnlichen narrativen Konstruktion wie schon bei Morris zu tun: der Protagonist verlässt sein eigenes Haus und ist plötzlich mit längerfristigen Veränderungen konfrontiert. Auch hier fand eine umfassende »Landinvasion« statt, die als direkte Gegenüberstellung von Vergangenheit und Gegenwart (innerhalb des Romans) bzw. Gegenwart und Zukunft (aus der Perspektive der Leserschaft) erzählt wird:

»Er hatte nur noch eine vage Vorstellung von Châtelus-le-Marcheix, in seiner Erinnerung war es nichts anderes als ein kleines, etwas ungepflegtes Dorf wie viele andere in Frankreichs ländlichen Regionen. Doch kaum hatte er die Dorfstraße betreten, war er äußerst verblüfft. Zunächst einmal hatte sich das Dorf erheblich vergrößert, es gab mindestens zwei- oder dreimal so viele Häuser wie früher. Und nur hübsche, blumengeschmückte Häuser, die unter geradezu manischer Wahrung des traditionellen Baustils des Limousin errichtet waren. Überall auf der Hauptstraße wurden in den Auslagen der Geschäfte regionale Erzeugnisse und kunsthandwerkliche Gegenstände angeboten, auf hundert Metern zählte er drei Cafés mit preiswerten Internetverbindungen.« (Houellebecq 2011: 400)

Die Landinvasion, die als ein Prozess der Urbanisierung des Ruralen gezeichnet wird, gestaltet sich unter deutlich anderen Vorzeichen als bei Morris: der Ort ist zur urbanen Marketingidylle (Sauer-Kretschmer 2014) geworden, aus der die Einheimischen fast

6 Damit zeige der Roman, so Simone Sauer-Kretschmer (2014: 380), »wo die Wiederentdeckung der Provinz ihr zu Hause hat.« Als »Macher der ländlichen Kultur« (ebd.) treten hier eben hauptsächlich »Vertreter aus Medien, Kunst, Marketing und Wirtschaft« (ebd.) in Erscheinung.

gänzlich verschwunden sind und durch ökologisch orientierte Neuankömmlinge mit »ausgeprägtem Unternehmungsggeist« und »solide[r] Kenntnis der Marktgesetze« (Houellebecq 2011: 402) ersetzt wurden; und das heißt: von Leuten, die Ökologie in Ökonomie zu übersetzen vermögen.

»Tatsächlich glichen die neuen Landbewohner ihren Vorgängern nicht im Geringsten. Sie hatten sich nicht aufgrund einer Notlage fürs Korbflechten, die Renovierung eines Ferienquartiers oder die Herstellung von Käse entschieden, sondern diese Wahl beruhte auf einer wirtschaftlich wohlüberdachten, rationalen Entscheidung und einem gut vorbereiteten Unternehmensprojekt. Sie waren gebildet, tolerant, liebenswürdig und lebten in gutem Einvernehmen mit den in ihrer Region angesiedelten Ausländern – was im Übrigen in ihrem Interesse lag, da diese den Großteil ihrer Kunden darstellten.« (Ebd.: 404)

Es zeigt sich also in dieser Hochrechnung des Landlust-Lebensstils, die der Roman unternimmt, dass die im Urbanen produzierten Bilder und Erzählungen ruraler Idyllen, wie sie gegenwärtig in den medialen Diskursen zirkulieren, die ruralen Räume umgeformt und Rurbanitäten erzeugt haben. Was als postmodernes Spiel der Bilder, losgelöst von ihren Referenten, begann, wurde mit zunehmender Ökonomisierung dieser Bilder für eine kaufkräftige Klientel und zugleich auch mit zunehmender Deindustrialisierung der Regionen sowie den damit einhergehenden Verlusterfahrungen zur konkreten Landschaftsgestaltung und Dorferneuerung: zur Nachbildung und Wiederinkraftsetzung vergangener »traditioneller« Lebensweisen unter spätkapitalistischen Bedingungen.

Allerdings ist damit der Prozess utopischer Umgestaltung im Roman noch nicht abgeschlossen. Denn zum Schluss schafft Jed Martin, dessen Werken ein durchaus visionärer Charakter zugeschrieben wird, noch eine letzte Werkserie, die als »nostalgisches Nachsinnen über das Ende des industriellen Zeitalters in Europa« (ebd.: 414) erscheint und zugleich »Unbehagen« (ebd.) sowie »Verzweiflung« (ebd.: 415) bei den Betrachtern hervorruft. Es handelt sich um Videofilme, die den Untergang der Städte wie der Menschen vor Augen führen: »Sie versinken, scheinen sich noch einen Augenblick lang zu sträuben, ehe sie von sich überlagernden Pflanzenschichten erstickt werden. Dann wird alles ruhig, und zurück bleiben nur sich im Wind wiegende Gräser. Die Vegetation trägt den endgültigen Sieg davon.« (Ebd.: 415)

2.4 Utopie und Klima: Kim Stanley Robinsons »Das Ministerium für die Zukunft« (2020)

Eine Auseinandersetzung mit dem potenziellen Ende der Menschheit findet sich auch in Kim Stanley Robinsons »Das Ministerium für die Zukunft«. Der Text, der ob seiner Vielzahl an Ideen hier nur schlaglichtartig betrachtet werden kann und damit einen Ausblick auf aktuelle Diskurse um und Funktionalisierungen von utopischem Denken geben soll, gilt als eines der zentralen und überaus populären Werke des Genres der Climate Fiction, das sich u.a. der Erzählbarkeit des klimatischen Wandels widmet.

Die Frage nach der Erzählbarkeit des Klimawandels ist hierbei insofern relevant, da mit diesem zunächst einmal ein Wahrnehmungsproblem verbunden ist. Dafür sei kurz

auf Holger Braun-Thürmanns Aufsatz zur »Ontologie des globalen Klimawandels« verwiesen:

»Die durch Menschenhand im globalen Maßstab hervorgerufenen Veränderungen des Klimas entziehen sich bis heute der Alltagswahrnehmung. Weder sind die durch den Homo sapiens bedingten klimatischen Reaktionen für diese Spezies selbst mittels der ihr vorbehaltenen fünf Sinne erfassbar, noch erfahrbar während ihrer durchschnittlich zu erwarteten Lebensspanne. Die Einzelwesen der Großpopulation wandeln lange genug auf diesem Planeten, um den globalklimatischen Wechsel hervorzurufen und gleichzeitig sind Menschen noch viel zu kurzlebig, um diese am eigenen Leib zu spüren.« (Braun-Thürmann 2013: 167)

Auch wenn einige der im Zitat enthaltenen Aussagen mittlerweile als durchaus überholt angesehen werden können – denn natürlich werden gerade Katastrophen wie etwa Überschwemmungen oder Hitzewellen von den Betroffenen ganz real mit allen Sinnen erfasst und nicht zuletzt auch medial vielfach vermittelt –, so verweist doch der Kontrast zwischen den Dimensionen – hier das Individuum, dort der langfristige globale Wandel – auf das Problem der Veranschaulichung von Relationen, die u.a. die alltägliche Wahrnehmung von Ursache und Wirkung übersteigen. Dies gilt insbesondere, wenn man den Klimawandel als eine »Katastrophe ohne Ereignis« (Horn 2014) oder als ereignisloses Geschehen (bzw.: als überall zugleich stattfindendes Geschehen) verstehen muss. Dennoch ist der globale Klimawandel als institutionalisierter und symbolisch repräsentierter beständig ›da‹ – sei es nun, so Braun-Thürmann, in Form des »europäischen Emissionshandelssystem[s]« oder der »klimaneutrale[n] Brötchentüte« (ebd.: 169). ›Da‹ ist er aber eben auch in den ästhetischen Bezugnahmen, die ihn wiederum mit spezifischen Deutungen und Interpretationen versehen und ihm damit eine wahrnehmbare und verstehbare Gestalt geben. Sie erzeugen und vermitteln eine spezifische Form von »Klimawissen« (Schneider 2023: 13), das sich je nach Art und Weise verändert, wie die damit verbundenen Problemlagen und die unterschiedlichen Perspektiven auf sie, zu denen auch naturwissenschaftliche gehören, symbolisch dargestellt werden (vgl. ebd.).

Robinsons Roman begegnet diesem Wahrnehmungsproblem durch eine Vielzahl an Schauplätzen, Situationen und Charakteren, aus deren Perspektive mosaikartig erzählt wird. Wobei hier nicht nur menschliche Figuren mitsamt ihren unterschiedlichen sprachlichen Registern, sondern mitunter auch nicht-menschliche ›Akteure‹ – wie etwa »der Markt« (vgl. Robinson 2021: 244f.) – zur Sprache kommen. Es kann gewissermaßen als Form eines ›glokalen‹ Erzählens verstanden werden, das mittels dieser Heterogenität von sowohl Schauplätzen, die u.a. auch Stadt-Land-Verbindungen mit einbeziehen und in ihren Strukturen hervorheben, als auch Figuren eine narrative Dezentralisierung vornimmt.

Der Roman, der u.a. auch dem Muster eines Thrillers folgt und entsprechend Spannung erzeugt, setzt ein mit einer umfassenden und detaillierten Schilderung einer Klimakatastrophe in Indien, bei der 20 Millionen Menschen in Folge einer unentrinnbaren Hitzewelle sterben. Als unhintergehbare ›Kritik dessen, was ist‹ bildet sie den Ausgangswie auch Referenzpunkt für die positiven Zukunftsentwürfe, die im Text angeführt werden. Robinson, der sich selbst als »utopian science fiction writer« (Alter 2022) bezeichnet,

verzichtet dabei auf die typische Abgeschlossenheit der Utopie und die plötzliche Konfrontation einer von außen kommenden Figur mit der unbekanntem utopischen Ordnung, die es dann mit Hilfe von Vermittlerfiguren schrittweise zu entdecken gilt. Stattdessen werden Figuren in ihrer genuinen Involviertheit sowie in ihren Auseinandersetzungen mit und Realisierungsbemühungen von ›konkreten Utopien‹, die als Reaktionen auf gegenwärtige Probleme erscheinen und immer wieder auch konkret in ruralen Räumen verortet werden, gezeigt. Es handelt sich dabei zumeist um Vorschläge für Reformen – bspw. des Finanzsektors (ebd.: 411) – unter ökologischen Vorzeichen, die in ihren potenziellen Auswirkungen dargestellt werden. Der Roman koppelt dabei eine Fülle an bereits existierenden Ideen und Initiativen, die er in deskriptiver Weise schildert und in seinen zeitlichen Ablauf einbaut. Es geht hierbei einerseits um rational durchgespielte Auswirkungen von sozialen und wissenschaftlichen Ideen und Techniken (um nur einige zu nennen: Blockchain, Carboncoin, Dezentralisierung, Genossenschaftswohnungen, Geoengineering, KI, Segel- und Luftschiffe, Selbstverwaltung) sowie andererseits um bereits entwickelte ›Best-Practice‹-Beispiele (um ebenfalls nur einige zu nennen: die Mondragón Corporación, die Halbe-Erde-Bewegung, die 2000-Watt-Gesellschaft). Dadurch werden aktuell vorhandene und zukünftig realistische Möglichkeiten von Individuum und Gesellschaft experimentell durchgespielt. Damit ist, und zwar auch mit Blick auf die Leserschaft, die die Handlung nachverfolgt und ›mitemlebt‹, die Funktion des mentalen Probehandelns verbunden. Dieses ermöglicht die Simulation von »komplexe[n] Interaktionen mit verschiedenen Akteuren und längeren Handlungsketten« (Neumann 2013: 59) und spielt dabei Situationen probeweise durch, »die in der Realität kein Ausprobieren erlauben« (ebd.: 58). Im Gegensatz zu wissenschaftlichen Szenarien sind diese jedoch mit einer stärkeren Emotionalisierung verbunden, da die Leserschaft Empathie für die Figuren entwickeln und deren Gefühle und Weltwahrnehmungen teilen kann.

Der Weg in den utopischen Zustand – und zwar direkt benannt: die »Geburt eines guten Anthropozäns« (ebd.: 603) – wird von Robinson einerseits empathisch nachvollziehbar und wünschbar sowie andererseits auch als realistisch realisierbar erzählt. So heißt es etwa über die Kombination und Realisierung diverser utopischer Ideen:

»Alles Elemente, die schon lange existierten. Das erleichterte die Umsetzung der neuen Methoden im großen Rahmen. Keine komplette Revolution, keine zehntägige Woche mit neuen Namen, kein euphorischer Bildersturm, der alles auf einmal verändern wollte. Nur Eigentumsanpassungen. Zahlen. Stellungnahmen. Neubewertungen. Improvisation. Die Sonne ging noch immer auf, die Pflanzen wuchsen weiter.« (Ebd.: 488)

In »Das Ministerium für die Zukunft« trifft zu, was bereits Ernst Bloch (1973: 555) festgehalten hat: »Utopien haben ihren Fahrplan«. Wobei hier nicht notwendigerweise ein positiver und in sich geschlossener utopischer Entwurf im Zentrum steht – sondern vielmehr auch die Vermeidung noch desaströserer Klimaentwicklungen. In diesem Sinne geht es dem Text nicht nur um die »Generierung von zukünftiger Zeit« (Hölscher 2016: 322), sondern auch um die »Vernichtung von zukünftiger Zeit« (ebd.). Damit verweist Robinsons Roman auf eine weitere Ambivalenz, die mit utopischen Zukunftserzählungen verbunden ist, häufig jedoch eher im Schatten des ›positiven‹ Entwurfs steht. Denn

die Utopie arbeitet nicht nur daran, einen bestimmten Zustand herzustellen, sondern auch andere zu vermeiden. Dies ist schließlich im weiteren Kontext des Erzählens über bzw. von Zukunft in der Moderne zu sehen.

3. Ausblick: Utopie und Erzählung

Es kann wohl als eines der zentralen Kennzeichen moderner Individuen und Gesellschaften gelten, dass sie ihren Orientierungsschwerpunkt in die Zukunft hineinverlagern. Das heißt: Sie richten ihre eigene Gestalt mit Blick auf antizipierte oder prognostizierte Entwicklungen aus und entwerfen bzw. verändern ihre jeweilige(n) Gegenwart(en) mitunter retrospektiv: von der dabei imaginierten (erwünschten oder befürchteten) Zukunft auf die aktuelle Gegenwart »zurückschauend«. Utopien und Dystopien denken mögliche Zukünfte voraus und kontrastieren Wirklichkeit und Möglichkeit (vgl. Voßkamp 2016: 3). Sie verleihen Orientierung, organisieren Erwartungen, spenden Hoffnung, erzeugen Ängste (vgl. Bühler/Willer 2016: 9) – und weisen damit der prinzipiell ungewissen Zukunft einen Platz im jeweils gegenwärtigen »Imaginationshaushalt« einer Gesellschaft zu (Koschorke 2012: 230). Oder anders gesagt: »Zukunftsvorstellungen strukturieren den Erwartungshorizont einer Gesellschaft« (Hölscher 2016: 10); und zwar dadurch, dass sie »die unendliche Offenheit des prinzipiell Möglichen auf wenige (manchmal nur zwei) politisch relevante Möglichkeiten ein[engen]« (ebd.). Diese Horizontverengung kann sowohl bei der Beurteilung der jeweiligen Lage als auch bei der konkreten Entscheidungsfindung behilflich sein (ebd.). Dadurch wirkt die (imaginierte) Zukunft »als regulative Fiktion auf die Gegenwart« (Bühler/Willer 2016: 9) zurück. Zugleich aber sind die jeweiligen Formen und Inhalte der Utopie als Indikatoren der Gegenwart zu verstehen (Voßkamp 2016: 6). Sie verweisen auch darauf, was sich in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort als je eigene Zukunft denken lässt oder eben nicht denken lässt; und sie sind daher auch »als eine Form der Soziologie lesbar« (Herold 2020: 58). Gerade die Zeitutopie mit ihrer Gegenüberstellung von gegenwärtiger Problemlage und zukünftigem Idealbild fordert zur Auseinandersetzung heraus: Wollen wir so leben? Und was können wir dafür oder dagegen tun? Die vier Romane entwerfen unterschiedliche Formen rurbaner Utopien, die sich erstens in einer Rurbanisierung des Urbanen (Morris, Callenbach), zweitens einer Urbanisierung des Ruralen (Houellebecq) und drittens in einer globalen Verschränkung von urbanen und ruralen Räumen (Robinson) zeigen und vor ihren spezifischen zeithistorischen Hintergründen und Problemlagen je unterschiedlich konturiert sind: als Alternative zur Industrialisierung (Morris), als Entwurf einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft (Callenbach), als Hochrechnung ökonomischer Verwertungen von Ländlichkeitsbildern (Houellebecq) sowie als Lösungsvorschlag für die Gefahren der Klimakrise (Robinson). Damit laden sie allesamt zu einem mentalen Probehandeln ein – und womöglich zugleich auch dazu, utopische Impulse (nicht) in die Wirklichkeit zu überführen.

Literatur

- Alter, Alexandra (2022): »A Sci-Fi Writer Returns to Earth: ›The Real Story Is the One Facing Us««, in: *The New Yorker* vom 22.05.2022. Online: <https://www.nytimes.com/2022/05/11/books/kim-stanley-robinson-sci-fi.html> vom 16.11.2023.
- Bloch, Ernst (1973): *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Braun-Thürmann, Holger (2013): »Innovative Praktiken, instabile Werte: zur Ontologie des globalen Klimawandels«, in: René John/Jana Rückert-John/Elena Esposito (Hg.): *Ontologien der Moderne*. Wiesbaden: Springer VS, S. 167–187.
- Bühler, Benjamin/Willer, Stefan (2016): »Einleitung«, in: Benjamin Bühler/Stefan Willer (Hg.): *Futurologien. Ordnungen des Zukunftswissens*. Paderborn: Wilhelm Fink, S. 9–21.
- Callenbach, Ernest (1982): *Ökotopia. Notizen und Reportagen von William Westen aus dem Jahre 1999*. Berlin: Rotbuch.
- Hartmann, Heinrich/Vogel, Jakob (2010): »Prognosen: Wissenschaftliche Praxis im öffentlichen Raum«, in: Heinrich Hartmann/Jakob Vogel (Hg.): *Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 7–29.
- Herold, Emanuel (2020): *Utopien in utopiefernen Zeiten. Zukunftsdiskurse am Ende der fortschrittlichen Moderne*. Göttingen: Wallstein.
- Hölscher, Lucian (2016): *Die Entdeckung der Zukunft*. Göttingen: Wallstein.
- Horkheimer, Max (1968): »Die Utopie«, in: Arnhelm Neusüss (Hg.): *Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen*. Neuwied/Berlin: Luchterhand, S. 178–192.
- Horn, Eva (2014): *Zukunft als Katastrophe*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Houellebecq, Michel (2011): *Karte und Gebiet*. Köln: DuMont.
- Koschorke, Albrecht (2012): *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer allgemeinen Erzähltheorie*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Koselleck, Reinhart (2020): »›Erfahrungsraum‹ und ›Erwartungshorizont‹ – zwei historische Kategorien«, in: Reinhart Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Berlin: Suhrkamp, S. 349–375.
- Langner, Sigrun/Weiland, Marc (2022) (Hg.): *Die Zukunft auf dem Land. Imagination, Projektion, Planung, Gestaltung*. Bielefeld: transcript.
- Morris, William (2017a): *Kunde von Nirgendwo*. Hg. von Andreas Fliedner, Berlin: Golkonda.
- Morris, William (2017b): »William Morris über Edward Bellamy«, in: Edward Bellamy: *Ein Rückblick aus dem Jahre 2000*. Hg. von Wolfgang Booth, Berlin: Golkonda, S. 329–336.
- Nell, Werner (2018): »Idyllenreferenzen in der Postmoderne. Sorokin, Barnes, Houellebecq«, in: Yaraslava Ananka/Magdalena Marszałek (Hg.): *Potemkinsche Dörfer der Idylle. Imaginationen und Imitationen des Ruralen in den europäischen Literaturen*. Bielefeld: transcript, S. 19–56.
- Neumann, Michael (2013): *Die fünf Ströme des Erzählens. Eine Anthropologie der Narration*. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Preterhofer, Heidi/Spath, Dieter/Vockler, Kai (2010): *LAND. Rurbanismus oder Leben im postruralen Raum*. Graz: Haus der Architektur.

- Radkau, Joachim (1998): *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*. München: Hanser.
- Robinson, Kim Stanley (2021): *Das Ministerium für die Zukunft*. München: Heyne.
- Saage, Richard (2000): »Zwischen Innovation und Regression. Zu Ernest Callenbachs »Ökotopia«. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahr 1999«, in: *UTOPIE kreativ* 121/122, S. 1179–1191.
- Sauer-Kretschmer, Simone (2014): »Marketingidylle. Michel Houellebecqs Roman *La carte et le territoire*, oder liegt die Zukunft auf dem Lande?«, in: Werner Nell/Marc Weiland (Hg.): *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt*. Bielefeld: transcript, S. 373–386.
- Schneider, Birgit (2023): *Der Anfang einer neuen Welt. Wie wir uns den Klimawandel erzählen, ohne zu verstummen*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Siebenpfeiffer, Hania (2016): »Science-Fiction«, in: Benjamin Bühler/Stefan Willer (Hg.): *Futurologien. Ordnungen des Zukunftswissens*. Paderborn: Wilhelm Fink, S. 307–316.
- Tillich, Paul (1951): *Politische Bedeutung der Utopie im Leben der Völker*. Berlin: Weiss.
- Voßkamp, Wilhelm (2016): *Emblematik der Zukunft. Poetik und Geschichte literarischer Utopien von Thomas Morus bis Robert Musil*. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Wilmer, Clive (2017): »Einleitung«, in: William Morris: *Kunde von Nirgendwo*. Hg. von Andreas Fliedner, Berlin: Golkonda, S. 7–53.
- Zemanek, Evi (2019): »Die Kunst der Ökotope. Zur Ästhetik des Genres und der fiktion-internen Funktion der Künste (Morus, Morris, Callenbach)«, in: Daniela Hahn/Erika Fischer-Lichte (Hg.): *Ökologie und die Künste*. Paderborn: Wilhelm Fink, S. 257–274.

II Planung und Politik ländlicher Utopien

Ländliche Utopien als infrastrukturelle Utopien

Progressive Alternativen zu infrastruktureller Peripherisierung und infrastrukturellem Populismus

Matthias Naumann & David Rudolph

1. Einleitung

In einem gemeinsamen Debattenbeitrag vom September 2022 in der größten Tageszeitung Dänemarks, der konservativen *Jyllands Posten*, haben die Vorsitzenden des Nationalrats für ländliche Entwicklung sowie der Klima-, Umwelt- und Planungsausschüsse des Landesverbandes der dänischen Gemeinden dazu aufgefordert, »die Energiewende einen Wendepunkt für die Entwicklung ländlicher Gebiete werden zu lassen« (*Jyllands Posten* 2022). Sie beschreiben darin den Ausbau von Infrastrukturen zur Nutzung erneuerbarer Energien, der auf den ersten Blick als unvereinbar mit dem »guten Leben auf dem Land« (ebd.) erscheint, als einzigartige Chance für den Kampf gegen den Klimawandel und für die Zukunft des ländlichen Raumes. Dabei fordern sie die dänische Regierung dazu auf, ernsthafte Lösungen auf den Weg zu bringen, die der ländlichen Entwicklung dienen, die den Mehrwehrt erneuerbarer Energien den betroffenen Gemeinden anstatt den Infrastrukturbetreibern zukommen lassen, sowie nicht zuletzt auch die ländlichen Bürger*innen einbinden, um undemokratische Entscheidungsprozesse zu vermeiden und den sozialen Zusammenhang zu stärken. Der Aufruf mahnt an, »Lösungen zu priorisieren«, die lokale Gemeinden und Gemeinschaften »entwickeln«, »anstatt [diese] abzuwickeln« (ebd.).

Dieser Beitrag deutet auf zwei wesentliche Aspekte hin: Erstens, und anderen europäischen Ländern ähnlich, sind ländliche Räume in Dänemark auch von gravierenden Folgen des Strukturwandels betroffen, wobei der bisherige Ausbau erneuerbarer Energien scheinbar als nicht oder nur unzureichend mit ländlicher Entwicklung in Verbindung gebracht wurde. Zweitens ist die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Visionen zum Ausbau erneuerbarer Energien angedeutet. Eine Vision, in der die Infrastrukturen zum Fortbestehen und zur Entwicklung der Lebensqualität im ländlichen Raum beitragen, und eine Vision, in der der massive Ausbau erneuerbarer Energien dem guten Leben auf dem Land entgegensteht, diesen gefährdet oder gar verdrängt.

Das Beispiel illustriert, wie politische Konflikte um Infrastrukturen in ländlichen Räumen Fragen nach infrastrukturellen Zukünften jenseits des bestehenden aufwerfen – nach infrastrukturellen Utopien. Utopische wie auch dystopische Vorstellungen von ländlichen Zukünften haben immer auch eine infrastrukturelle Dimension. Dies möchten wir anhand von drei Punkten ausführen. Erstens steht der Begriff der infrastrukturellen Peripherisierung für regionale Benachteiligungen entlang von fehlenden, defizitären oder auch unerwünschten Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Infrastrukturelle und regionale Benachteiligungen können sich gegenseitig verstärken und zu einer dauerhaften und wortwörtlichen »Abkopplung« führen. An diese politischen Problemlagen schließen zweitens aktuelle Entwicklungen eines infrastrukturellen Populismus an. So können infrastrukturelle Defizite nicht nur eine Ursache für die überdurchschnittliche Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in ländlichen Räumen darstellen. Rechtspopulist*innen entwickeln auch eigene Positionen in der Infrastrukturpolitik und schaffen eigene Infrastrukturen zur Mobilisierung und Organisation. Diesen planerischen und politischen Herausforderungen für ländliche Räume stellen wir drittens infrastrukturelle Utopien entgegen – Gegenentwürfe für sozial und ökologisch gerechte sowie demokratische ländliche Zukünfte.

Wir gehen damit in unserem Beitrag zwei Thesen nach. Zum einen sehen wir in infrastrukturellen Benachteiligungen einen Grund für die Herausbildung von Rechtspopulismus in ländlichen Räumen. Zum anderen erfordern überzeugende Alternativen zu rechtspopulistischen Bestrebungen auch Vorstellungen davon, wie ländliche Räume und deren Infrastrukturen in der Zukunft gestaltet werden können. Im Folgenden führen wir für unsere Betrachtungen jeweils Bezüge aus der aktuellen Literatur sowie empirische Illustrationen aus Dänemark an, die auf vorhergehende Arbeiten zurückgreifen. Diese beziehen sich insbesondere auf die umkämpfte Verhandlung von Energieinfrastrukturen im ländlichen Raum (Elkjær/Rudolph/Horst 2023) und deren Einbindung in Strategien zur ländlichen Entwicklung (Rudolph/Clausen 2021).

2. Infrastrukturelle Peripherisierung ländlicher Räume

Die Krise ländlicher Räume ist in mehrerlei Hinsicht auch eine infrastrukturelle Krise. Der wirtschaftliche Strukturwandel führt zu einer Finanzialisierung bzw. »Assetziation« (Stirling/Gallent/Purves 2023) ländlicher Immobilien und Flächen, teilweise mit dem Ziel, diese für die Energieversorgung zu verwerten (Alonso Serna 2022; Kirkegaard et al. 2023a). Der demographische Wandel führt in ländlichen Räumen einerseits zur Überlastung von Infrastrukturen, etwa der Gesundheitsversorgung und der Pflege, und andererseits auch zur Unterauslastung, zum Beispiel von Schulen oder auch Wasserinfrastrukturen (Naumann 2009). Der Klimawandel stellt die bisherige Energie- und Wasserversorgung, aber zunehmend auch den Verkehr in ländlichen Räumen in Frage, indem umfassende Transformationen erforderlich werden. Schließlich führt die Digitalisierung nicht nur zu neuen technischen Möglichkeiten, sondern auch neuen sozialen Spaltungen in ländlichen Räumen (Li/Chen/Wu 2020). Infrastruktur, bislang ein wesentliches Instrument der Strukturpolitik im Bemühen um den Ausgleich räumlicher Disparitäten, droht zu einem Element der »Peripherisierung« ländlicher Räume zu wer-

den. Diese betrifft vor allem Regionen in größerer Entfernung von urbanen Ballungsräumen, jenseits von Verkehrsachsen und touristischen Attraktionen. Für diese ländlichen Räume droht die Gefahr der »infrastrukturellen Peripherisierung« (Naumann/Reichert-Schick 2012), die drei Aspekte umfasst:

- Ersatzloser Rückbau: dieser ist im Lebensmitteleinzelhandel, bei der medizinischen Versorgung und bei den Schulstandorten festzustellen.
- Ausdünnung und Reduzierung: vor allem im ÖPNV, aber auch bei soziokulturellen Angeboten ist eine deutliche Verringerung des Angebots zu beobachten. So besteht der Buslinienverkehr vielerorts lediglich noch als Schüler*innenverkehr weiter.
- Ausbau und Erweiterung: hierfür steht der Ausbau im Bereich der Abwasserentsorgung, aktuell aber insbesondere von Infrastrukturen zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Dieser Ausbau stößt aber immer wieder auf lokale Proteste.

Die aktuell laufenden Transformationen von Infrastrukturen finden in diesen Regionen unter den Bedingungen der Peripherisierung statt und drohen, bestehende Benachteiligungen noch einmal zu verstärken. Die Schwierigkeit, Einrichtungen und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten, wird damit zu einem wesentlichen Charakteristikum peripherisierter ländlicher Räume. In wissenschaftlichen, aber auch politischen Publikationen wie dem »Deutschlandatlas« des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023) sind Fragen der Infrastrukturausstattung, wie die Breitbandversorgung, die Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs oder auch die hausärztliche Versorgung, zentrale Indikatoren für die Bestimmung von regionalen Disparitäten – und damit auch Ansatzpunkte für deren politische Bearbeitung. Die Überlagerung von wirtschaftlichen und demographischen Problemen mit infrastrukturellen Fragen illustrieren Beispiele ländlicher Räume in Dänemark.

Periphere Gemeinden in ländlichen Räumen Dänemarks haben seit den 1990er-Jahren die Bezeichnung »Außenrand-Dänemark« bzw. »Rand-Dänemark« (Udkantsdanmark) erfahren, wobei die ursprüngliche Begrifflichkeit aufgrund der randständigen Lage, Abgeschiedenheit und Entfernung der Gemeinden zu zentralen infrastrukturellen Angeboten entstanden ist. Mit der zunächst noch nicht negativ konnotierten Bezeichnung »Außenrand-Dänemark« wurde aber verstärkt auch eine Zweiteilung und ungleiche Entwicklung des Landes im öffentlichen Diskurs insinuiert, wobei der eine Teil als progressiv und wohlhabend angesehen wird und der andere Teil als rückständig in Bezug auf Einkommen, Bildung, infrastrukturelle Versorgung und Lebensqualität dargestellt und dementsprechend auch von der nationalen Regierung als stiefmütterlich behandelt betrachtet wird. Diese ohnehin stigmatisierende Bezeichnung ländlicher Gebiete abseits der urbanen Wachstumszentren hat zudem Ausdruck in der dystopischen räumlichen Imagination »die faule Banane« (den *rådne banan*) – oder etwas wohlwollender formuliert: »die überreife Banane« – gefunden. Dieser Ausdruck ist auf die geographische Lage der benachteiligten peripheren Gebiete, die von Westjütland bis in den Süden zu den Inseln Lolland und Falster reichen, zurückzuführen, welche auf einer Karte einen bananenähnlichen Umriss einnehmen.

Diese ländlichen Gemeinden waren in den letzten drei Jahrzehnten stark von wirtschaftlichen Veränderungen, infrastrukturellem Niedergang, Abwanderung und Zen-

tralisierung der öffentlichen Versorgung betroffen. Allerdings bieten gerade diese Gebiete durch ihre küstennahe und periphere Lage auch Vorteile für die Nutzung von erneuerbaren Energieträgern, vor allem besonders günstige Windressourcen und eine vergleichsweise preiswerte Landnutzung. Daher ist es nicht verwunderlich, dass eine stärkere Nutzbarmachung von erneuerbaren Energien in marginalisierten Gebieten zum einen als Fundament eines Strukturwandels und wirtschaftlichen Aufschwungs angeführt wird. Zum anderen bietet sich dadurch die Möglichkeit, eine anhaltende Stigmatisierung zu entkräften und die Nützlichkeit ländlicher Räume für Dänemarks Vorreiterrolle in der Energiewende hervorzuheben. Aber entgegen der eingangs beschriebenen Vision, die Ansiedlung von Infrastrukturen zur Nutzung von erneuerbaren Energien mit Möglichkeiten ländlicher Entwicklung zu verknüpfen, haben einige Betreiber*innen von Windparks die territoriale Stigmatisierung vom »Außenrand-Dänemark« aufgegriffen und mobilisiert, nicht nur um die Errichtung von Windparks in marginalisierten Gebieten zu rechtfertigen, sondern auch um für diese Platz zu schaffen, indem sie Häuser am Rande vernachlässigter und strukturschwacher Ortschaften aufkaufen (Rudolph/Kirkegaard 2019). Diese Praxis dient der Einhaltung von Abstandsregelungen von Windkraftanlagen zu Wohnhäusern, der Vergrößerung der Wirtschaftlichkeit der Windparks, aber auch dem Entgegenwirken lokaler oppositioneller Kräfte. Die paradoxe Argumentation der Windparkbetreiber*innen für diese Praxis bezieht sich auf eine infrastrukturelle Neubelebung ländlicher Räume und die Unterstützung für Gemeinden in ihren limitierten Bestrebungen ohnehin aufgegebene Siedlungen abzuwickeln (ebd.). Die Aussicht, dass sich privatwirtschaftliche Unternehmen der Zukunft ausgewählter abgehängter Räume annehmen und staatliches Handeln ersetzen, birgt jedoch die Gefahr eines neuen Zyklus ungleicher Entwicklung. In diesem Szenario würde die weitere Entwicklung strukturschwacher Räume dann noch stärker von den Interessen privatwirtschaftlicher Unternehmen abhängen und staatliche Interventionen zum Ausgleich räumlicher Disparitäten würden weiter an Bedeutung verlieren.

Infrastrukturelle Benachteiligungen als ein Element des »Abgehängtseins« von Regionen (Rodríguez-Pose 2018) stellen jedoch auch eine Erklärung für den Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien dar, die der nächste Abschnitt diskutiert.

3. Infrastruktureller Populismus in ländlichen Räumen

In den letzten beiden Jahrzehnten konnten sich in vielen Ländern des Globalen Nordens rechtspopulistische Parteien im politischen System etablieren und teilweise, wie in Polen, Ungarn oder jüngst auch Finnland, Teil von Regierungen werden. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen waren dabei vielfach in der Lage, von der Unzufriedenheit mit sozialen und räumlichen Spaltungen zu profitieren. So zeigen eine Reihe von Arbeiten, einen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien und »places that don't matter« (Rodríguez-Pose 2018). Wie bereits angedeutet, ist Infrastruktur ein Element dieses »Abgehängtseins«. So versteht Deppisch (2019) in ihrer Untersuchung medialer Diskurse Infrastrukturverfall als eine Ursache für Gefühle des Abgehängtsein, die eine Ursache für den Wahlerfolg der rechtsextremen »Alternative für Deutschland (AfD)« darstellen können. Mit dem Begriff des »infrastrukturellen Po-

pulismus« (Naumann 2021) sind damit erstens infrastrukturelle Benachteiligungen als ein Grund für die überdurchschnittliche Zustimmung für rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in ländlichen Räumen gemeint. Dies illustrieren auch empirische Beobachtungen aus Dänemark, wobei der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti (DF, Dänische Volkspartei) eine besondere Bedeutung zukommt.

Die DF wurde 1995 gegründet und hat in den letzten beiden Jahrzehnten politische Entscheidungen in Dänemark entscheidend mitgeprägt. Sie arbeitete zwischen 2001–2011 mit der rechtskonservativen Minderheitsregierung zusammen und hat zwischen 2015–2019 als zweitstärkste Fraktion im Parlament die rechtsliberale Minderheitsregierung unterstützt, wobei sie insbesondere in ländlichen und suburbanen Gebieten größeren Rückhalt erfahren hat (Bächler/Hopmann 2016). Anders als zum Beispiel die AfD in Deutschland wurde die DF nach anfänglichen Erfolgen nicht durch eine »Brandmauer« der anderen Parteien vom politischen Tagesgeschäft ausgeschlossen und konnte daher den politischen Diskurs wesentlich mitbestimmen (Kosiara-Pedersen 2019). Die Zustimmung der DF ist jedoch in den letzten Parlamentswahlen von 2019 (8,7 Prozent) und den vorgezogenen Wahlen 2022 (2,6 Prozent) drastisch eingebrochen. Der aktuelle Niedergang der DF scheint in einem generellen Rechtsruck in Dänemark begründet zu sein, wobei vor allem die regierende sozialdemokratische Partei ähnliche Ziele wie die DF hinsichtlich der Erhaltung eines nationalen Wohlfahrtsstaats verfolgt und deren restriktive Einwanderungspolitik gegenüber nichtwestlichen Einwanderern und Asylsuchenden übernommen hat (Nedergaard 2018; Wiggen 2023). Nicht nur zu ihrer Hochzeit hat die DF Belange des ländlichen Raumes für sich entdeckt und eine Politik des nationalen Ausgleichs verfolgt.

»Ich verwende das Wort ›Rand-[Dänemark]‹ nicht gern. Bereits damit werden die Gebiete außerhalb der Großstädte zu etwas Fernem und Ungreifbarem gemacht. Wir in der Dänischen Volkspartei legen allerdings großen Wert auf ländliche Gebiete. Wir müssen für ein ausgeglichenes Dänemark sorgen« (Parteivorsitzender Dansk Folkeparti, in Jyllands Posten 2017).

Für diesen Ausgleich thematisiert die Partei explizit auch Infrastrukturen:

»Eine gute Infrastruktur ist in allen Teilen des Landes wichtig« (Dansk Folkeparti 2021, 34).

Mit diesen Schlaglichtern aus Dänemark wird deutlich, wie das Thema Infrastruktur von rechtspopulistischen Parteien besetzt wird. »Infrastruktureller Populismus« versteht Infrastruktur daher zweitens auch als ein Feld für die Entwicklung rechtspopulistischer Positionen. Dies betrifft vor allem die Sektoren Energie und Verkehr als Politikfelder, in denen rechtspopulistische Parteien aktiv sind. Ein Beispiel hierfür sind die politischen Auseinandersetzungen um lokale oder regionale Transformationen der Energieversorgung. Unter Stichworten wie »Energy Populism« (Dechézelles/Scotti 2022) oder »Climate Nationalism« (Kashwan/Liu/Das 2023) beschreiben aktuelle Forschungsarbeiten die »Political Ecologies of the Far-Right« (Atkins/Menga 2022). Die Energiepolitik der Dansk Folkeparti ist dafür ein empirisches Beispiel.

Nach einer anfänglich ablehnenden Haltung gegenüber der Nutzung und des Ausbaus von erneuerbaren Energien kann auch die DF sich mittlerweile vor der gewachsenen Bedeutung dieses Wirtschaftssektors in Dänemark nicht verschließen. Dies betrifft nicht nur den Export von erneuerbaren Energietechnologien, sondern auch den Ausbau des heimischen Marktes, um nationale Klimaziele zu erreichen, die landesweite Infrastruktur zu verbessern und den Bürger*innen zugutezukommen.

»Die Dänische Volkspartei unterstützt den Ausbau der Produktion grüner Energie in Dänemark. Es muss nur im Einklang mit der Tatsache geschehen, dass es Verbraucher gibt, die den erzeugten Strom abnehmen. Für die Dänische Volkspartei besteht die wichtigste Aufgabe daher darin, dafür zu sorgen, dass die von uns selbst produzierte grüne Energie besser als heute genutzt wird und die Teile der Gesellschaft erreicht, die noch von fossilen Brennstoffen am Leben gehalten werden. Ansonsten bauen wir nur Solarzellen, Windkraftanlagen usw. zum Wohle und Vergnügen unserer Nachbarn – und das macht keinen Sinn.« (Dansk Folkeparti 2023)

In einem Beitrag zur Situation in den peripheren Gebieten Dänemarks prangert ein Parlamentsmitglied der DF insbesondere die ungleiche Bereitstellung und Förderung von Infrastrukturmaßnahmen der politischen Eliten zwischen ländlichen und städtischen Regionen an. Hierbei beschwört der Diskussionsbeitrag gar eine raumbezogene Spaltung der dänischen Gesellschaft entlang von Trennungslinien in der infrastrukturellen Versorgung herauf.

»Während der Staat ständig bereit ist, das Wachstum in der Hauptstadtregion und den größeren Städten mit Universitätskliniken, Konzertsälen, U-Bahnen, Stadtbahnen und anderer Infrastruktur zu steigern, ist es, als ob die dänische Gesellschaft sich gegen den Teil der Bevölkerung zusammengerottet hat, der in den Randgebieten lebt und die ansonsten gleichberechtigte Bürger wären« (Parlamentsmitglied der Dansk Folkeparti, in Jyllands Posten, 2015).

Drittens steht »infrastruktureller Populismus« auch für die Schaffung eigener Infrastrukturen durch Rechtspopulist*innen. So führte die Ablehnung öffentlich-rechtlicher bzw. etablierter bürgerlicher Medien dazu, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen stark in sozialen Medien aktiv sind und dort eigene Kanäle entwickeln (Naumann 2021: 217f.). Dies zeigte sich etwa bei den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie, wo Messengerdienste wie Telegram, aber auch soziale Medien wie Facebook und YouTube eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung spielten. Neben diesen vor allem digitalen Infrastrukturen entstanden aber auch institutionelle Infrastrukturen wie Stiftungen, Veranstaltungsräume oder Unternehmen, die rechtspopulistische Aktivitäten unterstützen. Die von rechtspopulistischen Akteuren geschaffenen Infrastrukturen haben in ländlichen Räumen noch einmal eine besondere Bedeutung, da dort, wie bereits beschrieben, öffentliche Infrastrukturen in den letzten Jahren reduziert wurden. Dies illustrieren auch Beispiele aus Dänemark, wo soziale Netzwerke an Bedeutung gegenüber den bisher etablierten Medien gewannen und als »Echokammern« für rechtspopulistische Positionen fungieren können. Hierfür können die rechtspopulistischen, bzw. als nuancierend und politisch inkorrekt selbst-

bezeichneten, Internetnachrichten-Portale »Den Korte Avis« oder »24nyt« angeführt werden, deren Facebook-Seiten mehrere Zehntausende Follower haben (Mayerhöffer 2021), wobei der Online-Auftritt von »24nyt« bei Facebook aufgrund von Kritik wegen irreführendem Journalismus gesperrt wurde.

Die verschiedenen infrastrukturellen Dimensionen des Rechtspopulismus in ländlichen Räumen werfen die Frage danach auf, was alternative bzw. progressive Utopien von Infrastrukturen für ländliche Räume sein könnten.

4. Infrastrukturelle Utopien als Perspektive ländlicher Räume

Den pessimistischen Aussichten von ländlichen Räumen, die nur noch über eine eingeschränkte Infrastrukturversorgung verfügen und von rechtspopulistischen Akteuren zunehmend vereinnahmt werden, stellen wir abschließend alternative Vorstellungen von ländlichen Infrastrukturen gegenüber. Hierbei gehen wir von einer Wechselwirkung zwischen ländlichen und infrastrukturellen Utopien aus: einerseits ermöglichen utopische Infrastrukturen ländliche Utopien, andererseits sind infrastrukturelle Utopien auch nur in utopischen ländlichen Räumen denkbar. Infrastrukturelle Utopien sind damit Teil von »spatial imaginaries« (Watkins 2015).

Bereits jetzt gibt es verschiedene Beispiele für die Aufrechterhaltung oder auch den Ausbau von Infrastrukturen in ländlichen Räumen: etwa den mit einer App verbundenen Bürgerbus, den mit bürgerschaftlichem Engagement betriebenen Dorfladen, der auch Postdienstleistungen anbietet, die wieder eröffnete Dorfschule, die Gründung von Energiegenossenschaften oder auch die Entwicklung mobiler Angebote im Bereich Gesundheit und Pflege. Viele dieser Beispiele beruhen auf technologischen Innovationen, einer flexiblen Anpassung von Vorgaben und Standards sowie ehrenamtlichem Engagement von Menschen in ländlichen Regionen. Die Dekarbonisierung ländlicher Räume kann hierbei eine recht konkrete infrastrukturelle Utopie für ländliche Räume darstellen.

Dieser Utopie einer »Öko-Lokalisierung« (North 2010) folgen zahlreiche Initiativen im Energiesektor, wie etwa die NGO »Wind People« in Dänemark. Diese war eine Grassroots-Organisation, die 2008 als Antwort auf sich verschlechternde Bedingungen für Bürgerenergieprojekte gegründet wurde, um neue Wege in der Energiewende einzuschlagen, welche die Errichtung von erneuerbaren Energien mit der Förderung des Gemeinwohls in ländlichen Gemeinden verbinden. Anders als lokal verankerte und agierende Grassroots-Initiativen waren die Aktivitäten der »Wind People« nicht räumlich begrenzt und umfassten sowohl die Unterstützung der Umsetzung konkreter Energieprojekte als auch standortübergreifende energiepolitische Lobbyarbeit. Ihre Ziele waren auf eine größere finanzielle Teilhabe von Bürger*innen an Infrastrukturanlagen sowie auf grundlegende Veränderungen in den Ausschreibungskriterien für Energieprojekte ausgerichtet, um diese damit teilweise dem Markt zu entziehen bzw. existierende Marktmechanismen neu zu justieren. Nach anfänglichen Erfolgen in der Umsetzung von einigen Bürgerenergieprojekten scheiterte die Initiative »Wind People« schließlich in ihren Bemühungen, die kompetitiv ausgerichteten Regularien und Beschränkungen des Markts für erneuerbare Energien strukturell zu verändern und lösten sich daraufhin im Jahr 2019 auf (Kirkegaard et al. 2023b).

»Wind People können nicht mit gutem Gewissen danebenstehen und zusehen, wie eine kleine Gemeinde von einem Unternehmen überrollt wird, das hauptsächlich für seine eigenen Profite arbeitet, ohne die lokale Gemeinde zu berücksichtigen.« (Wind People, in Nibe Avis 2017)

»Wind People« forderten eine stärkere lokale wirtschaftliche Verankerung von Wind- und Solarparks hauptsächlich durch neue Planungsprozesse und hybride Eigentumsverhältnisse an den Anlagen, bei denen Bürger*innen eine größere Beteiligung an den Infrastrukturen und Gewinnen haben, sowie die Errichtung lokaler Entwicklungsfonds, deren Einlagen direkt den betroffenen Gemeinden zukommen sollten.

»Bei der Energieplanung kann es zu zwei Endprodukten kommen. Ein externer Projektentwickler errichtet Windkraftanlagen in einer lokalen Gemeinde, hält sich an die rechtlichen Vorgaben, und es gibt verdammt viel Ärger, weil die Endnutzer am Ende einen riesigen Mast haben, bei dem sie überhaupt nicht spüren, dass er erneuerbare Energie liefert, und sie nur die Beeinträchtigungen sehen. In dem zweiten Projekt, bei dem sie sich zunächst mit der Vision auf den Weg gemacht haben, die Gemeinde eingebunden haben, die Werte in ihrer lokalen Gemeinschaft identifiziert haben usw., dann haben sie technisch gesehen genau die gleiche Lösung erreicht, aber das Endprodukt ist ein völlig anderes. Denn hier gibt es einen riesigen Mast, der lästig ist, aber der auch zu Wohlfahrtsverbesserungen in der örtlichen Gemeinschaft führt, die so viel bedeutsamer sind und hier und jetzt spürbar sind.« (Interview, Wind People, 2016)

Wie der eingangs beschriebene Aufruf verdeutlicht, sollten staatliche und private Initiativen im Bereich der Energiewende mühelos zusammengedacht werden. Allerdings zeigt das Beispiel »Wind People« auch, dass (über)staatliche Regulierung eine Mobilisierung existierender Utopien von ländlichen Infrastrukturen durchdringen und beschränken kann. Trotz der Aufgabe ihrer Aktivitäten haben »Wind People« Utopien des ländlichen Raumes abseits des hegemonialen energiepolitischen Diskurses vorgelebt und alternative Organisationsformen für ländliche Infrastrukturen bedeutend vorangetrieben.

Jenseits der bereits bestehenden Utopien von ländlichen Infrastrukturen ist daher ein weitergehender Paradigmenwechsel in der Infrastrukturplanung und -politik notwendig – die gesellschaftliche Aneignung von Infrastrukturen. Der Begriff der gesellschaftlichen Aneignung steht für eine umfassende Dekommodifizierung von Infrastruktur und geht damit über Fragen der rechtlichen bzw. materiellen Eigentümer*innenschaft hinaus. Die Infrastrukturversorgung orientiert sich somit nicht an Zielen betriebswirtschaftlicher Effizienz, sondern ist sozialem Ausgleich, Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe verpflichtet. Daraus ergeben sich sowohl eine grundlegende gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Aufgabenträger der ländlichen Infrastrukturversorgung als auch konkrete Projekte in verschiedenen infrastrukturellen Bereichen. Exemplarisch stehen hierfür die Ansätze von Energie- oder auch Mobilitätsgerechtigkeit (Jenkins et al. 2016; Pereira/Schwanen/Banister 2017). Eine weitere grundsätzliche Herausforderung besteht in der Schaffung neuer infrastruktureller Rationalitäten, hierfür können weitere konzeptionelle Bezüge Impulse liefern, wie etwa »Allianztechnik« (Bloch 1985 [1959]) und »convivial technology« (z.B. Arora et al.

2020), die gesellschaftliche Technikverhältnisse emanzipatorisch umdenken, oder auch Vorstellungen von antikapitalistischen ländlichen Räumen (Halfacree 2007). Auch der Ansatz präfigurativer Politik (Springer 2016) versucht mit konkreten, emanzipatorischen Praktiken grundlegende Änderungen im Hier und Jetzt voranzutreiben und Utopien vorzuleben, während »Technoregions of Insurrection« (Brennan 2023) darauf aufbauend aufständische Praktiken speziell für den Aufbau dezentraler Energieinfrastrukturen anregen. Diese Ansätze führen nicht nur konzeptionelle, argumentative und praktische Anforderungen an infrastrukturelle Utopien zusammen, die für eine Realisierung progressiver, solidarischer und aufständischer Alternativen zur Organisation und Nutzung von Infrastrukturen im ländlichen Raum notwendig sind. Eine Verknüpfung verschiedener Elemente dieser Ansätze kann auch eine Anleitung dafür bieten, diese Utopien explizit einer rechtspopulistischen Aneignung des Ländlichen entgegenzusetzen, indem nicht nur Alternativen entworfen werden, sondern auch inmitten einer vom neoliberalen Zeitgeist geprägten Infrastrukturpolitik vorgelebt werden. Dennoch bleiben bei der Verschmelzung ländlicher und infrastruktureller Utopien grundlegende Fragen ihrer Deutung, geographischen Verankerung und Institutionalisierung ungeklärt.

Die Entwicklung infrastruktureller Utopien in ländlichen Räumen ist daher Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, in denen zum Beispiel folgende Fragen verhandelt werden:

- Skalierbarkeit: Ist die niedrigste räumliche Ebene zwangsläufig am besten geeignet, um sozialen Ausgleich, Nachhaltigkeit und demokratische Teilhabe zu realisieren? Wie können aus lokal angepassten Lösungen Modelle für weitere Regionen werden?
- Institutionalisierung: In welchen Organisationsformen der Infrastrukturversorgung manifestiert sich die gesellschaftliche Aneignung? Was bedeutet »öffentliches« Eigentum – öffentliche Rechtsformen wie Eigenbetriebe, Zweckverbände etc. oder zivilgesellschaftlich getragene Genossenschaften?
- Zielkonflikte und konkurrierende Utopien: Die Aushandlung und Priorisierung der verschiedenen Ansprüche an ländliche Infrastrukturen ist Gegenstand kontinuierlicher Auseinandersetzungen und verbunden mit Fragen der Zeithorizonte bei der Umsetzung der jeweiligen Ziele in der Infrastrukturversorgung. Hierbei ist es auch eine zentrale Frage, um wessen Utopien von Infrastruktur es sich handelt. So können Utopien auch von lokalen Regierungen bestimmt werden, während eher von Grassroots-Bewegungen getragene Utopien hingegen marginalisiert werden können.

Die Auseinandersetzung mit diesen – wie auch mit weiteren – Fragen kann nicht nur dazu beitragen, infrastrukturelle Utopien genauer zu bestimmen und schrittweise zu realisieren. Ein wesentlicher Schritt ist es dabei, ländliche Infrastrukturen – deren Präsenz oder auch Abwesenheit – sichtbar zu machen. Mit ihrem Anspruch auf sozialen Ausgleich, Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe stehen infrastrukturelle Utopien aktuellen Entwicklungen der Peripherisierung wie auch des Rechtspopulismus entgegen. Darüber hinaus trägt die konzeptionelle Bestimmung und praktische Entwicklung infrastruktureller Utopien auch dazu bei, ein »Recht auf das Dorf«, die Schaffung ländlicher Gemeinschaftsgüter (Commons) und damit auch räumliche Gerechtigkeit zu reali-

sieren. Infrastrukturelle Utopien sind damit ein Schritt auf dem Weg hin zu ländlichen Utopien.

Literatur

- Alonso Serna, Lourdes (2022): »Land Grabbing or Value Grabbing? Land rent and wind energy in the Isthmus of Tehuantepec, Oaxaca«, in: *Competition & Change* 26(3-4), S. 487–503.
- Arora, Saurabh/Van Dyck, Barbara/Sharma, Divya/Stirling, Andy (2020): »Control, care, and conviviality in the politics of technology for sustainability«, in: *Sustainability: Science. Practice and Policy* 17(S2), S. 247–262.
- Atkins, Ed/Menga, Filippo (2022): »Populist Ecologies«, in: *Area* 54(2), S. 224–232.
- Bächler, Christian Martin/Hopmann, David Nicholas (2016). »Denmark: The Rise of the Danish People's Party«, in: Toril Aalberg/Frank Esser/Carsten Reinemann/Jesper Stromback/Claes de Vreese (Hg.): *Populist Political Communication in Europe*. Routledge, New York, S. 29–41.
- Bloch, Ernst (1985) [1959]: *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brennan, Ry (2023): »Technoregions of insurrection: Decentralizing energy infrastructure and manifesting change at scale«, in: Majia Nadesan/Martin J. Pasqualetti/Jennifer Keahey (Hg.): *Energy Democracies for Sustainable Futures*. London: Academic Press, 41–49.
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023): *Deutschlandatlas*, https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/_node.html vom 10.08.2023.
- Dansk Folkeparti (2021): *Livet leves også i provinsen. Nærhedsreform. Marts 2021*. <https://danskfolkeparti.dk/medie/Landdistriktsudspil.pdf> vom 15.09.2023.
- Dansk Folkeparti (2023): *Et grønnere Danmark*. <https://danskfolkeparti.dk/politik/et-grønnere-danmark/vom15.09.2023>.
- Dechézelles, Stéphanie/Scotti, Ivano (2022): »Wild Wind, Social Storm: »Energy Populism« in Rural Areas? An Exploratory Analysis of France and Italy«, in: *Rural Sociology* 87(S1), S. 784–813.
- Deppisch, Larissa (2019): »Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn« – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume (Thünen Working Paper 119).
- Elkjær, Lene Gjortler/Rudolph, David/Horst, Maja (2023): »Different pasts, contested presents and desired futures: local narratives and identities in the co-production of a shared wind energy ownership model.« in: *Local Environment. The International Journal of Justice and Sustainability* (online first)
- Halfacree, Keith (2007): »Trial by space for a »radical rural«: Introducing alternative localities, representations and lives«, in: *Journal of Rural Studies* 23(2), S. 125–141.

- Jenkins, Kirsten/McCauley, Darren/Heffron, Raphael/Stephan, Hannes/Rehner, Robert (2016): »Energy justice: A conceptual review«, in: *Energy Research & Social Science* 11, S. 174–182.
- Jyllands Posten (2015): Udkantsdanmark skal blomstre igen. 16/02/2015 <https://jyllands-posten.dk/debat/kronik/ECE7452984/udkantsdanmark-skal-blomstre-igen1/> vom 18.09.2023.
- Jyllands Posten (2017): Det mener partierne om Udkantsdanmark, 7/11/2017 <https://jyllands-posten.dk/debat/breve/ECE10005120/det-mener-partierne-om-udkantsdanmark/> vom 17.10.2023.
- Jyllands Posten (2022): Lad den grønne omstilling blive et vendepunkt for vores landdistrikter. <https://jyllands-posten.dk/debat/breve/ECE14381112/lad-den-groenne-omstilling-blive-et-vendepunkt-for-vores-landdistrikter/> und https://dk.linkedin.com/posts/kl_lad-den-gr%C3%B8nne-omstilling-blive-et-vendepunkt-activity-6977165580105613312-aI4K vom 18.09.2023.
- Kashwan, Prakash/Chung En-Liu, John/Das, Jahnnabi (2023): »Climate nationalisms: Beyond the binaries of good and bad nationalism«, in: *WIREs Climate Change* 14(2), e815.
- Kirkegaard, Julia Kirch/Rudolph, David/Nyborg, Sophie/Cronin, Tom (2023a): »The landrush of wind energy, its socio-material workings, and its political consequences: On the entanglement of land and wind assemblages in Denmark«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 41(3), S. 548–566.
- Kirkegaard, Julia Kirch/Nyborg, Sophie/Georg, Susse/Horst Maja (2023b): »Towards failed renewable energy communities? Activist attempts to change market conditions in the Danish wind energy market«, in: *Energy Research & Social Science* 102, 103152.
- Kosiara-Pedersen, Karina (2019): Stronger core, weaker fringes: the Danish general election 2019. *West European Politics* 43 (4), S. 1011–1022.
- Li, Ruopu/Chen, Kang/Wu, Di (2020): »Challenges and Opportunities for Coping with the Smart Divide in Rural America«, in: *Annals of the American Association of Geographers* 110(2), S. 559–570.
- Mayerhöffer, Eva (2021): »How do Danish Right-wing Alternative Media Position Themselves Against the Mainstream? Advancing the Study of Alternative Media Structure and Content«, in: *Journalism Studies* 22(2), S. 119–136.
- Naumann, Matthias (2009): *Neue Disparitäten durch Infrastruktur? Der Wandel der Wasserwirtschaft in ländlich-peripheren Räumen*. München: oekom.
- Naumann, Matthias (2021): »Infrastruktureller Populismus. Infrastruktur als Agenda, Instrument und Erklärung rechter Raumproduktionen«, in: *Geographische Zeitschrift* 109(4), S. 208–226.
- Naumann, Matthias/Reichert-Schick, Anja (2012): »Infrastrukturelle Peripherisierung: Das Beispiel Uecker-Randow (Deutschland)«, in: *disP – The Planning Review* 48(1), S. 27–45.
- Nedergaard, Peter (2017): *Zurück zu den Wurzeln: Warum fordert die dänische Sozialdemokratie eine restriktive Einwanderungspolitik? Friedrich Ebert Stiftung, Budapest. (Q&A: Europäische Debatten zu Thema Migration)* <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14497.pdf> vom 17.10.2023.

- Nibe Avis (2017): Opfordring til udviklingsfond i Nørrekaer Enge. [https://nibeavis.dk/norrekaerenge/4038-opfordring-til-udviklingsfond-i-norrekaer-enge vom 18.09.2023](https://nibeavis.dk/norrekaerenge/4038-opfordring-til-udviklingsfond-i-norrekaer-enge-vom-18.09.2023).
- North, Peter (2010): »Eco-localisation as a progressive response to peak oil and climate change – A sympathetic critique«, in: *Geoforum* 41(4), S. 585–594.
- Pereira, Rafael/Schwanen, Tim/Banister, David (2017): »Distributive justice and equity in transportation«, in: *Transport Reviews* 37(2), S. 170–191.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018): »The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1), S. 189–209.
- Rudolph, David/Clausen, Laura Tolnov (2021): »Ländliche Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Energien? Emanzipatorische Potenziale zwischen radikaldemokratischer und neoliberaler Logik«, in: *PROKLA* 51(204), S. 497–516.
- Rudolph, David/Kirkegaard, Julia (2019): »Making Space for Wind Farms: Practices of Territorial Stigmatisation in Rural Denmark«, in: *Antipode* 51(2), S. 642–663.
- Springer, Simon (2016): *The Anarchist Roots of Geography. Towards Spatial Emancipation*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Stirling, Phoebe/Gallent, Nick/Purves, Andrew (2023): »The assetisation of housing: A macroeconomic resource«, in: *European Urban and Regional Studies* 30(1), S. 15–35.
- Watkins, Josh (2015): »Spatial Imaginaries Research in Geography: Synergies, Tensions, and New Directions«, in: *Geography Compass* 9(9), S. 508–522.
- Wiggen, Mette. (2023): »The shift to the right in Denmark.« in: Katherine Kondor/Mark Littler (Hg.): *The Routledge Handbook of Far-Right Extremism in Europe*. London: Routledge. S. 202–213.

Mit oder gegen den (Öko-)Strom?

Zukunftsszenarien ländlicher Räume in Zeiten der sozial-ökologischen Transformation

Nina Kerker & Berthold Vogel

1. Einleitung

Der Beitrag beleuchtet am Beispiel der Energiewende mögliche Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationen. Die im Text vorgestellten Szenarien setzen hierzulande an, beanspruchen aber im Sinne von Rem Koolhaas (2020) Formel »Countryside – the Future« auch Gültigkeit im internationalen Maßstab. Dabei wird deutlich, dass es gerade in Zeiten der »Great Transformation« (Polanyi 1973) hilfreich ist, sich mit Zukunftsszenarien auseinanderzusetzen, die im Sinne utopischer Ansätze die politische Phantasie anregen. Diese Ansätze weisen auf die Möglichkeiten hin, über den Tag und seine jeweiligen Begrenzungen hinaus Impulse und konkrete Vorschläge für die Gestaltung ländlicher Räume zu entwickeln. Gerade die Ansprache der Vorstellungskraft und des Erfindungsreichtums regen die Kreativität einzelner Menschen und sozialer Gruppen an, fördern diese und bauen auf ihre Gestaltungskraft. So haben sich in der Vergangenheit immer wieder zunächst utopisch erscheinende Projekte wie Genossenschaften, kommunale Selbstorganisation und ökologisches Wirtschaften als Ressourcen und Trendsetter für die Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen erwiesen.

Ausgangspunkt für die hier angestellten Überlegungen ist die Beobachtung stark variierender Sichtweisen auf die Zukunft ländlicher Räume – insbesondere auch im Hinblick auf die geplante Dezentralisierung des Energiesystems. Sowohl die Varianz der Standpunkte als auch die Dimension der damit angesprochenen Aufgaben haben Momente des Utopischen. Doch auf diese Weise kommt die Bereitschaft zur Überwindung des bislang Gültigen und Möglichen ins Spiel (vgl. Saage 1997). Gerade die mit der Dezentralisierung des Energiesystems verbundenen weitreichenden sozialen und visuellen Auswirkungen machen diese sozio-technische Transformation zu einem ebenso wichtigen wie schwierigen Prozess, der für ländliche Gebiete gleichermaßen Herausforderung und Chance ist. Anhand von vier Zukunftsszenarien erfolgt eine Illustration dieser Prozesse und Perspektiven für ländliche Kommunen und ihre Bewohner*innen. An diese

Überlegungen anknüpfend werden exemplarisch Voraussetzungen und Handlungsstrategien für den Umgang mit Wandlungsprozessen für eine lebenswerte Zukunft in ländlichen Räumen erörtert sowie ein Ausblick auf Forschungsdesiderate und notwendige Diskursverschiebungen gegeben. Sie sprechen dabei zwei Dimensionen des Utopischen an: Erstens Szenarien, die einen Entwurf der Gestaltung zukünftigen Zusammenlebens anbieten. Zweitens lassen sich konkrete Ansatzpunkte und Strategien entwickeln, welche auf die mit dem Utopischen sichtbar werdende Kreativität von Menschen und sozialen Gruppen verweisen.

2. Pionierräume oder abgehängte Peripherie?

Die Frage nach den Perspektiven ländlicher Räume ist in den letzten Jahrzehnten zu einem ebenso prominenten wie provozierenden Thema avanciert, das einerseits durch Debatten zur Polarisierung der Gesellschaft sowie zu gleichwertigen Lebensverhältnissen vorangetrieben wird (vgl. Siedentop/Stroms 2021). Der demographische Wandel oder wirtschaftliche Umstrukturierungen sorgen zunehmend für eine Infragestellung der bisherigen Lebensentwürfe auf dem Land und bestärken die Annahme, dass ein Großteil der ländlichen Räume in den nächsten Jahrzehnten grundlegende Veränderungen durchläuft (vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) 2016). Daran, wie dieser Wandel allerdings aussehen wird bzw. zu gestalten ist, scheiden sich die Geister.

Während einige sorgenvoll in die Zukunft blicken und aussterbende Dörfer, prekäre Versorgungslagen, Digitalisierungslücken sowie Abhängigkeiten von traditionellen Industrien thematisieren, bezeichnen andere Kleinstädte und Dörfer als »Pionierräume« und betonen das Innovationspotenzial ländlicher Regionen (vgl. ebd. 2023). Obwohl es Dystopien jeglicher Couleur, in denen ländliche Regionen als Globalisierungsverlierer und im Kontrast zu den aufsteigenden, liberalen Städten skizziert werden, deutlich häufiger auf Titelseiten schaffen, sollte die zweitgenannte Perspektive, die die Dimension utopischen Denkens wiederaufnimmt, nicht vernachlässigt werden. So ließ beispielsweise Bundesminister Cem Özdemir beim 16. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung verlauten, dass Bewohner*innen ländlicher Räume als Zukunftsgestalter*innen eine Schlüsselrolle bei Themen wie Energieversorgung und Mobilität, regionalen Wirtschaftskreisläufen oder Schutz vor Extremwetter zukomme (vgl. BMEL 2023). Aussagen wie diese verdeutlichen die zunehmend in das gesellschaftliche Bewusstsein rückende Erkenntnis, dass viele zukunftsweisende Projekte ohne die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung nicht umsetzbar sind und die Sicherung der sozialen Prosperität maßgeblich von der Entwicklung von Dorf und Kleinstadt abhängt.

Auch der niederländische Architekt Rem Koolhaas hat die Relevanz sowie die Transformationsenergie ländlicher Räume erkannt und diese Sichtweise exemplarisch in seiner Guggenheim-Ausstellung *Countryside* (2020–2021) in New York verarbeitet. Durch seinen Blick auf rasante und oft verborgene Veränderungen in nicht-urbanen Regionen vermittelt er die Botschaft von der »Countryside« als Zukunftsboten. Ländliche Räume erscheinen damit als Experimentierfelder und Aushandlungsorte. Wirtschaftliche, technologische und kulturelle Veränderungen finden ihm zufolge nicht länger vornehmlich

in Städten statt, sondern das Land übernimmt die Rolle als Treiber von Innovationen (vgl. Vogel 2020): »the countryside is now the frontline of transformation« (Koolhaas 2014). Soziale und technische Innovationen wie Windräder und Solarparks, die großflächigen Logistik- und Serverzentren sowie die Giga-Factories für die Mobilität von morgen besiedeln schon heute das Land und illustrieren »hybridisierte Stadt-Land-Verhältnisse« (Wieck/Giseke 2018: 372).

Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Auswirkungen dynamischer Veränderungen nicht final absehbar sind, sollte Platz für eine realistische Einschätzung der Risiken und Chancen ländlicher Räume sein. Eine solche realitätsbezogene und zugleich zukünftige Entwicklungen berücksichtigende Bewertung steckt auch den Rahmen ab, in dem neu gedacht, entwickelt und erprobt werden kann (und muss), so wie dies in der Tradition der seit dem 19. Jahrhundert in Erscheinung tretenden Sozialutopien bereits angelegt ist (vgl. Bloch 1969). Dazu sind die Ablösung von einer wenig produktiven Mitleidsperspektive und die Abkehr von einer Definition nicht-urbaner Räume nahezu ausschließlich über Defizite unabdingbar. Während die negativen Auswirkungen zahlreicher gesellschaftlicher Entwicklungen auf ländliche Räume umfangreich thematisiert werden, erscheint es an der Zeit, ebenfalls zu beleuchten, welche Potenziale und Ressourcen ländliche Räume in anstehende Veränderungen einbringen können. Durch eine Auseinandersetzung, die es vermeidet, Retrotopien zu beschwören, aber auch die Grenzen zukünftiger Entwicklungspfade anerkennt, präsentieren wir vier mögliche Szenarien zum Umgang ländlicher Räume mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Utopische Orientierung, also ein über die Grenzen des jeweils bereits Vorhandenen hinausgehendes Entwerfen von Möglichkeiten gesellschaftlicher Gestaltung, kann angesichts der anstehenden Veränderungen hilfreich sein, um bereits Impulse und Potenziale zusammenzubringen bzw. zu deren Umsetzung zu motivieren. Exemplarisch richten wir dazu den Blick auf die Energiewende als pars pro toto der sozial-ökologischen Transformation.

3. Die Energiewende als Verhängnis oder Leuchtturmprojekt?

Die Energiewende stellt sowohl gesamtgesellschaftlich als auch explizit für die Bewohner*innen ländlicher Räume ein wegweisendes Vorhaben dar, das die Lebensverhältnisse vor Ort in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich prägen wird und aktuell vielfach noch als utopischer bzw. dystopischer Anspruch erscheinen mag. Sowohl die visuellen Auswirkungen auf das Landschaftsbild als auch das damit einhergehende Potenzial zur Intensivierung sozialer Flieh-, aber auch Kohäsionskräfte machen die Energiewende zu einem Projekt mit Konsequenzen für etliche Lebensbereiche. Ökologische, ökonomische, technische und soziale Dimensionen vereinen sich in diesem komplexen Transformationsvorhaben und führen zu veränderten sozialen Strukturen, (individuellen) Handlungsmustern, Landnutzungen, Infrastrukturen, Naturräumen sowie lokalen Wertschöpfungsketten. Die Auswirkungen dieser anspruchsvollen Unternehmung sind indes längst nicht absehbar.

In kaum einem anderen Themenfeld prägen die strukturellen Gegebenheiten der jeweiligen Transformationsorte einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess so deutlich. Die Rohstoff- und Flächenverfügbarkeit ruraler Räume, welche die Möglichkeiten zur

Umsetzung großer Infrastrukturprojekte und der Nutzung der Potenziale einer dezentralen Energieversorgung bietet, ist Chance und Risiko zugleich für die Transformation nicht-urbaner Räume. Für die Errichtung von Windkraftanlagen, Stromtrassen, Elektrolyseuren, Solarparks oder großen Energiespeichern ist Fläche eine zentrale Ressource, die ländliche Räume, im Unterschied zu den Metropolen, bieten können. Die Energiewende besteht jedoch in weitaus mehr als der Bereitstellung von Energieversorgung und Speichertechnologien. Ebenso weitreichend sind die Auswirkungen der sich wandelnden Rolle des Individuums vom »Consumer« hin zum »Prosumer«. Im Vergleich zu dicht besiedelten städtischen Gebieten ergeben sich für Bewohner*innen ländlicher Räume damit Chancen, eigene Erzeugungstechnologien auszubauen und somit nicht nur eine aktive Rolle im Wandel einzunehmen, sondern im besten Fall auch finanziell davon zu profitieren.

Die Energiewende auf dem Land ist auch deshalb ein interessanter, aber auch brisanter Untersuchungsgegenstand, weil ihr sowohl utopisches als auch dystopisches Potenzial innewohnt. In einigen Regionen wird die Dezentralisierung des Energiesystems neue Wertschöpfungsketten aufblühen lassen, in anderen für strukturelle Veränderungen und den Verlust bisheriger Arbeitsplätze sorgen. Eine Reihe ländlicher Räume wird von den vorhandenen Ressourcen wie zum Beispiel kommunalen Freiflächen für Windkraftanlagen sowie dem lokalen Engagement der Bewohner*innen profitieren, während andere Kommunen durch bereits vorhandene Defizite, fiskalische Schieflagen und demographische Verluste derart überlastet sind, dass ihnen die Kapazitäten für eine aktive Gestaltung der Energiewende fehlen. Energetische Infrastrukturmaßnahmen werden dann lediglich zu einer weiteren von vielen existierenden Belastungen. Zusätzlich kann der sozio-technische Transformationsprozess bestehende Nutzungs- und Interessenkonflikte in ländlichen Räumen um neue Aspekte erweitern und vorhandene Disparitäten verschärfen (vgl. Gohla/Hennicke 2023). Nicht immer wird es gelingen, die Ausbauziele für erneuerbare Energien, die Interessen der Landwirtschaft, insbesondere im Spannungsfeld zwischen bäuerlichen Familienbetrieben und agrarindustriellen Akteuren, und die des Naturschutzes in Einklang zu bringen. Divergierende Sozialstrukturen, Wirtschaftsformen und kulturelle Lebensweisen werden die Umsetzung der Energiewende in vielfältiger Art und Weise beeinflussen und dazu führen, dass diese mit variierender Geschwindigkeit und Unterstützung sowie inmitten unterschiedlicher Konflikte umgesetzt wird. Kurzum: Die potenziellen Entwicklungspfade im Kontext der Energiewende sind ebenso heterogen wie ländliche Räume selbst. In den folgenden Szenarien geht es daher um die Skizzierung von Entwicklungsmöglichkeiten und Gestaltungsperspektiven, die schon heute vor Ort strukturell angelegt sind. Zugleich können die Szenarien als utopische Orientierungspunkte wie auch als dystopische Warnschilder gelesen werden. Wichtig ist freilich, dass das Spektrum vom Absiedlungs- bis zum Avantgarde-raum nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern auf vielfältige Forschungen in ländlichen Räumen zurückgreift (vgl. Gohla/Hennicke 2023).

4. Von Absiedlungs- bis hin zu Avantgarderäumen

Die Entwicklung ländlicher Räume in vier Szenarien

Basierend auf beobachtbaren Trends in nicht-urbanen Räumen sowie den darüber stattfindenden Debatten erscheinen vier Szenarien im Rahmen von Transformationsprozessen beschreibbar, die sich vorrangig durch das kommunale Selbstverständnis sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen auszeichnen.

Absiedlungsräume

Ein dystopisches Szenario beschreibt die Entstehung von Absiedlungsräumen, in denen Kontrollverlust und die Abwesenheit von Handlungsoptionen im Vordergrund stehen. Solche Räume sind durch den Rückzug öffentlicher Infrastrukturen und das Ausbleiben von staatlichen wie privaten Investitionen sowie hierdurch forcierte sinkende Bevölkerungszahlen gekennzeichnet. Damit bleiben diese ländlichen Räume in ihrer Entwicklung hinter den Anforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft und deren Gestaltung zurück. Weder die öffentliche Hand noch Private können Antworten darauf geben, wie kurz- und mittelfristig grundlegende Lebensbedürfnisse erfüllt und die lokale Daseinsvorsorge gesichert werden kann, es macht sich das Gefühl der Perspektivlosigkeit breit. Demographische und wirtschaftliche Verödung sowie ausbleibende soziale Perspektiven gerade für Jüngere, sorgen für Resignation und können ländliche Räume in eine Abwärtsspirale führen, in der die Abwanderung nicht mehr zu stoppen ist. Die Angst vor einem persönlichen Absturz bestärkt insbesondere junge Menschen darin, ihre Heimat zu verlassen und es bleiben lediglich die Älteren zurück (vgl. Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022: 16). Stagnation, Leerstand und der Verlust sozial verbindender Orte sowie öffentlicher Räume und Kreuzungspunkte bestimmen den Alltag. Sportvereine stellen den Spielbetrieb ein, der Kirchenchor löst sich auf, lokale Feste finden nur noch sporadisch statt. Der soziale Raum und die lokale Öffentlichkeit gehen verloren. Es fehlen »Soziale Orte« (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022), an denen sich die Menschen vor Ort organisiert oder zufällig begegnen. Diese sich verkleinernden Gestaltungsspielräume haben zur Folge, dass auch keine Maßnahmen mehr zur Attraktivitätssteigerung ergriffen werden können. Im Kontext der Energiewende könnte sich diese Dystopie in der Konzentration der Bevölkerung in Metropolregionen niederschlagen, während ländliche und kleinstädtische Regionen lediglich als »produktive Supportregion« für die Zentren fungieren, »überspannt von Wind- und Solarparks, Wasser- und Pumpspeicherwerken, Mastfabriken, industrieller Landwirtschaft und Mobilitätstrassen« (Ersöz/Mosel/Lippert 2016 zitiert nach Wieck/Giseke 2018: 376).

Duldungsräume

Etwas weniger düster ist die Zukunftsvision der Duldungsräume. In diesen gelingt es, ein Mindestmaß an lokaler Daseinsvorsorge zu sichern. Allerdings verharren die lokalen Akteure im Kontext stattfindender Veränderungen oft in einem Zustand der Ohnmacht und Passivität. In einer »Es-hilft-ja-nichts-Manier« sehen sie sich gezwungen, Kompromisse hinsichtlich sich anbahnender Veränderungen einzugehen und bleiben dabei

vorwiegend Objekte auferlegter Planungen (vgl. Simmank/Vogel 2022). Obwohl Umbrüche ebenso positive Auswirkungen haben könnten, werden diese eher als unvermeidliche Widerfahrnisse wahrgenommen. Auch wenn in einigen Regionen Entscheidungsträger*innen und die Bewohner*innen den Ausbau von Windkraftanlagen, Solarparks und Stromtrassen ablehnen mögen, wird ihnen der steigende Druck durch politische Vorgaben zum Ausbau dieser Einrichtungen in Zukunft vermutlich keine andere Wahl mehr lassen. Die Energiewende wird dann v.a. als oktroyierter Prozess empfunden, der anderenorts erdacht und geplant wurde. Es fehlt an intrinsischer Motivation und einer überzeugenden Vision für einen positiven Wandel (vgl. Kerker et al. 2022). Entsprechend hinken Duldungsräume großen gesellschaftlichen Transformationen dauerhaft hinterher und stellen gleichsam die negative Folie für die mit utopischen Erwartungen verbundene Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse dar. Die Reduktion des lokalen Handelns auf die Bekämpfung akuter Probleme vor Ort verhindert zugleich die Bearbeitung von Problemursachen und die Entwicklung von Zukunftskonzepten.

Gestaltungsräume

Das dritte Szenario porträtiert ländliche Räume als Gestaltungsräume, in denen das Handeln der lokalen Akteure zwar eine Reaktion auf äußere Umstände bleibt, aber ein proaktiver Umgang im Blick auf die damit verbundenen Chancen gepflegt wird. Die Bewohner*innen avancieren zu aktiv handelnden Subjekten und bringen eigene Anliegen, Ideen und Lösungsvorschläge ein, um an der Gestaltung ihres Lebensumfelds zu partizipieren (vgl. Eichenauer/Irmisch/Ulrich 2022: 23). Dort, wo kommunaler Handlungsraum zur Verfügung steht und wahrgenommen wird, können lokale Gestalter*innen diesen nutzen, um den Wünschen und Bedürfnissen vor Ort nachzukommen. Beispiele für Energieprojekte in Gestaltungsräumen sind unter anderem die in den letzten Jahren stark gewachsenen Bürgerenergieprojekte (vgl. European Commission o.J.). Sie verdeutlichen, wie eine dezentrale und demokratische Gestaltung der Energieversorgung sowohl Mehrwert für Individuen als auch für Kommunen schafft.¹ Die gemeinsame Fortentwicklung des Bestehenden fördert nicht nur die Selbstbestimmung und das Gemeinschaftsgefühl, sondern ermöglicht auch die Nutzung des vorhandenen Potenzials der Region. Hierbei spielen aktive Personen in der Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung eine entscheidende Rolle. Durch die Mobilisierung der lokalen Ressourcen entstehen lebendige und nachhaltige Gemeinschaften, die individuelle Wege der Zukunftsgestaltung ausloten (vgl. Mautz/Reingen-Eifler/Vogel 2023).

Avantgarderäume

Viertens können sich ländliche Räume als Avantgarderäume etablieren und somit als Impulsgeber für gesellschaftliche Entwicklungen fungieren. Anders als in den vorangegan-

1 Die Innovationskraft und die kohäsionsstiftende Wirkung von Bürgerenergiegesellschaften hat auch die Bundesregierung erkannt und zum 1. Januar 2023 eine Förderrichtlinie verabschiedet, welche die Kosten in der Planungs- und Genehmigungsphase senken soll (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2022).

genen Szenarien handelt es sich hierbei nicht um bloße Reaktionen auf äußeren Druck, sondern um den Versuch, dem Rest der Gesellschaft ein Stück voraus zu sein, Eigenwilliges und bislang auch Unbekanntes anzugehen sowie in die Tat umzusetzen. Die Bewohner*innen begegnen Veränderungen nicht nur aktiv, sondern treiben diese selbst voran. Sie schaffen und nutzen vorhandene Räume für Innovationen, greifen auf Gegebenheiten wie die intakte Natur, landwirtschaftliche Potenziale und ihre Gemeinschaftsstärke zurück, um neue Lösungen zu finden. Zugleich dürften dabei auch aus dem Utopischen gewonnene Erwartungen als Motivationen und Differenzmarkierungen in Erwägung zu ziehen sein. Im Optimalfall gelingt es, die Werte ländlicher Regionen wie Naturnähe, Übersichtlichkeit und Gemeinschaft mit den notwendigen strukturellen Veränderungen in Einklang zu bringen (vgl. Fraunhofer IFF o.J.). Die starke Verbindung zur Natur und das Bedürfnis, diese zu bewahren, können eine unterstützende Rolle spielen, um Ziele der Energieversorgung und des Naturschutzes miteinander zu vereinbaren. Es besteht nicht das Bestreben, Lösungen aus der Stadt auf das Land zu übertragen, sondern neue Wege zu gehen. Die ländlichen Räume entwickeln dabei eigene avantgardistischen Ansätze, die eben nicht nur die urbanen Zentren als Lebensräume sehen, die Zukunft gestalten und entwerfen. So werden sie beispielsweise zu Pionieren beim Einsatz autonomer Fahrzeuge, der multifunktionalen Nutzung bestehender Infrastruktur oder der Etablierung von Genossenschaften in den Bereichen Wohnen, Verkehr und Energie (vgl. CoWorkLand 2022). Elemente und Bezugslinien aus der Tradition sozialutopischen Denkens, zumal die Bewahrung bzw. Wertschätzung der Natur selbst, ihre Gestaltung durch genossenschaftliche Praxis oder auch die Begrenzung ihrer Ausbeutung können damit zu Ansatzpunkten praktischen Handelns werden.

Es gilt zu beachten, dass diese Szenarien nicht als starre Prognosen oder Charakterisierungen ländlicher Räume verstanden werden sollten, sondern vielmehr als Zuspitzungen identifizierter Tendenzen in Rückbezug auf das oben angesprochene utopisch-dystopische Potenzial. Sie illustrieren Entfaltungsoptionen, die keineswegs geradlinig oder irreversibel, sondern sich teilweise überlappen und nicht strikt voneinander zu separieren sind.

5. Chancen der Energiewende(n) für ländliche Räume

Im Anschluss an die präsentierten Szenarien stellt sich unweigerlich die Frage: Was muss in ländlichen Räumen geschehen, damit sie den Weg als Avantgarde- oder Gestaltungsräume einschlagen können? Am Beispiel der Energiewende lassen sich einige zentrale Voraussetzungen und Handlungsstrategien illustrieren.

Dazu gehört erstens die Analyse regionaler Potenziale, die auch als wesentlicher Schritt zur Selbstermächtigung verstanden werden sollte. Die jeweiligen Ressourcen einer Region oder Kommune sind enorm heterogen und sie diversifizieren das Spektrum der zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten ebenso wie sie die Handlungsmacht der Individuen in den Blick bringen. Auch jene Regionen, die nach etablierten Kriterien als strukturschwach gelten, verfügen trotz aller Widrigkeiten demographischer und wirtschaftlicher Verluste über soziale Ressourcen, die aber oftmals keine Berücksichtigung finden.

Diese Tatsache, dass wir gerade dort neue Impulse finden, wo sie aufgrund der strukturellen Gegebenheiten nicht zu erwarten sind, trägt das Konzept der »Sozialen Orte« (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022), das den Blick auf kulturelle und soziale Kreuzungspunkte richtet, die das Zusammengehörigkeitsgefühl vor Ort stärken. Gelingt es, solche Orte zu stabilisieren, können diese als Innovationsressource einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume leisten (vgl. Lehweß-Litzmann/Reinhold/Vogel 2022). Sie bieten eine Plattform für den Austausch zwischen verschiedenen Gruppen und Menschen. Die sozialen Ressourcen, zum Beispiel die Kleinräumigkeit dörflicher Strukturen und ihre Beziehungsgeflechte, stellen eine – wenn nicht *die* – zentrale Substanz ländlicher Räume dar. Die hier angesprochene Lokalität der Lebensführung und die regionale Organisation von Arbeit und Zusammenleben findet sich bereits in den klassischen Texten der Sozialutopien von Morus (»Häuser«) bis Fourier (»Phalanstères«). Hier liegen Chancen, auf die ländliche Kommunen im Zuge stattfindender Transformationen zurückgreifen sollten – ohne sich blind darauf zu verlassen. Zum einen ermöglichen die dörflichen Lebensverhältnisse kürzere Kommunikationswege bei der Umsetzung von geplanten Vorhaben (vgl. Megerle/Frick 2022) auch in der kommunalen Verwaltung. Zum anderen eröffnen sie Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten, da bessere Bedingungen bestehen, Meinungen und Ideen aktiv einzubringen. Auch die Zusammenarbeit mit benachbarten Gemeinden oder regionalen Netzwerken kann helfen, Ressourcen zu bündeln, Synergien zu nutzen und gemeinsam Projekte umzusetzen. Nicht immer erleichtern kleinteilige Strukturen die Entscheidungsfindung oder Organisation, aber die oft enge Verbundenheit und das langfristige Vertrauen können gemeinschaftliche Mentalitäten befördern, welche die Verfolgung kollektiver Ziele unterstützen. Im Idealfall begünstigen die sozialen Strukturen nicht nur die Entstehung lokaler Initiativen wie Bürgerenergiegenossenschaften, sondern stärken wiederum das Miteinander in der Dorfgemeinschaft oder auch im kleinstädtischen Quartier.

Dementsprechend sollte eine Bestandsaufnahme der regionalen Potenziale nicht nur die geographischen Gegebenheiten wie Freiflächen, Sonnenstunden oder Windhöufigkeit berücksichtigen, sondern gleichermaßen die sozialen Ressourcen: den lokalen Zusammenhalt sowie bestehende Netzwerke, nicht zuletzt historische Vorlagen und Orientierungen wie die regionale Identität und lokale Naturlandschaft als visuell geprägtes Heimatbild. Folgt man dieser Betrachtungsweise, erscheint es naheliegend, die »Energiewende(n)« im Anschluss an Megerle/Frick (2022) stärker im Plural zu denken.

Zweitens sollte die Umsetzung von Transformationsprozessen gemeinwohlorientiert erfolgen. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann Arbeitsplätze in den Bereichen Planung, Bau, Betrieb und Wartung von Anlagen schaffen. Ländliche Gemeinden können solche Entwicklungen durch strategische Förderungen zur Gründung lokaler Unternehmen im Energiesektor gezielt unterstützen. Da Investitionen und Förderprogramme im Bereich Energie, Klima- und Umweltschutz jedoch aus nachvollziehbaren Gründen als nachrangig betrachtet werden, solange grundlegende Lebensbedürfnisse vor Ort nicht gesichert sind (vgl. Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022: 26), erscheint es ratsam, für regionale Entwicklungsstrategien potenzielle Synergien der unterschiedlichen kommunalen Handlungsfelder z.B. zwischen Klima- und Umweltschutz, Energieversorgung, Wirtschaftsförderung und der Bereitstellung von sozialen Diensten stärker zu berücksichtigen. Dazu wären auch neue Optionen der Finanzierung auszuloten.

Denkbar ist der Ausbau von Windkraft- oder Solaranlagen auf kommunalen Freiflächen sowie die Beteiligung an Erlösen oder Entschädigungszahlungen von Energieversorgungsunternehmen bzw. Netzbetreibern. Die generierten Gelder lassen sich wiederum für die Sanierung öffentlicher Schwimmbäder oder die Finanzierung von Kindergärten verwenden (vgl. Lienhoop 2018). Maßnahmen, die sich auch positiv auf die lokale Akzeptanz von Energiewendemaßnahmen auswirken (vgl. Collet et al. 2022: 21). Um unabhängiger von staatlichen Transferleistungen werden, müssen politische Gestalter*innen entsprechende Rahmenbedingungen setzen (vgl. Braun/Knapp 2015: 110). Regelungen zur finanziellen Beteiligung von Anwohnenden und Kommunen, wie sie zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern (2016) und Brandenburg (2019) in Kraft sind oder in Niedersachsen (vgl. Niedersächsische Staatskanzlei 2023) und Sachsen geplant werden (vgl. Eichenauer/Gailing 2023), könnten als Vorbild dienen. Damit Kommunen handlungsfähig bleiben, sollten Beratungsangebote ausgeweitet und zudem über eine weitere Ermächtigung der kommunalen Ebene nachgedacht werden, etwa durch Regelungen zur vorrangigen Verpachtung beziehungsweise den Verkauf von Flächen an Kommunen anstelle privater Investor*innen für den Ausbau von Energieinfrastruktur oder die Rekommunalisierung von Verteilnetzen.

Drittens sollte das Ziel verfolgt werden, die Energiewende sozial gerecht zu gestalten. Hier kann an die Tradition der Sozialutopien angeknüpft werden, besonders an die sozialreformerischen Texte seit dem 19. Jahrhundert. Auf gesamtgesellschaftlicher sowie kommunaler Ebene kommt dem Thema Gerechtigkeit eine besondere Bedeutung zu, ist dieses häufig emotional besetzt und weist ein erhöhtes politisches Mobilisierungspotenzial auf (vgl. Kuhlmann/Kerker/Marg 2023). Dies gilt auf dem Land in besonderem Maße, da der Erfolg der Energiewende maßgeblich davon abhängt, ob diejenigen, die am stärksten von den negativen Konsequenzen betroffen sind, deren Umsetzung langfristige mittragen (vgl. Kerker 2022). Dieser Handlungsbedarf wird zudem durch die jüngsten Befunde des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers unterstrichen, in dem etwa die Hälfte der befragten Personen angab, die Verteilung von Kosten und Nutzen energie- bzw. verkehrspolitischer Maßnahmen als ungerecht zu empfinden (vgl. Wolf et al. 2022: 7). Um durch Energiewendeprojekte einen gemeinschaftlichen Nutzen herbeizuführen, ist ein partizipativer Prozess auf lokaler Ebene und eine faire Verteilung der Einnahmen von entscheidender Bedeutung (vgl. Süsser/Kannen 2017). Es gilt daher, Aspekte der Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit auch vor Ort zu reflektieren und in die kommunalpolitische Agenda mit aufzunehmen. Im Unterschied zu utopischen Traditionen, in denen mehr oder weniger rationale Planung von oben oder von außen vorgegeben waren, müssen solche Ziele nun in demokratischen Aushandlungsprozessen derjenigen Menschen gestaltet und gewertet werden, die vor Ort miteinander leben.

6. Fazit – Entweder...oder?!

Ländliche Räume und ihre Bewohner*innen stehen in den großen Transformationsprozessen – und hier spielt die Energiewende eine entscheidende Rolle – vor erheblichen Herausforderungen. Dorf und Kleinstadt sind keineswegs nur Peripherie, die irgendwann einmal die Erschütterungen der Metropolen zu spüren bekommen. Es scheint viel-

mehr genau umgekehrt zu sein. Die ländlichen Räume spüren den demographischen, technologischen und wirtschaftlichen Wandel besonders intensiv. Was diese Intensität in Zukunft für das Leben vor Ort, die lokalen Strukturen und die raumbezogene Identität bedeutet, ist heute noch nicht absehbar. Unstrittig scheint jedoch der Befund, dass *entweder-oder-Perspektiven* zu kurz greifen. Realistisch betrachtet werden wir in den nächsten Jahren das gesamte Entwicklungsspektrum zwischen Pionierräumen und abgehängter Peripherie sowie die Entstehung von Absiedlungs- bis hin zu Avantgarderäumen beobachten. Das Bild vom *abgehängten Land* ist hier wenig hilfreich. Vielmehr ist es notwendig, sich von stereotypischen Sichtweisen auf Stadt und Land zu verabschieden. Die Utopie einer nachhaltigen und ökologisch (über-)lebensfähigen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweise trägt in hohem Maße auch ländliche Züge. Historisch ist das kein neuer Zusammenhang, da soziale Utopien schon immer auch ländlich geprägte Räume bzw. Lebensweisen berücksichtigten. Im besten Falle gelingt es, eine auf Gleichwertigkeit, Gemeinwohl und Gerechtigkeit (vgl. Vogel 2023) orientierte Fortschrittserzählung für ländliche Räume zu entwickeln und Handlungsspielräume für bevorstehende Veränderungen offenzulegen.

Für zukünftige Forschung sind dabei Untersuchungen von Potenzialen und Ressourcen ebenso interessant wie die Analyse lokaler Dynamiken im Kontext von Veränderungsprozessen. Insbesondere im Themenfeld der Energiewende obliegt es Wissenschaftler*innen, neben der bisherigen Fokussierung auf mögliche Konfliktfelder auch die potenziellen Chancen stärker zu beleuchten (vgl. Megerle/Frick 2022). Neben Fallstudien sollte gerade im Bereich der Energiewende auch die wissenschaftliche Begleitung zur Anpassung politischer Rahmenbedingungen im Hinblick auf ihre sozioökonomischen Auswirkungen für ländliche Räume im Vordergrund stehen.

Auch ist die Rolle von Infrastrukturen in den Debatten um gesellschaftliche (Transformations-)Prozesse nicht zu vernachlässigen, da sie – wie am Beispiel der Energiewende zu sehen – das Potenzial haben, Einfluss auf die Strukturen des Gemeinwesens zu nehmen. Diese sollten daher nicht allein unter Gesichtspunkten der ökonomischen Effizienz betrachtet, sondern auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin untersucht werden. Schließlich ermöglichen sie nicht nur den Zugang zu Grundbedürfnissen, sondern bilden auch in technischer wie sozialer Hinsicht die Basisstruktur unseres alltäglichen Lebens und fungieren somit als verbindende Elemente, die Zusammenhalt stiften. Eine gut entwickelte und leistungsfähige Infrastruktur kann die Resilienz einer Gesellschaft in Krisenzeiten erhöhen und zu einer Verringerung sozialer Ungleichheiten beitragen.

In den oben skizzierten Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume verbinden sich externe wie interne Handlungsimpulse. Politische Weichenstellungen im Sinne der Stärkung der Kommunen können den lokalen Handlungsrahmen erweitern, doch muss dieser von lokalen Akteuren auch mit Leben gefüllt werden. Die Förderung aktiven Handelns in ländlichen Räumen wird somit zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die sicherstellen soll, dass die bevorstehenden Transformationswellen nicht über rurale Regionen hinwegrollen, sondern lokale Akteure befähigt sind, die darin liegenden Chancen zu nutzen. Der utopische Überschuss der sozial-ökologischen Transformation kann dabei zugleich Motor, zumindest aber Impulsgeber für die Gestaltung des Zusammenlebens in ländlichen Räumen sein. Im Falle der Energiewende bedeutet dies, Wege zu finden, um mit dem (Öko-)Strom zu schwimmen, statt gegen ihn.

Literatur

- Bloch, Ernst (1969): Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien. Mit Quellentexten. Hamburg: Rowohlt.
- Braun, Florian/Knapp, Martin (2015): »Der ländliche Raum als Schauplatz der Energiewende«, in: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 24, S. 106–110.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2016): Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume 2016. Zweiter Bericht, Berlin, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_laendliche-Regionen/Regierungsbericht-Laendliche-Raeume-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=3 vom 12.10.23.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2023): Özdemir: »Ländliche Räume sind Pionierräume«. Bundeslandwirtschaftsminister eröffnet 16. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022): Mehr Akzeptanz für die Energiewende – Förderung der Bürgerenergie wird ausgebaut, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/12/20221224-mehr-akzeptanz-fuer-die-energiewende-foerderung-der-buergerenergie-wird-ausgebaut.html> vom 10.10.2023.
- Collel, Arwen/Knodt, Michèle/Stoll, Patricia/Kemmerzell, Jörg/Reitz, Sybille/Goshen, Lauren/Ohlhorst, Dörte (2022): Ariadne Hintergrund. Konflikte und Akteure – Gesellschaftliche Herausforderungen bei der Umsetzung der Stromwende, Potsdam, <https://ariadneprojekt.de/publikation/hintergrund-konflikte-und-akteure/> vom 26.07.2023.
- CoWorkLand (2022): Die neue Ländlichkeit. Wie können wir Utopien im ländlichen Raum wachsen lassen?, <https://coworkland.de/de/neuigkeiten/die-neue-laendlichkeit> vom 12.10.23.
- Eichenauer, Eva/Gailing, Ludger (2023): Prüfung einer Landesregelung zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen an Land für den Freistaat Sachsen, Cottbus, https://www.energie.sachsen.de/download/Gutachten_Finanzielle_Beteiligung_ohne_Adresse.pdf vom 20.10.2023.
- Eichenauer, Eva/Irmisch, Janne/Ulrich, Peter (2022): Szenarien für eine Energiewende in ländlichen und städtischen Räumen. Teil 1: Regional vernetzt und gesellschaftlich getragen in eine klimaneutrale Zukunft, Erkner, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/251760/1/1796897485.pdf> vom 15.10.2023.
- Ersöz, Hisar/Mosel, Lena/Lippert, Jasper (2016): Operatives Netzland TH-50.9270540. Entwurfsarbeit im Entwurfsstudio Master Landschaftsarchitektur. Berlin.
- European Commission (o.J.): The landscape of Energy Cooperatives in Germany, https://rural-energy-community-hub.ec.europa.eu/landscape-energy-cooperatives-germany_en vom 12.10.23.
- Fraunhofer IFF (o.J.): Strukturwandel im ländlichen Raum, <https://www.iff.fraunhofer.de/de/forschung-im-fokus/strukturwandel-und-biooekonomie.html> vom 27.07.2023.
- Fröhlich, Paulina/Mannewitz, Tom/Ranft, Florian (2022): Die Übergangenen. Struktur-schwach & erfahrungstark: zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die große

- Transformation (= Studie). Berlin, Bonn: Das Progressive Zentrum/Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Gohla, Vera/Hennicke, Martin (2023): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023 (= FES Diskurs). Berlin.
- Kerker, Nina (2022): »Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende – ein sozialer Konflikt (der Zukunft)?«, in: Julia Zilles/Emily Drawing/Julia Janik (Hg.): *Umkämpfte Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 235–250.
- Kerker, Nina/Kuhlmann, Lucas/Marg, Stine/Mokros, Nico/Küpper, Beate/Teune, Simon/Michel, Marius (2022): *Die Unbeteiligten in lokalen Energiewendekonflikten*. Demokon Research Paper III. Göttingen, Mönchengladbach, Potsdam, <https://www.demokon.de/files/uploads/2023/06/demokon-research-paper-3-die-unbeteiligten-energiewende-konflikte-kerke-et-al.pdf> vom 15.10.2023.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft (= Rurale Topografien, Band 16)*. Bielefeld: transcript.
- Koolhaas, Rem (2014): *Rem Koolhaas: Countryside Architecture*, <https://www.iconeye.com/architecture/rem-koolhaas-in-the-country> vom 12.10.23.
- Koolhaas, Rem (2020): *Countryside. A Report*, Köln: TASCHEN.
- Kuhlmann, Lucas/Kerker, Nina/Marg, Stine (2023, im Erscheinen): »Niemals empört etwas mehr als Ungerechtigkeit«. Über Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende«, in: Paul Eisewicht/Michael Ernst-Heidenreich/Winfried Gebhardt (Hg.): *Empörte Welten. Moralschwere Sinnsuche in polarisierten und polarisierenden Zeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lehweß-Litzmann, René/Reinhold, Maike/Vogel, Berthold (2022): *Soziale Orte als Innovationsressource. Wie Zukunft in ländlichen Räumen entsteht! (InReSo)*, <https://sofi.uni-goettingen.de/projekte/soziale-orte-als-innovationsressource/organisation/vom-15.10.2023>.
- Lienhoop, Nele (2018): »Acceptance of wind energy and the role of financial and procedural participation: An investigation with focus groups and choice experiments«, in: *Energy Policy* 118, S. 97–105.
- Mautz, Rüdiger/Reingen-Eifler, Helena/Vogel, Berthold (2023): »Zusammenhalt durch Soziale Orte: Neue Perspektiven für den ländlichen Raum«, in: Nils Goldschmidt/Marco Rehm (Hg.): *Soziale Nachhaltigkeit in der Region. Wirtschafts- und sozialpolitische Perspektiven*: Berlin: De Gruyter Oldenbourg, S. 9–32.
- Megerle, Heidi E./Frick, Adrian (2022): »Energie(wenden) im Ländlichen Raum: Auswirkungen, Chancen und Risiken am Beispiel von Baden-Württemberg«, in: *Standort* 46(2), S. 250–258.
- Niedersächsische Staatskanzlei (2023): *Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land in Niedersachsen, zur finanziellen Beteiligung am Ausbau erneuerbarer Energien und zur Änderung des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes*, Hannover, https://www.stk.niedersachsen.de/download/195545/034-GE_Windenergieanlagen.pdf.pdf vom 01.08.2023.
- Polanyi, Karl (1973): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Saage, Richard (1997): »Der entfesselte Prometheus? Zum wissenschaftlichen und technischen Selbstverständnis der neuzeitlichen Sozialutopien«, in: Richard Saage (Hg.): Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien. Darmstadt: WGB, S. 189–203.
- Siedentop, Stefan/Stroms, Peter (2021): Stadt und Land: Gleichwertig, Polarisiert, Vielfältig, Hamburg, https://www.zeit-stiftung.de/f/Neuigkeiten%202021/Metastudie-Stadt-Land-Beziehung_2021.pdf vom 12.10.2023.
- Simmank, Maïke/Vogel, Berthold (Hg.) (2022): Zusammenhalt als lokale Frage. Vor Ort in Saalfeld-Rudolstadt (= Öffentliche Güter und Sozialer Zusammenhalt, Band 3): Baden-Baden: Nomos.
- Süsser, Diana/Kannen, Andreas (2017): »Renewables? Yes, please!<: perceptions and assessment of community transition induced by renewable-energy projects in North Frisia«, in: Sustainability Science 12, S. 563–578.
- Vogel, Berthold (2020): »Wo sind die Kühe hin? Rezension zu »Countryside A Report« von Rem Koolhaas/AMO«, in: Soziopolis: Gesellschaft beobachten, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-82888-1> vom 15.10.2023.
- Vogel, Berthold (2023): »Klimapolitik geht nur sozial!«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 68 (9), S. 17–20.
- Wieck, Kathrin/Giseke, Undine (2018): »Urban-rurale Verknüpfungen entwerfen«, in: Sigrun Langner/Maria Frölich-Kulik (Hg.): Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt. Bielefeld: transcript, S. 363–384.
- Wolf, Ingo/Huttarsch, Jean-Henri/Fischer, Anne-Kathrin/Ebersbach, Benita (2022): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2022. Was die Menschen in Deutschland bewegt – Ergebnisse einer Panelstudie zu den Themen Energie und Verkehr, Potsdam, <https://ariadneprojekt.de/publikation/soziales-nachhaltigkeitsbarometer-2022/vom-15.10.2023>.

Utopie einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft

Konturen und Herausforderungen einer alternativen Zukunft

Theresia Oedl-Wieser

1. Einleitende Gedanken

Seit geraumer Zeit sind zeitdiagnostische Zuschreibungen an ländliche Räume sehr angesagt, wie zahlreiche wissenschaftliche Publikationen vieler fachlicher Disziplinen, mediale Berichterstattungen und die verstärkte politische Aufmerksamkeit belegen. Es offenbart sich ein breites Spektrum an Betrachtungen, die von pessimistischen Zukunftsprognosen und der Inszenierung »Ländlicher Idyllen« bis hin zur Konstatierung einer »Neuen Ländlichkeit« reichen (vgl. Neu 2016; Baumann 2016; Schmitt/Seiser/Oedl-Wieser 2015: 342). Im Gegensatz zur neuen Landeuphorie stellen die pessimistischen Sichtweisen den demographischen Wandel, verursacht durch Bevölkerungsrückgang und eine alters- und geschlechterselektive Abwanderung, in den Mittelpunkt der Betrachtung (vgl. Hiess et al. 2018; Beetz 2016; Fidschuster/Dax/Oedl-Wieser 2015). Darüber hinaus belegen Wahlanalysen in vielen westlichen Ländern einen »rural-urban divide« betreffend konservativer und liberaler Werthaltungen sowie den Aufstieg des Rechtspopulismus in vielen ländlichen Regionen (vgl. Essletzbichler/Disslbacher/Moser 2018).

In Österreich wurde beispielsweise bei der Nationalratswahl 2017 in ländlichen Regionen mehrheitlich konservativ oder mitte-rechts gewählt, während in den Städten eher mitte-links, grün oder liberal gewählt wurde. Auch entlang der Strukturkategorie Geschlecht zeigen sich Unterschiede: Frauen treten schon seit den 1970er-Jahren stärker für liberalere Gesellschaftsbilder ein als Männer, und dies bestätigte sich auch bei der Nationalratswahl 2017 (SORA/ISA 2017: 4). Worin liegen die Gründe für diese politischen Entwicklungen, und welche Auswirkungen haben sie für Frauen und Mädchen, die in ländlichen Regionen leben? Kann dies bedeuten, dass die mittlerweile für selbstverständlich erachteten Errungenschaften, für die Frauen in den vergangenen Jahrzehnten politisch gekämpft hatten, wie bessere Schulbildung, Qualifizierung, höhere Erwerbsbeteiligung und Partizipation von illiberalen Kräften in Frage gestellt werden (Oedl-Wieser/Schmitt/Seiser 2020: 42)? Oder, dass mangelnde Toleranz gegenüber pluralen

Lebenskonzepten und die Einschränkung von Möglichkeits- und Freiräumen in manchen ländlichen Milieus die Attraktivität ländlicher Regionen als Lebens- und Arbeitsort deutlich vermindern (Marchner 2015: 58)?

Es kann gemutmaßt werden, dass größere Teile der ländlichen Bevölkerung, darunter viele männliche Bewohner und Ältere, mit der Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels, wie er in vielen Städten stattfindet, nicht einverstanden sind. Sie sehen die offene (groß-)städtische Gesellschaft, die sich in diversen Lebensstilen, kultureller und ethnischer Vielfalt sowie hohen Freiheitsgraden ausdrückt, skeptisch oder stehen dieser Entwicklung eher ablehnend gegenüber (vgl. Kaschuba 2016; Koppetsch 2017: 27).

Die Mehrfachkrisen, die derzeit gesellschaftlich zu bewältigen sind – Globalisierung, Klimawandel, internationale Migration, Covid-19-Pandemie oder jüngst der Angriffskrieg auf die Ukraine mit einhergehender Energiekrise und steigender Inflation – führen bei vielen Menschen zu Verunsicherung und Desorientierung. Sie haben Schwierigkeiten, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, und dies weckt bei vielen das Bedürfnis nach Überschaubarkeit, Beständigkeit und Identität. Im Zuge dieser rasanten gesellschaftlichen, ökonomischen und technischen Transformationen verstärken sich die Ungleichheiten in Europa, wovon sehr viele ländliche Regionen betroffen sind (vgl. Dax/Copus 2018).

Die Entwicklungen können zu unterschiedlichen individuellen Erfahrungen und persönlicher Betroffenheit führen wie etwa das Gefühl des Abgehängtseins, einer unzureichenden Daseinsvorsorge, der mangelnden Beachtung und Wertschätzung, es verbreiten sich aber auch soziale Abstiegsängste und Zukunftspessimismus (vgl. Verwiebe/Bacher 2019; Mossbrugger/Prandner 2022; Eder et al. 2022). In Anbetracht dieser pessimistisch stimmenden Befunde soll im vorliegenden Beitrag die Utopie einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft gezeichnet werden, welche, jenseits von patriarchalen und hierarchischen Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen, auf ein »gutes Leben für Alle«, die in ländlichen Regionen leben und arbeiten, abzielt.

Im nun folgenden Abschnitt wird dargelegt, wie geschlechterspezifische Ungleichheitsstrukturen in ländlichen Regionen entstehen, wo sie sich manifestieren und wie die Machtverhältnisse in ländlichen Gesellschaften gelagert sind. Im nächsten Abschnitt wird die Utopie einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft für alle Sphären des Lebens und Arbeitens sowie Lebensphasen der Bewohner*innen erläutert. In Folge werden Pfade hin zu geschlechtergerechten ländlichen Räumen diskutiert. Im Ausblick wird resümiert, dass diese »alternative Zukunft« nur unter adäquaten Rahmenbedingungen möglich ist und der Mitwirkung aller gesellschaftlichen Gruppen und Stakeholder in ländlichen Räumen bedarf.

2. Feministische Anliegen

Aus einer feministischen Perspektive gilt es zu analysieren, wie geschlechterspezifische Ungleichheitsstrukturen in ländlichen Regionen entstehen, wie sie sich äußern und wo sie sich manifestieren und reproduzieren. Geschlecht stellt eine soziale Kategorie dar, die in vielschichtiger Weise in die (ländliche) Gesellschaftsstruktur sowie in symbolische Wertordnungen und subjektive Identitäten eingewoben ist (vgl. Pimminger 2019).

Löw (2001: 212f.) führt aus, dass die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Zugangschancen für unterschiedliche soziale Gruppen – also beispielsweise Frauen und Männer – auch ungleiche Chancen hervorbringen, an der Schaffung, Gestaltung und Transformation von Räumen mitzuwirken. Die Entwicklung von ländlichen Regionen ist immer auch Ausdruck und Ergebnis von Machtverhältnissen in der Gesellschaft. »Gendered Spaces« (vgl. Löw 2001; Ruhne 2019; Wastl-Walter 2010) wirken unmittelbar auf die Lebensführung sowie auf die Potenziale und die Perspektiven von Frauen und Männern in ländlichen Regionen, indem sie für diese förderlich sind oder sie behindern (vgl. Oedl-Wieser 2018; Wiest 2016).

Das grundlegende Ziel von Gleichstellung, die für alle Mitglieder der Gesellschaft angestrebt wird, ist es, die Lebenswirklichkeiten der Menschen in ihrer Vielfalt darzustellen, die Wechselwirkungen von diversen sozialen Kategorien sichtbar zu machen sowie die patriarchale hierarchische Geschlechterordnung in der Gesellschaft aufzuheben. Zwar wurden in den vergangenen Jahren in einigen Bereichen Erfolge und deutliche Verbesserungen für Frauen erzielt, wie etwa bei der Bildung oder bei der Erwerbsbeteiligung. In anderen Bereichen gab es jedoch nur wenige Fortschritte wie in Hinblick auf eine gerechte Verteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern.

Oftmals erwecken die oben beschriebenen ambivalenten Entwicklungen den Eindruck, dass es sich bloß um eine »rhetorische Gleichstellung« von Frauen und Männern handelt, was bedeutet, dass sich zwar weite Teile der Gesellschaft verbal verstärkt zu egalitären Werten bekennen, dies in der Alltagspraxis aber nur unzureichend gelebt wird (vgl. Wetterer 2013). Dabei sind Alltagsgerechtigkeit, im Sinne einer gleichberechtigten alltäglichen Lebensführung, ebenso wie Akzeptanz und Toleranz gegenüber eigenständigen und selbstgewählten Lebenskonzepten wichtige Voraussetzungen, damit sich in ländlichen Regionen ein positives Lebensgefühl einstellen kann (vgl. Aufhauser et al. 2003: 183ff.; Larcher et al. 2014: 249f.).

Die soziale Kategorie Geschlecht wird in der Wissenschaft als zentrale Größe bei der Erfassung und Darstellung von sozialen Ungleichheiten angesehen, jedoch nur eingeschränkt thematisiert. Gleichstellung zielt darauf ab, soziale und regionale Unterschiede sowie strukturelle Ungleichheiten zu hinterfragen, sichtbar zu machen und die Ursachen zu beseitigen. Die hier präsentierte Utopie für eine geschlechtergerechte ländliche Gesellschaft knüpft an dieses Konzept an, indem egalitäre Geschlechterverhältnisse und soziale Vielfalt als wichtige Charakteristika der Utopie betrachtet werden. Sie richtet ihren Fokus auf Frauen in ländlichen Regionen, da sie die größte soziale Gruppe bilden, die strukturelle Benachteiligungen erfährt und unter den bestehenden Rahmenbedingungen ihre Potenziale nicht zur vollen Entfaltung bringen kann.

3. Utopie

Im Folgenden werden zentrale Aspekte und Handlungsfelder der Utopie einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft näher ausgeführt.¹ Egalitäre Geschlech-

1 Methodisch basiert der Beitrag auf dem Expertinnen- und Erfahrungswissen der Autorin zu Frauen- und Geschlechterfragen in ländlichen Räumen, zu ländlichen Entwicklungsprozessen und zu

terverhältnisse bilden nicht nur die Grundlage für einen gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zu Macht und Ressourcen (Eigentum, Grund und Boden, Repräsentation), sondern ermöglichen allen Bewohner*innen ländlicher Regionen, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Alter, Behinderung, Religion oder sexueller Orientierung ein selbstbestimmtes Leben. Die mittlerweile breite Anerkennung und egalitäre Verteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern hat zu einer festen Verankerung des Prinzips des Füreinander-Sorgens in allen gesellschaftlichen Bereichen, also auch in der Wirtschaft und in der Politik geführt.

Die Etablierung einer neuen lokalen und regionalen politischen Kultur, die sich durch Transparenz, Privilegien-Abbau und vielfältige Beteiligungsformate für Bürger*innen auszeichnet, hat zu einer sozialen und kulturellen Öffnung in den Dörfern, Gemeinden und Regionen sowie zu zahlreichen Initiativen und (sozialen) Innovationen geführt. Die männerbündlerischen Strukturen in Politik und Gesellschaft wurden aufgelöst. Das lokale und regionale politische Geschehen wird nun, neben der demokratisch gewählten Vertretung, von einem breiten Spektrum an Engagierten, »Macher*innen« und Ehrenamtlichen gestaltet. Die politische Arbeit ist an den Prinzipien Dialog, Kooperation, Solidarität sowie Gemeinwohl orientiert. Frauen sind im politischen Geschehen sehr präsent, da sie nun über mehr Zeit verfügen, und sie sind in allen formellen, intermediären wie auch informellen politischen Gremien paritätisch vertreten. Sie sind wichtige Gestalterinnen und Innovatorinnen einer dynamischen ländlichen Entwicklung.

In einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft wird die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in Familien gefördert und vorangetrieben. Die traditionellen Rollenbilder mit ihren geschlechterspezifischen Zuschreibungen von produktiver und reproduktiver Arbeit sind endgültig überwunden. Die Versorgung mit Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie im Bereich der weiteren sozialen Infrastruktur (wie Kinder- und Altenbetreuungseinrichtungen, Mehrgenerationenhäuser) ist auf lokaler Ebene gewährleistet. Die Betriebs- und Öffnungszeiten dieser Einrichtungen korrespondieren mit den Bedürfnissen der Familien, den Anforderungen der Arbeitswelt und den sozialpolitischen Anliegen vor Ort. Um ein ausreichendes Angebot für die Familien zu gewährleisten, gibt es bei Bedarf flexible gemeindeübergreifende Kooperationen.

Diese bedürfnisorientierte Daseinsvorsorge sichert Bewohner*innen in den verschiedenen Lebensphasen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leistbaren Wohnraum, generationsübergreifende Lebensformen sowie ein würdevolles Altern. In einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft ist es ihren Mitgliedern – Frauen und Männern, Jung und Alt, Rückkehrer*innen, Zugezogenen, Migrant*innen – möglich, qualitätsvolle Beziehungen aufzubauen und in ländlichen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Die Akzeptanz und Toleranz gegenüber selbstgewählten und alternativen

Regional Governance. Es wurde auf Erkenntnisse sowie Publikationen folgender Projekte zurückgegriffen: »ROBUST« (Horizon 2020), »Strengthening Social Capital in Rural Communities for Rural Development« (ERASMUS+), »Strategien für Regionen mit Bevölkerungsrückgang« (Projekt ÖREK Partnerschaft der ÖROK) und »Frauen und lebendige ländliche Regionen« (Projekt der BAB): Bauchinger et al. 2021; Goodwin-Hawkins et al. 2021; Hiess et al. (2108); Oedl-Wieser 2018; Oedl-Wieser/Wiesinger 2021; Wiesinger/Oedl-Wieser 2021; Oedl-Wieser et al. 2023.

Lebenskonzepten dynamisieren das soziale Leben und führen zu einer hohen Aufenthalts- und Lebensqualität für alle Bewohner*innen, sodass sich insgesamt ein positives Lebensgefühl einstellen kann.

Durch die Etablierung von neuen »Dritten Orten« werden vielfältige Räume für den sozialen und kulturellen Austausch in den Dörfern, Gemeinden und Regionen geschaffen. Eine nachhaltige und ressourcenschonende Revitalisierung von Leerstand führt zu wiederbelebten Ortskernen und bietet die Möglichkeit für die Errichtung von Probe- und Veranstaltungsräumen für Vereine, Gruppen sowie für die Bevölkerung im Allgemeinen. Neu geschaffene, oftmals gemeinschaftlich betriebene, Kaffeehäuser und Kulturtreffs mit spannenden Veranstaltungen und abwechslungsreicher Kulinarik sorgen für »urbanes Flair«. Bildungseinrichtungen wie multifunktionale Bibliotheken und Service Hubs ermöglichen die Teilhabe an digitalen Entwicklungen für alle Bewohner*innen. Für die Entfaltung von Kreativität sowie für das Experimentieren für Jung und Alt sind Coworking Spaces, FabLabs und Otelos, die als offene Technologielabore Orte des Austausches und der Zusammenarbeit fungieren, eingerichtet.

Diese vielen Treffpunkte wirken verbindend, inklusiv und identitätsstiftend für alle soziale Gruppen, indem sie soziale Begegnungsstätten, ein breites kulturelles Angebot und ein insgesamt kreatives Klima bieten. Darüber hinaus gibt es in einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft vielfältige Sport- und Freizeiteinrichtungen. Das Sport- und Freizeitangebot ist gleichermaßen für Mädchen und Buben und Erwachsene attraktiv und zugänglich. Bereits in jungen Jahren lernen die Kinder, wie gemeinschaftliche Aktivitäten organisiert werden und welche Voraussetzungen und Ressourcen es dafür braucht. Positive Erfahrungen durch die Teilnahme an diesen gemeinschaftlichen Aktivitäten in jungen Jahren fördert die Bindung an das Dorf, die Gemeinde und die ländliche Region.

In einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft gibt es vielfältige Austauschbeziehungen zu Städten und deren Umlandgemeinden in den Bereichen Arbeit, Konsum, Kultur und Freizeit. Die Bewegungs- und Aktionsradien der Menschen aus ländlichen Regionen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten sowohl physisch als auch virtuell stark ausgeweitet, die Grenzen sind fluider geworden. Durch die erfolgte Mobilitätswende ist die Abhängigkeit von der Automobilität in ländlichen Regionen stark zurückgegangen, und es steht ein verlässliches Mobilitätsangebot aus Bahnen, Bussen und flexiblen Nahverkehrsformen zur Verfügung. Die Synergien von städtisch-ländlichen Austauschbeziehungen sind auf persönlicher Ebene, im sozialen Umfeld, aber auch im regionalen Kontext spürbar, und sie tragen zu einer dynamischeren ländlichen Entwicklung bei. Darüber hinaus werden der Aufbau und die Pflege von privaten und beruflichen Netzwerken, insbesondere von Frauennetzwerken, organisatorisch und finanziell unterstützt.

Es entstehen zahlreiche gemeinschaftliche Aktivitäten auf wirtschaftlicher, sozialer und ehrenamtlicher Basis, welche die Solidarität unter Bewohner*innen sowie deren regionale Identität stärken. Dies ermöglicht es auch hochqualifizierten Menschen, in ländlichen Regionen zu arbeiten. In einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft formieren sich Gemeinschaftsprojekte, deren Mitglieder nachhaltige Lebens- und Arbeitsformen praktizieren oder ein zusätzliches Angebot an therapeutischen und (alternativ-)medizinischen Dienstleistungen anbieten. Sie betreiben beispielsweise

gemeinschaftlich organisierten ökologischen Gemüse- und Obstbau, schließen Allianzen mit Konsument*innen und stellen Produkte für den regionalen Markt bereit. Solche Gemeinschaftsprojekte schaffen ihre eigenen Arbeitsplätze und begründen neue Orte des Experimentierens und der sozialen Begegnung. Die gezielte Nutzung der vorhandenen Vielfalt an Potenzialen und Ressourcen der Mitglieder einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft hat positive Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit ländlicher Regionen.

In einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft ist der Umgang mit allen Formen von Arbeit, wie Erwerbs- und Sorgearbeit, politische Arbeit, Ehrenamt und zivilem Engagement, wertschätzend. Durch die Anerkennung vielfältiger Lebens- und Arbeitsmodelle und durch die Aufgeschlossenheit für Innovationen kann sich das soziale und kreative Potenzial der Menschen in ländlichen Regionen entfalten. Der soziale Zusammenhalt und die regionale Identität werden dadurch gestärkt. Gewalt, Diskriminierung und selbstzerstörerisches Verhalten von (männlichen) Jugendlichen haben keinen Platz mehr in ländlichen Regionen. Denn eine geschlechtergerechte ländliche Gesellschaft ermöglicht es ihren Mitgliedern, wertschätzende Beziehungen untereinander aufzubauen, füreinander zu sorgen und in ländlichen Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

4. Pfade

Ein wichtiges Momentum für die Entwicklung einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft ist es, dass patriarchale hierarchische Geschlechterordnungen abgebaut werden und der Diskurs über Geschlechtergerechtigkeit in allen Gesellschaftsbereichen intensiviert wird. Lokale und regionale Stakeholder – Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Sozialpartnerschaft und Zivilgesellschaft ebenso wie jene der intermediären Strukturen des Regional- oder LEADER-Managements – sind gefordert, mehr Sensibilität für die strukturellen Benachteiligungen von Frauen sowie für deren Bedarfe zu entwickeln. Ebenso gilt es, das transformative Potenzial von Frauen zu nutzen und als Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Weiterentwicklung ländlicher Regionen wertzuschätzen. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf Frauen als rurale Innovatorinnen gelegt werden, deren Gründungsaktivitäten und unternehmerische Tätigkeiten bislang vielfach nur ungenügend wahrgenommen und gefördert wurden.

Im Rahmen der gegebenen Mehrebenen-Governance-Struktur – Bund, Länder, Regionen, Gemeinden – sind viele Akteur*innen und Organisationen für die Einbindung der Anliegen unterschiedlicher Bedürfnisgruppen zuständig. Die Beteiligung und der Einfluss von Frauen in diesen Entscheidungsstrukturen sollte auf allen Ebenen gestärkt werden. Die Erkenntnisse aus der langjährigen Praxis ländlicher Entwicklungsinitiativen zeigen, dass neben der Inklusion anderer sozialer Gruppen (wie Jugendliche, Ältere, Migrant*innen) vor allem die Partizipation von Frauen die Weichen für eine erhöhte Lebensqualität in den ländlichen Regionen stellt (vgl. ÖAR/ZSI 2019). Die Entfaltung und Nutzung des Potenzials von Frauen in ländlichen Regionen ist also nicht nur demokratiepolitisch bedeutend, sondern sowohl für die wirtschaftliche als auch die soziale Entwicklung notwendig.

Förderpolitiken der Europäischen Union und staatliche Regulierungen nehmen wesentlichen Einfluss auf die Ressourcenzugänglichkeit sowie auf die Gestaltung von Geschlechterbeziehungen in ländlichen Regionen. Zwar existieren bereits Gleichstellungspolitiken, wie beispielsweise der duale Ansatz der EU, wonach im Rahmen von Förderprogrammen sowohl spezifische Maßnahmen als auch Gender Mainstreaming umgesetzt werden sollen. In der Praxis greifen diese vielfach aber noch zu kurz (vgl. Oedl-Wieser 2021). Denn obwohl Förderprogramme Frauen derzeit zwar prinzipiell offenstehen, stehen ihrer Nutzung aber oft strukturelle Hindernisse wie Informationsdefizite, eine hochschwellige Beantragung oder hohe Mindestfördersätze bei Investitionen im Wege. Deshalb sollte bei Förderpolitiken danach getrachtet werden, dass ihre Instrumente noch mehr in Richtung Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet werden.

Im Sinne der Verbesserung der politischen, administrativen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechte ländliche Gesellschaft ist, neben der Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, vor allem ein pro-aktives Handeln in Form von frauenspezifischen Maßnahmen, etwa im Bereich der beruflichen Weiterbildung und Beratung, der Unterstützung von Unternehmensgründungen, (gemeinschaftlichen) Gründungen im landwirtschaftlichen Bereich oder Diversifizierungsaktivitäten auf landwirtschaftlichen Betrieben sowie für den Aufbau von multi-sektoralen beruflichen Netzwerken von Frauen dringend notwendig. Unterstützungsstrukturen für Frauen im Regionalmanagement und in LEADER-Aktionsgruppen sollten in Form von »Gender focal points«, also institutionelle Einheiten, die Gleichstellungsfragen proaktiv behandeln und Frauen in ihren Anliegen unterstützen, geschaffen werden.

Die Tatsache, dass Frauen vielerorts ein sehr hohes Bildungsniveau erreicht haben, gute berufliche Qualifizierungen aufweisen und nennenswertes innovatives Potential besitzen, sollte Anlass dazu geben, die Rahmenbedingungen für Frauen so zu gestalten, dass sie ihre Qualifizierungen und Expertisen auch in ländlichen Räumen in entsprechende Arbeitsverhältnisse oder in selbständige Tätigkeiten umsetzen können. Ihr Potenzial, ihre beruflichen Erfahrungen und ihr Wissen sollen sich entfalten können, so dass sie in noch höherem Maße zur Vitalität ländlicher Regionen und zu einer höheren Lebensqualität für alle Bewohner*innen beitragen können als bisher.

5. Ausblick

Die Erreichung des Ziels einer geschlechtergerechten ländlichen Gesellschaft ist von zahlreichen Hindernissen gesäumt. Laut World Economic Forum dauert es noch 131 Jahre, bis Gleichstellung erreicht wird, die wirtschaftliche Gleichstellung liegt sogar noch 169 Jahre in der Zukunft (WEF 2023). Für die Überwindung dieser Hindernisse ist es wichtig, dass die Privilegien bestimmter Gruppen wie Männer mit ihrem erleichterten Zugang zu Ressourcen und Macht sowie ihrer weitgehenden Befreiung von Sorgearbeit abgebaut werden und dass der Zusammenhalt und die Solidarität in der ländlichen Bevölkerung auch in Hinblick auf soziale Vielfalt und Inklusion gestärkt werden. Des Weiteren ist es notwendig, dass »ländliche Regionen auch Räume des Aufbruchs [sind], verbunden mit neuen Sichtweisen und Visionen engagierter Menschen, geprägt von einem neuen Denken und Handeln in vielen Bereichen. [...] Es geht um

Möglichkeits- und Freiräume für Unbekanntes, Unerwartetes und Unkonventionelles, um Räume für Experimente und die Schaffung von Neuem«, wie es Günther Marchner (2015: 58) sehr treffend ausdrückt. Kreativität, Innovation sowie kulturellen Begegnungen und Ausdruckformen muss in diesem Prozess ein hoher Stellenwert zugestanden werden, sodass neue Bilder in den Köpfen der Menschen sowie Narrative über eine geschlechtergerechte ländliche Gesellschaft entstehen können.

Erkenntnisse aus der angewandten Forschung zur ländlichen Entwicklung, aus Analysen der ruralen Frauen- und Geschlechterforschung sowie aus Evaluierungsstudien offenbaren, dass solche zukunftsweisenden Entwicklungsperspektiven nur unter Mitwirkung aller gesellschaftlichen Gruppen auf lokaler und regionaler Ebene möglich sind. Darüber hinaus braucht es die Offenheit und Zusammenarbeit von Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung auf allen räumlichen Ebenen. Bestehende geschlechterspezifische Ungleichheitsstrukturen und Hierarchien müssen im Zuge diese Entwicklungsprozesse aufgebrochen und überwunden werden, damit der Weg für eine geschlechtergerechte ländliche Gesellschaft weiter beschritten werden kann.

Literatur

- Aufhauser, Elisabeth/Herzog, Sigrun/Hinterleitner, Vera/Oedl-Wieser, Theresia/Reisinger, Eva (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Endbericht. Wien: Bundeskanzleramt.
- Bauchinger, Lisa/Oedl-Wieser, Theresia/Dax, Thomas/Reichenberger, Anna/Hausegger-Nestelberger, Kerstin (2021): »Zukunftsweisende Mobilitätssysteme des Steirischen Zentralraums – Erkenntnisse aus städtisch-ländlicher kommunaler Zusammenarbeit«, in: Standort, 45(2) S. 89–95.
- Baumann, Christoph (2016): »Die Lust am Ländlichen – Zur Persistenz und Variation idyllischer Ländlichkeit«, in: Informationen zur Raumentwicklung, 2, S. 249–259.
- Betz, Stephan (2016): »Der Landfluchtdiskurs – zum Umgang mit räumlichen Uneindeutigkeiten«, in: Informationen zur Raumentwicklung 2, S. 109–119.
- Dax, Thomas/Copus, Andrew (2018): »Towards vibrant, inclusive and sustainable rural regions: orientations for a future rural cohesion«, in European Structural and Investment Funds Journal, 6, 3, S. 198–209.
- Eder, Anja/Aschauer, Wolfgang/Höllinger, Franz/Ulrich, Martin (2022): »Pandemie und Wertewandel? Verschiebungen von Wertprioritäten in der österreichischen Bevölkerung und in einzelnen Wähler*innenschichten als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie«, in Österreichische Zeitschrift für Soziologie 47(4), S. 333–357.
- Essletzbichler, Jürgen/Disslbacher, Franziska/Moser, Mathias (2018): »The victims of neoliberal globalisation and the rise of the populist vote: a comparative analysis of three recent electoral decisions«, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 11(1), S. 73–94.
- Fildschuster, Luis/Dax, Thomas/Oedl-Wieser, Theresia (2015): »Demografischer Wandel, Diversität und Entwicklungsfähigkeit ländlicher Regionen«, in: Rudolf Egger/Alfred Posch: Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Ein prekärer Zusammenhang? Wiesbaden: Springer VS, S. 7–28.

- Goodwin-Hawkins, Bryonny/Oedl-Wieser, Theresia/Ovaska, Ulla/Morse, Aimee (2021): »Rural service hubs and socially innovative rural-urban linkages: A conceptual framework for nexogenous development«, in: *Local Economy* 36, S. 551–568.
- Hiess, Helmut/Dax, Thomas/Fidlschuster, Luis/Fischer, Michael/Oedl-Wieser, Theresia (2018): »Österreichische Regionen mit Bevölkerungsrückgang – Analysen und Handlungsempfehlungen«, in: ÖROK (Hg.): *Analysen und Handlungsempfehlungen ÖREK-Partnerschaft »Strategien für Regionen mit Bevölkerungsrückgang«*. Anhang 2. Wien: ÖROK, S. 48–70.
- Kaschuba, Wolfgang (2016): *Die Rache der Dörfer*. Interview im Deutschlandfunk Kultur. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtspopulismus-die-rache-der-doefer-100.html> vom 03.10.2023.
- Koppetsch, Cornelia (2017): »Aufstand der Etablierten?«, in: *Ländlicher Raum* 2, S. 25–29.
- Larcher, Manuela/Oedl-Wieser, Theresia/Schmitt, Mathilde/Seiser, Gertraud (2014): *Frauen am Land. Potentiale und Perspektiven*. Innsbruck: StudienVerlag.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marchner, Günther (2015): »Lebensentwürfe in ländlichen Regionen. Ein Plädoyer für das Unerwartete«, in: Rudolf Egger/Alfred Posch (Hg.): *Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Ein prekärer Zusammenhang?*, S. 57–72.
- Mossbrugger, Robert/Prandner, Dimitri (2022): »Ein pessimistischer Blick nach vorn? Die Erwartungen der Österreicher*innen an die Entwicklung der Lebensumstände nach Corona«, in: Wolfgang Aschauer/Christoph Glatz/Dimitri Prandner (Hg.): *Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus sozialwissenschaftlichen Umfragen*. Wiesbaden: Springer, S. 293–321.
- Neu, Claudia (2016): »Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66(46-47), S. 4–9.
- ÖAR/ZSI – Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung/Zentrum für Soziale Innovation (2019): *Analyse der Potentiale Sozialer Innovation im Rahmen von LEADER 2014–20. Studie im Zuge der Begleitforschung zu LEADER im Auftrag des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus*. Wien: Eigenverlag.
- Oedl-Wieser, Theresia (2018): »Voice und exit – Perspektiven für Frauen in Regionen mit Bevölkerungsrückgang«, in: *Kurswechsel Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* 2, S. 40–52.
- Oedl-Wieser (2021): »Frauen als Adressatinnen Ländlicher Entwicklungsprogramme im Spannungsfeld zwischen feministischem Anspruch und realer Förderpraxis«, in: Angela Wroblewski/Angelika Schmidt (Hg.): *Zeitgemäße Gleichstellungspolitik an der Schnittstelle zwischen Politik, Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS, S. 355–373.
- Oedl-Wieser, Theresia/Schmitt, Mathilde/Seiser, Gertraud (2020): »Feminist_innen am Land – Fehlanzeige?! Geschlechterkonstruktionen, Intersektionalitäten und Perspektiven der Ermächtigung«, in *GENDER* 1–2020, S. 30–45.
- Oedl-Wieser, Theresia/Wiesinger, Georg (2021): *Regio-V – LEADER Region in Vorarlberg, Austria. Beschreibung Case Study Region im Rahmen des Erasmus+-Projektes »Social Capital«*. Wien.

- Oedl-Wieser, Theresia/Hausegger-Nestelberger, Kerstin/Bauchinger, Lisa/Dax, Thomas (2023): »Interkommunale Kooperation im stadtreionalen Kontext aus der Sicht von Bürgermeister:innen – eine qualitative Untersuchung im Steirischen Zentralraum«, in: *Journal of Agricultural Economics and Rural Studies* 32, S. 59–66.
- Pimminger, Irene (2014) *Geschlechtergerechtigkeit. Ein Orientierungsrahmen für emanzipatorische Geschlechterpolitik. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Forum Politik und Gesellschaft. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Ruhne, Renate (2019): »(Sozial-)Raum und Geschlecht als strukturierendes Element des Sozialraums«, in: Fabian Kessl/Christian Reutlinger (Hg.): *Handbuch Sozialraum, Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 203–224.
- Schmitt, Mathilde/Seiser, Gertraud/Oedl-Wieser, Theresia (2015) »Das Ländliche und die Land_Frauen. Sozialwissenschaftliche De_Re_Konstruktionen«, in: *Sozialwissenschaftliche Rundschau* 55(3), S. 335–354.
- SORA/ISA – Institute for Social Research and Consulting/Institut für Strategieanalysen (2017): *Wahlanalyse Nationalratswahl 2017*. <https://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2017/10/ISA-SORA-Wahlanalyse-NRW2017-2.pdf> vom 03.10.2023.
- Verwiebe, Roland/Bacher, Johann (2019): »Gesellschaftlicher Wandel, Werte und ihre soziologische Deutung. Indikatoren für ein Österreich im Umbruch?«, in: Johann Bacher/Alfred Grausgruber/Max Haller/Franz Höllinger/Dimitri Prandner/Roland Verwiebe (Hg.): *30 Jahre sozialer Wandel in Österreich. Ergebnisse einer umfassenden Längsschnittstudie. Indikatoren für ein Österreich im Umbruch?* Wiesbaden: Springer VS, S. 485–511.
- Wastl-Walter, Doris (2010): *Gender Geographien. Geschlecht und Raum als soziale Konstruktionen*. Stuttgart: Steiner.
- WEF – World Economic Forum (2023): *Global Gender Gap Report 2023. Insight Report*. Cologne/Geneva: World Economic Forum.
- Wetterer, Angelika (2013): »Das erfolgreiche Scheitern feministischer Kritik«, in: Erna Appelt/Brigitte Aulenbacher/Angelika Wetterer (Hg.) *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 246–266.
- Wiesinger, Georg/Oedl-Wieser, Theresia (2021): *Inn-Salzach-EUREGIO, Austria. Beschreibung Case Study Region im Rahmen des Erasmus+-Projektes ›Social Capital‹*. Wien.
- Wiest, Karin (2016): »Introduction: Women and Migration in rural Europe – Explanations and Implications«, in: Karin Wiest (Hg.) *Women and Migration in Rural Europe. Labour Markets, Representations and Politics*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 1–22.

Zivilgesellschaft zwischen Lückenbüßer und Utopie

Progressive Perspektiven auf Partizipation in der Raumplanung

Simon Dudek

1. Einleitung

Ein grundlegender Pessimismus durchzieht das Werk des Kultur- und Sozialtheoretikers Mark Fisher. In seinem wohl bekanntesten Werk, *Capitalist Realism* (2009), argumentiert Fisher, dass die Logik des Spätkapitalismus in unserer Gesellschaft so tief verwurzelt ist, dass sie als die einzige Realität wahrgenommen wird und alternative politische oder wirtschaftliche Zukunftsszenarien als undenkbar erscheinen. Dieser vordergründigen Aporie zum Trotz widmete er sich in seinem Spätwerk der Frage, wie diese Alternativlosigkeit in Frage gestellt und letztlich überwunden werden kann. Fishers wenige erhaltene Fragmente (Fisher 2020a, 2020b) folgen, neben Überlegungen zur Ästhetik der Utopie, der Fragestellung, wie die Errungenschaften der Neuen Sozialen Bewegungen in die neoliberale Metamorphose des Kapitalismus inkorporiert werden konnten und welches Potenzial diese dennoch für emanzipative Politiken bereithalten. Das *Postcapitalist Desire*, so der Titel der posthum veröffentlichten Mitschriften aus Fishers (2020a) letzter Lehrveranstaltung, gewinnt, nicht zuletzt angesichts der multiplen Krise (vgl. Demirović 2013) – der Gleichzeitigkeit von ökonomischer, ökologischer und politischer Krise in der Gegenwart – an Relevanz.

Der vorliegende Beitrag nimmt diese Sehnsucht nach alternativen Entwicklungspfaden zum Anlass, um über eine »Entwurfs-Utopie«, also einen grundrisshaften Entwurf (vgl. Neupert-Doppler 2019: 26), für die Planung nachzudenken. Konkret stellt er dabei die Frage nach alternativen Perspektiven auf die Ausgestaltung öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge, deren zu Grunde liegende Infrastrukturen durch die Raumplanung festgelegt werden. Ziel ist es dabei, anhand einer ideengeschichtlichen Suchbewegung zur Planungspolitik im 20. Jahrhundert zu einer »radikalen Rekombination prä-existierender Elemente, die durch eine neue Verbindung eine neue Essenz erhalten« (Adamczak 2018: 102) zu kommen.

Ein besonderes Augenmerk legt der Beitrag in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Zivilgesellschaft in Relation zu staatlicher Planung. Das Spannungsverhältnis von Staat und Zivilgesellschaft soll hier vertieft dargestellt und deren jeweiliges Potenzial für

eine emanzipative Planungspolitik ausgelotet werden. Hierzu stellt der Beitrag zunächst die Umstände der Planungseuphorie in der Nachkriegszeit dar, führt die Kritik des westlichen Marxismus und darauf aufbauend der Neuen Sozialen Bewegungen an den inhärenten hierarchischen Strukturen an und zeigt auf, wie neoliberale Politikkonzepte diese Punkte antizipieren konnten und welche Auswirkungen das auf die Restrukturierung öffentlicher Leistungen in der Raumplanung hatte. Aus dieser historischen Übersicht lässt sich die Utopie starker staatlicher Regulation mit einem hohen Partizipationsgrad für die Raumplanung ableiten. Anhand des Konzepts des radikalen Reformismus als prozessualer Perspektive für eine Planung stellt der Beitrag in der Synthese erste Überlegungen für ein neues Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in der Planung an.

2. Planungseuphorie und Planungskritik Die goldenen Jahre des Kapitalismus

Das Ende des Zweiten Weltkriegs, die Wiederaufbaumaßnahmen anhand des Marshall-Plans in Westeuropa und die Auswirkungen staatlicher Investitionen im Zuge des New Deals in den USA führten zu einer Phase starken wirtschaftlichen Wachstums und einem Anstieg des Wohlstandsniveaus in größeren Teilen der Bevölkerung im Globalen Norden. Dieser Zeitraum wird aufgrund des – sicherlich auch durch den Systemkonflikt bedingten – Ausbaus des Wohlfahrtsstaats, der Ausweitung von Arbeitnehmer*innenrechten und einer Regulierung der Märkte durch eine staatliche Interventionspolitik als »Goldenes Zeitalter« des Kapitalismus (vgl. Hobsbawm 1995) bezeichnet. Die Jahre zwischen 1945 und 1975 waren maßgeblich durch keynesianische Vorstellungen der Wirtschaftsregulation geprägt (vgl. Jessop 2000). Damit einher gingen Interventionen, um Märkte zu regulieren und Bürger*innen sozialen Schutz zu bieten. Zentrale Kennzeichen staatlicher Sozialpolitik waren hohe öffentliche Ausgaben, die, neben steigender Produktivität und steigenden Löhnen, Massenkonsum ermöglichten sowie eine umfassende Wohlfahrtspolitik, wobei sowohl wirtschaftliche als auch soziale Maßnahmen auf den nationalstaatlichen Rahmen bezogen waren. Der Staat fungierte dabei auch als »Korrektiv der Marktkräfte« mit dem Ziel, sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch soziale Integration zu fördern (Jessop 2016: 178).

Analog zeichnete sich in den westlichen Staaten die Raumplanung dieser Zeit durch eine zentralisierte und einheitliche Organisation staatlichen Territoriums aus. Der Staat wirkte durch Transferleistungen und den Ausbau der Infrastruktur darauf hin, einen Ausgleich zwischen expandierenden Stadtregionen und schwächer entwickelten ländlichen sowie peripheren Regionen herzustellen. Dies geschah strukturell durch regulative Kompetenzen des Staates, die sich in einer flächendeckenden sozialen Infrastruktur widerspiegeln, die als räumliche Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaatsprinzips verstanden werden kann. Dieser räumliche Keynesianismus (vgl. Brenner 2004: 114ff., kritisch: Mießner 2017: 66ff.) steht pars pro toto für die Planungseuphorie jener Jahre, in denen der feste Glaube bestand, dass durch umfassende Planung und Intervention alle sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Probleme gelöst werden können. In der Raumplanung schlug sich dies in einem Vertrauen in die Effektivität von Expertenwis-

sen und technokratischen Ansätzen und einem damit verbundenen direktionistischen Top-Down-Planungsverständnis nieder.

Sinnbildlich dafür steht etwa das Leitbild der autogerechten Stadt, einem funktionalistischen Ansatz, nach dem die Stadtplanungsdezernate anhand klarer Kennzahlen einen weitgehend flüssigen Verkehrsfluss gewähren sollten, damit die Bevölkerung möglichst reibungslos ihre Bedürfnisse des fordistischen Massenkonsums befriedigen kann. Dem lag jedoch ein limitiertes Gesellschaftsbild zu Grunde, das u.a. ärmere, weibliche und nicht-motorisierte Bevölkerungsschichten ignorierte und historische städtebauliche Strukturen – sofern sie den Krieg überstanden – zerstörte.

Die Kritik am Steuerungsanspruch des Staates und der hegemonialen Planungseuphorie wurde von emanzipativer Seite insbesondere im Kontext der sogenannten 68er-Bewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen laut. Diese beklagten den oktroyierenden Charakter einer Top-Down organisierten Planung, die zu oft an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht oder aber zumindest gesellschaftlich marginalisierte Gruppen nicht in ihre Überlegungen mit einbezieht. Einen übergeordneten gesellschaftstheoretischen Rahmen für ihre Kritik fanden die progressiven Bewegungen dieser Zeit im westlichen Marxismus (vgl. Elbe 2008, Belina 2022). Für die Arbeiten dieser Denkströmung stellte die Bürokratiekritik ein verbindendes Element dar, deren grundlegende Skepsis gegenüber staatlichem Direktionismus sich aus der Kritik totalitärer Systementwürfe im 20. Jahrhunderts ableitet (vgl. Hülst 1998: 123).

Horkheimer/Adorno prägen dafür den Begriff der »verwalteten Welt« (2009 [1969]: x), die sie in der Verbindung der »Interessen der Großkonzerne mit den staatlichen Planungs- und Steuerungsansprüchen zur heute dominanten Form der gesellschaftsumspannenden technischeren Rationalität« (vgl. Hülst 1998: 124) erkannten. Planung ist somit Ausdruck »instrumenteller Vernunft« (vgl. Horkheimer 1967) und neigt dazu, die Menschen zu objektivieren und ihre Individualität und Vielfalt zugunsten von Standardisierung und Homogenisierung anhand eines bürokratischen Apparats zu unterdrücken. Eine Fluchtlinie erkennt Adorno (1966: 15) im »Nichtidentischen«, einer ästhetischen Identität, die sich nicht der Zweck-Mittel-Rationalität unterwirft. So antizipiert etwa künstlerische Aktivität die »Chance einer herrschaftsfreien Annäherung an Wirklichkeit, ohne dieser Gewalt anzutun« (vgl. Hülst 1998: 125).

Ähnliche Überlegungen – sowohl eine grundlegende Skepsis gegenüber überbordenden staatlichen Befugnissen als auch die Idee der Ästhetik als Widerstandsmoment – stellt auch Henri Lefebvre, ein weiterer Vertreter des westlichen Marxismus, an. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist das Scheitern der russischen Revolution, die er im realexistierenden Sozialismus erkennt. Die Abwendung vom Parteimarxismus begründet Lefebvre auch zeitdiagnostisch: Der Erfolg der kubanischen Revolution ohne eine organisierte Parteistruktur hatte für Lefebvre eine hohe Signalwirkung für eine undogmatische politische Linke. Die Guerilla-Taktik der Situationistischen Internationale kam dieser Idee am nächsten und damit Elemente der Spontanität und der Poesie, die im starken Widerspruch sowohl zur Planwirtschaft des Staatssozialismus als auch zur Verwaltung des bürgerlichen Staats, deren Aufgabe die Ertüchtigung und Wahrung der Wachstumsstruktur war (vgl. Ross 2023: 16), stand.

Insbesondere in der Stadt- und Raumplanung sah er dabei ein repressives Instrument herrschender Machtstrukturen zur Ausübung sozialer Kontrolle. Das wird auch in

seiner Raumtheorie deutlich, in der sich die Repräsentationen des Raums (das Ergebnis von technokratischen Planungsprozessen) und die Räume der Repräsentation antagonistisch gegenüberstehen. Entsprechend kritisiert er die Vorstellung einer objektiven, neutralen Planung, die im öffentlichen Interesse handelt, und argumentierte stattdessen für die Kreativität als emanzipatives Pendant und ein »Recht auf Stadt« der Bevölkerung, mit dem er die Beteiligung und Mitbestimmung der Bürger*innen in Planungsprozessen betont. In Konsequenz muss Raumplanung auf demokratischer Teilhabe basieren und die Bedürfnisse und Rechte aller Menschen berücksichtigen.

Die Student*innenbewegung 1968 und die daraus hervorgehenden Neuen Sozialen Bewegungen griffen diese Kritik auf und wendeten sich gegen den Zeitgeist der Planungseuphorie. Als Bürgerinitiativen kritisierten sie die herrschende Planungspolitik, thematisierten Probleme wie Luftverschmutzung und Verkehrslärm (vgl. Mende 2018: 202) und – auf einer abstrakteren Ebene – den oktroyierenden Charakter staatlicher Planungen, was sich in einem »Unbehagen gegenüber der planerischen Moderne« (ebd.: 203) äußerte.

Diese veränderte Wahrnehmung findet sich in ganz ähnlicher Form als *Künstlerkritik* bei Boltanski und Chiapello (2002) wieder, die den Neuen Sozialen Bewegungen eine bedeutende Rolle bei der Entstehung eines *neuen Geistes des Kapitalismus* zuschreiben. Ausgangspunkt ist eine Analyse der Kapitalismuskritik im Anschluss an die Student*innenbewegung, in der die Autor*innen zwei distinkte Formen der Kritik ausmachen: Die Sozialkritik ist näher an der traditionellen Arbeiterbewegung orientiert und adressiert in erster Linie Verteilungsfragen, während die Künstlerkritik die »Unterdrückung der Autonomie und den Authentizitätsverlust des Individuums« (Münnich 2021: 433) im Spätkapitalismus beklagte. Der Kapitalismus, so das Argument von Boltanski und Chiapello, konnte sich erneuern, indem er diese Punkte antizipierte und in seine Logik integrierte. Durch die Adaption von Ideen (Selbstverwirklichung, Kreativität und Authentizität) und Praktiken (insb. die Selbstverwaltung) der Neuen Sozialen Bewegungen wurden innovative Konzepte in die Planung und auf diesem Umweg (vgl. Boltanski/Chiapello 2002: 251f.) auch in den Managementetagen etabliert.

Der neue Geist des Kapitalismus beschreibt eine Reihe von kulturellen Veränderungen, die sich in der Arbeitswelt und in den Unternehmensstrukturen vollzogen haben. Ähnlich wie Hardt/Negri (2000) argumentieren Boltanski/Chiapello (2002: 213ff.) dabei, dass diese Neuerfindung des Kapitalismus maßgeblich durch die Studierendenproteste von 1968 und dem damit einhergehenden Wertewandel erfolgte. Zugleich fiel dieser Kulturwandel zusammen mit makroökonomischen Entwicklungen (der Krise des Fordismus, der zunehmenden Globalisierung und Finanzialisierung der Weltwirtschaft) und begünstigte so den Erfolg des Neoliberalismus als politischem Projekt ab den 1980er-Jahren.

3. Repräsentation und Wettbewerb

Raumentwicklung im neoliberalen Staatsverständnis

Der Aufstieg des Neoliberalismus war eng mit den neoklassischen Wirtschaftstheorien der Chicago School of Economics, dem Glauben an die Effizienz freier Märkte, an die

Stärkung individueller Freiheit und die Betonung der Verantwortung des Einzelnen für seinen eigenen Erfolg verbunden. Das Selbstverständnis des Staates (zumindest in Nordamerika und Westeuropa) erfuhr dadurch einen grundlegenden Wandel, der sich in zwei Etappen vollzog (vgl. Peck/Tickell 2002): Die roll-back-Phase der 1980er-Jahre war geprägt durch die Regierungszeiten von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA. In dieser Phase lag der Fokus auf der Deregulierung des Marktes, der Privatisierung staatlicher Unternehmen und der Reduzierung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Thatcher und Reagan verfolgten eine Politik der Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende, während sie gleichzeitig Sozialausgaben kürzten und gewerkschaftliche Macht einschränkten. Die roll-out-Phase des Neoliberalismus in den 1990er-Jahren wiederum ging einher mit dem politischen Erfolg von *Third Way*-Parteien in Europa und den USA. In dieser Phase wurde der Fokus auf die Modernisierung des Staates gelegt, indem staatliche Institutionen effizienter und unternehmerischer gestaltet wurden. Die Politik konzentrierte sich auf die Förderung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und des Unternehmertums sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Im Zuge dieser zunehmenden Wettbewerbsorientierung des Staates rückte aus räumlicher Perspektive die lokale und regionale Ebene zunehmend in den Fokus der Planungspolitik (vgl. Brenner 2004: 172ff.). An die Stelle einer Raumordnungspolitik, die durch staatliche Interventionen und Transferzahlungen auf räumlichen Ausgleich hinwirkte, wurde nun die Stärkung von Wachstumspolen zu einem gängigen Leitbild in der Raumentwicklung. Damit einher gingen neue Ansätze im Planungsdiskurs: neben die herkömmlichen Planungskonzepte übergeordneter Ebenen traten in dieser Zeit zunehmend Governance-Strukturen, die den politischen Prozess mehr als bisher für Vertreter*innen der Zivilgesellschaft öffneten. Hinzu kam das Aufkommen eines offenen Regionsbegriffes, mit dem sich die Raumplanung von der territorialen Logik administrativer Ebenen im Staatsaufbau löste und die regionale Kooperation am Prinzip der Freiwilligkeit ausrichtete. Beides deckt sich mit Forderungen Neuer Sozialer Bewegungen, dass an die Stelle des übergreifenden (und in der Wahrnehmung oftmals übergriffigen) Staates basisdemokratische, genossenschaftliche und selbstverwaltende Organisationsformen treten sollten. Diese Kritik am »Normalitätsmuster des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates« (van Dyk/Haubner 2021: 46) schlug sich in einer wachsenden »Reformbewegung für mehr Bürgernähe in der Kommunalpolitik« (ebd.: 97) und damit einhergehend in einem Paradigmenwechsel von der exogenen hin zu endogenen Raumplanung nieder. An die Stelle staatlich oktroyierter Raumordnungs- und -entwicklungspläne traten nun lokale und regionale Governance-Strukturen, aus denen heraus passgenaue Raumentwicklungsstrategien erarbeitet werden. Diese bottom-up-Ansätze in der Raumplanung ließen sich gut mit dem herrschenden neoliberalen Zeitgeist der schlanken Lösungen, reduzierten staatlichen Kompetenzen und einer aktivierenden Grundausrichtung vereinen (vgl. Hesse/Leick 2013). Brenner/Theodore (2002) bezeichnen diese Entwicklung als *neoliberal localization*. Eine Stoßrichtung dieser Restrukturierung war die Delegation von Aufgaben, Lasten und Zuständigkeiten auf Kommunen mit gleichzeitiger Schaffung von Anreizstrukturen zur Belohnung von lokalem Unternehmertum und zur Förderung endogene Entwicklung (ebd.: 369). Das *Starve the Beast*-Mantra neoliberalen Politikverständnisses, dem zufolge der Rückbau

staatlicher Strukturen ein indirektes Ziel unternehmensfreundlicher Wirtschaftspolitik ist, führte so zu einem Abbau koordinierender Planungsansprüche zentraler staatlicher Instanzen zu Gunsten lokaler, projektbasierter Ansätze und damit einhergehend eine zunehmende Integration von Freiwilligenarbeit in Bereiche der Daseinsvorsorge.

Die Idee der Responsibilisierung der Zivilgesellschaft, um ausufernde staatliche Befugnisse zurückzudrängen, ist nicht neu: Felsch (2022) zitiert den liberalen preußischen Staatswissenschaftler Robert von Mohl, der in seiner Kritik der »Bureaukratie« eine stärkere Dezentralisierung der Verwaltung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen als Gegenmittel empfahl.

Van Dyk/Haubner (2021) bezeichnen die Tendenz, dass unbezahlte Tätigkeiten abseits der Familie zunehmend als gesellschaftliche Produktionsressource erschlossen werden als Community-Kapitalismus. Sie begreifen diese neuen gemeinschaftsbasierten Ansätze, also die Erbringung von Leistungen durch die Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 25), dabei als Ergebnis wohlfahrtsstaatlicher Restrukturierungen und der damit einhergehenden Neubewertung von Freiwilligenarbeit, die als neue Technik des Regierens (vgl. Rose 1996) in zunehmendem Maße die staatliche Erbringung sozialer Leistungen kompensiert. Anders formuliert wird die Gemeinschaft zunehmend als Reservoir begriffen, mit deren Arbeitskraft strukturelle Unterversorgungen in der Daseinsvorsorge ausgeglichen werden können.

Welche Bedeutung dieser Ressource der Freiwilligenarbeit staatlicherseits zukommt, zeigt etwa die Begründung des Ehrenamtsstärkungsgesetzes von 2013: »in Zeiten knapper öffentlicher Kassen gewinnt die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft an Bedeutung, denn die öffentliche Hand wird sich wegen der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben konzentrieren müssen« (van Dyk/Haubner 2021: 46). Die Haushaltskonsolidierung geht somit mit einem Rückbau öffentlicher Leistungen einher, wo diese nur defizitär aufrecht zu erhalten sind – etwa aufgrund einer geringeren Auslastung. Für ländliche Räume trifft dies insbesondere auf Mobilitätsangebote, aber auch auf freiwillige kulturelle und soziale Leistungen der Kommunen zu.

Community als Ergebnis eines »anti-etatistischen Impulses« (vgl. Metz/Seßlen 2018) wurde somit durch die neoliberale Restrukturierung im ausgehenden 20. Jahrhundert antizipiert und überformt. Insbesondere in Europa und Nordamerika kam im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine strenge Sparpolitik als bevorzugte Krisenlösungsstrategie dazu, sodass nicht regulär entlohnte Arbeit durch die Gemeinschaft nunmehr, notdürftig über Projektmittel unterstützt oder komplett unabhängig von staatlichen Zuwendungen, als Lückenbüßer für wegbrechende Versorgungssysteme erhalten muss.

4. Ein radikaler Reformismus für eine neue Raumplanung

Die Raumplanung nach 1945 lässt sich zusammenfassend als Doppelbewegung begreifen: Im Fordismus der Nachkriegszeit war diese geprägt durch einen auf sozialen Ausgleich ausgerichteten Staat, der das freie Spiel der Marktkräfte reglementierte und mittels Besteuerung einen Wohlfahrtsstaat aufbaute. Die regulativen Kompetenzen des

Staates waren in dieser Phase der Planungseuphorie deutlich ausgeprägt, wurden aber zunehmend als oktroyiert und bevormundend gegenüber der Bevölkerung aufgefasst. Demgegenüber steht im Postfordismus ein auf Deregulierung und Liberalisierung der Märkte sowie ehemaliger Hoheitsbereiche des Staates zielendes schwaches Staatsverständnis, dessen Prämissen sich von der sozialen Integration der Bevölkerung hin zur Aktivierung von Individuen wandelte. Dies hatte zur Folge, dass die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Kompensation wegbrechender Elemente des Sozialstaats protegiert wurde. Für eine Utopie im Sinne der angeführten Rekombination bestehender Elemente (vgl. Adamczak 2018: 102) gilt es daher, das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in planungsbezogenen Prozessen neu zu vermessen und auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart hin auszurichten. Dafür schlägt der Beitrag als Utopie für die Raumplanung die Verbindung einer starken Regulation ökonomischer Zusammenhänge mit einem hohen Repräsentations- und Partizipationsgrad in der Bevölkerung, ohne deren unentgeltliche Arbeitskraft auszubeuten, vor.

Die Hoffnung ist nicht unbegründet, dass die Gelegenheit für diese Neuverhandlung der politischen Sphäre, in deren regulativen Rahmen sich die Raumordnung bewegt, aktuell gegeben ist: Die vergangenen anderthalb Jahrzehnte sind geprägt durch eine enge Abfolge von Krisen mit gravierenden ökonomischen und sozialen Folgen: Auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die daraus hervorgehende Staatsschuldenkrise folgte wenige Jahre später die Krise im Zuge der Covid-19-Pandemie und eine Energie- und Inflationskrise durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Durch diese multiple Krise, verstanden als eine historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im Finanzmarktkapitalismus (vgl. Demirović et al. 2011: 13), erhält der neoliberale historische Block Risse. Durch diese Hegemoniekrise öffnet sich das Möglichkeitsfenster für alternative Krisendeutungen und politische Aktionen, die erste Schritte auf dem Weg hin zur Utopie bereiten.

Der nachfolgende Entwurf für eine Utopie zukünftiger Raumplanung folgt einer prozessualen Logik, deren Leitplanken sich aus der angeführten Doppelbewegung der Planung nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben. Dies umfasst zum einen eine stärkere Gestaltungskraft und Verbindlichkeit der Raumplanung, also eine Abkehr von der Idee regionaler Wachstumspole hin zu einer Planungspolitik, die Maßgaben für eine transformative Strukturpolitik unter sozialökologischen Vorzeichen setzt. Aspekte dessen sind etwa die Stärkung planerischer Instrumente des räumlichen Ausgleichs, der Ausbau sozialer Infrastruktur (vgl. Dudek/Zademach/Miosga 2023) und die Formulierung raumordnerischer Anforderungen zur regionalen Umsetzung von Transformationszielen.

Zum anderen hat diese Utopie den Anspruch, die verschüttet gegangenen emanzipatorischen Anliegen politischer Partizipation zu heben und zu stärken. Konkret kann dies gelingen, indem die Rolle der Zivilgesellschaft als Expert*innen des Alltagslebens, die um die lokalen Herausforderungen und Eigenlogiken wissen, nicht zur Kompensation wegbrechender Sozialleistungen ausgenutzt wird. Stattdessen sollen Bürger*innen dieses Wissen in politische Prozesse einbringen und an Entscheidungen über die Ausstattung öffentlicher Leistungen beteiligt werden.

Zentraler Bezugspunkt für ein prozessuales Verständnis des Utopischen ist das Konzept des radikalen Reformismus, das ein Autor*innenkollektiv um Joachim Hirsch (Hirsch/Brüchert/Krampe 2013) im Zusammenhang mit konkreten Überlegungen zur sozialen Infrastruktur einführte. Das Konzept des radikalen Reformismus – »Reformismus« deshalb, weil es nicht um revolutionäre Machtergreifung geht, »radikal«, weil auf die gesellschaftlichen Beziehungen gezielt wird, die die dominanten Macht- und Herrschaftsverhältnisse hervorbringen« (Hirsch 2007: 182) – basiert auf der Auffassung, dass sich die Legitimation von Herrschaft auch aus dem Alltagsbewusstsein der Zivilgesellschaft nährt. Entsprechend erkennt Hirsch sowohl im Staat als auch in der Zivilgesellschaft Ansatzpunkte für einen Radikalen Reformismus.

In der Zivilgesellschaft sind die alltäglichen Praktiken, also Konsumformen und Arbeitsweise, aber auch Wertvorstellungen und bürgerschaftliches Selbstverständnis, Ansatzpunkt für die Umgestaltung politischer Strukturen. Sie bilden das Potenzial für die gemeinschaftliche Organisation und Mobilisierung auf lokaler Ebene. Dies kann die Entstehung des politischen Willens zur Durchführung von Reformen begünstigen.

Analog können diese Veränderungen nicht allein auf der zivilgesellschaftlichen Ebene verharren, sondern müssen auch den Staat im engeren Sinne adressieren, der »er kämpfte soziale Kompromisse und Rechte kodifiziert und garantiert« (Hirsch 2005: 232). Das umfasst mit Blick auf die räumliche Organisation auch die Finanzausstattung der Kommunen und die dafür notwendige Regulation räumlicher Disparitäten.

Wie die Umsetzung des radikalen Reformismus konkret aussehen kann, veranschaulicht Hirsch am Beispiel der sozialen Infrastruktur. Ausgehend vom politischen Ziel, »den Bereich nicht warenförmiger Formen des Lebens und des Konsums auszu dehnen« und »die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen etwa in der Gesundheitsversorgung, dem Personentransport, beim Wohnen, in der Pflege und der Bildung systematisch auszubauen« (Hirsch 2005: 236) ergeben sich für die Zivilgesellschaft zentrale Forderungen, die in der politischen Kommunikation der Anliegen einem klaren Programm folgen (Dekommodifizierung, Ausbau von öffentlichen Leistungen). Radikaler Reformismus kann in diesem Sinne als Realutopie aufgefasst werden, als Vorschlag »einmal ganz anders über die Gesellschaft, über die Entwicklung neuer Formen der Vergesellschaftung und über veränderte gesellschaftliche Institutionen nachzudenken« (Hirsch 2003: 1).

Was bedeutet das nun für die Organisation öffentlicher Leistungen durch die Raumplanung? Ein Umdenken könnte etwa darin bestehen, die Bereitstellung öffentlicher Leistungen von Fragen der Rentabilität zu entkoppeln, die gerade in Räumen mit geringer Siedlungsdichte zur Ausdünnung dringend benötigter Dienste und dem zunehmenden Einsatz ehrenamtlicher Notbehelfe führt. An die Stelle kommunaler Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltsdisziplin würden die Alltagserfahrungen und Bedürfnisse der Zivilgesellschaft als Leitmotiv für die raumplanerische Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips treten.

Die Foren zur Artikulation dieser Bedürfnisse müssen dabei nicht unabhängig vom Staat organisiert sein. Vielmehr geht es darum, die angeführte Rolle der Zivilgesellschaft als Expert*innen für das Alltagsleben vor Ort staatlicherseits einzufordern und als direkt demokratische Entscheidungsprozesse ergänzend zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie zu etablieren. Den letztgenannten, klassischen demokratischen

Instanzen käme wiederum die Aufgabe zu, auf eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Ausgestaltung öffentlicher Leistungen im Sinne ihrer Bürger*innen zu sichern.

5. Utopien der Planung und Partizipation

Die Überlegungen zum radikalen Reformismus bereichern insbesondere in zwei Punkten das utopische Projekt dieses Beitrags. Zum einen eröffnet das Konzept eine prozessuale Perspektive auf die Umsetzung einer Utopie zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung. Das bedeutet, dass die Utopie zunächst in erster Linie sinnstiftend und -leitend für die Durchsetzung emanzipativer Inhalte in der Planung wirkt, indem sie aktuellen Partizipationsformanten ein positives Pendant gegenüberstellt. Mit anderen Worten: Sie öffnet den Diskursraum wieder für alternative Problemdeutungen und Lösungsansätze. In Bezug auf die planerische Ausgestaltung öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge könnte dies etwa bedeuten, jenseits der diskutierten historischen Ausprägungen eines dirigistischen Wohlfahrtsstaats und dem aktivierenden Rückbau staatlicher Leistungen darüber nachzudenken, welche Auswirkung die Dekommodifizierung grundlegender Lebensbereiche auf die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft hätte. Würden öffentliche Leistungen ihren warenförmigen Charakter verlieren, wären insbesondere ländliche Räume nicht mehr mit dem Problem reduzierter, da unrentabler, Daseinsvorsorgeeinrichtungen konfrontiert. Bürgerschaftliches Engagement würde aller Voraussicht nach deswegen nicht wegfallen, sondern könnte auf andere Weise das Gemeinschaftsleben bereichern.

Zum anderen zeigt der radikale Reformismus auf, dass sowohl die Zivilgesellschaft als auch der Staat im engeren Sinne Ansatzpunkte für ein verändertes, progressives Planungsverständnis sind. Er hebt sich damit von der Planungskritik des westlichen Marxismus ab, und betont, dass die emanzipativen Erfolge der Zivilgesellschaft nur dann für breitere Gesellschaftsschichten eine Verbesserung bedeuten, wenn sie durch staatliche Strukturen gesichert sind. Ausgangspunkt für den prozesshaften Utopiebegriff bleibt jedoch die Zivilgesellschaft.

Für das Ziel des Beitrags, eine progressive Idee der Organisation öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge durch die Raumplanung mit einem hohen Partizipationsniveau zu verbinden, bedeutet die prozesshafte Perspektive des radikalen Reformismus das Bohren dicker Bretter. Zugleich lassen sich damit aber erste Ansätze identifizieren, wie eine starke planerische Verbindlichkeit mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Partizipationsniveau umgesetzt werden kann. Ein solches Planungsverständnis überwindet die Defizite vergangener Planungsparadigmen und kann eine bedeutende Rolle für die zukünftige Ausgestaltung öffentlicher Leistungen im Rahmen der sozialökologischen Transformation einnehmen.

Literatur

- Adamczak, Bini (2018): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Belina, Bernd (2022): »Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): *Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 49–65.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2002): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (2002): »Cities and the geographies of ›actually existing neoliberalism‹«, in: *Antipode* 34(3), 349–379.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- Demirović, Alex (2013): »Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung«, in: *PROKLA* 43(171), S. 193–215.
- Dudek, Simon/Zademach, Hans-Martin/Miosga, Manfred (2023): »Daseinsvorsorge und räumliche Gerechtigkeit in der bayerischen Raumordnungspolitik: Betrachtungen im Licht des Ansatzes der Fundamentalökonomie«, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Online First, S. 1–11.
- Elbe, Ingo (2008): *Marx im Westen: Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Felsch, Philipp (2022): *Ballade von der verwalteten Welt*. <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/ballade-von-der-verwalteten-welt-4907> vom 05.07.2023.
- Fisher, Mark (2009): *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift*. Hamburg: VSA.
- Fisher, Mark (2020a): *Postcapitalist Desire. The Final Lectures*. London: Watkins.
- Fisher, Mark (2020b): *k-punk. Ausgewählte Schriften 2004–2016*. Berlin: Edition Tiamat.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio: *Empire. Globalization as a New Roman Order, Awaiting its Early Christians*. Harvard: Harvard University Press.
- Hesse, Markus/Leick, Annick (2013): »Wachstum, Innovation, Metropolregionen. Zur Rekonstruktion des jüngeren Leitbildwandels in der deutschen Raumentwicklungspolitik«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 71(4), S. 343–359.
- Hirsch, Joachim (2003): *Eine andere Gesellschaft ist nötig: Zum Konzept einer Sozialpolitik als soziale Infrastruktur*. http://old.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_sozialpolitik.html vom 29.09.23.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim (2007): »Radikaler Reformismus«, in: Ulrich Brand/Bettina Lösch/Stefan Thimmel (Hg.): *ABC der Alternativen*. Hamburg: VSA, S. 182–183.
- Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Eva-Maria (2013): *Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur*. Hamburg: VSA.

- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Hanser.
- Horkheimer, Max (1967): *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2009) [1969]: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Hülst, Dirk (1998): »Nicht bei sich selber zu Hause sein« Horkheimer und Adorno über Macht und Herrschaft«, in: Peter Imbusch (Hg.): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 109–129.
- Jessop, Bob (2000): »From the KWNS to the SWPR«, in: Gail Lewis/Sharon Gerwitz/John Clarke (Hg.): *Rethinking Social Policy*. London: SAGE, S. 171–184.
- Jessop, Bob (2016): *The State. Past, Present, Future*. Cambridge: John Wiley & Sons.
- Mende, Silke (2018): »Ausstieg aus der Megamaschine? Planungskritik in den Neuen Sozialen Bewegungen«, in: Dierk Hoffmann/Elke Seefried (Hg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft*. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 198–213.
- Metz, Markus/Seefßen, Georg (2018): *Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels*. Berlin: Beltz & Fischer.
- Mießner, Michael (2017): *Staat – Raum – Ordnung. Zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten. (= Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Band 25)*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Münnich, Sascha (2021): »Luc Boltanski und Eve Chiapello: Der Neue Geist des Kapitalismus«, in: Klaus Kraemer/Florian Brugger (Hg.): *Schlüsselwerke der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 431–438.
- Neupert-Doppler, Alexander (2019): »Zurück in die Zukunft? Neues vom Nirgendwo. Die 2010er-Jahre sind ein Jahrzehnt der Suche nach Utopien«, in: Roger Behrens/Jonas Engelmann/Frank Apunkt Schneider/Laura Schwinger/Anna Seidel/Jana Sotzko/Holger Adam/Johannes Ullmaier/Christian Werthschulte (Hg.): *Testcard #26: Utopien*. Mainz: Ventil, S. 18–28.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): »Neoliberalizing space«, in: *Antipode* 34(3), S. 380–404.
- Rose, Nikolas (1996): »The death of the social? Re-figuring the territory of government«, in: *Economy & Society* 25(3), S. 327–356.
- Ross, Kristin (2023): *The Politics and Poetics of Everyday Life*. London/New York: Verso.
- Van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition HIS.

Zukünfte ländlichen Engagements – entgrenzt, kooperativ, jung, demokratisch

Claudia Neu & Ljubica Nikolic

Utopien, auch ländliche, entwerfen Vorstellungen und Ansprüche an eine Zukunft, die sich zugleich aus Beobachtungen der Gegenwart und Erfahrungen der Vergangenheit speisen. Vor der Entwicklung von Prognosen zur Zukunft ländlichen Engagements lohnt deshalb ein Blick zurück: Schon 2002 konnte man dem Bericht der Enquete-Kommission zum bürgerschaftlichen Engagement entnehmen, dass sich Menschen, statt lebenslang mit einem Verein verbunden zu sein, immer mehr für spontanes, projektförmiges Engagement begeistern. Das Engagement müsse allerdings zur jeweiligen Lebenssituation passen (Bundestag 2002: 2). Vor allem stünden für die bürgerschaftlich Engagierten aber Eigenverantwortung und Selbstbestimmung im Fokus, was die Anforderungen an Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verändern würde (ebd.). Im Sondervotum des Abgeordneten Gerhard Schüßler (FDP) und des Sachverständigen Rupert Graf Strachwitz wird zugleich vor einer allzu schnellen Wertung von Engagementformen gewarnt. Es solle kein Gegensatz zwischen »klassischem oder traditionellem« Engagement und deren modernen oder informellen Formen aufgebaut werden, da die Übergänge tatsächlich fließend seien (ebd.: 357).

In den folgenden Jahren verschiebt sich der Fokus: Angesichts der Erschöpfung öffentlicher Mittel und des akuter werdenden Arbeits- und Fachkräftemangels erscheint nun bürgerschaftliches Engagement als eine überlebenswichtige Ressource. Aus dem Arbeitskreis »Bürgergesellschaft und aktivierender Staat« der Friedrich-Ebert-Stiftung geht bereits 2012 ein Papier hervor, das die verschwimmenden Grenzen zwischen prekären Beschäftigungsverhältnissen und freiwilligem Engagement beleuchtet, aber darüber hinaus auch Beispiele für die Entwicklung »Ehrenamt schafft Hauptamt« nennt – z.B. die ehrenamtlich getragene Hospizbewegung aus der Hospizvereine entstehen, die sich dann zu hauptamtlich geführten stationären Hospizen und Palliativstationen entwickeln (Röbke 2012: 11f.).

Immer dann, wenn eine Aufgabe ein bestimmtes Maß an Kontinuität und Intensität oder Verlässlichkeit im Sinne notwendiger Daseinsvorsorge verlange oder rechtliche Vorgaben zu komplex würden, sei eine ehrenamtliche »Vorläuferstruktur« durch hauptamtliche Dienste abzulösen (ebd.: 26).

In diesem Zusammenhang drohe dem Ehrenamt wiederum, in einem »Rationalisierungsprozess des bürgerschaftlichen Engagements« (ebd.: 14), eine Verengung auf Quasidienstleistungen durch die Förderung vor allem derjenigen Engagementformen, die sich in Aufgabenstellung und Methodik an der Erwerbsarbeitslogik orientierten. Beispielhaft genannt werden Sozialpat*innen, ehrenamtliche Demenzhelfer*innen und Mehrgenerationenhäuser (ebd.: 13). Nur selten jedoch habe der Staat zur dauerhaften Unterstützung und damit Stabilisierung »zivilgesellschaftlicher Selbstorganisationen« wie Initiativen und Zusammenschlüssen beigetragen (ebd.: 27). Nicht zuletzt geißelten van Dyk und Haubner (2021) die zunehmende Indienstnahme aktiver Bürger und Bürgerinnen als »Community Kapitalismus« – um durch bürgerschaftliches Engagement die Lücken des Wohlfahrtsstaates zu füllen (dazu auch Neu 2019). Statt im Ehrenamt eine Art Vorschein auf die Utopie einer ebenso engagierten wie freien Bürgergesellschaft finden zu wollen, scheinen die hier zusammengestellten Befunde und Entwicklungen eine Instrumentalisierung dessen zu belegen, was sowohl in individuellen Intentionen als auch in sozialen Perspektiven auf eine Überwindung bzw. Entgrenzung sozialpolitischer Normen und Rollen zielte, nun aber in den Zwängen von Sparmaßnahmen und Alltagsgestaltung zu versanden droht.

Und heute? Die politischen Anforderungen und Erwartungen an das öffentliche Engagement scheinen noch weiter gewachsen zu sein – ohne jedoch die Eigenlogik, das Widerständige, die kreative Kraft des Engagements, wie sie sich in Konzepten der Alltagsutopien (Cooper 2014) wiederfinden lassen, entsprechend zu berücksichtigen oder gar zu fördern. Gut abzulesen ist dies an einer Veröffentlichung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die sich mit Strategien zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in und aus Deutschland beschäftigt und dabei einen partnerschaftlichen, feministischen Ansatz in den Fokus rückt, der sich natürlich auch als eine Spur utopischen Denkens und daraus gestärkten gesellschaftlichen Gestaltens verstehen lässt. Darunter wird ein respektvolles Miteinander verstanden, welches anerkennt

»[...] dass Nachhaltigkeit, Frieden und soziale Stabilität nur zu erreichen sind, wenn alle Menschen – Frauen, Männer, marginalisierte Gruppen, Menschen in all ihrer Diversität – gleichberechtigt Gesellschaften gestalten können« (BMZ 2023: 7).

Diskriminierende Gesetze, soziale Normen und Rollenbilder sollen hinterfragt und abgebaut werden. Alle Interventionen sollen auf Menschenrechten und dem Do-no-Harm-Prinzip basieren (ebd.). Wie bereits zwanzig Jahre zuvor im Bericht der Enquetekommission, betont das BMZ, dass langfristige Bindungen an Institutionen oder Festlegung auf ein Thema nicht mehr so gefragt seien wie früher. Vielmehr käme es zu »Engagement-Hopping« oder »Patchwork-Engagement«, also zu häufig wechselndem Engagement oder zu Tätigkeiten in und für verschiedene Initiativen gleichzeitig. So würden diese neuen Formen des Engagements den Wissensaustausch zwischen Organisationen und Initiativen zwar positiv beeinflussen und könnten auch zu mehr Partnerschaftlichkeit führen. Gleichzeitig belaste der häufige Wechsel der Akteur*innen das Miteinander innerhalb von Organisationen, langfristige Unterstützungsstrukturen fehlten, gerade die Neubesetzung von Ämtern falle schwer (ebd.: 23). Hinzu kämen hinderliche Rah-

menbedingungen: Immer noch sei eine finanzielle Förderung nach geltenden Förderbedingungen für viele informelle soziale Bewegungen nicht möglich, da die Initiativen in der Regel nicht als gemeinnützig anerkannt seien und zudem kleinere und kurzfristige Vorhaben oft zu aufwändig zu finanzieren wären (ebd.).

Nach einem kurzen Blick auf den Status Quo der deutschen Engagementlandschaft beschreibt dieser Artikel den Wandel des bürgerschaftlichen Engagements hin zu informelleren und weniger verpflichtenden Engagementformen. Die empirischen Einblicke in das Projekt ENKOR der Georg-August-Universität Göttingen verdeutlichen, warum dieser Trend nicht zum »Ausverkauf« institutionalisierter Engagementformen führen darf. Abschließend folgen Gedanken zum utopischen Potential und zu notwendigen Rahmenbedingungen sowie Fördermöglichkeiten.

1. Zur Lage des Engagements

Diese vorangestellten Beobachtungen rund um das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland der vergangenen 20 Jahre sind durch die Ergebnisse des Freiwilligensurveys (vgl. Simonson et al. 2022) belegbar. Im Jahr 2019 waren 66 Prozent der Befragten gemeinschaftlich aktiv: etwa als Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr, sangen im Chor oder spielten Tennis im Verein. Von den Aktiven übten 38 Prozent mindestens eine freiwillige Tätigkeit aus, d.h. sie übernahmen auch eine Aufgabe wie Jugendtrainer*in oder Chorleiter*in. Bürgerschaftliches Engagement wird hier verstanden als eine Teilnahme an Aktivitäten, die »freiwillig und gemeinschaftsbezogen ausgeführt werden, im öffentlichen Raum stattfinden und nicht auf materiellen Gewinn gerichtet sind« (ebd.). Betrachten wir die Dynamik des Engagements, so stieg zwischen 1999 und 2019 der Anteil freiwillig Engagierter, allerdings stagnierte dieser Anteil 2019 im Vergleich zu 2014 (ebd.). Die aktive Zivilgesellschaft zeigt sich aber auch darin, dass sich gegenwärtig gut 17,5 Millionen Menschen in mehr als 600.000 Vereinen, allen voran in den knapp 88.300 Sportvereinen, engagieren (vgl. Priemer et al. 2019). Was in dieser Hinsicht als Verwirklichung durchaus utopischer Ansprüche einer öffentlich aktiven Gesellschaft erscheint, hat aber freilich auch seine Grenzen und Besonderheiten.

Zunächst ist bürgerschaftliches Engagement nicht sozial gleichverteilt. Vor allem die gut gebildete mittlere Generation ist öffentlich aktiv. Die 30- bis 49-Jährigen üben mit 45 Prozent mindestens eine freiwillige Tätigkeit aus, bei den 14- bis 29-Jährigen liegt der Anteil der Engagierten bei 42 Prozent. Ist die öffentliche Mitwirkung auch in allen Altersgruppen seit 1999 angestiegen, so verzeichnet die Gruppe ab 65 Jahren einen besonderen Anstieg: die Engagementquote ist hier von 18 Prozent im Jahr 1999 auf 31 Prozent in 2019 gestiegen, was sich vielleicht mit verbesserter Gesundheit und gestiegener Lebenserwartung älterer Jahrgänge verbindet. Ebenso haben sich die Engagementquote von Männern und Frauen sowie die Relationen in Ost- und Westdeutschland im Zeitvergleich angeglichen. Weiter geöffnet hat sich allerdings die Schere im Hinblick auf den Bildungsgrad der Engagierten: Menschen mit hoher Schulbildung engagieren sich mit 51 Prozent, mit mittlerer zu 37 Prozent und mit niedriger Bildung nur zu 26 Prozent freiwillig. Ein gutes Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund (27 Prozent) ist öffentlich aktiv (vgl. Simonson et al. 2022).

Kleiner/Burkhardt (2021) weisen anhand vorliegender SOEP-Daten auf die deutliche regionale Differenzierung beim bürgerschaftlichen Engagement hin: In peripheren ökonomisch gut gestellten Regionen ist das Engagement besonders ausgeprägt (41 Prozent), hier sind zugleich immer auch noch mehr Männer öffentlich aktiv als Frauen. Deutlich weniger aktiv sind jedoch Menschen in peripheren Lagen mit weniger guten wirtschaftlichen Aussichten (35 Prozent). Dass die ökonomische Lage eine Rolle bei der öffentlichen Mitwirkung spielt, zeigt sich auch bei den eher ländlichen Gegenden: Ein knappes Drittel (30 Prozent) der SOEP-Befragten, die in eher ländlichen Räumen mit weniger guter ökonomischer Ausgangslage leben, geben an, sich zu engagieren. Ist die Region eher ländlich, hat aber gute ökonomische Bedingungen, engagieren sich 36 Prozent.

Bleibt zivilgesellschaftliches Engagement für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung weiterhin attraktiv, so lässt sich zugleich festzustellen, dass sich die Formen und Funktionen des Engagements ändern: individuell organisiertes, nicht-institutionalisiertes Engagement gewinnt stetig an Bedeutung. So profitieren weniger verpflichtende Engagementformen, die eher projekthaft und biografisch passgenau sind (Blühdorn 2013: 167f.). Mache »ungebundenes« Engagement 1999 lediglich 10 Prozent aus, so entfielen 2019 bereits 17 Prozent auf diese Engagementform (Simonson et al. 2022). Diese Veränderung lässt sich als »Strukturwandel der organisierten Zivilgesellschaft« beschreiben (vgl. Krimmer 2018). Denn die »klassischen« Vereine und Verbände, Kirchen und kommunalen Einrichtungen bekommen zunehmend Konkurrenz durch »individuell organisierte« Gruppen, wie Geflüchteteninitiativen, Artenschutzgruppen – die sich z.B. dem Erhalt oder der (Wieder)Ansiedlung heimischer Schmetterlingsarten verschrieben haben – oder Gemeinschaftsgärtner*innen, aber auch durch Grillclubs und Nordic-Walking-Gruppen. Denn obwohl im Jahr 2019 noch immer rund die Hälfte der Engagierten in Vereinen oder Verbänden organisiert waren, zeigte sich im Zeitverlauf, dass der Anteil dieser Engagementform mit einem Verlust von 5,5 Prozent seit 1999 am stärksten schrumpft. Fast jeder vierte Verein – gerade in Dörfern und kleinen Gemeinden – beklagt rückläufige Engagiertenzahlen (vgl. Gilroy et al. 2018, Priemer et al. 2019). Über 15.000 Vereine haben sich im vergangenen Jahrzehnt aufgelöst, zugleich verlangsamte sich auch die Zahl der insgesamt jährlich neu gegründeten Vereine in den letzten zwanzig Jahren (Gilroy et al. 2018). Somit haben wir es bei genauerer Betrachtung mit einer parallelen Entwicklung zu tun: einerseits steigt der Anteil der Engagierten in frei organisierten Gruppen an, andererseits schrumpft organisiertes Engagement, bleibt dabei aber weiterhin wichtig. Liegt im Erstarken des weniger institutionalisierten, freien Engagements utopisches Potential? Zeigen sich hier bereits egalitäre Formen der Mitwirkung, die weniger hierarchisch sind als das überwiegend männlich dominierte traditionelle ländliche Engagement, wie wir es von Schützenvereinen, Freiwilligen Feuerwehren und Männergesangsvereinen kannten? Gestalten Bürger*innen nun ihre Lebensumwelt endlich selbst? Oder sind hier eher dystopische Züge zu erkennen? Fühlen sich die Mitglieder einer informellen Laufgruppe oder des Grillclubs weniger für das Gemeinwohl zuständig als die Freiwillige Feuerwehr? Geht es »bloß« um Sport, Spiel und Entspannung oder auch um Verantwortung für das Lokale? Im folgenden Kapitel wird näher beleuchtet, ob wir es tatsächlich mit einem Gegensatz zwischen gebunden und freien Engagement zu tun haben.

2. Empirie der Gegenwart in ländlichen Räumen

Diese neuen Wege bürgerschaftlichen Engagements, stehen im Fokus des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geförderten Projektes »ENKOR: Engagementkonstellationen in ländlichen Räumen«, das von 2021 bis 2024 von Georg-August-Universität Göttingen, dem TRAWOS-Institut der Hochschule Görlitz und dem Thünen-Institut für Regionalentwicklung durchgeführt wird. Die Fokussierung auf ländliche Räume ist den Herausforderungen gezollt, denen gerade diese Räume ausgesetzt sind. Hierzu zählen insbesondere (agrar)wirtschaftlicher Strukturwandel, demographischer Wandel, Klimakrise und Digitalisierung, die Gestaltung der Energiewende und Daseinsvorsorge sowie die Sicherung einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Bei der Bewältigung dieser komplexen Gemengelage wird dem bürgerschaftlichen Engagement eine entscheidende Rolle bei der Sicherung der Lebensqualität und dem sozialen Zusammenhalt einerseits sowie der Mobilisierung lokalen Wissens bei der Suche nach innovativen Lösungen andererseits zugeschrieben. So rückt auch das Projekt ENKOR die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in neun Untersuchungsgemeinden in Ost- und Westdeutschland in den Mittelpunkt der Untersuchungen.

Alle Untersuchungsgemeinden durchlaufen ein dreistufiges Programm, beginnend mit der Landinventur – einem Bürgerwissenschafts-Tool, das der Bestandsaufnahme unterschiedlicher Formen bürgerschaftlichen Engagements, auf Dorfebene, durch die Bewohner*innen selbst, dient. Zeitgleich erfolgt die Exploration der Gemeinden, mit der Erfassung von Daten zur Geschichte sowie Sozial- und Wirtschaftsstrukturen. Im Anschluss an die Landinventur und die quantitative Kontexterfassung folgen die qualitativen Gemeindestudien, mit teilnehmenden Beobachtungen, Expert*innengesprächen und Fokusgruppen, die vor allem der Bestandsaufnahme und Beschreibung diverser Engagementformen dienen und tiefere Einsicht in das lokale Engagementhandeln, seine Einbettung in die strukturellen und historischen Kontexte und rurale Lebenswirklichkeit gewähren. Ziel ist es, Engagementakteur*innen in ihrem Zusammenspiel bürgerschaftlichen Engagements – also in ihrer Engagementkonstellation – besser zu verstehen, um vergleichend erklären, typisieren und praxisorientiert unterstützen zu können. Nach bürgerwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Feldforschung wird mit Bürger*innen partizipativ in lokalen Engagementwerkstätten an passgenauen Lösungsstrategien für die akuten Herausforderungen und für nachhaltig, funktionierende Zukunftskonzepte, der jeweiligen Engagementkonstellationen, gearbeitet sowie mögliche Unterstützungsangebote für (potentiell) Engagierte und die Kommunen entwickelt.

In den folgenden Abschnitten werden Erkenntnisse aus dem Projekt vorgestellt, die sich im Sinne von Coopers (2014) »Everyday Utopias« als alltagsorientierte utopische Potentiale und entsprechend gestaltete Handlungsräume fassen lassen. Diese Ergebnisse konzentrieren sich auf die drei vom Forschungsteam der Universität Göttingen erhobenen Gemeinden in Nordhessen, im Spessart und im Rheingau.

2.1 Entgrenztes Engagement

Bis hierher wurde bereits deutlich, dass Engagement sich wandelt, traditionelle Formen unter Druck geraten und eher ungebundene Formen im Aufwind sind (vgl. Nikolic 2022).

Es zeigt sich aber auch, dass eine klare Grenzziehung zwischen gebundenem/formalem und ungebundenem/informellem Engagement kaum möglich ist, dass sich Grenzen vielmehr auflösen. So betreibt eine Wasserschutzinitiative ohne formale Form die Umwidmung zum gemeinnützigen Verein, damit Fördergelder akquiriert werden können – befindet sich also gerade auf dem Weg zur Formalisierung. In einem anderen Fall wird ein Verein, der für einen bestimmten Anlass (Dorfjubiläum) gegründet wurde, abgewickelt und die dort Engagierten bleiben nur noch locker verbunden. Aus formalisiertem Engagement wird informelles. Die Engagementlandschaft erscheint zunehmend fluide.

Außerdem lassen sich in einer Gemeinde gleich verschiedene Formalisierungsstadien einer Engagementform beobachten: Aus Nachbarschaften – die aufgrund mangelnder Öffentlichkeit überwiegend nicht zum bürgerschaftlichen Engagement gezählt werden – werden informelle Gruppierungen wie »Unser Dorf« oder »Helfende Hände der Dorfgemeinschaft«. In anderen Dörfern der gleichen Gemeinde werden hieraus wiederum Vereine, wie »WIR in Dorffitter e.V.«, »Obernbürg aktiv e.V.« oder »Unser Dorf Marienhagen e.V.«.

Auch fallen »Engagement-Matroschkas« auf, die unter der formalen äußeren Hülle, in ihrem Inneren, durchaus informelle Strukturen verbergen können: Unter dem Dach eines klassischen Schützenvereins, in einem Dorf in Nordhessen, entsteht ein Kegelclub, mit dem sich die jungen Vereinsmitglieder die Kegelbahn im Schützenhaus als Jugendtreff erschließen. Parallel existiert eine Frauengruppe, die über den Verein versichert ist, aber völlig autark agiert und sich mit Themen beschäftigt, wie sie klassischerweise durch die Landfrauen abgedeckt sind. Die Teilnehmerinnen wollten jedoch weder eine eigene Landfrauen-Gruppe gründen noch den Landfrauen des Nachbardorfes beitreten, sondern lokal, ungebunden agieren. Aus dieser Gruppe ist nun wiederum eine Nordic-Walking-Laufgemeinschaft hervorgegangen.

In anderen Dörfern der erhobenen Gemeinde Nordhessens findet man Beispiele für eine umgekehrte Matroschka, deren äußere Hülle informell ist und deren Kern formales Engagement bildet: So ist eine Festhallengemeinschaft entstanden, in der die Vorstände aller örtlichen Vereine den Betrieb der Halle sichern. Die Gemeinschaft selbst bleibt aber formlos. Oder man betrachtet unter diesen Perspektiven einen Seniorenclub – nach außen ungebunden –, der aber dem Roten Kreuz angehört, damit die Versicherung der Teilnehmenden gewährleistet ist.

Vielfach, über alle in Hessen beforschten Gemeinden, zeigen sich wechselseitige Anschlüsse von Engagiertengruppen. Es entstehen komplexe Netzwerke. Auch bilden sich in einzelnen Fällen neue Akteurskonstellationen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Unternehmen, die konkret auf lokale Bedarfe reagieren. Beispielhaft hierfür steht eine Artenschutzgruppe, die sich als Protestinitiative gegen den Ausbau einer Schnellbahntrasse formiert hat und mittlerweile Anerkennung durch Institutionen wie auch aus Fachkreisen erfährt. Daten der Artenschutzgruppe finden Eingang in die Datenbank der Oberen Naturschutzbehörde und ein Botanischer Garten teilt mit ihr, im Rahmen eines Forschungsprojektes, Samen der seltenen Sumpffetthenne. Außerdem kooperiert die Gruppe mit der Naturlandstiftung und dem Naturschutzbund Deutschland. Letzterer gewährleistet die Versicherung der Teilnehmer*innen bei Arbeitseinsätzen und stellt Getränke zur Verfügung. Die Gemeinde entleiht zum Beispiel Großgeräte. Die Artenschutzgruppe selbst bleibt aber informell, zugleich aber orientiert an be-

stimmten Werthaltungen und Handlungsmodellen, die sich bspw. aus der utopischen Orientierung eines ökologischen Forschens und Erhaltens ergeben.

Während der Freiwilligensurvey belegt, dass die bereits vor 20 Jahren diagnostizierte Entwicklung hin zum informellen Engagement vorangeschritten ist, zeigen die Erhebungen im ENKOR-Projekt aber auch, dass die Vernetzungen zwischen informellem und formalisiertem Engagement immer stärker werden. Informelles Engagement nutzt Vereine, Verbände und Institutionen, um sich Zugang zu Versicherungen, Fördergeldern, Räumen- und Ressourcen zu verschaffen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Förderpolitik sie noch nicht ausreichend berücksichtigt.

2.2 Soziale Orte als Dockingstation für Engagierte

Des Weiteren wird in den Interviews mit den Akteur*innen der hessischen Gemeinden deutlich, wie zentral die Rolle Sozialer Orte (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022) als Ankerpunkt für bürgerschaftliches Engagement ist. Im Sinne Davina Coopers lassen sie sich als »everyday utopias« ansprechen. Soziale Orte sind gemeinschaftlich nutzbarer öffentlicher Raum, mit niedriger Eingangsschwelle, inkludierend statt exklusiv. Es sind Orte, die für soziale Redundanz sorgen, Kommunikationsorte über Milieu- und Generationsgrenzen hinweg, an denen man sich kennenlernen und soziale Bindungen untereinander verstärken kann. Als Modell-Orte nehmen sie dabei durchaus Ansätze auf, die sich bereits in der Tradition klassischer Sozialutopien finden lassen und sich auch dort schon etwa auf die Planung und Gestaltung lebensweltlich, aber eben auch wirtschaftlich oder gesellschaftlich bedeutsamer Orte, z.B. Straßen, Marktplätze, Stadtbefestigungen oder Parks beziehen (vgl. Saage 1991: 65f.). Hier sind es gruppen- bzw. lokal bezogene öffentliche Räume, die zugleich als Verhandlungs- oder Konfliktaushandlungsorte, bürgerschaftliches Engagement binden und sichtbar machen (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022). Gerade die Covid-19-Pandemie hat erneut die Bedeutung Sozialer Orte als Anlaufstelle für Engagierte hervorgehoben (vgl. Neu/Nikolic 2023). Mit den Sozialen Orten im Sinne des Soziale-Orte-Konzeptes (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022) sind Strukturen geschaffen worden, an die sich auch in einer Krise andocken lässt. Hier haben Vertreter*innen von Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft das Zusammenspiel geprobt. Ändern sich die Bedarfe, wie im Falle der Lockdowns, muss das Rad nicht neu erfunden, sondern Strukturen nur entsprechend angepasst werden. Tätige Menschen finden hier ihre Anlaufstationen. Die entstandenen Netzwerke tragen sich selbst und laden darüber hinaus dazu ein, von hier aus neue Ideen zu realisieren – sei es mit einem Einkaufsservice für betagte Bürger*innen oder zu Online-Gottesdiensten über die neue Dorf-App.

Dörfer, die ihre Sozialen Orte verlieren, verlieren damit nicht nur eine entscheidende Anlaufstelle für Engagierte, sondern auch den Ort für die Entwicklung neuer Ideen, das Aushandeln ggf. utopisch ausgerichteter Entwürfe und damit verbundene Gestaltungsmöglichkeiten des Sozialen. Wie ernst das genommen wird, zeigen einige Interviews mit Engagierten der nordhessischen Gemeinde:

»Wenn das Gemeindehaus verkauft wird, [...] werden wir immer mehr Eigenständigkeit hier im Ort verlieren. Versammlungsmöglichkeiten, bei Wahlen zum Beispiel, die fanden zuletzt im Gemeindehaus der Kirche statt und wenn das verkauft wird, haben wir

hier im Ort nichts mehr. Für das soziale Leben außerhalb des Sommers besteht dann gar keine Möglichkeit mehr, sich irgendwo mal zu treffen, Versammlungen abzuhalten oder Feierlichkeiten durchzuführen.« Interview A2

Ein Dorf weiter, in der gleichen Gemeinde, ist man sogar schon einen dramatischen Schritt weiter: die letzte Versammlungsmöglichkeit für die Dorfbewohner*innen ist schon vor Jahren aufgegeben worden. Die Folgen sind an der sinkenden Engagementbereitschaft zu spüren. Auf die Frage, wie das Engagement vor Ort seitens der Verwaltung und der Politik unterstützt werden könne, stellt eine Interviewpartnerin fest:

»Uns fehlt ein Raum, in dem man sich auch wirklich mal zusammensetzen kann [...], wo überhaupt die Gesellschaft mal zusammentreffen kann. [...] Das ist hier ein großes Problem. Egal ob jung oder alt, es geht los mit einer Beerdigung, die Leute müssen in die Nachbarorte fahren, um eine Beerdigung zu machen.« Interview A6

Auf die Frage, ob der Einbruch im Engagementverhalten, von dem sie vorher berichtet hat, und der Wegfall des letzten Sozialen Ortes im Dorf eventuell zusammenhängen könnten, antwortet sie: »Ja, von da an hat das Engagement abgenommen.« Bei einem Gespräch mit einem Neubürger zeigt sich zudem die Problematik der Integration in einen Ort ohne öffentliche Treffpunkte. Wenn Vereine oder freie Gruppen nur auf Privatgrund zusammenkommen können, ist die Hemmschwelle, einfach mal vorbeizuschauen und reinzuschnuppern, deutlich höher. Für den Befragten war sie zu hoch. Er ist fortgezogen.

2.3 »Engaged Natives« oder die unsichtbare Jugend

Da es hier nicht nur um die Zukunft des Engagements geht, sondern auch um die Entwicklung von Ideen zur Gestaltung von Zukunft, gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die Jugend zu haben. Doch das war gar nicht so einfach, da Jugendliche vielerorts unsichtbar sind. Die nach Treffpunkten von Jugendlichen befragten erwachsenen Akteur*innen schienen schier ratlos:

»Ist jetzt, denke ich, kann ich nicht so richtig sagen. Also, da gibt es halt irgendwelche Treffs. [...] Und da treffen sich jetzt... Ob das jetzt überwiegend Mädchen oder Jungs sind, kriege ich nicht... Aber sonst halt die Gaststätten, ja, also in der Pizzeria, da sind sicher auch junge Leute. Aber die Öffnungszeiten sind ja nicht so durchgehend. Und, jetzt, gut, gibt eine Terrasse, die jetzt natürlich in dem warmen Sommer sicher interessant war. [...] Ist aber alles jetzt auch, ich sag mal, gemischtes Publikum, nicht unbedingt ein Treffplatz für junge Leute.« Interview B2

Wenn es Treffpunkte gibt, dann wird aber ebenfalls offensichtlich, dass die Interessen der Jugendlichen und die Auffassung der Erwachsenen, wie ein Jugendraum auszusehen hat, weit auseinanderdriften:

»Viele Jugendliche wollten unbedingt einen Jugendraum haben. Das haben wir dann umgesetzt. Aber wir haben dann auch gesagt, Ihr Jugendlichen müsst Euch dann auch

um den Raum kümmern. Der muss ja dann auch sauber gehalten werden etc. Das haben sie auch teilweise gemacht. [...] Aber heute treffen die sich ja alle draußen oder oben auf dem Grillplatz, bisschen abgelegen.« Interview A18

Diese Treffen außerhalb der Reichweite erwachsener Einmischung und Kontrolle scheinen populär, wie Schilderungen aus allen drei hessischen Untersuchungsregionen belegen, und da entstehen die nächsten Probleme, denn am Grillplatz oder am Unterstand in den Weinbergen, sind die Jugendlichen auch nicht gerne gesehen.

Andererseits gibt es sehr engagierte Jugendliche, die in den Vereinen eingebunden sind, die von Interviewten sogar als Ansprechpartner*innen genannt werden, wenn es um Ideen und Konzepte für das Engagement der Zukunft geht. »Engaged Natives«, die das soziale Kapital ihres engagierten Elternhauses mit der Muttermilch aufgesogen haben. Diese warten nun entweder als stille Reserve darauf, ein Vorstandsamt zu übernehmen oder sind bereits mittendrin in der formalisierten Engagementlandschaft. Beispielhaft dafür steht das folgende Zitat eines 22-Jährigen:

»Also, ich bin jetzt Vorsitzender seit zwei Jahren. [...] Und generell aktiv bin ich eigentlich schon, solange ich denken kann. Durch meine Eltern, die sind auch beide im Vorstand tätig. Und, ja, dadurch hatte man halt schon immer was damit zu tun und ist da halt so dran geführt worden und so reingewachsen.« Interview A11

Es stellt sich die Frage, ob diese »Engaged Natives« formalisierter Engagementformen bedürfen oder sich auch entwickeln oder fördern lassen, wenn es keinerlei formalisiertes Engagement vor Ort gibt, sondern lediglich projekthaft auftretende Initiativen und Aktionen zu beobachten sind. Zumindest seit der Entstehung von »Jugend« als eigenem Erfahrungsraum und als eigenständiger sozialer Formation (vgl. Gillis 1980), wird diese nicht nur mit Zukunft verbunden, sondern auch mit der Ausbildung und ggf. Umsetzung utopisch orientierter Ideen, bspw. von Freiheit, Selbstverwirklichung, Gerechtigkeit. Insoweit kommt gerade im Blick auf die Gestaltungskraft und die Möglichkeiten Jugendlicher auf dem Land entsprechenden utopischen Orientierungen möglicherweise eine motivierende, organisierende Funktion zu, die entsprechender sozialer und lokaler Einbettung bzw. Förderung bedarf.

3. Ländliches Engagement – zwischen Utopie und Dystopie

Zwar ist die Zeit der großen utopischen Erzählungen auch deshalb vorbei, weil die sie tragenden Vorstellungen einer rational umfassenden Planung und Planbarkeit des gesellschaftlichen Ganzen an ihr Ende gekommen sind (Beck 1986: 251ff.), dennoch wollen wir die vorgestellten Ergebnisse im Hinblick auf ihren utopischen bzw. dystopischen Gehalt durchleuchten: Wir können davon ausgehen, unabhängig vom Organisationsgrad der Gruppe ist es den Beteiligten wichtig, dass etwas vor Ort geschieht, dass man sich treffen kann und letztlich Spaß hat – dass öffentliches Leben stattfindet. Dabei ist die Freiwillige Feuerwehr im ländlichen Raum weit mehr dem Gemeinwohl verpflichtet als der Grillclub einiger Freund*innen, der einmal im Jahr das Dorffest mit Grill-

gut versorgt. Genauso braucht es den »Tausendsassa« oder die engagierte »Allrounderin«, die Dorffeste wie Malwerkstätten anstoßen und deren Umsetzung organisieren. Das kann ebenso gut der Bürgermeister sein wie eine ortsansässige Künstlerin. Konkrete Zukunftsutopien entwickeln jedoch nur die wenigsten Engagierten, Vereine oder Gruppen. Es geht mehr um das hier und jetzt als um das Morgen. Eine Ausnahme machen hier die Aktiven, die anderenorts auch als »Gestalter*innen« (Willisch 2021), »Raumpionier« (Faber/Oswalt 2013) oder Produzent*innen Sozialer Orte (Kersten/Neu/Vogel 2022) beschrieben sind. Sie beschäftigen sich bewusst mit Zukunftsfragen und gründen bspw. – wie in einem Fall in Hessen – eine Energiegenossenschaft. Das Fallbeispiel der Artenschutzgruppe ist in diesem Zusammenhang besonders interessant, denn es zeigt zweierlei: einerseits, dass aus Widerstand (gegen die Trasse) der Schutz der Umwelt entstehen kann und andererseits, dass der Gestaltungs- bzw. Veränderungswunsch nicht an eine institutionelle Form gebunden sein muss. Gerade diese zukunftsorientierten »Gestalter*innen« bauen Netzwerke aus verschiedenen Akteur*innen auf, die weit über ihre eigene Gruppe hinausweisen und wirken so in den ländlichen Raum hinein. An dieser Stelle bleibt festzuhalten, dass die Indienstnahme des Engagements als infrastruktureller Lückenbüßer, wenn überhaupt, nur bedingt funktioniert. Engagierte folgen ihrem Eigensinn, der sich je nach Gemeinschaft und Ort anders entwickelt und letztlich auch nicht planbar ist.

Angesichts der Wahlerfolge der AfD, insbesondere auch in den ländlichen Räumen, muss jedoch die Frage nach dem »hässlichen« Engagement aufkommen. Geht man davon aus, dass sich AfD-Wähler*innen in gleichem Maße bürgerschaftlich engagieren, wie Wähler*innen anderer Parteien, so impliziert dies, dass auch Engagierte in nicht unerheblichem Maße mit dem rechten Rand sympathisieren. Der Skatbruder ist ein Rechtspopulist, der Trainer der Fußballjugend hat ein persönliches Problem mit Zuwanderung und die Vorsitzende des Fördervereins der Grundschule ein erzkonservatives Familien- und Gesellschaftsbild? Wie damit umgehen? Wenn es nach dem Politikwissenschaftler Rupert Graf Strachwitz geht, wird man sich arrangieren müssen, denn die Zivilgesellschaft hat keine Zugangskontrollen, keine Gatekeeper, die nur diejenigen mitspielen lassen, die demokratisch bzw. menschenrechtlich handeln und europäisch denken. Weder könnten Akteur*innen der Zivilgesellschaft andere von der Zugehörigkeit ausschließen, noch stünde es staatlichen Akteur*innen zu, »durch Anwendung ihres Regulierungskatalogs, etwa die Befreiung von Steuern, eine Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft festzustellen oder diese gar zu bestimmen.« (Strachwitz 2023: 4f.) Gesellschaftliche Entwicklungen seien prinzipiell unorganisierte und im Ganzen auch unorganisierbare Prozesse, die es zu akzeptieren gilt. Was, wenn sich rechtes Gedankengut in der Bürgergesellschaft breitmacht, bisher Unsagbares plötzlich offen proklamiert wird, wenn ein Teil der Bevölkerung sympathisiert und der andere schweigt? Dann fällt es schwer und ist es vielleicht auch blauäugig gefährlich, auf die Selbstregulierung fluider Strukturen zu warten. Dann scheint die kritische Auseinandersetzung einer an Freiheit, Gleichheit und Verantwortung orientierten Bürgergesellschaft, mit einer klaren Haltung gegen antidemokratische und menschenfeindliche Positionen und vor allem der Schulterchluss bzw. die Vernetzung betroffener zivilgesellschaftlicher Organisationen, unterstützt durch eine Stellung beziehende, schützende Verwaltung, der

gangbare Weg gegen demokratieschädliche Tendenzen zu sein (Büttner/Vierkant 2021: 38).

Die Utopie ländlichen Engagements bleibt ein offenes, diverses und demokratisches Miteinander, das Angebote im öffentlichen Raum für alle Interessierten bereithält. In Utopia handeln Menschen immer gemeinschaftsbezogen, häufig solidarisch und gerne »von unten«, dabei ist nicht der Organisationsgrad entscheidend, sondern die Begeisterung für die Sache. Engagement stiftet Zusammenhalt, ist inklusiv und generationenübergreifend. Konflikte werden offen ausgetragen. An Zukunft wird gern gedacht und gemeinsam gearbeitet.

Wie können wir einem solchen auf Freiheit, Pluralismus, Selbstbestimmung und Toleranz beruhenden Utopia schon heute ein Stück näherkommen? Indem es in den Fokus öffentlichen Interesses und politischen Handelns gestellt wird:

- Engagement braucht Ressourcen, die nicht nur finanzieller, sondern auch zeitlicher und infrastruktureller Natur sind.
- In weniger aufwändigen Förderprogrammen, mit geringen bürokratischen Hürden, könnte auch ressourcenarmen, weniger formalisierten und professionalisierten Engagementformen ein Zugang zu Unterstützung ermöglicht werden.
- Soziale Orte, an denen sich Akteur*innen real treffen können, an denen Engagement entwickelt wird und Zusammenhalt entsteht, sollten insbesondere in wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich schwächeren Regionen gefördert werden.
- Partizipation für junge Menschen, begleitet durch emanzipatorische Jugendarbeit und die Schaffung von Frei- und Experimentierräumen für Jugendliche sind in den Fokus zu rücken.

Und last but not least, dürfen wir, wenn wir uns Utopia im Sinne eines lebenswerten Ortes »für alle« nähern wollen, in der Demokratieförderung nie schwächeln, sondern sie konsequent stärken, um für demokratische Gelegenheitsstrukturen, Planungssicherheit und Legitimität bei den Akteur*innen sorgen zu können.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.
- Büttner, Frauke/Vierkant, Maika (2021): »Zivilgesellschaft im Fokus – Wie Rechtspopulist*innen das Neutralitätsgebot missbrauchen«, in: Stephanie Piegorsch/Carsten Herzberg/Martin Bubner/Kay-Uwe Kärsten/Julia Schultheiß (Hg.): Shrinking spaces – Schrumpfende Räume für die Zivilgesellschaft. Potsdam: mitMachen e.V., S. 36–43.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2023): Engagement weltweit – Strategie zur Förderung bürgerschaftlichen Engage-

- ments in der Entwicklungszusammenarbeit in und aus Deutschland, <https://www.bmz.de/resource/blob/154810/engagement-weltweit.pdf> vom 22.11.2023.
- Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, <https://dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf> vom 22.11.2023.
- Cooper, Davina (2014): *Everyday Utopias. The Conceptual Life of Promising Spaces*. Durham/London: Duke University Press.
- Dyk, Silke van/Haubner, Tine (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Faber, Kerstin/Oswalt, Philipp (Hg.) (2013): *Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge*. Edition Bauhaus 35. Leipzig: Spector Books.
- Gillis, John R. (1980): *Geschichte der Jugend. Tradition und Wandel im Verhältnis der Altersgruppen und Generationen*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Gilroy, Patrick/Krimmer, Holger/Priemer, Jana/Kononykhina, Olga/Robledo, Maria P./Stratenwerth-Neunzig, Falk (2018): *Vereinssterben in ländlichen Regionen – Digitalisierung als Chance. Sonderauswertung des ZiviZ-Surveys 2017*. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/vereinssterben_in_laendlichen_regionen.pdf vom 22.11.2023.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): *Das Soziale-Orte-Konzept*. Bielefeld: transcript.
- Kleiner, Tuuli-Maria/Burkhardt, Luise (2021): »Ehrenamtliches Engagement: Soziale Gruppen insbesondere in sehr ländlichen Räumen unterschiedlich stark beteiligt«, in: *DIW Wochenbericht 35/2021*, S. 571–579.
- Krimmer, Holger (2018): »Konturen und Strukturwandel der organisierten Zivilgesellschaft«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31(1-2)*, S. 195–203.
- Neu, Claudia (2019): »Vorwort«, in: Christine Eckes/Marie-Theres Piening/Janine Dieckmann: *Literaturanalyse zum Themendreieck »Engagementförderung – Demokratiestärkung – ländlicher Raum«*, Berlin: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, S. 5–6.
- Neu, Claudia/Nikolic, Ljubica (2023): »Soziale Orte in Zeiten der Pandemie«, in: Hessische Vereinigung für Volkskunde e.V. (Hg.): »Landleben« in Hessen – Prozesse von Umbruch und Veränderung, *Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung*. Band 57/2022. Marburg: Jonas Verlag, S. 59–73.
- Nikolic, Ljubica (2022): »Engagementkonstellationen in ländlichen Räumen – ein Kessel Buntes«, in: *Ländlicher Raum 73(3)*, S. 33–37.
- Priemer, Jana/Bischoff, Antje/Hohendanner, Christian/Krebstakies, Ralf/Rump, Boris/Schmitt, Wolfgang (2019): »Organisierte Zivilgesellschaft«, in: Holger Krimmer (Hg.): *Datenreport Zivilgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S. 7–54
- Röbke, Thomas (2012): »Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge – Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung«, <https://library.fes.de/pdf-files/do/08956.pdf> vom 22.11.2023.
- Saage, Richard (1991): *Politische Utopien der Neuzeit*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadyia/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2022): »Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2019«, in: Julia Simonson/Nadyia

- Kelle/Corinna Kausmann/Clemens Tesch-Römer (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–7.
- Strachwitz, Rupert Graf (2023): »Eine neue Polyarchie für Europa?«, in: BBE (Hg.): *Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa*. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/02_Europa_Newsletter/2023/enl-03-2023-strachwitz-beitrag.pdf vom 22.11.2023.
- Willisch, Andreas (2021): *Bürgerschaftliches Engagement als Gestaltungsentagement*, <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/343480/buergerschaftliches-engagement-als-gestaltungsentagement/vom-22.11.2023>.

DorfUtopien

Themen, Konzepte und Umsetzungsstrategien für zukunftsfähige Dörfer

Ulrich Harteisen

1. Einführung

Mit dem Begriff »DorfUtopien« werden oft vor allem neue Lebensentwürfe und Wirtschaftsformen assoziiert, wie sie u.a. Otterpohl (2017) auf das Dorf projiziert. Otterpohl (2017) beschreibt das »neue Dorf« als einen Ort für ein selbstbestimmtes, an ökologischen Idealen orientiertes Leben und als eine kreative Synthese der Vorteile von Stadt und Land. Ökodörfer, in denen Gemeinschaften nachhaltig wohnen und wirtschaften sind Ausdruck dieser DorfUtopie und können sicher auch Ideengeber für eine nachhaltige und zukunftsfähige Dorfentwicklung sein. Allerdings sind bisher vergleichsweise nur wenige Menschen bereit, diesen Weg in eine neue dörfliche Zukunft zu gehen.

Die in diesem Beitrag zugrunde gelegte Utopie ist ein vitales Dorf mit einer engagierten Dorfgemeinschaft, einem lebendigen Kulturleben und Arbeitsplätzen in traditionellen dörflichen Unternehmen wie auch in neu gegründeten Unternehmen. Traditionell und doch utopisch, denn die DorfUtopie umfasst auch folgende Vision: Immer mehr junge Menschen wagen in Zukunft den Schritt raus aufs Dorf, denn dank einer guten digitalen Anbindung ist die Arbeit zurück ins Dorf gekommen. Homeoffice ist in vielen Branchen normal und immer mehr Gründer*innen entdecken das Dorf als Standort für ihr Unternehmen und schaffen neue Arbeitsplätze. Dörfer werden wieder jünger, vielfältiger und lebendiger. Einheimische und Zugezogene leben miteinander, Bodenständigkeit und Weltoffenheit prägen die Dörfer. Die neue Dorfgemeinschaft gestaltet ihr Dorf. Nur eine Utopie oder doch eine realistische Perspektive?

Viele Dörfer stehen aufgrund des demographischen, wirtschafts- und sozialstrukturellen Wandels aktuell vor großen Herausforderungen. Diese Situation spiegelt sich auch in der medialen Berichterstattung über Dörfer wider. So lautet der Titel eines Beitrags zur Situation der Dörfer im Magazin der Deutschen Bahn: »WER WILL **HIER** LEBEN?« (Vogel 2018: 44; Hervorhebung im Original). In der Einführung des Artikels wird formuliert:

»Um das Dorf, so heißt es immer wieder, sei es schlecht bestellt. Die jungen Leute zögen fort und ließen die Alten in schrumpfenden Gemeinden zurück. Als sei dies ein Naturgesetz: Städte wachsen, Dörfer sterben. Ist es wirklich so einfach?« (ebd.: 44).

Dass es sich hierbei keineswegs um ein Naturgesetz handelt, wird im Artikel am Beispiel einiger Dörfer, die eine bemerkenswert positive Entwicklung aufweisen und das, obwohl sie in der strukturschwachen ländlichen Peripherie liegen, anschaulich gezeigt. Nicht nur in diesem Artikel wird deutlich, dass die Zukunft der Dörfer ganz wesentlich von den Potenzialen ihrer Bewohner*innen und deren Möglichkeiten, diese Potenziale in Prozesse und Projekte für eine zukunftsfähige Dorffentwicklung einbringen zu können, abhängt.

Anknüpfend an diese Gedanken stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags Überlegungen zur Relevanz und Förderung von sozialem Engagement für ein gutes Leben im Dorf sowie zur Bedeutung des Dorfes als Wirtschaftsstandort. Die Ausführungen beruhen auf Erkenntnissen aus Forschungsvorhaben zur sozialen Dorffentwicklung sowie zur Situation und Entwicklungsmöglichkeit des Dorfes als Wirtschaftsstandort. Es werden zunächst Entwicklungsperspektiven für die Zukunftsfähigkeit von Dörfern aufgezeigt, um weiterführend der Frage nachzugehen, mit welchen Instrumenten der Planung und Förderung die Umsetzung in der Praxis der Dorffentwicklung gelingen kann.

2. Angewandte Dorfforschung: Themen, Erkenntnisse und Konzepte

Der Autor dieses Beitrages ist Sprecher der Forschungsgruppe »Ländliche Räume und Dorffentwicklung« an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK). Die Forschungsgruppe ist interdisziplinär aufgestellt und verfolgt mit ihren Vorhaben das Ziel, neben grundlegenden Erkenntnissen zur inhaltlichen und methodischen Weiterentwicklung der Dorf- und Regionalentwicklung insbesondere konkrete Handlungsempfehlungen für die Praxis abzuleiten.

Aber was ist eigentlich ein Dorf? Der Humangeograph Gerhard Henkel spricht vom Dorf als dem »zunehmend unbekanntem Wesen« (2012: 9). Tatsächlich existiert kein allgemeingültiges Verständnis oder gar eine eindeutige wissenschaftliche Definition für das Dorf, vielmehr ist das Verständnis von Dorf abhängig vom jeweiligen disziplinären Zugang (Steinführer 2021: 21). In der siedlungsgeographischen Forschung wird das Dorf als ländliche Gruppensiedlung ab einer Größe von ca. 100 Einwohner*innen bezeichnet, die über eine gewisse Grundausstattung an Infrastrukturen der Daseinsvorsorge verfügt (Henkel 2020: 47). Im allgemeinen Sprachgebrauch und auch in diesem Beitrag wird der Begriff Dorf als Synonym für alle ländliche Siedlungen verwendet, ohne nach Siedlungsform oder Größe zu unterscheiden. Die Verwendung des Begriffes Dorff erfolgt in diesem Sinne analog zur Verwendung des Begriffes Stadt, denn auch mit diesem Begriff werden sehr unterschiedliche Siedlungstypen zusammengefasst (ebd.: 48). Das beschriebene Definitionsproblem ist vor allem auf die großen Veränderungen der Dörfer seit Mitte des 20. Jahrhunderts zurückzuführen. Während in der Vergangenheit Dörfer durch die Land- und Forstwirtschaft und dorftypische Handwerksbetriebe geprägt waren, sind Dörfer heute sehr heterogen und oft nur noch Wohnort, aber nicht mehr

Wirtschaftsstandort. Auch hat sich das Ortsbild vieler Dörfer in den letzten Jahrzehnten durch Neubautätigkeit, Umnutzungen sowie ortsbildverändernde Sanierungen erheblich verändert, sodass der ursprüngliche Ortsgrundriss und die dorftypische Baukultur vielerorts kaum noch erkennbar ist und das Dorf optisch immer mehr städtischen Siedlungen gleicht. Diese Entwicklung trifft insbesondere auf Dörfer im Umfeld von Großstädten zu, wo aus Dörfern oft Stadtteile geworden sind. Und nicht zuletzt haben sich auch die Dorfgemeinschaften durch Abwanderung und Zuzug verändert und dennoch bilden die Menschen im Dorf mit ihren vielfältigen Fähigkeiten und ihrer oft großen Bereitschaft zum Engagement auch heute noch ein besonderes Potenzial für soziale Innovationen. Im Folgenden wird der Blick auf die sozialen und ökonomischen Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten von Dörfern gerichtet.

2.1 Die Region Südniedersachsen – Reallabor für die angewandte Dorfforschung

Reallabore werden vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen als »wissenschaftlich konstruierte Räume einer kollaborativen Nachhaltigkeitsforschung mit Interventionscharakter« definiert (WBGU 2016: 542). Hahne (2019: 53) formuliert es so:

»In einem Reallabor begeben sich Wissenschaftler in reale Veränderungsprozesse und suchen gemeinsam mit Praktikern, Akteuren vor Ort und Bürgern nach neuen Lösungen für praktische Fragestellungen und Herausforderungen der Zukunft.«

Ganz in diesem Sinne hat die Forschungsgruppe »Ländliche Räume und Dorfentwicklung« in den vergangenen zehn Jahren mehrere Projekte in der Region Südniedersachsen durchgeführt. Die Region Südniedersachsen zwischen der Weser im Westen und dem Harz im Osten ist eine typische Mittelgebirgslandschaft mit großer landschaftlicher Vielfalt. Südniedersachsen ist weder natur- noch kulturräumlich eindeutig abgrenzbar, vielmehr ein unter förderpolitischen Gesichtspunkten konstruierter Raum, der die Landkreise Göttingen, Northeim, Holzminden und Goslar umfasst. Die Abgrenzung orientiert sich am Südniedersachsenprogramm, einem regionalen Förderprogramm, durch das Projekte der Regionalentwicklung seitens des Landes Niedersachsen von 2015–2020 gefördert wurden. Mit aktuell rund 134.00 Einwohner*innen (Stadt Göttingen 2023) ist die Universitätsstadt Göttingen die einzige Großstadt in der Region. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung lebt in den vielen hundert Dörfern und einigen kleinen Städten. Die Region Südniedersachsen ist demographisch erheblich von intraregionalen Disparitäten geprägt. Während in der Stadt Göttingen und dem unmittelbaren Umland gegenwärtig keine Bevölkerungsabnahme verzeichnet werden kann, sind große Teile der ländlichen Räume in Südniedersachsen erheblich vom demographischen Wandel betroffen. Gerade deshalb ist Südniedersachsen als Reallabor für die Forschung zu Veränderungsprozessen und zur Zukunftsfähigkeit von Dörfern besonders geeignet.

2.1.1 Soziale Innovationen in ländliche Räumen gestalten: Das Beispiel »Dorfmoderation« in Südniedersachsen

In vielen Dörfern und Gemeinden Deutschlands bilden die Menschen, ihre vielfältigen Fähigkeiten und ihre große Bereitschaft zum Engagement ein besonderes Potenzial für gemeinsames Handeln zum Wohle der Dorfgemeinschaft. Steinführer (2015: 6ff.) spricht in diesem Zusammenhang von *Selbstresponsibilisierung*, was bedeutet, dass Bürger*innen zunehmend selbstbestimmt Verantwortung in ausgewählten Feldern der Daseinsvorsorge übernehmen. Veränderungsprozesse in Dörfern erfordern neue, gemeinschaftliche Handlungsansätze der betroffenen Menschen, wenn dauerhaft eine hohe Lebensqualität gesichert werden soll. Der Ansatz der Dorfmoderation knüpft hier an und zielt darauf ab, Dorfbewohner*innen als gestaltende Kraft mit Verantwortung für die Dorfzukunft zu gewinnen und zu unterstützen. Die Dorfmoderation, wie sie in Südniedersachsen entwickelt wurde, kann als ein Baustein der Sozialen Dorfentwicklung verstanden werden. Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung betont, dass die

»[...] kompetente Begleitung soziokultureller Entwicklungsprozesse zu einem immer wichtiger werdenden Handlungsfeld der Landentwicklung bei der Unterstützung ländlicher Kommunen wird« (2018: 2).

und zusammenfassend wird formuliert:

»Soziale Dorfentwicklung geht über die bisher bestehenden guten Ansätze der Dorferneuerung und Dorfentwicklung hinaus und stellt noch umfassendere Ansprüche an die zu bearbeitenden Themenfelder und einzusetzenden Methoden. Hierzu ist ein Perspektivwechsel notwendig, denn Soziale Dorfentwicklung hat über eine rein materielle Unterstützung hinaus die Förderung sozialräumlicher Entwicklungsprozesse und die Einbindung sozialen Kapitals zum Ziel. Sie ermöglicht somit die Teilhabe aller gesellschaftlicher Gruppen am öffentlichen Leben als zentrale Voraussetzung für ein friedliches Miteinander und gelebte Demokratie« (ebd.: 23).

Erkenntnisse aus dem Modellprojekt VIP (Vorbereitungs- und Informationsphase zur Dorfentwicklung), in dem weitergehende Formen der Bürger*innenbeteiligung in der Dorferneuerungsplanung in Niedersachsen erprobt wurden, unterstreichen die Bedeutung einer partizipativen Planung (vgl. Karweik 2009):

»Fest steht [...], dass die Dorfbewohner als Partner von Planern und Gemeinden fit gemacht werden (sollten), um bewusster agieren und von Beginn an besser durchstarten zu können«.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen wurde in Südniedersachsen das Qualifizierungsangebot Dorfmoderation vom Verein Freie Altenarbeit Göttingen/Mobile Wohnberatung Südniedersachsen in Kooperation mit dem LEADER-Regionalmanagement Göttinger Land entwickelt und in den Jahren 2012/2013 erstmals angeboten. An diese Initialphase

schloss sich das Projekt »Dorf ist nicht gleich Dorf – Dorfmoderation Südniedersachsen« (2016–2020) inhaltlich unmittelbar an.¹

Im Ergebnis wurde ein umfassendes Qualifizierungsangebot Dorfmoderation entwickelt, das methodische Kenntnisse zur Analyse der Dorfgeschichte und gegenwärtigen Dorfstruktur sowie zur Gestaltung von Dorfprozessen und zur Umsetzung von Dorfprojekten vermittelt. Ein Schwerpunkt des Qualifizierungsangebots stellt das Dorfanalyse-schema dar, das in drei chronologische Teile gegliedert ist. So werden das Gestern, das Heute und das Morgen des Dorfes im Sinne einer Dorfbiografie beleuchtet, um ausgehend von den historischen Wurzeln des Dorfes die heutigen Potenziale und Herausforderungen zu analysieren und anknüpfend zukünftige Entwicklungen im Dorf partizipativ zu gestalten (vgl. Eigner-Thiel et al. 2020a: 7). Der Dorfgeschichte wird im Dorfanalyse-schema eine vergleichsweise große Bedeutung beigemessen, auch weil die wissenschaftliche Begleitforschung Evidenzen für die Relevanz historischer Kontexte gezeigt hat. Beispielhaft unterstreichen folgende Erkenntnisse die Relevanz der lokalen Geschichte:

In Dörfern, die in der Vergangenheit eher durch gleichberechtigte Sozialverhältnisse geprägt waren, engagieren sich die Dorfbewohner*innen auch heute noch tendenziell stärker für die Zukunftsfähigkeit ihres Dorfes als in Dörfern, die auf eine sozialhierarchische Struktur zurückblicken. Ein weiterer wichtiger Faktor, der das Dorfleben beeinflusst, sind Erfahrungen mit Integrationsmechanismen. So können Dörfer mit einer ausgeprägten Willkommenskultur oft auf umfangreiche Erfahrung mit der Integration von Zugezogenen zurückschauen, wogegen in Dörfern mit weniger ausgeprägtem Willkommensklima Zugezogene oft schnell wieder wegziehen.

Der Blick in die Dorfgeschichte zeigt weiterhin, dass auch der Umgang mit Krisensituationen in einem gewissen Umfang erlernt und von Generation zu Generation weitergegeben werden kann, was in Zeiten multipler Krisen ein bedeutender Faktor für die Zukunftsfähigkeit von Dörfern sein kann (vgl. Eigner-Thiel et al. 2020b: 226). Die Forschungsergebnisse zeigen, dass die Auseinandersetzung mit der Dorfgeschichte eine wichtige Grundlage für eine reflexive Arbeitsweise im Dorf darstellt und deshalb ein wichtiger Baustein der Qualifizierungsmaßnahme Dorfmoderation ist. Die Dorfbewohner*innen sollen in die Lage versetzt werden, Entwicklungsprozesse im Dorf selbständig und mit einer reflexiven Haltung zu gestalten, und so wieder selbst mehr Verantwortung für die Zukunft ihres Dorfes zu übernehmen (vgl. Harteisen/Eigner-Thiel 2020). Für die praktische Umsetzung der Qualifizierungsmaßnahme wurden neben dem Dorfanalyse-schema ein Methodenkoffer mit genauen Anleitungen und Vorlagen für Übungen sowie eine Handreichung für Referierende erarbeitet, um so die Denk- und Arbeitsweise der Dorfmoderation zu etablieren.

Die Dorfmoderation ist somit mehr als eine Qualifizierung einzelner Dorfbewohner*innen, vielmehr knüpft der Ansatz an dem von Steinführer (2015) eingebrachten Ge-

1 Dieses Projekt, ein gemeinsames Vorhaben der südniedersächsischen Landkreise Göttingen, Northeim, Holzminde und Goslar, wurde durch das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gefördert und wissenschaftlich durch die Forschungsgruppe »Ländliche Räume und Dorfentwicklung« und das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen begleitet.

danken der Selbstresponsibilisierung an und zielt darauf ab, die Dorfgemeinschaft als gestaltende Kraft mit Verantwortung für die Dorfzukunft zu unterstützen.

2.1.2 Wirtschaft und Arbeit im Dorf – nur eine Utopie?

Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts waren Dörfer für ihre Bewohner*innen nicht nur Lebensraum, sondern häufig auch Arbeitsort. Arbeitsplätze gab es in der Land- und Forstwirtschaft, dem Handwerk und auch im dorftypischen Dienstleistungsbereich. Das hat sich grundlegend geändert. Einhergehend mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen sind viele Arbeitsplätze in ländlichen Räumen verlorengegangen oder in die Stadt verlagert worden (Henkel 2012: 36). Im Ergebnis wird das Dorf heute immer weniger als Wirtschaftsstandort wahrgenommen. Wenn Dörfer aber zukünftig immer weniger Wirtschaftsstandort sind und damit immer weniger Arbeitsplätze bieten, führt dies unweigerlich dazu, dass junge Menschen die Dörfer weiterhin verlassen und oft nicht zurückkehren. In der Studie »Die Zukunft der Dörfer« des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung wird dieser Prozess pointiert wie folgt beschrieben:

»[...] und mehr denn je zieht es die Deutschen in die urbanen Zentren. Dort ballen sich Kreativität und Kultur. Dort, in der modernen Wissensgesellschaft, entstehen aus der kritischen Masse von klugen Köpfen und Ideen neue Unternehmen und die Jobs der Zukunft. Gerade junge Menschen finden im Leben auf dem Lande kaum mehr Erfüllung [...]« (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011: 4).

Aber ist diese Entwicklung unumkehrbar oder gibt es nicht schon heute gute Gründe und auch Möglichkeiten, das Dorf als Wirtschaftsstandort wieder neu in den Blick zu nehmen und zu entwickeln? Das sind Fragen, der die Forschungsgruppe »Ländliche Räume und Dorfentwicklung« im Rahmen des Forschungsvorhabens »Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Dorf« nachgegangen ist.

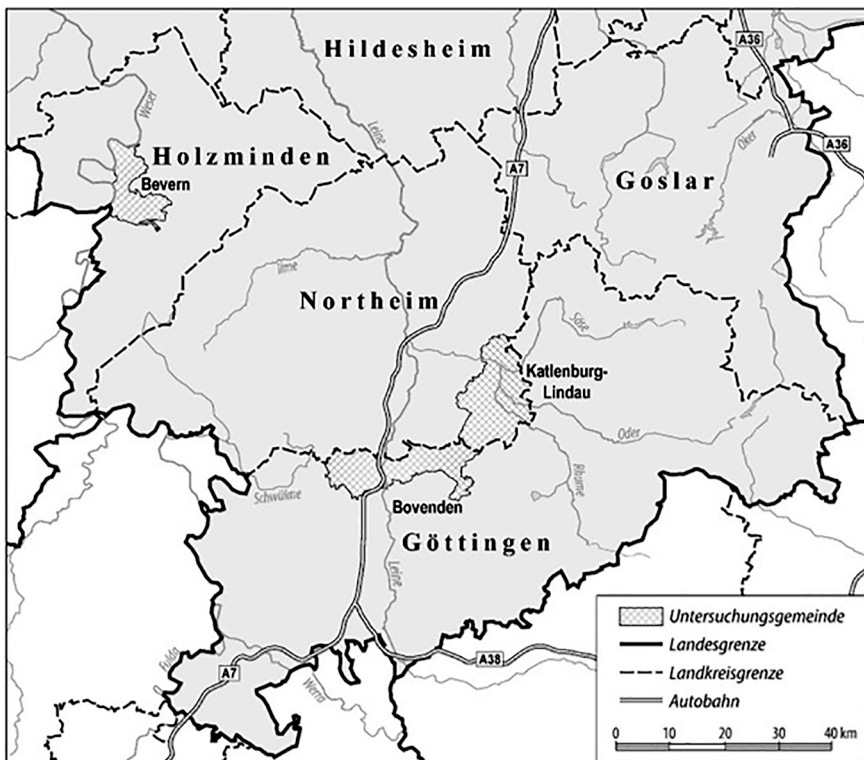
Grundsätzlich ist es sicher richtig, dass Menschen, die ein Unternehmen gründen wollen, zunächst nicht unbedingt an den Standort Dorf denken, und auch arbeitssuchende Menschen richten den Blick überwiegend auf die Städte. Dabei sind ländliche Räume nach Schätzungen des Ökonomen Simon, der den Begriff der »*Hidden Champions*« geprägt hat, Standort für viele erfolgreiche mittelständische Unternehmen (vgl. Kontio 2014). Sehr ländliche Regionen wie das Sauerland, der südliche Schwarzwald oder das Oldenburger Münsterland mit seinem Cluster Agribusiness mit einem breiten Arbeitsplatzangebot im Komplex der Erzeugung und Verarbeitung von Nahrungsmitteln weisen bundesweit hohe Anteile von Beschäftigten im sekundären und tertiären Sektor auf.

Auch gilt es zu berücksichtigen, dass die Digitalisierung Wirtschaft und Arbeit im 21. Jahrhundert grundlegend verändern wird. Digitalisierung kann bedeuten, dass der Arbeitsprozess zunehmend vom Raum entkoppelt wird. Eine Rückverlegung von Wirtschaft und Arbeit in ländliche Räume scheint vor diesem Hintergrund möglich. Neue Orte – Coworking Spaces – für Arbeit auf dem Lande entstehen bereits. Die Digitalisierung ist aber sicherlich nur eine Komponente für die wirtschaftliche Wiederbelebung der Dörfer. Für Unternehmer*innen sind weitere Rahmenbedingungen, wie die Qualität der

technischen Infrastruktur, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und nicht zuletzt auch weiche Standortfaktoren, wie z. B. die Bildungsinfrastruktur, die medizinische Versorgung und die Nahversorgung entscheidend für die Standortwahl. Im Rahmen des Forschungsvorhabens »Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Dorf« wurden deshalb sowohl harte wie auch weiche Standortfaktoren analysiert. Forschungsleitend war die Frage, wie Unternehmer*innen im Dorf den Wirtschaftsstandort Dorf bewerten. Um das herauszufinden, wurde in 19 Dörfern in Südniedersachsen eine Vollerfassung der Wirtschaftsstrukturen vorgenommen und eine Befragung zur Bewertung des Wirtschaftsstandortes durchgeführt.

Als Untersuchungsgemeinden wurden drei unterschiedliche ländliche Kommunen aus Südniedersachsen mit insgesamt 19 Dörfern verschiedener Größe und unterschiedlicher Lage im Raum ausgewählt: der Flecken Bovenden im Landkreis Göttingen vor den Toren des Oberzentrums Göttingen, die etwas weniger zentral gelegene Gemeinde Katlenburg-Lindau im Landkreis Northeim und der deutlich peripherer gelegene Flecken Bevern im Landkreis Holzminden.

Abbildung 1: Region Südniedersachsen mit den drei Untersuchungsgemeinden



Quelle: Behnen/Harteisen 2022: 93

Die Forschungsergebnisse zeigen eine erstaunlich vielfältige Wirtschaftsstruktur am Wirtschaftsstandort Dorf: Von den 676 in den 19 Dörfern zum Erhebungszeitpunkt 2017 mit großer Wahrscheinlichkeit existierenden Unternehmen gehören immerhin noch 14 Prozent zum primären, 22 Prozent zum sekundären und fast zwei Drittel zum tertiären Sektor. Damit ist der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft auch in den Dörfern bereits sehr weit fortgeschritten. Bemerkenswert ist, dass alle Dörfer, unabhängig von ihrer Größe, einen relativ hohen Unternehmensbesatz aufweisen. Bei der Unternehmensgröße gibt es einen ganz klaren Schwerpunkt bei Kleinstunternehmen (1–9 Beschäftigte) und Kleinunternehmen (10–49 Beschäftigte). Viele sind Solo-Selbstständige, mittelgroße Unternehmen (50–249 Beschäftigte) hingegen sind selten, noch größere gar nicht vorhanden. Bemerkenswert ist die Standorttreue von Unternehmen jeder Größe: Über zwei Drittel sind seit mindestens zehn Jahren am heutigen Standort. Dörfer in Südniedersachsen sind eher selten Standort von größeren Industrieunternehmen, was das Fehlen von Betrieben mit mehr als 250 Mitarbeitenden erklärt. Traditionell sind auch heute noch Handwerksbetriebe in den Dörfern vorhanden, daneben finden sich immer mehr neuartige Unternehmen im Dienstleistungsbereich, wie z.B. Werbeagenturen, ein Fotostudio, Ernährungsberatung, Kriseninterventionsberatung oder auch ein Tanzstudio. Diese Unternehmen, die man vielleicht zunächst nicht auf dem Dorf erwartet, kennzeichnen in besonderer Weise den Wandel des Wirtschaftsstandortes Dorf. Dynamisch entwickeln sich in einigen Dörfern zudem Unternehmen im Gesundheits- und Pflegebereich, was auf die steigende Nachfrage in Dörfern mit alternder Bevölkerung zurückgeführt werden kann. Die befragten Unternehmen bewerten die Standortqualität des Dorfs überwiegend positiv, wozu besonders auch weiche Standortmerkmale beitragen. Wichtigstes Standortmerkmal ist eine verlässliche Internetverbindung. Handlungsbedarf sehen die Unternehmen insbesondere bei der Verfügbarkeit und Qualifikation von Arbeitskräften. Nach ihren Zukunftsaussichten am Standort gefragt, äußerten sich die Unternehmen überwiegend nicht negativ: 35 Prozent erwarten für die nächsten fünf Jahre ein Wachstum, 46 Prozent eine stabile Unternehmensentwicklung.

Im Rahmen der Untersuchung konnte auch die Vernetzung der Unternehmen ermittelt werden. Bürgermeister*innen und die Gemeindeverwaltungen, aber auch die Hausbanken, sind die wichtigsten Ansprechpartner*innen, wenn es um Fragen der Unternehmensentwicklung geht. Die lokale Verankerung der Unternehmen ist gut. Etwa drei Viertel der Unternehmer*innen wohnen in dem Dorf, in dem auch das Unternehmen ansässig ist. Nicht selten wird die wirtschaftliche Tätigkeit in der eigenen Wohnung oder zumindest im Wohngebäude ausgeübt. Über 90 Prozent der Befragten beurteilen die Lebensqualität im Dorf als gut oder eher gut. Die räumliche und soziale Verbundenheit mit dem Dorf trägt wesentlich dazu bei, dass sich die Unternehmer*innen, z. B. durch Spenden oder als Privatperson, etwa in Vereinen, engagieren. Konflikte mit den Nachbar*innen gibt es, sie sind aber selten. Weit überwiegend wird Wirtschaft im Dorf als Teil des Dorflebens akzeptiert.

Aus den Ergebnissen der Fallstudie wurden drei Handlungsempfehlungen für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Dorf abgeleitet:

Ländliche Gemeinden sollten ein *Standortmarketing* entwickeln, welches das Dorf als Wohn- und Wirtschaftsstandort vorstellt, denn Unternehmer*innen schauen auf harte und zunehmend auch auf weiche Standortfaktoren. Nur dann, wenn eine ländliche

Gemeinde auch eine entsprechende soziale Infrastruktur aufweist, wird der Ort als attraktiver Lebensraum bewertet und kann dann auch ein attraktiver Standort für ein Unternehmen sein.

Zur Verbesserung der Kommunikation mit Akteur*innen der Wirtschaft sollten auf Gemeindeebene Strukturen einer *lokalen Wirtschaftsförderung* aufgebaut werden, denn die Gemeinden sind wichtige und oft erste Ansprechpartner*innen bei Fragen der Unternehmensentwicklung. In enger Absprache mit der regionalen Wirtschaftsförderung kann so die Qualität der Beratung weiter verbessert werden.

Die Bauleitplanung sollte in Dörfern auch weiterhin *Mischgebiete* vorsehen, in denen Wohnen und Arbeiten im räumlichen Nebeneinander möglich ist, denn viele der befragten Unternehmen haben die enge räumliche Verknüpfung als Vorteil bewertet. Räumliche Nähe von Betrieb und Wohnung bedeutet weniger Pendelverkehr sowie Zeit- und Ressourcenersparnis.

Die in der Fallstudie Südniedersachsen dokumentierte räumliche Verbindung von Wohnen und Arbeiten findet sich heute vor allem noch in stadtdferneren Dörfern, wogegen in ländlichen Siedlungen im direkten Umfeld großer Städte oft eine strikte Trennung von Wohn- und Gewerbegebieten stattfindet. Das Wachstum stadtnaher ländlicher Siedlungen im Umfeld der Großstädte beruht ganz wesentlich auf dem Zuzug von Menschen aus der nahen Stadt, die sich hier ihren Traum vom Eigenheim im Grünen erfüllen und die Ruhe suchen, die sie in der Stadt zunehmend nicht mehr finden können. Ein Nebeneinander von Wohnen und Wirtschaft ist im Zuge der Entwicklung eher nicht gewünscht. Unsere Forschung zeigt jedoch, dass unternehmerische Strukturen schleichend Eingang in die Wohngebiete gefunden haben. Viele der erfassten Kleinstunternehmen führen ihre wirtschaftliche Tätigkeit im eigenen Haus oder zumindest auf dem eigenen Grundstück durch. Dabei handelt es sich oft um beratende Tätigkeiten und sonstige Dienstleistungen, von denen keine Störung ausgeht und Konflikte mit den Nachbar*innen daher nicht zu erwarten sind. Bei weiter rasant steigenden Grundstücks- und Immobilienpreisen in den Großstädten wird der Wirtschaftsstandort Dorf aber auch für Unternehmen im produzierenden Sektor zunehmend wieder interessant. Ein Beispiel konnte in einem der betrachteten südniedersächsischen Dörfer dokumentiert werden. Ausgangspunkt einer bemerkenswerten Gründungsphase eines Hightech-Unternehmens für Farbmestechnik in einem Dorf mit 700 Einwohner*innen war zunächst das Wohnhaus der Unternehmerfamilie. Aber schon nach kurzer Zeit mussten weitere Räume angemietet werden und schließlich entstand die Idee, ein neues Firmengebäude zu errichten. Geleitet vom Gedanken, Wohnen und Arbeiten an einem Ort zu vereinen, war für den Unternehmer schnell klar, dass das neue Firmengebäude mitten im Dorf errichtet werden soll. Mit planerischer Unterstützung der Gemeinde wurde das neue Firmengebäude schließlich auf einer Freifläche errichtet, auf der noch bis vor einigen Jahren ein leerstehendes Wohngebäude stand, das zu diesem Zweck abgerissen wurde. Heute sind in dem Unternehmen, in dem Geräte der Farbmestechnik entwickelt und produziert werden, 17 Mitarbeiter*innen beschäftigt. Ein gelungenes Beispiel für die Umnutzung einer Fläche in einem Dorf. Die Vision des Unternehmers gepaart mit der planerischen Flexibilität der Gemeinde haben diese DorfUtopie möglich gemacht (vgl. Behnen/Harteisen 2022).

Die Erkenntnisse der angewandten Dorfforschung zeigen, dass die Aktivierung von sozialen und ökonomischen Potenzialen ein Schlüssel für die Entwicklung von vitalen und zukunftsfähigen Dörfer sein kann. Für die Praxis der Dorfentwicklung spielen in diesem Zusammenhang raumplanerische und förderpolitische Instrumente eine zentrale Rolle.

3. Umsetzungsstrategien

In der räumlichen Planung werden formelle und informelle Instrumente unterschieden. Die Bauleitplanung als örtliche Raumplanung ist ein formelles Planungsinstrument, mit der die Siedlungsentwicklung gesteuert wird. Priebs (2013: 20) betont, dass es das Interesse einer gemeinwohlorientierten Raumordnung sein sollte, die Interessen der Allgemeinheit in den Vordergrund zu stellen und mit den Interessen Einzelner abzuwägen. Die Festsetzung von dörflichen Mischgebieten durch die Bauleitplanung könnte man in diesem Sinne als einen Ansatz zur Umsetzung einer gemeinwohlorientierten örtlichen Raumplanung verstehen.

Oft stößt eine reine Ordnungspolitik, wie die Bauleitplanung, allerdings auf Akzeptanzprobleme. Ordnungspolitik sollte daher durch den Einsatz informeller Planungsinstrumente ergänzt werden. Zu den informellen Planungsinstrumenten auf Dorfebene gehören die Förderprogramme zur Dorferneuerung/Dorfentwicklung. Diese Entwicklungsinstrumente sind eng an die Potenziale der Menschen des Planungsraumes geknüpft und verfolgen das Ziel, Zukunftsperspektiven gemeinsam mit den Dorfbewohner*innen zu entwickeln, was die Akzeptanz von Planung und Entwicklung fördert (Born 2021: 28). Bereits seit den 1990er-Jahren setzt die Dorferneuerung immer stärker auf die Mitwirkung der Dorfbewohner*innen. Magel (2000: 135) hebt hervor:

»Die nun allerorten geforderte partizipative Bürgerbeteiligung plus Bürgerverantwortung ist in der Dorferneuerung längst selbstverständlich geworden«.

Die Dorferneuerung hat schon früh und sehr bewusst die Dorfbewohner*innen in die Planung mit einbezogen (Henkel 2012: 295). Das ist eine gute Ausgangsbasis, um die Gemeinwohlorientierung noch stärker als bisher in Förderprogrammen zur Dorfentwicklung zu verankern. Im Rahmen der Entwicklung des Förderprogramms Dorfentwicklung ist es immer wieder gelungen, gesamtgesellschaftliche Herausforderungen auf lokaler Ebene aufzugreifen und Veränderungsprozesse vor Ort zu gestalten, so auch jüngst im Rahmen der Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE 2023) in Niedersachsen (Niedersächsische Staatskanzlei 2023). In der ZILE-Richtlinie findet sich mit der Dorfmoderation nun erstmalig auch ein Fördertatbestand der Sozialen Dorfentwicklung.

Eine besondere Bedeutung misst die Richtlinie weiterhin Kleinstprojekten mit Relevanz für die Soziale Dorfentwicklung bei, so heißt es:

»Kleinstvorhaben sollen schnell umsetzbar sein, nur einer geringen finanziellen Unterstützung bedürfen und die engagierte eigenverantwortliche dörfliche Entwicklung («Sozialraum Dorf») sowie die Stärkung der lokalen Identität aktivieren helfen« (Niedersächsische Staatskanzlei: 187).

Die aktuelle Entwicklung der ZILE-Förderrichtlinie zeigt, dass Erkenntnisse der angewandten Forschung sehr wohl von der Politik aufgegriffen und in entsprechende Förderatbestände umgesetzt werden. Ein gutes Beispiel für einen gelungenen Wissenstransfer im Rahmen der angewandten Dorfforschung.

Die Erkenntnisse der angewandten Dorfforschung zeigen, dass die Zukunftsfähigkeit von Dörfern aktiv gestaltet werden kann und keine Utopie bleiben muss. Voraussetzungen für das Gelingen sind eine ambitionierte Förderpolitik für die Dörfer sowie eine kreative und methodisch ansprechende planerische Begleitung. Im Verbund können diese Instrumente dazu beitragen, dass die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Dorfbewohner*innen aktiviert und aus Ideen konkrete Projekte für die Zukunftsfähigkeit von Dörfern werden. Zukunftsfähigkeit kann in diesem Sinne als ein Konglomerat verschiedenster Kompetenzen und Vorbedingungen verstanden werden, die gepflegt und entwickelt werden sollten (vgl. Born 2021: 38).

Auch und gerade weil Dörfer gegenwärtig wieder vermehrt Aufmerksamkeit erfahren und sich auch junge Menschen ein Leben auf dem Land vorstellen können, sollte Politik, Planung und Wissenschaft die Dorfentwicklung zu einem gemeinsamen Thema machen, und vereint, aber mit unterschiedlichen Rollen DorfUtopien entwickeln und in die Realität umsetzen.

Literatur

- Behnen, Tobias/Harteisen, Ulrich (2022): »Das Dorf – ein unterschätzter Wirtschaftsstandort? Standortfaktoren von Dörfern in Südniedersachsen«, in: Standort 46(2), S. 91–97.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Die Zukunft der Dörfer. https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/aeltere_Studien/Die_Zukunft_der_Doerfer/Die_Zukunft_der_Doerfer_Webversion.pdf vom 19.07.2023.
- Born, Karl Martin (2021): »Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit von ländlichen Räumen und Dörfern«, in: kulturen – Dörfliche Entwicklungen, S. 27–40.
- Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (2018): Strategiepapier »Soziale Dorfentwicklung«, https://www.landentwicklung.de/fileadmin/sites/Landentwicklung/Dateien/Publikationen/180709_Strategiepapier_Soziale_Dorfentwicklung.pdf vom 21.07.2023.
- Eigner-Thiel, Swantje/Jennrich, Jascha/Mautz, Rüdiger/Wolter, Hartmut (2020a): Dorfmoderation Niedersachsen. 4 Dorfanalyseschema, https://www.dorfmoderation-sn.de/fileadmin/pdfs_and_zips/201216_dingdo_4_dorfanalyseschema.pdf vom 28.08.2023.
- Eigner-Thiel, Swantje/Jennrich, Jascha/Mautz, Rüdiger/Wolter, Hartmut (2020b): Dorfmoderation Niedersachsen. Abschlussbericht des Modellvorhabens »Dorf ist

- nicht gleich Dorf, Dorfmoderation Südniedersachsen«, https://www.dorfmoderation-sn.de/fileadmin/pdfs_and_zips/z10317_dingdo_abschlussbericht_web.pdf vom 28.08.2023.
- Harteisen, Ulrich/Eigner-Thiel, Swantje (2020): »Dorfmoderation – Ein neuer Ansatz für die Gestaltung zukunftsfähiger Dörfer. Bericht über ein Qualifizierungsangebot in Niedersachsen«, in: Heimat Westfalen 33(3), S. 4–14.
- Hahne, Ulf (2019): »Reallabore. Katalysator für die nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung?« in: RaumPlanung 200, S. 53–58.
- Henkel, Gerhard (2012): Das Dorf. Landleben in Deutschland – gestern und heute. Stuttgart: Konrad Theiss.
- Henkel, Gerhard (2020): Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland, 5. ergänzte und neu bearbeitete Auflage. Stuttgart: Borotraeger.
- Karweik, Klaus-Dieter (2009): »VIP für VIPs in der Dorferneuerung – vom Modellprojekt zum Erfolgsmodell«, in: Ländlicher Raum 60(3), S. 29–33.
- Kontio, Carina (2014): Karriere bei Hidden Champions – Durchstarten in der Nische. Handelsblatt vom 17.08.2014.
- Magel, Holger (2000): »Zusammenfassung und Ausblick«, in: Holger Magel (Hg.): Dorferneuerung vor neuen Herausforderungen. München: Materialiensammlung des Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung der TU München 24, S. 133–138.
- Niedersächsische Staatskanzlei (2023) (Hg.): »Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen (ZILE 2023) zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung«, in: Niedersächsisches Ministerialblatt 73/8, S. 184–201, file:///C:/Users/uhart/Downloads/20230301_ZILE-2023-RL_Verffentlichung_Amtsblatt.pdf vom 23.07.2023.
- Otterpohl, Ralf (2017): Das Neue Dorf. Vielfalt leben, lokal produzieren, mit Natur und Nachbarn kooperieren. München: oekom.
- Priebs, Axel (2013): Raumordnung in Deutschland. Braunschweig: Westermann.
- Stadt Göttingen (2023): <https://www.goettingen.de/portal/seiten/stadt-im-ueberblick-90000073-25480.html> vom 21.07.2023.
- Steinführer, Annett (2015): »Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge«, in: Raumforschung und Raumordnung 73(1), S. 5–16.
- Steinführer, Annett (2021): »Lässt sich die Zahl der Dörfer in Deutschland bestimmen? Von Definitionsbemühungen, Suchwegen und unterschiedlichen Befunden«, in: Berichte über Landwirtschaft 99(3), S. 1–27.
- Vogel, Mathis (2018): »Wer will hier leben?«, in db mobil 04, S. 42–54.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin: WBGU.

Utopien und räumliche Planung – ein Widerspruch?

Eine Antwortsuche in der Regionalentwicklung Südwestfalens

Ulrike Grabski-Kieron & Stephanie Arens

1. Eine Annäherung

Utopien und räumliche Planung: auf den ersten Blick scheinen beide Begriffe nicht zusammenzupassen, ja, sich gar widersprüchlich gegenüberzustehen. Auf der einen Seite entwerfen Utopien aus Kritik an der Gegenwart Zukunfts- oder Gesellschaftsvisionen, die nicht an zeitgenössische Rahmenbedingungen gebunden sein müssen. Dabei ist es ein Wesenszug von Utopien, dass sie im Moment ihrer Entstehung nicht unmittelbar auch einen Weg zur Realisierung eröffnen. Auf der anderen Seite findet auch Planung ihren Ausgangspunkt in der kritischen Auseinandersetzung mit einer Situation, die von betroffenen und handelnden Akteur*innen als veränderungsbedürftig wahrgenommen wird: »Planung ist Vorwegnahme zukünftigen Handelns« (Stachowiak 1970: 1). Auch ihr ist also ein Zukunftsbezug eigen, denn sie strebt eine Änderung des Status Quo an, um eine erkannte Problemlage zu lösen. Planungsziele überwinden dabei den visionären Charakter von Utopien. Planung zielt – anders als utopisches Denken – mit eigenen Handlungsansätzen und Instrumenten daraufhin, Ziele auch zu realisieren oder Wege dazu im Sinne einer Steuerung zu eröffnen (vgl. Häusler 1969).

Räumliche Planung ist planerisches Handeln, von dem eine Raumbedeutsamkeit ausgeht, zunächst unabhängig davon, ob es auf lokaler, regionaler oder auf übergeordneter Ebene verortet ist und in welchen Zuständigkeiten oder Rechtsverbindlichkeiten es sich vollzieht. Sie ist Ausdruck einer gesellschaftlich verankerten und historisch gewachsenen Planungskultur. In ihr liegen das gesellschaftliche Verständnis von Planung wie auch politische, institutionelle, rechtliche und technische Modi planerischen Handelns begründet (vgl. Gullestrup 2009).

Räumliche Planung wird in den westlichen Demokratien als Governance verstanden, und dieses Verständnis liegt auch diesem Beitrag zugrunde. Governance überwindet die tradierten Interventionslogiken staatlicher Planung und erweitert sie hin zu einem Verständnis einer gemeinschaftlichen Aufgabe von Zivilgesellschaft und Staat: Nicht dem Staat allein, sondern auch unterschiedlichen öffentlichen und privaten Beteiligten als Bürger*innen, Institutionen, Unternehmen u.v.m. werden Kompetenzen zugewiesen,

an der Entwicklung planerischer Ziele mitzuwirken, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Planungsräume orientieren sich damit nicht mehr nur allein an administrativen Grenzen, sondern auch daran, wie sich Akteur*innen in ihren Lebensumfeldern verorten und sich mit diesen identifizieren. Daraus entstehen Problemwahrnehmung, Interesse und Motivation für eigenes Engagement.

Die Entwicklung ländlicher Räume stellt sich als eine solche querschnittsorientierte, d.h. sektorübergreifende Governance-Aufgabe dar. Integrierte ländliche Entwicklung verbindet formal-rechtliche (z.B. Raumordnung) wie auch informelle Handlungsansätze (z.B. akteursgetragene regionale Entwicklungskonzepte) in unterschiedlichen institutionellen oder nicht-institutionellen Settings miteinander. Neben der lokalen Handlungsebene kommt der regionalen Ebene eine besondere Bedeutung zu: Für die Akteur*innen ist sie identifikationsstiftend und bietet einen geeigneten räumlichen Maßstab, damit sich raumwirksame Kooperationen entfalten können.

Governance vollzieht sich in komplexen Aushandlungsprozessen. In der ländlichen Regionalentwicklung besteht u.a. eine besondere Aufgabe darin, informelle Entwicklungsprozesse, Ziele der Raumordnung und raumwirksame Sektorpolitiken, z.B. des Naturschutzes, hin zu gemeinsam getragenen Planungszielen und zu planerischem Handeln für einen »guten Raumzustand« möglichst synergetisch zu verbinden (ARL 2023: 1). Ideenentwicklung, gemeinsame Visionen und Leitbilder sind dafür Voraussetzungen und bilden nötige Ankerpunkte, um solche Synergien zu erreichen.

Dies erscheint angesichts der vielfältigen Krisen der Gegenwart umso wichtiger zu sein: Etablierte Entwicklungsparadigmen und -leitbilder räumlicher Entwicklung werden zunehmend in Frage gestellt und mit Diskursen über alternative Entwürfe konfrontiert. Gleichzeitig gewinnen Fragen nach passgenauer, zukunftsfähiger Steuerung räumlicher Entwicklung an Bedeutung. Dies gilt auch für ländliche Räume in Deutschland und Europa. Ihr Struktur- und Funktionswandel resultiert sowohl aus gesamtgesellschaftlichen Megatrends, allen voran der Energie- und Mobilitätswende, dem demographischen Wandel und der digitalen Transformation, als auch aus drängenden Anpassungszwängen, wie sie durch den Klimawandel oder durch die Anforderungen des Ressourcenschutzes entstehen. Anpassungsprozesse lassen spezifische regionale Problemlagen und Entwicklungspfade hervortreten und stellen die Frage nach der Zukunftsfähigkeit ländlicher Regionen. Doch fordern sie auch, sich mit Zukunft neu auseinanderzusetzen. Dies öffnet neue Horizonte visionären Denkens.

Der Beitrag geht von der These aus, dass Utopien eingeübte Denkhaltungen in der Planung (auflösen oder auf den Prüfstein stellen können und so Impulse für neue »unverbrauchte«, vielleicht sogar notwendige »radikale« – und in diesem Sinne utopische – Denk- und Planungsansätze für räumliche Entwicklungsprozesse entstehen. Für diese Zukunftsorientierung unter veränderten Vorzeichen bieten Governanceprozesse den geeigneten Rahmen. Sie eröffnen darüber hinaus Möglichkeiten, utopisches Denken in strategisches Planen zu überführen und so das Realisierungshandicap von Utopien zu überwinden.

Ziel des Beitrags ist es, das schwierige Verhältnis von Utopie und Planung aufzuschließen, Schnittmengen und Wechselbeziehungen aufzuzeigen und Diskrepanzen deutlich zu machen. Der Beitrag verknüpft dazu theoretische Überlegungen mit praktischen Erfahrungen in der Regionalentwicklung Südwestfalens. Diese Region ist

geeignet, das ambivalente Verhältnis von Utopie und Planung beispielhaft zu verdeutlichen, weil die Region, die sich erst 2008 zusammengefunden hat, seitdem eine umfassende Vision und themenfokussierte Zukunftsbilder erarbeitet hat. Das Beispiel Südwestfalen erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität, es ermöglicht jedoch, die Potentiale von Governance für die Zukunftsgestaltung einer Region deutlich zu machen. Denn hier wurden Denkräume eingerichtet, Akteur*innen gezielt adressiert und Rahmenbedingungen geschaffen, um Wege zu einer Zukunftsfähigkeit der Region auszuloten. Gleichzeitig sind in diesem Prozess auch Hemmnisse und Grenzen von Governance deutlich geworden.

Eine inklusive Betrachtung von Utopie und Planung bietet nicht zuletzt auch Chancen, Diskurse zur Weiterentwicklung räumlicher Planung zu befruchten und die aktuellen Debatten um »die große Transformation« (Hofmeister/Warner/Ott 2021: 1) zu bereichern.

2. Zukunft im Blick: Utopien, Visionen und räumliche Planung

In Utopien entwerfen Individuen oder Gruppen Vorstellungen über zukünftige Lebens- und Gesellschaftsformen, die als Alternativen zu den damit kritisierten und als problembeladen erfahrenen Lebensumständen fungieren, sich von gewachsenen Rahmenbedingungen lösen und gedankliche Möglichkeiten eines andersartigen Seins eröffnen (vgl. Drechsel 2021). Utopien können aus unterschiedlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, religiösen u.a. Beweggründen angestoßen und gedacht werden. Sie brauchen Phantasie und Kreativität, um eine wünschenswerte Zukunft zu entwerfen, sei es als phantasievolle Weiterentwicklung bestehender Lebens- oder Gesellschaftsform oder als fiktive Gegenentwürfe zu dieser.

Viele Autor*innen haben sich mit Wesen und Gegenständen utopischen Denkens auseinandergesetzt (vgl. Voßkamp 1985; Rohgalf 2015; Amberger/Möbius 2017). Im Zeichen gelebter Unsicherheiten, wie sie die gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationen mit sich bringen, rücken Utopien als Quellen sozialer Innovationen einerseits und als Antriebskräfte zur Überwindung gesellschaftlicher Krisen andererseits einmal mehr in den Vordergrund (Lotter 2018).

Im Kontext von räumlicher Planung und Entwicklung kann insbesondere deskriptive und konstruktive Utopien eine Bedeutung zukommen: Deskriptive Utopien nehmen Zukunftstrends auf. Sie formulieren, ausgehend von erwarteten gesellschaftlichen, politischen oder anderen Entwicklungen, Zukunftsbilder, die Entwicklungsprozesse unter ausgewählten Gesichtspunkten in die Zukunft projizieren. Im Mittelpunkt steht die Projektion und weniger ein theoriegeleiteter Zukunftsentwurf. Deskriptive Utopien können im Kontext räumlicher Planung Inspirationen für spätere Planungsziele bieten.

Mehr noch als deskriptive können konstruktive Utopien in räumlichen Entwicklungskontexten Bedeutung gewinnen. Sie zielen darauf ab, mit innovativen Denksätzen bestimmte Aspekte der realen Welt zu verändern und damit neue Perspektiven zu eröffnen. Wenn Zukunftsbilder konstruktiver Utopien auch Ausdruck eines Denkens in neuen Bahnen sind, so überwinden auch sie mit ihrem Blick auf »die bessere Welt« damit die realen Verhältnisse nicht vollständig, worin ihr limitierender Charak-

ter deutlich wird. Konstruktive Utopien rücken in die Nähe von Visionen, und beide Begriffe werden im Folgenden auch in diesem verwandten Sinne verwendet: »Vision« ist ein Begriff der Zukunftsforschung, die ihn in mehreren, miteinander verknüpften Dimensionen erschließt (Popp/Schüll 2009). Visionen sind Bilder von Zukunftszuständen, die Individuen oder Gruppen aus bewusster Wahrnehmung einer Situation wie auch aus mentaler, ja emotionaler Auseinandersetzung mit dieser entwerfen und die als wünschenswert und wichtig erachtet werden. Sie spiegeln also gleichzeitig eine kritische Auseinandersetzung mit Gegebenem wie auch emotionale Betroffenheit und Identifikation wider.

Erst in diesem mehrdimensionalen Zusammenspiel rationaler, emotionaler, bewusster und unterbewusster Faktoren sind Visionen perspektivische Vorstellungen über bestimmte Verhältnisse oder Situationen, denen selektiv bestimmte Bedeutungen zugewiesen werden. Visionen als Zukunftsbilder »transportieren« also Inhalte und Bedeutungszuweisungen genauso wie emotionale Verbundenheiten. Damit geben sie Orientierung, sind identifikationsstiftend und motivieren zu einem zukunftsgerichteten Handeln. Während sie als Werkzeuge seit längerem v.a. in der Entwicklung von Wirtschaftsunternehmen Anwendung finden (Zukunftsinstitut 2019), sind sie heute auch wichtige Tools in Governanceprozessen.

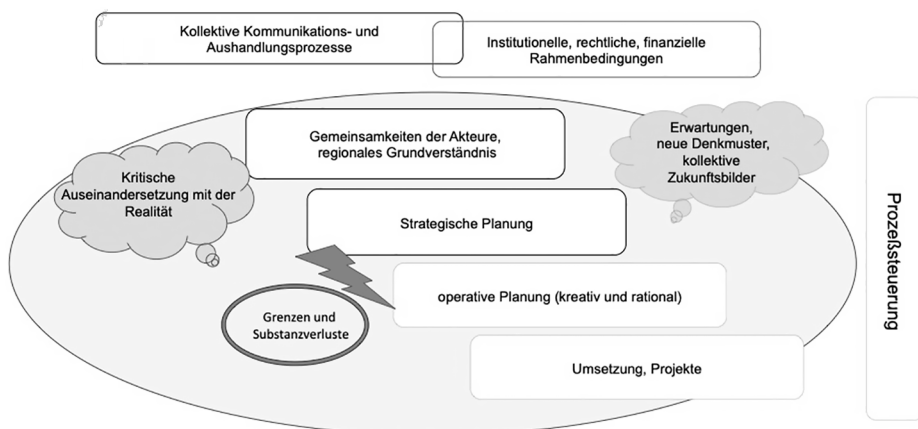
3. Strategische Planung nicht ohne utopisches Denken und Visionen

Das Governance-Verständnis räumlicher Planung erweitert das Spektrum, sich kreativ mit Raumzukünften auseinanderzusetzen und verschafft neuen Denk- und Handlungsansätzen Geltung. Utopien und Visionen sind hier Mittel, um die Zukunft der Region oder des Ortes vorstellbar zu machen. Die Entwicklung von Visionen lädt dazu ein, Realität zu reflektieren und diese im utopischen Denken – über gegebene Situationen oder vordergründig Planbares hinaus – zu überwinden. Sie ebnet gleichzeitig einen Weg, um zu gemeinsam entwickelten und getragenen Zukunftsbildern zu gelangen. An ihnen knüpft die Entwicklung von Strategien für die Region an. Viele Autor*innen haben sich aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven und anknüpfend an verschiedene Modelle und Theorien mit Strategien, Strategieentwicklung und strategischer Planung befasst (vgl. Wiechmann 2016, Hutter/Wiechmann/Krüger 2019; Healey 2006).

In Strategien werden Zukunftsbilder entwickelt. Sie verbinden diese mit Überlegungen zu möglichen Handlungskorridoren, in denen sie konkretisiert werden können. Strategieentwicklung in Governanceprozessen (s. Abbildung 1) ist in diesem Sinne ergebnisoffen und zielt daraufhin, Alltagshandeln und Routinen zu überwinden (Wiechmann 2016). Die Animation, bisher nicht erfahrene »Denkräume« zu öffnen und visionär zu arbeiten, ist ein wesentliches Kennzeichen strategischer Planung. Healey (2006) sieht darin einen Prozess hin zu einem Paradigmenwechsel für räumliche Entwicklung. Dieser gewinnt – unter den Vorzeichen der gegenwärtigen Multikrisensituation – in den aktuellen Diskursen über die Zukunftsfähigkeit räumlicher Entwicklung und ihrer Steuerung neue Bedeutung (Hofmeister/Warner/Ott 2021). Zukunftsfähigkeit im Sinne von Nachhaltigkeit und Resilienz ist dabei an das Postulat einer Ethik geknüpft, die sich zum einen an den Prinzipien des Gemeinwohls und der Vorsorge, zum anderen an der

Akzeptanz gedanklicher Offenheit und Meinungsvielfalt orientiert (ebd.). Visionen, in denen den gängigen Wachstumskategorien von Wirtschaft und Gesellschaft alternative Entwicklungsentwürfe gegenübergestellt werden, sind unerlässlich, um »Möglichkeiten einer sozialökologischen Transformation« von Gesellschaft und Wirtschaft zu entwerfen, die in Strategien zur räumlichen Entwicklung ihren Niederschlag finden (Schmid 2020: 79). Strategieentwicklung baut auf dieser Offenheit und perspektivischen Vielfalt auf und schöpft aus unterschiedlichen Handlungspraktiken und Erfahrungshorizonten der beteiligten Akteur*innen. Sie kann auch als ein kollektiver und iterativer Austausch- und Lernprozess verstanden werden. Auf dem Weg zur Konsensfähigkeit sind ihm stete Schleifen des Rückkoppelns, Vergleichens und Filterns eigen.

Abbildung 1: Regionale Governance mit Transferkompetenz für Utopien und Visionen



Quelle: eigene Darstellung

Strategien bieten damit eine Richtschnur, der ein regionaler Entwicklungsprozess folgen kann. Visionen können im Laufe des Prozesses wieder aufgenommen werden und schließlich an Detailschärfe hinzugewinnen. Dann können sie zu Leitbildern, Entwicklungszielen für die Region oder im Zuge operativer Planung (s. Abbildung 1) gar zu konkreten Projektzielen ausformuliert werden. Visionen verfolgen in diesem Sinne in Governanceprozessen eine doppelte Mittel-Zweck-Logik: Sie sind einerseits Mittel, individuelles utopisches Denken hin zu gemeinsam entworfenen Zukunftsbildern über die Region zu überwinden und bieten damit den mitwirkenden Akteur*innen Identifikationsmöglichkeiten. Andererseits bilden sie die Basis, um Governanceprozesse zielführend weiter auszugestalten. Wie dies in der Regionalentwicklung Südwestfalens seinen Niederschlag gefunden hat, zeigt der folgende Abschnitt.

4. Südwestfalen – auf neuen Wegen in die Zukunft

Die Region im Überblick

Südwestfalen ist ein freiwilliger informeller Zusammenschluss der Kreise Soest, Hochsauerland, Olpe und Siegen-Wittgenstein sowie des Märkischen Kreises in Nordrhein-Westfalen (s. Abbildung 2). Die vor einigen Jahren hier angestoßene Regionalentwicklung baut maßgeblich auf einer umfassenden Kooperation regionaler Akteur*innen auf. Sie folgt dem Ziel, auf der einen Seite die mittelständisch geprägte wirtschaftsstarke Industrieregion auf der bundesdeutschen und europäischen Landkarte zu platzieren und auf der anderen Seite die für eine ländliche Region typischen Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Abbildung 2: Karte des Regierungsbezirks mit Südwestfalen



Quelle: Bezirksregierung Arnsberg

Die ländlich geprägte Mittelgebirgsregion umfasst mit einer Fläche von ca. 6.200 km² etwa ein Fünftel der gesamten Fläche NRW. Insgesamt leben etwa 1,3 Mio. Menschen in Südwestfalen. Die Region hat eine polyzentrische Siedlungsstruktur mit 59 vorwiegend kleineren und mittleren Kommunen und über 900 Dörfern. Die Universitätsstadt Siegen – ganz im Süden der Region gelegen – ist mit gut 100.000 Einwohner*innen das einzige Oberzentrum. Südwestfalen profitiert von einer historisch gewachsenen starken mittelständisch geprägten Wirtschaft mit mehr als 150 Weltmarktführern und zahlreichen weiteren erfolgreichen Familienunternehmen in unterschiedlichen Branchen. Schwerpunkte bilden Automotiv-, Metall- und Maschinen-

bau, Gebäudetechnik, Metallindustrie und Holzwirtschaft. Auch der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftszweig. Fünf Hochschulen und zahlreiche allgemeinbildende wie Berufsschulen schaffen ein ausgedehntes Bildungsnetzwerk.

Unter raumordnerischen Gesichtspunkten gehört die Region Südwestfalen zum Regierungsbezirk Arnsberg, ist jedoch nicht identisch mit diesem. Die raumordnerische Aufteilung Südwestfalens in Teilregionen und deren jeweils eigene Visualisierung in Teil-Regionalplänen erschweren jedoch in Außen- wie Innenwahrnehmung, dass die Region als eine zusammenhängende Planungsregion verstanden wird. Dies hat auch Bedeutung für das visionäre Arbeiten im Zuge der Regionalentwicklung.

5. Utopische Regionalentwicklung in Südwestfalen

Der in der in den letzten 15 Jahren beschrittene Weg der Regionalentwicklung in Südwestfalen hat es erlaubt, eine Vision 2030 für die Region und darauf aufbauend themenbezogene Zukunftsbilder als »utopische« Denkansätze zu formulieren und damit Impulse für die weitere Entwicklung der Region zu setzen (Südwestfalen Agentur 2017, 2018).

Der Erarbeitung der Vision 2030 (s. Abbildung 3) im Jahr 2017 gingen entscheidende Phasen voraus, in denen Hemmnisse überwunden und geeignete Rahmenbedingungen für den Arbeitsprozess geschaffen wurden: Ausgangspunkt war das grundsätzliche Bekenntnis der Landrät*innen der fünf südwestfälischen Kreise im Jahr 2006, zukünftig auf regionaler Ebene zusammenarbeiten zu wollen. Es war von der Erkenntnis getragen, dass die in der Region aufgetretenen und bis heute präsenten Herausforderungen nicht in einem einzelnen Kreis oder einer einzelnen Kommune gelöst werden können. Die Landrät*innen nahmen darüber hinaus einen besonderen Problemdruck wahr, weil die Region »im Schatten« der Metropolregion Rhein-Ruhr stand und auch in der Raumstruktur des Bundeslandes mit ihren hohen Anteilen an städtischen und Stadt-Umland-Regionen trotz ihrer Wirtschaftsstärke als eher »peripher« galt.

Die konkrete Möglichkeit, diese regionale Kooperation mit Leben zu füllen, bot im Jahre 2008 das nordrhein-westfälische Strukturprogramm REGIONALE (s. Kasten 1), um das sich die Kooperation bewarb. Mit dem Zuschlag zur Ausrichtung der REGIONALE wurde von außen der entscheidende Impuls gegeben, entsprechende Kooperations- und Governancestrukturen aufzubauen. Die hier initiierten Projekte und Erfahrungen der Zusammenarbeit waren wichtige Basis für die späteren Anstrengungen, eine breit angelegte Vision 2030 für die Region und darauf aufbauend Ansätze für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung zu begründen.

Die REGIONALEN in NRW als Motor für regionale Entwicklung

REGIONALEN sind ein Strukturprogramm des Landes NRW, das Regionen dabei unterstützt, ihre eigene Entwicklungsstrategie zu erarbeiten (vgl. MHKBD NRW 2021). In einem Konzeptwettbewerb – ursprünglich alle zwei Jahre, heute in unregelmäßigen Abständen – bewerben sich selbstdefinierte Regionen mit einem regionalen Entwicklungs-

konzept, an dem sich ein späterer Prozess der Regionalentwicklung – von der Regionalanalyse über die strategische Planung bis hin zur Verankerung von konkreten innovativen und strukturwirksamen Projekten auf lokaler und regionaler Ebene – orientiert. Das Land bündelt zu diesem Zweck Fördermittel aus verschiedenen Ressorts, zu denen in der REGIONALE entwickelte Projekte einen prioritären Förderzugang erhalten. Diese Projekte werden mit Hilfe einer zuvor festgelegten Gremienstruktur gemeinsam mit der Region weiterentwickelt. Auch dieser Prozess ist, wie die Projekte selbst, wichtig, um Strukturen der Zusammenarbeit zu erproben. Die zeitliche Befristung der REGIONALEN zwischen fünf und acht Jahren versetzt die Regionen in einen gewissen Ausnahmezustand, der seinen Höhepunkt im Präsentationsjahr findet. Gesteuert und koordiniert wird der REGIONALE-Prozess in den Regionen von einer eigens dafür eingerichteten Regionalentwicklungsagentur, in Südwestfalen die »Südwestfalen Agentur«, die vom Land mit 70 Prozent gefördert wird. Insgesamt sind so über die Jahre hinweg in NRW neun Kooperationsregionen entstanden, fast alle haben auch nach Ende der REGIONALEN ihre Entwicklungsagenturen etabliert (vgl. MHKBD NRW 2023).

Der vom Land NRW unterstützte Aufbau der regionalen Governancestruktur erlaubte es der Region, jenseits von alltäglichem Verwaltungshandeln über kommunale und Kreisgrenzen hinweg neue Wege der kooperativen Regionalentwicklung zu beschreiten, Impulse zu setzen, Formate auszuprobieren sowie regionale Experimentier- und Denkräume zu schaffen.

Ein frühes zentrales Ziel in Südwestfalen war es, zügig weitere relevante öffentliche wie private Akteur*innen aus Kommunen, Institutionen und Wirtschaft in den REGIONALE-Prozess einzubinden, um ein möglichst breites Netzwerk an Akteur*innen für Projekte wie Unterstützer*innen für den Entwicklungsprozess zu schaffen. Zu den neuen Themen gehörten damals z.B. mehr Urbanität in den kleineren und mittleren Städten zu schaffen und diese attraktiver für Einheimische und v.a. junge Menschen und Studierende zu gestalten, den absehbaren Fachkräftemangel zu begegnen oder die Leerstandsproblematik in den Dörfern aufzugreifen. Sowohl mit Hilfe dieser Themen, die in konkreten Projekten umgesetzt werden konnten, als auch durch die steuernde, koordinierende und kommunikative Arbeit der Südwestfalen Agentur ist es gelungen, anfängliche Skepsis und abwartende Haltungen zu überwinden. Dadurch gelang es, in der Region eine bis dahin nicht erfahrene Kooperationskultur aufzubauen und zu etablieren, die nach innen wie nach außen wirkte.

Auf verschiedenen Ebenen hat sich diese seitdem zwischen Politik, Wirtschaft, Hochschule und auch bürgerschaftlichen Initiativen über Kreis- und Sektorgrenzen hinweg entwickelt und in gegenseitigem Vertrauen verfestigt. Dies ist vor allem aufgrund der klassischen Prozess- und Organisationsstrukturen der REGIONALE gelungen, in denen begleitende Gremien, zusammengesetzt aus unterschiedlichen Institutionen, Kammern, Verbänden, Initiativen, Kirchen und anderen Akteur*innen der gesamten Region, sowie die Verwaltungsspitzen der Kreise gemeinsam über Projekte der Region beraten und abstimmen. Wichtig war, dass die Akteur*innen über diese Gremienarbeit nicht nur die Region kennenlernten, sondern auch sich untereinander. Der Lernprozess schloss ein, mit unterschiedlichen Perspektiven und Erwartungshaltungen

umzugehen. Mit eigenen, sogenannten »Starterprojekten« durch jeden der fünf Kreise, die nicht in Konkurrenz zueinanderstanden, wurde gleich zu Beginn ein regionaler Proporz hergestellt und Konkurrenzsituationen umgangen. Damit wurden Blockaden vermieden.

Neben den »Profi-Akteuren« war es wichtig, ein großes Augenmerk auf die Einbindung der Bürger*innen zu legen. Sie wurden mit verschiedenen öffentlichen Veranstaltungsformaten (Südwestfalen-Tag, Tour über die Dörfer u.a.), Veröffentlichungen (z.B. Südwestfalen Kompass, s. Südwestfalen Agentur 2014) adressiert. An dem Umstand, dass es gelang, viele Menschen in der Region zu erreichen, hatte auch der durch den aus Medien und Journalismus bereits bekannte und im Kommunikationswesen erfahrene Geschäftsführer der Entwicklungsagentur seinen Anteil, denn er gab dem Prozess ein »Gesicht«. Über das im Jahr 2011 etablierte Regionalmarketing gelang es in einem nächsten Schritt, weitere Akteur*innen aus der Wirtschaft für den regionalen Entwicklungsprozess aufzuschließen. Mit dem in dem Zuge gegründeten »Verein Wirtschaft für Südwestfalen e.V.«, dem mittlerweile rund 400 Unternehmen aus der Region angehören, entstand eine Struktur, die schließlich als sechster Gesellschafter – neben den fünf Kreisen der Region – die Südwestfalen Agentur GmbH trägt.

Die erfolgreiche Umsetzung der ersten REGIONALE 2013, das Regionalmarketing und die daraus entstandene Kooperationsstruktur und -kultur waren wichtige Voraussetzungen, um »utopisches« und visionäres Denken in der Region zu ermöglichen. So kam der erste Impuls für die Erarbeitung einer gemeinsamen Vision 2030 für Südwestfalen aus der Wirtschaft. Diese befürchtete, es könnten ohne ein gemeinsames strategisches Ziel Fliehkräfte entstehen, die den noch jungen regionalen Zusammenschluss Südwestfalen gefährdeten. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit Workshops, einem zentralen Forum sowie öffentlicher Onlinebeteiligung entstand 2017 die erste Vision 2030 für Südwestfalen (Südwestfalen Agentur 2017). Dort sind drei Leitsätze formuliert, die mit weitergehenden Handlungsfeldern hinterlegt sind (s. Abbildung 3).

Abbildung 3: Die Leitsätze der Vision 2030 für Südwestfalen



Quelle: Südwestfalen Agentur 2017

Die Zukunftsfähigkeit der Region wird damit aus einer Raumqualität heraus interpretiert, die wirtschaftliche Prosperität, Kooperationskultur und eine gesicherte Daseinsvorsorge bündelt. Sie setzt auch darauf, die Potentiale der regionalen Kulturlandschaft inwertzusetzen. Auch auf die Frage, wie diese Ziele erreicht werden sollen, hat die Region im Visionsprozess unter den Schlagworten »digital – nachhaltig – authentisch« eine Antwort gefunden: Digitalisierung wird als gestaltbares Instrument verstanden, Projekte, Initiativen, Strategien und Konzepte sollten die Chancen der Digitalisierung für die ländliche Regionalentwicklung ausloten und nutzen, nachhaltig aufgestellt sein und zu den Herausforderungen der Region passen. Dieser Dreiklang – entstanden und inspiriert durch die Jugendkonferenz UTOPIA Südwestfalen (s. Kasten 2) – ist als »Südwestfalen DNA« neben der Vision seit 2017 das zentrale Leitmotiv für die weitere Entwicklungen der Region geworden (Südwestfalen Agentur 2017, 2022). In dieser Vision überwindet die Region ihre von den Akteur*innen wahrgenommene »Schattenlage« gegenüber anderen Regionen und positioniert sich für die Zukunft.

UTOPIA – Jugendkonferenz und Denkwerkstatt in Südwestfalen: Impulsgeber für die Region

Die Einbindung junger Menschen mit ihren Ideen und Bedürfnissen in die Entwicklung der Region steht vor dem Hintergrund der starken Bildungswanderung junger Menschen in die größeren Städte des Rhein-Ruhr-Raums besonders im Fokus der Regionalentwicklung. Mit Hilfe eines Jugendfilmprojektes und zwei Schüler*innen-Wettbewerben an südwestfälischen Schulen ging es um die Frage, was junge Menschen zum Gehen und was sie zum Bleiben bewegt. Nach Ende der Projekte sollte ihre Einbindung mit der »UTOPIA-Denkwerkstatt und Jugendkonferenz« auf breitere Füße gestellt werden und ein dauerhafter Dialog mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen über ihre private und berufliche Zukunft in sowie ihre Erwartungen an Südwestfalen etabliert werden (Utopia Südwestfalen o.J.). In moderierten Workshops, die ab 2015 stattfanden, wurde v.a. die Nutzung digitaler Instrumente, z.B. zur besseren Organisation von Mobilität, eine regionale Übersicht über Veranstaltungen oder die Vernetzung und der Austausch mit anderen jungen Leuten aus der Region mit ähnlichen Interessen (regionale Peergroups) angeregt. Utopien wurden hier aus dem unmittelbaren Lebensumfeld der jungen Menschen und deren Erfahrungshorizonten abgeleitet. Sie waren hier v.a. davon geprägt, Aspekte urbaner Lebensstile mit den Werten eines Lebens im ländlichen Raum zu verbinden. Die Zukunftsfähigkeit der Region wurde auch daraus abgeleitet, ob Attraktivität für ein Bleiben oder Zurückkehren geschaffen werden kann.

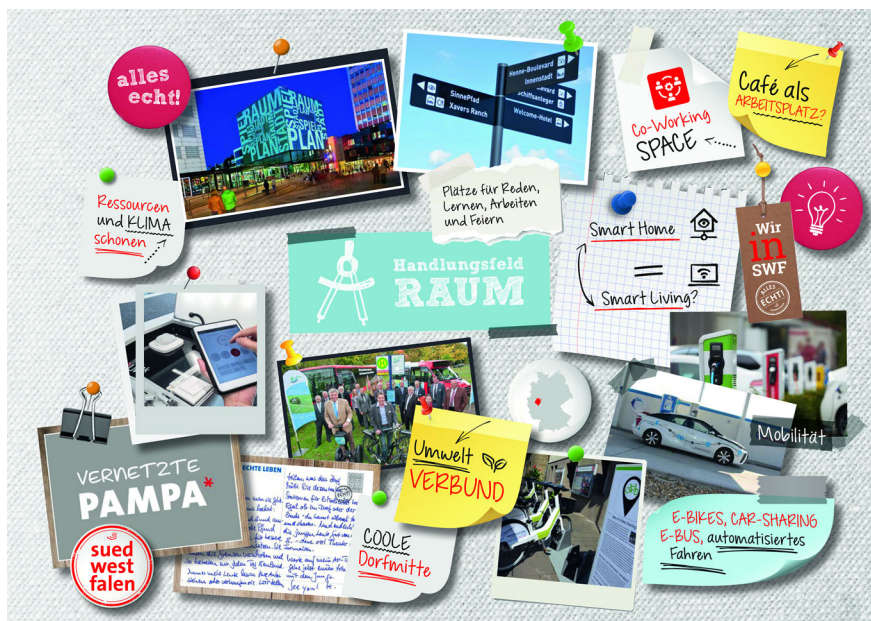
Ideen, Fragen und Ansätze der jungen Menschen, die über die Jahre hinweg in der UTOPIA entstanden und auch mit Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft in der Region diskutiert wurden, unterstützten maßgeblich eine weitere Bewerbung um die Anschluss-REGIONALE 2025 und wurden dort auch aufgegriffen.

Die Vision mit dem Leitmotiv »Südwestfalen DNA« diente dabei als strategische Grundlage für diese erneute Bewerbung der Region um eine REGIONALE. Darauf

aufbauend kam die erfolgreiche Bewerbung »Smart Cities: 5 für Südwestfalen« (Südwestfalen Agentur o.J.) im Bundesmodellvorhaben »Smart Cities« hinzu (BBSR o.J.). Beide Programme ergänzen sich inhaltlich.

Für den neuen REGIONALE-Prozess wurden dabei nun nicht mehr nur neue Herausforderungen formuliert und Handlungsfelder definiert, sondern in einem aufwendigen Beteiligungsprozess des bestehenden Kooperationsnetzwerks thematische Zukunftsbilder als Zielkorridore – z.B. für Stadt und Dorfentwicklung, Mobilität oder digitale Bildung – entwickelt (Südwestfalen Agentur 2018) (s. Abbildung 4).

Abbildung 4: Beispiel »Moodboard« zum Zukunftsbild »Raum« für Südwestfalen



Quelle: Südwestfalen Agentur 2018

Die Erfahrungen mit dem Arbeitsprozess zeigen, dass je gefestigter die Kooperationsstruktur und -kultur sowie das »regionale« Vertrauen in diese ist, umso anspruchsvollere Themen zur Zukunftsgestaltung können gesetzt werden, und umso visionärer werden die Leitbilder und Lösungsansätze sein. Beispielhaft zeigt sich dies neben der REGIONALE im südwestfälischen Smart Cities-Prozess, in dem fünf Pionierkommunen kollaborativ und arbeitsteilig Smart Cities für die ganze Region vordenken.

Zur Zeit befindet sich die Region noch im laufenden Prozess der zweiten REGIONALE und des Smart Cities-Modellvorhabens. Die Etablierung eines regionsweiten Netzwerkes von Orten des dezentralen Arbeitens in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Kreisen und Kommunen, wie das aktuelle Projekt »Hub 45« (Südwestfalen Agentur o.J.a) es vorantreibt, wäre vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Auch wenn es ähnliche Ansätze in anderen Regionen bereits gibt, so sind sie für die Region Südwestfalen

visionär, zugleich realisierbar und werden zunehmend systemisch zusammengedacht. Auch befindet sich die Region in einem Revisionsprozess der Vision 2030 für Südwestfalen: In einem laufenden Prozess werden Inhalte und Erreichtes auf den Prüfstand gestellt und neu justiert, werden Themen rund um Klimaschutz, Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Resilienz stärker in den Fokus gerückt und mutigere Visionsziele formuliert.

Die Region verfolgt so mit Hilfe verschiedener Impulse von außen konsequent einen Weg der Regionalentwicklung, der sich zwischen dem Aufbau von Kooperationsnetzwerken, Strategieentwicklung, der Erarbeitung von Zukunftsbildern und einer Vision sowie der Umsetzung von konkreten Projekten austariert. Ein nächster Schritt wäre, im Sinne einer gemeinsamen strategischen Regionalentwicklung, die raumordnungsrelevanten Erkenntnisse aus diesen Prozessen auch in die Regionalplanung zu transferieren und umgekehrt, um eine größere räumliche Wirksamkeit herzustellen:

»Das Ziel [...] lässt sich jedoch nur durch eine organisierte und politisch ›gewollte‹ Zusammenarbeit verwirklichen« – wofür es wiederum geeignete Rahmenbedingungen und Instrumente braucht, »die das Mehrebenen-System der räumlichen Planung und Entwicklung wirksam synergetisch erschließen.« (ARL 2023: 9).

6. Transferkompetenz von Governance – Grenzen und Substanzverluste

Die Suche nach der »guten Zukunft« in der Region Südwestfalen hat deutlich gemacht, dass utopisches Denken für die Regionalentwicklung als Teil strategischer Planung einen wichtigen Stellenwert im Entwicklungsprozess einnimmt. Der Arbeitsprozess in Südwestfalen bestätigt, dass Governance eine Kompetenz von Entwicklung und Transfer für Visionen innewohnen kann. Jedoch gilt dies nicht uneingeschränkt, denn mehrere begrenzende Einflussfaktoren wirken zusammen: Wenn Bürger*innen und weitere Akteur*innen ihre Ideen in den Prozess einbringen, spiegeln sich in diesen stets unterschiedliche Sichtweisen und Interessen, Kompetenzen und Erkenntnis- bzw. Wissensstände wider. Sie gründen alle in individuellen wie auch gruppen- oder institutionsspezifischen Standpunkten. Insofern wohnt Zukunftsbildern über regionale Entwicklung stets ein selektives Moment inne: Zwar werden im Entstehungsprozess eines regionalen Zukunftsbildes individuelle Visionen überwunden, doch ist einer für alle tragfähigen Vision eigen, dass sie ausschließlich jene Aspekte aufgreift, die konsensfähig sind. Selektivität und ein partieller Charakter bleiben also auch auf der gemeinsamen Ebene erhalten. Diese Erkenntnis begegnet den in Wissenschaft und Politik geführten Diskursen über die sozioökologische Transformation und deren Umsetzbarkeit: Um sich auf gemeinsame Werte als Basis für visionäres Denken und Handeln zu verständigen, braucht es gleichwohl eine Vision als wichtige Richtschnur; und bedarf es der Konkretisierung – selbst wenn sie selektiv ist –, denn ansonsten bleibt sie nur mit der Illusion einer vollständigen Realisierbarkeit behaftet (Hesse 2020).

Auch Erwartungshaltungen und Machtpositionen mitwirkender Akteur*innen beeinflussen, welche Ideen in die gemeinsame regionale Vision eingebracht werden, wie sie artikuliert und verhandelt werden. Konflikte können leicht zutage treten.

Das Beispiel der »Utopia-Jugendkonferenz« als Zukunftswerkstatt in Südwestfalen zeigt darüber hinaus, dass persönliche Erfahrungshorizonte der Akteur*innen nötig sind, um eigene Visionen entwickeln zu können. Die Spiegelung am eigenen Erfahrungsschatz und die rationale wie auch mentale Auseinandersetzung damit sind wichtige Voraussetzungen dafür.

Neben solchen eher intrinsischen Einflussfaktoren, die in der Zusammenarbeit von Akteur*innen begründet liegen, verläuft auch die Konkretisierung und Umsetzung einer informell erarbeiteten Strategie der Regionalentwicklung im Gesamtkontext räumlicher Planung nicht ohne Hemmnisse. Auch dies zeigt das Beispiel Südwestfalen. In dem Moment, wo informelle Regionalentwicklung und formal-rechtliche Raumordnung sowie kommunalen Bauleitplanung zusammentreffen, stoßen auch unterschiedliche Handlungslogiken aufeinander: Auf der einen Seite planerisches Handeln in jeweiligen Gesetzaufträgen, auf der anderen Seite davon unabhängige Handlungskorridore aus Sicht weiterer Akteur*innen. Wenn auch nicht alle Inhalte einer Vision stets raumordnerischen Charakter haben, wie es z.B. für Ideen für die Stärkung des kulturellen Engagement in einer Region gilt, so gilt doch regelmäßig für viele andere Inhalte, dass sie als abzuwägender Planungsbelang in der regionalen Raumordnung bzw. bei der (Neu-)Aufstellung des regionalen Raumordnungsplanes Berücksichtigung finden müssen, um tatsächlich umgesetzt werden zu können. Dies gilt z.B. für alle Belange, die quantitative oder auch qualitative Flächenansprüche auslösen. Auch innovative Konzepte zukünftiger Siedlungs- oder Gewerbeentwicklung werden davon nicht frei sein.

Diese Integration informeller, aus Visionen entwickelter strategischer Ziele auf der einen, der Auftrag der Raumordnung zur Sicherung des Gemeinwohls gegenüber Partikularinteressen, ihr Vorsorge- und Abwägungsauftrag auf der anderen Seite stecken die Pole ab, zwischen denen sich die nötigen Aushandlungen entfalten. Aktuelle Diskurse, in denen die zukünftige Rolle querschnittsorientierter Raumordnung im Zeichen von Postwachstum, Krisenbewältigung und Zukunftsfähigkeit im Sinne neuer »kollektiver wachstumsunabhängiger Raumorganisation« thematisiert werden (Lamker/Schulze Dieckhoff 2020: 369) können helfen, Spannungsverhältnisse zu mindern und Wege zu einer integrativen regionalen Entwicklung im Sinne einer Regional Governance zu öffnen.

Hier wird einmal mehr deutlich: Die Transferkompetenz von Governance für Ideen und innovative Zukunftsentwürfe benötigt eine umfassende Prozesssteuerung, die mehrere Handlungsarenen in den Fokus nimmt. Planerische Steuerung, z.B. durch ein Regionalmanagement, beginnt damit, eine Atmosphäre der Offenheit und Akzeptanz zu schaffen, die Anreiz zum Mitmachen gibt, und die einen konstruktiven Dialog ermöglicht. Nur damit entsteht ein Rahmen, in dem unterschiedliche Haltungen artikuliert und diskutiert werden und ggf. auch Machtpositionen aufgebrochen werden können. Schließlich gilt es, eingebrachte Ideen sinnvoll zu bündeln und die entwicklungsrelevanten Aspekte in einer allmählichen »Filterung« schließlich konsensual herauszuarbeiten. Planung ist hier ein kreativer wie auch strukturierender Prozess.

7. Schlussbetrachtung

Utopien und räumliche Planung – ein Widerspruch? Die Auseinandersetzung mit der Eingangsfrage dieses Beitrages sowie das Beispiel der Regionalentwicklung in Südwestfalen zeigen, dass Governanceprozesse das Potential haben, diesen Widerspruch zumindest in Teilen aufzulösen. Die Ausgestaltung geeigneter Rahmenbedingungen regionaler Governance ist entscheidend dafür, dass an einem regionalen Zukunftsbild kreativ gearbeitet werden kann. Das skizzierte Beispiel zeigt, dass es jedoch eines Problemdrucks oder eines besonderen Anlasses bedarf, um visionäres Denken anzustoßen und Akteur*innen zur Mitwirkung dabei zu bewegen. Dies deckt sich mit Erkenntnissen der Governanceforschung zur »Startproblematik« von solchen Prozessen (Benz et al. 2007). Die strategische Planung als immanenter Bestandteil einer governance-geprägten Regionalentwicklung eröffnet die nötigen Denkräume. Visionäres Denken ist auch ein Lernprozess, in dem die Akteur*innen angeleitet werden, ihr im Alltagshandeln verankertes Denken zu überwinden, ihre persönlichen Visionen zu artikulieren, andere zu akzeptieren und in gemeinsamen Diskursen zu einer Vision für die gute Zukunft der Region zusammenzuführen.

Schwierigkeiten der Konsensfindung, die Komplexität der nötigen Abstimmungsprozesse, die Sorge vor Unklarheiten bei Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie das integrierte Zusammenwirken zwischen informeller Regionalentwicklung und formaler Regionalplanung wurden ebenfalls am Beispiel Südwestfalen deutlich. Sie lassen auch das Bild eines ambivalenten Verhältnisses zwischen Utopie und räumlicher Planung entstehen. Viele Elemente des südwestfälischen Weges sind ohne Frage für die Region und für das Bundesland Nordrhein-Westfalen spezifisch. Gleichwohl können die Praxiserfahrungen in Rückkoppelung mit Erkenntnissen der Planungs-, Kommunikations- und Sozialwissenschaften auch andere Regionen dabei unterstützen, Visionen für »die gute Zukunft ihrer Region« zu entwickeln. Einer breiteren angewandt-wissenschaftlichen Forschung, die solche Governanceprozesse hin zur Realisierung von Utopien und Visionen begleitet, kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu.

Literatur

- ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) (2023): Die Zukunft der Regionen in Nordrhein-Westfalen gestalten. Eine gemeinsame Aufgabe von Regionalplanung und Regionalentwicklung. (= Positionspapier aus der ARL Nr. 142). Hannover: ARL, S. 1–10.
- Amberger, Alexander/Möbius, Thomas (Hg.) (2017): Auf Utopias Spuren. Utopien und Utopieforschung. Festschrift für Richard Saage zum 75. Geburtstag. Wiesbaden: Springer VS.
- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.) (2007): Handbuch Governance – Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (o.J.): Modellprojekte Smart Cities 2024. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/smart-cities/smart-cities-node.html> vom 15.01.2024.
- Drechsel, Jonas (2021): Möglichkeiten als Bedingung für andere, utopische Zukünfte. Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Factsheet. <https://jungk-bibliothek.org/wp-content/uploads/2021/10/Jonas-Drechsel-Factsheet-Moeglichkeiten-als-Bedingung-fuer-andere-utopische-Zukuenfte-Factsheet-final.pdf>. vom 03.10.2023.
- Gullestrup, Hans (2009): »Theoretical Reflections on Common European (Planning-)Culture«, in: Jörg Knieling/Frank Othengrafen (Hg.): *Planning Cultures in Europe. Decoding Cultural Phenomena in Urban and Regional Planning*. Farnham: Ashgate, S. 3–22.
- Häusler, Joachim (1969): *Planung als Zukunftsgestaltung*. Wiesbaden: Springer.
- Hesse, Markus (2020): »Räumliche Transformationen: Prozess, Ziel, Leitbild?« in: Bastian Lange/Martina Hülz/Benedikt Schmid/Christian Schulz (Hg.): *Postwachstumsgeographien, Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien*. Bielefeld: transcript, S. 329–342.
- Hofmeister, Sabine/Barbara, Warner/Ott, Zora (Hg.) (2021): *Nachhaltige Raumentwicklung für die große Transformation (= Forschungsberichte der ARL Band 15)*. Hannover: ARL.
- Healey, Patsy (2006): *Collaborative Planning: Shaping Places in Fragmented Societies*. Houndsmills/New York: Palgrave MacMillan.
- Hutter, Gerhard/Wiechmann, Thorsten/Krüger, Thomas (2019): »Strategische Planung«, in: Thorsten Wiechmann (Hg.): *ARL-Reader Planungstheorie. Bd. 2 strategische Planung und Planungstheorie*. Berlin: Springer Spektrum, S. 13–25.
- Lamker, Christian Wilhelm/Schulze Dieckhoff, Viola (2020): »Neue Rollen kollektiver wachstumsunabhängiger Raumorganisation«, in: Bastian Lange/Martina Hülz/Benedikt Schmid/Christian Schulz (Hg.): *Postwachstumsgeographien, Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien*. Bielefeld: transcript, S. 369–386.
- Lotter, Wolf (2018): *Innovation. Streitschrift für barrierefreies Denken*. Hamburg: Körber-Stiftung.
- Popp, Reinhold/Schüll, Elmar (Hg.) (2009): *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung*. Wiesbaden: Springer.
- Rohgalf, Jan (2015): *Jenseits der großen Erzählungen. Utopie und politischer Mythos in der Moderne und Spätmoderne*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmid, Benedikt (2020): »Räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation«, in: Bastian Lange/Martina Hülz/Benedikt Schmid/Christian Schulz (Hg.): *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien*. Bielefeld: transcript, S. 59–84.
- Stachowiak, Herbert (1970): »Grundriss einer Planungstheorie«, in: *Kommunikation VI*, S. 1–18.
- Südwestfalen Agentur (2014): *Kompass 6.0 – Abschlussdokumentation der REGIONALE 2013*. https://www.suedwestfalen-agentur.com/fileadmin/user_upload_swa/2-Suedwestfalen-Agentur/Lese-Ecke/Dokumente/Suedwestfalen_Kompass_6.0_Abschlussdokumentation_Regionale_2013.pdf vom 15.01.2024.

- Südwestfalen Agentur (o.J.): Vision Südwestfalen 2030. <https://www.suedwestfalen-agentur.com/suedwestfalen-agentur/vision-suedwestfalen-2030/> vom 15.01.2024.
- Südwestfalen Agentur (2018): suedwestfalen.compass. level 01. <https://www.suedwestfalen-agentur.com/meta/presse/artikel/der-suedwestfalencompass-ist-da/> vom 15.01.2024.
- Südwestfalen Agentur (2022): Werkstattbericht. Digital, Nachhaltig, Authentisch – Südwestfalens Halbzeitbilanz. <https://www.regionale-suedwestfalen.com/wp-content/uploads/2022/08/Regionale-Suedwestfalen-Werkstattbericht-2022.pdf> vom 15.01.2024.
- Südwestfalen Agentur (o.J.): Smart Cities – 5 für Südwestfalen. <https://www.suedwestfalen-agentur.com/regionale-entwicklung/smart-cities-5-fuer-suedwestfalen> vom 15.11.2023.
- Südwestfalen Agentur (o.J.): Hub45 – Neue Orte des digitalen Arbeitens. <https://www.suedwestfalen-agentur.com/regionale-entwicklung/hub45-neue-orte-des-digitalen-arbeitens/vom-15.01.2024>.
- Utopia Südwestfalen (o.J.): <https://www.utopia-suedwestfalen.com/> vom 15. 11.2023.
- Vofskamp, Wilhelm (1985): Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wiechmann, Thorsten (2016): »Die Planung des Unplanbaren – Zur Wirklichkeit von Stadt- und Regionalplanung zwischen Utopie und Ohnmacht«, in: Frank Othengrafen/Brigitta Schmidt-Lauber/Christine Hannemann/Jörg Pohlen/Frank Roos (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2015/2016, Schwerpunkt: Planbarkeiten. Herausforderungen und Dynamiken räumlicher Planung. Opladen/Berlin/Toronto: Budrich, S. 23–42.
- Zukunftsinstitut (Hg.) (2019): Workbook Vision – Praxishandbuch für die Entwicklung ihrer Unternehmensvision. Frankfurt a.M.: Zukunftsinstitut.

Kommunal Finanzen zwischen Utopie und Reformismus

Perspektiven finanzieller (Selbst-)Ermächtigung der Kommunen

Andreas Kallert

1. Einleitung

Zwischen 600 und 800 Mrd. Euro zusätzliche öffentliche Investitionen und Förderungen, dies ist die Größenordnung für die Modernisierung der Infrastrukturen und für den Klimaschutz in einem Jahrzehnt allein in Deutschland (Rietzler 2022, 27). Diese gigantische Summe¹ würde dabei zum größten Teil in den Aufgabenbereich der Kommunen fallen, die 2020 mit rund 38,6 Mrd. Euro knapp 56 Prozent der öffentlichen Sachinvestitionen tätigten (Bundesministerium der Finanzen 2021, 326). Dabei sind viele Kommunen bereits jetzt finanziell schwer gebeutelt und vielfach kaum in der Lage, über die Pflichtaufgaben hinaus wirken zu können und notwendige Infrastrukturen zu erhalten:

»Die Infrastrukturen verfallen schneller, als nachgebaut und erneuert wird.« (Mattert et al. 2017, 35)

Steuerreformen zulasten der Kommunen, Austerität mittels Schuldenbremsen (vgl. Petzold 2021) und ein zunehmender Wettbewerb der Kommunen um Unternehmen und Einwohner*innen haben die Spielräume kommunaler Haushaltspolitik in den letzten Jahrzehnten stark eingeschränkt, wobei sich Gewinner*innen und Verlierer*innen herausbilden. So gibt es durchaus prosperierende, finanzstarke Kommunen mit attraktiven Standortbedingungen für Bürger*innen und Unternehmen, aber eben auch zahlreiche finanzschwache Orte, deren Infrastrukturen wegbrechen, die von Wegzug betroffen sind und denen nur eine »Politik der leeren Kassen« (Jäger/Tomassovits 2004) bleibt.

1 Man darf sich von dieser Summe jedoch nicht blenden lassen: Für die Bankenrettungen wurden auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Oktober 2008 allein in Deutschland innerhalb kürzester Zeit 480 Mrd. Euro öffentliche Mittel bereitgestellt, im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine zusätzlich 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr beschlossen oder durch die kriminellen CumEx- und CumCum-Geschäfte von Banken und Investor*innen mindestens 35 Mrd. Euro aus der deutschen Steuerkasse geklaut.

Daraus resultieren ungleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Teilräumen der Bundesrepublik, die sich in den Prozessen aus Abwanderung, Finanzschwäche, Infrastrukturmängel und sinkender Attraktivität selbst verstärken können.

Öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen werden zwar von allen staatlichen Ebenen erbracht, die Mehrzahl jedoch fällt in den Aufgabenbereich der knapp 11.000 Kommunen in Deutschland, fast drei Viertel davon kleine Orte mit weniger als 5.000 Einwohner*innen. Sie sind insbesondere für die Gewährung vieler Sozialleistungen, Kitas, Schulbildung und der öffentlichen Verwaltung, lokale Verkehrs- und Freizeitinfrastruktur sowie Ver- und Entsorgung zuständig. Das Grundgesetz sichert den Gemeinden zu, diese Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Art. 28 Abs. 2). Dieses kommunale Selbstverwaltungsrecht wird allerdings zur leeren Floskel, wenn die Kommunen strukturell und damit dauerhaft unterfinanziert sind. Es gilt also, diesen verfassungsrechtlichen Anspruch grundsätzlich und damit unabhängig von der (konjunkturellen) Leistungskraft der Länder durchzusetzen (vgl. Vesper 2015, 51). Über diese Ambition hinausgehend braucht es jedoch auch Überlegungen, die Kommunalfinanzen grundlegend neu denken – und damit Utopien entwerfen, deren Grenzen in der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur herauszustellen sind. Die Diskussion über eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben, die notwendigerweise im ständigen Wandel und gesellschaftlichen Aushandlungsprozess sind, ist bislang eher kein Gegenstand für Utopien, denn vielmehr maximal für progressive Reformen. Die öffentlichen Finanzen sind aufs engste verwoben mit der kapitalistischen Gesellschaft und das Denken in herrschenden Kategorien von Kapital, Kredit, Geld und Steuern ist entsprechend widersprüchlich, soll es über progressive Reformen hin zu Utopien der Ausgestaltung der eigenen Umwelt hinausweisen.

Der Beitrag möchte ausgehend von der Entwicklung der Kommunalfinanzen (Abschnitt 2) die spezifischen Problemlagen für Kommunen in ländlichen Räumen herausarbeiten (Abschnitt 3). Anschließend diskutiere ich die fiskalischen Möglichkeiten für kommunale (Selbst-)Ermächtigungen anhand einerseits *reformistischer Utopien* (Abschnitt 4) und andererseits Utopien, die die inhärenten Widersprüche reformistischer Utopien zu überwinden suchen (Abschnitt 5).

2. Kommunalfinanzen: Entwicklung und Problemstellung

Die kommunalen Finanzen befinden sich (erneut) in der Krise. Dabei hat diese Krise eine lange Vorgeschichte, in der die Kommunen um »ihren« Anteil im öffentlichen Steuerverbund aus Bund, Ländern und Kommunen ringen mussten und müssen, um die sich ebenso im Wandel begriffenen Aufgaben des (Wohlfahrts-)Staates erbringen zu können. Diese krisenhafte Entwicklung findet im Kontext der Neukonstitution der föderalen Beziehungen mit der Gründung der Bundesrepublik über den fordistisch geprägten Nachkriegsboom (»Wirtschaftswunder«) und dem Wandel vom wohlfahrtsstaatlichen Sicherheits- zum neoliberalen Wettbewerbsstaat (Hirsch 1995) statt.

Grundsätzlich sind die Länder dafür verantwortlich, dass ihre jeweiligen Kommunen ausreichend finanziert sind. Mit Gründung der BRD hatten die Kommunen demnach auch zunächst keine eigenen Steuereinnahmen, sondern wurden fakultativ

am Aufkommen der Landessteuern beteiligt. Erst ab 1958 wurden Grund- und Gewerbesteuer zu den kommunalen Realsteuern, die von den Kommunen innerhalb eines vorgegebenen Rahmens autonom erhoben werden und ihnen abzüglich eventueller Umlageverfahren zustehen (Bundesministerium der Finanzen 2022a). Im Zuge dessen entwickelten sich diese kommunalen Steuern in den letzten Jahrzehnten zu dem, was sie heute sind: Standortfaktoren im Wettbewerb der Kommunen und zusammen mit den Zuweisungen der Länder und den Beteiligungen an den Gemeinschaftssteuern als die Haupteinnahmequellen für die Kommunalhaushalte. Zunächst jedoch gingen mit dem Wirtschaftsboom der 1950/60er-Jahre stark steigende Einnahmen aus den Kommunalsteuern einher, die auch den Kommunen in »Zeiten allgemeiner Reform- und Planungs-Euphorie« (Esser 2008, 204) den Ausbau von öffentlichen Infrastrukturen in großem Maßstab ermöglichten. Doch ab Ende der 1970er-Jahre wurde der kommunale Wettbewerb im Kontext von zunehmend angespannten öffentlichen Haushalten, Austerität und Neoliberalisierung forciert (vgl. Esser/Fach 1983). Die Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer, die den Kommunen bis Januar 1998 als Bestandssteuer auch konjunkturunabhängig Einnahmen einbrachte, und die umfassende Reform 2001 unter Rot-Grün setzten den öffentlichen Finanzen weiter zu (vgl. Streeck 2013, 14). Mit dem Ende der Gewerkekapitalsteuer verblieb einzig die Grundsteuer als relevante und ertragskonstante Kommunalsteuer – die Gewerbesteuer in der jetzigen Ausprägung ist dagegen konjunkturell bedingt starken Schwankungen unterworfen und oftmals gerade in kleineren Orten aufkommensschwach und zudem von wenigen oder gar nur einem Unternehmen abhängig. Weitgehend stabile Einnahmen garantieren neben den Zuweisungen die kommunalen Anteile an den Gemeinschaftssteuern auf Einkommen und Umsatz. Allerdings wurden durch die Reform 2001 die Einkommens- (in der Spitze von 53 Prozent auf 42 Prozent) und die Körperschaftssteuer reduziert sowie Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften steuerbefreit, um so die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken (vgl. Truger 2009). Eicker-Wolf und Truger (2010, 35) beziffern die steuerreformbedingten Einnahmeausfälle für die Jahre 2001 bis 2010 auf jährlich zwischen 20 und 50 Mrd. Euro für alle öffentliche Haushalte – insgesamt weit über 300 Mrd. Euro, die in diesem Jahrzehnt im Vergleich zur vorherigen Steuergesetzgebung weniger eingenommen wurden. Im Ergebnis dieser massiven Beschneidung öffentlicher Einnahmen sanken damit auch die Spielräume für die Bund-Länder- und Länder-Kommunen-Finanzausgleichssysteme, sodass vor allem finanziell ohnehin bereits angeschlagene und damit auf Fiskaltransfers angewiesene Kommunen immer stärker unter Konsolidierungsdruck gerieten. Diese verheerende Dynamik innerhalb der Kommunalfinanzen erfuhr zugleich durch steigende Kosten insbesondere für Soziales eine weitere Verschärfung. Die kommunalen Sozialausgaben verdoppelten sich allein zwischen 2003 und 2016 und binden immer höhere Anteile der kommunalen Haushalte (Wegweiser Kommune 2018) – allesamt Ausgaben, auf die Kommunen kaum Einfluss haben, da sie auf Bundesebene beschlossen werden. Hohe Kosten in diesem Bereich resultieren dabei aus einer problematischen Sozialstruktur mit hoher Arbeitslosigkeit, niedrigen Einkommen oder Abwanderung v.a. junger Menschen und sind ein »bedeutsamer Treiber zunehmender Disparitäten« (Boettcher/Geißler 2017, 3; vgl. auch: Beznoska/Kauder 2020, 406).

Bislang hat sich nichts Grundlegendes an der Unterfinanzierung der Kommunen und daraus resultierender Infrastrukturmängel geändert. Dies zeigt sich besonders eindrucklich an der Investitionsquote der öffentlichen Hand: Seit den 1990er-Jahren sinkt die staatliche (Netto-)Investitionsquote mit wenigen Ausnahmen und wurde 2004 erstmals negativ (Bardt et al. 2019, 4f.). Dieser Substanzverlust ist jedoch räumlich ungleich verteilt und verstärkt die Disparitäten in Deutschland. So lagen die Sachinvestitionsausgaben bayerischer Kommunen im letzten Vor-Corona Jahr 2019 bei 698 Euro pro Person, im Saarland dagegen nur bei 191 Euro und in Nordrhein-Westfalen bei 261 Euro (Bundesministerium der Finanzen 2022b, 24) – mit der Folge, dass der Wohnort zunehmend darüber entscheidet, ob in der Schule das Dach dicht ist und die Toiletten funktionieren. Die vermehrte Bereitstellung von Fördermitteln für Investitionen ist zwar einerseits begrüßenswert, ist andererseits aber auch mit hohen Kosten und Personalbindung für Beantragung, Durchführung und Dokumentation verbunden und benachteiligt gerade die besonders bedürftigen Kommunen (vgl. Sixtus/Reibstein/Slupina 2020). Die austeritären Politiken der letzten Jahrzehnte schlagen sich jedoch generell in ausgedünnten öffentlichen Verwaltungen und damit einhergehend vor allem in der Problematik fehlender Planungskapazitäten wiederum vor allem in finanzschwachen Kommunen nieder (vgl. Gornig/Michelsen 2017). Die seit 2011 gültige Schuldenbremse bei Bund und Ländern erschwert die Investitionen in den Bestand im Allgemeinen und in eine sozial-ökologische Transformation der öffentlichen Infrastrukturen im Besonderen, da die Gefahr droht, dass den Kommunen als wesentliche Akteur*innen dieser Prozesse notwendige Zuweisungen der übergeordneten Ebenen gestrichen werden (Brand/Steinbrecher 2017, 436). Gleichzeitig sind Kommunen zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet und können nicht ohne Weiteres bzw. nur mit Genehmigung der Kommunalaufsichten Schulden aufnehmen. Paradoxerweise sind es dann gerade die finanz- und wirtschaftsstärkeren Kommunen, die im Bereich der Investitionskredite überdurchschnittlich verschuldet sind – sie können sich die Kredite für rentierliche Investitionen leisten, während finanzschwachen Kommunen solche Kredite von Banken nicht gewährt bzw. von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden (vgl. Kuschel 2015, 81f.). Der fiskalische Spardruck in den Kommunen wirkt sich dabei vor allem ausgabenseitig aus, da aufgrund des neoliberalen Steuerwettbewerbs die Einnahmen über kommunale Steuern nicht beliebig erhöht werden können – folglich leiden vor allem disponible Ausgaben im Bereich der sozialen Infrastrukturen wie etwa Kultur, Freizeit, Bildung oder Sport sowie Investitionen unter Kürzungen (Thiele 2022, 108). Mit diesen knappen Mitteln und damit einhergehend kleinen bis nicht vorhandenen finanziellen Spielräumen geht auch mangelhafter Gestaltungsspielraum für die Verwirklichung progressiver Politiken einher, was nicht zuletzt die Notwendigkeit von Utopien auch und besonders im Bereich der Kommunal Finanzen unterstreicht.

Insgesamt, wenn auch räumlich ungleich verteilt, sind die kommunalen Finanzen von einer strukturellen Unterfinanzierung geprägt. In der jetzigen Ausgestaltung stärkt das kommunale Finanzsystem trotz der Finanzausgleichssysteme die starken und schwächt die schwachen Kommunen – mit dem Ergebnis ungleichwertiger Lebensverhältnisse. Diese »fiskalpolitische Dauerkrise« (Streeck/Mertens 2010, 13; Hervorhebung im Original) vieler Kommunen aus »permanentem Haushaltsdruck, anhaltenden Budgetdefiziten, steigenden Steuern, sinkenden Investitionsausgaben und Personalabbau«

(Person/Geißler 2020, 194) erfordert eine grundlegende Auseinandersetzung mit öffentlichen Finanzen im Allgemeinen und kommunalen im Besonderen, die über die Flickschusterei der vergangenen Jahrzehnte deutlich hinausgeht.

3. Herausforderungen an Kommunal Finanzen

Nach diesen allgemein gehaltenen Ausführungen zu Kommunal Finanzen möchte ich folgend einige Überlegungen zu den speziellen Herausforderungen für kleine(re) Kommunen und damit insbesondere für Kommunen in ländlichen Räumen darlegen. »Die« ländlichen Räume sind selbstredend so unterschiedlich, dass die folgenden Aussagen keineswegs auf alle ländlichen Räume übertragen werden können – nichtsdestotrotz soll die Verallgemeinerung grundlegende Problematiken aufzeigen. Die Finanzen ländlicher Kommunen sind auch deshalb relevant, da im öffentlichen Diskurs die finanziellen Probleme von (Groß-)Städten dominieren und damit die große Mehrzahl der Kommunen außen vor bleibt (von den knapp 11.000 Kommunen haben weniger als 700 mehr als 20.000 Einwohner*innen). Dies liegt u.a. auch daran, dass die (angewandte) Forschung kleine Kommunen oftmals gar nicht erfasst, sei es das einflussreiche KfW-Kommunalpanel, das nur Orte mit mehr als 2.000 Einwohner*innen in ihre Stichprobe einbezieht, oder der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung, der für die Analyse von Konsolidierungsprogrammen lediglich Städte über 20.000 Einwohner*innen berücksichtigt.

Auf der Ausgabenseite sind für Erhalt und ggf. auch Ausbau von Infrastrukturen in dünn(er) besiedelten ländlichen Räumen größere Investitionen für (Ab-)Wasser, Müll, Straßen, Nahverkehr etc. notwendig, da die Fläche die Bereitstellung von solchen öffentlichen Leistungen verteuert. Pro Einwohner*in entstehen somit tendenziell höhere Kosten, dies trifft auch auf die kommunale Verwaltung zu. Weitere fundamentalökonomische Leistungen wie Nahversorgung mit Mitteln des täglichen Bedarfs, mit Dienstleistungen von Banken, Friseur*innen, Post oder Apotheken aber auch mit digitalen Infrastrukturen, die allesamt in der Regel über »den Markt« bereitgestellt werden (müssen), lohnen sich für die privaten Anbieter*innen aufgrund der geringen Nachfrage und damit nicht vorhandener Profitabilität kaum. Die öffentliche Hand kann allerdings zumeist nur (auch aus EU-wettbewerbsrechtlichen Gründen) in Ausnahmefällen selbst tätig werden und für die Bereitstellung solch elementarer Daseinsvorsorge sorgen – mit den entsprechenden Mehrausgaben für vor allem kleinere Orte, um die private Akteur*innen einen weiten Bogen machen.

Auf der Einnahmenseite besteht zwischen größeren und kleineren Kommunen ein Steuerkraftgefälle, das sich in unterschiedlichen Höhen von Einkommens- und Gewerbesteuern je Einwohner*in zeigt. Verschiedene Ausgleichssysteme sorgen zwar für eine gewisse Annäherung des Steueraufkommens pro Person. Aber auch wenn dieses Steuerkraftgefälle im Sinne des Zentrale-Orte-Prinzips mit der urbanen Mitversorgung des Umlandes durchaus gewollt ist, sind die niedrigeren Steuereinnahmen dennoch ein wegweisendes Merkmal von Kommunen in ländlichen Räumen, die die eigenen Handlungsmöglichkeiten vor Ort beschränken. Gerade für kleinere, nicht wirtschaftsstarke Kommunen ist das Gewerbesteueraufkommen (Vesper 2020, 41) gering und das

Potential, die Einnahmen über eine Erhöhung der Hebesätze zu steigern, sehr begrenzt, begünstigt die Autonomie bei der Hebesatzgestaltung doch vor allem wirtschaftsstarke Regionen (Vesper 2015, 49). Für kleine Kommunen sind daher oftmals die Zuweisungen der größte Einnahmeposten, die Gewerbesteuer dagegen kaum relevant. Dies heißt allerdings auch, dass für solche Kommunen die kommunale Finanzautonomie über das Hebesatzrecht und damit die politische Gestaltungskraft (noch) geringer als in größeren Städten ist. Dies hat auch damit zu tun, dass vielfach Investitionen nur noch über Fördermittel zu realisieren sind, die jedoch strukturell – obgleich formal teilweise das Gegenteil intendierend – finanziell und personell gut aufgestellte Kommunen überverteilen. Jene Kommunen können sich – ganz im Sinne des neoliberalen, aktivierenden Prinzips der Ko-Finanzierung (vgl. Kallert et al. 2020, 46) – die geforderten Eigenmittel leisten, aufgrund von Fachpersonal schnell auf neue Ausschreibungen reagieren und haben oftmals bereits fertige Konzepte in der Schublade, um so die begrenzten Fördermittel abzurufen. All dies trifft auf kleine Kommunen weniger zu: Die Kommunalpolitik ist stark ehrenamtlich geprägt, die Verwaltung von Universalist*innen und weniger von Spezialist*innen (u. a. für Fundraising, Vergabe- und Baurecht) besetzt und die notwendigen Eigenmittel übersteigen das Haushaltsbudget bzw. eine Kreditfinanzierung wird von der Kommunalaufsicht untersagt (vgl. Sixtus/Reibstein/Slupina 2020). Auch versteckte Kosten (Personalkosten, Gutachten, Antragsstellung, Instandhaltung) sind ein weiteres oftmals übersehenes Hindernis. Dies hat zur Folge, dass die zunehmende Fördermittelfinanzierung – 2018 wurden bundesweit bereits 27 Prozent der kommunalen Investitionen über Fördermittel finanziert, was eine Verdoppelung seit 2016 darstellt (KfW 2019, 15) – besonders zu Lasten finanzschwacher und kleinerer Gemeinden geht und somit die ländlichen Räume besonders betroffen sind.

Die Kommunal Finanzen im Allgemeinen sind also völlig unzureichend. Die öffentlichen Finanzen mit Blick auf kleinere Kommunen und damit ländliche Räume im Speziellen sind ebenfalls von der »andauernden Krise öffentlicher Haushalte« (Silomon-Pflug/Heeg 2013, 184) geprägt, wenn auch mit eigenen Charakteristika. Konzepte zur Lösung dieser fiskalischen Krise müssen demnach gleichfalls die allgemeinen öffentlichen Finanzen wie auch die spezifischen Anforderungen von kleinen Kommunen in ländlichen Räumen adressieren. Bewegen möchte ich mich hierbei von einerseits reformorientierten Ansätzen, die gleichwohl unrealistisch sind, hin zu Utopien kommunaler Finanzen.

4. Fiskalische Zukünfte I: reformistische Utopien

Die folgenden fiskalischen Zukünfte nenne ich *reformistische Utopien*, da sie zwar einerseits unter den gegenwärtigen sozialen Kräfteverhältnissen höchst unwahrscheinlich sind, jedoch andererseits eine deutliche Verbesserung öffentlicher und vor allem kommunaler Finanzen zur Folge hätten. Sie beinhalten aber kaum utopischen Gehalt – nichtsdestotrotz können sie den Weg in Richtung von Utopien bereiten. Der naheliegende Zugang zur Verbesserung der Kommunal Finanzen liegt bei den kommunalen Steuereinnahmen. Die Gewerbesteuer hat sich zwar einerseits als eine potenziell ertragsreiche Ertragsform für die Kommunen entwickelt, sie zeichnet sich andererseits allerdings durch ein räumlich stark ungleiches Aufkommen aus und ist generell von

großen Schwankungen geprägt. Ziel muss es sein, die Gewerbesteuer stabiler, verlässlicher und ertragreicher zu gestalten. Hierfür bietet sich zum einen eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage um Zinsen, Mieten und Pachten sowie zum anderen die Ausweitung der Steuerpflicht auf freiberuflich Tätige sowie niedergelassene freie Berufe, die ebenfalls die örtliche Infrastruktur in Anspruch nehmen, an (Troost/Schuster 2010). Eine solche unter dem Label Gemeindegewerbesteuer firmierende Reform wurde allerdings schon 1982 vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen gefordert und seitdem mehrfach von unterschiedlicher Seite wiederholt – ein 40 Jahre lang währendes Scheitern zeugt wohl bereits vom unrealistischen Charakter dieser Reform.

Die Kommunen werden am Aufkommen der Einkommenssteuer beteiligt. Sie erhalten 15 Prozent der von ihren Einwohner*innen gezahlten Lohnsteuern, den Rest teilen sich Bund und Länder paritätisch. Bei der konkreten Verteilung wird ein Bemessungshöchstsatz berücksichtigt, sodass Kommunen mit sehr hohen Einkommen (etwa Starnberg in Bayern) nicht exorbitant hohe Einnahmen erzielen. Nichtsdestotrotz führen hohe Arbeitslosigkeit, viele ältere (und damit nicht erwerbstätige) sowie Menschen mit geringen Einkommen zu niedrigeren Einnahmen aus der Einkommenssteuer. Grundsätzlich wäre hier ein sinnvoller Weg, die Verteilungsmasse insgesamt zu steigern. Dazu würden vor allem eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie die Einbeziehung von Kapitalerträgen beitragen. Der Spitzensteuersatz ist mit 42 Prozent historisch niedrig und Kapitalerträge werden – abgesehen vom Freibetrag – mit lediglich 25 Prozent Abgeltungssteuer unabhängig von einem eventuell höheren individuellen Einkommenssteuersatz versteuert. Die Beendigung der steuerlichen Bevorteilung von Kapitalerträgen käme der Steuermasse und damit allen Kommunen zugute. Eine deutliche und an sozialen Kriterien orientierte Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer (Junkernheinrich/Micosatt 2018, 220) würde genau diese Übervorteilung von starken Kommunen entgegen und zu einem stabilen kommunalen Einkommen beitragen, das die zahlreichen, kostspieligen Hilfsprogramme von Bund und Ländern ersetzen und damit komplizierte Verteilungswege überflüssig machen würde (Kuschel 2015, 17f.).

Mit der Vermögens- und der Erbschaftssteuer sind zwei Ländersteuern weitere Möglichkeiten, um den Kommunen über bessere Länderfinanzen und den kommunalen Ausgleichssystemen mehr Mittel zukommen zu lassen. Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben, obwohl sie im Grundgesetz als den Ländern zustehende Steuer vorgesehen ist (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Art. 106 (2)). Nach einem ver.di -Vorschlag (2012) könnten selbst bei großzügigen Freibeträgen von 1 Mio. Euro pro erwachsener Person und einer Höhe von nur 1 Prozent rund 20 Mrd. Euro jährlich zusätzlich in die Länderhaushalte fließen. Eine aktuellere Studie kommt mit ähnlichen Parametern auf je nach Szenario zwischen 11 und 23 Mrd. Euro jährliches Steueraufkommen, das nur zwischen 150.000 und 435.000 Steuerpflichtige überhaupt beträfe (Bach/Beznoska/Thiemann 2016, 63f.). Die Vermögensteuer wäre zwingend wieder zu aktivieren, nicht nur um kommunale Finanzen zu stabilisieren, sondern auch um die enorme Ungleichheit bei Vermögen in Deutschland abzubauen. Bei der Erbschaftssteuer ist vor allem die steuerliche Privilegierung von Betriebsvermögen problematisch: Allein zwischen 2009 und 2019 wurden 389 Mrd. Euro Betriebsvermögen steuerfrei übertragen, wodurch Steuermindereinnahmen von 96 Mrd. Euro entstanden

(vgl. Nees/Scholz 2022, 50). Auch das Bundesministerium der Finanzen (2022a: 20) bezeichnet diese Privilegierung als »die größte Steuervergünstigung insgesamt« mit 5,1 Mrd. Euro in 2022. Diese weitgehende Verschonung von Betriebsvermögen müsste zugunsten der Länderfinanzen beendet werden. Mittels Stundungen von Erbschaftsteuern könnten auch Betriebsvermögen ohne Existenzgefährdung besteuert und das Totschlagargument von Arbeitsplatzverlusten entkräftet werden – zudem würde die nach geltendem Recht und vom Verfassungsgericht geforderte progressive Verteilungswirkung mit ihrem Beitrag zur Steuergerechtigkeit deutlich gestärkt (Truger/Scholz 2016).

Scholz (2013) hat zudem die Einführung von Steuerzuschlägen gefordert, um den Ländern eine gewisse Steuerautonomie zuzubilligen, mit denen überhaupt erst Schuldenbremsen auch über die Einnahmenseite eingehalten werden können. Konkret würde das bedeuten, dass den Bundesländern die Möglichkeit eingeräumt wird, länderspezifische Zuschläge (aber keine Abschläge) auf die Einkommenssteuer zu erheben, die nicht im Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Bundesländer könnten so etwa hohe Einkommen *ihrer* Bewohner*innen extra besteuern und auf diese Weise bessere Infrastrukturen in ihrem Gebiet ermöglichen. Ganz ähnlich funktioniert bereits die Grunderwerbssteuer, die mittlerweile alle Bundesländer außer Bayern in einem »regelrechten Steuererhöhungswettlauf« (Scholz 2013, 3) kräftig erhöht haben.

Grundsätzlich bestünde auch innerhalb der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse die Möglichkeit, einen Investitionsfonds auf Ebene des Bundes über Schulden aufzulegen und via der Länderebene an die Kommunen für (nachhaltige) Investitionen, die bei den vielerorts knappen Kassen als erstes gestrichen werden, weiterzuleiten (vgl. Bardt et al. 2019, 7f.). Die klassischen Fehler bestehender Förderprogramme wie Unplanbarkeit, Zeitdruck, Orientierung an Förderprogrammen statt am tatsächlichen Bedarf, Normendickicht etc. sollten dabei vermieden werden. Dementsprechend weist Geißler (2021) darauf hin, dass ein solcher Investitionsfonds die Mittel in gleichmäßigen Raten über mindestens zehn Jahre ausschütten sollte, um die Planbarkeit von Investitionen zu erhöhen. Zudem sollten die Mittel indikatorbasiert (z. B. Einwohner*innenzahl, Steuerkraft, SBG-II-Quote) ohne Anträge als investive Schlüsselzuweisungen ohne Zweckbindung an die Kommunen verteilt werden. Die Kommunen entscheiden also selbst, wofür sie das Geld ausgeben wollen. Mehr Demokratie vor Ort könnte im Zuge eines solchermaßen ausgestalteten Investitionsprogramms die Folge sein (vgl. Scheller 2017).

All diese Maßnahmen hätten positive Effekte auf die öffentlichen Finanzen und damit auch auf die Kommunalhaushalte – unterschiedlich stark und unterschiedlich weitreichend. Sie würden einen Punkt adressieren, der momentan dominant ist: Das Hin- und Herschieben bzw. gar Abwälzen von Kosten und Verantwortung für die gegenwärtige Finanzmisere vom Bund auf die Länder und von den Ländern weiter auf die Kommunen, das Rangieren zwischen Finanzautonomie und -solidarität. Die durch Umverteilung erzwungene Erhöhung der Steuereinnahmen könnte schnell genügend Mittel für eine auskömmliche Kommunalfinanzierung bereitstellen. Eicker-Wolf und Truger (2013, 40) haben die Folgen beispielsweise für das Land Nordrhein-Westfalen berechnet, wo sich durch die Steuerreformen ein jährliches Gesamtdefizit von 3,5 Mrd. Euro rein rechnerisch in einen Überschuss von fast 11 Mrd. Euro verwandeln würde, so dass »die

Finanzprobleme des Landes NRW und seiner Kommunen im Wesentlichen« gelöst würden. Selbst demokratische Elemente wie Bürger*innen-Haushalte könnten ihren (vielfach berechtigten) Ruf als Legitimierungstool für Sparmaßnahmen ablegen und tatsächlich zu Beteiligungsformen werden, in denen Bürger*innen über Projekte, Investitionen und soziale Infrastrukturen entscheiden können – und somit Erfahrungen sammeln und lernen, sich überhaupt utopische Vorstellungen über das Leben in ihren Kommunen zu machen.

5. Fiskalische Zukünfte II: die Utopie

Doch selbst die beschriebenen Aussichten auf weitreichende Investitionen in eine nachhaltige Zukunft sind utopischer Natur, obgleich die dafür notwendigen zig Milliarden Euro grundsätzlich leicht zu bewerkstelligen wären – die gegenwärtig dagegensprechenden sozialen Kräfteverhältnisse in unsrer Gesellschaft bewusst ignorierend. Denn diese *reformeristischen Utopien* sind darüber hinaus von immanenten Widersprüchen gekennzeichnet: Im Kapitalismus kommt es unweigerlich zu Krisen der Akkumulation, an der jedoch die Abschöpfung von Steuern abhängt. Das »Interesse des Staates an sich selbst« (Offe 1972) priorisiert jedoch kapitalfreundliche Politiken – höhere Steuern im internationalen Wettbewerb sind hierbei nur schwer durchzusetzen. Wie man es auch drehen mag, der kapitalistische Steuerstaat ist auf Gedeih und Verderben auf immer fortwährende Kapitalakkumulation angewiesen und sei sie noch so krisenhaft und – das Beispiel des menschengemachten Klimawandels verdeutlicht dies – destruktiv. Die Ebene der Kommunen ist hiervon nicht ausgenommen, sind die diskutierten Vorschläge doch ebenfalls – im Falle der Gewerbeertragssteuer von Gewinnen, bei der Einkommenssteuer von Löhnen und Kapitalerträgen, bei Schuldenaufnahme von einem liquiden Kreditmarkt oder bei der Vermögenssteuer vom akkumulierten Gewinn abhängig – allesamt aufs engste verwoben mit den Grundpfeilern kapitalistischer Vergesellschaftung. Die naheliegende Forderung nach mehr kommunalen Eigensteuern (z.B. ARL 2021) und damit mehr kommunaler Autonomie ist innerhalb einer kapitalistischen Ökonomie widersprüchlich und könnte nur außerhalb von Standort- und Konkurrenzlogik eine progressive Wirkung ohne zusätzlichen Steuerwettbewerb entfalten. Für wirkliche Utopien, die das kapitalistische Hamsterrad, das die diskutierten Finanzreformen wohl kaum verlangsamen würden, hinter sich lassen, bräuchte es zunächst radikale Arbeitszeitverkürzung, damit die Menschen überhaupt erst die Zeit sowohl für die demokratischen Aushandlungsprozesse als auch für zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort haben. Es müssten zudem viele, wenn nicht alle Bereiche der Daseinsvorsorge, sei es Altenpflege, Mobilität, Gesundheit oder Wohnen, dem Verwertungsprozess entrissen und gesellschaftlich neu organisiert werden. Erst die allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne damit einhergehender Existenzangst – denn das Ehrenamt muss man sich momentan tatsächlich zeitlich und finanziell leisten können, darüber hinaus fungiert es vielerorts als Lückenfüller für mangelhafte öffentliche Daseinsvorsorge – würde soziale und solidarische Praxen sowie das Nachdenken über eine Gesellschaft außerhalb derzeit herrschender Prinzipien und Verhältnisse von Ausbeutung, Wettbewerb, Kapital, Geld und Wachstumszwang ermöglichen, die vor

allem lokal in den Kommunen wirken würden. Umfassende Rekommunalisierung und radikale Demokratie sind jedoch in kapitalistischer Logik die reinsten Profitbremsen und schaden damit genau der ökonomischen Grundlage, auf der all die reformerischen Ansätze beruhen – und sind damit momentan (nur) Utopie. Solange dies so bleibt, besteht eben die pragmatische und reformistische Lösung darin, sich mit, sagen wir, beschaulichen zusätzlichen 500 Mrd. Euro (und damit immer noch weniger als für Banken und Bundeswehr im Handumdrehen mobilisiert wurde) aus Umverteilung für die nächsten zehn Jahre zu begnügen, damit auch und besonders kleinere Kommunen als Laboratorien sozial-ökologischer Transformation von unten (bspw. in Energiegenossenschaften von Kommunen und Bürger*innen) wirken können (vgl. hierzu: Schickert 2021). Diese Fortschritte und Erfahrungen müssten dann in Utopien gemünzt werden, die die Widersprüche progressiver Entwicklungen im kapitalistischen Status Quo zu überwinden suchen.

Literatur

- ARL (2021): Kommunal Finanzen in und nach der Covid-19-Pandemie. Hannover: Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gesellschaft.
- Bach, Stefan/Beznoska, Martin/Thiemann, Andreas (2016): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiedererhebung der Vermögensteuer in Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Bardt, Hubertus/Dullien, Sebastian/Hüther, Michael/Rietzler, Katja (2019): Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! IMK Report 152. Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.
- Beznoska, Martin/Kauder, Björn (2020): »Verschuldung und Investitionsschwäche der Kommunen«, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 21(4), S. 403–421.
- Boettcher, Florian/Geißler, René (2017): Die Nettobelastung der Kommunen aus Sozialausgaben. Regionale Entwicklungen im Zuge wachsender Transfers und Steuereinnahmen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Brand, Stephan/Steinbrecher, Johannes (2017): »Paradigmenwechsel in der Kommunalfinanzierung? Aktuelle Entwicklungen beim Kommunalkredit«, in: Martin Junkerheinrich/Stefan Koriath/Thomas Lenk/Henrik Scheller/Matthias Woisin (Hg.): Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2017. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 425–440.
- Bundesministerium der Finanzen (2021): Finanzbericht 2022. Berlin: Bundesministerium der Finanzen.
- Bundesministerium der Finanzen (2022a): 28. Subventionsbericht. 2019–2022. Berlin: Bundesministerium der Finanzen.
- Bundesministerium der Finanzen (2022b): Die Steuereinnahmen der Gemeinden. Stand: Januar 2022. Berlin: Bundesministerium der Finanzen.
- Bundesministerium der Finanzen (2022c): Eckdaten zur Entwicklung der Kommunal Finanzen 2012 bis 2021. Berlin: Bundesministerium der Finanzen.
- Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2010): Entwicklung und Perspektiven der Kommunal Finanzen in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: ver.di.

- Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2013): *Kommunalfinanzbericht 2013. Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen: Anforderungen an die Bundes- und Landespolitik*. Düsseldorf: ver.di.
- Esser, Josef (2008): »Reflexionen über ein gestörtes Verhältnis. Materialistische Staatstheorie und deutsche Politikwissenschaft«, in: Joachim Hirsch/John Kannankulam/Jens Wissel (Hg.): *Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx*. Baden-Baden: Nomos, S. 203–219.
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang (1983): »Sparen und Herrschen. Über den Zusammenhang von fiskalischer Knappheit und autoritärer Politik«, in: Hans-Hermann Hartwich (Hg.): *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*. Wissenschaftlicher Kongress der DVPW 4.-7. Oktober 1982 in der Freien Universität Berlin. Tagungsbericht. Wiesbaden: VS, S. 433–446.
- Geißler, René (2021): *Ein kommunales Investitionsprogramm für das nächste Jahrzehnt*. Berlin: Dezernat Zukunft.
- Gornig, Martin/Michelsen, Claus (2017): »Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus«, in: *DIW Wochenbericht* 89(11), S. 211–220.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin: Edition ID-Archiv.
- Jäger, Johannes/Tomassovits, Rainer (2004): »Politik der leeren Kassen. Budget, politics of scale und kommunale öffentliche Dienstleistungen«, in: *Kurswechsel* 19(3), S. 41–52.
- Junkernheinrich, Martin/Micosatt, Gerhard (2018): »Kommunale Liquiditätskredite: Notwendigkeit und Optionen einer Problemlösung«, in: Martin Junkernheinrich/Stefan Koriath/Thomas Lenk/Henrik Scheller/Matthias Woisin (Hg.): *Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2018. Staatsanpassung – Die neue Finanzverfassung als politische und rechtliche Gestaltungsaufgabe im Bundesstaat*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 197–222.
- Kallert, Andreas/Belina, Bernd/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2020): *Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung ländlicher Räume in Hessen*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- KfW (2019): *KfW-Kommunalpanel 2019*. Frankfurt a.M.: KfW.
- Kuschel, Frank (2015): *Haushalten mit links?! Emanzipative Haushalts- und Finanzpolitik in der Kommune*. Hamburg: VSA.
- Mattert, Jana/Valentukeviciute, Laura/Waßmuth, Carl (2017): *Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe. Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Nees, Martin/Scholz, Birger (2022): *Kommunalfinanzbericht 2022. Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf: ver.di.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Person, Christian/Geißler, René (2020): »Ein Fass ohne Boden? Vier Jahrzehnte kommunaler Schuldenhilfen in Deutschland«, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 13(1), S. 191–216.

- Petzold, Tino (2021): »Das Ende der Schuldenbremse? Staatsverschuldung in der Pandemie«, in: Kritische Justiz 54(4), S. 397–412.
- Rietzler, Katja (2022): »Kommunen zentral für Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen«, in: Wirtschaftsdienst 102(1), S. 27–30.
- Scheller, Henrik (2017): »Kommunale Infrastrukturpolitik: Zwischen Konsolidierung und aktiver Gestaltung«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 67(16/17), S. 39–46.
- Schickert, Christine (2021): »Ein lokaler Green New Deal?«, in: PROKLA 51(202), S. 165–173.
- Scholz, Birger (2013): »Mehr Steuerhoheit für die Länder«, in: Sozialistische Zeitung (3/2013), S. 5.
- Silomon-Pflug, Felix/Heeg, Susanne (2013): »Neoliberale Neuordnung städtischer Verwaltungen am Beispiel des Liegenschaftsfonds Berlin«, in: Geographische Zeitschrift 101(3/4), S. 184–200.
- Sixtus, Frederick/Reibstein, Lena/Slupina, Manuel (2020): Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben? Warum der Eigenanteil bei Förderprogrammen strukturschwache Kommunen benachteiligt. Berlin: Wüstenrot-Stiftung.
- Streeck, Wolfgang (2013): »Die Krise der Staatsfinanzen: Demokratieversagen? Kapitalismusversagen!«, in: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 6(1), S. 7–20.
- Streeck, Wolfgang/Mertens, Daniel (2010): »Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime«, in: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 3(1), S. 7–29.
- Thiele, Katja (2022): Öffentliche Bibliotheken zwischen Digitalisierung und Austerität. Kommunale Strategien und ihre Implikationen für die Bildungsgerechtigkeit. Bielefeld: transcript.
- Troost, Axel/Schuster, Sandra (2010): »Kommunalfinanzen – Zeit für Alternativen«, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung (83), S. 73–83.
- Truger, Achim (2009): »Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen«, in: PROKLA 39(154), S. 27–46.
- Truger, Achim/Scholz, Birger (2016): »Die Demontage der Erbschaftsteuer«, in: Wirtschaftsdienst 96(6), S. 378–379.
- ver.di (2012): Vermögensabgabe und Vermögensteuer. Berlin: ver.di.
- Vesper, Dieter (2015): Gemeindefinanzierung wenig nachhaltig – Analyse und Perspektiven der Kommunalfinanzen. Gutachten im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Vesper, Dieter (2020): 30 Jahre Deutsche Einheit – Ein finanzpolitischer Blick auf Länder und Gemeinden in Ost und West. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Wegweiser Kommune (2018): 100 Milliarden Euro Sozialausgaben der Kommunen. URL: blog.wegweiser-kommune.de vom 09.12.2022.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (1982): Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundesministerium der Finanzen.

Ländliche Räume ohne Armut

Realistische Utopie oder uneinlösbares Heilsversprechen?

Georg Wiesinger

1. Einleitung: Ländliche Räume ohne Armut?

Aufgrund der Auswirkungen von Pandemie, Ukraine-Krieg und steigenden Lebenshaltungskosten geht aktuell das Gespenst der Armut wieder um und das nicht nur in den Ländern des globalen Südens und Ostens. Selbst in den entwickelten westlichen Industriegesellschaften finden immer mehr Menschen keinen Zugang zu ausreichend gesunden Nahrungsmitteln und menschenwürdigem Wohnen. Menschen aus der Mittelschicht erfahren oder fürchten, sich ebenfalls ihren gewohnten Lebensstandard nicht mehr leisten zu können, und drohen, Teil der Gruppe der von grundlegenden sozialen Sicherheiten ausgeschlossenen Menschen oder aber als Gefolgsleute extremistischer Parteien zu Gefährdern demokratischen Zusammenlebens zu werden. Auch ländliche Räume sind von diesen krisenhaften Entwicklungen betroffen, wenn auch auf spezifische Weise. Auf dem Weg zur Moderne wurden immer wieder Vorstellungen eines sowohl gesamtgesellschaftlichen als auch die Situation der Individuen betreffenden Wohlstands (vgl. z.B. Heinrich Heines »Zuckererbsen für Jedermann« (2012) [1844]) formuliert. Diese Versprechen auf Wohlstand für alle stellten eine wirksame Motivation dar, Utopien in die Realität umzusetzen. Dies lässt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung, ebenso aber auch in ländlichen Siedlungsprojekten seit dem 18. Jahrhundert immer wieder belegen. Begleitend dazu wurden in den seit der Frühen Neuzeit entstandenen Sozialutopien Modelle entwickelt, vielfach auch nur höchst spekulativ, wie sich denn eine Grundversorgung, aber auch eine Verbesserung und Absicherung der Lebenssituationen, der Besitzverhältnisse und der Erwartungen an die Gestaltungsmöglichkeiten eines eigenen Lebens durch gesellschaftliche Ordnung, politisches Handeln und nicht zuletzt die Tätigkeit und das Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder herstellen bzw. auf Dauer sichern ließen. Utopisches Denken und utopische Modelle stehen so auch noch immer im Hintergrund der Entwicklungen und der Legitimation der wohlfahrtsstaatlichen Orientierungen und Ansprüche gegenwärtiger Gesellschaften, in denen Fragen der Gestaltung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht nur immer wiederverhandelt werden (müssen), sondern unter den Bedingungen

demokratischer Gesellschaften inzwischen auch alle an diesen Aushandlungsprozessen beteiligt sein sollten. Nicht zuletzt hat Martha Nussbaum in ihren Studien zur Gerechtigkeit (1999) modellhaft Rechnungen bezüglich der finanziellen Ausstattung von Menschen und Haushalten aufgestellt, um auf dieser Grundlage die Frage eines »guten Lebens« zu diskutieren. Am Beispiel der Armut in ländlichen Räumen lassen sich dabei gerade unter einem solchen an der utopischen Tradition entwickelten Ansatz aktuelle Entwicklungen diskutieren und kritisch reflektieren.

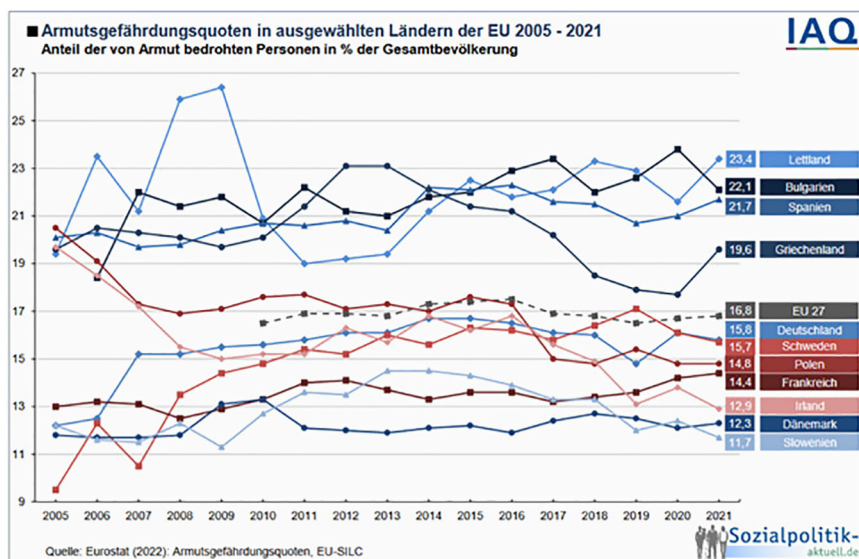
Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die verfügbaren Armutsstatistiken, welche die Entwicklungen seit 2022 noch nicht widerspiegeln. In Österreich galten im Jahr 2021 17 Prozent der Bevölkerung als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Diese leben in Haushalten, deren Einkommen nach der letzten EU-SILC-Erhebung unter der Armutsschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens lag: Dieses betrug im Jahr 2021 1.371 € pro Monat (Statistik Austria 2022). EU-SILC ist eine Erhebung über die Lebensbedingungen in der Europäischen Union, mit der unter anderem die Lebensbedingungen erfasst, Armut sichtbar gemacht und Haushaltseinkommen im zeitlichen Verlauf beobachtet werden sollen. Besonders betroffen von Armut sind dabei Alleinerziehende und deren Kinder (in der Regel sind das Frauen, die wenigen Männer kann man hier vernachlässigen), Frauen ohne oder mit niedrigen Pensionen, Langzeitarbeitslose sowie Menschen ohne Staatsbürgerschaft. Von Armut betroffen sind auch 26 Prozent aller alleinlebenden Frauen im Pensionsalter. 23 Prozent aller Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten sind Kinder unter 17 Jahre.

Ein weiteres interessantes Faktum ist, dass die Mehrzahl der Armen in Städten lebt. Die Gefährdung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist in Österreich in kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohner*innen nur etwa halb so groß (10 Prozent) wie in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner*innen (20 Prozent) (Statistik Austria 2022). Armut scheint demnach auf den ersten Blick ein überwiegend großstädtisches Phänomen zu sein. Dennoch muss man auch die Armut in ländlichen Räumen differenziert betrachten, da sich Armutsfaktoren aufgrund verschiedener Besonderheiten sehr unterschiedlich auswirken und gegenseitig auch potenzieren können. Hauptfaktoren für Armutsgefährdung in ländlichen Räumen sind vergleichsweise höhere Kosten für Mobilität, ein oft schlechter Zugang zu Infrastruktur- und Betreuungseinrichtungen (Kinderbetreuung, Pflege), ein eingeschränktes Arbeitsplatzangebot und vergleichsweise niedrigere Löhne. Für die spezifische Wirkung von Armut in ländlichen Räumen spielen aber auch persönliche Umstände eine große Rolle, die sich im Laufe der eigenen Biographie verändern können. Jemand, der oder die jung, gesund, von Betreuungsaufgaben entbunden ist, über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, kann am Land durchaus über eine höhere Lebensqualität verfügen als in einer urbanen Umgebung. Umgekehrt, für jemanden, der/die keine Arbeit findet, weil z.B. ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen in der näheren Umgebung fehlen, oder der/die ein Auto benötigt, um überhaupt zum Arbeitsplatz zu gelangen und dabei einen Gutteil des Lohns dafür aufwenden muss, aufgrund von Alter und Behinderung oder unzureichender Mobilität seine/ihre Sozialkontakte nicht mehr aufrechterhalten kann, wirken sich Armutsfaktoren doppelt und dreifach erschwerend aus (Wiesinger 2000).

Auch EU-weit zeigt sich, dass bis 2021 die Armutsgefährdungsquote mehr oder minder unverändert geblieben ist. Das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni-

versität Duisburg-Essen gibt einen vergleichenden Überblick über die Veränderung der Armutsgefährdungsquote im Laufe der letzten Jahre in einzelnen EU-Staaten. Die Werte liegen etwas niedriger als die oben angeführten, da hier nur die direkt armutsgefährdeten, nicht aber auch die von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen berücksichtigt sind.

Abbildung 1: Armutsgefährdung in der Europäischen Union



Quelle: https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII70.pdf vom 07.02.2023.

In der Abbildung lassen sich einige signifikante Ausschläge nach der Finanzkrise von 2008 erkennen. Im Grunde scheint das 2010er Jahrzehnt im Sinne der hehren Ziele einer Armutsbekämpfung jedoch ein verlorenes Jahrzehnt zu sein, von utopischen Vorstellungen kontinuierlich wachsenden Wohlstands, wie sie im »Goldenen Zeitalter« der 1960er Jahre in westlichen, aber auch in den staatssozialistischen Gesellschaften erträumt wurden (vgl. Hobsbawm 1995: 324–362), ganz zu schweigen. In allen westlichen Industriegesellschaften hat sich im Laufe der Zeit die Anzahl von sogenannten AROPE (Eurostat-Akronym für von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen in Europa) nicht substantiell verringert. Der Indikator AROPE entspricht der Summe der Personen, die armutsgefährdet sind, unter materieller Deprivation leiden oder in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Alle Personen werden nur einmal gezählt, auch wenn sie in mehreren Sub-Indikatoren vertreten sind. AROPE ist der Hauptindikator für die Überwachung der Armutsziele der EU-2020-Strategie. Das führt zu der Feststellung, dass sich der Anteil der von Armut Betroffenen und sozial Ausgegrenzten trotz aller politischen Maßnahmen und Absichtserklärungen selbst unter noch günstigeren ökonomischen Rahmenbedingungen über die beiden letzten Jahrzehnte relativ wenig veränderte.

2. Theoretischer Zugriff

2.1 Ist Armutsgefährdung systemimmanent?

Armut lässt sich ohne Reichtum nicht denken. Die westlichen Industriegesellschaften werden dahingehend immer ungleicher. Thomas Piketty (2020) weist darauf hin, dass seit den 1970er Jahren der Reichtum innerhalb der reichen Staaten stark zugenommen hat. Seiner Einschätzung nach wird sich die Welt um 2050 oder 2100 in den Händen von Börsenhändlern, Top-Managern und Besitzern großer Vermögen befinden. Gemäß dem »Global Wealth Report« des Credit Suisse Research Institute (Shorrocks/Davies/Lluberias 2022, 21) verfügte 2021 weltweit ein Prozent aller erwachsenen Personen über 48 Prozent des gesamten Vermögens, während die ärmsten 53 Prozent mit nur ein Prozent auskommen mussten. Eine Studie der Österreichischen Nationalbank (Kennickell/Lindner/Schürz 2022) kommt für Österreich zu ähnlichen Ergebnissen. Das reichste Prozent besitzt etwa 50 Prozent des Nettovermögens, während sich das restliche Vermögen auf die übrigen 99 Prozent aufteilt. In Deutschland ist diese Ungleichverteilung deutlich geringer. Hier besaßen 2021 die reichsten ein Prozent nur 32 Prozent des nationalen Nettovermögens (Shorrocks/Davies/Lluberias 2022, 31). Aber selbst das bedeutet einen Anstieg um beinahe drei Prozent gegenüber dem Jahr 2000. In der Frühen Neuzeit richteten sich Sozialutopien vor allem gegen die Legitimierung politischer bzw. traditioneller Herrschaftsformen und weniger gegen die ökonomische Macht. Das Ausmaß der weiterhin offensichtlichen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten, ebenso wie das damit verbundene Unvermögen gesellschaftlicher Steuerung, bieten erneut Anlass, die in diesen Sozialutopien bereits enthaltenen Fragen einer gerechten Güterverteilung und gesellschaftlicher Beteiligung im Blick auf die heutigen Verhältnisse wieder aufzunehmen.

Was sind derzeit die Ursachen dieser Disparität zwischen Arm und Reich? Wieso gibt es überhaupt bei den gesellschaftlichen Teilhabe-, Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten immer noch einen Unterschied zwischen ländlichen Räumen und urbanen Zentren? Sind diese Unterschiede allein aufgrund von naturräumlichen Faktoren zu erklären, oder spielen auch politische bzw. sozioökonomische Dimensionen eine Rolle? Ist das Entstehen krisenhafter Phänomene in ländlichen Regionen nicht immanenter Bestandteil globaler industriell-kapitalistischer Verwertungslogik, einer marktbasierten und auf Gewinn ausgerichteten Konkurrenz, bei der manche profitieren, es aber auch Verlierer gibt? Sind Ungleichheiten vielleicht nur Kollateralschäden einer auf Effizienz und Fortschritt ausgerichteten, freien, liberalen, postmodernen Dienstleistungsgesellschaft, in deren Zusammenhang ländliche Räume nur eine Residualkategorie bilden? Sollte man diese Ungleichheiten einfach hinnehmen und nur dann subsidiär eingreifen, wenn die Grundfesten der Gesellschaft und des Wirtschaftssystems gefährdet werden, im Sinne einer unzureichenden Versorgung für die »sozial Schwachen« und ggf. »peripher Abgehängten«?

Die Forderung nach Partizipation am gesellschaftlichen Wohlstand war in der Zeit der Hochblüte des Keynesianismus allgemeiner Grundkonsens (Sanders/Weth 2008). Mit dem Erstarken des Neoliberalismus seit den 1980er Jahren geriet dieser Konsens allerdings ins Wanken. Damit verbunden wurden die von nationalen und internationalen Armutskonferenzen und kritischen NGOs erhobenen sozialpolitischen Forderungen

kaum noch gehört. Heute geht es längst nicht mehr um die soziale Inklusion aller oder um eine Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität, um einen freien Zugang zu Bildung für alle, um eine für alle in gleichem Maße zugängliche bestmögliche Gesundheitsversorgung, um leistbares Wohnen oder um ein menschwürdiges Altern. Viele sind schon froh, wenn zumindest das bestehende soziale Sicherheitssystem einigermaßen gewahrt werden kann (Belina et al. 2022). Man hat sich an den Anblick der Bettler*innen ebenso gewöhnt wie an ein vermeintlich unaufhaltsames »Sterben der Dörfer«. Dieser Verlust an Diskursmacht angesichts des neoliberalen Backslashes führte dazu, dass soziale Ungleichheit und Armut, aber auch regionale Ungleichheiten weitgehend hingenommen werden, deren strukturelle Ursachen unbeachtet bleiben und die Schuldfrage auf eine individuelle Ebene verlagert wird. Schuld, so heißt es in den Diskursen, ist nicht mehr die Politik, Schuld sind die Betroffenen selbst, wenn es ihnen nicht gelingt, ihrem Elend zu entfliehen. Diese Vorstellung vertrat unter anderem bereits der US-amerikanische Philosoph John Rawls in seiner »Theorie der Gerechtigkeit« (1979).

Dieser sozialpolitische Diskurswechsel fällt zudem zeitlich mit manifesten politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen zusammen. Die Auswirkungen der Klimakrise werden immer augenscheinlicher. Selbst wenn das manche noch nicht wahrhaben wollen, werden wir unser Konsum- und Freizeitverhalten grundlegend in Richtung mehr Nachhaltigkeit anpassen müssen. Auf wirtschaftlicher Ebene zu erwähnen sind die bis heute immer noch nicht zur Gänze überwundene Finanzkrise 2008, die Covid-19-Pandemie der letzten Jahre und der aktuelle Ukraine-Krieg, die auch dazu führten, dass Armut und soziale Ausgrenzung aufgrund unterbrochener Lieferketten, gestiegener Lebenshaltungskosten, hoher Energiepreise und Inflation weiter zunehmen. Viele ländliche Räume erweisen sich bei diesen krisenhaften Phänomenen als besonders anfällig. Es gibt zahlreiche Befunde, die belegen, dass sich gerade vulnerable Gruppen Mobilität, Heizen und Miete nicht mehr leisten können (Fabris/Schenk 2020, Dimmel/Schenk/Stelzer-Orthofer 2014). Während der Pandemie kam es zusätzlich zu einer Vermehrung psychischer Probleme, vor allem durch Vereinsamung aufgrund von Covid-Maßnahmen oder Distance-Learning. Durch die größeren Entfernungen ist dabei in ländlichen Regionen die Gefahr der Isolation besonders groß, zudem werden psychische Erkrankungen dort immer noch sehr oft viel stärker tabuisiert (Göppel/Gstach/Wininger 2023).

Unsere Gesellschaft unterliegt außerdem weiterhin sich wechselseitig steigernden, raschen sozialen Veränderungsprozessen (Reckwitz/Rosa 2021, 118–128). Paul Virilio (2015, 49) spricht vom 21. Jahrhundert aufgrund der multiplen globalen Krisen als einem neuen »Zeitalter der Desorientierung«, während für Jacques Derrida (1976, 47) das 20. Jahrhundert noch das »Zeitalter der Dekonstruktion«, im Sinne einer Differenz zwischen Versprechen und seiner Wirklichkeit, war. In dieser aktuellen Epoche allgemeiner Verunsicherung geraten nun auch Angehörige des Mittelstands zunehmend in die Armutsspirale, und die Betroffenen in bereits abgehängten peripheren Gebieten werden nun noch mehr benachteiligt. Dies führt u.a. zu weitverbreiteten Ängsten und Frustrationen und zu einem Erstarken autoritärer, antidemokratischer Parteien und Protestbewegungen, die sich teils an den in den herkömmlichen Utopien enthaltenen Mobilisierungsimpulsen orientieren, teils aber auch auf die dort entwickelte gesellschaftliche Planung und autoritärer Führung zurückzugreifen suchen.

2.2 Armut trotz Armutsbekämpfung

Eine Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (Höferl/Pöchlhacker 2004) wies bereits vor geraumer Zeit im ersten und bislang einzigen »Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich« darauf hin, dass sich die Schere zwischen Armut und Reichtum immer weiter öffnet. Nach Piketty (2020) hat sich diese Entwicklung, dass Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden, in den beiden letzten Jahrzehnen in allen westlichen Industriestaaten weiter verschärft. In der EU gibt es nicht nur zwischen den Mitgliedsländern deutliche Wohlstandsunterschiede, auch innerhalb der Staaten ist das regionale Gefälle hinsichtlich der Wirtschaftskraft groß. Das BIP je Einwohner*in war 2014 in der reichsten der mehr als tausend untersuchten Regionen Camden & City of London beinahe 140-mal so hoch wie in den drei ärmsten bulgarischen Regionen Pernik, Silitra und Sliven (Eurostat 2017). Demgegenüber gilt im allgemeinen politischen Diskurs europäischer Entwicklungsprogramme noch immer, dass zumindest offiziell soziale und regionale Ungleichheiten weiterhin als Problembereiche thematisiert und keinesfalls gebilligt werden. Sowohl auf Ebene der Nationalstaaten als auch auf supranationaler Ebene der EU fehlt es dabei keinesfalls an Absichtserklärungen für den sozialen Ausgleich und auch die Stärkung ländlicher Räume.

Bereits in den Gründungsverträgen 1957 zählt die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu den konkreten sozialpolitischen Zielen. Im Einklang mit Artikel 153 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, vormals EWG-Vertrag 1999) soll soziale Inklusion erreicht werden.

Im Zeitraum zwischen 1975 und 1994 führte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dazu eine Reihe von Pilotprojekten und Programmen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung durch, die sich jedoch aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen als wenig effektiv erwiesen. Mit dem Vertrag von Amsterdam (Europäische Union 1999) wurde die Beseitigung sozialer Ausgrenzung als sozialpolitisches Ziel festgeschrieben. Im Jahr 2000 setzte der Europäische Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments einen Ausschuss für Sozialschutz mit beratender Aufgabe ein, der die Zusammenarbeit mit der Kommission und zwischen den Mitgliedsstaaten fördern soll (Artikel 160 AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union 1999). Im selben Jahr wurde in der Strategie von Lissabon (Europäischer Rat 2000) ein Überwachungs- und Koordinierungsmechanismus geschaffen, der die Festlegung von Zielvorgaben, die Ermittlung der Armutsquote anhand von Indikatoren und Benchmarks, Leitlinien für die Mitgliedstaaten und nationale Aktionspläne gegen Armut umfasst.

Im Jahr 2010 wurde dann in der »Europa-2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ein neues gemeinsames Ziel der Bekämpfung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung« (Europäische Kommission 2020) formuliert. Es bestand darin, die Zahl der unter der nationalen Armutsgrenze lebenden Personen vom Basisjahr 2008 bis 2020 um 25 Prozent zu verringern und mehr als 20 Millionen Menschen über die Armutsgrenze zu heben. Dieses Ziel wurde verfehlt, weshalb die Europäische Kommission im März 2021 in ihrem Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte ein neues Ziel formulierte, nämlich die Zahl der Menschen in Armut bis 2030 um mindestens 15 Millionen (davon mindestens fünf Millionen Kinder) zu verringern (Europäische Kommission 2022).

Auch die Vereinten Nationen (UNO) unternahmen in diesem Zeitraum Anstrengungen zur Armutsbekämpfung. Sie formulierten in ihrer »Agenda 2030 for Sustainable Development« als eines von insgesamt 17 nachhaltigen Entwicklungszielen das Ziel bis zum Jahr 2030 »Armut in all ihren Formen und überall zu beseitigen« (United Nations 2023).

In Österreich entstanden mit Blick auf die Lage ländlicher Räume auf nationalstaatlicher Ebene seit den 1960er Jahren und verstärkt ab Mitte der 1970er Jahre erste Ansätze, strukturschwache Gebiete, insbesondere Grenzlandregionen, entlang des »Eisernen Vorhangs« durch Ansiedlung von Betrieben sowie die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Tourismus zu fördern. Im Bereich der Landwirtschaft wurde 1971 der Bergbauernzuschuss eingeführt, der die Existenz strukturschwacher Betriebe in Berggebieten und damit auch die Besiedlung dieser Kulturlandschaft sicherstellen sollte. In späteren Jahren entwickelte sich daraus die EU-Ausgleichszulage für Berggebiete und sonstiger benachteiligter Gebiete im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik.

In weiterer Folge entstanden Konzepte einer eigenständigen, endogenen Regionalentwicklung, die sich dann im EU-Regionalentwicklungsansatz LEADER fortsetzten. Die in den Utopien sozialstaatlicher Planungen und eines damit verbundenen »guten Lebens« für alle enthaltenen Vorstellungen programmatischen Handelns lassen sich so noch immer auch in Anstrengungen und Ansprüchen auf Förderprogramme wiederfinden. Es gibt aber auch eine mitunter durchaus überzogene Kritik solcher umfassend und transnational angelegter Programme und ihrer Umsetzung (vgl. Streeck 2021: 49–55; 285–290). Die Europäische Union fördert in diesem Maßnahmenprogramm seit 1991 modellhaft innovative Aktionen in ländlichen Räumen. In Österreich gab es 2020 insgesamt 77 lokale Aktionsgruppen, die mit mehr als 72.000 km², d.h. etwa 85 Prozent der Staatsfläche und etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung, abdecken. In der Programmperiode 2014–2020 gab es in Deutschland 321 LEADER-Regionen, die etwa zwei Drittel der Fläche der Bundesrepublik abdeckten. LEADER als territoriale lokale Entwicklungsstrategie erhebt den Anspruch, über einen Bottom-up-Ansatz unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung Innovationen und multisektorale Kooperationen zu fördern.

Regionalförderungsmaßnahmen und ländliche Entwicklungsprogramme finden mittlerweile eine hohe allgemeine, politische und gesellschaftliche Akzeptanz. In der Realität ist es den europäischen Strukturfonds (ESF, EFRE, ELER) dennoch kaum gelungen, wie die einleitenden Befunde zeigen, Armut, soziale Ausgrenzung und regionale Benachteiligungen auszugleichen. Die Disparitäten konnten bestenfalls gemildert werden, deren Ursachen wurden aber nicht behoben. Bei LEADER stellt sich die Frage, welche lokalen Interessen hauptsächlich bedient werden und inwieweit auch vulnerable Gruppen bei der Entscheidungsfindung in den LEADER-Aktionsgruppen wirkmächtig eingebunden werden. Oft fehlt es armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen an Informationen, Mitteln oder einfach am Selbstbewusstsein, sich dort mit ihren Interessen einzubringen (vgl. Maschke/Mießner/Naumann 2021: 108–115).

Was wir heute in ländlichen Räumen erleben, ist eine weitere Ausdünnung von Infrastruktureinrichtungen, Einrichtungen der Grundvorsorge und Daseinsvorsorge (Geschäfte, Gasthäuser, Gemeindeämter, soziale Begegnungsstätten, Kinderbetreuung, Schulen, Arztpraxen, Gesundheitseinrichtungen, Postämter). Diese Entwicklung

lässt sich nur teilweise mit dem technischen Fortschritt (Telekommunikation statt Postverkehr, Online-Versand) und dem demographischen Wandel, d.h. der Abnahme der Gesamtbevölkerung oder der Anzahl an schulpflichtigen Kindern oder Kindern im Vorschulalter, erklären. Bei der Entscheidung für eine Reduzierung der Infrastrukturversorgung spielen in erster Linie ökonomische Effizienzkriterien eine Rolle. In einem neoliberalen Konsens werden gemeindenahe Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge als angeblich nicht mehr tragbare Kostenfaktoren betrachtet und rückgebaut. Der utopische Vorschein eines »gelingenden« Lebens für alle wird in dieser Perspektive von der Orientierung an einem ökonomisch begründeten Kosten-Nutzen-Modell abgelöst. Ersatzlösungen können nur in wenigen Fällen den damit entstehenden Verlust an Lebensqualität und Teilhabemöglichkeiten kompensieren. Oft sind es nur billige oder ganz unpraktikable Lösungen für diejenigen, die bereits abgehängt sind, die dann noch weiter abgehängt werden. Wenig Beachtung findet dabei, dass dadurch auch die Attraktivität ländlicher Räume als Lebensort leidet und ein weiterer Sog in Richtung Abwanderung entfaltet wird, was letztendlich Disparitäten zwischen Stadt und Land weiter verschärft, anstatt sie zu vermindern. Selbstverständlich konnten innovative Ansätze bei den Regionalförderungsmaßnahmen punktuell zwar neue, bedarfsgerechte und zeitgemäße Einrichtungen schaffen (z.B. Co-Working-Spaces), aber dennoch nicht verhindern, dass sich die wirtschaftlichen, aber auch die sozio-kulturellen Aktivitäten weiterhin in den größeren Städten und deren Umlandregionen konzentrieren.

3. Gerechtigkeit und die Romantik der ländlichen Peripherie

Seit der Jahrtausendwende entwickelte sich eine lebhafte Debatte über ländliche Peripherien als Regionen mit »ungleichen regionalen Gelegenheitsstrukturen« (Bernard et al. 2023), in denen es zu einer Überlagerung und Verstärkung unterschiedlicher benachteiligender Faktoren kommt (Keim 2006, Beetz 2008, Küpper/Steinführer 2017). Die Bewohner*innen vor Ort sind aufgrund der räumlichen Peripherie, unzulänglicher Infrastrukturen, Arbeits-, Bildungs- und gesellschaftlicher Teilhabechancen doppelt und mehrfach betroffen. Sie müssen lernen, mit diesen konkreten Situationen umzugehen, ihre Handlungsspielräume und Bewältigungskapazitäten zu erschließen. Die Nutzung der Ressourcen gelingt dabei in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen sozioökonomischen und gesellschaftlichen Stellung unterschiedlich gut. Ländliche, v.a. touristisch geprägte, Regionen unterliegen allerdings einem hohen Maß an Vulnerabilität, was manche während der Lockdowns in der Covid-19-Pandemie schmerzlich erleben mussten. Hier zeigten sich die negativen Folgen für Regionen sehr deutlich, die sich stark auf einen einzigen Wirtschaftszweig, in diesem Fall den Fremdenverkehr, fokussiert und zu wenig auf ökonomische, aber auch ökologische und soziale Nachhaltigkeit gesetzt hatten. Besonders arg betroffen waren dabei manche große, auf intensiven Massentourismus ausgerichtete Fremdenverkehrsgebiete. Das österreichische Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus berichtet in seinem Tourismusbericht 2020, wie die Covid-19-Pandemie die Tourismusbranche vor existenzielle Herausforderungen gestellt hat. Die Zahl der Gästeankünfte schrumpfte im ersten Jahr um etwa 46 Prozent (BMLRT 2020, 12). Der Tourismus hat für die österreichische Volkswirtschaft, gerade

auch in den ländlichen Regionen, eine zentrale Bedeutung. Das Institut für Freizeit und Tourismusforschung schätzt, dass der Fremdenverkehr mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen bis zu 25 Prozent Anteil am gesamten österreichischen BIP hat (Strobl 2020).

Natürlich gibt es aber auch Beispiele, wie bestimmte Regionen während dieser krisenhaften Zeit profitieren konnten. Manche wenig erschlossene Problemregionen wurden plötzlich zu neuen Sehnsuchts- und Rückzugsorten, was sich auch am Immobilienmarkt widerspiegelte (Redl 2020). In der Pandemie erfuhren der Ausdruck des »natürlich Ländlichen«, aber auch die »Peripherien« eine zumindest seit der Romantik nie wieder erreichte Aufmerksamkeit. Die mit ländlichen Räumen immer auch verbundene Vorstellung eines selbständig geführten, naturnahen gelingenden Lebens fand dadurch erneut auch als gleichsam »utopische« Orientierung wieder einmal Zuspruch (vgl. Rössel 2014). Die Einschränkungen der Covid-19- Maßnahmen waren in ländlichen Regionen wegen des natürlichen Freiraums und der geringeren Besiedlungsdichte vergleichsweise weniger hart zu spüren als in den großen Städten. Der Technologieschub im Zuge der Pandemie veränderte auch ländliche Arbeits- und Lebensverhältnisse grundlegend. Telearbeit und 5G-Netze eröffneten für viele neue berufliche Perspektiven, Pendeln wurde in vielen Fällen überflüssig. Viele Hochqualifizierte konnten von dieser Entwicklung profitieren. Bislang benachteiligte periphere Regionen sollten auf einmal zu einem Versprechen für eine höhere Lebensqualität werden. Grundsätzlich anders verhielt es sich allerdings für viele manuell Arbeitende oder Beschäftigte etwa in Pflegeberufen, für die sich hinsichtlich ihrer Arbeit wenig änderte, die aber gleichzeitig viele negative Folgen der Pandemie, v.a. durch die Covid-Maßnahmen und des erhöhten psychischen Drucks und Infektionsrisikos, zu spüren bekamen. Auch in diesem Bereich öffnete sich die Kluft zwischen den Profiteur*innen und den Benachteiligten.

Es fehlt freilich aktuell auch nicht an Anstrengungen zur Schaffung von mehr sozialer, also auch in den herkömmlichen Utopien ins Bild gesetzter Gerechtigkeit. Die österreichische, aber auch die deutsche Landkarte ist mittlerweile beinahe vollkommen mit ländlichen Entwicklungsprogrammen abgedeckt und immer noch herrscht ein Grundkonsens in Richtung Stärkung der sozialen Teilhabe und Sicherung der Daseinsvorsorge, ohne dass dies tatsächlich zu einer spürbaren Verbesserung der sozialen Lage und zur Beseitigung von struktureller Ungleichheit führt. Außerdem wird der ländlichen Bevölkerung in peripheren Regionen eine gewisse grundlegende »Resilienz« nachgesagt. Innerhalb einer wirtschaftlichen Gesamtstrategie gegen Braindrain, Abwanderung und Überalterung wird von Seiten der Politik an die Resilienz und das lokale Sozialkapital appelliert, um die sozialen Netzwerke gegenseitiger nachbarschaftlicher Unterstützung und zivilen Engagements zu stärken (Adam Hernández 2021, Hahne 2013). Mit der Resilienz sollten sich die Betroffenen allerdings vornehmlich an das System anpassen, die grundlegenden Strukturen marktimmeranter Verwertungslogiken werden dadurch nicht in Frage gestellt.

Die ländliche Bevölkerung scheint diesen Entwicklungen in ihrer Gesamtheit relativ ohnmächtig gegenüberzustehen. Frei nach dem slowenischen Philosophen Slavoj Žižek (2015) suggerieren viele Bottom-Up-Konzepte einer sozioökonomisch und ökologisch nachhaltigen Regionalpolitik ein Heilsversprechen. Žižek fragt sich, warum es dann so viel Ärger im Paradies gäbe. Die Leute rebellieren nicht, wenn die »Dinge wirklich

schlecht stehen«, sondern wenn ihre Erwartungen enttäuscht werden. Benachteiligung ländlicher Räume bedeutet, wenn bestimmte Gruppen ihre Bedürfnisse nicht mehr entsprechend befriedigen können. Die besser Gebildeten reagieren auf Defizite in ländlichen Räumen meist mit Abwanderung, während all jene, die es mangels Ressourcen oder Qualifikation nicht schaffen, wegzuziehen, erst recht ihren »Ärger im ländlichen Paradies«, das gleichfalls nur noch ein Paradies für die Wohlhabenden ist, zum Ausdruck bringen. Mit ihrem Frust werden sie dann spätestens bei den nächsten Wahlen zu Wutbürger*innen. In wirtschaftlich schwachen, peripheren ländlichen Räumen kommen zumindest in Österreich diese Botschaften besonders gut an. Dabei muss Benachteiligung nicht unbedingt objektiv messbar sein, es reicht die subjektive Wahrnehmung des Ausgeschlossenseins.

Vielleicht bedarf es auch nur mehr Gerechtigkeit, einer kritischen Hinterfragung des neoliberalen Credo, wonach dem Markt die Gestaltung der Gesellschaft überlassen werden sollte und der Politik nur die Aufgabe zuzuweisen wäre, für den Markt günstige Bedingungen herzustellen? Die in den herkömmlichen Sozialutopien vorgestellten Vermittlungen von Freiheit und Ordnung, die immer auch die Gestaltung eines für alle Gesellschaftsmitglieder vertretbaren guten Lebens in den Blick rücken, könnten hier auch einen Bildervorrat bereitstellen, der in aktuellen Lagen Orientierung ermöglicht. Günter Dux (2008) sieht in einer Marktgesellschaft einen Widerspruch zwischen der Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems und den Ansprüchen ihrer Subjekte. Dies sollte aber nicht als grundsätzliche Kritik am Liberalismus verstanden werden, denn der Liberalismus im Sinne eines John Stuart Mill (1991 [1859]) zielte darauf ab, jeder Person, so wie auch in den vorangehenden Utopien der sogenannten Frühsozialisten, eine bestmögliche Entfaltung zu garantieren, um Anteil an den Errungenschaften der Zeit und damit Freiheit zu erlangen. Diese Freiheit lässt sich aber ohne soziale Sicherungssysteme und zielgerichtete Förderungsmaßnahmen nicht denken.

Isolde Charim (2022) zitiert den deutschen Soziologe Helmut Dubiel (2015), der auf den destruktiven Charakter der freien Konkurrenz verweist. Diese habe einen entgrenzten, hemmungslosen Individualismus zur Folge und zerstöre die Grundlagen der Daseinsvorsorge auch in ländlichen Räumen. Je mehr neoliberale Dogmatik, desto weniger Ausgleich von Disparitäten, desto schärfer manifestieren sich die Ungleichheiten, zumal angesichts fehlender oder mangelhafter Netzwerke, wie sie in vielen Bereichen noch mit ländlichen Räumen verbunden, wenn nicht gar dort gefunden werden. Es sind gerade die kulturellen, sittlichen, moralischen oder politischen Ressourcen, diese im ersten Anschein nicht marktrelevanten Restbestände an einem nicht marktkonformen Verhalten, die wie Nächstenliebe, Empathie oder auch nachbarschaftliche Hilfe und kommunale Verantwortung, dem ökonomischen System die Spitzen nehmen und die Gesellschaft stabilisieren (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022). Die Subjekte werden, so Dubiel, zweifach in die Gesellschaft eingefügt – systemisch und sozial. Von den vormodernen Restbeständen einer alten Sittlichkeit, Kommunalität und Arbeitsmoral, die weitergewirkt haben und vielfach auch noch bestehen, habe die auf den freien Markt gerichtete Gesellschaft lange gezehrt. Nun stehen diese sozio-moralischen Reservoirs in Frage und stellen damit auch die gesellschaftliche Stabilität zu Disposition. Eigentlich ist diese Forderung nach Festigung bzw. auch Erneuerung einer moralischen Grundordnung eine konservative Forderung, allerdings eine, die, wenn sie dem marktliberalen Denken entgegen-

gesetzt ist, zugleich auch einen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit in sich trägt, wie er sich in den durchaus einander widersprechenden und zugleich auf Kompromisse ausgerichteten Modellbildungen utopischen Denkens auch wiederfinden lässt (vgl. Mannheim 1985 [1929]: 169).

4. Fazit: Utopie ländlicher Räume ohne Armut

Welche Entwicklungsszenarien lassen sich für ländliche Räume für die Zukunft vorstellen? Gibt es realistische Lösungsansätze, die im Sinne einer utopischen Orientierung darauf zielen, soziale und regionale Ungleichheiten tatsächlich beseitigen zu können oder bleiben solche Lösungsansätze weiterhin v.a. nur Absichtserklärungen, da sie den Marktinteressen zu stark entgegenlaufen? Wird man sich mit den gegenwärtigen Prozessen abfinden und damit auch das Paradigma des sozialen und regionalen Ausgleichs aufgeben müssen?

Gewisse Entwicklungen sind bereits heute vorgezeichnet. Die neue digitale Arbeitswelt, charakterisiert von Hochgeschwindigkeit und Hyperproduktivität, maximalem Warenfluss und Just-in-time-Produktion, kundenbestimmten Servicezeiten, börsenbestimmtem Erwartungsdruck, Interaktivität in Welt-Echtzeit sowie globalen Lieferketten, wird sich laut Bernd Marin (2021) weiter durchsetzen und sie wird sehr rasch auch in die entlegensten ländlichen Regionen vordringen. Die Covid-19-Pandemie hat einen historischen Entwicklungsschub ausgelöst. Innerhalb kurzer Zeit kam es zu einem ungeahnten technologischen Fortschritt, der insbesondere auch auf ländliche Räume ausstrahlte. Die Nutzung von Homeoffice ist unverhofft stark angestiegen, Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen. Nach Marin wurden sie zu »Kernelementen der neuen Normalität« (ebd.: 98). Auf konkreter Ebene zeichnen sich bereits bestimmte, allerdings widersprüchliche Phänomene ab. Die Bedeutung von Lieferservices wird weiter zunehmen, auch in ländlichen Räumen. Dabei ist jedoch aus kritischer Perspektive zu hinterfragen, ob Lieferservices tatsächlich zu mehr Fortschritt und sozialer Teilhabe führen oder nur zu schlecht bezahlten, prekären Jobs bzw. den wenigen noch bestehenden Dorfläden gänzlich den Garaus machen. Man wird sich dann eine Nachnutzung für die großen Supermärkte und ihre Parkplätze an den Ausfallstraßen der regionalen Zentren überlegen müssen. Das wäre gut für die Mobilität und den ökologischen Fingerprint. Möglicherweise wird aber auch dies wieder zu neuen Ungleichheiten führen, wenn es nicht gelingt, sozial vulnerable Gruppen entsprechend zu integrieren. Die digital bereits Abgehängten drohen dann vielleicht noch mehr abgehängt zu werden.

Auch ländliche Räume wird sich weiter modernisieren, globale Entwicklungen werden dort immer rascher und intensiver spürbar. Im Zeitalter der »liquiden Modernität« (Bauman 2012) ist die einzige Sicherheit die Unsicherheit. Darüber hinaus kommt es zu einer zunehmenden Entbettung von Raum und Zeit (Giddens 1995). Es ist damit immer weniger wichtig, physisch zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu sein. Wichtig ist, darüber Bescheid zu wissen, was an einem bestimmten Ort passiert. Damit relativiert sich die Bedeutung von Raum und Zeit. Vielleicht kann ein damit einhergehender Bedeutungsverlust (vor allem durch Vorstellungen städtischer Moderne

geprägter) Raum längerfristig auch zu einer Überwindung der Disparitäten zwischen ländlichen und urbanen Räumen führen?

Die Zukunft der ländlichen Räume wird jedenfalls nicht in rückwärtsgewandten Vorstellungen einer Restitution vermeintlich »idyllischer« Ländlichkeit liegen können. Ländliche Regionen werden sich von globalen Entwicklungen nicht abschließen, auch wenn manche eine Wiederauferstehung einer traditionellen, scheinbar heilen, alten Welt herbeisehnen. Ländliche Räume werden mit urbanen Räumen und über die Landesgrenzen hinaus in dichten Austauschbeziehungen stehen. Die in den bekannten Sozialutopien vorgestellten Modelle ausgleichender Entwicklungen und eines Zusammenhangs von Arbeits- und Sozialordnung mit den Selbstbestimmungsbedürfnissen der Individuen werden damit nicht gegenstandslos. Unbeantwortet bleibt damit aber, ob die Dichotomien, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Disparitäten aufrecht erhalten bleiben, oder ob es doch irgendwann einmal zu einem (utopisch vorstellbaren) Ausgleich kommen wird.

Ein Ausgleich ist aber wohl nur jenseits der heute vorherrschenden Wirtschaftslogik vorstellbar. Es benötigt einen Paradigmenwechsel hin zu mehr ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, einer Orientierung hin zur Daseinsvorsorge, einer Ausrichtung auf das Gemeinwohl, aber auch auf die Berücksichtigung von Kategorien wie Moral, Nächstenliebe, Sittlichkeit und ein auf Gerechtigkeit ausgerichtetes Wirtschaftssystem. Bei dieser Utopie des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen, Lagen und Entwicklungen würden Raumkategorien keine sozial diskriminierende Rolle mehr spielen, zumindest keine größeren als beispielsweise individuelle, körperliche Merkmale. Jemand mag z. B. groß oder klein sein, dick oder dünn, die Chancengleichheit wäre dann für alle in gleichem Maße gegeben, unabhängig, ob jemand in einer städtischen oder ländlichen Region wohnt. Man könnte sich – utopische Orientierungen aufnehmend – einen Raum unterschiedlicher Charakteristika vorstellen, flach oder gebirgig, hügelig, bewaldet, dicht oder dünner besiedelt, industriell usw., ohne dass damit ein besonderer Vorteil oder eine höhere Wertigkeit verbunden wäre. Die soziale Bedeutung von Raum würde sich damit insgesamt ändern, vor allem auch, weil sie dann nicht mehr vor allem mit Macht, Herrschaft und sozialer Ungleichheit in Verbindung stünde.

Literatur

- Adam Hernández, Alistair (2021): *Das resiliente Dorf. Eine interdisziplinäre Analyse von Akteuren, Lernprozessen und Entwicklungen in drei ländlichen Gemeinschaften Europas*. München: oekom.
- AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) BGBL. III Nr. 86/1999.
- Bauman, Zygmunt (2012): *Liquid Modernity*. Cambridge: Polity.
- Beez, Stephan (2008): »Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit«, in: Eva Barlösius/Claudia Neu (Hg.): *Peripherisierung – eine Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7–16.
- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.) (2022): *Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript.

- Bernard, Josef/Steinführer, Annett/Keim-Klärner, Sylvia/Klärner, Andreas (2023): Regional opportunity structures: a research agenda to link spatial and social inequalities in rural areas., in: *Progress in Human Geography* 47 (1), 103–123.
- BMLRT (Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus) (2020): *Tourismus Österreich 2020*. Wien: BMLRT.
- Charim, Isolde (2022): *Die Qualen des Narzissmus. Über freiwillige Unterwerfung*. Wien: Paul Zsolnay.
- Derrida, Jacques (1976): *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dubiel, Helmut (2015): *Ungewissheit und Politik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dimmel, Nikolaus/Schenk, Martin/Stelzer-Orthofer Christine (Hg.) (2014): *Handbuch Armut in Österreich. Zweite, vollständig überarbeitete Auflage*. Innsbruck-Wien-Bozen: StudienVerlag.
- Dux, Günter (2008): *Warum denn Gerechtigkeit – Die Logik des Kapitals. Die Politik im Widerstreit mit der Ökonomie*. Weilerswist: Velbrück.
- Europäische Kommission (2020): *Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. KOM (2010) 2020 endgültig. Brüssel.
- Europäische Kommission (2022): *Kommission begrüßt Ziel der Mitgliedstaaten für ein sozialeres Europa bis 2030*. Brüssel: Pressemitteilung 16. Juni 2022.
- Europäischer Rat (2000): *Strategie von Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes 23. und 24. März 2000*.
- Europäische Union (1999): *Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte*. Document 11997D/TXT.
- Eurostat (2017): *BIP auf regionaler Ebene*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:BIP_auf_regionaler_Ebene&oldid=361439 vom 14.09.2023.
- Fabris, Verena/Schenk, Martin (2020): »Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise«, in: *Die Armutskonferenz, Margit Appel/Verena Fabris/Alban Knecht/Michaela Moser/Robert Rybaczek-Schwarz/Martin Schenk/Stefanie Stadlober* (Hg.): *Stimmen gegen Armut*. Norderstedt: BoD-Verlag, S. 247–256.
- Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Göppel, Rolf/Gstach, Johannes/Wininger, Michael (Hg.) (2023): *Aufwachsen zwischen Pandemie und Klimakrise. Pädagogische Arbeit in Zeiten großer Verunsicherung*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Hahne, Ulf (2013): »Resilienz – neue Anforderungen an die Regionalentwicklung«, in: *Ländlicher Raum* H. 3, S. 31–33.
- Heine, Heinrich (2012) [1844]: *Deutschland. Ein Wintermärchen*. Berlin: Insel.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München und Wien: Hanser.
- Höferl, Andreas/Pöchhacker, Paul (2004): *Armut- und Reichtumsbericht für Österreich*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Keim, Karl-Dieter (2006): »Peripherisierung ländlicher Räume – Essay«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37, S. 3–7.

- Kennickell, Arthur B./Lindner, Peter/Schürz, Martin (2022): *A new instrument to measure wealth inequality: distributional wealth accounts*. Wien: Österreichische Nationalbank.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Küpper, Patrick/Steinführer, Annett (2017): »Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte«, in: *Europa Regional* 23(4), 44–60.
- Mannheim, Karl (1985) [1929]: *Ideologie und Utopie*. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Marin, Bernd (2021): *Die Welt danach. Leben, Arbeit und Wohlfahrt nach dem Corona-Camp*. Wien: Falter.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): *Kritische Landforschung- Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Mill, John Stuart (1991) [1859]: *On Liberty and Other Essays*. Oxford: University Press.
- Nussbaum, Martha C. (1999): *Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Piketty, Thomas (2020): *Das Kapital des 21. Jahrhunderts*. München: C.H. Beck.
- Rawls, John (1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas/Rosa, Hartmut (2021): *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Redl, Bernadette (2020): »Kommt jetzt die große Flucht aufs Land«, in: *Der Standard* vom 16.05.2020, S. 23.
- Rössel, Julia (2014): *Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktionen durch Zugezogene in der Uckermark*. Bielefeld: transcript.
- Sanders, Karin/Weth, Hans-Ulrich (Hg.) (2008): *Armut und Teilhabe. Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Shorrocks, Anthony/Davies, James/Lluber, Rodrigo (2022): *Global Wealth Report 2022. Leading perspectives to navigate the future*. Zürich: Credit Suisse Research Institute.
- Statistik Austria (2022): *Tabellenband EU-SILC 2021 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2019 bis 2021 Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*. Wien: Statistik Austria.
- Streeck, Wolfgang (2021): *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Strobl, Günther (2020): »So stark ist Österreich vom Tourismus abhängig«, in: *Der Standard* vom 28.10.2020, S. 17.
- United Nations (2023): *The Sustainable Development Goals Report 2023: Special Edition*. New York: United Nations Department of Economic and Social Affairs.
- Virilio, Paul (2015): *Die Küste, letzte Grenze. Ein Gespräch mit Jean-Louis Violeau*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Wiesinger, Georg (2000): *Die vielen Gesichter der ländlichen Armut. Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Österreich*. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- Žižek, Slavoj (2015): *Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Fischer.

III Gelebte ländliche Utopien: Regionale und lokale Beispiele ländlicher Utopien

Counterplanning auf dem Land

Postkapitalistische Alltagsökonomien in peripherisierten Räumen

Mike Laufenberg

1. Im Vorgarten des Friedhofs

Gert und Veronika arbeiten in einer Solidarischen Landwirtschaft (SoLawi) in einem strukturschwachen westdeutschen Landkreis. Die am Rande einer kleinen Kreisstadt ansässige Initiative betreibt sozial-ökologisch nachhaltigen Gemüse-, Obst- und Getreideanbau zur Selbstversorgung und ist Teil eines wachsenden regionalen Netzwerks von Produzent*innen, die einen lokalen Wirtschaftskreislauf etablieren wollen. Während die SoLawi und das Netzwerk von beiden als Orte einer lebendigen »Mitmachkultur« beschrieben werden, die auf die Wiedererlangung von Ernährungssouveränität in der Grundversorgung aus ist, erklären sie die umgebende Ortschaft für »tot«. Die Kleinstadt »verpennt ihr Leben« und gleiche einem »Vorgarten des Friedhofs«. Symptomatisch hierfür sei allein schon der schlechte Zustand der Bausubstanz. Veronika, die einmal in einem Handwerksbetrieb gearbeitet hat, weiß zu berichten, dass hohe Arbeitslosenzahlen und eine niedrige Einkommensquote zu einer chronisch schlechten Auftragslage für Handwerksbetriebe in der Region führen. An die Stelle professioneller Sanierungsarbeiten träten durch Laienhand verrichtete notdürftige Reparaturen. Für Gert zeugt der Verfall von Bausubstanz von einem wohnungswirtschaftlichen Versagen, das zu einem regelrechten »Zusammenbrechen der Stadt« geführt habe. Heute wohnen dort vor allem Geringverdiener*innen und Menschen in Grundsicherung.

In dem Fallbeispiel verdichten sich Entwicklungen, die charakteristisch für peripherisierte ländliche Regionen und die hierin zu beobachtende »wechselseitige Verstärkung sozialer und räumlicher Ungleichheiten« sind (Beetz 2008: 11): Der Strukturwandel der Landwirtschaft und der Rückbau industrieller Produktionsstätten haben einen polarisierten Arbeitsmarkt mit geringem Arbeitsplatzangebot im mittleren Einkommensbereich und einem hohen Anteil von Niedriglohnarbeit hervorgebracht. Junge, qualifizierte Arbeitskräfte wandern aufgrund niedriger Haltefaktoren in den Bereichen von Beschäftigung, weiterführender Bildung, Mobilität und Kultur ab, während unter den Zurückbleibenden eine überdurchschnittlich hohe (Langzeit-)Erwerbslosenquote zu verzeichnen ist. Die geringe Kaufkraft in ländlichen Peripherien erschwert das Überleben

von Kleingewerbe. Der Rückgang von Steuereinnahmen und eine hohe kommunale Verschuldung treiben die Ausdünnung sozialer Infrastrukturen von der Gesundheitsversorgung über die Schul- und Kitadichte bis zu Kultur- und Sporteinrichtungen voran. Sie konzentrieren sich, wie der Lebensmitteleinzelhandel und die Gastronomie, zunehmend auf wenige regionale Subzentren. Das alles sind Indikatoren dafür, dass sich die »Ökonomie des Alltagslebens« – jener Bereich von Wirtschaft und Daseinsvorsorge, der die tägliche Nah- und Grundversorgung der Menschen betrifft (Foundational Economy Collective 2019) – in ländlichen Peripherien in einer Krise befindet. Bei steigenden Energie- und Benzinpreisen und aufgrund des Mangels an ausreichenden und bezahlbaren Angeboten des ÖPNV trifft diese Krise jene Teile der ländlichen Arbeiter*innen besonders hart, die aus finanziellen und gesundheitlichen Gründen in ihrer räumlichen Mobilität stark eingeschränkt sind.

Die Ausgangsthese dieses Textes lautet, dass die Peripherisierung strukturschwacher ländlicher Regionen jedoch nicht nur zu einer Prekarisierung der alltäglichen Lebensgrundlagen insbesondere der einkommensschwachen Klassen führt (vgl. Haubner/Laufenberg/Boemke 2021; Haubner/Laufenberg 2023). Sie bildet zugleich Gelegenheitsstrukturen für Praktiken und Visionen des Ökonomischen, die Alternativen zu den vorrangig an den Interessen der Kapitalakkumulation ausgerichteten dominanten Strategien ländlicher Entwicklung bieten. So erweitert Veronika und Gert zufolge der Gebäudewertverfall in ihrem Ort die Möglichkeiten für Initiativen wie ihre, an günstige Immobilien zu gelangen. In diesen könnten ihnen zufolge nicht nur »neue Wohnkonzepte« erprobt werden, sondern die Gebäude flankierten infrastrukturell den Aufbau eines selbstkontrollierten und bedürfnisorientierten regionalen Wirtschaftskreislaufs, in dem die Trennung von Produzent*innen und Verbraucher*innen aufgelöst wird. Der Mangel an Supermärkten in der Fläche erhöhe in den Dörfern zudem das Interesse an alternativen Versorgungsmöglichkeiten.

Auf der Basis von qualitativen Interviews und ethnographischen Beobachtungen, die im Rahmen eines Forschungsprojekts zu informellen Ökonomien und Armut in strukturschwachen ländlichen Räumen durchgeführt wurden,¹ fokussiert der vorliegende Beitrag auf nicht- bzw. postkapitalistische Praktiken des Wirtschaftens. Im Mittelpunkt stehen dabei kollektive Praktiken und Selbstdeutungen ausgewählter Projekte und Initiativen in einem ost- und einem westdeutschen Landkreis: zwei solidarische Landwirtschaftsprojekte (im Folgenden: SoLawi West 1 und SoLawi West 2), ein Hofprojekt des tauschfreien Wirtschaftens (Hofprojekt Ost), zwei gemeinschaftliche Wohnprojekte (Wohnprojekt West und Wohnprojekt Ost) sowie ein groß dimensioniertes Dorfprojekt, das Arbeit und gemeinschaftliches Wohnen für mehrere Dutzend Personen an einem

1 Das BMBF-Forschungsprojekt »Gesellschaft selber machen? Informelle Ökonomien und soziale Teilhabe in ländlichen Armutsregionen« wurde am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 2020 bis 2023 von Tine Haubner, Laura Boemke und mir durchgeführt. Der Fokus lag auf qualitativen Interviews mit Armutsbetroffenen (n=84) und Akteur*innen aus der lokalen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wohlfahrtspflege (n=75). Darüber hinaus habe ich Einzel- und Gruppeninterviews mit Mitgliedern von neun postkapitalistisch orientierten kollektiven Projekten oder Netzwerken in den Regionen durchgeführt, die diesem Beitrag zugrunde liegen.

Ort verbindet (Dorfprojekt West). Mithilfe ethnographischer Methoden und der Verbindung von soziologischen, anthropologischen und feministischen polit-ökonomischen Ansätzen sollen folgende Fragen geklärt werden: Erstens interessiert, wie und inwieweit lokale Alltagsökonomien in ländlichen Peripherien durch Akteur*innen transformiert und zum Ort des kollektiven Auf- und Ausbaus von Handlungsmacht und Autonomie gegenüber den Sachzwängen kapitalistischer Produktionsverhältnisse werden (können). Zweitens wird nach den darin eingelassenen utopischen Gehalten und transformativischen Potenzialen für peripherisierte ländliche Räume (und womöglich darüber hinaus) gefragt. Meine Forschungsfrage war hierbei zunächst offener auf Formen alternativen Wirtschaftens in ländlichen Peripherien ausgerichtet. Die Formulierung der beiden Teilfragen resultiert aus Konkretisierungen, die im Prozess der theorieorientierten Kodierung der Daten erfolgt sind. Die Auswertung der für diesen Beitrag aufbereiteten Daten (Interviews und Feldnotizen) erfolgte mithilfe verschriftlichter Fallanalysen auf der Grundlage eines am Kodierparadigma der Grounded Theory (Strauss 1998) angelehnten Auswertungsleitfadens.

Ein zentrales Konzept, das ich im Prozess der Datenauswertung gebildet habe und in Kapitel 2 für die Präsentation meiner Befunde heranziehe, ist das des *Counterplanning* (dt. Gegenplanen). Theoretisch-konzeptionell stelle ich damit eine explizite Verknüpfung zu marxistischen und insbesondere feministisch-marxistischen Überlegungen zur Autonomie der Produzent*innen her. So wurde der Begriff in der Vergangenheit verwendet, um die kollektiven Praktiken von Arbeiter*innen zu fassen, mit denen diese die sozialen Beziehungen von Produktion und Reproduktion im Alltag auf eine Weise reorganisieren, dass sich ihre Kontrolle über den Ablauf und die Bedingungen der Arbeit – und damit die Selbstbestimmung über ihr Leben – vergrößert (Watson 1971; Cox/Federici 2012 [1974]; Federici/Campbell 2020). Hinsichtlich der in diesem Beitrag betrachteten ländlichen Alltagsökonomien wird der utopische und transformativische Gehalt des Counterplanning im dritten Kapitel unter Zuhilfenahme von Erik Olin Wrights (2017) Heuristik »realer Utopien« erörtert.

2. Gegenplanen in ländlichen Alltagsökonomien

Als Gert und Veronika aus der SoLawi West 1 im Gespräch das »Zusammenbrechen« ihrer Kleinstadt als Chance für alternative Visionen für den ländlichen Raum umdeuten, ruft Gert die Semantik eines Guerillakampfes auf: Er versteht die kollektive Aneignung und Umnutzung von abgewerteten Gebäuden durch zivilgesellschaftliche Initiativen als »Mietpartisanen«-Strategie, die ein Baustein der von ihnen visionierten »Landwende« ist. Diese »Landwende« steht im Kontrast zu den dominanten polit-ökonomischen Entwicklungsplänen für ländlich-periphere Räume. Letztere setzen neben industrieller Landwirtschaft heute verstärkt auf Touristifizierung und eine allgemeine Kommodifizierung des Ländlichen, die neue Jobs vermehrt in den niedrig entlohnten Segmenten der Dienstleistungsökonomie entstehen lassen. Demgegenüber sucht das Netzwerk, von dem die genannte SoLawi ein Teil ist, einen gemeinsam von Produzent*innen und Verbraucher*innen kontrollierten, an Gemeinnützigkeit und am Bedarf der regionalen Bevölkerung ausgerichteten, Wirtschaftskreislauf zu etablieren. Im Folgenden werden

mit Hilfe eines explorativen Vorgehens die sich in diesem und den weiteren Fallbeispielen zeigenden Bestrebungen eines anderen Wirtschaftens im Sinne eines *Gegenplanens* für ländliche Räume interpretiert.

2.1 Counterplanning und postkapitalistische Alltagsökonomien: theoretisch-konzeptionelle Perspektiven

In seinem Text *Counter-Planning on the shop floor* von 1971 führte Bill Watson den Begriff des »Gegenplanens« ein, um damit sich ausweitende Praktiken der Sabotage, Arbeitsverweigerung und Selbstorganisation von Arbeiter*innen in der US-amerikanischen Automobilindustrie zu bezeichnen. Durch die koordinierte Fehlkonstruktion von Motorteilen, heimlichen Arbeitsplatztausch und eine solidarische Umverteilung von Pausenzeiten, die aus Taktiken der Arbeitsverlangsamung resultierten, gewannen Arbeiter*innen an Kontrolle über Produktionsablauf und Arbeitstagplanung. Gegenüber den bis dato bekannten, auf dem Repräsentations- und Verhandlungsprinzip basierenden, Gewerkschaftsansätzen handelte es sich hierbei Watson zufolge um »eine neue soziale Form des Arbeitskampfes«, die wesentlich auf einer Veränderung der sozialen Beziehungen der Arbeiter*innen zueinander beruht (Watson 2019 [1971]). In dieser autonomen Reorganisation der Beziehungen am Ort der Produktion identifizierte er das »allmähliche Entstehen einer neuen Produktionsweise aus der alten« (ebd.). In Krisenzeiten, so hoffte Watson, würde sich diese neue, auf Solidarität und Horizontalität basierende Produktionsform der alten als überlegen erweisen und der Gesellschaft insgesamt »eine neue Richtung« geben können (ebd.).

Mit *Counter-Planning from the Kitchen* knüpften Silvia Federici und Nicole Cox drei Jahre später an das Konzept des Gegenplanens an und verbinden es mit einer feministischen Intervention (Federici/Cox 2012 [1974]). »Capital plans, we counter-plan«, fasst Federici in einem kürzlich erschienenen Interview die Pointe des Begriffs zusammen (2020: 185). Der Marxismus und die von ihm geprägte Arbeiterbewegung hätten sich beim Gegenplanen jedoch auf die männlich konnotierte betriebliche Erwerbsarbeitsphäre kapriziert und damit den Lohn als dasjenige Kriterium akzeptiert, »anhand dessen die Arbeit von der Nicht-Arbeit, die Produktion vom Parasitismus und die potenzielle Macht von der Machtlosigkeit zu unterscheiden sind« (Federici/Cox 2012 [1974]: 107). Aus feministischer Sicht müsste über die Lohnarbeit hinaus die Küche als »neues Kampfterrain« (ebd.: 109) für die Organisierung gegen Ausbeutung und Herrschaft im Kapitalismus erschlossen werden.

Die Küche steht bei Federici/Cox stellvertretend für die Sphäre der sozialen Reproduktion und die in ihr geleistete feminisierte, häufig nicht-entlohnte Reproduktionsarbeit. Diese ermöglicht und erhält das tägliche Leben erst und leistet damit auch die kontinuierliche Wiederherstellung von Arbeitskraft. Dass Reproduktionsarbeit in diesem Sinne das Fundament jeder Ökonomie bildet, wird durch das Lohnverhältnis jedoch verschleiert. Der Lohn dient demnach nicht nur dazu, die von den Lohnarbeitenden für die Produktion von Mehrwert aufgewendete Mehrarbeit zu verbergen, wie Marx sagt, sondern er verschleiert darüber hinaus, dass auch nicht-entlohnte Arbeit im kapitalistischen Akkumulationsprozess verwertet wird (Weeks 2013: 122). Indem die Nicht-Lohnarbeit als konstitutiv für die kapitalistische Ökonomie ausgewiesen wird, gerät sie als ein

der Lohnarbeit ebenbürtiges Terrain für politische Organisation und soziale Kämpfe in den Blick. Von der Arbeiterbewegung wird somit die Überzeugung übernommen, dass Arbeit ein Konzept ist, »um das herum man sich organisieren, Ansprüche erheben und Macht erringen« kann (Monteith/Vicol/Williams 2021: 10), während das Verständnis von Arbeit aber über einen engeren Begriff von Lohnarbeit auf ein heterogenes Ensemble von sozioökonomischen Tätigkeiten ausgeweitet wird.

Als feministische Marxist*innen wie Federici in den 1970er Jahren die »Lohn-für-Hausarbeit«-Kampagne initiierten, ging es ihnen letztlich nicht darum, die unbezahlten Haus- und Care-Tätigkeiten auch als »Arbeit« zu adeln. Reproduktionsarbeit als Arbeit zu benennen (und Lohn dafür zu fordern), war für sie der erste Schritt, um sie abzulehnen (Weeks 2013: 124), genauer: die monotone, fremdbestimmte und uferlose Form abzulehnen, die diese Arbeit unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse kennzeichnet. Analog zu den von Watson beschriebenen neuen sozialen Formen des Arbeitskampfes in der Fabrik stand auch in der Reproduktionssphäre weniger die Niederlegung als die Reorganisation und solidarische Verteilung von Arbeit im Vordergrund. Hierdurch könnte nicht nur die Dominanz der Arbeit im individuellen Leben zurückgedrängt werden, sondern zudem der Grundstein für einen Autonomiegewinn gegenüber dem System der Lohnarbeit gelegt werden. Wenn die soziale Reproduktion der Produzent*innen erst einmal vergemeinschaftet und solidarisch abgesichert ist, so das Argument, würden die Lohnabhängigkeit und damit der Erwerbsarbeitszwang untergraben werden und die Produzent*innen folglich weniger erpressbar durch Kapital und Staat sein. Auf diese Weise wurde die Frage, wie Produzent*innen innerhalb des Kapitalismus kollektive Macht aufbauen können, vom Standpunkt der sozialen Reproduktion und der Transformation der sozialen Beziehungen und Subjektivitäten im Alltag beantwortet.

Ich schlage vor, das Terrain, in dem solche Transformationsprozesse wesentlich stattfinden, als Alltagsökonomien zu fassen. Mein Begriff von Alltagsökonomien beruht auf einem feministisch-materialistischen Verständnis von Ökonomie, das die Produktion und Reproduktion der materiellen Lebensbedingungen als Einheit denkt. Im Unterschied zum Konzept der »Fundamentalökonomie« (Foundational Economy Collective 2019), das auf die physischen Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung fokussiert (Gesundheit, Bildung, Lebensmittel, Wasser, Strom, Wohnen etc.), akzentuiert meine Verwendung des Begriffs der Alltagsökonomie stärker die individuellen und kollektiven Alltagspraktiken und -beziehungen. Den Alltag von Ökonomien in den Blick zu nehmen, bedeutet, das Ökonomische nicht als autonome Sphäre abstrakter, formallogischer Prozesse zu konzipieren, sondern in seiner Einbettung in die sozialen Institutionen und Lebensweisen der Alltagsverhältnisse zu betrachten (vgl. Narotzky/Besnier 2014). Das impliziert, den Sinn für die Heterogenität von Tätigkeiten, Beziehungen, Wertvorstellungen und Deutungsmustern zu schärfen, in denen ökonomische Verhältnisse sozial, kulturell und affektiv verankert und potenziell transformierbar sind (vgl. Bear et al. 2015).

Gibson-Graham (1996; 2006) folgend sind Alltagsökonomien immer schon postkapitalistisch, insofern sie hybrid und divers sind sowie keinesfalls nur nach kapitalistischen Logiken funktionieren: Sie beruhen auf heterogenen Formen des Arbeitens, Tauschens, der gegenseitigen Hilfe und des Eigentums. Sie stehen zugleich nicht außerhalb

des Kapitalismus, sondern »exist within and despite capitalism, inextricably intertwined with it« (Monticelli 2022: 5). Sie sind daher der ständigen Möglichkeit einer Koopertierung durch Staat und Markt ausgesetzt, könnten aber auch als Keimzellen für eine Zukunft jenseits des Kapitalismus fungieren. Dieses dialektische Verhältnis von Kapitalismus und nicht-kapitalistischen Praktiken steht im Mittelpunkt vieler Theorien sozialer Transformation sowie der Postkapitalismusdebatte (s. Abschnitt 3).

2.2 Autonomie, Arbeit, soziale Beziehungen: Empirische Befunde zu postkapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweisen in ländlichen Peripherien

Sowohl der Aspekt von Autonomie gegenüber Staat und kapitalistischer Ökonomie als auch die Vorstellung von den eigenen Praktiken als gelebte Utopie, in der Räume für nicht-kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweisen ausgeweitet werden, stellen relevante Sinnhorizonte für die Akteur*innen der von mir untersuchten Projekte dar. Die unterschiedlich akzentuierte Kritik am Kapitalismus wird nicht auf das Ökonomische im engeren Sinne reduziert, sondern es existiert ein hohes Bewusstsein dafür, dass es sich beim Kapitalismus um eine Vergesellschaftungsform handelt, die sämtliche Lebensbereiche durchdringt und strukturiert. Zugleich wird dieser Zusammenhang nicht deterministisch gedacht; vielmehr herrscht ein Handlungswissen darüber vor, dass die materiellen Lebensbedingungen im Alltag anders als kapitalistisch produziert und reproduziert werden können.

Dabei unterscheiden sich die Wege und die Rahmen, innerhalb derer das konkret erprobt und realisiert wird, mitunter stark voneinander. Sie reichen von der informellen Mitarbeit in SoLawis oder Kooperationen in eingegrenzten Bereichen der Selbstversorgung bis hin zu Formen des gemeinschaftlichen Wohnens und Arbeitens. Geteilt wird jedoch grundsätzlich eine Orientierung an einer solidarischen, gebrauchswert- und bedürfniszentrierten Produktions- und Lebensweise. Themen wie nachhaltiges und nicht-kommerzielles Wirtschaften, die Ausweitung von Subsistenz und Versuche, den Lohnarbeitszwang zu reduzieren, spielen hierbei ebenso eine Rolle wie die Gestaltung geschlechtergerechter Arbeitsteilung. Bestrebungen, in der Gemeinschaft Kenntnisse und Fähigkeiten weiterzuentwickeln, werden genauso hervorgehoben wie das Ziel, Machtverhältnisse in der Gruppe zu reflektieren und abzubauen. Hier tritt die oben skizzierte Einheit aus Ökonomie und sozialen Alltagsbeziehungen hervor, die durch die Interviewpartner*innen auf unterschiedliche Weise adressiert und reflektiert wird.

Besonders deutlich wird das Ineinandergreifen einer Veränderung von ökonomischen Praktiken und sozialen Beziehungen in einem queer-feministischen Hofprojekt in einem ostdeutschen Landkreis. Auf dem Hof wohnen und arbeiten 14 Personen. Er betreibt Subsistenzwirtschaft und baut saisonales Gemüse sowie Getreide an, das für den Eigenbedarf und die nicht-kommerzielle Weitergabe an andere Projekte aus dem Netzwerk des Hofes produziert wird, »ohne dass es zur Ware wird, ohne dass getauscht wird und dass Geld fließt«, erklärt Projektmitglied Matthias. Auf diese Weise zielt das Projekt darauf ab, »ein bisschen losgelöst zu sein von dem Markt als Versorgungsmittel«. Matthias erläutert, dass es ihnen hierbei nicht lediglich um eine Umstellung der Versorgung gehe, sondern letztlich darum, »eine andere Praxis des Zusammenlebens

zu erproben, auch mit Menschen, die hier nicht wohnen«. Die Veränderung von wirtschaftlichen und sozialen Praktiken wird hierbei als integrierter Prozess wahrnehmbar. Deutlich wird dies sowohl in Hinsicht auf die gemeinsame, nicht-lohnförmige Arbeit und das Arbeitsverständnis auf dem Hof, in Bezug auf die Kooperationen mit anderen Projekten sowie hinsichtlich der kollektiven Eigentumsform des Hofes selbst.

Die Vision des Projekts besteht darin, die geld- und tauschlogikfreie Produktion, Verteilung und Konsumtion von Lebensmitteln netzwerkartig auszuweiten, indem sukzessive verbindliche Kooperationsbeziehungen mit weiteren Projekten und SoLaws entstehen sollen: »Das ist eigentlich unser Traum, dass wir eher so ein formelleres Netzwerk aufbauen, mit noch mehr: »Könnt ihr für uns so und so viel Zeug herstellen oder zur Verfügung stellen?«, also sowohl an uns gerichtet, als auch wir an andere sozusagen. [...] Das nennen wir ein Netzwerk solidarischer Gegenseitigkeit«, erklärt Matthias. Während in der kapitalistischen Ökonomie Kooperationen in der Regel über Verträge geregelt werden, basieren sie im Falle des nicht-kommerziellen Wirtschaftens auf solidarischen und vertrauensvollen Beziehungen. Der Wunsch, das Prinzip der Tauschlogikfreiheit netzwerkartig auszuweiten, ist weder vom Akkumulationszwang noch von einer Notwendigkeit zur Abdeckung des eigenen Lebensmittelbedarfs motiviert, sondern wird überwiegend von der Überzeugung und der Lust an der Sache getragen: »Man muss das halt auch wirklich machen wollen, was man da macht. Es bringt nichts, etwas zu tun, nur weil es notwendig ist, sondern da muss man wirklich Spaß dran haben und das muss auch irgendwie erfüllen. Genau, und das ist ja oft im Kapitalismus nicht gegeben«. Matthias betont, dass Orte wie der Hof essentiell seien, um das geeignete »Setting« zu bieten, in dem Menschen sich und ihre Beziehung zur Arbeit verändern könnten.

Sowohl die Kooperation mit anderen Gruppen als auch die Zusammenarbeit auf dem Hof bedürfen einer Verlässlichkeit und leben durch das Vertrauen, dass Absprachen eingehalten und Zusagen erfüllt werden. Zur Kommunikation und Aushandlung werden entsprechende Strukturen wie regelmäßige Plena geschaffen, in denen sich sowohl organisatorischen als auch emotionalen, mit dem Zusammenleben einhergehenden, Fragen gewidmet wird. Die postkapitalistische Alltagsökonomie des Hofes ist sogar so weitreichend sozialisiert, dass Land und Hof weder denjenigen gehören, die dort wohnen und arbeiten, noch einer anderen Privatperson. Sie befinden sich im Besitz einer Stiftung, die den gesellschaftlichen Eigentumscharakter bewahrt. Die Hofgruppe hat damit die Verantwortung, das Projekt am Laufen zu halten: Wenn sich die Gruppe so zerstreitet, dass das Projekt zum Erliegen kommt, oder wenn sie aus anderen Gründen »nicht mehr zu einem Konsens kommt, was sie hier machen will und wie sie es machen will«, dann scheitert sie daran, dem gemeinnützigen Gedanken gerecht zu werden. Die Erwartung ist dann, dass die Gruppe das Projekt aufgibt und Raum für eine neue macht. Damit soll laut Matthias verhindert werden, dass das kollektive Eigentum »durch die Hintertür wieder privatisiert wird durch Leute, die da einfach ein dickes Sitzfleisch haben und einfach lange bleiben und Konflikte aushalten und andere gehen.« Eine Projektwerkstatt begleitet diesen Prozess kritisch und solidarisch, stellt Ressourcen zur Verfügung und hilft nach Lösungswegen zu suchen, wenn die Projektgruppe zu scheitern droht.

Wie in Abschnitt 2.1 argumentiert, stellt die auf Autonomiegewinn abzielende Reorganisation der Arbeit durch eine Transformation der sozialen Beziehungen ein Kernelement des Counterplanning dar. In allen von mir besuchten Projekten wird sehr viel

gearbeitet, nicht selten mehr als in einem geregelten Lohnarbeitsverhältnis. Es überwiegen aber positive Bezüge auf die Qualität der Arbeit unter selbstbestimmten und solidarisch gestalteten Bedingungen, die von unfreier Lohnarbeit abgegrenzt wird. Anders als dort sind Arbeitsform, Arbeitsweise und Arbeitszeiten unter selbstorganisierten Bedingungen weniger eindeutig geregelt. Die basisdemokratische Aushandlung von Fragen rund um Arbeit spielen daher fast überall eine wichtige Rolle: hinsichtlich einer richtigen und gerechten Verteilung, einer sinnvollen arbeitsteiligen Organisation oder einer Entgrenzung von und Überforderung durch Arbeit. Um diese Problematik angemessen bearbeiten zu können, bedarf es eines sozialen Zusammenhangs, der Überforderungen (an-)erkennt und solidarische Antworten darauf ausbildet, so dass Auszeiten oder auch Rückzug möglich sind, ohne negative Konsequenzen fürchten zu müssen.

Im Dorfprojekt West werden die alltägliche Zusammenarbeit und die Bearbeitung von Konflikten von allen interviewten Personen als konstitutiver und integraler Prozess der Gruppenentwicklung beschrieben. Anders als im kapitalistischen Produktionsprozess wird Arbeit dabei nicht dem Primat von Produktivität und Optimierung unterworfen, sondern vorrangig in ihrer beziehungsstiftenden Qualität erfahrbar. Robert, ein Ende 50-jähriger Mitinitiator des Projekts, erklärt:

»[W]ir merken im ganz Konkreten, wie wir uns verändern, wenn wir uns aufeinander einlassen. Ich arbeite gerade als Lehmbau-Teamer mit zwei alten Damen, die eine ist 70, die andere ist 67 [...]. Das macht total viel Spaß, das ist auch total anstrengend, das ist auch überhaupt nicht effektiv, aber wir kommen uns näher.«

Das Dorfprojekt zielt darauf ab, das Verhältnis von Arbeit und Leben auf dem Land grundlegend zu reorganisieren. Wichtig ist den Macher*innen ein Gemeinschaftsleben, in dem Wohnen und Arbeiten »miteinander verwoben« seien, so eine andere Mitgründerin. Dies sei gegenwärtig getrennt, mitunter müssen Menschen täglich bis zu zwei Stunden mit dem Auto zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln. Eine Zusammenlegung von Arbeit und Leben verringere hier nicht nur die sozialen und ökologischen Kosten, sondern wirke auch der Zeitarmut entgegen. Weil das Dorfprojekt perspektivisch handwerkliche Tätigkeiten, soziale Dienstleistungen und einen höheren Anteil an Selbstversorgung vor Ort durch die Bewohner*innen abdecken möchte, verringern sich, so die Erwartung der Beteiligten, die Lebenshaltungskosten. Ziel des Projekts ist es, auf diesem Weg für alle Vollzeitarbeit überflüssig zu machen. Robert formuliert dies als einen radikalen Gegenplan zum Status quo: Die Entgrenzung von Arbeit und der Konsum von »Bullshit« seien Auswüchse eines Systems, das uns »wie die Irren, wie die Hamster im Rad unterwegs« sein lasse, ein System, das nicht den Menschen diene, sondern nur denen, die damit Profit machten.

Neben dem Versuch, Lohnarbeitszeit im Leben weitmöglich zurückzudrängen, werden in mehreren Projekten Tätigkeiten aktiv neu bemessen. Die kapitalistische Spaltung des Werts von Arbeit entlang männlich konnotierter Produktions- und weiblich konnotierter Reproduktionssphäre wird aufgehoben. Die Arbeit auf dem Feld, die Verarbeitung von Lebensmitteln, Care-Arbeit oder das wöchentliche Plenieren, so Matthias vom Hofprojekt Ost, seien alle »auf dem gleichen Wichtigkeitslevel. Das eine ist nicht wichtiger als das andere, hat nicht mehr Wert als das andere«. Während den Tätigkeiten auf dem

Hof kein konkreter Tauschwert beigemessen wird, übt die mit dem Lohnsystem einhergehende Fremdbestimmung und Hierarchisierung von Arbeit dennoch weiter Einfluss auf die Hofökonomie aus. Einige der 14 Hofbewohner*innen gehen weiterhin einer Erwerbsarbeit nach, die der Arbeitszeit, die sie in die Aktivitäten auf dem Hof investieren können, externe Grenzen setzt. Diese Grenzen und die durch sie gesetzte Priorität der Lohn- über die Nicht-Lohnarbeit seien anders als die hofinternen Arbeitsangelegenheiten laut Matthias »nicht verhandelbar«, wodurch das Gleichwertigkeitsprinzip torpediert wird. Beispiele wie dieses verdeutlichen den widersprüchlichen Charakter postkapitalistischer Projekte, denn insofern sie weiterhin unter kapitalistischen Bedingungen wirtschaften, bleibt ihre Autonomie relativ. Doch auch mit relativer Autonomie fungieren sie, mit Friederike Habermann gedacht, als »Halbinseln gegen den Strom« (Habermann 2008): Sie stellen veränderte materielle Bedingungen im Alltag her, die es Subjekten erlauben, sich in ihren Gewohnheiten, ihrer Subjektivität und ihrer Praxis von dominanten Formen des Lebens und Arbeitens zu lösen.

3. Zum transformatorischen Potenzial des Counterplanning

Die untersuchten postkapitalistischen Projekte können mit dem in der Transformations- und Utopieforschung gebräuchlichen Konzept der Präfiguration gefasst werden (vgl. Kinna 2016; Sörensen 2023): Die Überzeugung, dass eine andere Welt möglich ist, wird nicht auf einen fernen Horizont projiziert, sondern erweist sich schon im Hier und Jetzt als realistisch und vernünftig. Die Menschen handeln bereits so, als ob eine Alltagsökonomie jenseits von kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweisen möglich wäre. Damit produzieren sie in ihrem Alltag die sozialen Beziehungen und Räume, die dann genau das auch ermöglichen. In der Präfiguration wird der Dualismus von Realismus und Utopie, der seit dem 19. Jahrhundert weite Teile des utopischen Denkens und der Utopiekritik geprägt hat, demnach dialektisch aufgehoben. Ernst Blochs Begriff der konkreten Utopie vollzieht genau diese dialektische Bewegung: Realität erschöpft sich für ihn nicht in dem, was ist, sondern umfasst auch das Potenzial, dass es ganz anders wird (Bloch 1985: 179f.). Kathi Weeks hat das utopische Denken in diesem Sinne als eine spezifische Form des Realismus bestimmt, als Denkweise nämlich, bei der Vernunft und Imagination zusammengehen (Weeks 2013: 187).

Die in diesem Text betrachteten Formen des Counterplanning in ländlichen Peripherien können als Ausdruck einer gesellschaftlichen Praxis des utopischen Realismus verstanden werden. Möglichkeiten und Visionen von einem ganz anderen Arbeiten und Leben in ländlichen Räumen sind für sie keine Frage allein der Vorstellungskraft mehr, sondern der gelebten Praxis. Die ökonomischen Praktiken von Produktion, Reproduktion (inkl. Konsum) und Verteilung materialisieren sich in und durch soziale Beziehungen. Wie transformatorisch diese Beziehungs-Praxis tatsächlich ist, lässt sich mithilfe der Heuristik erörtern, die Erik Olin Wright (2017) mit seinem Konzept der »realen Utopien« liefert. Der Kerngedanke von realen Utopien ist, dass sich der Kapitalismus weder »durch Reformen« von oben« aufheben noch »mittels eines revolutionären Bruchs« zerschlagen lasse; er müsse vielmehr von innen zur Erosion gebracht werden, indem in den Räumen und Rissen innerhalb kapitalistischer Ökonomien emanzipatorische Alternati-

ven aufgebaut werden und zugleich »um die Verteidigung und Ausweitung dieser Räume gekämpft wird« (ebd.: 11). Dies geschieht durch kleinteilige und zähe Mikropraktiken des Aushandelns, Ausprobierens und der Kompromissfindung mit anderen lokalen Akteur*innen.

Als realutopische Praxen basieren die von mir untersuchten Formen des postkapitalistischen Counterplanning häufig auf solchen Kompromissen im Hinblick auf ländliche Strukturentwicklungs- und Aufwertungsstrategien. Der west- und der ostdeutsche Landkreis, in dem sich die in diesem Text vorgestellten Projekte befinden, haben im Rahmen ihres ländlichen Entwicklungsplans etwa ein Image vom Erprobungsraum für zivilgesellschaftliche Initiativen und Kreativmilieus etabliert, das kollektive Akteur*innen für sich nutzen, um – mithin durch die Akquise öffentlicher Fördermittel und Bündnisse mit Lokalpolitiker*innen – Räume für nicht-kapitalistische Formen der Produktion, des Tausches und der Reproduktion zu generieren. Umgekehrt nutzen Lokalpolitik, Kreisverwaltungen und LEADER-Arbeitsgruppen die geförderten Projekte als Leuchtturmbeispiele, um das Landkreisimage aufzupolieren und für urbane Mittelschichten attraktiver zu machen. Mit Wright lassen sich diese Kooperationen im Sinne einer »symbiotischen Transformation« (2017: 453) rekonstruieren, die auf Klassenkompromissen bzw. Kompromissen zwischen kapitalistischen und kapitalismuskritischen Akteur*innen basieren. Dieser Kompromiss kommt aus Perspektive kapitalistischer Akteur*innen zustande, weil nicht-kapitalistische Akteur*innen womöglich Lösungen auf Probleme anzubieten haben, vor denen auch sie stehen, so die Bewältigung der Krise der sozialen Reproduktion in strukturschwachen ländlichen Räumen.

Postkapitalistische Projekte wissen zudem häufig Schlupflöcher in staatlichen Regulationsweisen ausfindig zu machen und in ihrem Sinne zu nutzen. So macht sich das Produzent*innennetzwerk im westdeutschen Landkreis, von dem auch die SoLawi West 1 ein Teil ist, die gesetzliche Bestimmung zunutze, dass Selbstversorgung und informeller Warenverkehr innerhalb von Familien nicht unter Schattenwirtschaft fällt. Hierfür bilden sie konkret kleine Untergruppen von Produzent*innen und Verbraucher*innen im Netzwerk, die sich als Familie definieren. Auf diese Weise kann ein Milchproduzent, der im Besitz von vier Kühen ist, die er von Hand melkt, die Gruppe versorgen, während er die Milch nach geltendem EU-Recht aufgrund technischer und hygienischer Bestimmungen auf dem Markt nicht anbieten dürfte. »Wir können den Staat an der Stelle in seiner unvernünftigen Art eben einfach umgehen, indem wir sagen, wir sind hier Familie«, erklärt Gert von der SoLawi West 1.

Die untersuchten Projekte weisen unterschiedliche Grade der transformativen Imagination auf. Einige Projekte zielen auf eine kontinuierliche (regionale wie überregionale) Vernetzung und Verbreiterung nicht-kapitalistischer Formen von Produktion, Tausch und Reproduktion. Andere entscheiden sich bewusst für einen begrenzten Radius und eine Gruppengröße, die nicht weiterwachsen soll. Für eine gesellschaftstheoretische Reflexion des transformatorischen Charakters postkapitalistischer Alltagsökonomien sind beide Varianten relevant und aufschlussreich, lassen sich an ihnen doch zwei komplementäre Seiten realer Utopien untersuchen: Verallgemeinerung *und* Vertiefung. Die Bedingungen für eine postkapitalistische Transformation ländlicher Peripherien sind mit anderen Worten dort besonders förderlich, wo nicht nur darauf geschaut wird, wie alternative Formen des Wirtschaftens ausgeweitet, sondern auch, wie diese in präfigura-

tiven Gemeinschaften in der Alltagspraxis verankert und vertieft werden können (Dinerstein/Pitts/North 2019) – wie lokale Räume entstehen und geschaffen werden, in denen Subjektivität, soziale Beziehungen und Alltagspraxis sich auf eine Weise verändern können, dass eine emanzipatorische Transformation von Ökonomie denkbar und realisierbar wird.

Literatur

- Bear, Laura/Ho, Karen/Lowenhaupt Tsing, Anna/Yanagisako, Sylvia (2015): »Gens. A Feminist Manifesto for the Study of Capitalism«, in: *Cultural Anthropology*.
- Betz, Stephan (2008): »Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit«, in: Eva Barlösius/Claudia Neu (Hg.): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?* Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7–16.
- Bloch, Ernst (1985): *Das Prinzip Hoffnung*. Bd. 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Cox, Nicole/Federici, Silvia (2012) [1974]: »Counter-Planning from the Kitchen«, in: Silvia Federici: *Aufstand aus der Küche*. Münster: edition assemblage, S. 106–127.
- Dinerstein, Ana Cecilia/Pitts, Frederick/North, Peter (2019): »Scaling up or deepening? Developing the radical potential of the SSE sector in a time of crisis«, in: *SSE Knowledge Hub for SDG, United Nations Inter-Agency Task Force on the Social and Solidarity Economy (UNTFSSSE)*. <https://knowledgehub.unsse.org/knowledge-hub/scaling-up-or-deepening/> vom 12.01.2024.
- Federici, Silvia/Campbell, Jones (2020): »Counterplanning in the Crisis of Social Reproduction«, in: *South Atlantic Quarterly* 119, S. 153–165.
- Foundational Economy Collective (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens*. Berlin: Suhrkamp.
- Gibson-Graham, J. K. (1996): *The End of Capitalism (as we know it)*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gibson-Graham, J. K. (2006): *A Postcapitalist Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Habermann, Friederike (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften*. Frankfurt a.M.: Ulrike Helmer.
- Haubner, Tine/Laufenberg, Mike (2023): »Das neue Landproletariat. Klassentheoretische Überlegungen zur Pauperisierung in ländlichen Peripherien«, in: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 16/1, S. 10–24.
- Haubner, Tine/Laufenberg, Mike/Boemke, Laura (2021): »Zweiklassengesellschaften auf dem Land? Rurale Armutsräume im Spannungsfeld von Aufwertungs- und Peripherisierungsprozessen«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): *Ungleiche ländliche Entwicklungen. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 253–270.
- Kinna, Ruth (2016): »Utopia and Prefiguration«, in: Sylwia Chrostowska/James Ingram (Hg.): *Political Uses of Utopia: New Marxist, Anarchist, and Radical Democratic Perspectives*. New York: Columbia University Press, S. 198–216.

- Monteith, William/Vicol Dora-Olivia/Williams, Philippa (2021): »Introduction«, in: Monteith, William/ Vicol Dora-Olivia/Williams, Philippa (Hg.): *Beyond the Wage. Ordinary Work in Diverse Economies*. Bristol: Bristol University Press, S. 1–20.
- Monticelli, Lara (2022): »Introduction«, in: — (Hg.): *The Future is Now. An Introduction*. Bristol: Bristol University Press, S. 1–12.
- Narotzky, Susana/Besnier, Niko (2014): »Crisis, Value, and Hope. Rethinking the Economy«, in: *Current Anthropology* 55, S. 4–16.
- Sörensen, Paul (2023): *Präfiguration. Zur Politizität einer transformativen Praxis*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Strauss, Anselm (1998): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*. Stuttgart: UTB.
- Watson, Bill (2019) [1971]: *Counter-Planning on the Shop Floor*. <https://notesfrombelow.org/article/counter-planning-shop-floor> vom 12.08.2023.
- Weeks, Kathi (2013): *The Problem with Work*. Durham: Duke University Press.
- Wright, Erik Olin (2017): *Reale Utopien*. Berlin: Suhrkamp.

Emanzipatorische Ländlichkeiten

Alternative Agrarorganisationen jenseits traditioneller Geschlechterverhältnisse

Carla Wember

1. Einleitung

»Ich merke, dass, wenn ich in der Stadt bin, dass ich da gar keinen klaren Gedanken fassen kann. Also, ich brauche das total, diese Ruhe und diese paar Menschen eben. [...] Die meisten jungen Menschen in meinem Alter haben bereits schon eine Familie und sind verheiratet [...] Und alle, die es eben nicht haben, die sind eigentlich in der Stadt, kann man fast so sagen. Das hat mich schon erschreckt.«

»Genau, also das hat schon die anderen hier in der Umgebung sehr geschockt. Also, manche nennen uns Kommune, obwohl ich das (lacht)/Also, das kann ich nun wirklich nicht unterschreiben. [...] Aber auch gut, dann schocken wir so ein bisschen hier die Gegend. Ist auch okay.«

Der gegenseitige Schreck, den meine Interviewpartnerin Merle¹, eine 26-jährige Landwirtin mit eigenem Hof, beschreibt, ist Ausgangspunkt für diesen Artikel, in dem ich Potenzialen für emanzipatorische Ländlichkeiten durch die Arbeit alternativer Agrarorganisationen nachgehe. Historisch ist Ländlichkeit stark mit Landwirtschaft verknüpft und vice versa. Durch die Arbeit alternativer Agrarorganisationen – in diesem Artikel untersucht anhand einer Landkaufgenossenschaft, Bürgeraktiengesellschaften sowie Solidarischer Landwirtschaft – wird eine Transformation von Produktions-, Eigentums-, Hofnachfolge- und Arbeitsstrukturen in der Ernährungsversorgung angestrebt. Damit geraten auch Fragen von materiellen und symbolischen Ordnungen des Ländlichen in Bewegung und erzeugen Reibungen. Diesen wird hier nachgegangen, um auszuloten, welche Potenziale für emanzipatorische Ländlichkeiten darin liegen.

Unter emanzipatorischen Ländlichkeiten fasse ich anschließend an vorherige Arbeiten (Wember/Reusch 2021) Verständnisse und Praktiken von Ländlichkeit, die die Thematisierung und Destabilisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ermögli-

1 Alle Namen sind verändert.

chen und sowohl in symbolischen Ordnungen als auch hinsichtlich materieller Verhältnisse Räume für plurale Formen der Lebensführung eröffnen. Emanzipation wird dabei als »Inbegriff individueller Selbstverwirklichung wie als Zielbestimmung für die Gewinnung autonomer Lebensweisen« (Greven 1995: 68) gedacht. Dies geschieht jedoch nicht im Rahmen einer linearen Idee von Fortschritt, sondern vielmehr als Prozess, in dem über eine konstante Auseinandersetzung mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen um neue Formen des In-Beziehung-Setzens zu sich selbst und anderen gerungen wird (Lettow 2019). Emanzipatorische Ländlichkeiten kann als Utopie des Ländlichen verstanden werden, die zugleich Orientierung als auch gelebte Praxis darstellt.

Der Beitrag baut auf einer inhaltsanalytischen Auswertung (vgl. Mayring 2017) von Selbstbeschreibungen drei alternativer Agrarorganisationen und 268 ihrer Partnerhöfe sowie 21 narrationsanalytisch ausgewerteten (vgl. Lucius-Hoene/Deppermann 2002) Interviews mit Erzeuger*innen auf. Davon ausgehend argumentiere ich, dass über die Arbeit alternativer Agrarorganisationen Raum für plurale Lebensführungen geschaffen wird. Diese wird jedoch von einer weitgehenden Sprachlosigkeit bezüglich der Persistenz von Geschlechterverhältnissen als auch für Pluralität von Geschlecht und Sexualität begleitet und es zeigen sich Anschlussfähigkeiten zu naturalisierenden und traditionellen Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen. So werden zwar Zugänge zur Landwirtschaft und damit Lebensentwürfen in ländlichen Räumen ermöglicht. Doch die Entstehung macht- und herrschaftskritischer symbolischer Ordnungen bleibt weitgehend aus, was auf ambivalente Möglichkeiten der Entstehung emanzipatorischer Ländlichkeit durch die Arbeit alternativer Agrarorganisationen schließen lässt. Im Folgenden wird zunächst ein Überblick zur Ko-Konstitution von Ländlichkeit und Geschlecht anhand von Forschungsliteratur gegeben. Dann werden empirische Ergebnisse zu (1) Erfahrungen der Nicht-Zugehörigkeit, (2) Strukturverschiebungen und (3) Ringen um Deutungen vorgestellt, um darauf aufbauend Schlussfolgerungen zu Möglichkeiten emanzipatorischer Ländlichkeit als gedachter und gelebter Utopie des Ländlichen zu ziehen.

2. Räumliche Verortung von Landwirtschaft

Ko-Konstitution von Geschlecht und Ländlichkeit

Arbeiten aus der ruralen Frauen- und Geschlechterforschung zeigen, dass räumliche Strukturen nicht geschlechtsneutral sind (Oedl-Wieser/Schmitt 2016). Ländlichkeit kann dabei als relationale Kategorie verstanden werden, die durch symbolische Ordnungen und materielle Verhältnisse ko-konstituiert ist (Knaps/Mölders/Herrmann 2020). Dabei unterscheiden sich ländliche Räume stark in Bezug auf Peripherität, Lage und infrastrukturelle Gegebenheiten (Bock 2017; Küpper 2016), mit Auswirkungen auf Zugang zu Kinderbetreuung, Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten sowie medizinische Versorgung (Padel 2020).

Little (2007) zeigt auf, dass Geschlecht und Sexualität als konstituierende Faktoren in der Trennung von Stadt und Land fungieren. Über Topoi von Natur, Stabilität, Familie, Heterosexualität, Romantik und Idylle wird das Ländliche vom Chaotischen und sexuell Anderem der Stadt abgegrenzt und damit hergestellt. Über die Assoziation von Natürlichkeit und Ländlichkeit werden gewisse sexuelle Identitäten als in bestimmten Räu-

men angemessen definiert. Repräsentationen ländlicher Kultur produzieren imaginierte Geographien ländlicher Räume, die mit scheinbar natürlichen Ordnungen resonieren. Nicht hegemoniale Aspekte ländlicher Geschlechterverhältnisse werden so unsichtbar gemacht oder marginalisiert (Cloke 2005) und Zugehörigkeiten ermöglicht und andere erschwert. Historisch gewachsene Institutionen wie Ehe, alltägliche Arbeitspraxis, Freizeitaktivitäten oder die soziale Organisation des häuslichen Lebens routinisieren und normalisieren Heterosexualität als selbstverständlich und schließen andere Ausdrucksformen von Sexualität und Beziehung aus. Geschlecht und Sexualität werden so zu räumlichen Strukturkategorien (Little 2003). So bleibt auch die Familie zentral u. a. für die Landwirtschaft, die verspricht, Verbindungen zur Vergangenheit, beispielsweise Familientradition, durch gewachsene Verbindungen zum Land zu halten und die Zukunft des Betriebs über Erbfolge abzusichern (ebd.).

Jenseits von Repräsentationen existieren jedoch komplexere Lebensrealitäten, Strukturen und Unterschiede zwischen verschiedenen ländlichen Räumen. So weisen beispielsweise Leslie/Wypler/Bell (2019) darauf hin, dass eine idealisierte Verknüpfung von Ländlichkeit und Heterosexualität nicht einheitlich sowie historisch kontingent ist. So sind ländliche Gebiete nicht aus sich heraus normierend und exklusiv und es zeigen sich immer wieder Räume, in denen gerade in ländlichen Gebieten plurale Lebensentwürfe gedeihen (Annes/Redlin 2012; Gorman-Murray 2009).

Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass junge Frauen eher als junge Männer ländliche Räume verlassen. Laut Oedl-Wieser/Schmitt/Seiser (2020) lässt sich dies auf das höhere Bildungsniveau junger Frauen, ihre stärkere Mobilitätsbereitschaft für Ausbildungszwecke in jüngeren Jahren sowie die Präferenz für urbane Lebensweisen (Wiest 2016) zurückführen. »Hybride konservative Wertvorstellungen« (Oedl-Wieser/Schmitt/Seiser 2020: 34) und unzureichende Entwicklungsmöglichkeiten bewegen junge Frauen dazu, aus ihrer Herkunftsregion abzuwandern. Zudem kommt in ländlichen Räumen verwandtschaftlichen Beziehungen eine zentrale Rolle zu und sozialer Druck ist stärker als in städtischen Regionen (Heady/Schweitzer 2010; Laschewski/Steinführer/Mölders/Siebert 2019). Little (2007) schreibt diesem sozialen Druck auch eine Disziplinierungsmacht in Bezug auf sexuelles Verhalten und Beziehungen zu.

Bei der Frage nach der Wandlungsfähigkeit von Geschlechterverhältnissen in ländlichen Räumen verweisen Autor*innen auf fehlende Aushandlungen. Es erweist sich als schwierig, dass »Geschlechterbeziehungen als Herrschaftsbeziehungen überhaupt wahrgenommen werden« (Oedl-Wieser/Schmitt 2016: 202). Gleichzeitig mangelt es an politischer Repräsentation von Frauen in ländlichen Räumen (Wotha/Kreßmann 2015), was feministisches Engagement in ländlichen Räumen erschwert. Eine offene Auseinandersetzung mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen bleibt marginal (Oedl-Wieser/Schmitt/Seiser 2020). Schmitt (2005) zeigt auf, dass es wenig symbolische Bezugnahme von Frauen aufeinander in einer gemeinsamen Öffentlichkeit gibt und qua Individualisierung öffentliche Defizite häufig verdeckt und der persönlichen Bewältigung zugewiesen werden. Gleichzeitig weisen Forscher*innen auch darauf hin, dass feministischen Bewegungen häufig entgangen ist, wie Frauen auf dem Land gegenseitige Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen und nicht-konforme Perspektiven entwickelt und durchgesetzt haben (Pini/Little/Brandth 2015).

Erfahrungen der Nicht-Zugehörigkeit

Diese Tendenzen spiegeln sich auch in Erfahrungen von Interviewten. Franka, eine 29-jährige Landwirtin ist

»hier die einzige Frau weit und breit. Das ist einfach so, dass man da [...] keine Frauen trifft, die in der Landwirtschaft sind.«

Auch familiär erfährt sie keine Unterstützung:

»Da haben meine Großeltern nicht gesagt: Ach Mensch, das ist ja super, jetzt kommt die nächste Generation [...]. Sie haben stattdessen meinem Onkel, der mittlerweile 65 ist, den Hof überschrieben.«

Der fehlende Zugang zu Land und zur Hofnachfolge erfüllt sie mit Frustration:

»Also, man rackert sich einfach Tag für Tag ab, [...] um einen guten Job zu machen, um einen Betrieb zu entwickeln. Und im Hintergrund stehen die Leute, denen es gehört, und sagen dann: Finden wir nicht gut.«

Auch Merle berichtet irritiert von Momenten, in denen ihr die Zugehörigkeit in ihrem landwirtschaftlichen Kontext abgesprochen wird:

»Also, es gab einmal zum Beispiel ne Situation, da kam ein Imker auf den Hof und der wollte [...] seine Bienen aufstellen [...] und er hat nach dem Chef gefragt. Dann bin ich halt zu dem Mann hin, und der hat dann gesagt: Nein, das geht nicht. Der Chef ist ein Mann. Und dann habe ich zu ihm gesagt: Dann ist es wohl so, dann kann ich Ihnen jetzt hier auch nicht weiterhelfen.«

Auch halten sie viele für eine Quereinsteigerin oder für den Lehrling:

»Und dann eben zu meinem Auszubildenden hinlaufen, weil der groß ist und einen Bart hat. Und nicht viel jünger ist als ich, aber trotzdem ist er der Lehrling (lacht).«

Sie wirkt verlegen, wenn ich sie nach Erklärungen dafür frage und sagt fast entschuldigend:

»Komischerweise bin ich leider gar nicht so feministisch engagiert.«

Anders ist das bei Mai, ein*e 38 Jahre alte SoLaWi-Erzeuger*in, die sich als nicht-binär transfeminin identifiziert. Sie beschreibt, dass ihr queer-feministische Kontexte geschlechtsbezogene Suchprozesse möglich gemacht haben, die sie aber aus Erfahrung aus Angst vor Ablehnung lange Zeit geheim hält:

»Auch sozusagen in der Dorfstruktur, wo ich ja einige Leute auch kennengelernt habe [...], hat mich das wiederum so verunsichert, dass ich dachte so: Ich werde jetzt nicht

irgendwie im Rock oder mit Bluse durchs Dorf laufen, weil ich mich im Grunde nicht sicher fühle.«

Sichtbarkeit als trans Person in ländlichen Räumen beschreibt sie hier als potenzielle Gefahr für ihre Sicherheit, die ihr ohne Unterstützungsstrukturen nicht gewährt ist. Für queere Menschen in ländlichen Räumen sieht sie zwei Möglichkeiten:

»Also, trete ich so die Flucht an, wenn es sozusagen irgendwie gar nicht geht? Oder baue ich selbst Strukturen auf?«

Während Mai in der Stadt leichter Möglichkeiten von Anerkennung und sozialer Nähe findet, erlebt sie in ländlichen Räumen radikale Nicht-Zugehörigkeit:

»Als nicht-binär, transfeminin lebender Mensch [...] also, da bin ich auch wieder so wie so ein Alien (lacht).«

Sie führt das auch darauf zurück, dass Vernetzung in Deutschland bisher nur wenig stattfindet:

»Wie komisch verrückt ist das eigentlich, dass es hier zum Beispiel jetzt auch so wenig Thema war? Selbst auch so im Öko-Bereich.«

Es zeigt sich in den oben beschriebenen Beispielen, dass Nicht-Zugehörigkeit alltägliche Erfahrung von Erzeuger*innen in ländlichen Räumen ist, deren Lebensführungen nicht vergeschlechtlichten normativen Erwartungen entspricht. Wie die Arbeit alternativer Agrarorganisationen dazu beigetragen hat, dass sie sich trotzdem Raum für ihre Lebensweise geschaffen haben, soll im Folgenden ausgeführt werden.

3. Strukturverschiebungen

Die untersuchten alternativen Agrarorganisationen haben unterschiedliche Mittel und Zwecke, um eine Transformation von Produktions-, Eigentums-, Hofnachfolge- und Arbeitsstrukturen in der Ernährungsversorgung voranzutreiben. Die *Landkaufgenossenschaft* erwirbt Flächen und Betriebe, die von der Genossenschaft selbst bewirtschaftet oder verpachtet werden. Darüber wird der Boden dem Markt als Spekulationsmasse entzogen. Die *Bürgeraktiengesellschaften* finanzieren Vernetzungs-, Beratungs- und Finanzierungsarbeit für selbstständig arbeitende Betriebe der Ernährungswirtschaft, um regionale Wertschöpfungsketten zu fördern und Konsument*innen und Produzent*innen in Kontakt zu bringen. *Solidarische Landwirtschaft* (SoLaWi) ist ein Konzept, das in unterschiedlichen Modellen zum Erhebungszeitraum in circa 192 Betrieben in Deutschland praktiziert wurde. Statt Produkte über den Markt zu vertreiben, wird der gesamte landwirtschaftliche Betrieb über Ernteanteile finanziert. Seit einigen Jahren findet eine zunehmende Koordination der SoLaWis in Deutschland statt. Wie diese Organisationen

in der Transformation von Landwirtschaft und damit in ländlichen Räumen wirken, soll im Folgenden in vier Aspekten nachgegangen werden.

Ausbildungen stellen sich in den Interviews gerade mit jüngeren Befragten als zentraler Flaschenhals für die Zugänglichkeit von Landwirtschaft und damit für Lebensentwürfe im ländlichen Raum dar. Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft öffnet den Zugang zu landwirtschaftlichen Berufen durch eine selbstorganisierte Ausbildungsstruktur. Einige Befragte stellen diese als zentral für ihren Weg in die Landwirtschaft dar. Zudem wird Landwirtschaft durch die Niedrigschwelligkeit der Gründung von SoLaWis überhaupt als ein mögliches Tätigkeitsfeld gesehen, was »vielleicht auch dann den Zuzug [junger Leute] in die ländlichen Regionen wieder verstärkt« (Marie, 30-jährige SoLaWi-Erzeugerin).

Durch alle drei Organisationsformen wird dezidiert *Privatbesitz* problematisiert und alternative Formen von Eigentum werden forciert. Auch dies spielt in die Frage nach Zugänglichkeit von Landwirtschaft hinein, da der Zugang zu Land und anderen Ressourcen gerade im Prozess der Betriebsneugründung bzw. -übernahme zentral ist. Es sind vor allem Menschen, die ohne familiäre Bezüge oder Unterstützung Betriebe gründen, denen über die Landkaufgenossenschaft Ressourcenzugang zukommt. Hier werden die Angewiesenheit auf Erbfolgen abgemindert und Pfade für außerfamiliäre Betriebsnachfolge und Landübergabe geschaffen. Dies ist gerade im Hinblick auf traditionell patrilineare Hofnachfolge eine zentrale Stellschraube für Wege in die Landwirtschaft von Frauen und queeren Menschen.

Ein Thema, was von Bürgeraktiengesellschaften und SoLaWis als Handlungsbedarf markiert wird, sind gute *Arbeitsbedingungen* in der Landwirtschaft. Hier zeigt sich ein ambivalentes Bild bei den Befragten. *Erstens* ist in einigen Betrieben vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zwischen Betriebsarbeit und Arbeit im Haushalt persistent. Viele Befragte beschreiben, dass sich dies vor allem nach der Geburt von Kindern so ergeben hätte. Es zeigt sich eine stille Persistenz vergeschlechtlichter Aufgabenteilung. Hier bestätigt sich die These von Annemarie Burandt und Tanja Mölders (2017), dass über alternative Landwirtschaft Verschiebungen in der Bewertung von Arbeit entstehen, die aber nicht automatisch zu einer gerechteren Verteilung führen. Während zwar Direktvermarktung und der direkte Kontakt zu Konsument*innen gestärkt wird – traditionell Betriebsbereiche, die eher von Frauen in der Landwirtschaft betrieben werden und ihre Integration in die Betriebsarbeit stärkt –, besteht kein Automatismus dahingehend, dass Männer auch mehr Arbeiten im Haushalt übernehmen. *Zweitens* zeigt sich bei jungen Landwirtinnen ohne (eigene) Kinder, dass hier die betriebliche Arbeit im Vordergrund steht und stark identitätsbildend fungiert. Es wird betont, dass diese entweder gleich aufgeteilt wird mit dem Partner oder unter den Mitarbeitenden. Hier lassen sich Verschiebungen von der Organisation rund um die Familie hin zu Modellen beobachten, die stark an der landwirtschaftlichen Arbeit ausgerichtet sind und die Gründung einer Familie mit Kindern nicht zwingend geplant ist. *Drittens* zeigt sich im Beispiel eines Hofkollektivs, dass hier informiert von feministischen Ansätzen, Betriebs- und Haushaltsaufgaben gleichwertig unter den Kollektiv-Mitgliedern verteilt werden. Hier wird deutlich, dass gerade landwirtschaftliche Betriebe durch die räumliche Nähe und Flexibilität von Arbeit als besonderer Experimentierraum angesehen werden können, um Trennungen zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit aufzuweichen. In bürgerschaftlich organisierten SoLa-

Wis zeigt sich hingegen *viertens*, dass Fragen rund um Arbeitsorganisation und ihre Entlohnung oft offen und prekär sind. So basiert ein Großteil der Lebensmittelversorgung auf ehrenamtlicher Arbeit oder Mini-Jobs, die häufig von Frauen übernommen werden.

Die Schaffung von *Unterstützungsstrukturen und Netzwerken* durch die untersuchten Organisationen wirkt auf zweierlei Weise als Strukturverschiebung, die Kontingenzräume für die Destabilisierung von landwirtschaftlichen Geschlechterverhältnissen eröffnet. Als Kontingenzräume werden dabei Orte und Momente verstanden, die die Möglichkeit zur Verschiebung von Verhältnissen beinhalten und dafür notwendige Voraussetzungen schaffen. Erstens werden Akteur*innen unterstützt, die sich nicht in normative landwirtschaftliche Strukturen einfügen und damit keine Unterstützungsnetzwerke haben, auch wenn die Netzwerke nicht explizit darauf abzielen, Marginalisierung entgegenzuwirken. Auch Konsument*innen werden hier als Unterstützungsstruktur wahrgenommen, einerseits durch finanzielle Beiträge und Mitarbeit und gleichzeitig, um soziale Gefüge auch in räumlich isolierten ländlichen Kontexten aufzubauen. Mirko, 42 Jahre, der mit seinem Bruder einen SoLaWi-Betrieb führt, beschreibt: »Das Leben findet statt, indem die Menschen zu mir kommen.« Dies deutet auch auf die Rolle hin, die Konsument*innen-Produzent*innen-Netzwerke auf die Lebensrealitäten auf den Betrieben haben können – potenziell auch in Bezug auf veränderte Geschlechterverhältnisse. Zweitens beschreiben Befragte, wie über Netzwerke der Organisationen andere Werte ins landwirtschaftliche Arbeiten Einzug erhalten. So erzählt Bernd, dass sich gerade durch Netzwerkbildung, Austausch und Kommunikation

»diese Gesprächskultur untereinander und auch diese [...] Angst vor Konkurrenz [...] sich phänomenal geändert«

hat. Zudem werden Netzwerke zwischen unterschiedlichen Betrieben geschaffen, die einen Wandel von landwirtschaftlichen Betrieben als Einzelunternehmen hin zu Versorgungsnetzwerken ermöglichen.

Es lässt sich festhalten, dass die Arbeit der untersuchten alternativen Agrarorganisationen Strukturverschiebungen von Produktionsformen, Eigentum, Hofnachfolge, Arbeitsorganisation und Unterstützungsstrukturen anstößt, die Räume für plurale Lebensführung in ländlichen Räumen schaffen. Wie steht es neben den Verschiebungen auf materieller Ebene jedoch auf Verschiebungen auf symbolischer Ebene? Wie werden diese Strukturverschiebungen erzählt und welche Deutungen zeigen sich?

4. Ringen um Deutungen

Für den Großteil der Organisationskommunikation kann davon gesprochen werden, dass Geschlechterverhältnisse in der Landwirtschaft nicht im Fokus von Problematierungen stehen bzw. *kein Problembewusstsein* besteht. Auch in den Interviews werden bis auf zwei Ausnahmen Geschlechterverhältnisse in der Landwirtschaft von Interviewpartner*innen nicht thematisiert, wenn beispielsweise nach strukturellen Problemen in der Landwirtschaft oder Arbeitsteilung auf den Höfen gefragt wird.

Auf die Frage, ob Interviewpartner*innen eine Erklärung dafür haben, dass mehr Frauen in alternativer Landwirtschaft aktiv sind, antworten fünf Befragte sinngemäß wie Peter, ein 42-jähriger Landwirt in einer Demeter-Hofgemeinschaft, dass »bei vielen ökologischen Betrieben eine größere Offenheit einfach da ist.« Gerade auf konventionell arbeitenden Betrieben »hängt man doch sehr an Traditionen«, sagt Bernd, ein 55-jähriger Betriebsleiter eines Bioland-Hofes. Ökologische Landwirtschaft wird hier in einem progressiven, alternativen sozialen Kontext verortet, während konventionelle Landwirtschaft als traditionell und konservativ beschrieben wird. Dies ist besonders vor dem Hintergrund interessant, dass Tradition ein wichtiges Merkmal in vielen Selbstbeschreibungen in der Organisationskommunikation darstellt.

Franka weiß aus eigener Erfahrung zu bestätigen, dass es große Unterschiede zwischen Ökolandbau und konventioneller Landwirtschaft in Bezug auf die Partizipation von Frauen gibt:

»Auf allen Öko-Betrieben, auf denen ich war, gab es [...] Frauen, die nicht nur in der Hauswirtschaft waren, sondern halt auch draußen waren ähm, die im Stall waren, die auf dem Acker waren. [...] Und deshalb habe ich mir da auch nie die Butter vom Brot nehmen lassen.«

Sie nimmt hier Bezug auf einen implizit geteilten Wissensbestand, dass Frauen traditionellerweise nicht in den mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundenen Räumen präsent sind und nimmt zugleich eine Abwertung der Tätigkeiten in der Hauswirtschaft vor. Danach gefragt, ob sie auch wahrgenommen habe, dass auf Ökobetrieben Männer mehr im Haushalt tätig seien, verneint sie.

Doch es besteht auch ein Problembewusstsein für vergeschlechtlichte Ungleichheiten auf ökologischen Betrieben, wie auf Nachfrage deutlich wird. So sagt Jürgen, ein 60-jähriger Landwirt in einer Demeter-Hofgemeinschaft:

»Wir haben wahnsinnig viele Frauen. Aber je höher du da in der Verantwortung kommst, desto dünner wird das. [...] Es ist doch sehr männlich geprägt. Dominiert könnte man vielleicht auch sagen (lacht).«

Bernd sieht Geschlechterverhältnisse auf (ökologischen) Betrieben als Spiegelbild gesellschaftlicher Strukturen und grenzt sich von dem »Bild [...], dass da eben halt auch oft davon ausgegangen wird: Also, die Arbeiten sind körperlich schwer, Frauen haben vielleicht [...] nicht immer das technische Verständnis bei den komplizierten Maschinen« ab.

Es besteht also durchaus ein Bewusstsein für persistente ungleiche Geschlechterverhältnisse, sowohl auf gesellschaftlicher Ebene als auch in der Frage, wie sich dies auf den einzelnen Betrieben auswirkt. Doch es zeigen sich bei den Befragten Unsicherheiten, diese zu thematisieren.

Daran schließen sich auch vergeschlechtlichte *Naturalisierungen* an. So sagt Jürgen:

»Gerade, wenn ich auf den Bereich der Tiere gucke, das ist aber nur ein Gefühl [...]. Also, ich kenne einige Frauen, die da auch in der Verantwortung sind im Stallbereich. Kann

man jetzt falsch verstehen, aber die durch diesen weiblichen Aspekt, den ja eine Frau hat, also sehe ich jedenfalls so, da einen anderen Bezug aufbauen.«

Paul, ein 42-jähriger Landwirt in einem SoLaWi-Betrieb, äußert sich ähnlich und wertet die von ihm mit Weiblichkeit gleichgesetzte Sorgeethik, die er wirtschaftlichen Logiken gegenüberstellt, auf:

»Ist das nicht dieses total wirtschaftlich fokussierte. Sondern, dass die da wirklich auf die Kuh gucken. Und ich würde sagen, das ist wirtschaftlich ein Riesenvorteil (lacht).«

Er impliziert hier, dass Frauen qua ihrer Weiblichkeit eine andere Sicht auf (nicht-)menschliches Leben haben, was als Leitprinzip für alternatives Wirtschaften gesehen werden sollte. Damit essentialisiert er die Verbindung von Weiblichkeit und Sorge als Eigenschaft von Frauen und romantisiert gleichzeitig diese vermeintliche Naturnähe.

Diese Deutungen finden sich auch in Selbstbeschreibungen von Betrieben mit SoLaWi wieder. Der wiederkehrende Bezug zu ›Mutter Erde‹ ist hier zentraler Ausdruck. Mit diesem Topos werden Relationalität und ein Streben nach Harmonie, Sorge und ein Bezug zu natürlicher Fruchtbarkeit hergestellt:

»Bei unserer Arbeit geht es uns um einen sorgsamen Umgang mit Mutter Erde, um ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur, ein respektvolles Geben und Nehmen« (Webseite eines SoLaWi-Betriebs).

Mütterlichkeit wird mit diesen Attributen essentialisiert und ihr wird eine Macht zugeschrieben:

»Die Erde, welche uns nicht gehört und nie gehören wird, hat die Kraft so manche Utopie mütterlich zu begraben und dafür andere, ihr gemäßige hervorzubringen« (Webseite eines SoLaWi-Betriebs).

In der Organisationskommunikation wird in Partnerhof-Portraits häufig auf *Familie* Bezug genommen, um den Betrieb zu beschreiben, wenn von »Ökologische[r] Landwirtschaft in Familientradition und Überzeugung« (Webseite eines BioBoden-Partnerhofs) gesprochen wird oder die Geschichte des Hofes wie folgt beschrieben wird:

»Die [Name der Familie], eine angenehme Familie mit festen religiösen Grundsätzen, führte den bäuerlichen Hof nach althergebrachten Traditionen« (Webseite eines BioBoden-Partnerhofs).

Hier wird Familie zusammengebracht mit positiv bewerteter Tradition. Über einen indirekten Bezug zu Familie wird auch eine Romantisierung von Betrieben vorgenommen:

»Ein Hof wie aus einem Bilderbuch«, sagen sie selber. Insbesondere dann, wenn man auch noch ihre sechs Kinder über die Wiesen stromern sieht« (Webseite eines Regionalwert AG-Partnerhofs).

Gleichzeitig lässt sich in fast allen Interviews ein *Ringens mit dem Verhältnis von Arbeits- und Lebensort*, also auch den zugewiesenen Orten von Produktion und Reproduktion, beobachten. Für Theo, einen 52-jährigen SoLaWi-Erzeuger, stellt die Familie einen zentralen praktischen und emotionalen Anker in der Organisation von Betrieb und Verantwortungsübernahme dar. Claas, ein 52-jähriger Landwirt in einem kollektiv geführten Betrieb, hingegen erlebt,

»dass die sozialen Spannungen häufig so groß sind auf den Familienbetrieben, dass ich das nicht als Zukunftsmodell sehe.«

In Jürgens Hofgemeinschaft zeigen sich Veränderungen bezüglich der Bereitschaft neuer Mitarbeiter*innen den Hof auch als ihren Lebensort zu sehen und sich über ihr Lohnverhältnis hinaus im Betrieb einzubringen. Jürgen beobachtet hier, »dass Menschen immer individueller werden.« In weniger etablierten Betrieben werden diese Fragen über freundschaftliche Netzwerke (Merle) oder intensive Zusammenarbeit mit dem Partner (Franka) adressiert. Während Befragte von SoLaWi-Betrieben diese als Orte beschreiben, wo sie jenseits von Leistungsdruck, Hierarchien und professioneller Konformität arbeiten und leben können, zeigen sich sehr unterschiedliche Modelle. In einem Fall werden Arbeiten im Betrieb und im Haushalt unter allen in einem Schichtsystem aufgeteilt, während auf anderen Betrieben, besonders bürgerschaftlich getragenen, Lebensort und Arbeitsort komplett getrennt sind.

Es wird hier um Deutungen von Familie, Arbeitsorganisation und Nachfolge gerungen. Es gibt hier keine kulturell gefestigten Skripte oder Institutionen, die zur Orientierung herangezogen werden können. Während die Kopplung von Familie und Landwirtschaft in einigen Modellen reifiziert wird, wird sie in anderen destabilisiert.

Es zeigt sich in der Organisationskommunikation und in einigen Interviews, was Nollmann (2007) als *Indifferenzbehauptung* bezüglich Geschlecht bezeichnet. Mit der Annahme, dass Geschlecht keine Rolle mehr spielen darf, wird unsichtbar gemacht, dass Geschlecht machtvolle Strukturierungswirkung hat, und so bleiben Möglichkeiten der Thematisierung und Skandalisierung aus. Dies zeigt sich auf Ebene der Organisationskommunikation und drückt sich in der Mehrzahl der Interviews durch eine Gleichzeitigkeit des Registrierens vergeschlechtlichter Ungleichheiten und einem Unbehagen, diese als solche zu bezeichnen aus Angst, sich »in die Nesseln zu setzen« (Jürgen) und eigentlich »gar nicht so differenziere(n)« zu wollen (Merle) aus. Gerade bei befragten jungen Landwirtinnen in landwirtschaftlich geprägten Regionen, die von geschlechtsbezogener Diskriminierung im Zusammenhang mit ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit berichten, wird dies nicht skandalisiert, sondern hingenommen und abgetan. Auch innerhalb der Betriebe zeigt sich, dass vergeschlechtlichte Normierungen unsichtbar gemacht werden, indem sie als Privatangelegenheit entpolitisiert werden. So berichtet Mai davon, wie in ihrer SoLaWi auf ihr Outing reagiert wurde:

»Das ist dein privates Ding. Wir wollen da am besten nichts drüber hören, dann müssen wir auch nicht drüber sprechen und uns nicht damit befassen. [...] Also, irgendwie so ein Unsichtbarmachen.«

Gleichzeitig lässt sich in anderen Interviews eine große Offenheit bei Befragten feststellen, über Geschlechterverhältnisse zu sprechen. Doch es fehlt Interviewten an Deutungen, die es ermöglichen, vergeschlechtlichte Ungleichheiten in einem Spannungsfeld zu thematisieren, in dem Geschlecht eine Rolle spielt, aber keine Rolle mehr spielen darf. Zwischen Naturalisierung und Indifferenzbehauptung zeigt sich eine Deutungslücke für die Befragten. Anders ist dies bei Befragten, die ihre landwirtschaftliche Lebensweise als explizit feministisch oder aus queeren Kontexten informiert betrachten. Doch dies bewegt sich auf Betriebsebene und steht nur selten im Kontakt mit der Organisationskommunikation.

5. Emanzipatorische Ländlichkeit denkbar machen

Durch die Arbeit von alternativen Agrarorganisationen entstehen durch Strukturverschiebungen Kontingenzzräume, die das Potential bieten, Geschlechtererwartungen zu durchkreuzen. Während sie Zugänge schaffen für vormals nicht-zugehörige Lebensführungen und damit einzelne Praktiken emanzipatorischer Ländlichkeiten als gedachter und gelebter Utopie des Ländlichen ermöglichen, fehlt es an Verständnissen, die die Thematisierung und Destabilisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen erlauben. Um jedoch Geschlechterverhältnisse nachhaltig zu verändern, bedarf es an Deutungen emanzipatorischer Ländlichkeit. Zwischen Naturalisierung und Indifferenzbehauptung zeigt sich hier eine Deutungslücke für die Befragten. Diese wird auch durch die Organisationskommunikation der untersuchten Organisationen nicht gefüllt. Anders ist dies bei Befragten, die explizit ihre landwirtschaftliche Lebensweise als feministisch oder aus queeren Kontexten informiert betrachten. Hier findet ein Übertrag von Deutungen, die nicht explizit auf landwirtschaftliches Leben und Arbeiten zugeschnitten sind, statt.

Es schließt sich ein Forschungsdesiderat für Gender Studies und Sozialwissenschaften allgemein an, Konzepte und Deutungsangebote zu entwickeln, die ländliche Realitäten, spezifische Persistenzen von Geschlechterverhältnissen jenseits holzschnittartiger Bilder von Ländlichkeit und vorhandene plurale Lebensentwürfe in ländlichen Regionen abbilden und greifen können, um emanzipatorische Ländlichkeiten breiter denkbar zu machen. Diese könnten für alternative Agrarorganisationen Impuls sein, ihre Arbeit als Treiber von Utopien des Ländlichen zu begreifen, in der emanzipatorische Ländlichkeit Orientierung bietet und in schon geschaffenen Kontingenzzräumen gelebte Praxis wird.

Literatur

- Annes, Alexis/Redlin, Meredith (2012): »Coming out and coming back: Rural gay migration and the city«, in: *Journal of Rural Studies* 28(1), S. 56–68.
- Bock, Bettina (2017): »It still matters where you live. Rural women's employment throughout Europe«, in: Henry Buller (Hg.): *Women in the European Countryside*, Milton: Taylor and Francis, S. 14–42.

- Burandt, Annemarie/Mölders, Tanja (2017): »Nature-gender relations within a social-ecological perspective on European multifunctional agriculture: the case of agrobiodiversity«, in: *Agriculture and Human Values* 34, S. 955–967.
- Cloke, Paul (2005): »Masculinity and Rurality«, in: Bettina van Hoven/Kathrin Hörschelmann (Hg.): *Spaces of Masculinities*, London: Routledge, S. 41–57.
- Gorman-Murray, Andrew (2009): »Intimate mobilities: emotional embodiment and queer migration«, in: *Social & Cultural Geography* 10(4), S. 441–460.
- Greven, Michael (1995): »Emanzipation«, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politik. Band 1: Politische Theorien*, München: C. H. Beck, S. 67–69.
- Heady, Patrick/Schweitzer, Peter (Hg.) (2010): *Family, Kinship and State in Contemporary Europe. Vol. 2. The View from Below: Nineteen Localities*, Frankfurt a. M.: Campus.
- Knaps, Falco/Mölders, Tanja/Herrmann, Sylvia (2020): »Räume nachhaltig entwickeln – Landschaftsbezogene Identitäten als theoretische und praktische Herausforderung für die räumliche Planung«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 78(3), S. 289–304.
- Küpper, Patrick (2016): *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume*, Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Working Paper Nr. 68).
- Laschewski, Lutz/Steinführer, Annett/Mölders, Tanja/Siebert, Rosemarie (Hg.) (2019): *Das Dorf. Soziale Prozesse und räumliche Arrangements*, Berlin/Münster: LIT.
- Leslie, Isaac S./Wypler, Jaclyn/Bell, Michael M. (2019): »Relational Agriculture: Gender, Sexuality, and Sustainability in U.S. Farming«, in: *Society & Natural Resources* 32(8), S. 853–874.
- Lettow, Susanne (2019): »Dimensions of Emancipation: Rethinking Subjectivity, Domination and Temporality in Feminist Theory«, in: *Redescriptions: Political Thought, Conceptual History and Feminist Theory* 19(1), S. 9–28.
- Little, Jo (2003): »Riding the Rural Love Train«. *Heterosexuality and the Rural Community*«, in: *Sociologia Ruralis* 43(4), S. 401–417.
- Little, Jo (2007): »Constructing Nature in the Performance of Rural Heterosexualities«, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 25(5), S. 851–866.
- Lucius-Hoene, Gabriele/Deppermann, Arnulf (Hg.) (2002): *Rekonstruktion narrativer Identität. Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mayring, Philipp (2017): »Qualitative Inhaltsanalyse«, in: Uwe Flick/Ernst v. Kardorff/Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Hamburg: Rowohlt, S. 468–474.
- Nollmann, Gerd (2007): »Geschlecht als sozialpsychologische, sozialstrukturelle und differenzierungstheoretische Kategorie. Zur Erforschung von Geschlechtszurechnungen und ihren Konkurrenten- mit Ergebnissen aus einer Umfrage«, in: Christine Weinbach (Hg.): *Geschlechtliche Ungleichheit in systemtheoretischer Perspektive*, Wiesbaden: Springer VS, S. 109–140.
- Oedl-Wieser, Theresia/Schmitt, Mathilde (2016): »Rurale Frauen- und Geschlechterforschung. Verortung und Entgrenzung eines Forschungsfeldes«, in: Helmut Staubmann (Hg.): *Soziologie in Österreich – Internationale Verflechtungen*, Innsbruck: innsbruck university press, S. 199–212.

- Oedl-Wieser, Theresia/Schmitt, Mathilde/Seiser, Gertraud (2020): »Raumstrukturen und Geschlechterordnungen«, in: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 12(1), S. 30–45.
- Padel, Susanne (2020): »Arbeiten in der Landwirtschaft. (K)Eine Frauensache?«, in: Ökologie und Landbau 2, S. 12–14.
- Pini, Barbara/Little, Jo/Brandth, Berit (2015): »Conclusion«, in: Barbara Pini/Berit Brandth/Jo Little (Hg.): *Feminisms and Ruralities*, Lanham: Lexington Books, S. 175–182.
- Schmitt, Mathilde (2005): »Rurale Frauen- und Geschlechterforschung«, in: Stephan Beetz/Kai Brauer/Claudia Neu (Hg.): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 210–216.
- Wember, Carla/Reusch, Marie (2021): »Geschlecht als Marker für Potenziale emanzipatorischer Ländlichkeiten«, in: PROKLA 51(204), S. 455–475.
- Wiest, Karin (2016): »Introduction«, in: Karin Wiest (Hg.): *Women and Migration in Rural Europe. Labour Markets, Representations and Policies*, London: Palgrave Macmillan, S. 1–22.
- Wotha, Brigitte/Kreßmann, Kathleen (2015): »Teilhabe von Frauen und Männern in Beteiligungs- und Entscheidungsgremien der ländlichen Regionalentwicklung«, in: Manuela Larcher/Theresia Oedl-Wieser/Mathilde Schmitt/Gertrud Seiser (Hg.): *Frauen am Land. Potentiale und Perspektiven*, Innsbruck: StudienVerlag, S. 70–85.

Das »Recht auf Dorf« im Dorfladen?

Zu den Grenzen des utopischen Gehalts von Dorfläden

Robin Marlow & Michael Mießner

1. Einleitung

Während die Forderung nach einem »Recht auf Stadt« in urbanen Räumen von politischen Bewegungen und transformativen Projekten in den vergangenen Jahren explizit gestellt wurde, sind ähnliche Slogans für ländliche Räume bisher weniger augenscheinlich. Dennoch wurden in jüngerer Zeit in der wissenschaftlichen Diskussion mit dem »Recht auf Dorf« ähnliche Ansätze eingeführt (El Nour et al. 2015; Barraclough 2013; in der deutschsprachigen Debatte: Maschke/Mießner/Naumann 2021; Unthan/Heuser/Kratzer 2022; siehe Birk et al. in diesem Band). Zugleich gibt es bisher nur wenige Arbeiten, die das »Recht auf Dorf« auf konkrete Fallstudien und Projekte beziehen. Wir wollen in diesem Beitrag daher anhand der Untersuchung eines Dorfladens danach fragen, wie viel »Recht auf Dorf« im selbstorganisierten Dorfladen steckt.

Seit den frühen 2000er-Jahren sind eine Vielzahl an Dorfläden in Deutschland gegründet worden. Aktuell gibt es mehr als 300 solcher Orte der Nahversorgung in ländlichen Räumen (Die DORFbegegnungsLÄDEN in Deutschland e.V. 2023). Dorfläden stehen wie Freiwillige Feuerwehren dafür, dass Bürger*innen »Verantwortung für Daseinsvorsorge« (Knabe et al. 2021: 147) in ländlichen Räumen übernehmen. Sie sind damit zugleich ein Beispiel für die Veränderung staatlicher Regulation. Wurde die Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge von Bürger*innen, staatlichen Akteur*innen und Medien lange als ein durch die »öffentliche Hand bereitgestellte[s] Gut« (Steinführer 2015: 5) angesehen, so verändern sich seit dem Scheitern des *Spatial Keynesianism* (Brenner 2004) und im Zuge des Rückbaus des Sozialstaates und dessen Rückzugs aus der Fläche die »Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge« (Steinführer 2015: 5). Durch den Rückzug des Staates aus der Bereitstellung von Infrastrukturen und die Schließung von privatwirtschaftlich betriebenen Läden aufgrund mangelnder wirtschaftlicher Tragfähigkeit entstehen »Lücken in der Grundversorgung« (Räbiger 2018: 40). Immer häufiger ergreifen dann »Bürger [...] die Initiative und gründen selbstorganisierte Läden« (ebd.). Nicht selten führt die »Eröffnung eines Dorfladens zum Positi-

ven«, weil die »Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner [...] erheblich gesteigert« wird (Meessen/Trienes/Jenniches 2012: 177).

Allerdings ist nicht jeder Dorfladen erfolgreich, nicht wenige müssen wieder schließen: Rübiger (2018) arbeitet in seiner Untersuchung von vier gescheiterten Dorfläden heraus, dass der ungenügende Umsatz eine wesentliche Ursache des Misserfolgs darstellt. Die Ursachen für den mangelnden Umsatz seien jedoch in den von ihm untersuchten Läden unterschiedlich und reichten von einer schlechten räumlichen Lage im Dorf über die Abhängigkeit von Lieferant*innen, fehlende oder falsche Beratung, Schwierigkeiten bei der Einbeziehung der Bewohner*innen bis hin zu einem kaum veränderbaren Konsumverhalten der lokalen Bevölkerung.

Zu Dorfläden gibt es inzwischen eine reichhaltige Literatur. So findet sich bei Jürgens (2017) eine Typologie des bisherigen Forschungsstandes, wobei er auch den Unterschied von »wissenschaftliche[n] Untersuchungen und planerisch-angewandte[n] Überlegungen« (ebd.: 100) benennt. Er führt die politische Diskussion um Nachbarschaftsläden, Arbeiten zur mobilen Versorgung, Geschäftsstrategien, Zielgruppen, Governance und das logistische Netzwerk von Dorfläden sowie Funktionsanalysen und GIS-Untersuchungen zu Versorgungslücken an. Darüber hinaus sind drei weitere Arten von Veröffentlichungen zu nennen: erstens solche, die sich allgemein mit bürgerschaftlich organisierter Infrastruktur im ländlichen Raum auseinandersetzen (z.B. Krajewski/Steinführer 2020; Steinführer 2015), zweitens explizite Handreichungen der Wissenschaft für Akteur*innen, die sich mit Dorfläden befassen (z.B. Eberhardt/Küpper/Seel 2021), und drittens das mutmaßlich erhebliche nicht erfasste Korpus von Bachelor- und Masterarbeiten (z.B. Heins 2021; Marlow 2022). Hinzu kommen in den letzten Jahren Arbeiten, die sich mit digitalen Dorfladenvarianten beschäftigen (z.B. Eberhardt/Küpper/Seel 2022).

Im vorliegenden Beitrag wollen wir den Fokus auf die utopischen Potenziale von Dorfläden im Sinne eines »Rechts auf Dorf« sowie insbesondere auf die Grenzen dieser Form der Daseinsvorsorge anhand einer konkreten Fallstudie in Niedersachsen richten. Wir stellen die Diskussion um das »Recht auf Dorf« daher zunächst dar und betonen hier vor allem, inwiefern ein »Recht auf Dorf« die Mitbestimmung und Beteiligung der Menschen den kapitalistischen Verwertungszwängen entgegengesetzt. Dieses Spannungsverhältnis prägte auch unsere Fallstudie, die wir in Abschnitt 3 erläutern. Wir argumentieren im Fazit (Abschnitt 4), dass trotz aller Bemühungen für eine breite Beteiligung seitens der Initiator*innen des Dorfladens die kapitalistischen Verwertungszwänge die Möglichkeiten des Ladens, ein Ort des Austauschs, der Beteiligung und der Mitbestimmung zu sein, permanent unterminieren und daher das »Recht auf Dorf« im Dorfladen eine sehr prekäre Utopie ist.

2. Das »Recht auf Dorf« als Utopie

Das »Recht auf Dorf« als eine Utopie ist bisher angesichts der sehr umfangreichen Diskussion um Lefebvres »Das Recht auf Stadt« (2016 [1968]) nur wenig diskutiert worden. Verschiedene Autor*innen betonen allerdings, dass die Utopie des »Rechts auf Stadt«

auch auf ländliche Orte übertragbar sei (El Nour et al. 2015) bzw. auch für ländliche Räume gelte (Barraclough 2013).

Lefebvre ist mit seinen Arbeiten insbesondere zur Stadt bekannt geworden (Belina 2022). Dennoch hat er auch zum Land gearbeitet (siehe die Zusammenstellung einiger Beiträge in: Elden/Morton/Lefebvre 2022). Er hat allerdings ein »Recht auf Dorf« nicht explizit entwickelt, seine Arbeiten zum Land können aber als die Forderung nach »Zentralität (auch) im Ruralen« (Belina 2022: 55) verstanden werden.

Lefebvre argumentiert, dass die kapitalistische Gesellschaft angesichts der »vollständigen Urbanisierung der Gesellschaft« (Lefebvre zit. n. Belina 2022: 57) nur durch eine urbane Revolution zu überwinden sei. Das Urbane steht dabei bei Lefebvre nicht für einen Siedlungstyp (Belina 2022: 58), sondern für ein soziales »Beziehungsgefüge« (Lefebvre 2003 [1970]: 155). Es ist für ihn »der Punkt der Begegnung, der Ort einer Zusammenkunft, die Gleichzeitigkeit« (ebd.: 156). Dabei sind »die Dinge, die die Versammlung ermöglichen (Straße, Straßenboden, Stein, Asphalt, Gehsteig usw.) [...] und die Voraussetzungen für die Versammlung (Sitze, Lichter usw.)« für Lefebvre die »Zeichen der Verstädterung« (ebd.: 155f.). Dies bedeutet aber auch, dass konkrete Orte gebraucht werden, die die Interaktion von Menschen und damit »die (wirkliche, konkrete) U-Topie« (ebd.: 58) ermöglichen. Das Urbane trägt so das »Möglich-Unmöglich« in sich, denn es ist der Ort der Begegnung und Differenz, aus dem heraus »unvorhergesehene Situationen entstehen« (ebd.: 57f.). In diesem Sinne ist »das »Urbane« [...] Ort der Begegnung« (Lefebvre 2016 [1968]: 166). Entsprechend fordert Lefebvre mit dem »Recht auf Stadt«, dass »alle überall die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen, sich in Interaktion mit anderen der eigenen Bedürfnisse bewusst zu werden und diese zu realisieren« (Vogelpohl 2016: 116). Das »Recht auf Stadt« steht dabei explizit »für eine Überwindung kapitalistischer tauschwertorientierter Verhältnisse« (ebd.: 115).

Lefebvre bezieht sich dazu ausdrücklich auf den von Marx für die »Warenform« als »das herrschende gesellschaftliche Verhältnis« (Marx 1972 [1867]: 74) identifizierten Widerspruch von Gebrauchswert und Tauschwert und überträgt diesen auf die Stadt bzw. das »städtische System« (Lefebvre 2016 [1968]: 33). Während der Gebrauchswert die »Nützlichkeit eines Dings« bezeichnet, mit Hilfe dessen konkrete »menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt« (Marx 1972 [1867]: 49f.) werden können, ist der Tauschwert die »Erscheinungsform« (ebd.: 50) der »abstrakt menschliche[n] Arbeit« bzw. des Werts (ebd.: 53). Lefebvre schreibt, dass auch in der Stadt »spezifische Konflikte zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, zwischen Mobilisierung des Reichtums [...] und unproduktiven Investitionen in die Stadt, zwischen Akkumulation des Kapitals und dessen Vergeudung in Festen [...] rund um eine dominierende Stadt ausgetragen werden« (Lefebvre 2016 [1968]: 33). Das »Recht auf Stadt« steht Lefebvre folgend für den »Vorrang des Gebrauchswerts« (ebd.: 169) und damit den Verwertungsinteressen des Kapitals entgegen.

Für Lefebvre ist das »Verhältnis Stadt – Land« Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse, was sich daran zeigt, dass sich dieses Verhältnis »im historischen Zeitmaß je nach Epochen und Produktionsweisen zutiefst gewandelt« hat (Lefebvre 2016 [1968]: 107). Entsprechend drückt für ihn dieses Stadt-Land-Verhältnis in »den Industriestaaten« die »Ausbeutung des Umlandes durch die Stadt« aus, die er in seiner Analyse der damaligen (fordistischen) Phase als »Zentrum der Kapitalakkumulation« (ebd.:

108) beschreibt. Er geht sogar so weit, zu schreiben, dass das »städtische Leben [...] in das Landleben vor[dringt]« (ebd.) – und, das ist anzufügen, damit der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert auch auf dem Land besteht. Entsprechend ist ein »Recht auf Stadt« ebenso auf dem Land notwendig, um dem Verwertungsdruck des Kapitals etwas entgegenzusetzen. Auch ein solches »Recht auf Dorf« beinhaltet die Mitbestimmung der Bevölkerung über ländliche Entwicklung, die Forderung nach einer Nutzung des ländlichen Raums, das Recht auf Wohnen oder der Bereitstellung geeigneter Infrastrukturen der Begegnung (Barraclough 2013; El Nour et al. 2015; Maschke/Mießner/Naumann 2021).

Zudem hat Lefebvre in seinen Studien mit dem (Dorf-)Fest ein »eruptive[s] Moment« identifiziert, in dem das »auf Dauer Gestellte hinterfragt und herausgefordert wird« (Belina 2022: 59). Dieses utopische Moment »gilt es wieder auferstehen zu lassen« (Lefebvre 2016 [1968]: 153). Allerdings kann »der Kapitalismus« nicht »allein durch Dorffeste überwunden werden« (Belina 2022: 59). Vielmehr gilt es im Sinne eines »Rechts auf Dorf« als einer Utopie progressive und demokratische Bewegungen der Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen zu unterstützen (Kallert et al. 2021).

Im Folgenden wollen wir mit einem Dorfladen in Niedersachsen ein solches zivilgesellschaftlich getragenes und in seinem Anspruch partizipatives Projekt untersuchen, das zugleich ähnlich einem »Fest« (Lefebvre 2016 [1968]: 153) ein Ort der Begegnung und des Austausches sein will. Dabei gehen wir der Frage nach, inwiefern solch ein Dorfladen den Ansprüchen der Utopie des »Rechts auf Dorf« gerecht werden kann, kapitalistische Verwertungslogiken zu überwinden und eruptive Momente zu kreieren.

3. Der Dorfladen als gelebtes »Recht auf Dorf«?

In diesem Abschnitt untersuchen wir mit einem Dorfladen in Niedersachsen einen Ort, an dem konkrete »U-Topie« (Lefebvre 2003 [1970]: 58) verwirklicht werden könnte. Der untersuchte Dorfladen befindet sich in einem Dorf mit gut 2.000 Einwohner*innen in der Nähe von Hannover und wurde erst vor wenigen Jahren eröffnet.¹ Ähnlich wie in anderen Orten, in denen Dorfläden gegründet wurden (vgl. Rübiger 2018), hatte die hier untersuchte Ortschaft bis in die 1990er-Jahre hinein eine Reihe von Geschäften aufzuweisen, zum Beispiel einen Schlachter und einen kleinen Supermarkt. Dann schlossen immer mehr Läden, zuletzt auch die Post und die Volksbank. Die Initiator*innen des Dorfladens wollten diesem Schwinden der dörflichen Infrastruktur etwas entgegensetzen.

Die Initiative ging von einigen Menschen aus, die sich in der Dorfgesellschaft engagieren (im Ortsrat, in Vereinen, der Kirche, der Freiwilligen Feuerwehr) und sich daran störten, dass es immer weniger Orte des sozialen Austauschs und der Nahversorgung gibt. Als dann der letzte kleine Laden geschlossen werden sollte, formierte sich eine Gruppe an Aktiven, die einen neuen gemeinschaftlich getragenen Dorfladen initiieren wollte. Der Ursprungsgedanke, Möglichkeiten des Austauschs und der bewussten

1 Da den Interviewten Anonymität zugesichert wurde, nennen wir im Rahmen des Beitrags weder den Namen des Dorfladens noch das Dorf, in dem er angesiedelt ist.

Bedürfnisbefriedigung zu realisieren, die für ein »Recht auf Stadt« (vgl. Vogelpohl 2016) bzw. »Recht auf Dorf« leitend sind, kommen also auch hier zum Ausdruck.

Nach Jahren der Vorbereitung konnte der Dorfladen vor wenigen Jahren mitten im Dorf mit EU-Fördermitteln durch eine Unternehmergeellschaft, deren einziger Gesellschafter ein eingetragener Verein ist, gebaut und schließlich eröffnet werden. Verschiedene Bewohner*innen des Dorfes haben Geschäftsanteile gezeichnet, um den Laden mit ausreichend Startkapital auszustatten. Ein System von Verantwortlichkeitsrotationen, Beiräten und Satzungen soll die demokratische Funktionsweise sicherstellen. Der Dorfladen ist die erste von mehreren Maßnahmen, die Ortsmitte neu zu gestalten. Die anderen Maßnahmen (Gemeindezentrum, ansprechende Freiflächen) waren zur Zeit der Feldforschung noch nicht umgesetzt.

Die Empirie basiert auf einer Feldforschung, die Robin Marlow für seine Masterarbeit im Fach Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie (Universität Göttingen) durchgeführt hat (Marlow 2022). Im Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung von August bis Oktober 2021 arbeitete er regelmäßig im Dorfladen und interviewte mehrere Personen aus dem Dorf. Die folgende Darstellung der Potenziale und Grenzen des Dorfladens im Sinne eines »Rechts auf Dorf« gliedert sich entlang von zwei zentralen Problemfeldern, die sich bei der empirischen Untersuchung herauskristallisiert haben. Wir setzen uns zunächst mit dem Spannungsverhältnis zwischen Partizipation und wirtschaftlichen Erfordernissen, dann mit dem zwischen Funktionalität und sozialem Mehrwert des Dorfladens auseinander.

3.1 Der Dorfladen zwischen breiter Beteiligung und ökonomischen Zwängen

Der Dorfladen ist Ausdruck zweier Anliegen: Das eine ist das der partizipativen Gestaltung der dörflichen Infrastruktur, das andere das der Abdeckung diverser Bedarfe in fußläufiger Reichweite.

Der partizipative Anspruch zeigte sich bereits in der Frühphase des Projektes. Die Initiator*innen setzten von Beginn an auf die Beteiligung der Dorfbevölkerung, zum einen dadurch, dass sie mehrere Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen (z. B. Rechtsform, Gebäude, Finanzen) bildeten, zum anderen durch niedrigschwellige Umfragen zur Ermittlung von Bedürfnissen. Zum Beispiel konnten Menschen die Kassensbons üblicher Einkäufe in einen Briefkasten werfen, um zu zeigen, welche Artikel sie gerne im Dorfladen kaufen würden. Darüber hinaus fand auch eine Umfrage mit dem Ziel statt, weitere Bedarfe der Nahversorgung zu ermitteln.

Die Gruppe, die den Dorfladen plante, nahm die vielfältigen Wünsche und Bedarfe auf und sah die in den Umfrageergebnissen ersichtliche hohe Bereitschaft, Geld und Arbeitszeit in das Projekt zu investieren, als Bestätigung der Umsetzbarkeit eines Vollsortimentsladens mit mehreren Sonderfunktionen. Dies war auch der Grund, warum sie an diesem Plan festhielt, obwohl Supermarktketten den Standort aufgrund der geringen Größe des Einzugsgebiets abgelehnt hatten. So entstand ein Laden mit breitem und tiefem Sortiment – also mit vielen verschiedenen Artikeln in unterschiedlichen Preiskategorien. Seit der Eröffnung gibt es neben Obst und Gemüse, Molkereiprodukten und vielem mehr auch eine Fleisch- und Käsetheke, einen Postschalter und ein Café im Dorfladen.

Auch nach der Eröffnung des Ladens ist das Dorfladenteam bemüht, die Dorfbevölkerung in die Gestaltung des Ladens einzubinden und auf dem Laufenden zu halten. Beispielsweise wird eine Dorfladenzeitung an alle Haushalte verteilt. Darin werden nicht nur Angebote des Ladens, sondern auch aktuelle Informationen zum Projekt veröffentlicht, wie ein knapper Finanzbericht. Zumindest zeitweise bot die Marktleitung auch eine Sprechstunde für Kund*innen an. In den Interviews ist aber deutlich geworden, dass diese nur wenig angenommen wurde. Beliebter hingegen ist die Möglichkeit, Bestellwünsche aufzugeben.

Der Aufwand, den der Dorfladen betreibt, um den Menschen im Dorf die Möglichkeit zu geben, sich informiert an der Gestaltung des Ladens zu beteiligen, ist also erheblich. Im Zuge der Feldforschung wurde entsprechend deutlich, dass auch Menschen aktiviert werden konnten, die vorher nicht im Dorf engagiert waren. Dazu zählt beispielsweise eine ehrenamtliche Warenverräumerin, die im Dorfladen eine Gelegenheit sieht, Kontakte in dem Ort, in dem sie seit einigen Jahren wohnt, zu knüpfen. Auf der anderen Seite boykottieren Teile einer im Ortsrat vertretenen politischen Partei den Dorfladen, weil sie ihn als Projekt einer anderen Partei ansehen. Anfangs war die Planung des Ladens in der Tat stark von Mitgliedern hauptsächlich einer Partei getragen, mit der späteren Rotation der Ämter des Dorfladens wurde deren Einfluss aber sukzessive reduziert.

Trotz des genannten Engagements für den Dorfladen führen der genannte Boykott, Desinteresse und gut zu erreichende größere Supermärkte dazu, dass die Einnahmen des Dorfladens geringer als erhofft ausfallen. So sagte die Marktleiterin im Interview, dass die Menschen im Dorf daran erinnert werden müssten, dass ein gewisser Umsatz nötig sei, um den Laden wirtschaftlich tragfähig zu halten:

» [...] Ja, aber auch sagen: Es ist euer Laden, ihr müsst bei uns, denn ihr seid Anteilnehmer. Es wäre dumm von euch, wenn ihr bei uns nicht kauft. Ja? [...] Aber man muss den Kunden einfach sagen, ähm: Wisst ihr was? Ähm, wir sind hier 'n, ihr wolltet 'n Laden haben, 'n Grundsortiment, ähm, dieses Sortiment muss auch, äh, täglich, das muss, muss sich drehen, ja? Weil sonst hätten wir diesen Laden nur halb so groß machen müssen, wenn ihr alle nur diese Hab-ich-vergessen-Einkäufe hier machen wollt, ne. Also, da muss man die Kunden, denk ich, man sollte schon drauf ansprechen, aber halt nett drauf ansprechen.«

Hier benennt sie ein Spannungsverhältnis, das zwischen dem Beteiligungsanspruch in der Planungsphase und der Trägheit der Konsumgewohnheiten (vgl. auch Rübiger 2018) der Menschen im Dorf besteht. Der Anspruch, viele Wünsche einzubeziehen, führte dazu, dass der Dorfladen in einem großen Maßstab gedacht und gebaut wurde. Der Umsatz brach aber bald ein. So merkten Interviewpartner*innen, die den Dorfladen zwar durch Anteile unterstützen, an, dass sie für große Einkäufe doch in die Stadt führen, weil sie dort mehrere Geschäfte beieinanderhätten.

Die partizipative Entwicklung des Dorfladens führte also angesichts der Rückmeldung und unterschiedlichen Wünsche der Dorfbewohner*innen zu einem überdimensionierten Laden, der betriebswirtschaftlich prekär agiert. Dass der Laden Verluste macht, ist für die Betreiber*innen eine Herausforderung und ihnen ist zugleich klar,

dass sie die kapitalistische Logik der Wertschöpfung mit dem Laden nicht durchbrechen können.

»Das Problem ist nur, dass wir hier ja 'ne Unternehmergesellschaft gegründet haben, dass wir ja langfristig 'ne GmbH werden hier, und das ist ja ein per Gesetz gewinnorientiertes Unternehmen. Du musst ja eine Gewinnerzielungsabsicht haben als Kapitalgesellschaft, sonst biste ja gar nicht zugelassen am Ende des Tages. Dass wir natürlich keine echte Gewinnerzielungsabsicht haben, steht ja auf 'nem ganz anderen Blatt. Also, wir sind ja quasi mit der schwarzen Null zufrieden am Ende des Tages.«

Aus diesem Spannungsverhältnis, den Dorfladen als Ort der Beteiligung zu etablieren und zugleich auf betriebswirtschaftliche Logiken festgeschrieben zu sein, entspringt ein zweiter Widerspruch, der den Dorfladen als Ausdruck eines »Rechts auf Dorf« einschränkt und den wir im folgenden Abschnitt darstellen.

3.2 Der Dorfladen zwischen Funktionalität und Ort des Austauschs

Die Ziele des Dorfladens – das betonten die Interviewpartner*innen –, einen Ort des sozialen Austausches zu schaffen und die Nahversorgung sicherzustellen, sind als gleichrangig anzusehen. Es geht und ging bei diesem Projekt immer um beides. Daher möchten wir im Folgenden zunächst die materiellen Bedarfe, die mit dem Dorfladen abgedeckt werden sollen, umreißen. Anschließend wenden wir uns der sozialen Funktion des Ladens zu.

Die Erinnerung an eine frühere bessere Nahversorgung ist wohl als wichtiger Grund zu nennen, dass sich Dorfbewohner*innen bei der Umfrage in der Planungsphase des Dorfladens viele verschiedene Funktionen wünschten, obwohl mehrere Supermärkte und Spezialgeschäfte mit dem Auto in einer Viertelstunde oder schneller zu erreichen sind. Darüber hinaus betonten fast alle Interviewpartner*innen aus dem Umfeld des Dorfladens, dass der Laden vor allem mobilitätseingeschränkten Menschen dienen solle, zumal auch die Busse inzwischen nur noch recht selten fahren.

Tatsächlich werden alle Funktionen der Nahversorgung von den Bewohner*innen des Ortes genutzt: einige (wie die Paketlagerung) häufiger, andere (wie das Lottospiel) seltener. Die Marktleiterin machte im Interview deutlich, dass der Laden zur Sicherung der ökonomischen Tragfähigkeit vor allem von denjenigen abhängig sei, die nicht auf ihn angewiesen sind: größere und mobilere Haushalte, die viel einkaufen, aber auch – anders als meist alleinlebende ältere Menschen – ohne großen Aufwand zu einem Supermarkt ihrer Wahl fahren können. Um nicht nur größere Haushalte zu adressieren, sondern auch die Nahversorgung dieser älteren Bewohner*innen gewährleisten zu können, hat der Markt eine große Sortimentstiefe. So gibt es beispielsweise Butter in verschiedenen Packungsgrößen.

Das zweite Ziel des Ladens ist es, einen Ort der Begegnung zu schaffen. Auch dieses Ziel geht auf die Veränderungen des Dorfes seit den 1990er-Jahren zurück. Die Initiator*innen des Dorfladens argumentieren, dass aufgrund der Schließungen im Ort die »soziale Redundanz« (Nikolic 2019: 629) litt, mit anderen Worten, dass Momente des

»Du schon wieder« (ebd.) seltener eintraten. Dieser Tendenz will der Dorfladen etwas entgegensetzen.

Die Menschen, die im Dorfladen einkaufen, sehen diesen auch als Ort der Begegnung. Eine Interviewpartnerin sagte über ihren fast achtzigjährigen Vater:

»Ich glaube, das Schöne für ihn ist einfach auch, dass er dann auch Leute trifft, ne. [Wo er doch sonst] eigentlich den ganzen Tag dann auch hier alleine ist. Und er hat ja dann auch Zeit. Und wenn andere auch noch Zeit haben, dann passt das doch eigentlich. Da ist dann auch schon viel gewonnen. Ne.«

Ein anderer Interviewpartner, ein regelmäßiger Kunde des Dorfladens, vergleicht die Möglichkeit des Austausches mit den früheren Erlebnissen in der Dorfkneipe, die wie die Vereine über lange Zeit Ort der dörflichen Integration und des Überschreitens der Verwandtschaftsbeziehungen (Jeggel/Ilien 1978; Siewert 1978) war:

»Etwas, was zu zeigen, wo es noch das gute Kneipenleben im positiven Sinne gab, dass man Zeit in Gastwirtschaften verbracht hat, [so, wie das in der Fernsehserie ›Neues aus Büttowarwerd‹ gezeigt wird, man sich streitet, unterschiedlicher Meinung ist,] eigentlich man sich aber doch immer wieder in dieser Kneipe in den Mittelpunkt des Ortes quasi treffen, Gemeinsamkeit verbringen, ne, also der soziale Mittelpunkt. Ich finde, das hier [der Dorfladen] ist einer. In Zeiten, wo das nicht mehr der Fall ist, wo auch viele in Vereinen nicht mehr so gemeinschaftliche Sachen machen, eher individualistisch unterwegs sind, ist das jetzt so'n Punkt, wo sich viele [...] sozial, also miteinander einfach treffen und... dieses Austauschbedürfnis, Leute sehen, klönen, das findet hier statt.«

Die beiden Zitate von Nutzer*innen zeigen, dass der Dorfladen nicht nur aus Sicht der Betreiber*innen ein Ort des Austauschs ist. Die Ergebnisse aus anderen Interviews und der teilnehmenden Beobachtung legen aber eine nüchternere Sichtweise nahe: Die Unterhaltungen finden spontan statt und sind selten lang. Manche Menschen meiden auch den Dorfladen, wenn sie gerade keine Lust darauf haben, mit anderen zu reden.

Während der Feldforschung war das Café, das einer Kneipe noch am nächsten kommt, noch nicht von vielen angenommen – es gab zwei regelmäßige Runden, die sich dort trafen, und eine Geburtstagsfeier. Die Interviewpartner*innen, die den Dorfladen als einen Ort der Begegnung ansahen, trafen jedoch nur zufällig andere Menschen im Laden. Er erfüllt also eine soziale Funktion, tut dies aber nur eingeschränkt. Dies hat auch bauliche Gründe.

Der Dorfladen ist ohne große ästhetische oder funktionsbezogene Ansprüche gebaut worden. Der Bau beherbergt einen kleinen Supermarkt mit angegliedertem Café, stellt aber darüber hinaus keine weiteren Aufenthaltsqualitäten. Die Gänge des Supermarkts sind eng, das Café nicht der Straße zugewandt. Zufällige längere Gespräche können so eigentlich nur in der Schlange an den Theken und der Kasse oder auf dem Parkplatz stattfinden. Die materiellen Gegebenheiten wirken daher weniger als »Zeichen der Verstädterung« (Lefebvre 2003 [1970]: 155) und befördern die Begegnung von Menschen kaum. In den Interviews wurde zwar mehrfach (positiv, aber vereinzelt auch negativ) hervorgehoben, dass beim Besuch des Dorfladens immer damit zu rechnen sei, dass man sich mit

jemandem unterhält. Es geschieht jedoch nur selten, dass Menschen ihren Aufenthalt im Dorfladen für ein längeres und intensiveres Gespräch nutzen. Der Laden, der ein Ort des Austauschs sein soll, ist daher kein Ort der Zusammenkunft.

Nicht allein Gespräche dienen dem Austausch, sondern auch Aushänge. Bemerkenswert ist, dass es im untersuchten Dorfladen kein offenes Schwarzes Brett gibt. Es gibt einen Schaukasten mit Bekanntmachungen vom Laden, der Kirche und Vereinen. Wenn allerdings z. B. ein älterer Mann aus dem Dorf Unterstützung beim Laubharken braucht, kann dieser keinen Aushang im Schaukasten machen, sondern muss einen entsprechenden Zettel neben der Kasse auslegen. Dass es kein Schwarzes Brett gibt, liegt hauptsächlich am Grundriss des Gebäudes, der neben Funktionsräumen nur das Café vom Hauptbereich des Ladens separiert. Alle Wände sind für die Ladennutzung vorgesehen. Auch dies verweist darauf, dass der Dorfladen nur sehr eingeschränkt als Ort des Austausches dienen kann.

Bei der Einstellung von Mitarbeiter*innen mit Kund*innenkontakt wird darauf Wert gelegt, dass sie einem Dorfladen entsprechend sozial kompetent sind. Dazu gehört nicht nur das lockere Gespräch an der Theke oder beim Kassieren, sondern auch die Unterstützung von Menschen, die darauf angewiesen sind. Eine ältere Stammkundin bekam beispielsweise immer eine Begleitung, die ihr den Einkauf zusammensuchte. Ein älterer Mann kam häufig nur mit wenig Geld in den Laden und wollte hochpreisige Artikel kaufen. Preisnachlässe konnten ihm nur in begrenztem Maße gewährt werden. Daher nahm sich jemand Zeit, seinen Einkauf mit ihm durchzugehen und Artikel zurückzulegen oder gegen günstigere Alternativen auszutauschen. Eine solche Betreuung zeichnet kleine Läden gegenüber Supermärkten aus. Sie zeigt im Kleinen das Spannungsverhältnis zwischen sozialem Anspruch und ökonomischen Erfordernissen.

4. Fazit

Die Untersuchung des niedersächsischen Dorfladens zeigt aus unserer Sicht zwei bedeutende miteinander verbundene Widersprüche auf, mit denen die Initiator*innen von Dorfläden konfrontiert sind, wenn sie einen Ort des Austausches bzw. der Gemeinschaft und der (ökonomisch tragfähigen) Nahversorgung schaffen wollen. Die Versuche, die Bedürfnisse der Bewohner*innen des Dorfes von Anfang an in die Konzeption des Dorfladens einzubeziehen und dafür verschiedene niedrigschwellige Formen der Bedürfnisäußerung anzuwenden, können als Teil des »Rechts auf Dorf« verstanden werden. Auf Grundlage der Ergebnisse der Umfragen ist die Idee entstanden, einen Vollsortimentsladen zu schaffen. Hierin liegt jedoch zugleich auch ein Problem, denn der Laden muss nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt und eine entsprechend große Kaufkraft in den Laden getragen werden. Da viele Dorfbewohner*innen ihre Großeinkäufe jedoch in anderen Supermärkten tätigen, ist die langfristige ökonomische Tragfähigkeit des Dorfladens gefährdet. Hier ist aus der umfassenden Beteiligung der Bewohner*innen angesichts der kapitalistischen Sachzwänge ein Widerspruch zu der realen Praxis der Bewohner*innen entstanden, der den Dorfladen als Ort des Miteinanders gefährdet.

Der zweite Widerspruch zwischen dem Dorfladen als Ort der »Versammlung« (LeFebvre 2003 [1970]: 156) und der mit einem betriebswirtschaftlich geführten Laden ein-

hergehenden ökonomischen Logik spiegelt sich in der Materialität des Ladens. Als Ort des Konsums wurde der Dorfladen funktional gestaltet. Dies lässt zwar zu, mit Zufallsbegegnungen kurz zu plaudern, allerdings wird so kein intensiver Austausch unter den Dorfladennutzer*innen ermöglicht.

Beide Widersprüche verhindern, dass der Dorfladen ein Ort konkreter Utopie (Lefebvre 2003 [1970]: 58) wird. In diesem Sinne ist trotz der Beteiligungsversuche bei der Initiierung des Projektes eine Repräsentation des Raumes (Lefebvre 2011) entstanden, die den Interessen und Wünschen der Dorfbewohner*innen nicht entspricht. Aus diesem Grund ist der utopische Gehalt des Dorfladens im Sinne eines »Rechts auf Dorf« nur sehr eingeschränkt. Er fungiert, wie auch viele andere Dorfläden, bisher eher als prekärer Lückenbüßer für die Schließung früherer Nahversorgungsangebote. Eine solche Widersprüchlichkeit zeichnet für Lefebvre auch die Autogestion aus (Lefebvre 2001). Sie drückt sich darin aus, dass auf der einen Seite soziale Gruppen, wie die Initiator*innen des Dorfladens, »nicht bereit sind die gesellschaftlichen Gegebenheiten passiv hinzunehmen« (ebd.: 779, eig. Übersetzung) und sich gemeinsam organisieren um konkrete Veränderungen voranzutreiben. Auf der anderen Seite betont Lefebvre mit dem Begriff der Autogestion, dass jede dieser sozialen Praxen im Kapitalismus immer wieder »assimiliert« (ebd.) werden kann.

Welche Schlussfolgerungen lässt unsere Untersuchung zu, um Dorfläden im Sinne eines »Rechts auf Dorf« weiterzuentwickeln? Die Orientierung an den von den Bewohner*innen des Dorfes artikulierten Bedürfnissen zeigt die richtige Richtung sehr deutlich auf. Schließlich geht es darum, den Gebrauchswert in den Vordergrund des Ladens zu stellen. Natürlich muss dieser Anspruch unter kapitalistischen Verhältnissen an eine Grenze stoßen. Dennoch haben die jüngste behutsame Einschränkung der Öffnungszeiten und verstärkte Werbung dazu geführt, dass der Dorfladen inzwischen (Stand Oktober 2023) ein ausgewogenes Verhältnis aus großer Sortimentstiefe und ökonomischer Tragfähigkeit entwickelt hat. Dies zeigt aber nur einen Weg im Umgang mit einem solchen Problem. Im Sinne eines »Rechts auf Dorf« wäre eine weniger monofunktionale Architektur wünschenswert, die die Begegnung und den Austausch der Nutzer*innen ermöglicht. Im von uns untersuchten Dorfladen wären bereits breitere Gänge und die Möglichkeit von öffentlichen Aushängen erste Schritte in diese Richtung. Die Unterstützung von Nutzer*innen durch das Personal des Dorfladens ist als besonders positiver Aspekt hervorzuheben, der zeigt, dass ein Dorfladen auch soziale Problemlagen (zumindest teilweise) adressieren kann.

Insgesamt ist der von uns untersuchte Dorfladen durch den Widerspruch charakterisiert, mit dem Dorfläden in kapitalistischen Gesellschaften konfrontiert sind: Auf der einen Seite stehen sie für den Versuch einer möglichen Veränderung im Sinne einer konkreten Utopie. Andererseits müssen auch die Grenzen in der Dorfladenpraxis benannt und immer wieder reflektiert werden, um diese Grenzen langfristig in Richtung einer emanzipatorischen Überwindung des Kapitalismus zu verschieben.

Literatur

- Barracrough, Laura (2013): »Is There Also a Right to the Countryside?«, in: *Antipode* 45(5), 1047–1049.
- Belina, Bernd (2022): »Land im Westlichen Marxismus«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): *Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript (Kritische Landforschung, Bd. 2), S. 49–66.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Die DORFbegegnungsLÄDEN in Deutschland e.V. (2023): *Dorfläden in Deutschland*. Online verfügbar unter <http://dorfladen-netzwerk.de/dorflaeden-in-deutschland/> vom 13.02.2023.
- Eberhardt, Winfried/Küpper, Patrick/Seel, Matthias (2021): *Dynamik der Nahversorgung in ländlichen Räumen verstehen und gestalten. Impulse für die Praxis*. Braunschweig: Thünen-Institut für ländliche Räume.
- Eberhardt, Winfried/Küpper, Patrick/Seel, Matthias (2022): *Chancen und Risiken der Digitalisierung für Dorfläden. Corona-Pandemie als Katalysator?*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 80(3), S. 344–359.
- El Nour, Saker/Gharios, Cynthia/Mundy, Martha/Zurayk, Rami (2015): »The right to the village? Concept and history in a village of South Lebanon«, in: *Jusitice spatiale - Spatial justice* 7(7), S. 1–24.
- Elden, Stuart/Morton, Adam David/Lefebvre, Henri (Hg.) (2022): *On the Rural. Economy, Sociology, Geography*. Minneapolis, London: University of Minnesota Press.
- Heins, Charleen (2021): *Bürgerschaftliche Dorfläden als Beitrag zur Daseinsvorsorge in der Region Hannover. Ableitung von Handlungsvorschlägen aus begünstigenden und erschwerenden Faktoren der Gründung und des Betriebs*. Masterarbeit. IUP-Arbeitsmaterialien 64. Hannover: Leibniz Universität Hannover. Online verfügbar unter: https://www.umwelt.uni-hannover.de/fileadmin/umwelt/Publikationen/Schriftenreihen/Arbeitsmaterialien/IUP_AM_64_Heins.pdf vom 15.01.2022.
- Jeggle, Urz/Ilien, Albert (1978): »Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner«, in: Hans-Georg Wehling (Hg.): *Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen*. Opladen: Leske + Budrich (Analysen, 22), S. 38–53.
- Jürgens, Ulrich (2017): *Renaissance des Dorfladens oder Versorgungswüsten? Erfahrungen und Lernpotenziale am Beispiel Schleswig-Holstein*, in: *Standort* 41(2), S. 90–108.
- Kallert, Andreas/Belina, Bernd/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): »The Cultural Political Economy of rural governance: Regional development in Hesse (Germany)«, in: *Journal of Rural Studies* 87, S. 327–337.
- Knabe, André/Keim-Klärner, Sylvia/Klärner, Andreas/Neu, Claudia (2021): »Lebenschancen in ländlichen Räumen: Gelegenheitsstrukturen als Dimension sozialer Ungleichheit«, in: Rasmus Hoffmann/André Knabe/Christian Schmitt (Hg.): *Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf*. Wiesbaden: Springer VS, S. 141–163.

- Krajewski, Christian/Steinführer, Annett (2020): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen und ihre Ausgestaltung zwischen Staat, Markt und Ehrenamt, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 242–260.
- Lefebvre, Henri (2001): »Comments on a New State Form«, in: Antipode 33(5), S. 769–782.
- Lefebvre, Henri (2003) [1970]: Die Revolution der Städte. Dresden: DRESDENPostplatz.
- Lefebvre, Henri (2011): The Production of Space. Malden: Blackwell Publishing.
- Lefebvre, Henri (2016) [1968]: Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus (Nautilus Flugschrift).
- Marlow, Robin (2022): »Zwischen Kirche und Kneipe«. Was im Dorfladen umgesetzt wird. Unveröffentlichte Masterarbeit. Göttingen.
- Marx, Karl (1972) [1867]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin: Dietz (Marx-Engels-Werke, Bd. 23).
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript (Kritische Landforschung, Bd. 1).
- Meessen, Stefan/Trienes, Marco/Jenniches, Simon (2012): »Convenience auf dem Dorf?«, in: Standort 36(4), S. 177–186.
- Nikolic, Ljubica (2019): »Du schon wieder? Das Soziale-Orte-Konzept für mehr soziale Redundanz und gesellschaftlichen Zusammenhalt«, in: Sozialer Fortschritt 68(8/9), S. 629–647.
- Räbiger, Marius (2018): »Bürgerschaftlich getragene Dorfläden und ihre Herausforderungen: Befunde einer fallstudienbasierten Untersuchung zum Scheitern solcher Initiativen«, in: Europa Regional 26(3), S. 40–54.
- Siewert, H.-Jörg (1978): »Der Verein. Zur lokalpolitischen und sozialen Funktion der Vereine in der Gemeinde«, in: Hans-Georg Wehling (Hg.): Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen. Opladen: Leske + Budrich (Analysen, 22), S. 65–83.
- Steinführer, Annett (2015): »Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge«, in: Raumforschung und Raumordnung 73(1), S. 5–16.
- Unthan, Nils/Heuser, Jacob/Kratzer, Armin (2022): »Das Recht auf Dorf. Von Experimenten, Pionieren und (sozialen) Innovationen in ländliche-peripheren Biosphärenreservaten«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript (Kritische Landforschung, Bd. 2), S. 217–234.
- Vogelpohl, Anne (2016): »Recht auf Stadt«, in: Peripherie – Politik, Ökonomie, Kultur 36(1), S. 115–117.

Solidarisch wirtschaften, gemeinschaftlich leben

Die Kommune Niederkaufungen als reale Utopie

Franziska Falterer

1. Einleitung: Utopien sind realistisch!

Landflucht, Höfesterben, Stadt-Land-Gefälle – all diese Schlagwörter, die Herausforderungen ländlicher Entwicklung beschreiben, haben eine ökonomische Komponente. Das aktuell dominante Wirtschaftssystem und seine Logiken von Wachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz wirkt insbesondere auch auf ländliche Räume, die mit den Anforderungen eines globalisierten Weltmarkts nur schwer mithalten können. Damit sind häufig auch dystopische Vorstellungen verbunden, die sich aus einer Hochrechnung der aktuellen Problemlagen ergeben. Über ländliche Utopien – und zwar auch als Strategien zur Vermeidung von zukünftig realisierten Dystopien – zu sprechen, erfordert deshalb auch, über neue Formen des Wirtschaftens in ländlichen Räumen nachzudenken.

Inspirationen dafür bieten – bezugnehmend auf Erik Olin Wright (2017) – *reale Utopien*¹, also kleinteilige ökonomische Praktiken, die in geschützten Nischen der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt werden und dort konkrete Utopien für eine solidarische und ökologische Zukunft vorleben. Denn in den letzten 20 Jahren ist vermehrt zu beobachten, dass Individuen und lokale Gemeinschaften in der ganzen Welt daraufhin streben, die Ökonomie wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Sie versuchen, über eine Neugestaltung von Märkten, Eigentum, Arbeit, Unternehmen und Finanzen eine realutopische Welt im Kleinen aufzubauen (Gibson-Graham/Cameron/Healy 2013: xiii). Dazu zählen Einkaufsmodelle, die von Erzeuger*innen und Verbraucher*innen kollektiv organisiert werden, und Mitarbeiter*innen- oder Mitgliederläden, in denen der erwirtschaftete Mehrwert auf alle Mitglieder verteilt wird. Auch Formen der sozialen Ökonomie, z.B. Kooperativen, Non-Profit-Unternehmen, Lokalwährungen, gemeinschaftliche Wohnformen oder Commoning-Projekte tragen zur Diversifizierung der ökonomischen Landschaft bei (Gibson-Graham 2008: 617). Realutopien zeigen – entgegen allen Vorbehalten: Es geht auch anders. Sie skizzieren damit nicht nur eine potenzielle Zukunft,

1 Andere Autor*innen sprechen in ähnlichen Kontexten auch von »Keimformen« (vgl. Sutterlütfti/Meretz (2018)), »Nischeninnovationen« (vgl. WBGU 2011), »widerspenstigen Alltagspraxen« (vgl. Sauer 2016) oder »Halbinseln gegen den Strom« (vgl. Habermann 2009).

sondern bilden durch den Aufbau von Gegenorten, Gegeninstitutionen und Gegen-subjektivitäten gleichzeitig auch die Grundlage für eine Transformation in ebendiese Richtung (vgl. Klein 2013; Sutterlütti/Meretz 2018; Wright 2017 u.v.m.). Denn: Utopien sind nicht nur Wunschbilder und Märchenschlösser, sie beinhalten handfestes transformatives Potential.

Das kollektive Vorleben gesellschaftlicher Utopien ist seit den späten 1970er Jahren eine bestimmende Logik sozialer Bewegungen und wird auch als *Präfiguration* oder *präfigurative Politik* bezeichnet (Yates 2015: 1). Gustav Landauer, ein deutscher Anarchist, auf den dieser Ansatz zurückzuführen ist, legte dabei einen klaren Fokus auf das Land und propagierte »einen ländlichen Sozialismus, basierend auf der Gründung sozialistischer Gehöfte und Dörfer« (Sörensen 2020: 35). Bis heute zieht es Visionär*innen auf der Suche nach individuell gestaltbaren Freiräumen und dem Wunsch, kleinteilige Transformationsprozesse anzustoßen, aufs Land. Diese »nicht nur lebensformbezogene, sondern auch örtliche Abständigkeit von der Gesellschaft« (ebd.) birgt jedoch auch die Gefahr, sich aufgrund der »intentionalen, auch geographischen Radikalabgrenzung in eine eigentümliche, von politischen Konflikten befreite Sphäre der ›Reinheit‹ zu begeben und dort auch zu verharren« (ebd.). Schnell können die eigentlich als gesellschaftliche Alternativen gedachten Praktiken so als eine Form eskapistischer »Weltflucht« (ebd.) angesehen werden und dadurch auch in der Marginalität verharren. Dadurch verbleibt der utopische Gehalt der ländlichen Gegenentwürfe oftmals unsichtbar und somit auch das transformative Potential der Projekte unausgeschöpft.

In diesem Beitrag soll das Spannungsfeld zwischen dem utopischen Gehalt und dem transformativen Potential derartiger ländlicher Wohn- und Wirtschaftsinitiativen am Beispiel einer politischen Kommune diskutiert werden. Es geht um die Frage, inwiefern »reale Utopien« einen Beitrag zu einer emanzipatorischen, sozial-ökologischen Transformation ländlicher Räume leisten können und welche Herausforderungen dieser Prozess mit sich bringt. Im Fokus steht ein konkretes Fallbeispiel, das im Rahmen einer qualitativen Sozialforschung im Sommer 2021 genauer betrachtet wurde: die Kommune Niederkaufungen in der Nähe von Kassel (vgl. Falterer 2022).

Der Beitrag beginnt mit einer theoretischen Einordnung realer Utopien. Im Anschluss wird das Fallbeispiel skizziert und das transformative Potential der Kommune auf Basis der Forschungsergebnisse analysiert. Die zentrale Frage, die abschließend diskutiert wird, ist, wie aus ländlichen Utopien auch eine neue ländliche Realität werden kann.

2. Politische Kommunen als reale Utopie

Der Begriff *utopisch* wird im alltäglichen Sprachgebrauch oft als Gegensatz zu *realistisch* für Situationen verwendet, die nur in der Fantasie, nicht aber der Realität möglich sind. In realen Utopien werden diese beiden (scheinbaren) Gegensätze verknüpft: Es wird versucht, im Hier und Jetzt experimentelle Räume für utopisches Denken und Handeln zu eröffnen und dieses letztlich auch in die Realität, aus der es doch auch stammt, zu überführen. Diese Praxis geht von der Voraussetzung aus, dass realen Utopien ein transfor-

matives Potential innewohnt, da sie einen Vorgeschmack auf eine mögliche Transformation der (ländlichen) Gesellschaft bieten.

Der utopische Gehalt entsteht jedoch erst dadurch, dass sich die Realutopien – wie auch Utopien im Allgemeinen – aus einer fundierten Kritik des Ist-Zustands und einer möglichst klar umrissenen Vorstellung des Soll-Zustands ableiten. Denn: »Es ist unmöglich, sich bewusst auf ein Ziel zuzubewegen, das unbestimmt ist« (Sutterlütti/Meretz 2018: 16). Auch wenn die sich daraus ergebenden Fragen nach dem transformativen Potenzial realer Utopien hier nicht abschließend diskutiert werden können, sollen sie kurz skizziert werden, da sie die argumentative Grundlage bilden, um das utopische und transformative Potential der Kommune Niederkaufungen nachvollziehen zu können.

3. Leitlinien alternativer Ökonomien

Aktuelle Herausforderungen ländlicher Räume müssen, wie bereits eingangs erwähnt, im Kontext ihrer ökonomischen Rahmenbedingungen betrachtet werden. Ungleiche Eigentumsverhältnisse, Privatisierung, Profitmaximierung, globaler Wettbewerb und Wachstumsstreben, aber auch die daraus resultierenden Folgen wie die zunehmende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sich verschärfende soziale Ungleichheiten, systeminhärente Finanzkrisen und post-demokratische Entwicklungen bilden einen gesamtgesellschaftlichen Missstand, der sich insbesondere auch auf ländliche Räume auswirkt. Technologiebasierte Modernisierungsansätze und Reformen reichen bei weitem nicht aus, um dieser multiplen Krise aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Problemen zu begegnen. Stattdessen müssen grundlegende Machtverhältnisse, Verhaltensweisen sowie Konsum- und Produktionslogiken verändert werden (Raworth 2018: 36-43; Schulz/Lange/Hülz/Schmid 2020: 15f; Sommer 2018: 3).

Wie eine Alternative aussehen kann, beschäftigt Denker*innen seit geraumer Zeit. Aus der Fülle an theoretischen Ansätzen, die sich daraus entwickelt haben, kann und soll sich hier keine einheitliche Erzählung einer wünschenswerten Zukunft ableiten, denn gerade die Diversität der Ansätze drückt auch ihre Stärke aus (vgl. Gibson-Graham 2008). Vielmehr geht es darum, aus der Zusammenschau unterschiedlicher Konzepte Leitlinien alternativen Wirtschaftens, eine Art »Kompass«, zu skizzieren – wohl wissend, dass diese Leitlinien vermutlich niemals vollständig sein können.

Der zentrale gemeinsame Nenner dieser zukunftsweisenden Gesellschaftskonzepte ist die Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung an ökologischen Grenzwerten, also eine *Ökologisierung*. Grundlage für eine postkapitalistische Wirtschaft ist ein ressourcenschonender Umgang mit der natürlichen Umwelt, die Einhaltung planetarer Leitplanken und damit der Schutz der Bedingungen, die überhaupt erst gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen (vgl. z.B. Raworth 2018).

In sozialer Hinsicht ist darüber hinaus die Abkehr von der imperialen Lebensweise und der Externalisierungsgesellschaft, also eine *Solidarisierung* der Gesellschaft, nötig. Konzepte wie die solidarische Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017), das aus Lateinamerika stammende *Buen Vivir* (vgl. Acosta/Brand 2018) oder die Gemeinwohlökonomie (vgl. Felber 2013) liefern hierfür fruchtbare Denkanstöße.

Für die Überwindung bestehender Machtasymmetrien sind die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse zentral. Dabei geht es um eine Umverteilung und eine *Kollektivierung*, nicht nur von Einkommen, sondern auch und insbesondere von Reichtum und Kapitaleigentum in jeglicher Form (Raworth 2018: 200). Jahrelange Forschungen im Bereich der Commons (vgl. Ostrom 2011 [1990]) oder Sharing Economy/Collaborative Consumption (vgl. Heinrichs/Grunenberg 2012) bieten hierfür Inspirationen.

Um die Verfügung über und Verteilung von kollektiv genutzten Ressourcen gerecht(er) zu gestalten, ist zudem die radikale *Demokratisierung* der Gesellschaft von hoher Bedeutung (vgl. z.B. Streeck 2013: 63; Wright 2017: 488f).

Uneinigkeit besteht bisher bei der Frage nach der passenden Ebene für alternative Gesellschaftsentwürfe. Es ist jedoch zu beobachten, dass eine zunehmende *Relokalisierung* und Offenheit gegenüber kleinteiligen, meist lokalen ökonomischen Aktivitäten und Organisationsformen entsteht. Diese weisen eine höhere Resilienz gegenüber den Risiken der Finanzmärkte und global-politischen Entwicklungen auf und können lokal angepasste Lösungsvorschläge in Selbstorganisation entwickeln (Gibson-Graham 2006: 79ff).

Diese fünf Leitlinien alternativen Wirtschaftens können sicherlich nicht die Gesamtheit aller Aspekte darstellen, die für eine ökologisch tragfähige und sozial gerechte Gesellschaft nötig sind. Sie bieten allerdings einen (ersten) Kompass zur Analyse des transformativen Potentials realutopischer Projekte.

4. Die Kommune Niederkaufungen als reale Utopie

Aus diesen theoretischen Überlegungen zu alternativen Ökonomien sind in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Projekte entstanden, die als reale Utopien versuchen, zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklungspfade auch konkret vorzuleben. Bekannte Beispiele hierfür sind Solidarische Landwirtschaften, Mitgliederläden, Tauschringe, Commoning-Projekte oder Handwerkskollektive und Wohngenossenschaften, die alle auch explizit in ländlichen Räumen Anwendung finden. Diese Praktiken werden nicht (nur) von Individuen in Form veränderten Konsums ausgelebt und auch nicht von einem proaktiv gestaltenden Staat, der entsprechende politisch-institutionelle Rahmenbedingungen setzt. Es handelt sich um *kollektive Ansätze in Gruppen*, die im Widerspruch zu kapitalistischen Logiken stehen und damit zu einer Diversifizierung der ökonomischen Landschaft beitragen (Sommer 2018: 1). Wirft man einen Blick in die Transformationsliteratur, ist die Bedeutung, die diesen realen Utopien im Kontext einer emanzipatorischen Gesellschaftstransformation zukommt, eindeutig. Denn – so die Theorie – um die kapitalistische Dominanz abzubauen, sind Vorformen nötig, die in Nischen und Freiräumen der bestehenden Gesellschaft entstehen, sich innerhalb dieser ausdehnen, dort eine Gegenmacht gegen den Status Quo entwickeln und schließlich gesellschaftlich bestimmend werden, was einen gesellschaftlichen Bruch auslöst (Altwater 2018: 14f; Sutterlütj/ Meretz 2018: 94). Dieser Prozess wurde im Rahmen einer mehrmonatigen qualitativen Feldforschung im Sommer 2021 anhand einer konkreten Realutopie genauer betrachtet (vgl. Falterer 2022).

Die hessische Gemeinde Kaufungen mit ca. 12.000 Einwohnenden liegt eingebettet zwischen den Ausläufern der Stadt Kassel und dem Kaufunger Wald. Im Ortsteil Niederkaufungen befindet sich seit 1986 die Kommune Niederkaufungen (KONK): damals größte und heute älteste politische Kommune Deutschlands.

Eine politische Kommune definiert sich – in Abgrenzung von anderen Formen des gemeinschaftlichen Wohnens wie Ökodörfern oder Hausprojekten – über die Kombination aus einer Gemeinsamen oder Solidarischen Ökonomie als wirtschaftlichem Konzept und dem Konsensprinzip als Grundlage der Entscheidungsstrukturen. Daneben prägen soziale Werte, insbesondere das Streben nach Hierarchiearmut, die faire und bedürfnisorientierte Verteilung von Aufgaben sowie ökologische Ziele das Zusammenleben. Politische Kommunen zeichnen sich außerdem durch ein linkes Politikverständnis und die klare Abgrenzung von rechten Bewegungen aus (Kommuja 2009).

Auch die KONK entspricht dieser Definition. Kerngedanke ist die Gemeinsame Vermögens- und Alltagsökonomie (GemÖk), was bedeutet, dass alle Einnahmen und alles Vermögen bei Einzug kollektiviert werden. Daraus werden sämtliche Besitztümer der Kommune finanziert. Die anschließende Verteilung des Geldes organisiert sich nach dem Bedürfnisprinzip und auf Vertrauensbasis. Das bedeutet in der Praxis: Alle Kommunard*innen können sich nach eigenem Ermessen an der gemeinsamen Kasse bedienen, ohne diese Ausgaben rechtfertigen zu müssen. Neben finanziellen Ressourcen werden auch Wohnungen, Fahrzeuge oder Waschmaschinen geteilt. Der Kerngedanke der Gemeinsamen Ökonomie liegt also in dem Anspruch, als Einzelperson nicht alles besitzen zu wollen und die meisten Dinge mit anderen Menschen zu teilen. Dadurch werden Vermögen und Einkommen kleinskalig umverteilt, Herrschaftsstrukturen abgebaut und eine grundlegende Absicherung gegen Geldnot ermöglicht.

Ein weiterer Aspekt ist in diesem Kontext, dass Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen werden. Es handelt sich dabei um eine Methode, die darauf ausgerichtet ist, Lösungsvorschläge mit dem höchstmöglichen Zustimmungsgrad zu priorisieren. Damit wird verhindert, dass Mehrheiten über Minderheiten entscheiden und marginalisierte Meinungen ohne weiteres überstimmt werden können. Sämtliche Entscheidungen, die alle Bewohner*innen der Kommune betreffen, werden nach diesem Prinzip in wöchentlichen Plena getroffen. Auch hier ist Ziel und Effekt also der Abbau von Herrschaftsmacht.

Die Kommune bietet den ca. 55 erwachsenen Bewohner*innen nicht nur einen gemeinsamen Wohnort, sondern auch Arbeitsplätze in etwa einem Dutzend Kollektiven. Darunter fallen beispielsweise eine Tagespflege für Senior*innen, eine Kita, eine Schreinerei, eine Schlosserei, eine Solidarische Landwirtschaft, ein kleinbäuerlicher Landwirtschaftsbetrieb und ein Mitgliederladen. Ziel davon ist es, möglichst viele Lebensbereiche selbstständig abzudecken – allerdings nicht in Form einer exklusiven Subsistenzwirtschaft, sondern durch öffentliche, alternativ wirtschaftende Betriebe. Auch hier werden die beiden wesentlichen Organisationsstrukturen der Kommune, Gemeinsame Ökonomie und Konsensprinzip, angewandt. Durch kollektive Organisation, Selbstbestimmung und einen erweiterten Arbeitsbegriff, der auch Sorgearbeit beinhaltet, wird versucht, die Logiken des kapitalistischen Arbeitsmarktes auszuhebeln. Sowohl die Erträge der Betriebe als auch die Löhne der Bewohner*innen fließen schließlich wieder in den gemeinsamen Finanztopf. So können auch kostenintensive Betriebe, beispielsweise Sozi-

albetriebe mit hohem Betreuungsschlüssel, erhalten werden, die ansonsten der Konkurrenz auf dem Markt nicht gewachsen wären. Ein weiterer Aspekt hierbei ist der suffiziente und ressourcenschonende Lebensstil der Bewohner*innen, der unter anderem durch die gemeinsame Nutzung von Räumen und Gebrauchsgegenständen geprägt ist. Somit werden nicht nur Emissionen, sondern auch die Lebenserhaltungskosten, die über die Erträge der Betriebe gedeckt werden müssen, gesenkt (Simon et al. 2004: 26–28).

Insgesamt zeigt sich, dass die KONK ressourcenschonend und umweltbewusst produziert, aber auch konsumiert (*Ökologisierung*), Inklusion und Gleichberechtigung anstrebt (*Solidarisierung*), Vermögen und Eigentum umverteilt und gemeinschaftlich nutzt (*Kollektivierung*), Entscheidungen im Konsens trifft und selbstbestimmt arbeitet (*Demokratisierung*) und vor Ort lokale Gegenstrukturen zur kapitalistischen Hegemonie aufbaut (*Relokalisierung*). Im Unterschied zu anderen kleinteiligen post-kapitalistischen Realutopien, wie beispielsweise einzelnen Solidarischen Landwirtschaften, kombiniert die Kommune utopische Ansätze in unterschiedlichsten Lebensbereichen und ermöglicht damit eine Vorstellung davon, wie ein ganzheitlich alternatives Leben aussehen könnte.

5. Zwischen Transformationsmotor und Nischendasein

Bis hierhin wurde deutlich: Die Kommune Niederkaufungen stellt eine reale Utopie für ländliche Räume dar, indem sie in mehreren Lebensbereichen Alternativen zum aktuell dominanten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell aufzeigt. Die zentrale Frage dieses Beitrags ist jedoch, wie die auf dem Land gelebten transformativen Realutopien auch über ihre eigenen Grenzen hinaus wirken und somit eine zukunftsfähige ländliche Entwicklung, eine regionale gesellschaftliche Transformation, anstoßen können.

Die Intention, über die eigenen Grenzen hinaus in die Region hineinzuwirken, haben die Bewohner*innen der Kommune schriftlich in ihren Veröffentlichungen festgehalten. Sie wollen »keine heile-Welt-Insel inmitten der ›normalen‹, kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft« (Kommune Niederkaufungen 2015: 19) sein und sehen die Kommune »als Realisationsversuch einer anderen Gesellschaft und damit als politische Aktion« (ebd.: 6). Dementsprechend stehen die Kommunard*innen in einem intensiven Austausch mit der Region und pflegen nachbarschaftliche Verhältnisse. Um genauer erfassen zu können, inwiefern die Kommune auf die Region wirkt und somit neben dem utopischen auch ihr transformatives Potential nutzt, wird hier auf den dreiteiligen Infrastrukturanatz nach Harald Welzer (2011) zurückgegriffen. Demnach müssen für eine tiefgreifende Gesellschaftstransformation drei Arten von Infrastrukturen verändert werden: materielle Infrastrukturen (z.B. Technik, Finanzen), institutionelle Infrastrukturen (politische und rechtliche Rahmenbedingungen) und mentale Infrastrukturen (menschliche Routinen und Denkweisen).

In *materieller* Hinsicht ist die entscheidende Wirkung der KONK, dass sie der »zentrale Motor« (StA: 57) der Kommunebewegung und der »Grundstein« (VK: 68) für die Gründung zahlreicher weiterer politischer Kommunen ist – in der direkten Umgebung Kassels und in ganz Deutschland. Die Neugründungen profitieren dabei von der Expertise, der Bekanntheit und den Ressourcen der KONK. Ein weiterer materieller Effekt ist die Gründung von alternativ wirtschaftenden Betrieben und tauschlogikfreien

Initiativen, die teilweise auch über die Grenzen der Kommune hinausgehen. Neben den kommune-internen Betrieben beteiligen sich die Kommunard*innen beispielsweise an Bürgerenergiegenossenschaften, Urban-Gardening-Projekten oder lokalen Carsharing-Systemen. Dadurch entsteht für Verbraucher*innen die Möglichkeit, ihre Produkte und Dienstleistungen auf regionale, ökologisch nachhaltige und sozial verträgliche Art und Weise zu erwerben und damit gleichzeitig die Etablierung alternativ wirtschaftender Strukturen zu fördern. Diese Angebote werden zwar innerhalb eines bestimmten Milieus stark nachgefragt, jedoch trotz Offenheit und Nahbarkeit nicht in größerem Umfang von einer breiten Masse übernommen. Ebenso wenig ist zu beobachten, dass bestehende Betriebe sich an den alternativen Organisations- und Wirtschaftsweisen der Kommune orientieren und diese in ihre eigene Struktur übernehmen.

Neben der materiellen Wirkung ist die zweite wichtige Wirkungsdimension die *mentale* Veränderung, die durch die KONK in ihrem Umfeld ausgelöst wird – sowohl in direkter Form über Bildungsarbeit als auch indirekt. Durch ihre präesente Lage im Ort und die Offenheit im Umgang und Austausch mit der Umgebung trägt sie dazu bei, dass in einem breiten gesellschaftlichen Spektrum Vorurteile gegenüber alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen abgebaut und die Akzeptanz und Toleranz ihnen gegenüber erhöht wird. So können Brücken zwischen unterschiedlichen Lagern geschlagen und der individuelle Horizont erweitert werden. Die Hauptwirkung der Kommune ist also, dass sie ein Exempel statuiert, Inspirationen weckt und – im Sinne einer realen Utopie – zeigt: Es geht auch anders. Das Vorleben alternativer Lebens- und Wirtschaftsweisen bereitet eine Basis für einen erleichterten Wandel in der Zukunft, da die Verhaltensweisen bereits bekannt und erprobt sind – auch wenn sie aktuell nur selten von Menschen außerhalb der Kommune imitiert werden. Damit fungiert die KONK als eine Art ›Ausblick in die Zukunft‹: eine präfigurative Praktik, deren konkret sichtbarer Effekt in Form veränderter Strukturen mitunter erst mit Verzögerung einsetzt.

Die dritte Dimension von Veränderung findet auf der Ebene *institutioneller und politischer* Infrastrukturen statt. Durch unterschiedliche außerparlamentarische Aktionsformen, aber auch die aktive Teilnahme an Beteiligungsformaten werden z. B. klimapolitische Diskussionen in der Gemeinde angestoßen, Druck ausgeübt und ein Austausch angestrebt. Dass diese Impulse anschließend auch politisch umgesetzt werden, ist damit jedoch nicht abgesichert. In parlamentarischer Hinsicht engagieren sich einige wenige Kommunard*innen in linken Wählervereinigungen und Fraktionen, jedoch meist eher im Hintergrund unterstützend. Diese politisch-institutionellen Projekte basieren allerdings stark auf der Initiativkraft von Einzelnen – auch wenn die Vorhaben durchaus von mitunter großen Teilen der Gemeinschaft ideell mitgetragen werden. Hier wird auch deutlich, dass das Vorleben alternativer Praktiken – ganz nach dem Motto ›Das Private ist politisch!‹ – der gemeinsame Nenner ist, ansonsten aber eine gemeinsame strategische Vision, ob und in welcher Form die KONK zu einem gesamtgesellschaftlichen Wandel beitragen möchte, fehlt.

Zusammenfassend lässt sich beobachten, dass die Kommune Niederkaufungen als alternative Ökonomie im oben definierten Sinne durchaus einen Beitrag zu einer emanzipatorischen Transformation der Region leistet. Über die verschiedenen Arbeitsbereiche, die tauschlogikfreien Initiativen und nicht zuletzt auch über andere, neu entstehende Kommunen tragen die Kommunard*innen als Pionier*innen des Wandels zur Diver-

sifizierung lokaler Ökonomien bei und verändern damit materielle Infrastrukturen. Sie wirken außerdem auf eine Veränderung der mentalen Infrastrukturen ein, indem sie aufzeigen, wie postkapitalistisches Wirtschaften funktionieren kann. Dadurch festigen sie die Stellung dieser alternativen Praktiken und bereiten den Weg für ihre Etablierung vor.

Trotzdem wird bei genauerer Betrachtung deutlich, dass dadurch vor allem das individuelle Konsumverhalten von interessierten Verbraucher*innen und Unterstützer*innen angeregt wird, während gesamtgesellschaftliche politische und ökonomische Strukturen weitgehend unverändert parallel bestehen. Um an die bereits erreichten Erfolge der Kommune, also der weitgehenden Normalisierung postkapitalistischer Gesellschaftsentwürfe innerhalb eines definierten lokalen Umfelds, anzuknüpfen und ihre Wirkung über ein Spektrum prinzipiell Interessierter hinaus zu erweitern, wäre stattdessen eine Übertragung der Kommune-Inhalte in die (kommunal-)politische Praxis, eine *Politisierung der präfigurativen Praktiken*, notwendig. Die große Frage hierbei ist also, wie die realen Utopien, die aktuell nur kleinteilig praktiziert werden, auf einen größeren Kontext übertragen und in politisch-institutionelle Strukturen übersetzt werden können. Denn: Politische und ökonomische Strukturen sind eng miteinander verknüpft und können nur gemeinsam überwunden werden.

6. Fazit: Utopien sind politisch!

Für eine gesamtgesellschaftliche Transformation sollten nach Erik Olin Wrights Theorie der realen Utopien drei Transformationsstrategien kombiniert werden: Brüche, Freiraumaktivitäten und die Symbiose (2017: 492ff).

Bei der Transformation durch *Brüche* handelt es sich um einen strukturellen Wandel, der ruckartig, außerhalb der bestehenden Rechtsordnungen und oftmals gewaltvoll durchgesetzt wird (Sutterlütti/Meretz 2018: 71). Auch wenn diese Strategie eine historisch gesehen berechtigte Gefahr von hierarchisch-autoritären Lösungen beinhaltet – etwa dann, wenn neue gesellschaftliche Strukturen nicht in einem kollektiven Prozess entwickelt wurden (Schoppek/Krams 2021: 110f; Sutterlütti/Meretz 2018: 79) –, können partielle Brüche, wie beispielsweise Einschnitte in den Vorrang der Finanzmärkte, die Besteuerung von Vermögen oder die Veränderung von Eigentums- und Verfügungsverhältnissen wichtige Vorbedingungen für einen umfassenden Wandel schaffen (Klein 2013: 114). Darüber hinaus können auch auf diskursiver Ebene Brüche entstehen, beispielsweise durch die Blockaden und Besetzungen der aktuellen Klimagerechtigkeitsbewegung (Schoppek/Krams 2021: 117f).

Mit der *Freiraumstrategie* beschreibt Wright zielgerichtete Prozesse, »die sich in den Zwischenräumen und Rissen innerhalb einer herrschenden Machtstruktur abspielen« (Wright 2017: 436f). Diese realen Utopien beweisen, dass es auch innerhalb der kapitalistischen Dominanz Spielräume für Alternativen gibt. Sie erschaffen damit eine Gegenhegemonie und wirken als Leuchtturmprojekte (Sommer 2018: 31; Sörensen 2020: 34f; Yates 2015: 1-4).

Die dritte Strategie bezeichnet Wright (2017: 453-485) als *Symbiose* und umfasst eine konzeptionelle Erweiterung des klassischen Reformgedankens. Dabei handelt es sich

um eine gezielte Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse durch die aktive, wechselseitige Kooperation zwischen allen gesellschaftlichen Akteur*innen und stabile Formen positiver Kollaboration. Die gedankliche Grundlage hierfür ist, dass eine Transformationsstrategie dann am nachhaltigsten ist, wenn auch die aktuell mächtigen Eliten von der gesellschaftlichen Ermächtigung profitieren.

Die drei Ansätze unterscheiden sich stark und stehen den jeweils anderen Positionen oft mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Für eine erfolgreiche Transformation ist laut Wright jedoch eine Kombination der drei Ansätze, ein *flexibler strategischer Pluralismus*, nötig, um die jeweiligen Herausforderungen der einen Strategie mit Chancen der anderen auszugleichen (Wright 2017: 485). Durch diese Kombination können reale Utopien aus den Freiräumen generalisiert und für eine breite Masse erreichbar werden – ohne dabei lediglich vom bestehenden politischen System ohne qualitative Veränderung assimiliert zu werden (Schoppek/Krams 2021: 120f).

Die Kommune Niederkaufungen zielt vor allem auf eine Transformation durch Freiräume ab. Sie hinterfragt bestehende Hegemonien, sucht in gesellschaftlichen Nischen nach Alternativen dazu und trägt zur Entstehung neuer Subjektivitäten und alternativer Erzählungen bei. Über diskursive Brüche, lokale Widerstandsformen, aber auch den kommunikativen Austausch mit der Umgebung schafft die Kommune außerdem eine Grundlage für die weitere Verbreitung der Freiraumalternative. Um aus diesen veränderten mentalen Infrastrukturen auch einen ganzheitlichen, gesamtgesellschaftlichen Wandel anzustoßen, braucht es jedoch auch die Symbiose, also die proaktive Zusammenarbeit mit der (Lokal-)Regierung und die Einmischung in politische Prozesse. Die Überwindung des Privateigentums und die gemeinschaftliche Nutzung von Ressourcen, konsensbasierte Entscheidungsverfahren und hierarchiearmes Zusammenarbeiten, bedingungsloses Grundeinkommen und der Abbau geschlechterspezifischer Rollenbilder – all diese in der Kommune praktisch erprobten Werte gilt es deshalb stärker in einen politischen Kontext zu übersetzen.

Wie diese Übersetzungsleistung aussehen kann und welche Möglichkeitsräume es dafür bereits innerhalb des bestehenden polit-ökonomischen Systems gibt, ist somit eine weitere Frage, die sich an diesen Beitrag anschließt. In gewisser Weise öffnet sich damit auch ein weiteres utopisches Forschungs- und Diskussionsfeld, das sich mit Utopien (kommunal-)politischer Transformationsarbeit beschäftigt. Auch hier kann auf erste Realutopien zurückgegriffen werden. Ich denke dabei kommunale Transformationszentren und interkommunale Netzwerke, in denen zivilgesellschaftliche Realutopien von der Kommunalpolitik finanziell und ideell unterstützt werden. Ich denke an wirtschaftliche Kooperationen zwischen Kommunalunternehmen und alternativen Ökonomien, beispielsweise in Form von Commons-Public-Partnerships (vgl. Jerchel/Pape 2022), oder eine Wirtschaftsförderung, die regionale Wertschöpfung und kollaborative Wirtschaftsformen systematisch fördert (»Wirtschaftsförderung 4.0«, vgl. Kopatz/Hahne 2018). Und ich denke an neue Formen der kommunalpolitischen Beteiligung wie Bürger*innenräte, an den Ausbau der direkten Demokratie und municipalistische Bewegungen, die weltweit bereits in zahlreichen Städten die lokale Politik radikal zu reformieren versuchen (vgl. Bookchin/Colau 2019).

Reale Utopien in gesellschaftlichen Freiräumen, partielle und diskursive Brüche durch widerständige soziale Bewegungen und symbiotische Ansätze der kommunal-

politischen, ökonomischen Kollaboration müssen zusammengedacht werden. Denn nur im Zusammenspiel dieser unterschiedlichen strategischen Ansätze sowie unterschiedlichen Ebenen kann aus den ländlichen Utopien auch eine neue ländliche Realität werden.

Literatur

- Acosta, Alberto/Brand, Ulrich (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München: oekom.
- Altwater, Elmar (2018): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bookchin, Debbie/Colau, Ada (2019): Fearless Cities. A Guide to the Global Municipalist Movement. Oxford: New Internationalist.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Falterer, Franziska (2022): Reale Utopien als Keimzellen des Wandels? Die Rolle der Kommune Niederkaufungen in einer sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation. Unveröffentlichte Masterarbeit. Bayreuth.
- Felber, Christian (2013): Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. Wien: Paul Zsolnay.
- Gibson-Graham, J. K. (2006): A Postcapitalist Politics. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gibson-Graham, J. K. (2008): »Diverse economies: performative practices for ›other worlds‹«, in: Progress in Human Geography 32(5), S. 613–632.
- Gibson-Graham, J. K./Cameron, Jenny/Healy, Stephen (2013): Take Back the Economy. An Ethical Guide for Transforming our Communities. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag (= Konzepte, Materialien, Band 6). Königstein/Taunus: Helmer.
- Heinrichs, Harald/Grunenberg, Heiko (2012): Sharing Economy – Auf dem Weg in eine neue Konsumkultur?. Lüneburg: Centre for Sustainability Management.
- Jerchel, Paul/Pape, Judith (2022): Commons-Public Partnerships. Neue Kooperationsformen für die sozialökologische Transformation. Potsdam: Institute for Advanced Sustainability Studies.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA.
- Kommuja (2009): Politisches Selbstverständnis der Kommuja-Kommunen. Kommuja, <https://www.kommuja.de/politisches-selbstverstandnis-der-kommuja-kommunen/vom-08.11.2021>.
- Kommune Niederkaufungen (2015): Ergänzungspapier. Gelebte Praxis von 1986 bis heute (August 2015), <https://www.kommune-niederkaufungen.de/wp-content/uploads/2016/09/Erg%C3%A4nzungspapier-2015.pdf> vom 09.01.2022.

- Kopatz, Michael/Hahne, Ulf (2018): »Wirtschaftsförderung 4.0 – auch ein Thema für ländliche Räume«, in: AgrarBündnis (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2018. Konstanz: AgrarBündnis, S. 179–183.
- Ostrom, Elinor (2011) [1990]: *Governing the commons. The evolution of institutions for collective action* (= Political economy of institutions and decisions). Cambridge: Cambridge University Press.
- Raworth, Kate (2018): *Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*. München: Hanser.
- Sauer, Madeleine (2016): *Widerspenstige Alltagspraxen. Eine queer-feministische Suchbewegung wider den Kapitalozentrismus* (= Queer Studies, Band 13). Bielefeld: transcript.
- Schoppek, Dorothea/Krams, Mathias (2021): »Challenging Change: understanding the role of strategic selectivities in transformative dynamics«, in: *Interface: a journal for and about social movements* 13(1), S. 104–128.
- Schulz, Christian/Lange, Bastian/Hülz, Martina/Schmid, Benedikt (2020): »Postwachstumsgeographien. Konzeptionelle und thematische Eckpunkte der Anthologie«, in: Bastian Lange/Martina Hülz/Benedikt Schmid/Christian Schulz (Hg.): *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien*. Bielefeld: transcript, S. 13–32.
- Simon, Karl-Heinz/Matovelle, Alexa/Fuhr, Dagmar/Kilmer-Kirsch, Klaus-Peter/Dangelmeyer, Peter (2004): »Zusammenfassender Endbericht zum Vorhaben ›Gemeinschaftliche Lebens- und Wirtschaftsweisen und ihre Umweltrelevanz‹«. Hg. v. Wissenschaftliches Zentrum für Umweltsystemforschung, Kommune Niederkaufungen und Kommune Waltershausen. Universität Kassel. Kassel.
- Sommer, Bernd (2018): *Postkapitalistische Organisationen als Keimzellen einer Postwachstumsgesellschaft?*, https://www.kolleg-postwachstum.de/sozswgmedia/dokumente/WorkingPaper/WP+5_18+Sommer2.pdf vom 22.09.2021.
- Sörensen, Paul (2020): »Widerstand findet Stadt. Präfigurative Praxis als transnationale Politik rebellischer Städte«, in: *Zeitschrift für Politische Theorie* 10(1), S. 29–48.
- Streeck, Wolfgang (2013): »Was nun, Europa? Kapitalismus ohne Demokratie oder Demokratie ohne Kapitalismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58(4), S. 57–68.
- Sutterlütti, Simon/Meretz, Stefan (2018): *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*, Hamburg: VSA.
- WBGU – Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): *Hauptgutachten: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin: Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam* (= Schriften zur Ökologie, Band 14). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wright, Erik O. (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus* (= Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Band 2192). Berlin: Suhrkamp.
- Yates, Luke (2015): »Rethinking Prefiguration: Alternatives, Micropolitics and Goals in Social Movements«, in: *Social Movement Studies* 14(1), S. 1–21.

Zwischen Blaupause und Prozess

Ländliche Utopien am Beispiel der intentionalen Gemeinschaft Hitzacker/Dorf

Rebekka Diestelkamp

1. Einleitung: Ein utopisches Projekt

»Utopia in this sense, utopia at its best, is a necessary failure, but will fail us less than its absence« (Levitas 2007: 303f).

Fünf der vierzehn geplanten Wohnhäuser der ersten Bauphase in Hitzacker/Dorf sind gerade im Bau, als ich 2019 in dem Projekt für meine Masterarbeitsrecherche ankomme (siehe Abbildung 1). Ein ganzes Dorf soll dort einmal entstehen, wo zu dem Zeitpunkt noch ungenutzte Ackerfläche ist: Wohnraum für 300 Menschen, Gewerbe, Gemeinschaft. Eine große Utopie vom guten Leben auf dem Land, gemeinsam mit verschiedenen Generationen und Kulturen – eine Vision, die nun nicht mehr nur in den Köpfen ist, sondern materielle Formen annimmt. Für die empirische, qualitative Feldforschung verbringe ich einen Monat vor Ort, helfe beim Lehm- und Holzbau, führe Gespräche und beobachte, was mit den Utopien der Menschen passiert, wenn sie umgesetzt werden. Insgesamt habe ich zwölf narrative Interviews geführt und mit teilnehmender Beobachtung einen ethnographischen Ansatz verfolgt. Sowohl die vielen informellen Gespräche als auch die aktive Teilnahme am Alltag haben meine Forschung fundamental geprägt.

Hitzacker/Dorf ist Teil der Stadt Hitzacker und nimmt sich trotzdem Ländlichkeit als zentrales Thema seiner Utopie – wie allein schon durch die Benennung deutlich wird. Vorstellungen von der Bedeutung und Hoffnung für die Zukunft des Dorfes werden hier ganz explizit neu verhandelt, weshalb sie auch für diesen Beitrag als Ausgangspunkt dienen sollen.

Abbildung 1: Hitzacker/DorfBaustelle, im Sommer 2019



Quelle: eigenes Foto

Intentionale Gemeinschaften, wie Hitzacker/Dorf, nehmen es sich zum Ziel, utopische Vorstellungen für ein anderes und besseres Leben zu verwirklichen. Metcalf definiert intentionale Gemeinschaften explizit als Menschengruppen, die freiwillig zusammenkommen, um die von ihnen wahrgenommenen sozialen Probleme zu verbessern beziehungsweise Alternativen zu leben (2012: 21). Viele von ihnen befinden sich im ländlichen Raum (vgl. Meijering 2006: 12), unter anderem, weil dieser oft zumindest den Anschein erweckt, den Utopien wortwörtlich Raum zu geben. Weltweit waren besonders ländliche Räume die Orte, die als Modelle fungieren oder Utopien verwirklichen sollten. So wurden ländliche Räume auch genutzt, um koloniale Macht auszuüben (wie z. B. die *rural schools* im Französisch-Westafrika [vgl. Gamble 2009]), politische Ideologien zu fördern (so z. B. die sozialistischen Strategien von Ujamaa in Tanzania [vgl. Coghe 2017]) oder um technische Innovationen auszuprobieren (z. B. Modelldörfer oder *company towns* während der Industrialisierung [vgl. Cooke 2020]). Im Hintergrund wirken bei all diesen Ansätzen utopische Vorstellungen von Ländlichkeit, die gleichzeitig auch oft Ausbeutung – durch Kolonialmächte und/oder Stadtbewohner*innen – von Menschen und natürlichen Ressourcen ermöglichen. Romantisierte Vorstellungen von Land, die sich unter anderem in Diskursen um Authentizität und Tradition entfalten, sind daher in ihrer politischen Dimension zu betrachten (vgl. Dünckmann 2021).

Dieser Beitrag folgt Mark Shucksmiths Aufruf an Wissenschaftler*innen, die Debatten um ländliche Zukünfte zu unterstützen und gleichzeitig kritisch zu reflektieren (2018: 16). Dabei wird einerseits die Komplexität von Ländlichkeitsvorstellungen nachgezeichnet, die sich in Utopien wiederfinden, und andererseits deren praktische Aushandlung ergründet. Hierfür wird eine intentionale Gemeinschaft in ihrem Übergang von der

Idee zur Realisierung ihrer Utopien betrachtet. Zum einen soll der zentralen Frage nachgegangen werden, worin Potentiale von Utopien für die Gesellschaft liegen und zum anderen ganz konkret, welche Rolle Utopien in dem Prozess der Umsetzung in Hitzacker/Dorf einnehmen.

Hitzacker/Dorf ist deshalb interessant, weil die Gemeinschaft im Laufe der Zeit einen Umschwung im Umgang mit den eigenen Utopien erlebt hat. Utopien, so soll gezeigt werden, können als Blaupausen fungieren, die erst erdacht und dann eins zu eins implementiert werden – oder als offene Prozesse, als Methode statt als Ziel (Levitas 2007, 2012). Der Beitrag zeigt auf, dass die demokratische Aushandlung von Wünschen und Vorstellungen in einer größeren Gruppe von Menschen, sowie auch die Konfrontation mit materiellen Gegebenheiten im Prozess der Umsetzung zu diesem Umschwung geführt haben. Dieser Wandel ist gleichzeitig einer, der Kritik an und Hoffnungen auf Utopien im Allgemeinen nachvollzieht und somit als notwendiger Aushandlungsprozess um sozial-ökologischen Wandel verstanden werden kann. Das Projekt Hitzacker/Dorf kann in seinem experimentellen Ansatz als Ort der politischen Praxis betrachtet werden, als Ort der Neuaushandlung von Ländlichkeit und Gesellschaft generell sowie als Ort der Auseinandersetzung mit den eigenen Utopien und ihrer Umsetzung. So verstanden nehmen Utopien eine wichtige Rolle in gesellschaftlichen Transformationsprozessen ein. Sie werden zum Aufruf und konkreten Versuch, Alternativen zu gängigen gesellschaftlichen Praktiken zu erproben.

Im folgenden Beitrag wenden sich die ersten drei Abschnitte der konzeptionellen Betrachtung von Utopien zu. Zunächst wird der Begriff Utopie in seinem Verhältnis zu Räumlichkeit beleuchtet sowie die Besonderheiten ländlicher Utopien. Der darauffolgende Abschnitt führt in die unterschiedlichen Verständnisse von Utopien als Ziel oder als Methode ein, sowie die Implikationen hiervon für ihre Umsetzung. Der zweite Teil des Beitrags widmet sich den Ergebnissen der empirischen Forschung in Hitzacker/Dorf. In zwei Abschnitten wird das Projekt vorgestellt und dann als ländliche Utopie in der Aushandlung zwischen Blaupause und Prozess betrachtet.

2. Utopien und Räumlichkeit

Dem Konzept Utopie in die Wiege gelegt ist das Spiel mit Möglichkeit und Unmöglichkeit ihrer Existenz oder Verwirklichung. Das 1516 von Thomas Morus geprägte Wort *utopia* kommt aus dem Griechischen und bedeutet »kein Ort«. Zugleich verweist der Begriff aber auf das Wort *eu-topia*, was als »guter Ort« übersetzt werden kann. Dabei stellen sich also direkt die Fragen: Ist ein guter Ort möglich? Kann die Vorstellung eines guten Ortes immer nur Traum bleiben? Wie sieht die Materialität eines guten Ortes aus? Was passiert, wenn man versucht, den Utopien an konkreten Orten Materialität zu geben?

Utopie und Raum sind damit zwei inhärent miteinander verwobene, und gleichzeitig schwer miteinander verbindende Konzepte. Menschen haben die Orte um sich herum schon immer nach ihren Vorstellungen und Wünschen verändert. Harvey schreibt, dass städtebauliche Projekte gleichzeitig auch immer Projekte sind, die verhandeln, wer wir als Menschen sein oder eben auch gerade nicht sein wollen (2002: 12).

Kritik an Utopien entspinnt sich ebenfalls genau entlang dieses komplizierten Verhältnisses zu Räumlichkeit und Materialität. Verdeutlicht wurde dies spätestens durch die totalitären Fantasien und daraus resultierenden Regimen des 20. Jahrhunderts, die als Utopien einer kleinen Personengruppe verstanden werden können, die der Gesellschaft aufgezwungen wurden. Die literarischen Utopien der Renaissance gehen diesen Entwicklungen voraus, denn auch sie haben sich meist Zukünfte ausgemalt, in denen Autorität und Stabilität im Fokus stehen. Olssen beschreibt, dass diese Stabilität oft auf Kosten von Wandel und Diversität gingen (2003: 527). Martell diagnostiziert Utopien als mangelhaft in ihrer Auseinandersetzung mit Materialität im Allgemeinen, wenn sie idealistisch sind oder eben gesellschaftlichen Realitäten ausblenden (2017: 435). Mit dem Blick der humanistischen Geographie könnte man sagen, dass eine Umsetzung von Utopien dazu verleiten kann, abstrakten Raum zu sehen, statt konkrete, gelebte Orte. Raum, nach Tuan, ist etwas, dem Inhalt fehlt – er ist offen, leer und lädt dazu ein, ihn mit Substanz und Träumen zu füllen. Orte auf der anderen Seite tragen die Kontinuität von Vergangenheit und Zukunft in sich, sie sind gelebt (1975: 164f.).

3. Ländliche Utopien

Romantisierete Darstellungen von Kulturlandschaften und bäuerlicher Arbeit waren schon im alten Griechenland, dann erneut spätestens seit dem 18. Jahrhundert in Kunst und Literatur weit verbreitet und prägen nach wie vor gesellschaftliche Narrative und Debatten. Solche Vorstellungen idyllischer Ländlichkeit dienten damals wie heute, so schreibt Neu, als Gegenentwurf zur Unterwerfung der Natur unter zunehmend ökonomische Ziele und haben mit den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Land nichts zu tun (Neu 2020: 9). Auch in den aktuellen Bewegungen von der Stadt auf das Land sieht Neu eine Rückbindung an die lange Tradition des Dorfes als Ort des »guten Lebens« – was aber heute zunehmend »individueller Wohlfühlfaktor« (ebd.: 11) und nicht etwa ein besseres Leben für alle bedeutet. Diskurse über »leere« Räume, so Beetz, tragen dazu bei, dass ländliche Räume als »eine Tabula rasa« angesehen werden, »auf der jede Initiative möglich und auch willkommen ist« (2008: 12). In der Literatur wird immer wieder darauf verwiesen, wie Narrative um idyllisches Landleben ebenfalls zu Ausbeutung und Unterdrückung beitragen (vgl. z. B. Williams 1973, Short 2006).

Auch intentionalen Gemeinschaften, die oft in ländlichen Räumen verortet sind, wird häufig vorgeworfen, genau diesen utopisch-raumlosen Blick zu haben, gelenkt von der Hoffnung, irgendwo ihre Träume zu verwirklichen. Meijering beschreibt solche Projekte als damit beschäftigt, in ländliche Räume zu entfliehen, um dort Raum für alternative Lebensstile zu finden (2006: 12). Sind Modell- und auch Ökodörfer wie Hitzacker/Dorf dann als utopisch in diesem Sinne zu betrachten? Suchen sie nur nach einem besseren Ort für sich selbst und nutzen die ländliche Umgebung dafür? Worin können Potentiale von ländlichen Utopien für die Gesellschaft liegen?

In den Transformationswissenschaften werden Orte, an denen Alternativen zu aktuellen Werten und Praktiken erprobt werden, als wichtige Akteure des Wandels angesehen (Wagner/Grunwald 2015: 27). Wright (2010) beschreibt diese Orte als *Reale Utopien*: dort werden Umriss einer neuen sozialen Welt mit emanzipatorischen Idealen vorge-

stellt und deren Umsetzung ausprobiert. Pickerill und Chatterton beschreiben in ähnlicher Weise in ihrem Konzept der *autonomous geographies* Orte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, an denen versucht wird, Alltagspraktiken zu hinterfragen und zu ändern (Pickerill/Chatterton 2016: 742). In der Beschreibung der Autor*innen geht es dabei nicht um einen linearen Verlauf hin zu einer einzigen, erwünschten, verorteten Utopie, sondern vielmehr um die Verpflichtung, Ko-Existenz, Aushandlungen und Konflikt anzuerkennen (ebd.: 736). Halfacree interessiert sich für dieses Phänomen insbesondere in ländlichen Räumen und hat daher den Begriff *radical ruralities* geprägt (2007: 131). Orte der radikalen Ländlichkeit wollen Wandel bewirken und, so Halfacree, ländliche Entwicklung in eine fundamental andere Richtung bringen als die kapitalistische Entwicklung, die sonst dominiert (ebd.: 131). Diese Konzepte zeigen, dass an die Utopien und Versuche, ländliche Räume neu zu denken und zu praktizieren, große Hoffnungen für gesellschaftlichen Wandel geknüpft sind. In Utopien für eine radikale Veränderung liegt also das Potential, tatsächlichen Wandel anzustoßen.

4. Utopie als Ziel oder als Methode

So macht es, mit Levitas, Sinn, Utopien als positiv und notwendig und als essentiell für gesellschaftlichen Wandel zu sehen. Besonders im Angesicht der Klimakrise braucht es radikales, ganzheitliches Denken, das nicht davon ausgeht, dass die Welt einfach weitergeht wie bisher (2007: 301). Sie bezieht sich auf Mannheim (1979), um zwischen Utopie und Ideologie zu unterscheiden, die oft miteinander verwechselt werden. Ideologie dient demnach dazu, den Status quo zu erhalten, während Utopie danach strebt, ihn zu transformieren (Levitas 2007: 289). Bloch folgend beschreibt sie, dass Utopie ein Blick nach vorne ist und keine Suche nach dem Zurück (ebd.: 290) – bzw. nach dem ländlichen Idyll, wie Shucksmith es nennt (2016: 2). Utopien als unrealistisch abzuwerten, ist, laut Levitas, eine Strategie, um an neoliberalen und neokonservativen Hegemonien festzuhalten: eine anti-utopische Utopie (2007: 299).

Eine der größten Schwierigkeiten mit utopischem Denken scheint zu sein, dass oft ideale, fehlerlose Gesellschaften imaginiert werden – Endstadien, in denen sich nichts mehr verändern soll. In den klassischen literarischen Utopien werden finale, festgelegte soziale Ideale beschrieben, in denen die Gesellschaft statisch ist und sogar oft Sicherheitsmechanismen eingebaut werden, die vor radikalem Wandel schützen sollen (Frye 1965: 329). Die Umsetzung von Utopien ist also oft problematisch und schwierig, vor allen Dingen, wenn sie als Blaupause für die Realität genommen werden. Mit der Vorstellung, in einer Utopie im Sinne aller zu handeln, wird der Weg der Umsetzung schnell autoritär. Shucksmith bezieht sich auf Brox (2006), der aus einem planerischen Beispiel in Norwegen schließt, dass Utopien als vermeintlich endgültiges Ziel sowohl in ländlichen Räumen als auch anderswo scheitern müssen (2018: 5).

Utopien als Ziel zu nehmen kann dazu verleiten, sie wie eine Blaupause auf die faktische Welt zu legen und zu versuchen sie eins zu eins umzusetzen. Gleichzeitig kann eine Blaupause in dieser Art und Weise als vervielfältigbar betrachtet werden – also eine Blaupause, die dann wiederum als Muster übertragen werden kann.

Levitas schlägt vor, Utopien nicht als Ziel zu sehen, sondern als Methode auf dem Weg, denn obwohl das Ziel vielleicht der Wandel ist, so ist doch die Vorstellung nicht dahin gerichtet, eine identische Vision umzusetzen (Levitas 2007: 300). Die von ihr beschriebene IROS Methode – *Imaginary Reconstitution of Society* – besteht aus zwei Modi. Der erste, archäologische Modus dreht sich darum, zu rekonstruieren, welche implizierten Vorstellungen von gutem Leben in politischen Positionen enthalten sind. So werden sie explizit und Kritik, Dialog und eine demokratische Neuverhandlung werden möglich. Erst in dem zweiten, architektonischen Modus werden alternative Modelle entwickelt und verhandelt, wie Gesellschaft sein könnte (ebd.: 300). Zentral für Utopien als Methode ist also, dass sie verhandelbar werden und in demokratischen Prozessen immer wieder neu hinterfragt und rekonstruiert werden können. In diesem Sinne können Utopien als politische Praxis per se verstanden werden. Durch IROS wird die Auseinandersetzung explizit, kritisch und demokratisch verhandelbar. Im Folgenden soll also ein Blick auf Hitzacker/Dorf geworfen und analysiert werden, welche Rolle Utopien dort spielen und was mit diesen im Prozess der Umsetzung passiert.

5. Das Projekt Hitzacker/Dorf

Hitzacker/Dorf ist ein Ortsteil in Hitzacker, einer Stadt im Wendland von ca. 5.000 Einwohner*innen (Landkreis Lüchow-Dannenberg, siehe Abbildung 2). Die ursprüngliche Idee für das Projekt entstand 2015 im Zuge der vermehrten Ankunft von geflüchteten Personen im Landkreis. Die zwei Gründer hatten den Wunsch, interkulturelles, intergenerationelles und ökologisches gemeinschaftliches Wohnen zu ermöglichen. 2016 wurden dann eine Genossenschaft sowie ein Verein gegründet und im gleichen Jahr wurde auch schon das Land für die erste Bauphase erworben – die sogenannte Dorfstraße, die ca. die Hälfte der insgesamt 300 geplanten Bewohner*innen beherbergen soll (siehe Abbildung 3).

Hitzacker/Dorf kann nicht als traditionelles Ökodorf verstanden werden, da es Teil der Stadt Hitzacker ist und in mancher Hinsicht eher einem Stadtplanungsprojekt gleicht (siehe Abbildung 4). Wichtig ist hierbei, dass sich nicht erst eine Gruppe zusammengefunden hat, die gemeinsam leben wollte, sondern sich das Projekt um die Idee, um die Utopie, entwickelt hat. Sowohl die Architektur als auch die soziale Struktur sind dabei Teil der Utopie: Die Modulbauweise der Häuser wurde gemeinsam mit einem Architekten entwickelt, um günstigen, flexiblen, ökologischen Wohnraum zu ermöglichen, und das soziale Gefüge des Ortes soll sich aus einem Drittel älterer Menschen, einem Drittel jüngerer Menschen und Familien und einem Drittel geflüchteter Personen zusammensetzen. Das Ziel ist, eine komplett neue Infrastruktur sowie ein ganzheitliches soziales Design umzusetzen. Das Projekt ist auf eine bestimmte Größe angelegt – 300 Personen sollen dort einmal wohnen, eine Zahl, die, wie einer der Gründer es beschreibt, wie folgt festgelegt wurde:

Abbildung 2: Landkreis Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen



Quelle: © GeoBasis-DE/BKG (2023)

Abbildung 3: Entwurf Hitzacker/Dorf, beide Bauphasen (Stand 2018)



Quelle: Gutzeit 2018

»Und dann fragt sich, wie groß muss denn überhaupt so eine Gemeinschaft sein, damit es sich zum Beispiel lohnt, einen kleinen Laden aufzumachen. Und dann kamen wir auf 300 Leute. Wenn man sich mit irgendwelchen Feldforschern unterhält, wie ist es eigentlich mit Gemeinschaften, ab wann funktioniert denn sowas? Und warum funktioniert es ab 'ner bestimmten Größe? Na ok, dann lass uns doch mal 300 Leute denken« (12, 04.07.2019).

Neben dem gemeinschaftlichen Wohnen in »verbindlicher« oder »solidarischer« Nachbarschaft, wie es in Hitzacker/Dorf genannt wird, und der ökologischen Bauweise, nimmt sich Hitzacker/Dorf explizit Ländlichkeit zum Thema. »Gemeinsam erforschen wir, wie ein gutes Leben auf dem Land aussehen kann, wie wir im 21. Jahrhundert leben wollen – in einem Europa der vielfältigen Kulturen«, so heißt es auf der Webseite des Projekts. Obwohl es einen randlich gelegenen Stadtteil bildet, ist Ländlichkeit »das Ziel und die Vision« (16, 10.07.2019). Die Utopie für ein gutes Leben auf dem Land, wie es in Hitzacker/Dorf angestrebt wird, spiegelt sich bereits zu Teilen in der Namensgebung wider: im Zwischenraum zwischen Stadt und Land, zwischen ländlicher Lebensweise und städtischer Kultur. Dorf, so zeigt sich in dem Projekt, ist ein Begriff, dem unterschiedliche Bedeutungen und Praktiken anhängen, und somit etwas, was immer wieder neu angefochten und konstruiert wird. Dies zeigt sich in dieser Aussage einer Bewohnerin deutlich:

»Ne Zeit lang hatten wir mal das Gefühl, dass wir zu sehr auf Sicherheit gehen. Das Dorf kann nur werden, wenns wirklich irgendwo diese Vision nicht verliert, sonst kanns halt ein Dorf werden« (13, 26.06.2019).

Dorf wird hier zweimal sehr unterschiedlich betont und verstanden: einmal als die Utopie eines Dorfes, die das Projekt sein will, und einmal eher abwertend, Dorf in all seiner traditionellen Rückständigkeit. Erst durch die Utopie wird Hitzacker/Dorf zu dem Ort, den es neu konstruieren will, sonst besteht die Gefahr, dass es in die gesellschaftlich dominante Version eines Dorfes verfällt, die es gerade versucht nicht zu sein. Dahinter stehen Vorstellungen von dem, was Dorf »normalerweise« ist, und Utopien, wie Ländlichkeit sein könnte.

Eine Bewohnerin beschreibt ihren Wunsch so:

»Also, ich lebe seit vielen Jahren in Hamburg und möchte gerne aufs Land ziehen. [...] Und für mich ist der Punkt, ich kann mir nicht vorstellen, mit meiner Frau alleine in irgendeinem kleinen Dorf zu leben, ich glaube nicht, dass das uns guttun würde« (14, 01.07.2019).

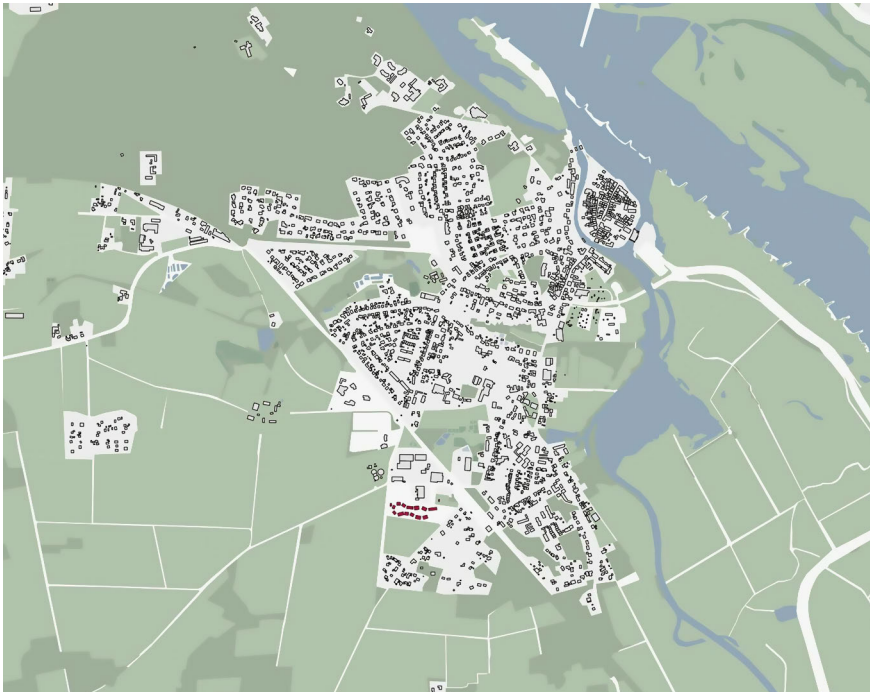
Dorf, so merkt man hier, bedeutet für sie konservative Restriktion. In ihrer Utopie kann es jedoch ein progressiver Ort sein, an dem sie offen in einer gleichgeschlechtlichen Ehe leben kann. Die Vorstellungen, was Landleben bedeutet, schwanken dabei in den Beschreibungen zwischen Romantisierung, kritischer Reflexion dieser und Abwertung. Auf der einen Seite gibt es eine rückwärtsgewandte Utopie, den Wunsch nach dem *paradise lost* – Dorf wiederherzustellen, wie es einmal war:

»Weil wir irgendwie versuchen wollen, nicht nebeneinander her, sondern miteinander zu wohnen, wie das früher eigentlich normal war im Dorf« (17, 09.07.2019).

Gleichzeitig werden diese rückwärtsgewandten Utopien auch im gleichen Zuge als solche entlarvt. »Dorf«, so einer der Gründer, »hat ja so Mythen. Gemeinschaft, Nachbarschaft – das sind ja alles Mythen« (12, 04.07.2019). Die abwertenden Vorstellungen von traditionellem Landleben bilden den Gegenpol zur Romantisierung. »Eigentlich ist Dorfleben knallhart«, so formuliert es derselbe Gründer.

»Wenn du dich nicht integrierst und nicht dazu gehören willst und nicht im Schützenverein und der Feuerwehr oder sowas bist, dann bist du draußen. Eigentlich war das ein sehr klar umrissener Raum. Diese ganzen romantischen Vorstellungen von Dorf habe ich nirgendwo gesehen« (12, 04.07.2019).

Abbildung 4: Lage Hitzacker/Dorf in der Stadt Hitzacker



Quelle: OpenStreetMap contributors

Für viele, so erzählt auch eine andere Bewohnerin, war Dorf früher negativ besetzt, »mit Enge und Kontrolle« (11, 08.06.2019).

Die Abwertungen rühren teilweise auch von negativen persönlichen Erfahrungen her. Eine Bewohnerin beschreibt, dass sie selbst aus einem kleinen Dorf kommt und es schrecklich fand:

»Ich bin mit achtzehn sofort von zuhause weg und war ein Jahr in Afrika und wollte nie in ein Dorf ziehen, war in Hamburg und fand also Dorf nur grauenhaft, ne?« (I1, 08.06.2019).

Es wird also deutlich, dass, obwohl romantisierte Erzählungen durchscheinen, diese nicht als erstrebenswerte Utopie angesehen werden. Stattdessen, so wird in den Erzählungen deutlich, soll zukunftsgerichtet etwas Neues erdacht werden:

»Wir wollen ja im Grunde das Dorf neu erfinden und das bedeutet für unsere Zeit, also für das 21. Jahrhundert« (I4, 01.07.2019).

Diese neue Erfindung scheint in vielerlei Hinsicht nicht fertig erdacht zu sein, aber es gibt bestimmte Grundwerte, die geteilt werden. Die Dorf-Utopie wird unter dem Begriff »solidarische Nachbarschaft« gefasst, was so viel bedeutet wie »schon in Bezogenheit auf einander aber auch in Freiheit leben zu können« (I4, 01.07.2019). In der Vorstellung geht es also um ein Zusammenleben in Verbindlichkeit und Freiheit in Anerkennung der Unterschiedlichkeit der Menschen, die dort zusammenkommen. Die Utopie geht jedoch darüber hinaus. Eine Bewohnerin sagt, dass es nicht genug sein kann, bei den Nachbarn zum Kaffee zu gehen, wenn es ihr nicht gut geht. »Das reicht mir nicht, da will ich ein politischeres Dorf« (I3, 26.06.2019).

6. Eine Utopie im Wandel

In dem politischen Anspruch zeigt sich ein Umgang mit Utopie als Prozess und weniger als ein imaginiertes, perfektes Endzustand. Dies scheint jedoch nicht immer so gewesen zu sein. Hitzacker/Dorf als Modelldorf war zu Beginn zentraler Bestandteil der Gründungsutopie. Einer der Gründer beschreibt es so:

»Und dann war erstmal der Gedanke, ok, wenn wir jetzt europaweit das Ganze denken – wir waren mittlerweile an dem Punkt, wo wir gedacht haben, wir machen ein Modellprojekt für den ländlichen Raum Europas« (I2, 04.07.2019).

Es ging also zumindest zum Teil um eine Utopie, die nicht nur in Hitzacker/Dorf, sondern im Anschluss auch an anderen Orten wie eine Blaupause angewendet werden kann. Dies galt zum Beispiel für die für das Projekt entwickelte Serienbauweise. Die Idee war, so der andere der beiden Gründer, »wenn wir eine wirklich gute Bauweise entwickeln, eine gute Serienbauweise, dass das dann wirklich als Blaupause übernommen werden kann von Leuten, mit den ganzen Erfahrungen, die wir dabei machen« (I9, 18.07.2019). Hierfür sollte ein Handbuch entwickelt werden, das dann als Vorlage für andere Projekte dienen sollte. Dann allerdings wuchs das Projekt an, unterschiedlichste Menschen kamen zusammen in einem Visionsfindungsprozess und dann ging es an die Schaffung der konkreten Materialität. Eine Bewohnerin beschreibt diese Idee als Teil der Vergangenheit:

»Also, es war die Intention der Gründer, dass es ein Vorbilddorf wird. Ein Dorf für Europa hieß es damals immer. Und dann ist das aber runtergefahren worden. Wie gesagt, ich glaube, im Augenblick reden wir nicht so viel darüber, ob wir Vorbild sein werden« (I4, 01.07.2019).

Einer der Gründer schaut im Nachhinein selber ironisch darauf zurück:

»Wenn wir jetzt hier Hitzacker/Dorf als Modell für den ländlichen Raum denken [...] wie hoch aufgehängt ist das denn? (lacht)« (I2, 04.07.2019).

In dem Prozess der Umsetzung scheint sich gleichzeitig auch der Gedanke gewandelt zu haben, dass Ideen als Blaupause umzusetzen sind. Eine Bewohnerin beschreibt, dass besonders beim Bauen, in der tatsächlichen Materialisierung also, Ideen verloren gehen:

»Dann ist so viel, so viel zu tun. Und dass die Bauleute wenig Utopien haben zurzeit oder mühsam die behalten müssen, das kann ich total gut verstehen! Wenn man schon alles Mögliche andere entscheiden muss und das Ewigkeiten dauert« (I3, 26.06.2019).

Tatsächlich bleibt aber der Eindruck, dass die Utopien nicht verlorengehen, sondern sich lediglich verändert haben, auf andere Art und Weise als geplant im Alltag des Projekts Raum finden müssen und genau dadurch Neues entsteht. Eine andere Bewohnerin beschreibt es so:

»Ich glaube, dass wir sehr viele Sachen verändert und verwandelt haben. Also, zum Beispiel dieses Bauen, das haben wir – dass das nicht nur eine Last ist und wir müssen jetzt fertig werden, sondern, dass dabei wir das Dorf tatsächlich mit unseren eigenen Händen bauen. Dass Gemeinschaft dabei entsteht, aber dass das Dorf materiell entsteht und geistig gleichzeitig. Also, das habe ich vorher nicht gedacht« (I4, 01.07.2019).

Auf die Frage, welche Ideen sich durch den Bau verändert haben, nennt eine Bewohnerin das Beispiel:

»Wir haben mehr Eigenleistung machen müssen, als wir gedacht haben, wir haben am Anfang gedacht, das geht bei der Eigenleistung eher um Schrauben sortieren und ein bisschen aufräumen. Jetzt ist die Eigenleistung tatsächlich richtig handwerkliche Sachen« (I4, 01.07.2019).

Die Utopie muss sich also nicht nur in den Gebäuden verwirklichen, sondern wirkt sich auch auf die konkreten Alltagspraktiken und Körper der Beteiligten aus.

Eine der Hauptideen, die sich verändert hat, ist die, Geflüchtete von Anfang an in die Planung einzubeziehen. Im Sommer 2019 war nur noch eine geflüchtete Familie an dem Projekt beteiligt, was die restlichen Mitglieder stark beschäftigt hat. Das Entwickeln der Utopie in den Köpfen, die Aushandlungen darüber, welche gemeinsamen Visionen in dem Projekt verwirklicht werden sollen, ohne physische Fakten, werden als Schlüsselfaktoren genannt, die Geflüchtete davon abgehalten haben, im Projekt involviert zu bleiben:

»Hier gab es ja am Anfang kein Haus, es gab immer nur Visionen und Pläne und wie das sein könnte, und das war eine totale Überforderung« (I3, 26.06.2019).

Dazu kamen die bürokratischen und existentiellen Hürden der Geflüchteten:

»Wir haben am Anfang nicht eingeschätzt, dass die ganz andere Probleme haben, als sich einer Vision anzunähern, sondern dass sie ganz existenzielle Probleme haben. Dass wir erst bauen müssen, erst die Wohnungen fertig machen müssen, bevor sie kommen« (I4, 01.07.2019).

Die Utopien werden also einerseits konfrontiert mit den realen Gegebenheiten und verändern sich mit den praktischen Umständen der Umsetzung. Andererseits scheinen die Utopien sich auch verändert zu haben in der Pluralität und Diversität der Menschen, die zu dem Projekt dazugestoßen sind. Die Aushandlungen, die es gab, als Geflüchtete zu Beginn noch involviert waren, zeigen besonders, wie Utopien in der Unterschiedlichkeit zusammenkommender Menschen herausgefordert werden. In der konkreten Materialität gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen und Bedürfnisse, was ein gutes Leben bedeutet. Einer der Gründer beschreibt es so:

»Wir haben jetzt zwar ein paar Häuser geplant, wo die Geflüchteten sagen, nee, das ist für uns total undenkbar. Also, einige sagen das. Das man Küche und Wohnraum zusammen – geht nicht. Es gibt ein Wohnzimmer und es gibt eine Küche. Und in der Küche sind die Frauen, da kann man ja auch schwatzen, und die Männer sind dann im Wohnzimmer« (I2, 04.07.2019).

Getrenntes Wohn- und Esszimmer wird somit zum Konfliktpunkt einer Utopie: »Ist es das, was wir wollen? Haben wir das Gefühl, dass das gut ist?« (I2, 04.07.2019). Die langfristige Beteiligung von Geflüchteten von Beginn des Projekts an ist also einer der zentralen Punkte, wo sich die Utopie in Hitzacker/Dorf entscheidend verändern musste.

Levitas nennt Vorläufigkeit als zentrales Kriterium für IROS. Utopien müssen provisorisch sein und scheitern, denn es geht um eine nicht-planbare Zukunft – erst durch die Erkenntnis der Vorläufigkeit wird Utopie zur Methode und nicht zum Ziel (2007: 303f). Scheitern mussten also auch einige Ideen in Hitzacker/Dorf in der Umsetzung. Und auch einer der Gründer erkennt an, dass sich Utopien zwangsläufig verändern, wenn sie transparent gemacht und mit anderen Menschen ausgehandelt werden:

»Das ist jetzt nicht 100 Prozent von dem, was wir uns gedacht haben, aber das ist ja auch idiotisch zu glauben, dass man 100 Prozent umsetzt. Was soll das auch, ne? Das ist ja völlig klar, dass das ganz andere Nuancen kriegt, wenn andere Menschen dazu kommen mit anderen Vorstellungen« (I2, 04.07.2019).

Die Vorläufigkeit der eigenen Utopien zu erkennen, bedeutet laut Levitas auch einen Dialog zu eröffnen, die eigenen Vorstellungen und Hoffnungen offen zu legen und damit in Aushandlung zu gehen (2007: 303f). Erst das schafft Verantwortung für den Prozess, der damit angestoßen wird. Eine Utopie zu schaffen, die Raum gibt für freies Denken und Träumen sowie trotzdem Offenheit für demokratischen Austausch und Verände-

ung erhält, ist ein herausfordernder Prozess, der in Hitzacker/Dorf in vielerlei Hinsicht ausgetragen wird. Einer der Gründer beschreibt es wie folgt:

»Und so haben wir versucht, immer wieder das so weit zu planen, dass man es konkret machen kann, aber trotzdem diese Offenheit im System hält, dass das Ergebnis offenbleiben darf. Dass sich ein Ergebnis zeigt. Was auch nur temporär sein mag. Das ist ganz schön anstrengend (lacht)« (12, 04.07.2019).

Seit der ursprünglichen Utopie von zwei Männern hat sich das Narrativ von Hitzacker/Dorf als Blaupause gewandelt hin zu einem Narrativ des Experimentierens, des Ausprobierens. In den Worten eines Mitglieds:

»Also, ich würde es eher als Experiment betrachten, was wir hier tun, aber eben auch mit der Offenheit, dass wir hier, innerhalb unserer Gemeinschaft, experimentieren, aber ja auch darüber hinaus« (14, 01.07.2019).

Es scheint durch die Aushandlungsprozesse immer deutlicher geworden zu sein, dass Visionen umzusetzen bedeutet, sich mit Utopien in den Prozess zu begeben. Es geht um den Mut, »sich auszuprobieren. Also, ohne ein fertiges Konzept zu haben, so muss es werden, so muss es sein« (15, 08.07.2019).

Levitas beschreibt, dass utopisches Denken eine radikale Veränderung bedeutet, nicht nur der Gesellschaft, sondern auch des Selbst. Utopie könnte sogar bedeuten, sich ein Selbst vorzustellen, das so transformiert ist, dass es schon fast einer Auslöschung gleichkommt (2007: 303). Die Forschung in Hitzacker/Dorf zeigt, dass diese radikale Veränderung große Offenheit erfordert. Wie ein Bewohner zusammenfasst:

»Nicht einfach nur starr eine Vorstellung im Kopf zu haben, sondern flexibel zu bleiben, sondern zu sagen, wir haben eine Idee und wir legen einfach los. Und wir gucken und wenn das nicht funktioniert, dann gibt es einen anderen Weg, den finden wir dann gemeinsam innerhalb dieses Prozesses« (15, 08.07.2019).

Wie Hitzacker/Dorf ein Modell sein kann wird in diesem Wandlungsprozess auch neu definiert. Modell wird nun nicht mehr als Blaupause gesehen, sondern vielleicht eher als Inspiration und in seiner Möglichkeit, in den Austausch zu gehen. Eine Bewohnerin beschreibt, dass es darum geht, dass das Projekt keine abgeschlossene Einheit ist, »sondern schon eine Einheit, in der wir experimentieren können, aber ich hab schon auch das Bild, dass das nach außen überschwappt. Oder den Wunsch. Dass, wenn es gelingt, das wissen wir ja alle noch gar nicht. Aber wir haben Ideen und Visionen und die sind innerhalb unseres Projektes sicherlich nochmal sehr unterschiedlich, aber wenn es gelingt, dass es dann auch nach außen hin Auswirkungen hat« (15, 08.07.2019).

7. Fazit: Utopie als Prozess

Hitzacker/Dorf ist eine intentionale Gemeinschaft, die einen Transformationsprozess von erdachter Utopie über Aushandlung bis hin zur beginnenden Materialisierung durchlaufen hat. Anhand dieses Prozesses lassen sich auch die Grundzüge und unterschiedlichen Aspekte von ländlichen Utopien nachzeichnen. So war zu Beginn der Utopie die Vorstellung präsender, dass das Projekt eine Blaupause, ein Modelldorf für ganz Europa sein wird, während in der Aushandlung der experimentelle Charakter – Utopie als Methode – stärker hervorgetreten ist. Besonders diese Aushandlungsprozesse, so wurde deutlich, machen Hitzacker/Dorf zu einem inhärent politischen Projekt, das sich der eigenen Grenzen und des notwendigen Scheiterns bewusst ist, aber trotzdem nicht aufgibt.

Die Auseinandersetzung mit Hitzacker/Dorf zeigt, dass Ländlichkeit kein festgelegtes Phänomen ist, sondern kontinuierlich (re-)konstituiert wird. Das Projekt widmet sich der Utopie einer neuen Form der Ländlichkeit, die Aspekte des Städtischen und des Dörflichen miteinander verbinden will und dabei eine neue, zukunftsorientierte Ländlichkeit erprobt. Als Modell kann es also verstanden werden im Sinne von Wrights *Real Utopias*, nicht als perfekter Endzustand, sondern als gelebtes Experiment.

Dieser Beitrag zeigt, dass Aushandlungsprozesse ein zentrales Kriterium in der Umsetzung von Utopien sind – zumindest, wenn Utopien als Prozess verstanden werden. Im Zusammenkommen unterschiedlicher Menschen, so habe ich immer mehr verstanden, wird es essentiell, Utopien offenzulegen und kollektiv im Gespräch Zukünfte zu imaginieren – erst so wird Utopie zu einer Methode statt zu einem Ziel. Im Anschluss hierzu wäre weitere Forschung bereichernd, die sich diesem Phänomen in unterschiedlichen Modelldörfern weltweit widmet. Diese Untersuchungen versprechen Erkenntnisse dahingehend, welche Vorstellungen vom guten Leben auf dem Land es gibt und wie die Aushandlung dieser Utopien gelebt wird, je nachdem, welche Akteure und Kontexte an der Umsetzung beteiligt sind.

Literatur

- Beetz, Stephan (2008): »Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit«, in: Eva Barlösius/Claudia Neu (Hg.): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit (= Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – Land Innovation, Materialien, Band 21). Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7–16.
- Brox, Ottar (2006) *The Political Economy of Rural Development: Modernisation without Centralisation?* Delft: Eburon.
- Coghe, Samuël (2017): »Reordering Colonial Society: Model Villages and Social Planning in Rural Angola, 1920–45«, in: *Journal of Contemporary History* 52(1), S. 16–44.
- Cooke, Philip (2020): »Silicon Valley Imperialists Create New Model Villages as Smart Cities in Their Own Image«, in: *Journal of Open Innovation: Technology, Market, and Complexity* 6(2), S. 24–42.

- Dünckmann, Florian (2021): »Idyllic politics and politics of the idyll«, in: Pavel Pospěch/ Eirik Magnus Fuglestad/Elisabete Figueiredo (Hg.): *Politics and Policies of Rural Authenticity*, London: Routledge, S. 129–140.
- Frye, Northrop (1965): »Varieties of Literary Utopias«, in: *Daedalus* 94(2), S. 323–347.
- Gamble, Harry (2009): »Peasants of the Empire: Rural Schools and the Colonial Imaginary in 1930s French West Africa«, in: *études africaines* 49 (195), S. 775–804.
- Halfacree, Keith (2007): »Trial by space for a ›radical rural‹: Introducing alternative localities, representations and lives«, in: *Journal of Rural Studies* 23, S. 125–141.
- Harvey, David (2002): *Spaces of Hope*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Hitzacker/Dorf Webseite. <https://hitzacker-dorf.de/index.html> vom 12.07.2023.
- Levitas, Ruth (2007): »Looking for the blue. The necessity of utopia«, in: *Journal of Political Ideologies* 12(3), S. 289–306.
- Levitas, Ruth (2012): *Utopia as Method: The Imaginary Reconstitution of Society*, London: Palgrave.
- Martell, Luke (2017): »Utopianism and Social Change: Materialism, conflict and pluralism«, in: *Capital & Class* 42(3), S. 435–452.
- Mannheim, Karl (1979): *Ideology and Utopia*, London: Routledge & Kegan Paul.
- Meijering, Louise (2006): *Making a Place of Their Own: Rural Intentional Communities in Northwest Europe*. Unveröffentlichte Dissertation. Groningen.
- Metcalf, Bill (2012): »Utopian Struggle: Preconceptions and Realities of Intentional Communities«, in: Marcus Andreas (Hg.): *Realizing Utopia: Ecovillage Endeavors and Academic Approaches (= RCC perspectives, Band 8)*. München: RCC, S. 21–30.
- Neu, Claudia (2020): »Neue Ländlichkeit – zwischen Idylle und rechter Landnahme«, in: *AgrarBündnis e.V. (Hg.): Kritischer Agrarbericht 2020: Stadt, Land – im Fluss*. Hamm: ABL Bauernblatt, S. 8–13.
- Olssen, Mark (2003): »Totalitarianism and the ›Repressed‹ Utopia of the Present: Moving beyond Hayek, Popper and Foucault«, in: *Policy Futures in Education* 1(3), S. 526–552.
- OpenStreetMapContributors: https://wiki.openstreetmap.org/wiki/Main_Page vom 12.07.2023.
- Pickerill, Jenny/Chatterton, Paul (2016): »Notes towards Autonomous Geographies: Creation, resistance and self-management as survival tactics«, in: *Progress in Human Geography* 30(6), S. 730–746.
- Shucksmith, Mark (2018): »Re-imagining the Rural: From Rural Idyll to Good Countryside«, in: *Journal of Rural Studies* 59, S. 163–172.
- Short, Brian (2006): »Idyllic Ruralities«, in: Paul Cloke/Terry Marsden/Patrick Mooney (Hg.): *Handbook of Rural Studies*. London: SAGE, S. 133–148.
- Tuan, Yi-Fu (1975): »Place: An Experiential Perspective«, in: *Geographical Review* 65(2), S. 151–165.
- Wagner, Felix/Grunwald, Armin (2015): »Reallabore als Forschungs- und Transformationsinstrument: Die Quadratur des hermeneutischen Zirkels«, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 24(1), S. 26–31.
- Williams, Raymond (1973): *The Country and the City*. Oxford: Oxford University Press.
- Wright, Erik O. (2010): *Envisioning Real Utopias*. London: Verso.

Interviews

Interview 1 (I1) geführt am 08.06.2019

Interview 2 (I2) geführt am 04.07.2019

Interview 3 (I3) geführt am 26.06.2019

Interview 4 (I4) geführt am 01.07.2019

Interview 5 (I5) geführt am 08.07.2019

Interview 6 (I6) geführt am 10.07.2019

Interview 7 (I7) geführt am 09.07.2019

Interview 8 (I8) geführt am 14.07.2019

Interview 9 (I9) geführt am 18.07.2019

Urban Hubs – Utopien der Widersprüche im Ländlichen

Jana Lüdemann, Tobias Schmitt & Martina Neuburger

1. Einleitung

Seit einigen Jahren wird im deutschsprachigen Raum unter dem Stichwort der »Neuen Ländlichkeit« (Neu 2016) ein (wiederentdecktes) Interesse am Landleben diskutiert. Dieses findet seinen Ausdruck zum Beispiel im Boom von Zeitschriften wie »Landlust«, in denen ein idealisiertes Bild vom Leben auf dem Land gezeichnet wird (vgl. Baumann 2018). Zeitgleich registrieren immer mehr ländliche Gemeinden in Deutschland einen tatsächlichen Zuzug aus der Stadt, ein Trend, der im Zuge der Corona-Pandemie und den ausgeweiteten Möglichkeiten der Heimarbeit noch verstärkt wurde (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung/Wüstenrot Stiftung 2022). Nicht selten dienen dabei ländliche Räume gewissermaßen als Passepartout für utopische Vorstellungen, wenn es um die Frage nach einem »Guten Leben« geht, denn ein ländliches Leben wird u.a. in Einklang mit der Natur, in gesellschaftlicher Harmonie und innerer Ruhe imaginiert (vgl. Shucksmith 2018). Trotz des gegenwärtigen Trends des Zuzugs von urban geprägten Menschen aufs Land sollte nach Neu (2016) nicht aus dem Blick geraten, dass dadurch der Abbau der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen v.a. für die alternde Bevölkerung nicht grundsätzlich aufgehalten wird.

Unter dem Motto der »Neuen Ländlichkeit« wird jedoch nicht nur das Wiederaufleben eines idealisierten, natur- oder traditionsverbundenen Dorflebens beschrieben, sondern auch die Entstehung neuer Lebens- und Arbeitsformen im ländlichen Raum. Hier wird vor allem Co-Working-Spaces eine besondere Aufmerksamkeit zuteil, denn sie gelten als Hoffnungsträger für die als zentral erachtete Herausforderung ländlicher Räume: die Abwanderung junger Menschen (vgl. Werther et al. 2021; Sept/Reichel 2022). Und auch hier sind es wieder Menschen aus urban geprägten, kreativen Milieus, die vor allem durch solche Angebote angesprochen werden. Allerdings wird Co-Working auch von Akteur*innen aus dem ländlichen Raum selbst als Emanzipations- und Transformationsprojekt für den ländlichen Raum geframt und aufgebaut. Als Beispiel soll hierfür BASIS Vinschgau Venosta in Südtirol ins Feld geführt werden, ein selbstbenannter *Social Activation Hub* oder *Urban Hub*, mit dem sich dieser Beitrag näher auseinandersetzen möchte.

Der Fokus des vorliegenden Beitrages liegt auf Zukunftsvisionen, die eine Gruppe von jungen Menschen in ihrer Region und für ihre Region entwickelt haben und versuchen, diese in der BASIS umzusetzen. Dabei fragen wir danach, inwiefern die Aktivitäten der BASIS in Bereichen wie Arbeiten, Wohnen oder Gemeinschaftsleben alternative Zukünfte für den ländlichen Raum aufzeigen und damit über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen.

Die vorgestellten Ergebnisse sind im Rahmen von Forschungsarbeiten in den Jahren 2020 bis 2022 im Vinschgau entstanden. In die Analyse sind Interviews, Notizen von Gesprächen und teilnehmenden Beobachtungen eingeflossen, die Einblicke in die Perspektiven der Engagierten in und um die BASIS geben. Des Weiteren stützt sich die Analyse auf die Ergebnisse eines kollektiven Mappings von Zukunftsvisionen, das im November 2021 mit einigen Mitgliedern der BASIS stattfand. Die Idee dazu war im Austausch mit einigen Akteur*innen der BASIS entstanden, nachdem eine der Autor*innen selbst in der BASIS gewohnt, im Co-Working Space gearbeitet sowie an mehreren Veranstaltungen und Treffen vor Ort teilgenommen hatte. Nicht zuletzt beziehen wir zudem Einträge aus dem BASIS-eigenen Blog zwischen 2018 und 2023 und Selbstdarstellungen von der Homepage der BASIS in die folgende Analyse mit ein.

Bevor wir jedoch auf die konkreten Zukunftsvorstellungen der BASIS eingehen, möchten wir im folgenden Kapitel zunächst explizit machen, mit welchem Utopieverständnis wir uns dem Fallbeispiel nähern. Anschließend diskutieren wir – in Anlehnung an Überlegungen zum Konzept des *rural futurism* und den Transformationsstrategien von Eric Olin Wright – das utopische Potential der Ansätze, die in der BASIS erarbeitet und ausprobiert werden, und skizzieren das bestehende Spannungsverhältnis zwischen utopischer Transformation und den Bedingungen des Möglichen.

2. Die Basis der Utopie

In aktuellen politischen Diskussionen um den Utopie-Begriff stehen vor allem technische Innovationen (insbesondere in Bezug auf Architektur, Fortbewegungs- und Kommunikationsmittel) und gesellschaftliche Organisationsstrukturen (insbesondere in Bezug auf Staat, Arbeit, gesellschaftliche Hierarchien und Geschlechterverhältnisse) im Mittelpunkt. Wenn dabei die Kategorien Land und Stadt überhaupt eine Rolle spielen, so werden ländliche Räume entweder als rückständige Orte der Vergangenheit (vgl. Spanier 2021: 121) und als »passive Empfänger*innen von Modernität« (Shucksmith 2018: 163; eigene Übersetzung) aus den urbanen Zentren gedacht oder als friedvolle Orte einer ländlichen Idylle, in denen – im Gegensatz zur dystopischen Stadt – ein Gutes Leben im Einklang mit der Natur (noch) möglich ist. Das Ländliche gilt dabei als Ort des Rückzuges, wodurch alternative Lebensformen, Praktiken der Selbstbestimmung, solidarische Produktionsweisen, Vorstellungen von Suffizienz, lokalen Versorgungsstrukturen und veränderte Eigentumsverhältnisse (*commons*) in Nischen verwirklicht werden können. In diesen Diskussionen besteht einerseits die Gefahr, dass stereotype Vorstellungen der Ländlichkeit (re)produziert werden (vgl. Spanier 2021: 124). Andererseits werden zeitliche und räumliche Dualismen zwischen Gegenwart und Zukunft, dem Ländlichen

und dem Städtischen aufrechterhalten, was ein konstruktives Nachdenken über mögliche und wünschenswerte Zukünfte erschwert.

Um eine dualistische Herangehensweise und eine Externalisierung des Ländlichen, wie sie auch in vielen Ansätzen ländlicher Utopien aufscheinen, zu vermeiden, entwirft Julia Spanier in Anlehnung an Niklas Maak (2016) den Ansatz des *rural futurism*, »that releases the countryside from its past-off-world status and reframes the future as relational assemblage, assembled by urban, rural and rural-urban performances alike« (Spanier 2021: 121). Somit rücken Verwobenheiten von ländlichen und urbanen Erzählungen, Praktiken und – wie Julia Spanier es nennt – *Performances* in den Fokus, wodurch der Blick weniger auf die Grenzen, sondern vielmehr auf Kontinuitäten zwischen Ländlichem und Städtischem, Jetzigem und Zukünftigem gerückt wird. Mit Bezug auf den Begriff der Assemblage lässt sich der Ansatz des *rural futurism* gleichzeitig auch als Aufforderung verstehen, nicht (erneut) nach einer einheitlichen und kohärenten Zukunftserzählung für das Ländliche zu suchen, sondern auf die Produktionsprozesse heterogener, hybrider und multipler Zukünfte zu achten, die zwangsläufig immer unvollendet bleiben (vgl. ebd.: 123). Damit wird das Ländliche nicht lediglich als Labor verstanden, in dem Ideen und Praktiken für eine andere Zukunft ausprobiert werden, sondern als konkrete Umsetzung hybrider sozialräumlicher Formen (vgl. Woods 2009: 853), die eine Ko-Produktion erwünschter Zukünfte ermöglichen (vgl. Spanier 2021: 123).

Diese Idee der Heterogenität und Diversität denkbarer Zukünfte ist auch in den Überlegungen des Soziologen Erik Olin Wright zu Utopie-Konzepten zu finden. Seine Vorstellungen von realen Utopien fokussieren auf emanzipatorische Alternativen, die sowohl im Hier und Jetzt bereits aufgebaut werden können, als auch innerhalb der bestehenden wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen entstehen (vgl. Wright 2017). Der Reiz, den der Ansatz von Erik Olin Wright für ein empirisches Arbeiten zu alternativen Projekten und utopischen Entwürfen ausmacht, ist das recht konkret ausgearbeitete Forschungsprogramm, das er für eine »emanzipatorische Sozialwissenschaft« (Wright 2017: 63) entwirft. Neben verschiedenen moralischen Prinzipien (Gleichheit, Demokratie und Nachhaltigkeit), die zur Analyse und Kritik existierender Institutionen und Projekte hinzugezogen werden können, nennt Wright die Kriterien Wünschbarkeit, Lebensfähigkeit und Erreichbarkeit, die zur Beurteilung der Realutopien genutzt werden können (vgl. Wright 2015: 74–75; Schmelzer und Vetter 2020: 132).

Wright beschäftigt sich ausführlich mit drei unterschiedlichen Transformationsstrategien, durch die das Ziel, den »Kapitalismus in eine sozialistische Richtung zu transformieren« (Wright 2015: 98) erreicht werden soll. Auch wenn er die Bedeutung des Zusammenspiels der drei Transformationsstrategien betont, erscheint ihm die radikalste der Strategien, die Strategie des Bruches – zumindest in den entwickelten kapitalistischen Ländern – zunächst als wenig plausibel (vgl. Wright 2017: 420). Er weist dabei auch auf die historisch begründete Gefahr, dass die Zerstörung wesentlicher gesellschaftlicher Strukturen, die Beseitigung der Macht der herrschenden Klasse und eine schnelle Transformation der staatlichen Strukturen zu Entwicklungen führt, die schwer zu kontrollieren sind und sogar eher in autoritäre Strukturen münden (vgl. Wright 2015: 100–102). Auch reformistische Transformationsstrategien, die Wright als symbiotische Strategien bezeichnet, sieht er kritisch und – als alleinige Strategien –

in ihrer Wirkungskraft beschränkt, da sie tendenziell die Gefahr in sich bergen, dass durch sie errungene Veränderungen in das bestehende System integriert werden und somit letztendlich zu dessen Stärkung und Stabilität beitragen (vgl. Wright 2017: 415). Dennoch sind symbiotische Transformationsstrategien wichtig, um gesellschaftliche Strukturen und Institutionen langfristig umzugestalten und den Möglichkeitsspielraum der Zivilgesellschaft zu erweitern. Sie stoßen jedoch an ihre Grenzen, sobald sie »zentrale Machtstrukturen des Kapitals« (Wright 2015: 102) angreifen.

Als dritte und wichtigste Transformationsstrategie benennt Erik Olin Wright Freiraumstrategien (vgl. Wright 2017: 439). Sie entstehen in den Nischen, Rissen, Zwischenräumen und an den Rändern kapitalistischer Gesellschaften (vgl. Wright 2017: 415), wo sie versuchen, alternative gesellschaftliche Verhältnisse und institutionelle Arrangements aufzubauen. Im Gegensatz zu den symbiotischen Strategien geschieht dies nicht in Kooperation mit staatlichen Akteuren, sondern weitgehend am Staat vorbei. Gleichzeitig suchen sie nicht die Konfrontation mit den herrschenden Klassen und Eliten, sondern zielen darauf ab, durch den Aufbau von Räumen der Ermächtigung die Alternativlosigkeit der bestehenden Strukturen in Frage zu stellen und die Begrenzungen solcher Räume immer weiter abzubauen. Auch wenn Wright bei den Freiraumstrategien ebenfalls die Gefahr der Vereinnahmung und der Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse ausmacht, sieht er dennoch zwei Möglichkeiten, wie sie die Hegemonie des gegenwärtigen kapitalistischen Systems untergraben können: Entweder, indem sie es schaffen, sich so weit auszubreiten, dass die Zwänge und Grenzen kapitalistischer Verhältnisse weniger wirkmächtig werden, oder indem sie Bedingungen herbeiführen, unter denen die Strategien des Bruches erfolgreich umgesetzt werden können (vgl. Wright 2017: 443–444).

Erik Olin Wright entwirft mit seinem Ansatz der realen Utopien keine einheitliche Erzählung einer gesellschaftlichen Transformation, sondern betont vielmehr die Notwendigkeit der Heterogenität und Diversität der jeweiligen Strategien und Projekte. Je nach lokalem Kontext und den historischen und gesellschaftlichen Bedingungen müssen verschiedene Elemente der vorgestellten Strategien miteinander kombiniert werden, um Aussicht auf Erfolg haben zu können. Ein solcher »strategischer Pluralismus der Praxen der Transformation« (Wright 2015: 104) benötigt eine gewisse Offenheit und eine Überwindung dogmatischer Überzeugungen. Gleichzeitig ist je nach Kontext danach zu fragen, inwiefern die Bedingungen sozialer Ermächtigung tatsächlich ausgeweitet und bestehende Ungleichheitsstrukturen in Frage gestellt werden oder nicht vielmehr die Hegemonie kapitalistischer Aneignung ausgeweitet wird. Somit stellt der Ansatz von Wright für eine Untersuchung konkreter Projekte sozialer Utopien einen geeigneten Rahmen dar, der im Folgenden am Beispiel des *Urban Hub* der BASIS ausgelotet werden soll.

3. BASIS – ein *Urban Hub* als utopischer Ort im ländlichen Alpenraum?

BASIS Vinschgau Venosta ist ein *Social Activation Hub*, der 2019 im Südtiroler Vinschgau-Tal von jungen Erwachsenen aus der Region (Einheimische und »Rückkehrer*innen«) in Kooperation mit der Gemeinde Schlanders eröffnet wurde und Gesellschaft und

Wirtschaft im ländlichen Alpenraum anders zu denken versucht. Inmitten einer Region, die durch einen modernen, hochtechnisierten, exportorientierten Obstanbau und Massentourismus geprägt ist, entstand er auf einem ehemaligen Kasernenareal im Vinschger Hauptort Schlanders (ca. 6.000 Einwohner*innen). Die BASIS bietet dort in einem umgebauten und renovierten Kasernenflügel Räumlichkeiten und Infrastruktur für Co-Working, Seminare und größere (Musik-)Veranstaltungen sowie Werkstätten, Wohnungen für *Artists-in-Residence*, eine Experimentierküche und einen Aufenthaltsraum mit Bar und Pizzeria. Von einem kleinen Team von Angestellten und Engagierten werden Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Konzerte, Partys, Community-Abende und vieles mehr veranstaltet. Einmal jährlich findet das DenkMal-Festival statt – ein zweitägiges Kulturfestival mit Ausstellungen, Atelierführungen und offenen Werkstätten. Mit diesem Angebot ist BASIS ein Anziehungspunkt für junge, urban geprägte Menschen aus der Region, insbesondere auch für »Rückkehrer*innen« und auswärtige Besucher*innen.

Die Errichtung des *Social Activation Hubs* auf dem ehemaligen Kasernengelände ist Teil eines umfassenderen Nachnutzungskonzeptes. Nachdem das Areal jahrelang leer stand, erwarb die Gemeinde Schlanders es vom Land Südtirol und plant hier die Errichtung zahlreicher neuer Wohnkomplexe (vgl. Initiative Drususkasernen 2022). Dafür soll der Großteil der Bestandsbauten abgerissen werden. Zunächst wurde jedoch übergangsweise einer der für den Abriss vorgesehenen ehemaligen Kasernenflügel für eine kreative Zwischennutzung freigegeben. Dort haben sich neben dem BASIS-Gebäude in einem weiteren nicht sanierten Bau Künstler*innen, Kreative und Vereine in Eigenregie Ateliers, Werkstätten oder Gemeinschaftsräume eingerichtet. Sie liefern viele entscheidende Impulse und Beiträge zum dynamischen Austausch in und um die BASIS.

3.1 BASIS als *Rural Futurism*?

Betrachtet man die Ziele von BASIS, die über die eigene Homepage und zahlreiche Blogbeiträge kommuniziert werden, so stehen hier eine »ausgleichende[...] Stärkung des ländlichen Raumes« und eine »ökologisch-soziale [...] Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung« im Vordergrund. BASIS will eine »fundierte Regionalentwicklung«, »ausgehend von der Gesellschaft selbst« fördern. Zusammenarbeit und Vernetzung sollen in der Region gestärkt werden, wobei das übergeordnete Ziel stets »die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft und damit verbunden die Lebensqualität der Gesellschaft vor Ort« ist (vgl. Homepage BASIS). Dabei stehen die Diversifizierung der regionalen Wirtschaft und eine Abkehr von der Quasi-Monostrukturierung durch Obstbau und Tourismus im Vordergrund. Dafür sollen neue Formen des Arbeitens (*new work*) ausprobiert werden, z.B. *co-working* (Bürogemeinschaften, in denen Nutzer*innen jeweils eigenen Projekten/Tätigkeiten nachgehen) und *workation* (die Verbindung von Arbeit (*work*) und Urlaub (*vacation*)), für die BASIS im Blog wirbt. Mit ihren Aktivitäten zielt BASIS auch auf eine Diversifizierung des kulturellen Angebots und die Förderung der Kreativwirtschaft im ländlichen Raum ab. Auf dem ehemaligen Kasernenareal soll ein Ort »städtischer Kultur« entstehen, ein »*Urban Hub*«, »eine urban denkende Freiraum-Szenerie im Idyll des Vinschgaus«. Elemente des angestrebten Kulturwandels umfassen (sub-)kulturelle Ausdrucksformen (z.B. Rave, Techno), Ästhetiken (*Industrial*,

Graffiti) und Lebens- und Arbeitsmodelle (Sharing-Konzepte, Eigenverwaltung), aber auch ein generelles Umdenken, ein verändertes *Mindset*, was eine »Wiedererinnerung an humanistische Grundwerte, Respekt, Liebe, Gleichberechtigung, Verantwortung« beinhaltet (Interview BASIS-Vertreter 2020).

Die Verbindung städtischer und ländlicher Qualitäten schafft aus Sicht der BASIS besonders attraktive Lebens- und Arbeitsräume für junge Menschen. Ein *Urban Hub* im ländlichen Raum habe, so ein BASIS-Vertreter, »eine unglaubliche Kraft [...], weil ein Trend des *urban rural* zu verzeichnen ist« (Interview BASIS-Vertreter 2020).

In der Orientierung an der Stadt bzw. am urbanen Leben als Leitbild lassen sich sowohl Potential- als auch Defiziterzählungen ausmachen. Einerseits stärkt BASIS das Potential und die *Agency* des ländlichen Raums diskursiv, indem sie Mechanismen der Selbstaktivierung betont. Dabei geht es darum, den ländlichen Raum eben nicht als defizitär gegenüber der Stadt zu begreifen. Andererseits lässt sich darin eine Aufwertungserzählung lesen, die zwar nicht den Menschen vor Ort als »rückständig« begreift, wohl aber bestimmte Lebensstile im ländlichen Raum. Auch ist die Hoffnung, »Rückkehrer*innen« in den Vinschgau zurückzubringen und attraktive Arbeitsplätze für qualifizierte junge Menschen zu schaffen, bisher nur sehr eingeschränkt erfüllt worden. Bis auf einige wenige – teilweise projektfinanzierte und damit nur befristet beschäftigte – Angestellte, konnten in der BASIS lediglich geringfügig oder unbezahlte Praktikumsplätze angeboten werden. Einige Angebote von BASIS werden im Wesentlichen von auswärtigen Besucher*innen genutzt, die sich nur für eine begrenzte Zeit im Vinschgau aufhalten, sodass sich die Frage einer langfristigen Wirkung des Projektes stellt. Insgesamt wird implizit eine Hierarchisierung des Städtischen über dem Ländlichen in den Texten und Äußerungen der Vertreter*innen von BASIS imaginiert, wenn dem *Urban* (sic!) *Hub* die Innovation und Kreativität zugeschrieben wird, während der lokalen Bevölkerung – insbesondere den Menschen, die konventionellen Obstanbau betreiben – ein Verharren in traditionellen, kapitalistischen Strukturen implizit oder explizit vorgeworfen wird. Damit bleibt die Gefahr bestehen, Ungleichheiten im ländlichen Raum zu reproduzieren und der lokalen Bevölkerung, die sich nicht aktiv an den Projekten beteiligt, Transformationswilligkeit und -fähigkeit abzusprechen.

3.2 Symbiose als Strategie von BASIS

Obwohl die Vertreter*innen der BASIS im Gespräch betonen, dass eine grundsätzlich neue Art des Denkens »*outside the box*« stattfinden muss, um neue Visionen zu entwickeln, wurden die Diskussionen, die im Rahmen des Mappings stattfanden, von Ideen dominiert, die sehr nah an dem gedacht sind, was aus der aktuellen Situation heraus möglich erscheint. Entsprechend finden sich in der Kommunikation und Praxis von BASIS Transformationsstrategien, die Wright als symbiotisch beschreibt. So verknüpfen beispielsweise die Teilnehmenden des Mappings ihre Zukunftserzählungen mit Begrifflichkeiten wie »Lebensqualität« oder »Qualität statt Quantität«. In der Vision der Mapping-Teilnehmer*innen ist der zukünftige Vinschgau durch die Erhöhung des Lebensstandards für Mensch und Natur, durch Kultur- oder *Slow Tourism*, durch neue Formen des Wohnens, kurz mit Qualität in allen Bereichen – Leben, Arbeiten, Tourismus – gekennzeichnet, sodass ein Gegenmodell zu grenzenlosen Wachstums-

logiken des *Overtourism* und globaler Überproduktion von Obst entstehen kann. Diese Fokussierung auf »Qualität« kann einerseits als Ausweichbewegung gelesen werden, die es weiterhin erlaubt, an einem neoliberalen Entwicklungs- bzw. Verbesserungsparadigma festzuhalten. Andererseits erscheint »Qualität« als ein Ziel, hinter dem sich viele unterschiedliche Interessensgruppen versammeln können – darunter Apfelproduzent*innen, Umweltschützer*innen oder Bürger*innengenossenschaften – sodass eine konsensfähige Vision mit heterogenen und diversen Zukünften gestaltet werden kann.

Allerdings verschweigt diese Strategie der BASIS – vor allem, wenn es um die Erzeugung oder Bereitstellung qualitativ hochwertiger Produkte und Dienstleistungen geht –, dass mit einer Qualitätssteigerung soziale Ausschlusseffekte einhergehen. Ohnehin greift das Projekt BASIS soziale Fragen z. B. zur Armutsbekämpfung, zur Solidarität mit schwächeren bzw. marginalisierten Bevölkerungsgruppen oder zur Neugestaltung von Fürsorgeverantwortung bisher kaum auf. Das fehlende Bewusstsein für diese Problemlagen birgt die Gefahr in sich, dass die Aktivitäten – ungewollt – soziale Ungleichheiten verstärken, anstatt gezielt Projekte zu entwickeln, die für sozial ausgegrenzte Gruppen zugänglich bzw. auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sind.

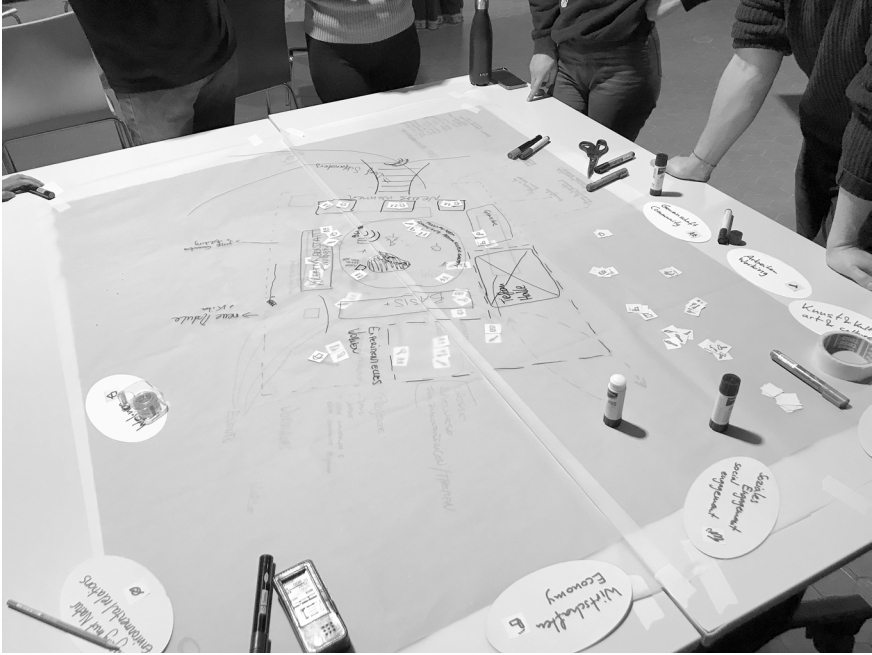
3.3 Das Kasernenareal: von der Freiraum-Strategie zum Bruch?

Als weitere Strategie der Transformation will BASIS neue Freiräume schaffen. BASIS arbeitet nach eigener Aussage »immer wieder an der Systemgrenze, an der Grenze des Möglichen«, »in der Nische«, »im Innovationsgürtel«, »am Bedarf« (Interview BASIS-Vertreter 2020). Diskutiert werden Konzepte wie *Co-Housing*, *Co-Living*, Grundeinkommen, *Co-Workation* und Kreislaufwirtschaft, während Repair Cafés, SoLaWis, Bürger*innengenossenschaften oder feministische Cafés als Beispiele für bereits bestehende zukunftsweisende Initiativen benannt werden. Die BASIS-Initiative agiert dabei auf zwei Ebenen: Sie stellt kostenlose oder kostengünstige Räumlichkeiten für Ateliers, Werkstätten oder Arbeitsplätze zu Verfügung, da stark gestiegene Miet- und Immobilienpreise insbesondere junge Menschen in der Entfaltung von Aktivitäten, Gründungen etc. stark einschränken. Darüber hinaus macht BASIS Räume mit unbestimmter Nutzung zugänglich.

Dies trifft insbesondere für das Kasernenareal zu, wovon gegenwärtig nur Teile modernisiert werden, während die Mehrzahl der Gebäude leer steht. Die Teilnehmenden des Mappings formulieren für das Kasernengelände im Sinne einer Freiraum-Nutzung einen *Food Forest* auf dem ehemaligen Exerzierplatz, die Aufstellung von *Tiny Houses* oder Wohncontainern für günstiges (übergangswises) Wohnen sowie eine weitere Schaffung von Wohnraum, vor allem für junge Familien, eine Ansiedlung einer Kita, Kleiderkammer, einer Uni-Außenstelle sowie einer offenen Werkstatt und nicht zuletzt von neuen Modulen wie so genannten *Impact Hubs* (Orten, an denen eine sozial-ökologische Transformation angestoßen/ausprobiert werden soll) und Start-Ups (siehe Abbildung 1). Darüber hinaus bringen sich Künstler*innen, Kreative und andere Interessierte mit eigenständigen Ideen für die Weitergestaltung des Areals ein. Ihr Fokus liegt u. a. auf dem Erhalt der historischen Baustrukturen. Außerdem legen sie besonderen Wert darauf, die (faschistische) Geschichte Italiens zu dokumentieren und aufzuarbeiten. Die Kaserne soll insgesamt einen Ort bieten, um gesellschaftliche Diskussionen darüber anzustoßen,

welche zukünftige Entwicklung sich die Menschen im Vinschgau wünschen und welche raumwirksamen Bedarfe es vor Ort gibt (vgl. Initiative Drususkaserne 2022).

Abbildung 1: Kartierung der Visionen für BASIS Vinschgau Venosta 2030



Quelle: Jana Lüdemann 2021

Die Projekte auf dem Kasernenareal weiten Spielräume für neue, selbstorganisierte Freiraumprojekte aus, indem sie Räume für spontane Begegnungen schaffen. So hat beispielsweise die »Initiative Drususkaserne« als zwangloser, regelmäßiger Austausch zwischen verschiedenen Nutzer*innen von BASIS begonnen. Sie entwickelte sich jedoch zu einer politischen Initiative, die die offiziellen Pläne der Gemeinde Schlanders in Frage stellt. Bestehend aus Künstler*innen, Dorfbewohner*innen und Co-Worker*innen fordert sie eine Abkehr von den bisherigen Abriss- und Neubauplänen und stattdessen den größtmöglichen Erhalt der historischen Bauten (vgl. Initiative Drususkaserne 2022).

Wie sehr diese Ideen die dominanten Diskurse um die Inwertsetzung »ungenutzter« Räume in Frage stellen, zeigte sich am 5. Oktober 2022, als der Bürgermeister der Gemeinde Schlanders trotz gegenteiliger öffentlicher Bekundungen einen Teilabriss des ehemaligen Kommandantengebäudes in den frühen Morgenstunden anordnete. Nach massivem Protest lokaler Unterstützer*innen und Anwohner*innen wurde noch am selben Tag ein sofortiger Stopp der Abrissarbeiten erwirkt und das gesamte Gelände für 180 Tage unter Denkmalschutz gestellt (vgl. Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2022). Die Abrissaktion löste Solidarisierungen und ein großes Medienecho aus, wurde größtenteils – zumindest in der Art und Weise der Umsetzung – kritisch beurteilt und hat

sich schließlich gegen die Interessen der politischen und wirtschaftlichen Eliten gerichtet, denn die BASIS wurde damit als Projekt bekannt, das das Leben vor Ort für junge Menschen attraktiv macht (vgl. Rier 2022). Ob der Druck auf Staat und Politik, »[...] diese Räume auszuweiten« (Wright 2015: 105), langfristig erfolgreich sein wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht sagen.

3.4 Vernetzung als erweiterte Freiraum-Strategie?

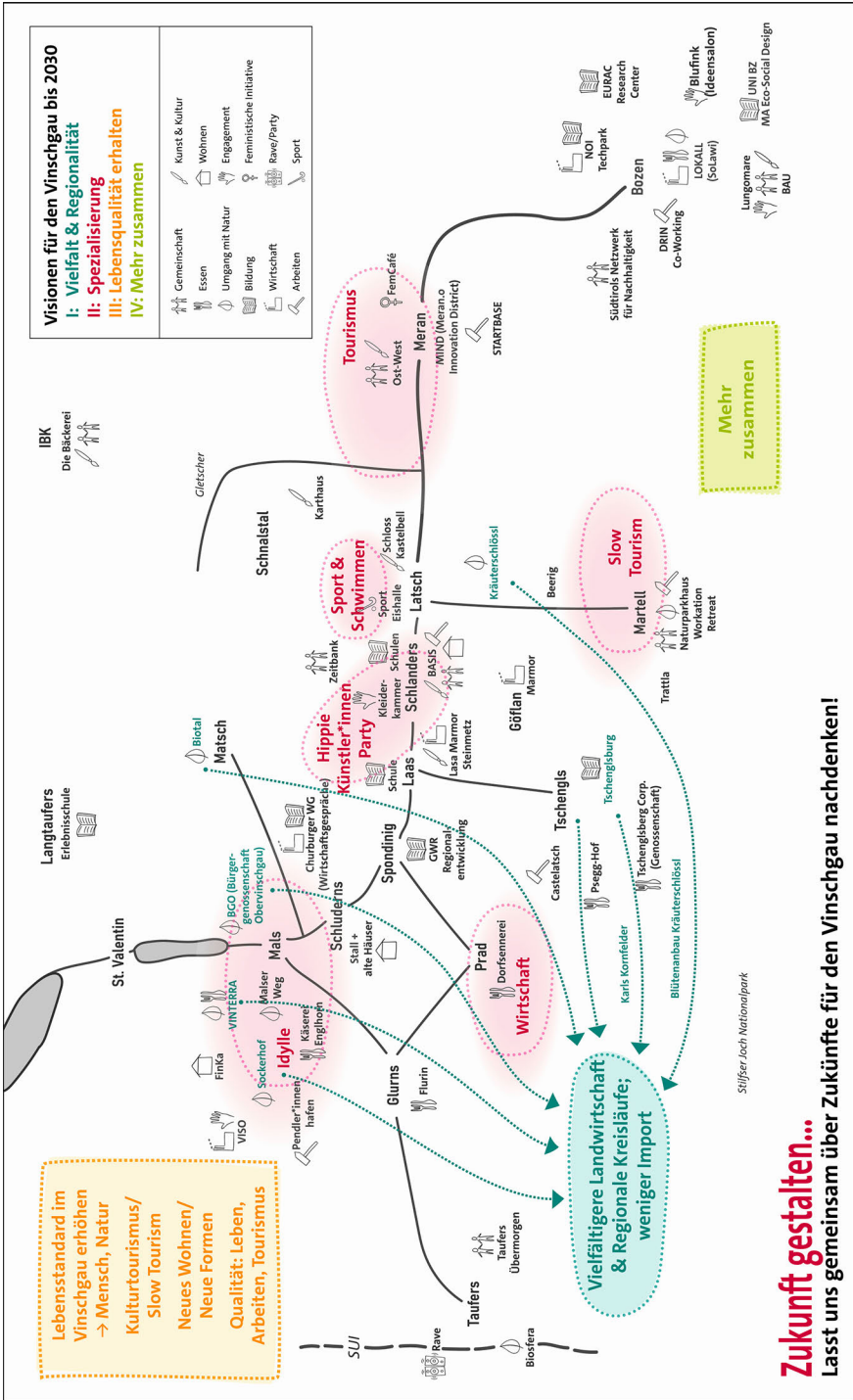
Zur Umsetzung ihrer Ziele setzen die Vertreter*innen von BASIS auf die Strategie der Vernetzung. Mit Vernetzung sind Austausch, Begegnungen und Partnerschaften zwischen verschiedensten Akteur*innen gemeint. In der BASIS treffen Co-Worker*innen auf Kreative, Auswärtige auf Einheimische, Wissenschaftler*innen auf Praktiker*innen. Dadurch werden Perspektivwechsel ermöglicht, Synergien entstehen und Kooperationen angebahnt werden. Grundgedanke dabei ist, dass

»ein großes Netzwerk aus Kontakten und Partnern verschiedenster Richtungen [es] ermöglichen [...], globale Vermittler und Ansprechpartner zu sein und Lokales zu fördern. Ein Mitarbeiter des Think-Tanks »Zukunftsinstitut« formulierte es treffend als »...lokale Arbeit durch globale Mittel, lokale Projekte durch globale Ideen, lokaler Erfolg durch globale Hilfe« (BASIS Vinschgau Venosta 2020b).

Im Zuge des Mappings wurden die Zukunftsvorstellungen dieser Vernetzung im Vinschgau und darüber hinaus konkretisiert: Es wurden 50 Vereine, Genossenschaften, Initiativen, Projekte oder Unternehmen genannt, die vor allem im Vinschgau oder in angrenzenden Zentren (Meran, Bozen) angesiedelt sind und in den Bereichen Umgang mit Natur, Kunst & Kultur, Gemeinschaft, Ernährung, Bildung, Arbeiten, Wirtschaft, soziales Engagement oder Wohnen neue, alternative Wege einschlagen (siehe Abbildung 2).

Dabei bilden Organisationsformen wie Vereine, Genossenschaften und Bürger*inneninitiativen knapp die Hälfte (23 von 50) der eingetragenen Initiativen, die ihr Augenmerk auf Zusammenarbeit, Austausch und Qualität anstatt auf Konkurrenzdenken und Gewinnmaximierung legen (vgl. BASIS Vinschgau Venosta 2020a). Darüber hinaus orientiert sich ihre inhaltliche Ausrichtung an ökologischen oder sozial-ökologischen Grundsätzen, indem sie – so die Vertreter*innen der BASIS – im Sinne einer »vielfältigeren Landwirtschaft« und »regionalen Kreisläufen« zu einem erstrebenswerten Zukunftsszenario beitragen. Damit bringt die Vernetzung dieser Initiativen Ideen in der Region zusammen, die den dominanten Wirtschaftssektoren des konventionellen Obstbaus und des Tourismus alternative Modelle des Wirtschaftens, Arbeitens und Lebens zur Seite stellen wollen. Gleichzeitig geht es den Vertreter*innen der BASIS nicht darum, die etablierten Kräfte (Apfelbauer*innen) und ihre Produktionsweise grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern neue Möglichkeiten sowie Nischen für andere Produktionsweisen zu eröffnen und zu fördern, die in einem Nebeneinander Bestand haben können. Sie selbst sehen jedoch wenig Chancen, in absehbarer Zeit eine radikale Abkehr vom exportorientierten Apfelanbau zu erreichen.

Abbildung 2: Der Vinschgau in der Vorstellung der BASIS



Quelle: Darstellung Jana Lüdemann

4. Insel einer Utopie der Widersprüche

Inmitten einer Region, in der kapitalistische Produktionsformen wie exportorientierter Obstanbau und Massentourismus dominieren, muten Projekte wie BASIS Vinschgau Venosta wie Inseln einer Utopie an. Sie bieten Zukunftsvisionen an, die Freiräume für alternative ländliche Zukünfte eröffnen und Experimente mit transformativer Kraft zulassen. Allerdings sind sie auch voller Widersprüche.

BASIS Vinschgau Venosta verfolgt gleichzeitig verschiedenste Strategien, um ihre Ziele einer Diversifizierung des kulturellen Angebotes, einer vielfältigen und regionalorientierten Landwirtschaft, einer gemeindeübergreifenden Kooperation und neuer Formen des Wohnens, Arbeitens und des Tourismus umzusetzen. Die symbiotische Strategie, die beispielsweise die Erhöhung des Lebensstandards für Menschen und Natur erreichen soll, trägt zweifellos dazu bei, ein innovationsförderndes Umfeld in der Region zu schaffen. Dies beschert der BASIS zwar die Unterstützung der Gemeinde Schlanders, nimmt jedoch gleichzeitig soziale Exklusionseffekte in Kauf. BASIS kann in dieser Hinsicht als Beispiel für einen alternativen Ansatz gelten, der »sich für eine erweiterte Kapitalakkumulation und Erfolge auf den kapitalistisch dominierten Märkten gegenüber als funktional erweis[t]«, und deshalb gegenüber anderen Projekten »weniger behindert oder sogar gefördert« wird (Brie 2020: 281).

Auch in der Freiraum-Strategie in Verbindung mit der Vernetzung anderer Freiraum-Initiativen bekommen BASIS-Projekte zumindest teilweise die Unterstützung öffentlicher Geldgeber*innen und stehen damit unter dem Verdacht der Stabilisierung etablierter Machtverhältnisse. Gleichzeitig machen die Aktivitäten der BASIS die Pluralität im ländlichen Raum sichtbar, machen andere, alternative Zukünfte denkbar und liefern einen Gegenentwurf zu allzu homogenisierenden, regionalisierenden, traditions- und heimatverbundenen Zukunftserzählungen. Insbesondere die Konflikte um das Kasernenareal zeigen dabei, dass leerstehende Gebäude, offene Plätze und verwilderte Ecken ein »Gehäuse einer vergangenen gesellschaftlichen Formation, sind seine Zwecke überlebt hat und nun für ganz andere Zwecke in Dienst genommen wird, [...; sie weisen] ökonomisch und symbolisch jene Überschüsse und Hohlräume auf, in denen sich Phantasie entfalten kann« (Siebel 2002: 39). Indem »historisch überkommene Gebäude [...] Distanz halten zu ihren aktuellen Nutzern und Nutzungen«, schaffen sie »Möglichkeitsräume, Spannungen zwischen verschiedenen möglichen Deutungen« (ebd.). Ein Umnutzungsprozess regt damit zur kreativen Auseinandersetzung an, wie ein Ort für *welche* und *wessen* Zukunft gestaltet werden soll, und fördert dadurch auch die Auseinandersetzung mit der Erweiterung dessen, was als »gesellschaftlich möglich« erachtet wird. Neue Ideen und Praktiken verschieben damit die Grenzen dessen, was im ländlichen Raum als sozial möglich gilt, sie verändern das »soziale Imaginäre« (Muraca 2015) und beeinflussen damit auch die Eintrittswahrscheinlichkeit bzw. Erreichbarkeit transformativer Visionen (vgl. Wright 2015: 76). Allerdings stoßen diese Freiraum-Strategien an ihre Grenzen, wenn sie die »zentrale[n] Machtstrukturen des Kapitals« (Wright 2015: 102) angreifen – im Fall des Kasernenareals mutmaßlich die Interessen von Gemeindeverwaltung und Immobilienwirtschaft.

In der Verknüpfung von als ländlich gelesenen Formen des Lebens und Arbeitens mit denjenigen, die als städtisch beschrieben werden, entstehen – so die Vorstellung von BA-

- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2020): »All you talk about are fairy tales of eternal economic growth«. Degrowth als konkrete Utopie für eine klimagerechte Zukunft«, in: Benjamin Görgen/Björn Wendt (Hg.): Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus? München: oekom, S. 131–147.
- Sept, Ariane/Reichel, Christian (2022): »Neue Attraktivität ländlicher Räume durch Digitalisierung?«, in: Sigrun Langner/Marc Weiland (Hg.): Die Zukunft auf dem Land. Bielefeld: transcript (Rurale Topografien, 14), S. 507–522.
- Shucksmith, Mark (2018): »Re-imagining the rural: From rural idyll to Good Countryside«, in: *Journal of Rural Studies* 59, S. 163–172.
- Siebel, Walter (2002): »Urbanität ohne Raum: Der Möglichkeitsraum«, in: Kornhardt, Diethild/Pütz, Gabriele/Schröder, Thies (Hg.): Mögliche Räume: Stadt schafft Landschaft. Hamburg: Junius, S. 32–40.
- Spanier, Julia (2021): »Rural Futurism: Assembling the Future in the Countryside«, in: *ACME* 20 (1), S. 120–141.
- Werther, Simon/Biemann, Juli/Bähr, Ulrich/Hentschel, Philipp/Hölzel, Marco/de Vries, Walter Timo/Freitag, Anja/Lietzau, Jule/Schmied, Alexandra (2021): »Coworking im Ländlichen Raum«, in: Simon Werther (Hg.): Coworking als Revolution der Arbeitswelt. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 95–149.
- Woods, Michael (2009): »Rural geography: blurring boundaries and making connections«, in: *Progress in Human Geography* 33 (6), S. 849–858.
- Wright, Erik Olin (2015): »Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren«, in: Michael Brie (Hg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Hamburg: VSA (Beiträge zur kritischen Transformationsforschung, 2), S. 59–106.
- Wright, Erik Olin (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Unter Mitarbeit von Michael Brie. Berlin: Suhrkamp.

Die Forschung zu diesem Beitrag wurde gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder – EXC 2037 »CLICCS – Klima, Klimawandel und Gesellschaft« – Projektnummer: 390683824, Beitrag zu dem Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) an der Universität Hamburg, und durch das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 der Europäischen Union im Rahmen der Marie-Skłodowska-Curie-Finanzhilfvereinbarung Nr. 872328.

Schauspiele auf dem Land

Das utopische Potenzial des »Malser Wegs« in Südtirol

Thomas Streifeneder

»[...] eine Gesellschaft, die unfähig ist, eine Utopie ins Leben zu rufen und ihr zu folgen, [ist] von Sklerose und Ruin bedroht.« (Emil Cioran, 1977)

»[...] Würde zu geben dem Verschmähten, wünschenswert zu machen das Verworfenene, dazu gehört entweder Kunst oder Charakter.« (Johann Wolfgang von Goethe, 1907)

Utopien entwickeln sich aus herrschenden Missständen (Schölderle 2012: 17). Ihre Kritik entzündet sich über eine »fundamentalkritische Analyse der Gegenwart« (ebd.: 7) an gegenwärtigen Krisen. Sie entstehen, weil »ausgesprochene Krisenzeiten und Perioden des großen sozialen Umbruchs« (ebd.: 17, 158) existieren. Gleichzeitig gelten Utopien als »gesellschaftliche Gegenentwürfe« (vgl. Leser/Schwarz/Hilpert 2018: 2). Was sind kritikwürdige und unerträgliche Zustände in *ländlichen* Räumen? Was charakterisiert eine »schlechte und kritikwürdige Welt der Gegenwart« (ebd.: 158) auf dem Land? Und was sind sozial-utopische Alternativen? Dieser Beitrag erörtert zwei Thesen: erstens, dass agrarindustrielle Bewirtschaftungsmethoden ursächlich für nicht-nachhaltige ländliche Lebensbedingungen sein können und zweitens, dass sich mit dem Südtiroler »Malser Weg« – eine soziale Bewegung mit dem Ziel, in der Gemeinde Mals pestizidfrei zu werden – ein sozialer Gegenentwurf und damit ein Modell für eine ländliche Utopie entwickelte. Hierfür werden anhand agrarökologischer Kriterien prekäre landwirtschaftliche Zustände benannt und der sozial-utopische Gehalt des »Malser Wegs« diskutiert. Der Beitrag zeigt die Konflikte auf, die ihn seit seiner Entstehung vor rund 15 Jahren prägen. Die jahrelangen Auseinandersetzungen eine pestizidfreie Gemeinde in Südtirol und dem größten Apfelanbaugebiet Europas zu verwirklichen, mündeten in einen unlängst entschiedenen Rechtsstreit.

1. Die zehn Prinzipien der Agrarökologie

Die Landwirtschaft hat als Akteur mit großer Flächenverantwortung erheblichen Einfluss auf die Umwelt- und Lebensqualität in ländlichen Räumen. Deshalb spielt sie, wie

auch im Fall der Südtiroler Gemeinde Mals, eine zentrale Rolle, wenn es um ländliche Utopien geht. Art und Weise sowie Ursachen heutzutage vorwiegend betriebener landwirtschaftlicher Praktiken (bzw. Missstände) rücken deshalb in den Fokus dieses Beitrags. Um sie als Ausgangspunkt für soziale Krisen oder Gegenentwürfe zu bestimmen, liefern Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft oder des Ernährungssystems (vgl. FAO 2023a, 2023b; Herren et al. 2020) entscheidende Anhaltspunkte. Zentrale Bedeutung haben hierbei die wissenschaftlichen, praktischen und sozialen Prinzipien der Agrarökologie (vgl. Heubuch 2020). Sie ist ein holistischer Ansatz mit dem Ziel, gemäß den Vorgaben der Ernährungssouveränität ein faires und nachhaltiges Ernährungssystem zu schaffen. Grundlage sind zehn Prinzipien, die Aspekte der Ökologie, Gesellschaft, Kultur, Technologie, Wirtschaft und Politik von Ernährungssystemen von der landwirtschaftlichen Produktion bis zum Konsum umfassen (vgl. FAO 2022): Schutz und Förderung der genetischen Vielfalt und Diversität zur Produktivitätssteigerung und Reduktion des Ressourcenverbrauchs, ökologische Innovation durch Wissenstransfer und Zusammenarbeit von Akteur*innen aus Wissenschaft und Praxis, Nutzung von interdisziplinären Synergien, Effizienzverbesserung bei der Nutzung von Ressourcen und Verringerung von Externalitäten, Recycling, Resilienz zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit, Bewahrung menschenrechtlicher, humanistischer und indigener Prinzipien, Förderung nachhaltiger und gesunder Ernährungskultur und -sicherheit, politische Mitsprache und Partizipation sowie lokale Kreislaufwirtschaft und Solidarität.

Agrarökologische Praktiken werden, im Sinne einer Agrarwende, bisher insgesamt von nur sehr wenigen Akteur*innen und Organisationen (wie z.B. die *Via Campesina*, die sich als internationale Bewegung für die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und indigenen Gemeinschaften einsetzt) umgesetzt. Eine umfassende praktische Verwirklichung einer gegenüber agrarindustriellen Bewirtschaftungsweisen wissens- und arbeitsintensiveren agrarökologischen Landwirtschaft bleibt unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen auch längerfristig utopisch – auch wenn sie zunehmend von einer kritischen und informierten Öffentlichkeit unterstützt wird. Gemessen an diesem agrarökologischen Evaluierungshintergrund können in vielen Fällen die Folgen für Mensch und Umwelt durch die gegenwärtigen großflächigen agrarindustriellen Produktionsmethoden (v.a. in Form von Monokulturen, Massentierhaltung, Überdüngung, Pestizideinsatz und Kulturlandschaftswandel) als ländliche Missstände bezeichnet werden. Die ökologischen Folgen sind bekannt: stark gefährdete Land- und Wasserökosysteme, unter anderem durch degradierte Böden, Biodiversitätskrise (vgl. u.a. Reichholf/Petersen 2021). Die Auswirkungen auf Mensch und Natur insbesondere durch Pflanzenschutzmittel (Fruchtbarkeitsstörungen, Blutkrebs, Veränderungen im Schilddrüsenbereich, neuronale Veränderungen im Hirn, Parkinson (in Frankreich anerkannte Berufskrankheit von Obstbauern und Obstbäuerinnen), Einfluss auf ADHS etc.) sind weitreichend (vgl. Bär 2020). Traditionell-extensive, kleinstrukturierte, abwechslungsreiche und artenreiche Kulturlandschaften ermöglichen hingegen territoriale Identifikation, räumliche Verbundenheit und sozial-räumliche Beziehungen (»place attachment«) sowie geschichtliches Bewusstsein (Sebastien 2020). Sie sind gesamtgesellschaftlich bedeutende Räume. Traditionelle Kulturlandschaften werden, so meine These, durch die allumfassende agrarindustrielle Transformation ländlicher Räume in durch Monokulturen geprägte Agrarlandschaften (Räume des Missstands) zu exis-

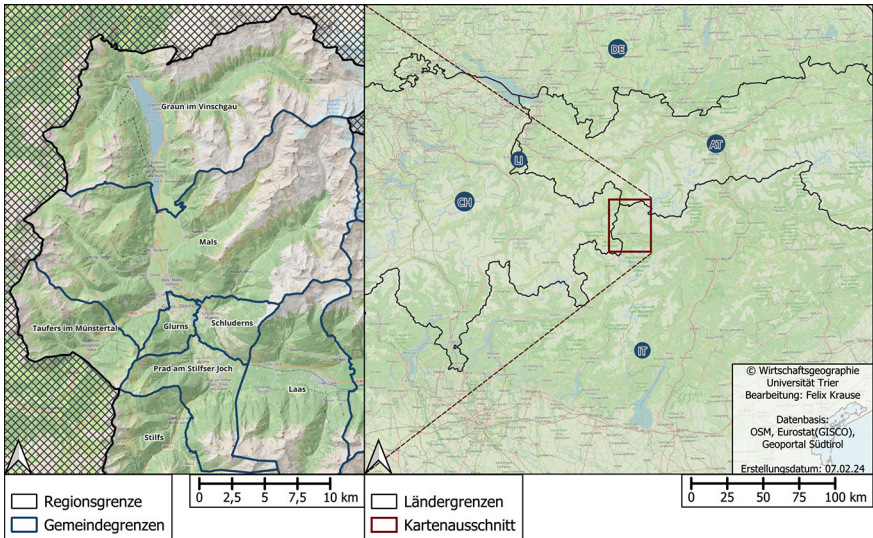
tentiell gefährdeten real-utopischen Landschaften; sie werden im marktwirtschaftlichen System zu einem räumlich-sozialen Gegenentwurf.

Die Ursachen für eine industrielle Landwirtschaft sind unter anderem ein »beharrendes System« mächtiger Lobbys der Agrar-, Chemie- und Lebensmittelindustrie, ineffiziente und umweltschädigende europäische, nationale und regionale Agrarpolitiken und Subventionslogiken. Sie lassen Reformen mit zielführenden Maßnahmen für eine umweltfreundliche Landwirtschaft und wirksamen »Eco-Schemes« (Öko-Regelungen) scheitern (BirdLife Europe/EEB/WWF 2021). Das Zusammenspiel von konservativen politischen Parteien, einflussreichen und reaktionären (Agrar)Lobbys (vgl. LobbyControl 2023; Balsler et al. 2027) aus Industrie, Finanzwesen und Bauernvertretern sowie Defizite bei der ökologischen Ausbildung stellen transformative agrarökologische Initiativen vor utopische Herausforderungen.

2. Die Folgen der Ausweitung des Apfelanbaus im Obervinschgau/Südtirol

Der Südtiroler Obervinschgau liegt in einem inneralpinen Trockental. Er ist historisch geprägt durch eine kleinstrukturierte Grünlandwirtschaft mit Heuwiesen und Weiden und, aufgrund der Höhenlage, Rinderzucht und Milchviehhaltung. Bis in die 1970er Jahre überwog der Getreideanbau, der das Gebiet zur »Kornkammer« Südtirols machte. Ab den 1990er Jahren breitete sich vom Unter- und Mittelvinschgau der konventionelle, lukrative Apfelanbau (50 Prozent mehr Umsatz bei weniger Fläche und Arbeitseinsatz als die Grünlandwirtschaft; Holtkamp 2020: 37) durch finanzstarke Obstbäuerinnen und -bauern aus diesen Gebieten immer weiter aus; seit 2009 auch in der Gemeinde Mals (vgl. Abbildung 1). Reine Dauerkulturflächen nahmen in den Obervinschgauer Gemeinden Graun, Mals, Glurns, Laas, Prad, Schluderns von 540 ha 1953/1956 auf 3.430 ha 2014/2015 zu (eigene Erhebungen nach Daten der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol 2018 und Tasser et al. 2009). Neben den damit einhergehenden Veränderungen auf das Landschaftsbild und einem ästhetischen Wertverlust der Kulturlandschaft (Holtkamp 2020: 25) bringt der bewässerungsintensive Apfelanbau in Monokultur Pestizideinsätze. Die lokalen Wind- und Witterungsbedingungen führen zu einer teilweise weiträumigen Abdrift der Pestizidaerosole auf die Nachbargrundstücke. Sie grenzen eng aneinander, weil Mals in einem Realteilungsgebiet liegt, wo die landwirtschaftlichen Flächen, aufgeteilt unter allen Nachkommen, stark fragmentiert und kleinstrukturiert sind. Diese Transformationen des landwirtschaftlichen Eigentums, der Bewirtschaftungsmethoden und somit der gesamten Kulturlandschaft widersprechen vielen agrarökologischen Prinzipien und einer resilienten und diversifizierten Landnutzung. Daran ändert auch nicht ein dominierender Anbau nach den Prinzipien der »Integrierten Produktion« (IP). Sie wird als eine das natürliche Gleichgewicht erhaltende Bewirtschaftung bezeichnet (Südtiroler Apfelkonsortium 2023). Demnach wird nur bei Notwendigkeit und Erreichen der wirtschaftlichen Schadensschwelle gespritzt. Laut Verbänden der Obstbauwirtschaft bzw. dem Südtiroler Apfelkonsortium wird durch die IP-Produktion der Gebrauch von Pflanzenschutzmittel auf ein Minimum reduziert (ebd.).

Abbildung 1: Übersicht über die Gemeinden in Südtirol



Quelle: Kartographie: Felix Krause

Die Situation im Vinschgau stellte sich 2017 anhand der Auswertung der Daten von 700 Südtiroler Obstbetrieben jedoch wie folgt dar:

»38 Mal wurden die Apfelplantagen der 681 ausgewerteten Vinschgauer Betriebe 2017 im Durchschnitt mit Pestizidwirkstoffen behandelt. Von März bis September gab es keinen einzigen Tag [...], an dem nicht gespritzt wurde. Mehrere der am häufigsten eingesetzten [...] Pestizide sind besonders umwelt- oder gesundheitsgefährlich [...]. Bis zu neun verschiedene Mittel wurden am selben Tag auf derselben Apfelplantage ausgebracht. [...]« (Umweltinstitut München 2023).

Diese Situation führt zu Nutzungskonflikten zwischen den nach unterschiedlichen Prinzipien wirtschaftenden Landwirt*innen.

Das Umweltinstitut München resümiert:

»Von naturnahem und nachhaltigem Anbau, der Umwelt und Gesundheit schont, kann also keine Rede sein. [...]. Die Gefahren, die mit dem Einsatz für unsere Umwelt und Gesundheit verbunden sind, sind einfach zu hoch!« (2023).

Die Südtiroler Landesregierung stellte 2022 hingegen in einer Studie fest, dass

»der Obstbau in Südtirol [...] erfolgreich das für die Nachhaltigkeit des Pflanzenbaus bedeutsame Konzept des integrierten Pflanzenschutzes um[setzt]; außerdem sei Südtirol Vorreiter in der abdriftmindernden Applikationstechnik« (BR24 2023).

Damit sind sozioökonomischer Hintergrund und landwirtschaftliche Situation skizziert, die ursächlich für die Entstehung des »Malser Wegs« waren.

3. Der »Malser Weg« als utopischer Gesellschaftsentwurf

Der »Malser Weg« als soziale Bewegung einer engagiert für eine nachhaltige Entwicklung eintretenden kommunalen Bürgerschaft wird im Folgenden auf Grundlage teilnehmender Beobachtung der Entwicklungen, informell geführten Gesprächen mit am Prozess beteiligten Personen und Dokumentenanalysen im Zeitraum zwischen 2014 und 2023 vorgestellt. Er entstand im Obervinschgau als Reaktion auf einen gesellschaftlichen Konflikt im Zuge der Ausbreitung des konventionellen Obstbaus und seiner Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Damit begann ein für Südtirol beispielloses Schauspiel eines Paradigmenwechsels und einer Auseinandersetzung zwischen opponierenden Akteur*innen. Es mündete in einen erst kürzlich abgeschlossenen Rechtsstreit über die Frage der Rechtmäßigkeit einer Volksabstimmung mit dem Ziel, die Nutzung von Pestiziden auf dem Gebiet der Gemeinde Mals zu unterbinden (siehe für einen chronologischen Überblick Tabelle 1). Den Unterstützer*innen der Volksabstimmung, die 2014 erfolgreich durchgeführt wurde und sich auf den »Schutz der Gesundheit« berief (EU-Richtlinie 2009/128 EG zur nachhaltigen Nutzung von Pflanzenschutzmitteln mit Vorsorgeprinzip), stand die Gegenbewegung »Bäuerliche Zukunft« gegenüber. Sie wurde von Teilen der Südtiroler Landesregierung, dem Bauernbund und anderen bäuerlichen Organisationen unterstützt. Sie wollten die Volksabstimmung verhindern, da ein Pestizidverbot die wirtschaftliche Existenz der Betriebe gefährde und sie eine Kompetenzüberschreitung der Gemeinde darstelle; Mals sei für Pflanzenschutz nicht zuständig, es handele sich um eine nationale oder gar europäische Kompetenz. Die Agrarpraxis betreffende Maßnahmen, wie sie im »Leitfaden zur Erstellung neuer Obstanlagen im Grünlandgebiet« der Gemeinde Mals (2019) oder in den »Abstandsregeln beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln« des Südtiroler Beratungsrings für Obst- und Weinbau (2015) vor und nach der 2016 vom Gemeinderat verabschiedeten Durchführungsverordnung (DVO) definiert wurden, blieben wirkungslos oder wurden unzureichend umgesetzt. Die DVO ist für den Konflikt von zentraler Bedeutung. Sie bestimmt, dass der Abstand zwischen Pflanzreihen und sensiblen Zonen (private und öffentliche Flächen) mindestens 50 Meter betragen muss und keine sehr giftigen und giftigen Pestizide ausgebracht werden dürfen. Damit legt sie de facto ein Verbot aller Pestizide fest. Die Gegner*innen argumentierten, dass die wirtschaftliche Existenz durch die Umstellung auf biologische Landwirtschaft bedroht sei (u.a. aufgrund einer unzureichenden Nachfrage nach biologisch produzierten Lebensmitteln und langen Übergangszeiten) sowie die Richtlinien für integrierte Produktion das geltende Vorsorgeprinzip und den Gesundheitsschutz ausreichend berücksichtigen. Der konfliktäre Showdown erreichte einen öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt als die Umsetzung der DVO ausgesetzt wurde, nachdem das Bozner Verwaltungsgericht der Klage von 60 Bäuerinnen und Bauern Recht gab. Der Gemeindevorstand beschloss 2020 seinerseits dagegen Rekurs und zog vor den Staatsrat in Rom, die höchste Gerichtsstanz Italiens. Ein Urteil steht seitdem aus.

Tabelle 1: Chronologie wichtiger Ereignisse des »Malser Wegs«

2010	Obervinschgauer Biobäuerinnen und Biobauern finden Pestizidrückstände im Heu durch Abdrift vom Nachbargrundstück
2012	Änderung der Malser Gemeindegatzung zur Ermöglichtung von Volksabstimmungen
2013	Promotorenkomitee für eine Volksabstimmung über ein Verbot von chemisch-synthetischen Pestiziden
2014	Volksabstimmung: Knapp 76 Prozent der Malserinnen und Malser votierten für ein Verbot bei einer Wahlbeteiligung von rund 70 Prozent
2015	Verankerung des Pestizidverbots in der Gemeindegatzung
2016	Gründung von »da – die Bürgerinnen und Bürger Genossenschaft Obervinschgau« (BGO; https://da.bz.it/) durch lokale Bürger*innen und Unternehmer*innen
2016	Gemeinderat verabschiedet Durchführungsverordnung (DVO)
2018	Inkrafttreten und Aussetzen der DVO
2020	Entscheidungsverfahren des Staatsrats in Rom

Quelle: eigene Darstellung nach Holtkamp 2020; Holtkamp/Staffler 2020

Ein Ergebnis des »Malser Wegs«, der als umsetzungsorientierte Reaktion und Antwort auf die verfahrenere Situation interpretiert werden kann, ist 2016 die Gründung von »da – die Bürgerinnen und Bürger Genossenschaft Obervinschgau« (BGO). Sie setzt auf praktisches und nachhaltiges bzw. ein an agrarökologischen Prinzipien ausgerichtetes Handeln nach den Zielen u. a. der Postwachstumsökonomie und regionaler Ökonomie (vgl. Paech 2012). Die BGO realisierte vor allem dank des unermüdlichen Einsatzes ihres ehemaligen Vorsitzenden Armin Bernhard zahlreiche neue Projekte und Initiativen, unter anderem Gemeinde- und Bauernmärkte, ein Saatgutfest, eine Waldorfschule und -kindergarten und die Sozialgenossenschaft vinterra (Arbeitsplätze für Behinderte). Die BGO war außerdem verantwortlich für die Eröffnung der Bio-Dorfseinnerei Prad und das Kulturcafé Salina in Glurns. Die Auseinandersetzung um die Zukunft von Mals hatte außerdem weiterreichende Folgen. Der Malser Gemeinderat führte einen Bürgerhaushalt von 200.000 Euro für partizipative Regionalentwicklungsprojekte ein. Und in Südtirol konnte eine Umstellungswelle auf biologische Landwirtschaft registriert werden. Mals und der »Malser Weg« rückten ins mediale Lampenlicht, unterstützt von international bekannten Aktivist*innen (u. a. die Alternativ-Nobelpreisträger Vandana Shiva und Hans Rudolf Herren) und NGOs wie dem Pesticide Action Network und dem Münchner Umweltinstitut. Sehr viele Medien im In- und Ausland berichteten über die Ereignisse. Sie stehen aber für mehr. Was die Malser vorleben, kennzeichnet, jedenfalls im Südtiroler Kontext, thematisch und verfahrensrechtlich eine ins Leben gerufene Utopie.

4. Der sozial-utopische Gehalt des »Malser Wegs«

Ich vertrete die These, dass der »Malser Weg« hinsichtlich Ziele und Vorgehen einen modellhaften gesellschaftlichen Gegenentwurf, einen Paradigmenwechsel mit utopischem

Anspruch im ländlichen Raum auf kommunaler Ebene darstellt. Dieser bleibt auch bisher aufgrund der juristischen Widerstände utopisch. Gegenüber den umfassenden fiktiven (totalitären) gesellschaftlichen Utopien wie z. B. Ernest Callenbachs »Ecotopia« (1975) hat die Malser Utopie nur einen eingeschränkten Wirkungskreis, wenn auch einen wichtigen. Denn die lokale Ebene hat zum Beispiel in der Welt von Ecotopia und anderen kanonischen Utopie-Werken zentrale Bedeutung:

»[...] radical decentralisation of the country's economic life [...] was thus more political in nature [...]. Ecotopians largely dismantled their national tax and spending system, and local communities regained control over all basic life systems« (Callenbach 1996: 136).

Die agrarökologische Ausrichtung in Mals als nachhaltige Alternative zur dominierenden Transformation der traditionellen Kulturlandschaft in eine konventionelle Agrarlandschaft ist ein zentraler qualitativer Aspekt bei der Bewertung des Utopiegehalts des »Malser Wegs«. Sie macht ihn aber im Vergleich zu vergleichbaren Gebieten mit ähnlichen Absichten (u.a. Bioregionen) noch nicht zu einem Gegenentwurf. Zu diesem wird er aufgrund des gewählten basisdemokratischen Vorgehens und der Volksabstimmung mit dem Ziel der Ernährungssouveränität, das lokale Gemeinschaften in die Lage versetzt, selbstbestimmt über die Art und Weise der Lebensmittelproduktion und -verteilung im Sinne einer nachhaltigen, gerechten und gesicherten Ernährung zu entscheiden (vgl. Holtkamp/Staffler 2020). Das partizipative Vorhaben erfordert bestimmte Bewirtschaftungsweisen landwirtschaftlichen Eigentums zu unterbinden, wenn sie von der Mehrheit der Gemeindebürger*innen als umweltschädlich bzw. negativ für die Lebensqualität bewertet werden und der Malser Gemeinderat die Auffassung vertritt, sie gefährden die öffentliche Gesundheit (ebd.). Im Fall von Mals heißt das, die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen mit Pestiziden zu verhindern, damit sich andere (ökologische) Wirtschaftsweisen entfalten können und die öffentliche Gesundheit nicht gefährdet wird. Damit wendet sich Mals auch gegen einen drohenden Kulturlandschaftsverlust, der sich negativ auf die Identifikation der Einheimischen mit ihrer Heimat auswirken würde. Dadurch, dass die Ausbreitung der konventionellen Landwirtschaft verunmöglicht wird, wird außerdem eine Erhöhung der Bodenpreise und der als Landraub empfundene Aufkauf von Landwirtschaftsflächen durch reiche Obstbäuerinnen und Obstbauern aus dem Unter- und Mittelvinschgau verhindert. Damit werden einem sich beharrlich ausweitenden marktwirtschaftlichen System, existierenden Machtverhältnissen und potenten spezifischen Akteurskonstellationen mit partizipativ-demokratischen Mitteln Grenzen im Sinne des Gemeinwohls gesetzt.

»Am Beispiel der Initiative »Der Malser Weg« wird darüber hinaus ersichtlich, dass es politisch nicht erwünscht ist, wenn Bürgerinnen selbstbestimmt beschließen, Pestizide zu verbieten, um die Biodiversität in ihrer Region zu erhalten und Gesundheitsgefahren vorzubeugen« (Holtkamp 2022).

Die verfahrenere Situation in Mals wirft die Frage nach möglichen Konfliktlösungsansätzen auf: zum Beispiel wäre eine alternative Streitbeilegung (»Alternative Dispute Reso-

lution/ADR«), die mittels externer Moderator*in bzw. Mediator*in auf eine aktive Rolle und direkte Beteiligung der Parteien mit dem Ziel eines moderierten Dialogs und einer beiderseitig bewilligten Vereinbarung bzw. Kompromiss setzt gegebenenfalls hilfreich gewesen. Erörtert wird die Umsetzung einer Bioregion. Sie wird u.a. vom Südtiroler Bauernbund und von der Landesregierung als eine denkbare Lösung propagiert. Landesrat Schuler wurde nach langjährigen Diskussionen 2021 schließlich ein entsprechendes Vorschlagspapier für eine »pestizidfreie Bioregion« unterbreitet. Knackpunkt ist die verbindliche oder freiwillige Umsetzung. Die Malserinnen und Malser sind gegen eine Bioregion auf Grundlage von Freiwilligkeit, da, so der damalige Bürgermeister Veith, der sich bereits 2018 dazu äußerte,

»[...] Bauern ein[geschränkt werden], die umstellen möchten, aber nicht können, weil das Risiko zu groß ist, dass sie Rückstände haben. Ich bin der Meinung, wir brauchen ein Verbot, und Schuler [der Landesrat für Landwirtschaft] glaubt, es geht ohne. Das ist eigentlich der einzige Punkt, wo wir nicht zusammenkommen. Ansonsten sind wir in vielen Bereichen gleicher Meinung« (zitiert nach Pitro 2018).

5. Ausblick

Sommer 2023. »Malser Weg« und eine pestizidfreie Gemeinde Mals bleiben Utopie: Die Entscheidung des italienischen Staatsrats über die Rechtmäßigkeit des Referendums und die »Verordnung über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln« stand lange aus.¹ Die Reaktionen der Südtiroler Landes- und Bauernvertreter*innen nach der Veröffentlichung der Pestizid-Ergebnisse in der »Süddeutschen Zeitung« im Januar 2023 (Ritzer/Sablowski 2023) deuten allerdings nicht auf eine Annäherung der Positionen hin. Unabhängig von der Entscheidung des Staatsrats ist der »Malser Weg« für viele ein erfolgreiches Beispiel für eine solidarische und agrarökologische Gestaltung eines Lebensraumes u.a. weil er eine größere Identifikation mit der Gemeinde erreichte, die politische Mitbestimmung stärkte, starkes bürgerschaftliches Engagement initiierte und alternative Ernährungsnetzwerke aufbaute (Holtkamp 2020). Hervorzuheben ist sein Beitrag für die regionale Diskussionskultur in einem von mächtigen Interessengruppen und einflussreichen Medien geprägten Land. Ziele und partizipativ-demokratisches Vorgehen machen den »Malser Weg« utopisch gehaltvoll. Die Ausgangspunkte, Missstände und Akteurskonstellationen sind exemplarisch für viele ländliche Räume, deren nachhaltige Entwicklung im Agrarsektor entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft ist. Die Prinzipien der bisher nur von einer Minderheit betriebenen Agrarökologie, erscheinen dabei hilfreich, wenn es darum geht, potenzielle ländliche Utopien und ihre Herausforderungen als alternative regionale Entwicklungen zu bewerten.

1 Während der Endredaktion des Beitrags wurde Ende Januar 2024 schließlich eine Entscheidung des Staatsrats in Rom getroffen, und zwar gegen den Rekurs der Gemeinde Mals. Demnach ist die Verordnung von 2015 nicht rechtmäßig, ein Pestizidverbot fällt nicht in den Kompetenzbereich der Gemeinde.

Literatur

- Autonome Provinz Bozen-Südtirol (2018): Orthofotos, Landeskartographie und Koordination der Geodaten der Landesabteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung.
- Bär, Karl (2020): »Zum Pestizideinsatz in Südtirol – Gespritzte Äpfel für ganz Europa«. <https://www.oekom.de/beitrag/gespritzte-aepfel-fuer-ganz-europa-141> vom 03.07.2023.
- Balser, Markus/Geier, Moritz/Heidtmann, Jan/Liebrich, Silvia (2017): »Landwirtschaft – Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen«, in: Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/report-hegen-und-pflegen-1.3668000> vom 03.07.2023.
- BirdLife Europe/European Environmental Bureau/World Wide Fund For Nature (Hg.) (2021): Will CAP eco-schemes be worth their name?, <https://eeb.org/library/will-cap-eco-schemes-be-worth-their-name/> vom 03.07.2023.
- BR24 (2023): Pestizid-Streit: Perfekte Äpfel und ihre giftige Schattenseite, <https://www.youtube.com/watch?v=760e6hsLVpo> vom 05.07.2023.
- Callenbach, Ernest (1975): Ecotopia, The Notebooks and Reports of William Weston. Indore: Banyan Tree Books.
- Callenbach, Ernest (1996): Ecotopia. Leipzig: Reclam.
- Cioran, Emil (1977): »Gespräch mit Fernando Savater«, in: El Pais. Zitiert in: Werke, Suhrkamp Quarto, Glossar. Berlin: Suhrkamp, S. 2061.
- FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hg.) (2023a): Sustainable Agriculture, <https://www.fao.org/sustainable-development-goals/overview/fao-and-the-2030-agenda-for-sustainable-development/sustainable-agriculture/en/> vom 03.07.2023.
- FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hg.) (2023b): Sustainable Food and Agriculture, <https://www.fao.org/sustainability/en/> vom 03.07.2023.
- FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hg.) (2022) Agroecology Knowledge Hub, <https://www.fao.org/agroecology/overview/en/> vom 03.07.2023.
- Goethe, Johann Wolfgang (1907): Aus dem Nachlass. Über Literatur und Leben, in: Max Hecker//Erich Schmidt/Bernhard Suphan (Hg.): Johann Wolfgang Goethe: Maximen und Reflexionen. Nach den Handschriften des Goethe- und Schiller-Archivs, Schriften der Goethe-Gesellschaft, Band 21. Weimar: Verlag der Goethe-Gesellschaft. Zitiert in: Johann Wolfgang von Goethe: Maximen und Reflexionen. Wiesbaden: Matrix Verlag (2012), S. 148.
- Gemeinde Mals (Hg.) (2010): »KulturLandschaft leben – Leitfaden für die Erstellung von neuen Obstanlagen im Grünlandgebiet am Beispiel Oberer Vinschgau«. Marktgemeinde Mals.
- Herren, Hand R./Haerlin, Benedikt/International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development+10 Advisory Group (Hg.) (2020): Transformation of our food systems – the making of a paradigm shift, <https://www.globalagriculture.org/fileadmin/files/weltagrarbericht/IAASTD-Buch/PDFBuch/BuchWebTransformationFoodSystems.pdf> vom 05.07.2023.

- Heubuch, Maria (2020): »Vorlage für ein neues Ernährungssystem. Agrarökologie – Einführung«, in: *Ökologie & Landbau* 3, S. 12–14, https://www.oekom.de/_files_media/zeitschriften/artikel/OEL_2020_03_12.pdf vom 03.07.2023.
- Holtkamp Carolin/Staffler, Jutta (2020): »Ernährungssouveränität in Südtirol – Lokale Kontrolle und die Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten«, in: *Austrian Journal of Agricultural Economics and Rural Studies* 29, 251–258.
- Holtkamp, Carolin (2022): »Was ist Ernährungssouveränität?«, in: *Eurac Science Blogs*, <https://www.eurac.edu/de/blogs/agriculture/was-ist-ernaehrungssouveraenitaet> vom 05.07.2023.
- Holtkamp, Carolin (2020): *Der Malser Weg – Geschichte einer sozialen Bewegung für Demokratie und nachhaltige Regionalentwicklung*. Kassel: kassel university press.
- Leser, Irene/Schwarz, Jessica/Hilpert, Jana-Christin (2018): »Remapping Utopia. Interdisziplinäre Diskurse utopisch-dystopischen Denkens«, in: Irene Leser/Jessica Schwarz (Hg.): *utopisch dystopisch – Visionen einer ›idealen‹ Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 1–10.
- LobbyControl (2023): »Agrarlobby«, <https://www.lobbycontrol.de/schlagwort/agrarlobby/> vom 06.07.2023.
- Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss – Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Pitro, Susanne (2018): »Gespanntes Warten in Mals«, in: *salto*, <https://www.salto.bz/de/article/29032018/gespanntes-warten-mals> vom 06.07.2023.
- Reichholf, Josef H./Petersen, Hermann (2021): *Die Bereinigung der Natur – Die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Glyphosat und Co*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Ritzer, Uwe/Sablowski, Natalie (2023): »Spritzen fürs Geschäft«, in: *Süddeutsche Zeitung*, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/pestizide-apfelbau-ausuedtirol-e469434?reduced=true> vom 03.07.2023.
- Schölderle, Thomas (2012): *Geschichte der Utopie*. Wien, Köln, Weimar: UTB Böhlau.
- Sebastien, Lea (2020): »The power of place in understanding place attachments and meanings«, in: *Geoforum* 108, 204–216.
- Südtiroler Apfelkonsortium (Hg.) (2023): »Integrierter Anbau«, <https://www.suedtirolerapfel.com/de/suedtirol-und-der-apfelanbau/anbaumethoden/integrierter-anbau.html> vom 31.08.2023.
- Südtiroler Beratungsring für Obst- und Weinbau (Hg.) (2015): »Abstandsregeln für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln – Obstbau, Weinbau und Flächenkulturen«. Bozen: Autonome Provinz Bozen – Südtirol, Abteilung 31, Landwirtschaft.
- Tasser, Erich/Ruffini, Flavio V./Tappeiner, Ulrike (2009): »An integrative approach for analysing landscape dynamics in diverse cultivated and natural mountain areas«. *Landscape Ecology* 24, S. 611–628.
- Umweltinstitut München e.V. (Hg.) (2023): »Veröffentlichung der Vinschgauer Spritzhefte schlägt hohe Wellen«, <https://umweltinstitut.org/landwirtschaft/meldungen/veroeffentlichung-der-vinschgauer-spritzhefte-schlaegt-hohe-wellen/> vom 03.07.2023.

Affirmative Perspektiven auf das Bleiben in ländlichen Räumen

Eine utopische Haltung?

Melanie Rühmling & Robert Brumme

»Ich bin nur ein kleines... Ich bin ein kleines Rädchen von denen, die zu Hause geblieben sind« (Ulrike Grawe)¹ – das ist ein Zitat aus einem der vielen Gespräche, die im Rahmen des Dissertationsprojektes über das Bleiben in ländlichen Räumen mit Frauen, die schon immer geblieben sind, geführt wurden (vgl. Rühmling 2023).

Ulrike Grawe kommt in diesem Gespräch immer wieder darauf zurück, dass das Bleiben in ländlichen Räumen weniger einer gesellschaftlichen Norm entspricht als vielmehr als eine schlechtere Alternative zum Gehen angesehen wird. Das begründet sie in vielerlei Hinsicht mit Verweisen auf ihre Erfahrungen und die ihr vertraute Realität. Erstens finanziell: Sie würde mit ihrer Ausbildung und ihren beruflichen Erfahrungen in der Großstadt, bei einem größeren, etablierteren Unternehmen mehr Einkommen generieren und darüber hinaus wirkliche Aufstiegschancen haben. Zweitens sozial: ihre Offenheit und empathische Art würden es ihr leichtmachen, schnell Kontakte zu knüpfen, ein großzügiges, freundschaftliches Netzwerk aufzubauen, vielleicht sogar – und das ist ihr Wunsch – einen Partner zu finden. Drittens kulturell: ihren Hunger nach Literatur, Filmen und Musik würde sie durch das vielseitige kulturelle Angebot stillen können.

Hinter dem Aufzeigen dieser Möglichkeiten steht für Ulrike Grawe offensichtlich das beständige Bedürfnis, sich für das Bleiben in ländlichen Räumen zu rechtfertigen. Die oben aufgestellten Möglichkeiten sind dabei zunächst Teile eines variablen Feldes von Optionen. Ulrike Grawe erfährt häufig konkrete Auslöser, die die Frage Gehen oder Bleiben aufwerfen. In der Abwägungsphase, dann wenn es um eine ernsthafte Prüfung der Realisierbarkeit des Gehens geht, überwiegen jedoch die damit einhergehenden Teilentscheidungen, die gegen ein Gehen sprechen. Allerdings ist für Ulrike Grawe das Feld der Alternativen breiter aufgestellt und ihre Idee von einem guten Leben auf dem Land spiegelt sich nicht (nur) in einem eigenen Höher-Schneller-Weiter-Modus wider. In ihrer Lebenswirklichkeit geht es um intergenerationale Solidarität, das heißt, dem Sich-

1 Für die Veröffentlichung wurden alle Namen und personenbezogenen Daten anonymisiert.

Kümmern um die Mutter und Großmutter; es geht darum in der ortseigenen Kirchengemeinde die Finanzen zu verwalten, ehrenamtlich; es geht darum, das seit Jahren im Familienbesitz erhaltene Haus am Leben zu halten »weil ich möchte, dass das auch noch Generationen nach mir genießen könn'«.«, wie sie sagt. Kurzum: Ulrike Grawe bleibt.

An dieser Stelle lässt sich von einem utopischen Entwurf sprechen. Gemeint ist die Vorstellung, an einer kommenden idealen Gesellschaft mitzuwirken, hier bezogen auf die gesellschaftliche Wahrnehmung, die das Bleiben in ländlichen Räumen als gleichwertig neben dem Gehen in die städtischen Räume auffasst. Damit würde die bisherige ungleich gewichtige Dichotomie zwischen einem nachvollziehbaren Gehen auf der einen und einem rechtfertigungsbedürftigen Bleiben auf der anderen Seite aufgelöst werden. Und darüber hinaus würde die bisherige affirmative Deutung des Gehens sowie die pejorative Bewertung des Bleibens verschwinden, schließlich erläutert auch von Redecker »[s]o wie die Bleibefreiheit das Abzugsrecht voraussetzt, ist Bewegungsfreiheit auch nur Freiheit, wo das Bleiben möglich wäre.« (von Redecker 2023: 16).

Es wird im Folgenden darum gehen, die hinter der Entscheidung in ländlichen Räumen zu bleiben aufscheinenden Potentiale und Wertsetzungen, zu erkunden. Dabei werden mögliche utopische Vorstellungen und Erwartungen, soweit sie mit dem Ländlichen sowie der Entscheidung Gehen oder Bleiben verbunden sind, in den Blick genommen. Die bewusste Entscheidung in ländlichen Räumen zu bleiben und nicht zu gehen wird zum einen von den handelnden Personen selbst und zum anderen auch als äußere Projektion als eine kaum einzulösende Wunschvorstellung verhandelt, die in ihrer Ambivalenz dennoch auf eine Realisierbarkeit abzielt. Aufgrund dessen ist es möglich, das Bleiben in ländlichen Räumen als eine Utopie zu beschreiben. Utopien verstehen wir im Sinne Nassehis als »zukunftsorientierte Projektionen, die [...] die Orientierung an einer besonders qualifizierten Zukunft anzeigen« (Nassehi 1996: 242). Gemeint ist etwas, das zunächst als unerwartbar, sogar unrealistisch erscheint, dann allerdings, bei genauerem Hinschauen, doch zukünftige reale Erwartungen und aktuelle erkennbare Potentiale erfüllt.

1. Überlegungen zum Gehen und zum Bleiben

Zunächst zur begrifflichen Einordnung. Was ist mit dem Bleiben gemeint? Was mit dem Gehen? Welche Beziehung haben diese Konzepte zueinander?

Das Bleiben in ländlichen Räumen folgt einem Dreiklang aus unterschiedlichen Dimensionen, die sich zugleich als Orientierungslinien eines die aktuelle Wirklichkeit des Lebenszusammenhangs möglicherweise jeweils überschreitenden Sinnzusammenhangs, im Sinne utopischer Erwartung, nutzen lassen (vgl. Rühmling 2023). Hierzu gehört erstens, dass das Bleiben in ländlichen Räumen als *interaktionsgebundener Prozess* verstanden wird. Es ist keine isolierte Einzelentscheidung. Vielmehr ist es in der Regel ein Aushandlungsprozess, mit mindestens einer weiteren Person, der unterschiedliche Facetten annehmen kann. Diese erstrecken sich zwischen Unterstützung auf der einen Seite sowie Konflikten auf der anderen Seite. Wobei der Entscheidungsprozess des Bleibens nicht nur Auswirkungen auf die*den Entscheider*in selbst sowie auf das nahe Umfeld hat. Vielmehr sind auch weitere Personen des Netzwerks davon be-

troffen, beispielsweise wenn es um die Zusammensetzung des Sportteams oder des Kolleg*innenkreises geht. Einen wesentlichen Einfluss haben allerdings Personen, die in enger Beziehung zur Entscheidungsperson stehen. Hierzu gehören vor allem die Eltern, die*der Partner*in oder Kinder, auch wenn diese in der Regel nicht aktiv am Entscheidungsprozess beteiligt sind (vgl. Rühmling 2022).

Zweitens ist das Bleiben in ländlichen Räumen abhängig von der *Lebenssituation*. Dabei geht es um den Umgang mit den allgemeinen Rahmenbedingungen und der Passgenauigkeit aktueller Bedürfnisse. Dies wird dann besonders deutlich, wenn Lebenslagen und -phasen in den Blick genommen werden. Das heißt, sowohl die soziale Position und deren Umstände, beispielsweise ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte wie das Einkommen, der Gesundheitszustand, das Alter oder der Familienstand sind relevant, als auch Abschnitte bzw. Übergänge im Lebenslauf, die einen Einfluss auf diese Lebenslagen haben. Deutlich wird dies anhand der Überlegung, welche Bedürfnisse ein junger, alleinerziehender Vater oder aber ein pensioniertes Ehepaar haben, wenn es um eine Wanderungsentscheidung geht.

Als dritter Faktor, der das Bleiben in ländlichen Räumen beeinflusst, stehen die *lebensgeschichtlichen Erfahrungen*. Hier sind es vor allem die familiären und herkunftsbedingten Relevanzsetzungen. Der Einbezug der Familiengeschichte sowie des Herkunftsmilieus ist entscheidend, wenn es um die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus der Sicht der hier vorzustellenden Akteure geht. In ihnen zeigen sich entsprechende Auswirkungen auf die Beziehungen vor Ort. Beispielsweise spielt intergenerationale Solidarität eine große Rolle, wenn es um die Frage des Gehens oder Bleibens geht.

Ein weiterer Aspekt, der für diesen Artikel von besonderer Bedeutung ist, ist die Rolle des Gehens. Schließlich braucht es, um eine Entscheidung für das Bleiben zu treffen auch eine Alternative. Das Gehen wird hier – ebenso wie das Bleiben in ländlichen Räumen – als eine biographische Entscheidung betrachtet. Diese »Groß-Ereignisse im Lebenslauf« (Dimbarth 2003: 70) haben besondere Relevanz in der Biographie. Schließlich zeigt sich, dass dann mit dem Bleiben kritisch umgegangen wird, wenn aus einer Lebenslaufperspektive bereits Erfahrungen mit dem Gehen gemacht wurden und so eine vergleichende Bewertung stattfinden kann. Personen, die bereits aufgrund ihrer Ausbildung oder aber im Zusammenhang partnerschaftlicher Bindungen weggezogen sind, bezeichnen sich teilweise dennoch als Gebliebene, da vielschichtige Verflechtungen zu dem für die relevanten Raum aufrechterhalten wurden, beispielsweise durch regelmäßige Besuche bei Verwandten oder im Verein vor Ort. Schon aus diesem Grund ist das Gehen, die wohnsitzbezogene (Ab-)wanderung, an dieser Stelle nicht gleichzusetzen mit einem tatsächlichen permanenten (Weg-)Gehen aus dem bislang als Herkunft vertrauten Raum. Vielmehr erfolgt hier ggf. weiterhin ein Wechselspiel zwischen An- und Abwesenheit. Die tatsächliche Entscheidung der Rückkehr kann sowohl von vornherein geplant sein, beispielsweise im Zuge der Ausbildungszeit und im Wochenendpendeln erprobt, als auch sich erst im Laufe der Ereignisse ergeben. Eine Bindung zu den ländlichen Räumen kann dann dennoch aufrechterhalten bleiben und sei es nur symbolisch bzw. in der eigenen Selbstzuordnung, bspw. wenn von sich selbst als »Dorfkind« gesprochen wird.

Es scheint, dass eine Teil(weise)anwesenheit in städtischen und ländlichen Räumen zum Bleiben dazugehören kann. Bereits diese Beschreibung des Bleibens, aus einer qualitativen Perspektive, weicht die Interpretationen von Zu- und Abwanderungsstatistiken

auf und drängt zu der Frage, ob eine formale Wohnsitzveränderung, die sich in einer Wanderungsstatistik widerspiegelt, tatsächlich geeignet ist, um heterogene Formen des Gehens und Bleibens überhaupt angemessen abzubilden.

In der Auswertung des Dissertationsprojekts zugrundeliegenden Interviews zeigt sich, dass ein Betrachten von rein strukturspezifischen Einheiten, bspw. das Überschreiten der Gemeindegrenze oder aber eine bestimmte Entfernung – für Personen, die sich selbst als Gebliebene definieren – nicht ausreicht, um sie als eine Form des »Gehens« wahrzunehmen oder zu bestimmen (vgl. Rühmling 2023). Schließlich bedeutet ein Wohnortwechsel über diese Grenzen hinweg nicht per se einen Abbruch von sozialen und räumlichen Beziehungen. Relevant sind viel mehr die Überschreitung einer bestimmten sozial bedeutsamen Entfernung (vgl. Kley 2016), zum Beispiel, wenn Tätigkeiten im ortsansässigen Verein, auch in unregelmäßigen Abständen, nicht mehr nachgekommen werden kann oder die Pflege der (Groß-)Eltern abgegeben werden muss.

Darüber hinaus wird das Gehen erst als tatsächliches Gehen aufgefasst, wenn bestimmte Funktions- und Verfügungsoptionen, die vorher auf den relevanten Raum bezogen waren, nicht mehr vorhanden sind. *Funktionen* meint an dieser Stelle das eigene Mitwirken, die Möglichkeiten der (Mit-)Gestaltung vor Ort. *Verfügung* hingegen den eigenen Umgang mit den vorhandenen oder auch nicht vorhandenen Möglichkeiten im relevanten Raum. Das schließt u.a. die Frage der Sicherheit mit ein. Ulrike Grawe zum Beispiel fühlt sich in städtischen Kontexten sehr unwohl, das liegt unter anderem daran, dass sie sich »Stress und Hektik in der Großstadt« ausgesetzt fühlt. Das Unbekannte wird hier zum Erfahrungs- und Vorstellungsraum der Unsicherheit. Dadurch nimmt für Ulrike Grawe der Identifizierungsgrad mit dem jeweiligen spezifischen räumlichen Kontext, hier die städtischen Räume, ab. Gehen bedeutet in der Konsequenz eine Art Neuorientierung, die Aneignung neuer ortsspezifischer Kenntnisse und damit eine neue Verortung.

Schließlich kommt eine gewisse zeitliche Abwesenheit als ein Faktor des Gehens hinzu. Damit gemeint ist eine bestimmte Dauer, die eine Abwesenheit ausmacht. Schließlich ist es möglich, an mehreren Orten sowohl ein soziales Netzwerk zu erschließen als auch einen bestimmten Grad des Verortetseins anzunehmen. Wenn allerdings eine gewisse zeitliche Abwesenheit von einem Ort stattfindet, überformt dies die Empfindung des Bleibens.

Gehen ist dann nicht anhand *einer* räumlichen Variablen zu messen, sondern äußert sich vielmehr in einer multidimensionalen Veränderung von sozialen, kognitiven und temporalen Kategorien. Erst im Zusammenspiel dieser drei Dimensionen (die sozialen Kontakte können nicht mehr hinreichend wahrgenommen werden und bestimmte räumliche und zeitliche Entfernungen werden überschritten) kann von einem tatsächlichen Gehen die Rede sein.

2. Ein demographischer Blick auf das Gehen und Bleiben

Weiterhin zeigt sich in den Gesprächen mit Gebliebenen, dass sich viele auch dann als Gebliebene definieren, wenn sie schon einmal (formal) gegangen sind (vgl. Rühmling 2023). Und dennoch gehören das Gehen oder die Abwanderung zu den dramatischen

bzw. vielfach dramatisierbaren (Teil-)Vokabel der Landflucht. Wobei die mit beiden Formen räumlicher Mobilität – Gehen und Bleiben – verbundenen Sinndimensionen, zumal in ihrer Verschränkung und in den darin erkennbaren Wertorientierungen, ggf. utopischen Gehalten, in der Regel nicht gesehen bzw. angesprochen werden. Schließlich taucht die Abwanderung in Form von Kennziffern und daraus resultierenden Krisenszenarien auf (vgl. Beetz 2007), die dahinterliegenden komplexen Entscheidungssituationen werden allerdings nicht abgebildet. Hinzukommt, dass aktuell die Abwanderung in vielen Teilen der ländlichen Räume in Deutschland nicht (mehr) die hauptsächliche Herausforderung für die ländliche Entwicklung darstellt, sondern die zunehmende Überalterung. Aber auch wenn die Zusammenhänge tatsächlich widersprüchlicher und komplexer sind, als statistische Kennziffern suggerieren, entspinnen sich Erzählungen und Bilder über ländliche Lebensverhältnisse häufig ausschließlich anhand einer Zahl. Damit gemeint ist nicht die Anzahl der in ländlichen Räumen Anwesenden, sondern vielmehr die Anzahl der Zu- und Fortzüge und der daraus entstehende Wanderungssaldo. Im Mittelpunkt einer demographischen Darstellung von ländlichen Lebensweisen steht aus der Logik der Disziplin heraus die Beobachtung der Wanderungsprozesse. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass das Geburtenverhalten auf der einen, bisher im Diskurs eher unscheinbaren Seite und die Alterung auf der anderen, hingegen sehr viel auffälligeren Seite erst in ihrem Zusammenspiel wesentlich den Stand und die Entwicklung der Bevölkerung erklären. Festzuhalten ist dabei, dass sich die Geburtenziffern nur unwesentlich bzw. recht langsam verändern und damit auch weitestgehend bekannt sind. Ähnliches gilt auch für die Mortalitätsziffern und den hohen Sterbefallüberschuss, wobei steigende Lebenserwartungen hier eine besondere Rolle spielen. »Die größte Unbekannte sind die Wanderungen« (Hahne 2022: 73). Deshalb sind Prognosen in zeitlich entfernten Abständen auch besonders schwierig. Schließlich sind Veränderungen und Brüche, im Extremen beispielsweise eine Pandemie, schwer einzuschätzen. Aus diesen Prognosen heraus werden zugleich die Auswirkungen auf verschiedene Bereiche und Regionen diskutiert (vgl. Kröhnert/Ningel/Thomé 2020). Dabei muss erwähnt werden, dass den konkreten Zahlen der Zu- und Abwanderungen nicht zwangsläufig eine einzelne Person zugrunde liegen muss, sondern allein der Umstand, dass sich eine Person bei der jeweiligen Meldebehörde an- bzw. abgemeldet hat. Das heißt, die bekannten Zahlen drücken lediglich diese Meldungen aus und damit die hier verzeichneten Wanderungsfälle. Dabei liegt diese Anzahl der Wanderungsfälle in der Regel über der Anzahl der tatsächlich wandernden einzelnen Personen, schließlich kann eine Person mehrfach innerhalb des zu berichtenden Zeitraums zu- bzw. fortziehen (vgl. Destatis 2023). Außerdem müssen bei der Interpretation der Zahlen jeweils die zugrunde gelegten räumlichen Grenzen beachtet werden. Handelt es sich hier um Wanderungsfälle innerhalb einer Gemeinde, eines Landkreises oder eines Bundeslandes? So ist bekannt, dass die meisten Umzüge über kurze Distanzen stattfinden (vgl. BiB 2021), dementsprechend zeigen sich diese Wanderungsfälle ggf. nicht auf Bundes- bzw. Landkreisebene.

Damit sollen allerdings Debatten um Prozesse der ländlichen Lebensverhältnisse, die aus einer demographischen Perspektive geführt werden, nicht per se Infrage gestellt werden. Selbstverständlich beeinflusst das Wanderungsverhalten und damit die Bevölkerungsentwicklung die Lebensverhältnisse vor Ort. Und dennoch gilt es, den Wandel der ländlichen Lebensverhältnisse vom einem in der Debatte dominierenden Wegzugs-

geschehen zu entkoppeln. Dazu muss es auch um die Frage gehen, ob nicht diejenigen, die in ländlichen Räumen bleiben und sesshaft sind, wesentlich zum Wandel der Lebensverhältnisse sowie deren sozialen, kulturellen und ökonomischen Veränderungen beitragen? Und nicht – so wie es die Statistiken nahelegen – nur diejenige, die wegziehen. Davon ausgehend erschließt sich die Sinnhaftigkeit der Bleibensprozesse und der bisherige utopische Gehalt des Möglichen im Bleiben. Dieser erhält dann ein reales Potential. Freilich kommt diese Gruppe der Gebliebenen in demographischen Analysen schlichtweg kaum vor (vgl. Weiß/Petrick 2011, Corthier 2020, BiB 2021). Im Mittelpunkt steht eher die Bewegung, die Mobilität. Demgegenüber gibt es allerdings ein zunehmendes nationales und internationales Interesse am *Rural Staying*, vor allem aus einer qualitativen Perspektive (vgl. Gabler/Kollmorgen/Kottwitz 2016, Stockdale/Haartsen 2018, Peter/Tippel/Steinführer 2022). Und dennoch, in gesellschaftlichen Diskurskonstellationen über die ländlichen Räume sind es eher die Mobilien bzw. die Wanderungen, die in den Vordergrund rücken. »*Sie ist die Praxis, die als Bedrohung der Anwesenheit durch Abwesenheit wahrgenommen wird*« (Gabler 2016: 16).

Anwesende in Dörfern werden grob in Zugezogene, Rückkehrer*innen und Alteingesessene differenziert (vgl. Eichenauer et al. 2023). Dabei wird das Bild vermittelt, dass die Zugezogenen die »*Zukunft erfinden vor Ort*« (Neulandgewinner 2023) und den Rückkehrer*innen wird eine (Wieder-)Belebung der ländlichen Räume zugemessen bzw. wie es im Vorwort des Magazins LandInForm heißt »*[Ihr] Mut wird also belohnt*« (BLE 2014: 4). Die in den vergangenen Jahren aufkommenden Rückkehrer*innenagenturen sind zugleich Zeugnis davon, dass eine Unterstützung bei der Wiederkehr nötig ist. Dabei arbeiten diese Initiativen nicht mehr (nur) projektbedingt und ehrenamtlich. Beispielsweise ist das für den Landkreis Vorpommern-Rügen zuständige Welcome Center bereits direkt an der dortigen Verwaltungsbehörde des Landkreises angesiedelt und ist »*zentrale Anlaufstelle für Fachkräfte, Rückkehrer, Studierende und Zuzügler aus dem In- und Ausland*« (Landkreis Vorpommern-Rügen 2023). Wird also Rückkehrer*innen und Zugezogenen, schon aufgrund des damit einhergehenden Bewegungs-Modus das Potenzial zugeschrieben, zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beizutragen, zumindest in dieser Richtung zu wirken, geraten sesshafte Personen weithin aus dem Blickfeld.

3. Alteingesessene? Gebliebene? Immobile? – Wie denn nun?

Somit sind Gebliebene bisher nicht nur als eine analytische Kategorie in der Beschreibung ländlicher Lebensverhältnisse von geringerer Bedeutung. In Wachstumsgesellschaften gilt die Sesshaftigkeit als rückständig, das Gehen, die Mobilität, als progressiv (vgl. Bonß/Kesselring 2001). Bleiben ist Stillstand, Gehen ist Weiterentwicklung. Diese Bilder sind so einfach wie verhänglich. Sie mögen für bestimmte Bereiche des Sozialen auch angemessen oder wenigstens etabliert sein – man denke an dominante Bildungsregime wie das Konzept des lebenslangen Lernens oder an das Fortschrittscredo der Wissenschaft oder naheliegender: der Medizin. Hier ist sofort ersichtlich, warum Stillstand, Rückschritt heißen kann – obgleich auch an dieser Stelle aufgepasst werden muss, keinem gesellschaftlichen Beschleunigungsnarrativ (vgl. Rosa 2010) aufzusitzen.

Naheliegend ist, dass Statistiken (mit dem Fokus auf Zu- und Fortzügen) und jahrzehntelang vermittelte mediale Bilder (ländlicher Raum als problematischer bzw. »abgehängter« Raum) das Bild der Bleibenden als Benachteiligte geprägt haben. Schon die Benennung von Personen, die immer im ländlichen Raum, vor allem am selben Ort, gewohnt haben, stellt Bezüge zu einer unmittelbaren Vorstellung von einer überholten Lebensweise her. Welcher Begriff scheint hier angemessen? Alteingesessene? Gebliebene? Sesshafte? Immobile? Ob hier der Begriff und das tatsächlich Gemeinte zusammengehören ist fraglich, schließlich schwingt mit allen der hier vorgeschlagenen vier Begriffe stets etwas Nachteilbehaftetes mit und wirkt sich entsprechend auf das individuelle und kollektive Selbstbild sowie letztlich auch auf das Verständnis einer regionalen Identität aus. Mit diesen Fremdzuschreibungen geht das konkrete Handeln der Personen vor Ort einher. Aus dieser Perspektive erscheint es kaum verwunderlich, dass sich Ulrike Graue als »kleines Rädchen« beschreibt. Als Alternativen bietet sich eine Vielzahl an Selbstbeschreibungen von Gebliebenen und damit auch Strategien des Bleibens an, die nicht in einer Passivität herausstellenden oder auf Stagnation abzielenden Deutung aufgehen. Diese finden sich in den unterschiedlichen Bleibens-Typen wieder (vgl. Rühmling 2023).

4. Die Typologie des Bleibens in ländlichen Räumen

In dem bereits oben erwähnten Dissertationsprojekt über das Bleiben in ländlichen Räumen wurden biographische Gespräche mit Frauen im mittleren Alter aus sehr ländlichen Räumen (vgl. Küpper 2016) geführt und analysiert (vgl. Rühmling 2023). Neben einer Analyse der Konstruktion und der Konstitution der relevanten Räume Gebliebener sowie einem Entscheidungsmodell des Bleibens ist dabei eine Typologie des Bleibens in ländlichen Räumen entstanden. Diese weist innerhalb eines Typs eine Regelmäßigkeit (interne Homogenität) auf, zwischen den Typen allerdings zeigen sich Differenzen (externe Heterogenität) (vgl. Kelle/Kluge 2010). Was diese Typen allerdings gemeinsam haben, sind vier Kernkategorien, die fallübergreifend diese Typologie konstituieren.

Hierzu gehört (1) das *Verorten*. Diese Dimension nimmt einen großen Stellenwert ein und beeinflusst ganz wesentlich das Bleiben in ländlichen Räumen. Hierunter lassen sich verschiedene Subkategorien fassen: Die Rechtfertigung des Bleibens, der konkrete Entscheidungsprozess hinsichtlich der Frage Gehen oder Bleiben, die Unterscheidung zwischen Ich und den Anderen im relevanten Raum sowie die unterschiedlichen Strategien in der Ausgestaltung des Bleibens. Eine weitere Kernkategorie ist (2) die Gestaltung räumlicher Mobilität. Hier lassen sich verschiedene Einstellungen zum Pendeln sowie differenzierte Ansichten, Einstellungen und Erfahrungen zum Gehen unterscheiden. Hinzukommt (3) die Einstellung zu den städtischen Räumen sowie (4) die Repräsentation bzw. Selbstthematisierung der Gründe des Bleibens.

Im Zusammenspiel dieser Kategorien werden folgende drei Typen systematisiert, die hier nur pointiert und hinsichtlich der Fokussierung des Artikels auf ggf. damit verbindbare utopische Gehalte vorgestellt werden sollen. Die Typen *Kritisch-positive Bleiberin* sowie *Kritisch-negative Bleiberin* lassen bereits vermuten, dass diese zunächst ganz ähnlich konstruiert sind, allerdings wird ihr Abbild jeweils unter einem anderen Vorzeichen dargestellt. Beide nutzen bewusst geplante Strategien des Bleibens, zugleich ist für bei-

de das Gehen in städtische Räume positiv besetzt. Allerdings charakterisiert sich der Typ Kritisch-positive Bleiberin darüber, dass die hier vorgestellten Strategien zu einem fortlaufend intensivierenden Verorten führen sollen, bspw. durch ein kontinuierliches ehrenamtliches Engagement, welches sich auch in formellen Positionen ausprägt. Der damit verbundene utopische Gehalt, könnte sich dabei im Anspruch und in der Annahme wiederfinden lassen, dass es sich lohnt und zugleich machbar erscheint, im Bleiben einen gewünschten Sinnbezug und Gestaltungsraum zu finden und realisieren zu können. Der Typ Kritisch-negative Bleiberin definiert sich dadurch, dass dieser zwar gehen möchte, angesichts mangelnder Möglichkeiten und Ressourcen dafür aber keinen Ansatz sieht. Die an dieser Stelle formulierten Strategien basieren auf eine Harmonisierung des Umstandes, dass die gewählte Option, nämlich das Gehen, nicht realisierbar ist. Dieser Typ engagiert sich zwar auch, allerdings eher aus einem sozialen Erwartungsdruck, einem *Das-macht-man-halt-so*, heraus, was mit sich bringt, dass die ggf. als utopische Dimension anzusprechende Vorstellung einer individuellen, in der persönlichen (lokalen) Umgebung realisierbaren Sinnorientierung entweder vernachlässigt oder frustriert erscheinen muss. Hingegen braucht der dritte Typ, die *Selbstverständliche Bleiberin*, keine in dieser Art geplanten oder angenommenen Strategien, um sich den sozialen Gegebenheiten vor Ort anzupassen. Vielmehr taucht die Frage nach Engagement gar nicht erst auf, sondern wird als eine Selbstverständlichkeit gesehen – was auch das Bleiben in ländlichen Räumen insgesamt als Unhinterfragbarkeit formuliert.

Diese Differenzierung findet sich auch hinsichtlich der Subkategorie Gehen wieder. Während die »Kritischen Bleiberinnen« zunächst ganz ähnlich agieren, allerdings in gegensätzlicher Ausprägung, unterliegt dem Typ »Selbstverständliche Bleiberin« eine gänzliche Andersartigkeit. Dieser Typ verhandelt die Frage über das Gehen oder Bleiben kaum. Für sie ist es über den Lebenslauf hinweg eine Selbstverständlichkeit, dass sie bleibt. Menschen dieser Gruppe erfahren zwar Auslöser, die diese Frage aufwerfen, aber über einen kurzen Moment der Abwägung hinweg, wird dieser Anstoß als irrelevant verworfen oder führt sogar eher dazu, dass städtische Räume sowie das Gehen selbst vehement abgelehnt werden. Der Typ »Kritisch-positive Bleiberin« hingegen steht dem Gehen grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Sie sind es vornehmlich, die bereits Erfahrungen in städtischen Räumen gesammelt haben, aber aufgrund vielschichtiger Verbindungen ist das Band in die ländlichen Räume hinein nicht abgerissen. Auch für den Typ »Kritisch-negative« Bleiberin ist das Gehen in städtische Räume positiv besetzt, wird sogar als Sehnsucht formuliert. Dies entspringt allerdings dem Kern dieses Typs, denn dieser möchte nicht in ländlichen Räumen bleiben, sieht sich allerdings dazu angehalten und sieht damit den eigenen Status als defizitär. Ob sich aus dem »Bleiben aus Not« dann doch auch eine utopische Dimension, die Haltung eines »Trotz alledem« entwickeln lässt, muss dabei offenbleiben.

Im Zusammenspiel der hier vorgestellten Typologie des Bleibens als auch der Konstruktion und Konstitution der damit verbundenen relevanten Räume sowie dem Nachzeichnen des konkreten Entscheidungsprozesses zeigen sich synthetisiert unterschiedliche Lebensweisen des Bleibens. Diese zeugen davon, dass das Bleiben in ländlichen Räumen kein starres Verhalten darstellt oder gar Stagnation bedeutet, sondern vielmehr einen dauerhaften Prozess darstellt, der über die jeweilige Verbindung von Erwartungen und Erfahrungen sich auch in einer sinnhaft ausgerichteten Orientierung jeweiliger Ge-

hens- oder Bleibe-Entscheidungen wiederfindet. Damit prägen gleichwohl Gebliebene – neben Zugezogenen und Rückkehrenden – gleichermaßen die ländlichen Lebensverhältnisse als Ganzes.

5. Auflösung der Dichotomie zugunsten eines gleichwertigen Nebeneinanders

Die Unterrepräsentanz sowie Unsichtbarkeit von bleibenden Personen aus einer demographischen Perspektive und die damit einhergehende einseitig, v.a. defizitäre Interpretationen des Bleibens in gesellschaftlichen Debatten spiegeln die tatsächlichen Lebensverhältnisse und Entscheidungsumstände der Bewohner*innen ländlicher Räume kaum wider. Die kurzen Hinweise auf die Vorstellungen von Ulrike Grawe zeigen aber, dass eine eher negative Wahrnehmung des Bleibens und damit einhergehend die Annahme einer vermeintlichen Normabweichung gegenüber den Anforderungen der Zeit bereits bei den Bewohner*innen der ländlichen Räume angekommen ist. Die Untersuchung zu den unterschiedlichen Bleibenslebensweisen sowie die dargestellte Typologie des Bleibens macht allerdings auch deutlich, dass auch gebliebene Personen ganz wesentlich zum Wandel der ländlichen Lebensverhältnisse und deren Gestaltung beitragen. Darüber hinaus wird deutlich, dass sich in diesen Entscheidungen zum Bleiben, ebenso wie in den daran anschließenden Handlungen und Perspektiven, Aspekte einer an Sinn, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung orientierten Lebensführung festmachen lassen, die sich in anderen Zusammenhängen als utopische, also über die jeweilige Gegenwart und ihre Begrenzungen hinausweisenden Ansprüche und Vorstellungen bestimmen lassen. Es lohnt sich demnach, Gebliebene weiterhin im Blick zu halten und Erzählungen über ländliche Räume nicht nur mit demographischen Krisenszenarien (vgl. Beetz 2007) und mit der Klage über die unumkehrbare Abwanderung maßgeblicher Akteur*innen beginnen zu lassen, sondern vielmehr jene Gruppe sichtbar zu machen, die es aufgrund methodischer Unzulänglichkeiten bislang nicht geschafft hat, in sozialwissenschaftlichen Darstellungen mittels statistischen Kurven- und Balkendiagrammen aufzutauchen. Schließlich sind sie als wichtiger Träger und Gestaltungsfaktor in ländlichen Zusammenhängen nicht nur vorhanden, sondern sollten in ihren Funktionen und Leistungen stärker Berücksichtigung finden. Der Hinweis auf die Ursachen einer solchen verzerrten Deutung des Bleibens in ländlichen Räumen enthält jedoch auch die Chance, zu einer Umkehrung von Blickrichtung und Wertung. Es bedarf daher einer Neuausrichtung und Diskursverschiebung in den Bevölkerungswissenschaften wie auch einer Refokussierung auf die Bleibenden, deren Erwartungen, Erfahrungen und Handlungen. Statistiken prägen Bilder und Annahmen über Bevölkerungsgruppen (vgl. Otto 2019) und repetitive einseitige Erzählungen verfestigen ein homogen erscheinendes Bild benachteiligter Bleibender, ohne dass die im Bleiben vorhandenen, erkennbaren und nutzbaren Potentiale zur Gestaltung und Stabilisierung ländlicher Lebensverhältnisse bislang angemessen erkannt, gefördert und gewürdigt werden. Schließlich gilt es, wenn mit einer utopischen Perspektive nicht die Uneinlösbarkeit der aufgebotenen Vorstellungen, sondern vielmehr die zwar die aktuelle Realität überschreitenden, zugleich aber diese auch entwickelnden und in ihren Defiziten überwindenden Ansätze angesprochen

werden sollen, die bisherige strikte Opposition zwischen dem Gehen und dem Bleiben aufzulösen und in einen multioptionalen Prozess von Möglichkeiten zu überführen. Dabei sollen Grenzen und Diversitäten nicht verschwinden, es geht viel eher um das gesellschaftliche Bewusstmachen und die Anerkennung unterschiedlicher Positionen und Wege sowie der Heterogenität ländlicher Lebensweisen und der damit verbundenen individuellen und gruppenbezogenen lokalen Orientierungen. Entscheidungsträger*innen müssten dann beispielsweise Jugendliche nicht mehr *binden* wollen oder nach *Haltefaktoren* fragen. Gerade in Zeiten des sozialen sowie ökonomischen Verselbstständigungsprozesses (vgl. Junge 1995) ist das Gehen zwar ein verbreitetes Handlungsmuster (vgl. Meyer/Leibert 2021), zugleich aber bleiben die Fragen der Gestaltung der Beziehungen zu den Orten der Herkunft und zu den Ausgangspunkten der Mobilität von Interesse. So scheint eine intensive Gestaltung der Beziehung zum Ort in jeglichen Lebensphasen und -lagen förderlich, wenn es um die Entscheidung zu Bleiben geht. Interessant ist demnach die Gestaltung der Beziehung zum Ort und zwar von Anfang an.

Hinsichtlich der ihnen zugrundeliegenden Handlungskonzepte, Motivationen und Folgen unterscheiden sich die Konzepte Gehen und Bleiben in ländlichen Räumen oftmals nur in Nuancen; im Blick auf den Raumbezug, die Gestaltungskraft vor Ort und im Selbstverständnis der Akteur*innen stehen zunächst die Unterschiede im Vordergrund. Die Gehenden erscheinen als sichtbar, die Bleibenden entweder als Residualkategorie oder gar nicht. Sofern die Sichtbarkeit von Gebliebenen auch in ihren sozialen, ökonomischen und nicht zuletzt sinnorientierten Dimensionen erhöht wird – und zumindest aus einer wissenschaftlichen Perspektive ist dieser Weg eingeschlagen – besteht die Utopie darin, dass sowohl das Gehen als auch das Bleiben als ein gesellschaftlich akzeptierter, mithin sogar gesellschaftlich nutzbarer, innovativer und produktiver Bestandteil der Biographie anzusehen ist.

Literatur

- Beetz, Stephan (2007): »Die Demographisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Veränderungen am Beispiel des ländlichen Raums«, in: Daniela Schiek/Eva Barlösius (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS, S. 221–246.
- BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2021): Stark mit der Heimat verbunden: Bayern bleiben am häufigsten in ihrem Bundesland wohnen. Pressemitteilung vom 05.01.2021. <https://www.bib.bund.de/DE/Presse/Mitteilungen/2021/2021-01-05-Stark-mit-der-Heimat-verbunden-Bayern-bleiben-am-haeufigsten-in-ihrem-Bundesland-wohnen.html> vom 20.07.2023.
- BLE – Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hg.) (2014): LandInForm – Magazin für Ländliche Räume. Vorwort. Bonn (1), S.4. http://interval-berlin.de/documents/LandInForm_2014_1_Gesamt.pdf vom 20.07.2023.
- Bonß, Wolfgang/Kesselring, Sven (2001): »Mobilität am Übergang von der Ersten zur Zweiten Moderne«, in: Ulrich Beck/Wolfgang Bonß (Hg.): Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 177–190.

- Corthier, Jochen (2020): »Sesshaftigkeit in ostdeutschen ländlich-peripheren Räumen. Wie Wanderungen die Bevölkerungsstruktur langfristig verändern«, in: Sören Becker/Matthias Naumann (Hg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland: Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie, Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum, S. 389–399.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2023): Unterschiede zwischen der Wanderungsstatistik und der Bewegungsbilanz nach dem Ausländerzentralregister <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/zuwanderung-auslaendischer-personen.html> vom 20.07.2023.
- Dimbath, Oliver (2003): Entscheidungen in der individualisierten Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eichenauer, Eva/Sütterlin, Sabine/Sixtus, Frederick/Hinz, Catherina (2023): Neu im Ort. Wie der Zuzug das Leben auf dem Land verändert https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Neu_im_Dorf_online.pdf vom 26.09.2023.
- Gabler, Julia (2016): Anwesenheit – Eine Ethnographie in schrumpfenden Industriestädten. Jena. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:27-dbt-20170405-0946195> vom 20.07.2023.
- Gabler, Julia/Kollmorgen, Raj/Kottwitz, Anita (2016): Wer kommt? Wer geht? Wer bleibt? Eine Studie zur Verbesserung der Verbleibchancen qualifizierter Frauen im Landkreis Görlitz. Görlitz: Landratsamt Görlitz/Trawos-Institut/Hochschule Zittau/Görlitz.
- Hahne, Ulf (2022): »Unbetretene Pfade und andere Zukünfte. Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume aus raumwissenschaftlicher Sicht«, in: Sigrun Langer/Marc Weiland (Hg.): Die Zukunft auf dem Land. Imagination, Projekte, Planung, Gestaltung. Bielefeld: transcript, S. 65–110.
- Junge, Matthias (1995): Forever young? Junge Erwachsene in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden: VS.
- Kelle, Udo/Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden: VS.
- Kley, Stefanie (2016): »Regionale Mobilität in der Bevölkerungssoziologie«, in: Yasemin Niephaus/Michaela Kreyenfeld/Reinhold Sackmann (Hg.): Handbuch Bevölkerungssoziologie, Wiesbaden: Springer VS S. 481–500.
- Kröhnert, Steffen/Ningel, Rainer/Thomé, Peter (Hg.) (2020): Ortsentwicklung in ländlichen Räumen. Ein Handbuch für planende und soziale Berufe, Bern: Haupt Verlag.
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume (= Thünen Working Paper 68). Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Landkreis Vorpommern-Rügen (2023): Das Projekt Welcome-Center Vorpommern-Rügen <https://www.lk-vr.de/Willkommen/Welcome-Center/> vom 26.09.2023.
- Meyer, Frank/Leibert, Tim (2021): »On the role of cultures of (out-)migration in the migration decisions of young people in shrinking regions of Central Germany«, in: Geographica Helvetica 76(3), S. 335–345.
- Nassehi, Armin (1996): »Keine Zeit für Utopien. Über das Verschwinden utopischer Gehalte aus modernen Zeitsemantiken«, in: Rolf Eickelpasch/ Armin Nassehi (Hg) Utopie und Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S 242–286

- Neulandgewinner (2023): Zukunft gestalten vor Ort. <https://neulandgewinner.de> vom 20.07.2023
- Otto, Danny (2019): Dem »Prekariat« auf der Spur. Eine Deutungsmachtanalyse soziologischer Wissensgenerierung. Weinheim/München: Beltz Juventa.
- Peter, Heike/Tippel, Cornelia/Steinführer, Annett (2022): Wohnstandortentscheidungen in einer wohnbiographischen Perspektive: Eine explorative Studie in ländlichen und großstädtischen Kontexten (= Thünen Report 92). Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rühmling, Melanie (2022): Bleibenslebensweisen in Kleinstädten. Die Rolle der sozialen Beziehungen im Entscheidungsprozess des Bleibens in der Kleinstadt. <https://opus4.kobv.de/opus4-btu/frontdoor/index/index/docId/6278> vom 20.07.2023
- Rühmling, Melanie (2023): Bleiben in ländlichen Räumen. Wohnbiographien und Bleibenslebensweisen von Frauen aus Mecklenburg-Vorpommern. Bielefeld: transcript.
- Stockdale, Aileen/Haartsen, Tialda (2018): »Editorial introduction: Putting rural stayers in the spotlight«, in: *Population, Space and Place* 24(4), e2124.
- von Redecker, Eva (2023): Bleibefreiheit. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Weiß, Wolfgang/Petrick, Martin (2011): Was anderen noch bevorsteht: Ländliche Regionen in Ostdeutschland als Beobachtungslabor für den demographischen Wandel (=IAMO Policy Brief, 4). Halle (Saale): Leibniz Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe.

Die Kibbuz-Bewegung in Israel

Beispiel gelebter Utopien im ländlichen Raum

Andreas Exner

1. Einleitung

Gelebte Utopien erfahren angesichts wachsender sozial-ökologischer Probleme zunehmende Aufmerksamkeit in sozialen Bewegungen sowie in wissenschaftlichen Diskussionen, die sich der Frage sozial-ökologischer Transformation widmen (siehe z.B. KNÖ/DFG-K 2016). Solche Utopien verweisen auf ein radikales Anderes im Vergleich zu bestehenden sozial-ökologischen Verhältnissen, in dessen Rahmen Praktiken von Herrschaft unterbrochen oder abgeschwächt, verschoben oder umgangen werden sollen. Dies geschieht jedoch im Unterschied zu klassischen Sozialutopien, die neue, herrschaftsfreie soziale Ordnungen imaginieren, und Ökotopten, die zusätzlich auf nachhaltige Mensch-Umwelt-Verhältnisse fokussieren, nicht allein in der Welt der Vorstellungen und Repräsentationen. Vielmehr markieren gelebte Utopien den Einbruch von Zukunft in die Gegenwart: Die Aspiration eines besseren Lebens, die imaginative Ausrichtung auf Zukünftiges wird in das Hier-und-Jetzt gezogen, die Imagination wird nicht bloß repräsentiert, sondern inszeniert: Zukunft und Gegenwart fallen in eins, sodass der Index des Utopischen nicht den Abstand zwischen Wunsch und Welt, sondern den Grad an Alterität, an Andersheit vermisst, der sich aus der konkreten Praxis ergibt. Gelebte Utopien können Elemente präfigurativer Praktiken miteinschließen, das heißt, zur strategischen Vorbereitung grundlegender Veränderungen sozial-ökologischer Verhältnisse. Dennoch lassen sie sich nicht darauf reduzieren, eine andere Zukunft bloß vorzubereiten. Denn in ihnen überwiegt die Figuration die Präfiguration, die Gegenwart dominiert die Zukunft. Sie bereiten eine andere Zukunft nicht nur vor, sondern nehmen sie zugleich vorweg. Sie sind ein Ziel an sich, nicht bloß und auch nicht immer Mittel für ein künftiges Ziel. Diesem Aspekt wird in der neueren wissenschaftlichen Diskussion zu Utopien (Heller 2016; Daniel/Exner 2020) sowie insbesondere mit Bezug auf ökologische Probleme (siehe z.B. KNÖ/DFG-K 2016; Görden/Wendt 2020; Exner/Daniel 2023) erhöhte Aufmerksamkeit zuteil.

Doch haben sich Theorien sozial-ökologischer Transformation bisher selten den strategischen Potenzialen gelebter Utopien gewidmet und weniger noch dem Verhältnis von Ökonomie und ländlichem Raum.

Der vorliegende Beitrag verfolgt vor diesem Hintergrund das Ziel, vorherrschende Überlegungen zu einer sozial-ökologischen Transformation anhand eines Beispiels für ländliche Ökonomie zu problematisieren. Diese unterschätzen, erstens, häufig das Ausmaß an Kontingenz, dem die Veränderung sozial-ökologischer Verhältnisse unterliegt. Zweitens wird das Zusammenspiel unterschiedlicher Skalenebenen verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse oft zu wenig beleuchtet. Drittens wird kaum in den Blick genommen, dass die Verbreiterung und Vernetzung so genannter sozial innovativer Nischen (d.h. sozialräumlicher Zonen von Alterität wie im Fall gelebter Ökonomie im ländlichen Raum) nicht notwendigerweise dazu führt, dass sich dominierende sozial-ökologische Verhältnisse so verändern, wie die gelebte Utopie dies im Hier-und-Jetzt zu ver-räumlichen sucht.

Dabei gehe ich davon aus, dass ein Prozess sozial-ökologischer Transformation neben anderen Herrschaftsverhältnissen die kapitalistische Wirtschaftsweise auflösen und mit einer auf Commons beruhenden Solidarischen Ökonomie ersetzen muss (Exner 2021). Zu diesem Zweck wird im Folgenden eine explorative Fallstudie der israelischen Kibbuzim präsentiert – ein Netz von Landkommunen, das strategisch dazu beigetragen hat, eine urbanisierte Gesellschaft aufzubauen. Die Kibbuzim sind im Vergleich mit anderen gelebten Utopien im ländlichen Raum in dieser Hinsicht einzigartig. Zugleich eignen sie sich aufgrund ihres radikalen Versuchs, kapitalistische Verhältnisse zu überwinden, und ihrer früher erheblichen regionalen Bedeutung für das Forschungsinteresse dieses Beitrags. Abschließend reflektiere ich einige Ergebnisse transformationstheoretisch.

2. Die komplexen Hintergründe einer gelebten Ökonomie

Die Utopie der Kibbuz-Bewegung bestand in einer herrschaftsfreien Gesellschaft und sie kombinierte dafür sozialistische, anarchistische und feministische Ideologien. Sie war zudem von Anfang an stark mit Imaginationen der Urbarmachung und der körperlichen Arbeit in der Landwirtschaft verbunden. So betrachtete Aaron David Gordon, einer der wesentlichen Intellektuellen der frühen Kibbuz-Bewegung, körperliche Tätigkeit insbesondere in der Landwirtschaft als Medium des »Heilwerdens«. Arbeit verstand Gordon als eine Kunst, die er als intensive Verbindung mit dem Gegenstand einer Tätigkeit begriff. Die von ihm so genannte Eroberung der Arbeit bildete einen ideologischen Grundpfeiler der frühen Kibbuz-Bewegung. Dieses Konzept implizierte die Ablehnung von Lohnarbeit und zielte darauf, den eigenen Lebensunterhalt möglichst autonom zu sichern: Gordon »entwickelte eine Theorie des Nationalismus und Zionismus, die als »Religion der Arbeit« weithin bekannt ist. Sie betonte die moralischen Aspekte der Eroberung der Arbeit und legte den Schwerpunkt auf die Regeneration von Jüd*innen durch physische Arbeit und den direkten Kontakt zur Natur« (Neir 2007, Vol. 1, 17; eig. Übers.; siehe zu Gordon, dessen ideologischen Kontext und Einfluss Sternhell 1998: 16ff.; Horrox 2009: 25ff.). Gordon's Denken konstruierte Natur als Vorbild für das soziale Leben

(Horrox 2009: 25ff.). Mit diesem Deutungsrahmen »betrachtete [Gordon] die Araber*innen als eine organische Nation, die in Harmonie mit dem Land lebt, und an der Jüd*innen sich ein Beispiel nehmen sollten« (Horrox 2009: 27; eig. Übersetzung). Vor diesem Hintergrund war die Kibbuz-Bewegung anfangs und bis in die 1930er-Jahre stark anarchistisch bzw. sozialistisch geprägt (zur Bandbreite ideologischer Einflüsse siehe z.B. Horrox 2009), das heißt auf Commons und damit verbundene Solidarische Ökonomien hin orientiert (Exner/Kratzwald 2021). Dies gilt sowohl für ihr Selbstverständnis als auch für ihre konkrete Praxis. Der Kibbuz sollte der Beginn einer auf Commons, das heißt auf gemeinschaftlicher Produktion und Konsumtion beruhenden neuen Gesellschaft sein. Darüber hinaus reflektierten die ersten Kibbuz-Siedlungen und die Jugendbewegungen, die sie prägten, eine feministische Kritik patriarchaler Geschlechter- und Familienverhältnisse sowie des Modells der Zweierbeziehung (Fölling-Albers/Fölling 2000: 59–64; Near 2007, Vol. 1: 49ff.). Die Kibbuzim blieben jedoch immer hinter den eigenen, anfänglichen Ansprüchen zurück: Lohnarbeit verschwand nie und wurde vielmehr struktureller Bestandteil der Kibbuz-Ökonomien (z.B. Near 2007, Vol. 2), die weitgehende, aber patriarchal durchbrochene Egalität der frühen Siedlungen wurde fortschreitend von oligarchischen Strukturen abgelöst (z.B. Shapira 2008), die Errungenschaften feministischer Auseinandersetzungen in der Kibbuz-Bewegung blieben limitiert und ambivalent (z.B. Fölling-Albers/Albers 2000), und die Beziehungen zur arabischen Bevölkerung verschlechterten sich im Lauf der Zeit (z.B. Near 2007, Vol. 1 und 2).

Die Kibbuz-Bewegung war das Ergebnis einer einzigartigen Kombination von Faktoren, die der Kibbuz-Historiker Henry Near als Resultat einer »Ideologisierung des Improvisierten« bezeichnet (Near 2007, Vol. 1: 396; zusammenfassend a.a.O., 397f.; Horrox 2009: 24f.). Sie war Teil der größeren Bewegung des Zionismus, der die Ansiedlung von Jüd*innen in Palästina förderte und bei Theodor Herzl selbst, der kein Sozialist war, bereits auf die Perspektive einer genossenschaftlichen Organisation verwies (Fölling-Albers/Fölling 2000: 15). Der Zionismus gewann im Zuge der zunehmenden Repression gegen Jüd*innen insbesondere in Osteuropa seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr Anhänger*innen (siehe mit Bezug zur Kibbuz-Geschichte Near 2007, Vol. 1: 11). Dies war zugleich die Zeit der Entstehung des Anarchismus, der in Russland großen Widerhall fand, auch bei der jüdischen Bevölkerung. Der Zionismus der frühen Kibbuz-Bewegung war daher nicht eindeutig darauf ausgerichtet, einen jüdischen Staat zu begründen. Bedeutende Strömungen waren pazifistisch orientiert und vielfach sind freundschaftliche Beziehungen mit den arabischen Nachbar*innen historisch belegt (siehe z.B. Baratz 1960), wenngleich die Beziehungen im Ganzen gesehen immer ambivalent gewesen waren (Eisenstadt 1992: 220ff.; Near 2007, Vol. 1: 201f., 304ff.) Die Kibbuzim selbst jedenfalls verstanden sich als Ankerpunkt einer klassenlosen Gesellschaft ohne Staat (Horrox 2009).

Diese Perspektive wurzelte in einer konkreten historischen Praxis des Commoning. Viele jüdische Einwanderer*innen lebten schon vor ihrer Emigration in mehr oder weniger kooperativen Gruppen. Obwohl das jüdische Shtetl im Osten Europas keine egalitäre Gesellschaft war, begünstigte es doch ein starkes Bewusstsein von Solidarität. Möglicherweise war dies, in Verbindung mit einer anarchistischen Perspektive, ein Nährboden für die kooperative Kultur der Kibbuzim (Near 2007, Vol. 1: 397f.), die zunächst vor allem von osteuropäischen Einwanderer*innen aufgebaut wurde. Dies betraf

die ersten vier Einwanderungswellen (Einzahl: Aliya) 1882–1903, 1904–1914, 1919–1923 und 1924–1931 (Eisenstadt 1992: 173f.), wovon in die Zeit der zweiten Aliya die Gründung der ersten Kibbuzim fiel (Near 2007, Vol. 1: 11–18).

In Palästina existierte zu dieser Zeit bereits eine Vielfalt unterschiedlicher kooperativer Lebens- und Arbeitsformen (Horrox 2009: 87). So lebten etwa viele der jüdischen Einwanderer – zumeist junge unverheiratete Männer – in Plugot genannten Gruppen. In einer Pluga wurden die Einkommen geteilt, man kochte und wohnte zusammen und traf gemeinsam Entscheidungen. Aus einer solchen Pluga entstand der Kvutzot bzw. spätere Kibbuz Degania (Baratz 1960). Degania war die erste jüdische Siedlung, die auf kollektiver und egalitärer Basis wirtschaftete und trotz schwierigster Bedingungen erfolgreich war. Sie stellte damit die bis dahin *existierende* Siedlungen in den Schatten, die auf privatem Kapital beruhten und jüdische oder arabische Lohnarbeit anwendeten, jedoch Verluste machten. Das Positivbeispiel sprach sich in Palästina rasch herum. Die Kunde davon erreichte auch die in Europa aktiven jüdischen Jugendbewegungen (Horrox 2009: 19).

Diese Jugendbewegungen spielten eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Kibbuz-Bewegung. Die jüdischen ebenso wie die nicht-jüdischen Jugendbewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Ausdruck der Rebellion von Jugendlichen gegen ihre Eltern und das institutionalisierte Establishment ihrer Zeit (Tyldesley 2003: 8–38; Near 2007, Vol. 1: 112; Baratz 1960: 8f.). Sie bildeten eine relativ unabhängige Jugendkultur, die sich an Werten von Gleichheit und Gemeinschaft orientierte. Die jüdischen Jugendbewegungen waren stark vom Zionismus und Anarchismus beeinflusst (Fölling-Albers/Fölling 2000: 34ff.). Mit der Zeit organisierten sie ein weit verzweigtes Netz der Rekrutierung und Sozialisation von Jugendlichen in den Werten der Kibbuz-Bewegung. Sie betrieben eine große Zahl an Trainingslagern, zumeist Bauernhöfe, wo die auswanderungswilligen Jugendlichen, vielfach mit urbanem oder kleinstädtischem Hintergrund (Baratz 1960: 9), sich auf ihr Leben im Kibbuz vorbereiteten (Near 2007, Vol. 1: 97ff.).

Der ökonomische Erfolg der ersten Kibbuzim bzw. ihrer Vorläufer und die gelingende Rekrutierung neuer Siedlungsmitglieder verhalf der entstehenden Kibbuz-Bewegung zugleich zu politischem Einfluss. Getreu ihrem revolutionär-anarchistischen Selbstverständnis waren sie maßgeblich an der Gründung der jüdischen Gewerkschaft beteiligt, behielten jedoch eine kritische Distanz zu den etablierten Arbeiter*innenparteien und anderen Strömungen. Die zionistische Bewegung sah dessen ungeachtet die Kibbuz-Siedlungen als den besten – und häufig auch als den einzigen (Near, 2007, Vol. 1: 55) – Weg zur Besiedelung Palästinas, die sie daher mit dem Ankauf von Land arabischer Grundbesitzer unterstützte.

Die Beziehung der Kibbuzim zu den entstehenden proto-staatlichen Strukturen, die in weiterer Folge das Gerüst des 1948 proklamierten Staates Israel bilden sollten, entsprach einer Art von asymmetrischer Symbiose (Near, 2007, Vol. 1: 55f.). Die Kibbuzim waren für ihre Etablierung auf die Unterstützung der zionistischen Bewegung angewiesen. Erstens für den Ankauf von Land, zweitens für den finanziellen Ausgleich der Schwierigkeiten, die der Aufbau der Landwirtschaft unter zum Teil äußerst unwirtschaftlichen Bedingungen bot. Auf der anderen Seite begriff sich die Kibbuz-Bewegung zwar als ein Leitbild der kommenden Gesellschaft, und viele Siedler*innen erhofften sich, dass der Kibbuz zur dominierenden Gesellschaftsform in ganz Palästina werden würde und, in

optimistischer Variante, Jüd*innen wie Araber*innen vereinen könne. Ihre Vertreter*innen übten jedoch nie eine politische Führung aus, sondern agierten praktisch im Sinne dessen, was sie als das Gemeinwohl der jüdischen Gesellschaft verstanden (Near, 2007, Vol. 2: 195ff.).

Dies bedeutete neben der Urbarmachung und Bewirtschaftung des Landes zunächst den Aufbau einer tragfähigen Landwirtschaft und schon früh einer Industrie. Im Unterschied zu den kapitalistisch orientierten Farmen, die sich auf die profitable Zitronen-Monokultur konzentrierten, widmeten die Kibbuzim sich aber dem Aufbau einer Mischkultur, die sie für krisensicherer hielten, was ihren Vorstellungen einer Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls besser entsprach (Near 2007, Vol. 1: 176ff.). Zweitens absorbierten sie eine enorme Zahl an Einwanderer*innen, die allerdings auch ihre Ressourcen bei Weitem überforderte und ihre Reproduktion belastete. Drittens spielten die Kibbuz-Siedlungen in politischer Hinsicht die entscheidende Rolle für die Definition der Grenzen Israels und für deren anschließende Verteidigung. Der überdurchschnittliche Einsatz und die großen Opfer der Kibbuzniks waren zugleich die Grundlage ihres lange Zeit herausgehobenen nationalen Prestiges.

Für das Ende der ersten revolutionär-anarchistischen Phase, die zu einer immer weiter gehenden Verflechtung von Staatsapparaten und Kibbuz-Bewegung führte, waren vor allem die Erfahrungen und die Folgen des Holocausts verantwortlich. Sie ließen den Aufbau des Staates Israel auch für die Kibbuz-Bewegung zur Priorität werden. Zudem hatte der Holocaust die wichtigste soziale Basis für die Erweiterung der Siedlungen, die jüdischen Jugendbewegungen in Europa ausgelöscht.

3. Entwicklung und Krise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die abnehmende Bedeutung der bloßen Besiedelung für die militärische Sicherheit des Staates zusammen mit dem zunehmenden Wohlstand der Kibbuzim, der in krassem Gegensatz zur Lebenssituation einer neuen Generation von jüdischen Einwanderer*innen aus Asien, Afrika und dem Mittleren Osten stand, entfernten einen großen Teil der israelischen Gesellschaft von den Werten und der Lebensweise der Kibbuzniks (Near 2007, Vol. 2: 332f.). Auch traten die mit den Kibbuz-Vorstellungen verbundenen utopischen Orientierungen eines gemeinsamen Lebens, Arbeitens und Handelns im Zuge einer allgemeinen Individualisierung der Gesellschaft in den Hintergrund (Near 2007, Vol. 2: 336). Die Abwahl des bis dahin dominanten Arbeiter*innenblocks durch die rechte Likud-Partei 1977 markierte einen Wendepunkt, der sich stark auf die weitere Entwicklung der Kibbuzim auswirkte (Near 2007, Vol. 2: 333; Horrox 2009: 93ff.). Denn der Einflussverlust der politischen Brückenköpfe der Kibbuz-Bewegung in den Staatsapparaten im Jahr 1977 war Ausdruck einer langfristigen Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf verschiedenen Skalenebenen, einerseits durch die Zunahme des Anteils sephardischer Jüd*innen und den Aufstieg ethnozentrischer, rechtsorientierter Politiken in Israel (Fölling-Albers/Albers 2000: 80; Near 2007, Vol. 2: 333), andererseits aufgrund von internationalen Entwicklungen. So kam es zeitgleich mit der neoliberalen »Konterrevolution« in den USA und in Großbritannien auch in Israel in den 1980er-Jah-

ren zur Privatisierung von Staatsbetrieben, zum Abbau sozialer Dienstleistungen und zur Öffnung zum Weltmarkt (Horrox 2009: 93).

1985 kulminierten das erste Mal ökonomische Schwierigkeiten der Kibbuzim, die sich im Zusammenspiel verschiedener Ursachen über einen längeren Zeitraum entwickelt hatten. Bis 1989 waren deren finanzielle Probleme soweit angewachsen, dass ein Eingriff des Staates unausweichlich wurde. Der Schaden für die Kibbuzim war enorm: ökonomisch, vor allem aber ideologisch und sozial (Gavron 2000: 143ff.; Fölling-Albers/Albers 2000: 82; Near 2007, Vol. 2: 344ff.).

Ein großer Teil der Schulden, deren Last die meisten Kibbuzim ohne den Eingriff des Staates in den Bankrott getrieben hätte, war auf die zunehmende Individualisierung in den Kibbuzim zurückzuführen und auf das damit einhergehende Eindringen der kapitalistischen Konsumnormen in deren Arbeits- und Lebensbereich (Fölling-Albers/Albers 2000: 274f.). Nicht zuletzt hatte der ökonomische Erfolg der Kibbuzim die Diffusion einer kapitalistisch-betriebswirtschaftlichen Außenorientierung in ihren sozialen Binnenraum verstärkt (Fölling-Albers/Albers 2000: 279). Die rasch zunehmende Mechanisierung etwa unterminierte die früheren Ideale der Eroberung der Arbeit durch direkten Kontakt mit einer als Vorbild für das soziale Leben konstruierten Natur (Near 2007, Vol. 1: 159). Die Herausbildung einer anfänglich vor allem politisch, später eher technisch bestimmten Kibbuz-Elite hatte zu einer wachsenden Kluft zwischen der Ideologie der Gleichheit und den tatsächlichen Entscheidungsstrukturen geführt (Fölling-Albers/Fölling 2000: 86, 273ff.; Shapira 2008). Viele Kibbuzniks gingen daher in den inneren Rückzug, sofern sie nicht austraten (Near 2007, Vol. 2: 326). Sie suchten Sinn nicht mehr in einer gesellschaftlichen Revolution. Stattdessen strebten sie vermehrt nach individuellem Konsum und einer der kapitalistischen Lebensweise ähnlichen Normalität. Die alten Strukturen der kollektiven Entscheidung über alle Belange des täglichen Lebens waren dabei hinderlich. So wurden die auf kollektiven Konsum ausgelegten Einrichtungen im Zuge der 1970er-Jahre zusehends für den individuellen Konsum erweitert. Der entsprechende Ausbau der Familienwohnungen aber erforderte Investitionen, die keine Einkommen brachten und daher langfristig die Budgets strapazierten (Gavron 2000: 155f.). Weiterhin versuchten die ärmeren Kibbuz-Siedlungen mit dem höheren Lebensstandard der reicheren Kibbuzim mitzuhalten und verschuldeten sich zu diesem Zweck (Gavron 2000: 155f.). Dieses »Levelling-up« spielte sich nicht nur zwischen den einzelnen Kibbuzim ab, sondern auch in ihrem Inneren. Im Zuge des Verlusts der sozial-revolutionären Kraft, der zunehmenden Individualisierung der Kibbuz-Kultur und vor allem auch aufgrund der immer stärkeren Elitenkonkurrenz im Rahmen der Kibbuz-Organisationen sowie, schließlich, deren mangelnde demokratische Kontrolle durch die Kibbuzniks wurde die Regel des kollektiven Konsums immer wieder durchbrochen (Shapira 2008). Diese Regelbrüche wurden jedoch zumeist nicht sanktioniert, insbesondere nicht, wenn es sich um Angehörige der Kibbuz-Elite handelte, etwa um Manager*innen in den Regionalunternehmen oder um die nationalen Führer*innen der Kibbuz-Verbände, die nicht abgewählt werden konnten. Vielmehr erhob der Kibbuz den an sich nicht legitimierten Konsumstandard der Privilegierten in seinen Reihen nach einiger Zeit zur neuen Norm (Near 2007, Vol. 2: 294ff.; siehe detailliert Shapira 2008).

Schließlich expandierte die Industrieproduktion der Kibbuzim in einer bis in die 1970er-Jahre günstigen weltwirtschaftlichen Situation und wegen des Preisverfalls in der

Landwirtschaft. Diese Erweiterung wurde häufig mit Krediten finanziert (Near 2007, Vol. 2: 345f.).

Reuven Shapira betont die vor allem am Machtzuwachs orientierte und davon angetriebene Expansion der Regionalunternehmen der Kibbuz-Verbände (Shapira 2008). Sie nahm nicht an den konkreten Bedürfnissen der Kibbuzim Maß, sondern am Prestigegewinn und ging daher tendenziell mit einer Überinvestition einher (a.a.O.; siehe auch Gavron 2000: 155). Die dafür aufgenommenen Kredite wurden unter den Bedingungen von Rezession und Austerität in den 1980er Jahren zu einer großen Belastung für die Kibbuzim, zusätzlich zu Krediten für die Erweiterung bzw. den Umbau von Wohnraum (siehe oben).

Der kollektivistischen Erziehung zum Trotz, die in den 1970er-Jahren immer mehr einer Familienorientierung wich (Fölling-Albers/Fölling 2000: 67f.), dürfte die zusehends kritische Meinung der Eltern über Sinn und Qualität des Lebens im Kibbuz ihre Kinder durchaus beeinflusst haben (siehe z.B. spezifisch zur Rolle von Müttern Lieblich 2010). Zusammen mit der wachsenden Bedeutung des TV und der immer stärkeren Konsumkultur in der umgebenden Gesellschaft sank die Attraktivität der Kibbuzim für die Kinder (Near 2007, Vol. 2: 291ff., 347ff.).

Hinzu kam der lange Militärdienst der Kibbuz-Jugendlichen, die im Anschluss – auf Kosten des Kibbuz – vielfach noch ausgedehnte Auslandsaufenthalte absolvierten. Während das System der kollektiven Erziehung noch dem Vorbild der früheren Jugendorganisationen gefolgt war, aus denen auch die Kibbuzim selbst entstanden waren, und die gerade auf der relativ autonomen Sozialisation der Kinder unter Anleitung der Jugendlichen bestanden hatten, setzte nun mit dem Ende der 1960er-Jahre der massenhafte Zustrom von Freiwilligen ein, die zwar den Ausfall der kibbuz-eigenen Jugendlichen zunächst kompensieren konnten. Zugleich aber unterbrach diese Entwicklung die interne Weitergabe der Kibbuzwerte und individualistische Orientierungen wurden zum (konsumistischen) Rollenvorbild der nachfolgenden jungen Generationen (Fölling-Albers/Fölling 2000: 201f.). Schließlich waren die Menschen, die den Kibbuz aufbauten und sich in Jugendgruppen organisierten, durch eigenen Widerstand zu ihren Ansichten gekommen. Sie widmeten sich aus eigenem Entschluss dem Aufbau einer neuen Gesellschaft – anders als ihre Kinder und Kindeskiner (Fölling-Albers/Fölling 2000: 282).

In der Krise beauftragten die Kibbuzim häufig externe Berater*innen, die nur wenig oder gar kein Verständnis für Solidarische Ökonomien aufwiesen. Sie führten, sofern die Generalversammlungen ihnen das dafür notwendige Mandat erteilten, neoliberal inspirierte Reformen durch. Daniel Gavron dokumentiert ausführlich, wie sehr der Diskurs in vielen Kibbuzim in den 1990er-Jahren von neoliberalen Schlüsselbegriffen wie Effizienz, Leistung und einer angeblich durch den Markt möglichen individuellen Freiheit durchdrungen war (Gavron 2000). Reuven Shapira zeigt, dass die Annäherung der meisten Kibbuzim an kapitalistische Normen und Strukturen nicht zuletzt eine Strategie des Machtausbaus der eigenen Eliten war. Von der neoliberal beeinflussten Transformation der Kibbuzim, so etwa von der Einführung von Einkommensunterschieden, profitierten vor allem sie, die nun ihre früher informell und regelwidrig erworbenen Privilegien offen zeigen und regelkonform ausbauen konnten, zulasten von Frauen, von Alteingesessenen und allen, die nicht in den Genuss höherer Bildung und ausgedehnter Kontakte in Machtnetzwerken gekommen waren (Shapira 2008).

4. Kontingenz und die Einbettung gelebter Utopien

Das Beispiel der Kibbuzim illustriert die komplexen Voraussetzungen eines gelebten utopischen Entwurfs, der für einige Jahrzehnte in einem bestimmten geographischen Gebiet gesellschaftliche Entwicklungen erheblich beeinflussen konnte. Verschiedene soziale, politische, kulturelle und ökonomische Bedingungen wirken dabei zusammen und produzieren spezifische Räume, die nicht einfach anderswo repliziert werden können.

Zudem wird deutlich, wie sich ein solcher Entwurf auf höchst kontingente Weise entwickelt. Zwar bilden verschiedene Bedingungen die einzelnen Elemente der gelebten Utopie. Doch lässt sich aus keiner einzigen und auch nicht aus ihrem Zusammenspiel deterministisch ableiten, wonach Menschen streben, wo und wie sie sich organisieren, welche politische Perspektive sie entwerfen und wie sich diese auf die übergreifenden gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse auswirkt. So hätte niemand den Aufbau einer für einen gewissen Zeitraum durchaus politisch relevanten, wenngleich ambivalenten gelebten Utopie in den häufig unwirtlichen, für Agrar- und Industriebetriebe an sich ungeeigneten Gegenden des heutigen Israel, in denen sich die ersten Kibbuzniks niederließen, einfach planen oder vorhersehen können. Dazu trägt die Multiskalarität relevanter Bedingungen wesentlich bei. Die Kibbuz-Akteur*innen im engsten Sinn praktizierten ein mehrdimensionales Programm der kollektiven Selbsterziehung, das von Praktiken europäischer Jugendbewegungen beeinflusst war. Diese wiederum reflektierten geographisch übergeordnete und teils v.a. in Russland bzw. Osteuropa verbreitete Diskurse einer Rückkehr zu einem einfachen Leben der Bäuerlichkeit und Natürlichkeit, in Verbindung mit anarchistischen, sozialistischen und feministischen Ideen. Die Relevanz der zunächst klassischen, vage umrissenen Sozialutopie, die sich unter diesen Bedingungen herauszubilden begann, speiste sich jedoch nicht nur aus ihrer genuinen Attraktivität, sondern ebenso aus den wiederkehrenden und großräumigen Gewalterfahrungen von europäischen Jüd*innen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Darauf reagierte eine politisch breite zionistische Bewegung, die den Kibbuzim aus ideologischen und materiellen, v.a. auch militärischen Gründen ein vorteilhaftes Entwicklungsmilieu bot und ihr Wachstum wesentlich unterstützte, was den Stellenwert der Kibbuzim vergrößerte. Der Holocaust zwang die Kibbuz-Bewegung schließlich zur Aufgabe ihrer ursprünglichen Ideale einer nicht-staatlichen Vergesellschaftung. Der enorme Zustrom von Flüchtlingen und die Notwendigkeit, die jüdischen Gesellschaften in Palästina vor arabischen Angriffen zu schützen, verschob die Prioritäten der Kibbuzim weiter in Richtung auf eine pragmatische Anpassung an geopolitische Realitäten, die zugleich ihr Prestige und ihre Relevanz weiter erhöhte. Das kontingente Zusammenspiel verschiedener Skalenebenen, die den Radius der einzelnen Kibbuz-Siedlungen und -Netzwerke bei weitem übersteigen, wird erneut in der Krise der Kibbuzim ab den 1980er-Jahren deutlich. Die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus verkoppelte sich mit kleinräumigen Prozessen der Erosion des Kibbuz-Ethos, die vorrangig endogene Ursachen hatten und z.T. mit dem ökonomischen sowie politischen Erfolg der Kibbuzim in Zusammenhang standen, aber parallel dazu von Prozessen der Individualisierung auf nationaler und internationaler Ebene sowie nationale Spezifika wie den langen Militärdienst vor-

angetrieben wurden. Der Niedergang der israelischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung unterminierte die Kibbuzim zusätzlich.

Schließlich zeigt das Beispiel der Kibbuzim, wie sich der Radius des gesellschaftlichen Einflusses einer gelebten Utopie erheblich weitet, wenn alternative Mechanismen der Vergesellschaftung mit staatlichen Strukturen und kapitalistischen Märkten in Verbindung treten. Doch setzt dies auch hochgradig zweideutige Dynamiken in Gang. Einerseits haben sich die Kibbuzim trotz eines in Teilen durchaus selbstkritischen Bewusstseins aus realpolitisch guten Gründen in eine Militarisierung der israelischen Gesellschaft eingeschrieben, die auch für sie selbst problematisch ist (siehe z.B. Near 2007, Vol. 2: 294), andererseits stehen sie in vielfacher Weise mit den Verhältnissen der kapitalistischen Wirtschaftsweise in Verbindung, die viele Kibbuzim drastisch verändert haben. Diese Verbindungen ermöglichten zwar, den Wirkungsradius der Kibbuzim erheblich zu vergrößern, sodass sie für viele Menschen einen wirtschaftlichen und individuell spürbaren Erfolg ermöglichten. Sie schwächten aber zugleich das spezifische Kibbuz-Ethos und damit verbundene Raum- und Sozialstrukturen (Amir/Churchman,/Wachman 2005; Rosenberg 2012). Nicht zuletzt gingen damit die Kreativität und Strahlkraft utopischen Potenzials verloren. Neuere Entwicklungen innerhalb sowie im Umkreis der Kibbuzim, die vermehrt in urbanen Räumen stattfinden, aber auch auf dem Land zu beobachten sind, bleiben bis auf weiteres marginal, beleben allerdings den ursprünglichen utopischen Impuls (Horrox 2009: 87ff.).

Der Naturessenzialismus, wie ihn Aaron Gordon vertrat, und die damit ideologisch begründete bzw. unterstützte Besiedelung ländlichen Raums war eine zentrale Dimension der gelebten Utopie der Kibbuzim, die in dieser Hinsicht vielen Ökotopten ähneln. Doch ging die materielle Basis dieser Orientierung, die auf ein neues Natur- und Selbstverhältnis abzielte, im Zuge der ökonomischen Entwicklung der Kibbuzim verloren. Die rasche Mechanisierung der Landwirtschaft (Near 2007, Vol. 1: 339), der extensive Aufbau von Industriebetrieben (Near 2007, Vol. 2: 239ff.) und ein ebenso intensives wie differenziertes, selbstorganisiertes kulturelles Leben (ebd.: 286ff.) urbanisierte die Kibbuzim in gewisser Weise – was sich auch in einer spezifischen Urbanität ihrer sozialräumlichen Strukturen manifestierte, die weder Stadt noch Dorf entsprachen (Armin et al. 2005; Rosenberg 2012) – und trug dazu bei, Israel ökonomisch zu modernisieren. Im Rückblick auf die Anfänge der Kibbuzim, eng mit einem bäuerlichen Anarchismus des einfachen Lebens verbunden, erscheint dies paradox.

Was ist daraus im Hinblick auf gegenwärtige Versuche zu schließen, die kapitalistische Wirtschaftsweise zu überwinden, das heißt, an einer Utopie festzuhalten, die darauf zielt, eine sozial-ökologische Transformation zu bewerkstelligen? Werden die Kibbuzim und ihre Geschichte auf die Problemstellung sozial-ökologischer Transformationen bezogen, so verweisen sie darauf, dass die damit verbundenen Prozesse eines grundlegenden Wandels kein kurzfristiges, lineares, harmonisches Projekt darstellen, für das sich Blaupausen formulieren und ungeachtet spezifischer Kontexte auf mehreren Ebenen transferierbare Bausteine angeben lassen. Sollen Lehren aus der Geschichte der Kibbuzim mit Blick auf die strategische Rolle gelebter Utopien in sozial-ökologischen Transformationsprozessen gezogen werden, dann wohl die: Selbst erfolgreiche gelebte Utopen bleiben ambivalent; sie setzen sich aus einer Reihe einzelner Komponenten zusammen, die in spezifischen sozio-politischen Milieus entstehen, aber erst unter historischen Um-

ständen breiter relevant werden, die niemand absehen kann. Sie können diese verlieren und in anderen Konstellationen wiederaufnehmen. Gerade wenn solche Bewegungen in breiterem Maße einflussreich werden, so lässt sich jedenfalls aus dem spezifischen Fall der Kibbutz-Bewegung schließen, setzen sie sich verstärkt den Widersprüchlichkeiten und Beschränkungen des Weltmarkts, der Geopolitik, der staatlichen Apparaturen und kapitalistischen Produktionsverhältnisse aus. Damit drohen sie weitaus mehr von Herrschaftsverhältnissen geprägt zu werden als sie diese beeinflussen oder einhegen können, und die sie in ihren Anfängen überwinden wollten.

Literatur

- Amir, Eyal/Churchman, Arza/Wachman, Avraham (2005): »The Kibbutz Dwelling: Ideology and Design«, in: *Housing, Theory and Society* 22(3), S. 147–165.
- Baratz, Joseph (1960): *A Village by the Jordan. The Story of Degania*. Tel Aviv: Ichud Habonim.
- Daniel, Antje/Exner, Andreas (2020): »Kartographie gelebter Ökotoptien«, in: *Forschungsjournal Sozialer Bewegungen* 33(4), S. 785–800.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1992) [1985]: *Die Transformation der israelischen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Exner, Andreas (2021): *Ökonomien der Gabe. Frühsozialismus, Katholische Soziallehre und Solidarisches Wirtschaften*. Wien: Mandelbaum.
- Exner, Andreas/Kratzwald, Brigitte (2021) [2012]: *Solidarische Ökonomie und Commons*. 2. Aufl. Wien: Mandelbaum.
- Exner, Andreas/Daniel, Antje (2023): »Theorien zu Ökotoptien«, in: Margaret Haderer/Ulrich Brand/Antje Daniel/Andreas Exner/Julia Fankhauser/Christoph Görg/Andreas Novy/Thomas Schinko/Nicolas Schlitz/Anke Strüver (Hg.): *Perspektiven zur Analyse und Gestaltung von Strukturen klimafreundlichen Lebens*. APCC Special Report: *Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben)*. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum, S. 704–705.
- Fölling-Albers, Maria/Fölling, Werner (2000): *Kibbutz und Kollektiverziehung. Entstehung – Entwicklung – Veränderung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Gavron, Daniel (2000): *The Kibbutz. Awakening from Utopia*. Lanham Rowman & Littlefield.
- Görgen, Benjamin/Wendt, Björn (Hg.) (2020): *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?* München: oekom.
- Heller, Agnes (2016): *Von der Utopie zur Dystopie. Was können wir uns wünschen?* Wien: Edition Konturen.
- Horrox, James (2009): *A Living Revolution. Anarchism in the Kibbutz-Movement*. Edinburgh et al.: AK Press.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (KNÖ/DFG-K) (Hg.) (2016): *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*. München: oekom.
- Liebllich, Amia (2010) »A century of childhood, parenting, and family life in the kibbutz«, in: *The Journal of Israeli History* 29(1), S. 1–24.

- Near, Henry (2007) [1997]: *The Kibbutz Movement. A History. Volume 1 – Origins and Growth, 1909–1939. Volume 2 – Crisis and Achievement, 1939–1995.* Oxford/Portland, Oregon: The Littman Library of Jewish Civilization.
- Shapira, Reuven (2008): *Transforming Kibbutz—Research. Trust and Moral Leadership in the Rise and Decline of Democratic Cultures.* Cleveland, Ohio: New World Publishing.
- Rosenberg, Elissa (2012): »An all-day garden«—the kibbutz as a modernist landscape«, in: *Journal of Landscape Architecture* 7(2), S. 32–39.
- Sternhell, Zeev (1998): *The Founding Myths of Israel. Nationalism, Socialism, and the Making of the Jewish State.* Princeton: Princeton University Press.
- Tyldesley, Michael (2003): *No Heavenly Delusion? A Comparative Study of Three Communal Movements.* Liverpool: Liverpool University Press.

Recht auf Dorf

Ein Manifestchen

Lisa Birk, Michael Feller & Martin Struller

Die Zeit ist reif für das Dorf. Es ist Zeit, dass Du, Dorfkind, dort nicht nur wohnen, sondern dort *leben* kannst. Dass Du, Rentner*in, dort sitzen, atmen, erzählen kannst. Es ist Zeit, dass Du, Geflüchtete*r, dort willkommen bist und es ist Zeit, dass Du, Bauernhaus, gerettet wirst.

Es ist auch Zeit, dass Du, Selbstversorger*in, dort einen Acker findest. Dass Du, letzte Generation, doch nicht die Letzte bleibst. Es ist Zeit, dass Du, Aussteiger*in, mit dem Lastenrad einkaufen kannst und dass Du, Künstler*in, Bastler*in, Bereichernde*r, Deinen Raum bekommst. Denn das ist Euer Recht, *unser* Recht. Dieses Recht zu erkämpfen, dieses neue Dorf, wird Euer *Werk* sein. Und daher ist es *Zeit*, dass Du, Planer*in, zur Seite stehst, Räume anbietest, geschehen lässt, *ermöglichst*. Dieses Manifestchen soll einen Weg dorthin zeigen (vgl. Birk/Feller/Struller 2023).¹ Lefebvres 1968 erschienenes »Recht auf Stadt« (vgl. Lefebvre 2016) ist nicht nur von akademischem Interesse – es ist ein politisches Werk. Doch als solches blieb es zunächst weitgehend unbeachtet. Zu radikal und systemkritisch, um für gemäßigte Liberale anschlussfähig zu sein und bei weitem zu freiheitlich, zu individualistisch, zu sinnlich, um bei der zeitgenössischen Linken auf großen Anklang zu stoßen. Doch Kritische Theorie, Diskursanalyse und die ideengeschichtliche Postmoderne haben sich in den (linken) Zeitgeist des 21. Jahrhunderts eingeschrieben, vorbei sind die Zeiten von K-Gruppen und Mao-Bibeln, und wer sollte ihnen hinterhertrauern? Inmitten einer globalen, diffusen Wolke von Bewegungen, die darum ringen, den Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des politischen Neoliberalismus mit ihren autonomen Grundüberzeugungen in Einklang zu bringen, ist da plötzlich Lefebvre. Gut möglich, dass »Right to the City« seit der Jahrtausendwende öfter auf ein Schild geschrieben als gelesen wurde.

1 Dieser Beitrag basiert auf einer gleichnamigen Veröffentlichung der Autor*innen, die unter Betreuung durch Professorin Dr. Laura Calbet Elias und Dr. Tino Buchholz an der Universität Stuttgart entstand. Anhand der Untersuchung des »Baulandes« im Nordosten Baden-Württembergs (s. Abschnitt »Vor Ort«) und in Anlehnung an Henri Lefebvres *Recht auf Stadt* wurde ein »Recht auf Dorf« entwickelt, das hier stark gekürzt vorgestellt werden soll.

Der Stadt kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn Protest gegen das System wirkt durch Situierung, durch räumliche Anwesenheit, Versammlung, Begegnung (vgl. Koch/Beveridge 2018). »Stadt« ist für Lefebvre, wo Gesellschaft ist, wo sie sich nicht vollständig wegeregimentierten lässt, wo sie un gelenkt ins Sein kommen kann, und auch, wo die Dringlichkeit am deutlichsten zu spüren ist, wenn die Ordnung die Freiheit zu ersticken droht.

Lefebvre zeigt auf, dass das, was die Stadt ausmacht, sie als besondere gesellschaftliche Ebene auszeichnet, *das Urbane*, paradoxerweise mit zunehmender Urbanisierung zu verschwinden droht. Eine lokale und modale Verlagerung des Wohnens, raus aus den Städten, weg vom Leben, hin zum Untergebracht-sein und erodierende Zentren führen zu einer gleichzeitigen »Explosion/Implosion« der Städte (Lefebvre 2016: 112).

Das Ländliche steht in engem Zusammenhang mit dem Urbanen. Für Lefebvre stand das Dorf noch ganz im Gegensatz zur industrialisierten Stadt, ist für ihn »bewundernswerte Gesellschaftsform, [ein] Werk der Praxis und der Zivilisation schlechthin« (ebd.: 117). Dieser Eindruck konnte – das muss mit Nachdruck gesagt sein – von der phänomenologischen Betrachtung im Rahmen dieser Arbeit nicht bestätigt werden. 55 Jahre nach Erstveröffentlichung des »Recht auf Stadt« (vgl. ebd.) scheinen die Mechanismen der industriellen Urbanisierung auch das Land zunehmend im Griff zu haben. Ausgestorbene Ortskerne und verfallendes Fachwerk kontrastieren mit Doppel-Daimlern vor WDVS-Tempeln². Eine unheilvolle Verbindung aus sozialräumlicher Entfremdung und wirtschaftlichem Funktionalismus befeuert Zersiedelung und Indifferenz. Gelten also die Herausforderungen für Lefebvres *Urbane* heute auch für das Dorf? Ist es am Ende überhaupt noch zu retten?

Dieses Manifestchen will es zumindest versuchen. Es will kein großes Idealbild von einem möglichen, »besseren« Dorf zeichnen. Die meisten Herausforderungen auf dem Land sind Symptome größerer systemischer Zusammenhänge, auf die (Stadt-)Planung keinen direkten Einfluss hat. Das bedeutet aber nicht, dass man sie widerspruchslos hinnehmen muss. Dieser Beitrag versucht keine ländliche Utopie zu entwerfen, sondern zum utopischen Anspruch im Ländlichen zu ermutigen – und vielleicht sogar anzuleiten. Er fordert bewusste, programmatische Abwehrbewegungen gegen kapitalistische Verwertungslogiken um Räume zu eröffnen, in denen Menschen auf dem Land die Freiheit haben, ihre eigenen Bedürfnisse selbst zu befriedigen.

1. Lefebvre und Postwachstum

Das Dorf ist trostlos, aber verloren ist es nicht. Privatisierung öffentlicher Bedürfnisse, Konkurrenz von Gemeinden um Investitionen, Staatsrason »schwarze Null« – die Folgen der Neoliberalisierung treffen das Land besonders hart. Doch das, was gemeinhin als Schwäche des strukturschwachen Raumes wahrgenommen wird, birgt eine Chance auf systemische Veränderung. Ansätze einer Postwachstumsplanung müssen sich ihre

2 Gemeint sind Gebäude mit Wärmedämmverbundsystem, eine in der zeitgenössischen Architektur stilistisch und ökologisch umstrittene Bauweise, die sich aber wegen ihrer »Praktikabilität« insbesondere bei Einfamilienhäusern immer noch großer Beliebtheit erfreut.

Räume oft gegenüber erdrückenden ökonomischen Interessen erkämpfen (vgl. Savini/Ferreira/von Schönfeld 2022). Deren Abwesenheit kann daher auch als Freiraum begriffen werden, solidarische Lösungen jenseits wachstumsorientierter Planungsmodelle zu entwickeln.

Lefebvre übt in seinem »Recht auf Stadt« explizit Kritik an der Wachstumsideologie, wenn er fordert, »nicht mehr auf das Wirtschaftswachstum um des Wachstums willen abzuzielen« und »das Wachstum auf Entwicklung und folglich auf die *urbane Gesellschaft* zu lenken« (Lefebvre 2016: 175, Hervorhebung im Original). Dennoch ist seine Forderung nach einem *Recht auf Stadt* nicht nur Wachstumskritik und geht über die Ebene sozio-ökonomischer Zusammenhänge hinaus.

Eine wesentliche analytische Grundlage ist die Unterscheidung von *Werk* und *Produkt*, wobei Lefebvre das *Werk* mit dem Gebrauchswert und das *Produkt* mit dem Tauschwert in Verbindung setzt (vgl. ebd.: 31). Der Wert des *Werkes* bemisst sich also an jeglicher Bedeutung, die ihm jenseits seines potentiell erzielbaren Tauschwertes zugeschrieben wird. Dies umfasst auch emotionalen, sentimentalen, identitätsstiftenden oder kulturellen »Nutzen« und ist nicht quantifizierbar und von einer subjektiven Bewertung abhängig.

Abbildung 1: Lage von Neckar-Odenwald-Kreis (hell) und »Bauland« (dunkel)



Quelle: eigene Darstellung

Als ein solches *Werk* versteht Lefebvre die Stadt, oder genauer »Das *Urbane* [als] das Werk der Städter« (ebd.: 105, Hervorhebung im Original). Er beschreibt das *Urbane* als »gesellschaftliche Wirklichkeit« in Abgrenzung zur unmittelbaren physischen Wirklichkeit der Stadt (ebd.: 85f.). Er verdeutlicht den Zusammenhang der für ihn zentralen Bedeutungsebenen *Zentralität*, *Aneignung* und *Unterschiedlichkeit*, wenn er die »städtische

Gesellschaft [als] eine Gesamtheit von Handlungen, die sich in der Zeit abspielen, einen Raum privilegieren und durch diesen privilegiert werden« beschreibt (ebd.: 126).

Die sozioökonomischen und kulturellen Bedingungen unserer Zeit haben das urbane Gewebe sich so umfassend ausbreiten lassen, dass für den ländlichen Raum auf grundsätzlicher Ebene die gleichen Ansprüche, Bedürfnisse und Potentiale an Überlagerungen, Interaktionen, Virtualitäten und Aneignungen wie in der Stadt gelten.

2. Vor Ort

Die Annäherung an ein Recht auf Dorf erfolgte im Rahmen dieser Arbeit in Form der Beschäftigung mit einer konkreten, ländlich geprägten Region, dem »Bauland« im Nordosten Baden-Württembergs. Ehemalig zum Herzogtum Baden gehörend, ist das Gebiet des Baulandes gegenüber dem badischen Kernland vergleichsweise unwirtlich – landwirtschaftlich nur mäßig fruchtbar, klimatisch spürbar kälter, mit langen und schneereichen Wintern, weshalb es als tiefste Provinz wahrgenommen und vom Volksmund im 19. Jahrhundert mit dem Begriff »Badisch Sibirien« besetzt wurde (vgl. Wanner 2000). Lange nachdem der landwirtschaftliche Ertrag oder die Reisedauer in eine Provinzhauptstadt entscheidende Faktoren für die Charakterisierung einer Region sind, wirkt der Beigeschmack des »Hinterlandes« auf Entscheidungen ein, im Privaten wie im Politischen. Daher verwundert es nicht, dass auch heute die Gegend des Baulandes, einem Teil des Neckar-Odenwald-Kreises, im deutschlandweiten Vergleich Merkmale der Strukturschwäche aufweist (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2019; Ewert 2021). Die phänomenologischen Beobachtungen aktueller Lebensumstände – und Bedürfnisse – der Bevölkerung erfolgte über Ortsbegehungen (Schlierstadt, Mosbach, Billigheim, Buchen, Adelsheim, Osterburken, Großseicholzheim, Sulzbach), fotografische Dokumentation und Gespräche vor Ort. Durch den Dialog mit Jürgen Breitingner (Ortsvorsteher von Schlierstadt) und Wolfram Bernhard (Bürgermeister von Adelsheim) konnten tiefere Einblicke in die regionalen Herausforderungen und Qualitäten gewonnen werden. Ergänzt und bestätigt wurden Teile dieser Beobachtungen durch die Vorstellung des »Masterplan Innenstadt« in Adelsheim durch das Planungsbüro Endboss und deren eigene, investigative Untersuchungen (Rohr/Höning 2022). Die Beobachtungen werden im Folgenden entlang an Lefebvre angelehnter Kategorien diskutiert: *Zentralitäten*, *Unterschiedlichkeiten* und *Aneignungen*.

2.1 Zentral

Für Lefebvre definiert sich das *Urbane* maßgeblich über dessen Verhältnis zu Zentralitäten, die »urbane Realität als Abhängigkeit vom Zentrum« (Lefebvre 2016: 51). Zentren sind für ihn Begegnungsorte an denen sich Kommunikationen und Informationen bündeln und überlagern, Bezugspunkte – auch immaterielle – nach und an denen sich Urbanität ausrichtet (vgl. ebd.: 122).

Bei der Suche nach Zentralitäten und deren Spuren im untersuchten Gebiet fiel auf, dass sich, im Vergleich zu einem diffusen, nostalgischen Bild des ursprünglichen Dorfes eine Spannung zeigt: Auf der einen Seite sind die einzelnen Orte morphologisch um

bedeutungsaufgeladene räumliche Zentren, wie Kirchen, Dorfplätze oder Hauptstraßen angeordnet. Im Kontrast dazu scheinen sich diese Ortszentren heutzutage kaum mehr mit sozialen Zentralitäten zu decken. Selbst dort, wo noch vereinzelter Einzelhandel oder Gastronomie zu finden ist, bietet der öffentliche Raum wenig Aufenthaltsqualität. Es gibt kaum konsumfreie Interaktionspunkte und die Orte wirken menschenleer. Dennoch finden sich vereinzelt Spuren sozialer Zentralitäten in Form von Vereinen, freiwilligen Feuerwehren und in der Form, die auch Lefebvre als den »höchsten Gebrauch der Stadt« (ebd.: 31), die reine Form des *Werkes* betrachtet – dem (Dorf-)Fest. Im Gespräch mit Menschen vor Ort entstand jedoch der Eindruck, dass dieses Angebot vorhandene Bedürfnisse nach Zentralität nicht ausreichend befriedigen kann (Interview Bernhard 2022).

2.2 Unterschiedlich

Ein weiteres Kernelement des *Urbanen* ist das der Gleichzeitigkeit und -räumlichkeit von Unterschiedlichkeiten. Lefebvre versteht Stadt als die »Pluralität, die Koexistenz und Simultaneität von Mustern, Arten, das städtische Leben zu leben« (Lefebvre 2016: 95).

Allgemeine Vorstellungen des Ländlichen sind oft durch Vorurteile der »Provinzialität« und einer großen kulturellen Nähe zueinander geprägt (vgl. Belina 2021). Neben dem Auto scheint vor allem das Eigenheim als »kultureller Fetisch« einen gemeinsamen Nenner darzustellen. Auch das immer weiter zurückgehende Angebot sozialer Zentralität trägt zur Verunmöglichung von kultureller Unterschiedlichkeit bei. Geringe Auswahl und Flexibilität bei der Gestaltung von Alltag und Freizeit vor Ort führt dazu, dass Menschen zunehmend vor der Wahl zwischen einem lokalen, eng gefassten sozialen Raum und räumlich losgelösten Zentralitäten stehen.

Durch den schlechten Ausbau des ÖPNV ist das Auto im ländlichen Raum oft Teilhabekriterium (vgl. Neu 2022: 243). Arbeitsstellen, Infrastruktur der Daseinsvorsorge und soziale Interaktionen konzentrieren sich zunehmend auf die regionalen Oberzentren, wenn das beschränkte Angebot vor Ort nicht ausreicht (vgl. Kallert et al. 2020: 12ff). Die Qualität des Dorfes entwickelt sich vom »*habiter*« (Wohnen/Leben) zum »*habitat*« (etwa: Wohngebiet) (Lefebvre 2016: 46) – es wird zum »Schlafdorf«. Für Menschen mit Lebensmittelpunkt in einem der Oberzentren, bietet das Land eine Möglichkeit, sich den »Traum vom Eigenheim im Grünen« zu erfüllen, nicht zuletzt wegen im Vergleich günstigerer Bodenpreise (vgl. Sieverts 2013: 16). Die »urbane« Realität dieses Traums lässt sich an Dörfern wie Schlierstadt ablesen: Einfamilienhaussiedlungen in der Peripherie um zunehmend verfallende Ortskerne, hohe Zäune um große Grundstücke an menschenleeren Straßen.

Das Internet ermöglicht auch auf dem Land, dass Menschen unabhängig von ihrem Wohnort digitale soziale Räume bevölkern können. Besonders für Jugendliche ist dies relevant, da sie durch hohe infrastrukturelle Abhängigkeit und städtisch geprägte Vorstellungswelten besonders stark von der geringen Auswahl und Flexibilität sozialer Zentralität betroffen sind (vgl. Brauer 2019). Dieses »Ausweichen« sozialer Zentralitäten aus dem (Dorf-)Raum bedingt eine Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichkeiten, die bei genauerer Betrachtung wie Entfremdung erscheint, ohne Bezug zu einer geteilten räumlichen Morphologie und Identität.

2.3 Angeeignet

Die Fähigkeit zu und das Bedürfnis nach Aneignung bergen für Lefebvre gleichzeitig die Notwendigkeit und das Potential zur Verwirklichung eines *Rechts auf Stadt*. Das *Urbane* entsteht aus einem »Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit« (Lefebvre 2016: 149), und »versucht, sich Zeit und Raum anzueignen, indem es Herrschaft vereitelt« (ebd.: 105).

Die Zuordnung von zentralem öffentlichen Raum als Verkehrsfläche scheint auf dem Land Vorrang vor Bedürfnissen nach Begegnungs- und Lebensraum zu haben. Damit in Zusammenhang steht die strukturell und kulturell große Bedeutung des Privateigentums an Grund und Boden als Teilhabekriterium und Objekt des Begehrens.

In den untersuchten Orten waren nur wenige aneignbare oder tatsächlich angeeignete öffentliche Räume zu beobachten. Es ist jedoch unklar, bis zu welchem Grad eine vollständige räumliche Zonierung und legale Ordnung Aneignung verunmöglicht oder inwieweit die Integration dieses Zustandes in normative Ansichten zu einer Art »voraus-eilendem Gehorsam« führt. Die wenigen sichtbaren Spuren von Raumeignung, etwa in Form des ausgestorbenen Parks, der nachts als Rückzugsraum zum »Feiern« genutzt wird, oder des vereinzelt frustrierten Graffiti, scheinen aus Alternativlosigkeit zu entstehen. Lefebvres *Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit* scheint sich vor allem als Vereinnahmung zu äußern: durch Parzellierung und Privatisierung repräsentativer Orte, Wege und Ausblicke als Baugrund (Interview Breitinger 2022).

3. Das Recht auf Dorf

Was also ist dieses *Recht auf Dorf*, was kann es, was muss es sein? Bisherige Ansätze sind sich darin einig, dass die Forderungen, die Lefebvre in seinem »Recht auf Stadt« formuliert, auch für das Ländliche gelten, da sein Verständnis einer städtischen Gesellschaft nicht an die physische Stadt gebunden ist. Sie kommen entweder zu dem Schluss, dass das *Recht auf Stadt* auch für das Dorf gültig ist (vgl. Landy/Moreau 2015) oder dass der spezifische Bezug zur Natur auf dem Land berücksichtigt werden müsste (vgl. Barraclough 2013). Für die Landbevölkerung gelten die gleichen Bedürfnisse und Kriterien des *Urbanen*, nach Zentralität, Unterschiedlichkeit und Aneignung sowie das *Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit*, insbesondere weil sich das urbane Gewebe durch zunehmende Mobilität und Kommunikationsformen der modernen Gesellschaft umfassend ausgebreitet und verallgegenwärtigt hat.

Die Verunmöglichtung des *Urbanen* folgt auch auf dem Land den Mechanismen industrieller Urbanisierung, die Lefebvre schon vor über 50 Jahren in der städtischen Gesellschaft erkannte (vgl. Lefebvre 2016: 112ff). Die übermächtige Logik des Privatunternehmens und -eigentums, der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums als Bewertungsmaßstab und Voraussetzung verhindert, dass diese Bedürfnisse adäquat befriedigt werden können. Insbesondere im ländlichen Raum sehen sich Gemeinden oft gezwungen, sich an einem *race to the bottom* zu beteiligen – da sie im politischen Neoliberalismus finanziell auf privatwirtschaftliche Investitionen angewiesen sind und darum konkurrieren, »unterbieten« sie einander zunehmend mit Zugeständnissen an Unternehmen (vgl. Kallert et al. 2020: 12ff).

Allerdings bietet das Ländliche spezifische Voraussetzungen gegenüber Städten, die für den Kampf um ein *Recht auf Dorf* emanzipatorisches Potential bergen (vgl. Bühler/Darly/Milian 2015). Geringe Grundstücks- und Gebäudepreise, Wohnungs- und Gewerbeleerstand, kleinere soziale Einheiten oder Potentiale für umfassendere Selbstversorgung können genau die Räume eröffnen, die einen systemisch anderen, solidarischen, von gesellschaftlichen Bedürfnissen getriebenen planerischen Ansatz ermöglichen.

Strategie

Lefebvre beschränkt sich in seinem »Recht auf Stadt« nicht darauf, Missstände, Forderungen und Ziele zu benennen, sondern setzt sich auch mit dem Modus und den Instrumenten der Veränderung auseinander. Ausgehend von einem Verständnis der städtischen Gesellschaft als Bewahrerin des Sinnes für den Gebrauchswert, erläutert er, inwiefern und wie sich das *Urbane* seiner eigenen Befreiung annehmen kann (vgl. Lefebvre 2016: 180).

Lefebvre wirft die Frage auf, welchen gesellschaftlichen Akteur*innen man die »Verwirklichung einer Zentralität und eines erneuerten Gewebes vor Ort [...] anvertrauen [kann]« (ebd.: 110), da für ihn die städtische Problematik mit einer »Krise der Institutionen« einhergeht (ebd.: 141).

»Nur gesellschaftliche Gruppen, [...] die zur revolutionären Initiative fähig sind, können sich der Lösung der städtischen Probleme annehmen [...]; die erneuerte Stadt wird das Werk dieser gesellschaftlichen und politischen Kräfte werden.« (ebd.: 159)

Er fordert daher eine Planung, die den gesellschaftlichen Akteur*innen in der Form modellhafter urbanistischer Projekte *vorgeschlagen* werden soll (vgl. ebd.: 160f.). Er nennt dieses Vorgehen *experimentelle Utopie*, auf Basis der *Transduktion* (vgl. ebd.: 154f.): »[Die] Konstruktion eines virtuellen Gegenstandes, dem man sich über Versuchsdaten her nähert« (ebd.: 176).

Diese Forderungen scheinen sich zumindest teilweise mit aktuellen Trends des Planungsverständnisses zu decken. Unter dem Begriff der »Governance« wird allgemein »eine deutliche Verlagerung von hoheitlichen zu nicht-hierarchischen Steuerungsformen« beschrieben (Selle 2008). Die »Ephemere Stadtentwicklung« beschreibt ein verändertes planerisches Selbstverständnis mit dem Ziel, gemeinsam mit privaten Akteur*innen eine »Kultur des Ermöglichens« zu erreichen (Alfaro d'Alençon/Bauerfeind/Konrad 2016: 175). Die »Strategische Planung« (Wiechmann 2018) oder die »Experimentelle Planung« (Karow-Kluge 2010) bezeichnen eine Tendenz, den Planungs- und Realisierungsprozess zeitlich und hierarchisch aufzulösen.

All diese Planungsparadigmen rücken die Bedürfnisse und Interessen gesellschaftlicher Akteure in den Fokus, aber nicht – oder nicht nur – die derjenigen mit revolutionärer Initiative. Dieser zentrale Unterschied zu Lefebvres Forderung führt in der Realität dieser Ansätze schlimmstenfalls zu einer Deregulation von räumlichen Aushandlungsprozessen und birgt die Gefahr einer Verfestigung oder Verstärkung gegenwärtiger gesellschaftlicher Machtverhältnisse (vgl. Alfaro d'Alençon/Bauerfeind/Konrad 2016: 171f). Dies gilt insbesondere, wenn dabei auch wirtschaftliche Akteur*innen und Inter-

essen eine Rolle spielen – »neoliberal Governance« (vgl. Harvey 1989; Peck 2017). So sieht beispielsweise Erik Swyngedouw in der Auslagerung »vormals staatlicher Funktionen [in] neue Governancestrukturen« eine Verstärkung des postpolitischen Zustandes (nach Koch/Beveridge 2018: 281).

Aus einem ähnlichen Motiv lehnt Lefebvre die institutionelle, planerische Praxis der *Partizipation* ab. In ihr sieht er lediglich den Versuch, mit geringem Aufwand ein möglichst hohes Maß an Zustimmung der Betroffenen zu erlangen und fragt provokativ, ob »denn nicht klar [ist], dass die tatsächliche, aktive Mitwirkung bereits einen Namen trägt? Sie heißt *Selbstverwaltung*« (Lefebvre 2016: 147, Hervorhebung im Original).

Die tatsächliche Triebkraft, der »Motor«, der Planungen auch innerhalb eines veränderten Planungsparadigmas mit physischer und sozialer Realität füllt, ist das Streben nach Wachstum (vgl. Rydén 2022). Eine Postwachstumsplanung muss daher Planungsinstrumente entwickeln, die diesen Motor ersetzen (vgl. Savini/Ferreira/von Schönfeld 2022: XVff). Der Ersatz liegt auf der Hand: die gesellschaftlichen Bedürfnisse. Das *Recht auf Dorf* muss also so verwirklicht werden, dass die ihm zugrundeliegenden sozialen Bedürfnisse *direkt* eine Realität innerhalb eines planerischen Rahmens formen können.

Um für das dörfliche *Urbane* überhaupt einen Rahmen zu schaffen, bedarf es also eines aktiven, planerischen Eingriffes: Es müssen Räume eröffnet werden, die sich kapitalistischen Logiken gänzlich entziehen. Dazu gehört auch, dass zivilgesellschaftliches Engagement nicht nur auf dem Boden privater ökonomischer Absicherung möglich sein darf. Daraus ergibt sich auch die Rolle von Planer*innen in diesem Prozess. Um solche Räume innerhalb der neoliberalen Realität zu eröffnen, benötigt es keine Vermittlung zwischen Akteur*innen, sondern einen strukturellen und organisatorischen Kraftaufwand. Der (zumindest wahrgenommene) Wachstumszwang unseres kapitalistischen Systems baut einen ständigen Druck auf nicht ökonomisch erschlossene Räume auf, gegen den potentielle Interventionen sich nicht nur in ihrer Entstehung behaupten müssen. Die Verwirklichung des *Rechts auf Dorf* muss auch darüber hinaus in der Lage sein, ein *kontinuierliches Vakuum* aufrechtzuerhalten, in dessen Freiraum sich das *Urbane* regenerieren kann.

4. Forderungen

Die folgenden Forderungen an Planer*innen und Gemeinden sind ein Manifestchen. Sie sind subjektiv, programmatisch, parteiisch, auffordernd. Sie sind ein Aufruf zum planerischen Ungehorsam – zum Planen gegen das System, im System. Sie sind utopisch, weil wir überzeugt sind, dass sie etwas verbessern können – selbst wenn einige davon mancherorts bereits planerischer Realität entsprechen mögen. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf objektive Wahrheit. Muss ihnen also entsprochen werden? Selbstverständlich! Darf ihnen widersprochen werden? Zweifelsohne! Ein zahmes Manifest. Das tut bestimmt nichts? Von wegen!

4.1 Transduzieren

Für das *Recht auf Dorf* zu planen, heißt, sich an der Wirklichkeit und den in ihr vorgefundenen Problemen zu orientieren. Der erste Schritt muss daher immer eine phänomenologische Betrachtung der lokalen und der gesamten Gesellschaft sowie der wahrgenommenen und geäußerten Probleme und Konflikte sein. Nicht selten können Menschen vor Ort relativ gut benennen, welche Art von Ort, Raum oder Institution »fehlt«, allerdings mitunter eingeschränkt durch die systemischen Parameter des Zulässigen und damit des Vorstellbaren. Trotzdem kann das als Ausgangspunkt dienen, um allgemeine Impulse und Neigungen zu erkennen. Ein Modell von sozioökonomischen Hürden, die der autonomen Befriedigung von gesellschaftlichen Bedürfnissen im Weg stehen, ist Grundlage für die Ermöglichung des *Rechts auf Dorf*.

4.2 Vakuumieren

Die Räume, die diese planerische Praxis entwirft, müssen zwei wesentlichen methodischen Kriterien entsprechen. Das Erste davon lautet: Die Räume müssen ein kontinuierliches Vakuum in der sozioökonomischen Ordnung öffnen und aufrechterhalten, innerhalb dessen die beobachteten Zwänge und Hürden so gering wie möglich wirken. Diese Hürden sind meist entweder *wirtschaftlicher* oder *kultureller* Natur. *Wirtschaftliche* Barrieren sind beispielsweise notwendige Kapitalinvestitionen, der Bedarf, Lebensunterhalte zu decken oder die Notwendigkeit ökonomischer Tragfähigkeit (s.O.: »Finanzieren«). *Kulturelle* Barrieren sind beispielsweise konkurrierende Bedürfnisse, normative Überhöhung organisatorischer Strukturen oder allgemein mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz (s.O.: »Kommunizieren«).

4.3 Experimentieren

Das zweite methodische Kriterium, denen die geplanten Räume entsprechen müssen, lautet: Innerhalb des kontinuierlichen Vakuums müssen die Räume möglichst große Freiheit für Initiative und Ausgestaltung durch die Bevölkerung lassen.

Für das *Recht auf Dorf* zu planen bedeutet, den Menschen keine Lösungen zu präsentieren, sondern Lösungen zu ermöglichen. Diese können in ihrer Gestalt dann hochaufgelösten Nuancen lokaler Bedürfniszusammenhänge und kultureller Form entsprechen, die in einem klassischen, hierarchischen Planungsverständnis oft verfehlt werden (vgl. Lefebvre 2016: 56ff). Menschen haben Ideen, Lösungen, Eigenverantwortung, *drive* – sie brauchen Freiraum, um etwas daraus machen zu können. Mit dieser inhaltlichen Unbestimmtheit geht eine gewisse Unvorhersehbarkeit einher. Damit diese Offenheit nicht zur Oberflächlichkeit wird, gilt: Der Planungsprozess muss zeitlich aufgelöst werden (vgl. Karow-Kluge 2010: 256ff; Zur Nedden 2016; Wiechmann 2018; Lefebvre 2016: 155). Es ist nicht mit der experimentellen Utopie vereinbar, Planung und Ausführung zeitlich zu trennen. Ein Planungsvorschlag kann immer nur der erste Schritt eines andauernden Dialoges zwischen Plan und Realität sein. So wie die Menschen auf eine Raumöffnung reagieren, müssen auch Planer*innen auf Erfahrungen reagieren, die sie erst im Laufe der Umsetzung sammeln. Diese Erfahrungen müssen auf die Realisierung weiter ein-

wirken (können). Erst in der Umsetzung können transduktive Annahmen experimentell bestätigt, modifiziert oder auch widerlegt werden.

4.4 Finanzieren

Um ein *kontinuierliches Vakuum* innerhalb wirtschaftlicher Zusammenhänge eröffnen zu können, gilt: Die Gesellschaft muss bereit sein, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu finanzieren, initial und kontinuierlich, direkt über ihre Institutionen. Besonders auf dem Land wird deutlich: eine kapitalistische Wettbewerbs- und Wachstumslogik scheitert daran, soziale Bedürfnisse adäquat zu befriedigen. Weder das kommunale Buhlen um Investitionen noch punktuelle Förderungen für Gründer*innen oder Unternehmen können daran grundsätzlich etwas ändern. Daher gilt: Initiativen, die soziale Bedürfnisse stillen, müssen sich nicht wirtschaftlich selbst tragen können – oder überhaupt wirtschaftlich agieren. Sie stellen einen Gebrauchswert für die Gesellschaft dar. Da die Menschen innerhalb und die Initiativen selbst sich weiterhin in übergeordneten systemischen ökonomischen Zusammenhängen befinden, muss die Gesellschaft dafür finanziell aufkommen. Nicht als Investition zum Ankurbeln der Wirtschaftstätigkeit, nicht als Subvention für private, gewinnorientierte Unternehmen, sondern als Ausgabe für ein infrastrukturelles Gemeingut.

4.5 Kommunizieren

Wenn der Befriedigung eines Bedürfnisses kulturelle Hürden im Weg stehen, können diese selten *ad hoc* ausgehebelt werden. Das *Recht auf Dorf* kann niemandem aufgezwungen werden. Eine planerische Maßnahme, die mit gesellschaftlicher Akzeptanz zu kämpfen hat, kann langfristig nur angenommen werden, wenn Vorurteile und Bedenken mit der Zeit ausreichend abgebaut werden können: Wenn der Befriedigung eines sozialen Bedürfnisses eine kulturelle Hürde im Weg steht, muss die planerische Maßnahme in der Lage sein, ihre Qualität selbst zu kommunizieren. Dazu muss sie mit möglichst geringem Aufwand und exemplarisch eingeführt werden können. Nur am gelebten Beispiel kann sich zeigen, ob Menschen bereit sind, sich auf die Maßnahme einzulassen und positive Erfahrungen zuzulassen und ob diese gegenüber konkurrierenden Bedürfnissen und Ansichten überwiegen.

4.6 Sozialisieren

Damit geplante Räume in ihrer Ausgestaltung offen sind und bleiben, müssen sie der Gesellschaft dauerhaft zugänglich sein: Möglichst viele Räume müssen möglichst aneigenbar geplant werden – als kollektive, soziale Räume. Der klassische öffentliche Raum ist meist nicht aneigenbar, weil er bürokratisch geordnet ist. Jede Fläche hat einen geregelten Zweck und ein festgeschriebenes *Design*. In diesem Rahmen darf sie von der Öffentlichkeit zwar betreten und, falls vorgesehen, genutzt werden, aber nicht verändert oder angepasst werden. Flächen in Privateigentum sind vereinnahmt. Eine Herangehensweise wäre daher, die sakrosankte Entscheidungsfreiheit über das räumliche Eigentum zunehmend aufzulösen. Die Ausgestaltung der Freiheit und der Beschränkungen des Pri-

vateigentums ist nur per Gesetz möglich und liegt daher für gewöhnlich außerhalb des Einflussbereiches von Planung und Gemeinden (Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG; Art. 14 Abs. 3 S. 2 GG).

4.7 Kollektivieren

Es ist daher aus planerischer und institutioneller Sicht einfacher, Räume einer kontrollierten Aneignung zu überlassen, wenn diese sich in Besitz gesellschaftlicher Institutionen befinden. Falls möglich, ist es zu bevorzugen, Privateigentum in kommunales Eigentum zu überführen.³ Flächen und Gebäude, die sich in Gemeindehand befinden, stellen einen potentiellen Gebrauchswert dar, der immer als solcher wahrgenommen und insbesondere nicht seines Tauschwertes wegen veräußert werden sollte: Grund- und Immobilieneigentum der Gemeinden darf nicht als Kapitalmotor in Privateigentum übergeben werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass eine zunehmende Verschiebung des Eigentums in Richtung der gesellschaftlichen Institutionen auf lange Sicht eine enorme Machtkonzentration bei eben diesen Institutionen verursacht. Es ist daher wünschenswert, dass die Gemeinden die Ausgestaltung dieses Eigentums teilweise an autonome, gesellschaftliche Initiativen übergeben, die eine dauerhafte Aneignbarkeit gewährleisten.⁴

4.8 Solidarisieren

Planung nimmt häufig eine lokale Perspektive ein, die einer Gemeinde oder einer Region. Gerade im ländlichen Raum finden sich viele vernachlässigte, soziokulturell »abgehängte« Orte. Dort planerisch aktiv zu sein, beinhaltet in einem wachstums- und wettbewerbsorientierten System eine große Verlockung: planerische Erfolge zu erzielen, indem man Konkurrenzvorteile erarbeitet. Nur wenn sich die Verlierer*innen des neoliberalen Wachstums- und Wettbewerbssystems miteinander solidarisieren und sich von dessen Bewertungsmaßstäben verabschieden, können sie sich auf eine bessere Zukunft zubewegen: Soziale Infrastruktur darf nicht erreicht werden, indem man eine Vorteilsposition gegenüber anderen, vergleichbaren Gemeinden/Regionen erarbeitet.

4.9 Institutionalisieren

Die vorangegangenen Forderungen richten sich an Planer*innen und Verwaltungsebenen, die diese Planung beauftragen oder durchführen. Sie beschreiben, wie innerhalb und trotz aktuell gültiger systemischer Parameter für eine Ermöglichung des *Rechts auf Dorf* geplant werden kann. Eine Planung in diesem Sinne stößt allerdings immer wieder

3 Das ist beispielsweise in Ulm gängige Praxis, wenn auch oft gefolgt von Reprivatisierungen (vgl. Stadt Ulm o.D.), und wird in unterschiedlichen Varianten regelmäßig von Wissenschaftler*innen (vgl. Heinz/Belina 2019: 6ff) oder aus der Politik gefordert (vgl. Vogel 2016).

4 Damit sind gemeinnützige, selbstverwaltete gesellschaftliche Akteure gemeint – beispielsweise Mietshäusersyndikate, Bodenstiftungen oder gemeinnützige Baugenossenschaften. Um langfristig gesellschaftlichen Einfluss zu gewährleisten sind Vergabemodelle wie das Erbbaurecht zu bevorzugen.

an Grenzen, die außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Ein umfassender systemischer Wandel bedarf einer grundsätzlich veränderten gesellschaftlichen Perspektive. Wertzuschreibungen nach Gebrauchswert müssen vor der Logik des Tauschwertes Vorrang erhalten – das urbane Dorf sollte als *Werk* verstanden werden. Um den Möglichkeitsraum von Planer*innen und Gemeinden zu vergrößern, muss diese veränderte gesellschaftliche Perspektive auch auf übergeordneten politischen Ebenen dauerhaft institutionalisiert werden.

5. Nachwort

Das Dorf ist tot, lang lebe das Dorf! Wie Lefebvres »Recht auf Stadt« versucht das *Recht auf Dorf* ein Spannungsfeld darzustellen, zwischen unverblühter, trostloser Realität einerseits, und der Hoffnung auf Veränderung andererseits. Denn die Aussichtslosigkeit einer Situation bedingt gerade die Dringlichkeit, die eine Aussicht auf Verbesserung aufzeigt. Der Neoliberalismus hat das Dorf noch nicht vollständig vereinnahmt. Soziale Ungerechtigkeit und die drohende Klimakatastrophe machen eine systemische Veränderung dringend notwendig. Grund genug, das *Recht auf Dorf* nicht erst in 50 Jahren zu erkämpfen.

Literatur

- Alfaro d'Alençon, Paola/Bauerfeind, Bettina/Konrad, Daniela (2016): Handbuch und Planungshilfe – Ephemere Stadtentwicklung. Berlin: DOM.
- Barracough, Laura (2013): »Is There Also a Right to the Countryside?«, in: *Antipode* 45(5), S. 1047–1049.
- Belina, Bernd (2021): »Provinzialität« bei Adorno«, in: *Geographische Zeitschrift* 109(2/3), S. 105–125.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Birk, Lisa/Feller, Michael/Struller, Martin (2023): Das Recht auf Dorf. Städtebau-Institut, Universität Stuttgart. <http://dx.doi.org/10.18419/opus-13464>
- Brauer, Kai (2019): »Jugend und Alter im Dorf«, in: Werner Nell/Marc Weiland (Hg.): *Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Berlin: J.B. Metzler, S. 158–166.
- Bühler, Eva-Anne/Darly, Ségolène/Milian, Johan (2015): »Arenas and resources of the right to the village: the underpinnings of emancipation in Western countryside in the 21st century«, in: *justice spatiale | spatial justice* n°7.
- Ewert, Stefan (2021): Ländliche Räume in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/334146/laendliche-raeume-in-deutschland-ein-ueberblick/#footnote-target-6> vom 03.08.2023.
- Harvey, David (1989): »From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism«, in: *Geografiska Annaler* 71(1), S. 3–17.

- Heinz, Werner/Belina, Bernd (2019): Die kommunale Bodenfrage – Hintergrund und Lösungsstrategien. Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_2-19_Bodenpolitik.pdf vom 14.10.2023.
- Kallert, Andreas/Belina, Bernd/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2020): Gleichwertige Lebensverhältnisse? Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_14-20_Lebensverhaeltnisse.pdf vom 03.08.2023.
- Karow-Kluge, Daniela (2010): Experimentelle Planung im öffentlichen Raum. Berlin: Reimer.
- Koch, Philippe/Beveridge, Ross (2018): »Postpolitische Stadt«, in: Dieter Rink/Annegret Haase (Hg.): Handbuch Stadtkonzepte. Opladen, Toronto: Barbara Budrich, S. 279–298.
- Landy, Frédéric/Moreau, Sophie (2015): »The Right to the Village«, in: justice spatiale | spatial justice n°7.
- Lefebvre, Henri (2016): Das Recht auf Stadt. Deutsche Erstausgabe. Hamburg: Edition Nautilus.
- Neu, Claudia (2022): »Ungleiches Land – Eine ungleichheitssoziologische Betrachtung«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Miessner/Matthias Naumann (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 237–252.
- Peck, Jamie (2017): »Transatlantic city, part 1: Conjunctural urbanism«, in: Urban Studies, 54(1), S. 4–30.
- Rohr, Ivana/Höning, Robin (2022, 19.12.): Masterplan Innenstadt. Vortrag des Planungsbüros Endboss bei der offenen Gemeinderatssitzung. Rathaus Adelsheim, Adelsheim.
- Rydin, Yvonne (2022): »Planning beyond the backwash of a growth node«, in: Federico Savini/António Ferreira/Kim Carlotta von Schönfeld: Post-Growth Planning, S. 129–142.
- Savini, Federico/Ferreira, António/von Schönfeld, Kim Carlotta (Hg.) (2022): Post-Growth Planning. New York: Routledge.
- Selle, Klaus (2008): »Stadtentwicklung aus der ›Governance-Perspektive‹ Teil 2«, in: PNDonline III/2008.
- Sieverts, Thomas (2013): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. 3. Auflage. Gütersloh, Berlin, Basel: Birkhäuser.
- Stadt Ulm (o.D.): Grundstückspolitik. <https://www.ulm.de/leben-in-ulm/bauen-und-wohnen/rund-ums-grundstueck/grundstueckspolitik> vom 14.10.2023.
- Vogel, Hans-Jochen (2016): Mehr Gerechtigkeit! Freiburg i. Br.: Herder.
- Wanner, Peter (2000): Zentrum und Provinz – die Entstehung von »Badisch Sibirien«. <https://www.erfatal-museum.de/sonderausstellungen/historikertag-2000/vom-03.08.2023>.
- Wiechmann, Thorsten (2018): »Strategische Planung«, in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover: ARL, S. 2609–2621.

Zur Nedden, Martin (2016): »Flexible Instrumente: Möglichkeiten und Grenzen« in: Al-faro d'Alençon/Bauerfeind/Konrad: Handbuch und Planungshilfe – Ephemere Stadtentwicklung, S. 70–73.

Interviews

Bernhardt, Wolfram; Bürgermeister von Adelsheim; 13.11.2022; Adelsheim: Gespräch über die Entwicklung Adelsheims.

Breitinger, Jürgen; Ortsvorsteher von Schlierstadt; 12.11.2022; Schlierstadt: Gespräch über die Entwicklung Schlierstadts.

Autor*innenverzeichnis

- Arens, Stephanie**, Südwestfalen Agentur GmbH, Olpe.
- Belina, Bernd**, Goethe-Universität Frankfurt a.M., Frankfurt a.M.
- Birk, Lisa**, Universität Stuttgart, Stuttgart.
- Brumme, Robert**, Universität Rostock, Rostock.
- Diestelkamp, Rebekka**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel.
- Dudek, Simon**, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Eichstätt.
- Exner, Andreas**, Karl-Franzens-Universität Graz, Graz.
- Falterer, Franziska**, freiberufliche Autorin, Augsburg.
- Feller, Michael**, Universität Stuttgart, Stuttgart.
- Grabski-Kieron, Ulrike**, Universität Münster, Münster.
- Harris, Jack**, Universität Klagenfurt, Klagenfurt.
- Harteisen, Ulrich**, Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/
Holzminden/Göttingen, Göttingen.
- Kallert, Andreas**, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Eichstätt.
- Kerker, Nina**, Soziologisches Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.
- Kübler, Felicitas**, Universität Klagenfurt, Klagenfurt.
- Lanzinger, Margareth**, Universität Wien, Wien.
- Laufenberg, Mike**, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena.
- Lüdemann, Jana**, Universität Hamburg, Hamburg.
- Marlow, Robin**, Universität Trier, Trier.
- Mießner, Michael**, Universität Trier, Trier.
- Naumann, Matthias**, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Cottbus;
Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, Cottbus.
- Nell, Werner**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale); Queen's University, Kingston [Ontario].
- Neu, Claudia**, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.
- Neuburger, Martina**, Universität Hamburg, Hamburg.
- Nikolic, Ljubica**, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.
- Oedl-Wieser, Theresia**, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen,
Wien.

Rühmling, Melanie, Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V., Rostock.

Rudolph, David, Technical University of Denmark, Roskilde.

Schmitt, Tobias, Universität Hamburg, Hamburg.

Steinführer, Annett, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, Braunschweig.

Streifeneder, Thomas, Eurac Research, Institut für Regionalentwicklung, Bozen.

Struller, Martin, Universität Stuttgart, Stuttgart.

Vogel, Berthold, Soziologisches Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.

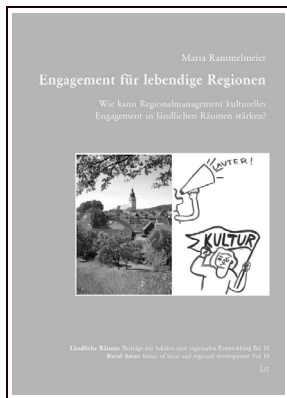
Weiland, Marc, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.

Wember, Carla, Universität Gießen, Gießen.

Wiesinger, Georg, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen, Wien.

Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung Rural areas: Issues of local and regional development

Herausgegeben von: Prof. a.D. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Dr. Lena Greinke,
Prof. Dr. Ingo Mose, Dr. Annett Steinführer



Maria Rammelmeier

Engagement für lebendige Regionen Wie kann Regionalmanagement kulturelles Engagement in ländlichen Räumen stärken?

Kulturangebote in ländlichen Räumen leisten wesentliche Beiträge zur Daseinsvorsorge und sind Elemente der Lebensqualität. Insbesondere in dünn besiedelten Regionen steht die Kulturarbeit vor großen Herausforderungen. Hier stellt sich die Frage, wie ländliche Entwicklung unter der Aktivierung der endogenen Ressource „Kultur“ gestaltet werden kann. Der Band gibt auf der Basis mehrerer Fallstudien Hinweise, inwiefern Regionalmanagement kulturelles Engagement in ländlichen Regionen stärken kann. Wirkungsweisen von Regionalmanagements in Bezug auf kulturelles Engagement werden analysiert und Gelingens- sowie Hemmfaktoren für eine kulturelle Entwicklung in ländlichen Regionen herausgearbeitet.

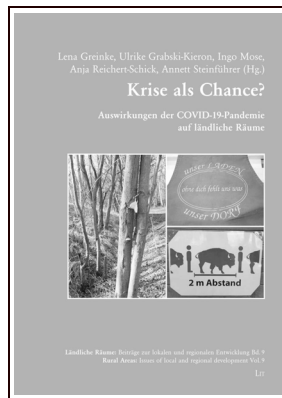
Bd. 10, 2023, 442 S., 44,90 €, br., ISBN 978-3-643-15385-2

Johannes Fuchs

Ländliche Räume im Spannungsfeld zwischen Fremd- und Eigenwahrnehmung Zwei Fallstudien aus Niedersachsen

In der Studie werden Ideologisierungen und Stereotypisierungen ländlicher Räume aufgedeckt, um eine Offenheit für die vielfältige Landschaft im Ländlichkeitsdiskurs zu erschaffen. Diskursive Repräsentationen ländlicher Räume in überregionalen Printmedien und im Eigenmarketing werden auf der Basis diskurstheoretischer Ansätze untersucht. Fallstudien sind die unterschiedlich strukturierten Regionen Hannoversches Wendland und Oldenburger Münsterland.

Bd. 8, 2022, 256 S., 34,90 €, br., ISBN 978-3-643-15057-8



Lena Greinke, Ulrike Grabski-Kieron, Ingo Mose,
Anja Reichert-Schick, Annett Steinführer (Hg.)

Krise als Chance?

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie
auf ländliche Räume

Lena Greinke; Ulrike Grabski-Kieron; Ingo Mose;
Anja Reichert-Schick; Annett Steinführer (Hg.)
**Krise als Chance? – Auswirkungen der
COVID-19-Pandemie auf ländliche Räume**

Die Chancen und Herausforderungen der COVID-19-Pandemie werden auch in den Raum-, Planungs- und Sozialwissenschaften vielschichtig diskutiert. Der Fokus vorliegender Untersuchungen liegt bislang zumeist auf städtisch geprägten Regionen, in denen die Auswirkungen von COVID-19 unmittelbar fassbar waren und sind. Allerdings sind weitere Raum- und Siedlungstypen betroffen. Der Sammelband legt seinen Schwerpunkt auf ländliche Räume, insbesondere auf Prozesse, Strukturen und Funktionen, die sich durch die Pandemie neu darstellen bzw. verändert haben.

Bd. 9, 2022, 202 S., 29,90 €, br., ISBN 978-3-643-15082-0

Annett Steinführer; Anna-Barbara Heindl;
Ulrike Grabski-Kieron; Anja Reichert-Schick (Eds.)
**New Rural Geographies in Europe
Actors, Processes, Policies**

Europe is a meaningful frame and research topic for rural geography. This volume assembles 14 contributions from various countries that shed light on the variety, as well as the differences and commonalities of rural regions in Europe. The volume aims at initiating general reflections about common development mechanisms and structures in the European context in contrast with specific national conditions and path dependencies. By assembling both regional and country case studies as well as cross-national comparisons, the anthology provides a sound basis for future European research in rural geography.

Bd. 6, 2020, 310 S., 39,90 €, ph., ISBN 978-3-643-91302-9

LIT Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London

Fresnostr. 2 48159 Münster Tel.: 0251 / 62 03 20 Fax: 0251 / 922 60 99

e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de <https://www.lit-verlag.de>



Lena Greinke
Berufsbedingte Multilokalität in ländlichen Räumen Niedersachsens
Gesellschaftliche und räumliche Auswirkungen als planerische Herausforderung am Beispiel des Landkreises Diepholz

Multilokalität – die Lebensweise an mehreren Orten gleichzeitig – ist für viele Menschen Realität, auch in ländlichen Räumen. Aktuelle gesellschaftliche Trends, wie z.B. die Pluralisierung der Lebensstile, verursachen ebenso wie flexibilisierte Arbeitswelten, dass Beschäftigte zunehmend mobil sind. Der Band richtet seinen Fokus auf die gesellschaftlichen und räumlichen Auswirkungen berufsbedingt multilokaler Lebensweisen in ländlichen Räumen Niedersachsens. Lebens- und Arbeitswelten von multilokal Beschäftigten werden analysiert und Herausforderungen und Chancen sowie Steuerungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen für Gemeinden und Unternehmen aufgezeigt.

Bd. 7, 2020, 266 S., 34,90 €, br., ISBN 978-3-643-14820-9

Annett Steinführer; Lutz Laschewski;
 Tanja Mölders; Rosemarie Siebert (Hg.)

Das Dorf
Soziale Prozesse und räumliche Arrangements
 In der Entstehung der Sozial- und Raumwissenschaften war das Dorf ein wesentlicher Gegenstand der Erkenntnisgewinnung und Methodenentwicklung. Das aktuelle gesellschaftliche Interesse an ländlichen Lebenswirklichkeiten wurde aber von den Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie, bislang kaum systematisch aufgegriffen. Diese Lücke will der Sammelband schließen. Die Beiträge thematisieren u. a. den Wandel einst kleinbäuerlicher Dörfer, Folgen multilokaler Alltagsarrangements, Nachbarschaft und sozial-ökologische Konflikte in der Verflechtung des Globalen mit dem Lokalen. Planungswissenschaftliche, geographische und sozial-ökologische Zugänge ergänzen soziologische Perspektiven.

Bd. 5, 2019, 220 S., 29,90 €, br., ISBN 978-3-643-14114-9

Linda Lange
Leben an mehreren Orten
Multilokalität und bürgerschaftliches Engagement in ländlich geprägten Räumen Niedersachsens

Dass Menschen an zwei oder mehr Orten leben, ist für die Forschung von zunehmendem Interesse, wurde aber für ländliche Räume bislang kaum untersucht. Gesellschaftliche Modernisierungs- und Flexibilisierungsbedingungen und diskontinuierliche Erwerbsbiographien sind nur einige Gründe, die hinter Multilokalität stehen können. Mit ihr verbinden sich Phasen der An- und Abwesenheiten, die zu Konsequenzen für Wohnungsmärkte, Infrastrukturen und lokale Gemeinschaften führen können. Die Studie beschäftigt sich

mit Auswirkungen multilokaler Lebensweisen auf das bürgerschaftliche Engagement in zwei niedersächsischen Gemeinden.

Bd. 4, 2018, 246 S., 34,90 €, br., ISBN 978-3-643-14022-7

Thomas Stinn
Die Gesundheitsregion als zukunftsfähiges Konzept für ländliche Räume
Raumrelevante Handlungsstrategien im Kontext regionaler Gesundheitsversorgung

Die Aufrechterhaltung regionaler Versorgung mit medizinischen Dienstleistungen stellt in vielen ländlichen Regionen eine Herausforderung dar. Ausgehend von einer Vielzahl innovativer regionaler Modellprojekte widmet sich dieser Band dem Konzept der Gesundheitsregionen. Im Rahmen der empirischen Untersuchung von drei Gesundheitsregionen in Deutschland wird untersucht, ob dieses Konzept geeignet ist, medizinische Versorgung und damit Lebensqualität in ländlichen Räumen herzustellen und zu unterstützen.

Bd. 3, 2017, 298 S., 39,90 €, br., ISBN 978-3-643-13792-0

Elisabeth Gruber
Im Ruhestand aufs Land?
Ruhestandsmigration und deren Bedeutung für ländliche Räume in Österreich

Im höheren Alter verändern Personen nur selten ihren Wohnort. In zunehmendem Maße ist aber in Österreich zu beobachten, dass Seniorinnen und Senioren nach der Berufstätigkeit noch einmal umziehen: entweder in ihren Heimatort oder zu einem neuen Wohnsitz in einer attraktiven Region. Welche Motive hinter dieser Zuwanderung stehen und welche Bedeutung Ruhestandswanderungen für Gemeinden haben, wird anhand zweier Fallregionen untersucht. Die Studie thematisiert, inwiefern sich die Zuwanderung von Seniorinnen und Senioren als Strategie eignet, um dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

Bd. 2, 2017, 244 S., 29,90 €, br., ISBN 978-3-643-50807-2

Ulrike Grabski-Kieron; Ingo Mose;
 Anja Reichert-Schick; Annett Steinführer (eds.)
European rural peripheries revalued
Governance, actors, impacts

Rural peripheries are usually framed as regions with severe structural disadvantages in economic, demographic, social and locational terms. While this has been true for many peripheries for decades, there are also dissimilar developments. Some peripheral areas across Europe display signs of an economic renaissance, established innovative models of governance and created new self-esteem. The volume provides research on seemingly, current and former peripheral areas and considers both processes of peripheralisation and deperipheralisation in Europe.

Bd. 1, 2016, 416 S., 39,90 €, br., ISBN 978-3-643-13050-1